Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010

Brühl /Rheinland 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-938407-31-8

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:

Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.fhbund.de

Inhalt

Vorwort **7**

Grundsatzfragen und Vergleich

Armin Pfahl-Traughber: Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine 9

Christoph Butterwegge: Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen 33

Armin Pfahl-Traughber: Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge 61

Martin H. W. Möllers: Extremisten vor dem Bundesverfassungsgericht. Ist die deutsche Demokratie gegen Verfassungsfeinde wehrhaft? 87

Rechtsextremismus

Christian Menhorn: Die Erosion der Skinhead-Bewegung als eigenständiger Subkultur. Eine Analyse des Wandels elementarer Stilmerkmale 125

Elmar Vieregge: „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ). Eine Analyse zur Rolle eines militärorientierten Magazins in der rechtsextremistischen Publizistik 151

Rudolf van Hüllen: „Autonome Nationalisten“ zwischen politischer Produktpiraterie und „Nähe zum Gegner“. Eine Analyse zu Sprachcodes, Widerstandsverständnis und Gewaltrituale als Brücken zu den linksextremistischen Autonomen 191

Torsten Kriskofski: Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus. Eine Analyse zur Entwicklung am Beispiel der NPD und ihrer Umfeldorganisationen 211

Thomas Pfeiffer: Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Analyse und Konsequenzen auf Basis autobiografischer Berichte 249

Linksextremismus

Armin Pfahl-Traughber: Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs 273

Thomas Grumke: „DIE LINKE“ zwischen Demokratie und Extremismus. Eine Analyse zum Spannungsverhältnis der Partei zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung 301

Helmut Müller-Enbergs: Die MLPD und die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. Ein politisches Portrait der Partei und eine empirische Auswertung der Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern 319

Patrick Moreau: Der Scheintod des Kommunismus in Europa. Ein systematischer und typologischer Überblick zu den traditionalistischen, Rot-Grün/Linken und postkommunistischen Modellen 370

Islamismus

Olaf Farschid: Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen 435

Ekkehard Rudolph: Salafistische Propaganda im Internet. Eine Analyse von Argumentationsmustern im Spannungsfeld von missionarischem Aktivismus, Islamismus und Gewaltlegitimation 486

Terrorismus

Kai Hirschmann: Jung, weiblich, explosiv: Terroristinnen im Dschihad. Gründe für den Weg der Frauen in den Terrorismus 502

Dirk Baehr: Dezentraler, führerloser Jihad im Sinne Abu Musab al-Suri? – Eine Analyse der neuen Strategien des Jihadi-Salafismus anhand vergangener Terroranschläge und Anschlagsversuche in Europa und Nordamerika 516

Alexander Straßner: Zwischen Totgeburt und Kopfgeburt: Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus in Deutschland 549

Sonderthemen

Andreas Klump: Demokratie und neuer politischer Extremismus.
Eine extremismustheoretische Einschätzung
der Ideologie der Scientology-Organisation 571

Armin Pfahl-Traughber: Gemeinsamkeiten und Unterschiede
von Antisemitismus und „Islamophobie“.
Eine Erörterung zum Vergleich
und ein Plädoyer für das „Antimuslimismus“-Konzept 604

Zusammenfassungen 629

Autorenverzeichnis 642

Einladung zur Mitarbeit 644

Vorwort

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die zweite Ausgabe des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET). Es will kontinuierlich Analysen zu den im Titel angesprochenen Themen veröffentlichen. Das JET versteht sich insbesondere als Forum für Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die hier ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage darstellen können. Darüber hinaus will das Jahrbuch auch Beiträge von Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Institutionen oder Stiftungen veröffentlichen. Im Unterschied zu anderen Jahrbüchern ähnlicher Ausrichtung finden sich darin nur Aufsätze zu den genannten Inhalten. Wie bei wissenschaftlichen Projekten üblich steht jeder Autor für seinen Beitrag, d. h. er trägt dafür die alleinige Verantwortung und der Inhalt kann auch nicht pauschal seiner jeweiligen Behörde zugerechnet werden. Die Texte finden sich in die Kategorien „Grundsatzfragen“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Sonderfragen“ eingeteilt.

Das erste JET 2008 ist sehr positiv aufgenommen worden, was Autoren und Herausgeber erfreut. Eine besondere Würdigung erfuhr das Projekt in einem Artikel von Kerstin Köditz, einer Landtagsabgeordneten der Partei „Die Linke“ aus Sachsen. Sie bemerkte in einem Beitrag für die Zeitschrift „Antifaschistisches Info-Blatt“ (Nr. 2/2009, S. 6), welche dem Umfeld der Autonomen zugeordnet werden kann: „Extremismus richtet sich definitionsgemäß gegen die Verfassung. Extremisten sind also ein Fall für den Verfassungsschutz (VS). Deshalb erscheint das ‚Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung’ auch an der Fachhochschule des Bundes in Brühl. Dort werden nämlich die Verfassungsschützer ausgebildet. Einer ihrer Ausbilder, bestallt als veritabler Professor, Armin Pfahl-Traughber, ist Herausgeber des Jahrbuchs und war selbst über Jahre einer der ihren. Er ist sozusagen die wissenschaftliche Abteilung des VS. Vielleicht bekommen wir ja demnächst auch noch eine historisch-kritische, wissenschaftliche Version der jährlichen VS-Berichte.“

Der letztgenannte Vorschlag verdient sicherlich Beachtung und Diskussion. Das vorliegende JET enthält übrigens einen Aufsatz, der sich mit der Partei „Die Linke“ beschäftigt. Außerdem soll an dieser Stelle noch gesondert auf zwei kontroverse Beiträge in der Rubrik „Grundsatzfragen“ aufmerksam gemacht werden. Ganz bewusst erhalten hier auch unterschiedliche Positionen ein Forum: Diesmal geht es um eine Kritik an der

Extremismustheorie und eine Kritik der Kritik an der Extremismustheorie. In den folgenden Ausgaben könnten auch ähnlich gegensätzliche Texte stehen. So etwas bereichert die inhaltliche Debatte und liefert intellektuelle Spannung. Gegen Ende des Jahrbuchs findet sich übrigens eine Einladung zur Mitarbeit mit erläuternden Ausführungen zu den „Spielregeln“, welche es dabei um der arbeitsökonomisch einfacheren Umsetzung willen einzuhalten gilt. Für Letzteres ist Jochen Rosar von der Fachhochschule des Bundes in Brühl zuständig. Ihm sei an dieser Stelle für sein großes Engagement für das JET gedankt.

Armin Pfahl-Traughber

Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft

Strukturmerkmale extremistischer Ideologien

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Unter der Sammelbezeichnung „Extremismus“[1] werden Anhänger ganz unterschiedlicher politischer Bestrebungen subsummiert: Anarchisten und Kommunisten, Nationalisten und Rassisten, Islamisten und Scientologen. Zwar teilt man sie noch einmal differenziert in die Kategorien „linker“, „rechter“ und „religiöser Extremismus“[2] ein.[3] Gleichwohl weisen die Erwähnten hinsichtlich des ideologischen Selbstverständnisses erhebliche Unterschiede auf. Worin bestehen dann aber die Gemeinsamkeiten, die eine solche Sammelbezeichnung sinnvoll erscheinen lassen? Zum einen richten sich diese Bestrebungen gegen die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates, beabsichtigen sie doch dessen Überwindung zugunsten eines autoritären Staates oder einer staatenlosen Gesellschaft. In diesem Sinne lässt sich für „Extremismus“ von einem Abgrenzungsbegriff, also einer Negativ-Definition sprechen. Gemeint ist die Frontstellung gegen die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaat.

Dabei weisen die Ideologien[4] der verschiedenen Varianten des Extre-

---

1 Vgl. Carmen Everts, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000, S. 35-200; Armin Pfahl-Traughber, Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion. Definitionen, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie 4, Bonn 1992, S. 67-86.

2 Mitunter wird für diese Variante auch tautologisch vom „religiös-politischen Extremismus“ gesprochen. Da mit Extremismus aber immer eine politische Bestrebung gemeint ist, genügt die Formulierung „religiöser Extremismus“ als Bezeichnung für das Gemeinte.

3 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996; Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.

4 Auf die Problematik einer sozialwissenschaftlichen Ideologie-Definition kann hier aus Raumgründen nicht näher eingegangen werden, vgl. Hans-Joachim Lieber, Ideologie. Eine historisch-systematische Einführung, Paderborn 1985; Ernst To-

mismus neben inhaltlichen Unterschieden formale Gemeinsamkeiten auf. Zum anderen macht demnach die Sammelbezeichnung „Extremismus“ aufgrund dieser identischen Strukturmerkmale Sinn, lässt sich doch so von einer Positiv-Definition sprechen.[5] Als deren Kriterien benannte der Politologe Uwe Backes erstens offensive und defensive Absolutheitsansprüche, also die Deutung eigener Aussagen als absolut wahr, zweitens den Dogmatismus, der auf axiomatischen Setzungen bei Immunisierung vor Kritik beruhe, drittens Utopismus bzw. kategorischer Utopie-Verzicht, also die grundlegende Verwerfung des demokratischen Rechtsstaates zugunsten einer früheren oder zukünftigen Gesellschaft, viertens Freund-Feind-Stereotype, die von einem dualistischen Sicht der rigorosen Unterscheidung von Gut und Böse geprägt sei, fünftens Verschwörungstheorien, also die Deutung von Entwicklungen als Ergebnis einer konspirativen Aktivität von Negativ-Figuren.[6]

Angeregt von diesen Ausführungen sollen hier die formalen Gemeinsamkeiten extremistischen Denkens in Gestalt von Strukturmerkmale systematisch herausgearbeitet und exemplarisch erläutert werden. Wichtige Ansätze dazu lassen sich aus dem ideologiekritischen Analysen von Anhängern und aus dem Umfeld des Kritischen Rationalismus[7] wie Hans Albert[8] und Karl R. Popper[9] oder Kurt Salamun[10] und Ernst Topitsch[11] [12]

---

pitsch/Kurt Salamun, Ideologie. Herrschaft des Vor-Urteils, München-Wien 1972.

5 Die Negativ-Definition erläutert strenggenommen nur, dass die gemeinten Bestrebungen den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen, aber nicht wie die Positiv-Definition, worin die ihnen eigenen Merkmale genau bestehen. Die Bezeichnungen „negativ“ und „positiv“ sind hier selbstverständlich methodisch und nicht normativ gemeint.

6 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 298-311.

7 Vgl. Hans Albert, Der Kritische Rationalismus Karl Raimund Poppers, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 46. Jg., 1960, S. 391-415, Herbert Keuth, Die Philosophie Karl Poppers, Stuttgart 2000.

8 Vgl. Aufklärung und Kritik. Sonderheft 5: Hans Alberts Kritischer Rationalismus, 2001; Eric Hilgendorf, Hans Albert zur Einführung, Hamburg 2000.

9 Vgl. Eberhard Döring, Karl R. Popper. Einführung in Leben und Werk, Hamburg 1987; Lothar Schäfer, Karl R. Popper, München 1988.

10 Über Kurt Salamuns Erkenntnistheorie und Ideologiekritik liegt bislang keine ausführliche Sekundärliteratur vor.

entnehmen.[13] Deren Erkenntnistheorie geht davon aus, dass nur solche Auffassungen vorläufig begründbar seien, die sich bei einer kritischen Prüfung im Rahmen eines trial and error-Verfahrens bewährten. Nach Popper bleibe uns ein sicheres Wissen versagt: Menschliches Wissen sei kritisches Raten, ein Netz von Hypothesen, ein Gewebe von Vermutungen.[14] Das damit verbunden Prinzip unterstellte die Fehlbarkeit der Vernunft und die Notwendigkeit der Widerlegbarkeit von Annahmen. Theorien müssten an der Erfahrung scheitern können und dürften sich nicht gegenüber Kritik immunisieren.

Diese erkenntnistheoretischen Einsichten sind nicht politisch neutral oder unparteiisch: Die Auffassung, es sei kein sicheres Wissen möglich, lehnt notwendigerweise Absolutheitsansprüche und Dogmatismus von politischen Ideologien ab. Aus der Forderung, wissenschaftliche Theorien müssten kritisier- und korrigierbar sein, ergibt sich der Anspruch auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit und auf die Veränderbarkeit politischer Entscheidungen[15]. Insofern wandte sich der Kritische Rationalismus auch gegen extremistische Ideologien der Vergangenheit. Die darauf teilweise bezogene folgende Aufarbeitung entsprechender Kriterien ist aber nicht nur von ideengeschichtlichem Interesse: Entgegen der Prognose des Politologen Francis Fukuayma kann nicht von einem „Ende der Geschichte“[16]

---

[11] Vgl. Karl Acham, Sprachkritik – Weltanschauungsanalyse – intellektuelle Selbstbestimmung. Eine Würdigung des Werks von Ernst Topitsch, in: Ernst Topitsch, Überprüfbarkeit und Beliebigkeit. Die beiden letzten Abhandlungen des Autors. Hrsg. von Karl Acham, Wien – Köln – Weimar 2005, S. 11-84; Aufklärung und Kritik. Sonderheft 8: Ernst Topitsch, 2004.

[12] Topitsch verstrickte sich in seiner Spätphase in den „Irrgarten der Zeitgeschichte“ mit bedenklichen Auffassungen und Nähen, vgl. Armin Pfahl-Traughber, Ernst Topitsch im Irrgarten der Zeitgeschichte. Fehleinschätzungen eines politischen Ereignisses und bedenkliche politische Nähen, in: Aufklärung und Kritik (Anm. 11), S. 132-148. Diese Auffassungen schmälern aber nicht die Bedeutung seiner Beiträge zur Ideologiekritik und Weltanschauungsanalyse.

[13] Vgl. hierzu die entsprechenden Literaturangaben bei der folgenden abstrakteren Definition der einzelnen Strukturmerkmale.

[14] Vgl. Karl R. Popper, Logik der Forschung, Tübingen 1984, S. XXXIV.

[15] Vgl. Hans Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1991, S. 208.

[16] Vgl. Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

in Gestalt des endgültigen Sieges der Demokratien als gesellschaftlichen Modellen gesprochen werden. Sie sehen sich ständig der mal stärkeren, mal weniger starken Bedrohung von Vertretern extremistischen Denkens ausgesetzt.

2. Die einzelnen Strukturmerkmale extremistischer Ideologien

Um solchen Entwicklungen entgegen wirken zu können, müssen derartige Tendenzen erst einmal erkannt werden. Dabei geht es nicht pauschal um die negative Etikettierung nonkonformer Einstellungen und Verhaltensweisen, die in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade legitim sind. Im Zentrum der folgenden Erörterung stehen lediglich die Auffassungen, deren Umsetzung zur Aufhebung eines solchen Modells von Sozialordnung führen würde. In Anlehnung an eine Formulierung von Popper gelten deren Anhänger hier als „Feinde einer offenen Gesellschaft“.[17] Die nun beabsichtigte Präsentation eines Kriterienkataloges für solche politischen Denkstrukturen gliedert sich wie folgt: Zunächst geht es um eine abstraktere Definition des jeweiligen Merkmals, danach soll dies anhand von Beispielen aus dem Bereich des linken, rechten und religiösen Extremismus erläutert werden.[18] Hierbei finden sich sowohl exemplarische Fälle aus der Geschichte wie aus der Gegenwart des politischen Extremismus.

2.1 Exklusiver Erkenntnisanspruch

Als erstes Kriterium extremistischer Ideologien soll hier der exklusive Erkenntnisanspruch behandelt werden. Es geht dabei um den Glauben an ein „höheres Wissen“, das nur ausgewählte Individuen besitzen könnten und das den anderen Menschen eher unzugänglich sei. Daraus lässt sich für die politische Sphäre über die Rechtfertigung eines Herrschaftsanspruchs auch eine soziale Sonderstellung legitimieren.[19] Im Focus steht

---

[17] Vgl. Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. I: Der Zauber Platons, Bd. II: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen, München 1980.

[18] Um den Umfang der Erörterung einzuschränken, wird jeweils nur ein Beispiel und ein Literaturhinweis genannt.

[19] Vgl. Ernst Topitsch, Grundformen antidemokratischen Denkens, in: Ernst To-

hierbei die Inanspruchnahme eines Interpretationsmonopols, das lediglich einer bestimmten Elite oder charismatischen Führerfigur zubilligt, bestimmte Aussagen der entsprechenden Ideologie zu deuten und deren übrigen Anhängern nur den gläubigen Gehorsam zugesteht.[20] Der Anspruch, über ein besonderes Wissen zur gesellschaftlichen Entwicklung zu verfügen, geht dabei mit dem Anspruch, auf deren Gestaltung in eben diese eine Richtung einher. Er rechtfertigt darüber hinaus die alleinige Entscheidungskompetenz der exklusiven Inhaber dieses Deutungsanspruchs.

Als ein Beispiel für diese Auffassung im linken Extremismus gelten kann das Parteimodell Lenins, das nahezu allen kommunistischen Parteien im 20. Jahrhundert eigen war. Der russische Revolutionär ging seinerzeit von folgenden Überlegungen aus: Die Arbeiter seien nicht in der Lage, eigenständig ein sozialistisches Bewusstsein zu entwickeln. Daher müsse dieses ihnen von außen, hier durch die Elite einer revolutionären Kaderpartei, näher gebracht werden. Die damit angesprochenen Berufsrevolutionäre würden durch ihre Kenntnisse des Marxismus die tatsächlichen Interessen der Arbeiter besser kennen als sie selbst. Die Führung der Bolschewiki beanspruchte damals wie später die kommunistischen Parteien, im alleinigen Besitz des Wissens über die eigentlichen Interessen und Ziele des Proletariats oder des Volkes zu sein. Bereits früh warnten seinerzeit sozialistische Kritiker Lenins, ein derartig elitäres Selbstverständnis würde nicht zu einer Diktatur des Proletariats, sondern zu einer Diktatur über das Proletariat führen.[21]

Als exemplarisch für den exklusiven Erkenntnisanspruch im rechten Extremismus gelten kann die Auffassung der intellektuellen französischen Neuen Rechten, nur ihre politischen Auffassungen stützten sich auf eine naturwissenschaftliche Grundlage. Mit Verweisen auf die Ergebnisse der Vererbungs- und Verhaltensforschung deutete man die Biologie als Leitwissenschaft. In diesen Bereichen gewonnene Erkenntnisse sollten auch auf die Gestaltung des sozialen Lebens übertragen werden. Man geht

---

pitsch, Mythos, Philosophie, Politik. Zur Naturgeschichte der Illusion, Freiburg 1969, S. 142-169, hier S. 152f.

[20] Vgl. Kurt Salamun, Ist mit dem Verfall der Großideologien auch die Ideologiekritik zu Ende?, in: Kurt Salamun (Hrsg.), Ideologien und Ideologiekritik. Ideologietheoretische Reflexionen, Darmstadt 1992, S. 31-49, hier S. 46.

[21] Vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall, Bd. II, München – Zürich 1977, S. 431-445.

von einem genetisch verankerte Raumzwang aus, deutet den Nationalismus als Ausdruck sozialer Territorialität oder sieht in gesellschaftlichen Hierarchien eine Vorgabe der Natur. Dabei handelt es sich jeweils um naturalistische Fehlschlüsse, wird doch aus dem angeblichen Sein in der Natur auf das angestrebte Sollen in der Gesellschaft geschlossen. Entscheidend für den hier zu erörternden Kontext ist allerdings die Annahme, nur die eigenen Politikvorstellungen basierten auf den Vorgaben der Natur.[22]

Als Beispiel für den exklusiven Erkenntnisanspruch im religiösen Extremismus kann das Avantgarde-Verständnis des bedeutenden islamistischen Ideologen Sayyed Qutb gelten: Er beschrieb die Gesellschaften der islamischen und westlichen Welt als von Unwissenheit und Verderbnis geprägt. Ähnlich wie die Gefährten des Propheten Mohammed müssten heute wahrhaft Gläubige die Welt von diesem Zustand befreien. Auf diesem Weg voranschreiten sollte eine ausgewählte Gruppe von Muslimen, die Gottes Vorstellungen in die Tat umzusetzen hätte. Zunächst müssten deren Angehörige aber von der abgelehnten Mehrheitsgesellschaft isoliert den Islam für sich verwirklichen. In dieser Phase offenbare sich Gott den Wenigen, die danach die wahre Religion verinnerlicht hätten und fortan für die Bildung einer islamischen Gemeinschaft kämpfen würden. Auch Qutb sprach demnach von einer Elite, die zunächst allein die göttlichen Gebote annehmen und mit ihnen für eine Befreiung der ganzen Gesellschaft im islamischen Sinne eintreten würden.[23]

---

[22] Vgl. Patrick Moreau, Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland, in: Iring Fetscher (Hrsg.) Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983, , S. 117-162.

[23] Vgl. Sayyed Qutb, Milestones, Kairo 1964, S. 12, 38, 47 und 76.

2.2 Dogmatischer Absolutheitsanspruch

Als zweites Merkmal extremistischen Denkens gelten kann der dogmatische Absolutheitsanspruch. Diese Einstellung manifestiert sich in Behauptungen von Aktivisten und Ideologen, bestimmte Einsichten oder Prinzipien ihrer Auffassung seien absolut wahr, allgemein gültig und nicht bezweifelbar. Sie wähnen sich im Besitz des einzig richtigen und universal anwendbaren Instruments zur Weltorientierung, ohne Abweichungen und Varianten zu dulden oder zu kennen.[24] Spiegelbildlich dazu bildet dann auch die Kritikimmunität einen Bestandteil dieses Merkmals, das sich durch apodiktische Setzungen einer inhaltlichen Prüfung verweigert und demgemäß auch mögliche Alternativen nicht in Betracht zieht.[25] Allgemein geht es um den Anspruch, die einzige und wahre Lehre zum Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung und Verbesserung der sozialen Gegebenheiten gefunden zu haben. Dies schließt sowohl Überlegungen zu anderen Perspektiven als auch eine kritische Prüfung von Aussagen aus.

Exemplarisch für den linken Extremismus steht hierfür die Entwicklung des Marxismus hin zu einem geschlossen und starren Weltanschauungsgebäude, das die programmatische Ausrichtung der orthodoxen kommunistischen Parteien und Organisationen prägte. In deren Perspektive stellte der dialektische und historische Materialismus ein alle Entwicklungen in Gesellschaft, Natur, Politik und Wirtschaft erklärende und voraussehende Ideologie dar. Daneben galten alle abweichenden oder anderen Auffassungen als Ausdruck des bürgerlichen Denkens oder politischen Verrats. Eine Besonderheit damit verbundener Auffassungen bestand darin, dass ihnen ein wissenschaftlicher Charakter zugemessen wurde. Jede kritische Betrachtung musste daher als gegen Rationalität und Wirklichkeit gerichtete Irrlehre erscheinen. Gleichzeitig duldete der Marxismus-Leninismus keine Prüfung von einzelnen Aussagen anhand der Realität, beanspruchte er doch die alleinige Wahrheit über gesellschaftliche Ent-

---

[24] Vgl. Kurt Salamun, Konfliktverschärfende Tendenzen von Ideologien, in: Kurt Salamun, Ideologie und Aufklärung. Weltanschauungstheorie und Politik, Köln-Graz 1988, S. 54-66, hier S. 58.

[25] Vgl. Hans Albert, Anmerkungen zum Fundamentalismus, in: Kurt Salamun (Hrsg.), Geistige Tendenzen der Zeit. Perspektiven der Weltanschauungstheorie und Kulturphilosophie, Frankfurt/M. 1996, S. 85-111, hier S. 99.

wicklungen zu vertreten.[26]

Als Beispiel für den dogmatischen Absolutheitsanspruch im rechten Extremismus kann die Benennung ethnischer Zugehörigkeit als zentraler Gesichtspunkt politischer Identität gelten. In dieser Sichtweise stellen Nation und/oder Rasse die biologisch bedingte Leitlinie für die Gestaltung des sozialen Miteinanders dar, wobei darin der herausragende und primäre Faktor gesehen wird. Ihm sollen sich alle anderen politischen Inhalte wie etwa Gewaltenteilung und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit unterordnen. Darüber hinaus verbindet sich dieses Selbstverständnis mit einer starken Ideologisierung von sozialer Identität, die bezogen auf ethnische Aspekte als naturbedingt und unabänderlich gilt. Jede Abweichung davon sehen Rechtsextremisten als Widerspruch zu den biologischen Gegebenheiten und politischen Vorgaben an. Es handelt sich demnach um eine eindimensionale und starre Auffassung, welche alleinige Gültigkeit für die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders beansprucht.[27]

Als exemplarisch für den dogmatischen Absolutheitsanspruch im religiösen Extremismus kann die Ineinssetzung der eigenen Lehre mit der allgemeinen Vernunft durch die Scientology-Organisation gelten. Deren ethische Lehre, so das Selbstverständnis, gestatte es dem Menschen allein aus einem komplexen und riesigen Labyrinth zu entkommen. Dies gelinge ihm aber nur, wenn er dem exakt markierten Weg der Scientology folge. Es handele sich um das einzige funktionierende System, worüber der Mensch verfüge. Andere Wege führten zu nichts. Als Ausdruck der Vernunft stelle die Scientology-Ethik den Menschen die Mittel zur Verfügung, die ihnen allein ihr langfristiges Überleben ermöglichten. Da der Rest der Welt über kein brauchbares Ethik- und Rechtssystem verfüge, seien in der Vergangenheit ganze Zivilisationen zerstört worden. Kurzum, die eigene Lehre gilt der Scientology-Organisation als allein selig machendes, religiös verbrämtes Dogma, dem sich alle Individuen kurz- oder langfristig unterzuordnen haben.[28]

---

[26] Vgl. Autorenkollektiv, Marxistisch-leninistische Philosophie, Berlin (DDR) 1979.

[27] Vgl. H. Joachim Schwagerl, Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt/M. 1993, 109-161.

[28] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Antidemokratisch und extremistisch. Scientology in Selbstzeugnissen und Analysen, in: Liberal, 40. Jg., Nr. 2 vom Mai 1998, S. 26-32, hier S. 28f.

2.3 Essentialistisches Deutungsmonopol

Als drittes Merkmal extremistischer Ideologien soll hier das essentialistische Deutungsmonopol genannt werden. Diese Einstellung geht von der Annahme aus, man könne mit Hilfe der intellektuellen Intuition den verborgenen Kern bestimmter Dinge erkennen und unterscheiden. Hierbei wird der Anspruch erhoben, die wahre Natur der Phänomene entdeckt zu haben und beschreiben zu können.[29] Es geht also um die Annahme eines eigentlichen Ideals oder Wesens hinter den Dingen, Wirkungen und Zuständen in Kunst, Gesellschaft, Natur oder Politik. Verbunden ist damit häufig eine anti-empirische Einstellung, könnten doch Ganzheiten und Totalitäten der Phänomene nicht durch Sinneserfahrung erfasst werden.[30] Es geht also um die Behauptung, hinter den Erscheinungsformen verberge sich ein eigentlicher Kern, der eben diese Dinge letztendlich beeinflusse und präge. Aus der behaupteten Erkenntnis dieses wahren Wesens lassen sich dann auch wieder absolute Wahrheitsansprüche für die eigene Ideologie ableiten.

Als Beispiel für den linken Extremismus kann die Dogmatisierung des Basis-Überbau-Modells in der marxistischen Gesellschaftsanalyse gelten. Demnach bedingte die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse die ökonomische Struktur und damit auch die ganze Entwicklung der Gesellschaft. Letztendlich konnten somit auch Entwicklungen im Bereich der Kultur, Philosophie, Politik oder Religion als Überbau-Phänomene allein auf die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten als Basis zurückgeführt werden. Sicherlich besteht hier ein gewisser Einfluss oder Zusammenhang. Daraus entwickelten die Apologeten des orthodoxen Kommunismus allerdings die Annahme, dass hinter allen Gegebenheiten des Überbaus als einziger und wahrer Kern immer das jeweilige Klasseninteresse stehe. Hinzu kam als verschärfender Gesichtspunkt ein besonderer Anspruch: Dieses eigentliche Wesen aller Überbau-Phänomene könne man nur bei Akzeptanz der propagierten Ideologie des Marxismus-Leninismus erkennen.[31]

---

[29] Vgl. Popper, Bd. 1 (Anm. 17), S. 59f.

[30] Vgl. Kurt Salamun, Demokratische Kultur und anti-demokratisches Denken. Vorbemerkung zur demokratischen Kultur, in: Kurt Salamun (Hrsg.), Geistige Tendenzen der Zeit. Perspektiven der Weltanschauungstheorie und Kulturphilosophie, Frankfurt/M. 1996, S. 151-165, hier S. 154.

[31] Vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung –

Exemplarisch für das essentialistische Deutungsmonopol im rechten Extremismus steht die Auffassung von einem wahren Willen des Volkes, den man allein erkannt habe und öffentlich thematisiere. Besonders gern benutzen Rechtsextremisten wie die NPD-Aktivisten die Selbstzuschreibung als „Stimme der schweigenden Mehrheit“. Dabei geht die Agitation davon aus, dass der sich bei Meinungsumfragen oder Wahlen artikulierende Gemeinwille nicht den eigentlichen und wesenshaften Auffassungen des Volkes entspreche. Entweder unterstellt man manipulative Befangenheit oder politische Blindheit. Gleichzeitig verbindet sich mit diesen Einschätzungen die Annahme, man selbst habe das dem Volk nicht bewusste, aber tatsächlich eigene Wollen erkannt. Es ergebe sich aus der biologischen, historischen und kulturellen Entwicklung und sei diesem in seinem eigentlichen Wesen eigen. Nur durch die „geistige Umerziehung“ könne es nicht zur Entfaltung kommen, was dann durch die eigene politische Agitation geschehen solle.[32]

Als Beispiel für das essentialistische Deutungsmonopol im religiösen Extremismus kann der Anspruch von Islamisten gelten, wonach sie allein den wahren Islam erkennen und propagieren. So beruft sich etwa die ägyptische Muslimbruderschaft auf den Koran und den Propheten. Aus den Darlegungen und Handlungen, so die Argumentation, könne ein umfassendes Programm zur Gestaltung des politischen Systems und der rechtlichen Ordnung entwickelt werden. Mit dieser besonderen Interpretation steht die Organisation allerdings in Konkurrenz zu zahlreichen anderen Muslimen, die den Islam in ganz anderer Art und Weise deuten. Deren Auffassungen gelten dann aber als Abweichungen und Fehlinterpretationen, beansprucht die Muslimbruderschaft doch die absolute Wahrheit über diese Religion zu vertreten. Daher läuft das angestrebte Herrschaftssystem auch auf die Diktatur eines religiösen Staates hinaus, soll sich doch letztendlich alles der behaupteten einzigen göttlichen Wahrheit unterordnen.[33]

Entwicklung – Zerfall, Bd. II, München – Zürich 1977, S. 379-426.

[32] Vgl. Angelika Willig, Über Freiheit und Willkür: Bayreuther Impressionen, in: Nation & Europa, Nr. 7-8 vom Juli/August 2006, S. 34-36, hier S. 35.

[33] Vgl. Olaf Farschid, Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Islamismus, Berlin 2003, S. 43-82, hier S. 58-78.

2.4 Holistische Steuerungsabsichten

Als viertes Merkmal extremistischen Denkens gelten können die holistischen Steuerungsabsichten, deren Ansatz in engem Zusammenhang mit dem vorgenannten essentialistischen Deutungsmonopol steht. Dabei geht es zum einen um den Anspruch, ganzheitliche Aussagen über die Beschaffenheit und Entwicklung von Gesellschaften formulieren zu können. Und zum anderen folgt aus dieser Annahme für die politische Sphäre die Absicht, eine Gesellschaft ganzheitlich unter Kontrolle zu bringen und sie in die entsprechende Richtung steuern zu wollen.[34] Die enge Verbindung zu dem zuvor erwähnten Essentialismus besteht im Folgenden: Aus dem Anspruch auf Einsicht in die eigentlichen und wahren Gegebenheiten ergibt sich die Erfassung des Gesamtkontextes von Ganzheit und Totalität.[35] Entscheidend für den hier zu erörternden Zusammenhang ist aber, dass aus dem erkenntnistheoretischen Postulat auf ganzheitliche Aussagen auch die politische Absicht auf eine totale Steuerung der Gesellschaft abgeleitet wird.

Als exemplarisch für den linken Extremismus kann hier der Anspruch kommunistischer Parteien gelten, wonach sie eine Gesellschaftsordnung mit allseitiger Kontrolle durch den sozialistischen Staat anstreben. Dabei soll die politische Führung in Gestalt der Partei und Regierung aufgrund der durch die Lehre des Marxismus-Leninismus gewonnenen Erkenntnisse die soziale Entwicklung in Gänze steuern. Dieses beabsichtigte Vorgehen erfolge, so das Selbstverständnis, im Namen des Proletariats oder Volkes und durchdringe alle gesellschaftlichen Bereiche. Anhand der Politik der Staaten des „real existierenden Sozialismus“ wie der DDR sei hier exemplarisch auf die Steuerung der ökonomischen Entwicklung durch staatliche Planwirtschaft und auf die Vorgaben zur künstlerischen Entwicklung im Sinne des „sozialistischen Realismus“ verwiesen. In all diesen Fällen leitete man aus der behaupteten Erkenntnis der allgemeinen Entwicklungsprozesse auch den Anspruch auf allgemeine Vorgaben ohne Alternativen ab.[36]

---

[34] Vgl. Karl R. Popper, Das Elend des Historizismus (1957), Tübingen 1987, S. 14-16, 61-63 und 66-74.

[35] Vgl. Salamun (Anm. 30), S. 154.

[36] Vgl. Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1999, S. 387-587.

Als Beispiel für die holistischen Steuerungsabsichten im rechten Extremismus kann die Forderung nach einer ganzheitlichen Rückführung von Ausländern gelten. Sie geht aus von der bereits mehrfach erwähnten Annahme, wonach die ethnische Zugehörigkeit den höchsten Stellenwert in der Gesellschaft haben soll und aus dem Zusammenleben von Angehörigen unterschiedlicher Kulturen notwendigerweise ein Niedergangsprozess erfolge. Die ideologische Grundlage dieser Argumentation besteht in der Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen National- oder Rassestaat. Damit verbundene Auffassungen sollen die Gesellschaft ganzheitlich prägen, was notwendigerweise auch umfassende Maßnahmen zur Umsetzung derartiger Ziele nötig machen würde. In diesem Kontext anzusiedeln ist auch die beabsichtigte Durchführung einer grundsätzlichen Rückführung von Ausländern. Sie würde zu einer umfassenden Verschiebung von großen Teilen der Bevölkerung in andere Länder führen.[37]

Als exemplarisch für die holistischen Steuerungsabsichten im religiösen Extremismus können die Auffassungen vom Gottesstaat im Islamismus gelten, wie sie etwa von einem so bedeutenden Ideologen wie Sayyid Abul A'la Maududi propagiert wurden. Zunächst ging er für die anzustrebende Gesellschaftsordnung davon aus, dass diese ganzheitlich von den Wertvorstellungen des Islam durchdrungen sein sollte. Religion galt ihm demnach nicht als Ausdruck individueller Einstellungen, sondern als Gebot für die politische Struktur. Diese Auffassung bedingt auch die Islamisierung der Gesellschaft, also die zwingende Orientierung des sozialen Miteinanders an den angeblichen Vorgaben der Religion. Über die alleinige Souveränität in dem angestrebten Staat sollte Gott und nicht mehr die Menschen verfügen. Einige von ihnen käme nur eine Art Statthalterfunktion zu. Sie sollten aufgrund der ihnen zugewiesenen Macht, die Gesellschaft ganzheitlich im islamischen Sinne gestalten und steuern.[38]

2.5 Deterministisches Geschichtsbild

Als fünftes Merkmal extremistischer Ideologien soll hier das deterministische Geschichtsbild genannt werden. Dabei geht es um die

---

[37] Vgl. Jürgen Schwab, Der neue Imperialismus, in: Nation & Europa, 56. Jg., Nr. 6 vom Juni 2006, S. 26-31, hier S. 30.

[38] Vgl. Sayyid Abul A'la Maududi, Islamische Lebensweise, München 1996, S. 58-60.

auch als Historizismus bezeichnete Auffassung, wonach der geschichtlichen Entwicklung unabdingbar ein Sinn und Ziel eigen sei. Die Anhänger dieses Denkens gehen behaupten, dass man solche Vorgaben erkennen und zukünftige Entwicklungen voraussagen könne. Gleichzeitig wäre es möglich, politische Handlungen auf eine zweifelsfreie Grundlage zu stellen.[39] Mitunter münden solche Auffassungen auch in manichäischen Heilsideen, die als Ergebnis eines lange Zeit währenden Kampfes zwischen den Kräften des Guten und Bösen die Erlösung von allem Übel erwarten.[40] Im Zentrum eines deterministischen Geschichtsbildes steht demnach, dass die historische Entwicklung zwingend in Richtung eines feststehenden Zieles steuert. Diese Annahme schließt im Namen von Freiheit und Verantwortlichkeit eingeforderte alternative Perspektiven für die Zukunft notwendigerweise aus.

Als Beispiel für den linken Extremismus kann hier die Dogmatisierung und Schematisierung des Marxschen historischen Materialismus gelten: Demnach werde die geschichtliche Dynamik durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse und den Konflikt sozialer Klassen vorangetrieben und müsse zwingend zu einer sozialen Revolution und klassenlosen Gesellschaft führen. In dieser Perspektive gilt das Proletariat bzw. deren Partei als von der Geschichte ausersehenes Instrument, um das hiermit verbundene politische Ziel letztendlich zu erreichen. Insofern handelte es sich um ein dreistufiges Modell: Zunächst konstatiert man die Verwerflichkeit der Klassengesellschaft, betont den ständigen Kampf von Ausbeutern und Ausgebeuteten bzw. Kapital und Proletariat und sieht in der sozialistischen Revolution den Beginn einer angestrebten besseren Gesellschaftsordnung. Aus der Kenntnis der damit verbundenen angeblichen Gesetze der Geschichte lässt sich auch das Wissen um den einzig richtigen Weg zu diese Ziel ableiten.[41]

Exemplarisch für den rechten Extremismus steht hinsichtlich des deterministischen Geschichtsbildes die Auffassung vom ständigen Kampf der Rassen und Völker. Diese insbesondere von Nationalsozialisten und Völkischen bzw. ganz allgemein von Rassisten und Sozialdarwinisten

---

[39] Vgl. Popper (Anm. 34).

[40] Vgl. Salamun (Anm. 24), S. 59-62.

[41] Vgl. Karl Löwith, Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie, Stuttgart 2004, S. 42-60.

vertretene Ideologie geht von einem Naturgesetz aus, wonach es die biologische Überlegenheit einer bestimmten ethnischen Gruppe gebe. Deren Kampf um die Herrschaft gegenüber weniger wertvollen Rassen und Völkern bestimme letztendlich den Lauf der Geschichte. Durch die falsche Ideologie der menschlichen Fundamentalgleichheit oder konspiratives Wirken bestimmter Gruppierungen sei die Gültigkeit dieses Grundsatzes verletzt und eine verderbliche Vermischung eingeleitet worden. Gegenüber diesen Tendenzen müsse ein Endkampf zur Wiederherstellung der ethnischen Reinheit durchgeführt werden. Auch in diesem behaupteten Gesetz der Natur findet sich demnach das erwähnte dreistufige Modell.[42]

Als Beispiel für den religiösen Extremismus kann hier auf die Auffassungen des bereits erwähnten islamistischen Ideologen Qutb verwiesen werden: Er konstatierte einen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Verfall der islamischen Gesellschaften, welcher auf die Abkehr von einer von Gott gewollten Ordnung zurückgeführt wird. Die damit verbundene Phase der Dekadenz und Unwissenheit solle durch einen fortwährenden Kampf zwischen den Kräften des Guten und Bösen überwunden werden. Der dafür als Mittel dienende Heilige Krieg führe auf den Weg des Heils, das durch die Weltherrschaft des Islam mit der Einsetzung von Gottes Gesetzen und der Erlösung von menschlicher Herrschaft verbunden sei. Auch hier lässt sich demnach das gleiche Muster ausmachen: Am Beginn steht eine Krisen- und Verfallssituation, darin kommt es zu einem Kampf zwischen positiven und negativen Mächten, und dieser führt letztendlich zum Sieg der Erstgenannten. Die drei Stufen stellten ein unabdingbares historisches Gesetz dar.[43]

2.6 Identitäre Gesellschaftskonzeption

Als sechstes Merkmal extremistischen Denkens gelten kann eine identitäre Gesellschaftskonzeption, welche auf politische Homogenität und sozialen Kollektivismus hinausläuft. Im letztgenannten Sinne soll die Bedeutung

---

[42] Vgl. Peter Emil Becker, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Stuttgart 1990.

[43] Vgl. Hendrik Hansen, Ein Strukturvergleich von Sayyid Qutbs Islamismus mit Marxismus und Nationalsozialismus, in: Mathias Hildebrandt/Manfred Brocker (Hrsg.) Unfriedliche Religionen? Das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen, Wiesbaden 2005, S. 67-93.

der Gruppe, des Kollektivs oder des Staates eindimensional gegenüber dem Stellenwert des einzelnen Menschen hervorgehoben und dessen konformistische Unterordnung eingefordert werden. In dieser Sichtweise wird der Einzelne nicht als eigenständiges und souveränes Individuum angesehen, erhält er doch seinen Wert und seine Würde nur durch die Zugehörigkeit zur Gesamtgruppe des Kollektivs.[44] Darüber hinaus besteht in diesem Denken eine Fixierung auf Einheit und Geschlossenheit, die in abweichenden Auffassungen oder konkurrierenden Interessen eine Gefahr für den Erhalt der Homogenität sieht.[45] Derartige Positionen richten sich gegen den Pluralismus als Bestandteil einer offenen Gesellschaft und plädieren für die politische Einheit von Regierenden und Regierten.

Als exemplarisch für den linken Extremismus kann hier die bereits bei Marx angelegte Auffassung gelten, wonach soziale Gleichheit auch zu politischer Homogenität führe. Die ökonomiezentrierte Perspektive sieht über das Basis-Überbau-Modell in der verbindlichen Gestaltung des sozialen Miteinanders letztendlich den Ausdruck wirtschaftlicher Interessen. Demnach würden sich politische Konflikte nur durch soziale Unterschiede ergeben. Da in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aber alle wirtschaftlich gleich sein sollen, könnten demnach keine bedeutenderen politischen Differenzen aufkommen. Diese Auffassung strebt demnach eine einheitlich ausgerichtete Gesellschaft an. Ob sich Marx diese in einem diktatorischen Sinne vorgestellt hat, wird kontrovers diskutiert und interpretiert. Gleichwohl nutzten die Regierenden in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ derartige Auffassungen, um durch den Hinweis auf die behauptete politische und soziale Einheit des Volkes ihre eigene Macht zu legitimieren.[46]

Als Beispiel für eine identitäre Gesellschaftskonzeption im rechten Extremismus kann die Einforderung einer Gemeinschaftsordnung auf Basis ethnischer und politischer Homogenität gelten. Hierbei neigen die ideengeschichtlich kenntnisreicheren Akteure dieses politischen Lagers

---

[44] Vgl. Popper (Anm. 17), Bd. I, S. 270 und 126-168.

[45] Vgl. Kurt Salamun, Karl R. Poppers Aktualität für die Kritik an fundamentalistischen Weltanschauungen. Vortrag gehalten beim „Karl Popper Centenary Congress“, Wien, 3.-7. Juli 2002, unveröffentliches Manuskript, S. 8f.

[46] Vgl. Ernst Fraenkel, Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien. Hrsg. von Alexander von Brünneck, Frankfurt/M. 1991, S. 326-359, hier S. 339-341.

dazu, das identitäre gegen das pluralistische Demokratiemodell auszuspielen. So diffamierte etwa der Vertreter der französischen Neuen Rechten Guillaume Faye die westlichen Demokratien als Oligokratien, also als Herrschaft von Minderheiten. Ihnen stellte er die Forderung nach einer organischen Demokratie mit dem Grundsatz der völkischen Homogenität und der aristokratischen Führerauslese entgegen. Eine von unterschiedlichen Ethnien und Konfessionen geprägte Gesellschaft könne unmöglich demokratisch sein. Derartige Auffassungen münden konsequenterweise in dem Plädoyer für einen autoritären Staat, der auf der Grundlage einer unbedingten Einheit von Regierenden und zu Regierenden bestehen müsse.[47]

Exemplarisch lässt sich die identitäre Gesellschaftskonzeption im religiösen Extremismus anhand der von der Scientology-Organisation angestrebten Sozialordnung ausmachen. Nach deren Gründer L. Ron Hubbard würde eine ideale Gesellschaft in einer von anderen Ideen gereinigten Kultur bestehen. Bezeichnenderweise verwendet man hierfür die Bezeichnung „clear“. Es genüge dabei nicht, dass der Einzelne von falschen Vorstellungen befreit würde, müsse dieser doch in einer Kultur mit vielen unvernünftigen Sitten und Vorurteilen leben. Der Mensch, so Hubbard weiter, könne aber nur in einer Gesellschaft, aus der alle Unvernunft entfernt werde, für seine Handlungen wirklich selbst verantwortlich sein. Auch gebe es erst eine wirkliche Demokratie, wenn jeder einzelne Mensch von nicht-scientologischen Impulsen befreit sei. Die eingeforderte gesamtgesellschaftliche Entfernung von allem aus ihrer Sicht Unvernünftigem führt zwingend zur antipluralistisch motivierten Ablehnung aller Andersdenkenden und -handelnden.[48]

2.7 Dualistischer Rigorismus

Als siebtes Kriterium extremistischer Ideologien soll hier der dualistische Rigorismus genannt werden. Dabei handelt es sich um eine Einstellung, deren herausragende Eigenschaft in den vorhandenen Polarisierungskategorien besteht. Gemeint sind damit ähnlich wie bei den manichäischen Heilslehren Gegensatzpaare wie Gut-Böse, Freund-Feind, Schatten-Licht,

---

[47] Vgl. Guillaume Faye, Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes, Kassel 2006, S. 92-95.

[48] Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 28), S. 29f.

Schwarz-Weiß: Sie werten einerseits die eigenen Auffassungen als allein richtig und verteidigenswert auf und diffamieren andererseits andersdenkende Positionen als falsch und verwerflich.[49] Derartige Einstellungen münden häufig in dichotomischen Deutungsrastern und dämonisierten Feindbildern, welche im Abgelehnten die Inkarnation des Bösen sehen und mitunter zu verschwörungsideologischen Zerrbildern neigen.[50] Hier geht es also nicht nur um die in der politischen Sphäre häufig auszumachende Unterscheidung von Feinden und Freunden, sondern um deren emotionalisierte und verschärfte Zuspitzung zu Zerrbildern sozialer Realität.

Als Beispiel für den linken Extremismus kann hier die anarchistische Position gegenüber dem Staat gelten. Die damit angesprochene Variante derartiger politischer Bestrebungen lehnt solche Institutionen grundsätzlich ab und zwar unabhängig von der jeweiligen Form des Systems. Sie gelten per se als freiheitsfeindlich und unterdrückerisch. Insofern standen und stehen Anarchisten nicht nur diktatorischen, sondern auch demokratischen Staaten feindlich gegenüber. Auch deren wirtschaftliche Basis in Gestalt einer marktwirtschaftlichen oder sozialistischen Ausrichtung spielt für diese ablehnende Einstellung keine Rolle. Im Staat wird an sich das Negative gesehen, alle Lösungen gesellschaftlicher Probleme erwartet man von dessen Abschaffung. Insofern kennt der anarchistische Diskurs nur den Dualismus von Freiheit und Staat, formal ähnlich wie der kommunistische Diskurs nur den Dualismus von Kapitalismus und Sozialismus kennt. Differenzierung und Kompromissbildung sind von daher ausgeschlossen.[51]

Exemplarisch für den dualistischen Rigorismus im rechten Extremismus sei hier auf Betonung der Freund-Feind-Unterscheidung verwiesen, wie sie der sich im Umfeld der NPD bewegende Buchautor Jürgen Schwab einforderte. Mit ideengeschichtlichen Rekursen auf den Staatsrechtler Carl Schmitt, der diese Differenzierung als Merkmal des Politischen ansah, forderte er dazu auf eine Feindanalyse als Grundvoraussetzung des Handelns vorzunehmen. Das grundsätzlich abzulehnende Übel sah Schwab in diesem Kontext in allen Erscheinungsformen des Internationalismus, sei

---

[49] Vgl. Salamun(Anm. 24), S. 54-57 und 63f.

[50] Vgl. Salamun (Anm. 20), S. 47f.

[51] Vgl. Franz Neumann, Anarchismus. Theorien und Utopien von Freiheit und Herrschaftslosigkeit, in: Franz Neumann (Hrsg.), Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 2, Opladen 1996, S. 161-228.

es der christliche Universalismus, der liberale Kapitalismus oder der marxistische Sozialismus. Sie alle suggerierten die Möglichkeit eines friedvollen Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern in einer multikulturellen Gesellschaft. Derartige Auffassungen und Handlungsweisen gelte es, nach einer klaren Feindbestimmung rigoros zu bekämpfen. Entsprechend dreht sich Schwabs Politikverständnis um den Gegensatz national-international.[52]

Als Beispiel für den dualistischen Rigorismus im religiösen Extremismus kann erneut der bedeutende islamistische Ideologe Qutb dienen. Dessen Erklärungen und Schriften sind durch ausgeprägt dichotomische Einteilungen und demnach ein dualistisches Weltbild gekennzeichnet. Hierbei geht es um den Gegensatz von gläubig und ungläubig, islamisch und unwissend, religiöser und säkularer Gesellschaft sowie göttlicher und menschlicher Herrschaft. Darüber hinaus postulierte Qutb Antagonismen zwischen muslimischen Opfern und jüdischen Verschwörern, islamischer und westlicher Welt sowie dem Gebiet des Islam und dem Gebiet des Krieges. Hierbei gilt es zwei Gesichtspunkte zu beachten: Zunächst beanspruchte Qutb eine allein gültige Deutung des Islam vorzunehmen, welche sich auch gegen als falsch geltende andere Auffassungen richtet. Darüber hinaus gibt es in seiner Sicht keinen Ansatzpunkt zur Auflösung der damit verbundenen Konflikte durch Annäherung, Kompromisse oder Vereinbarungen.[53]

2.8 Fundamentale Verwerfung

Und schließlich kann als achtes Merkmal extremistischen Denkens die fundamentale Verwerfung gelten. Diese auch Alternativ-Radikalismus genannte Einstellung bezieht sich auf die rigorose Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und damit auf das eigentliche Kernmerkmal des politischen Extremismus. Deren Anhänger sehen in einer bestehenden politischen oder sozialen Ordnung etwas fundamental Schlechtes, das durch eine grundlegende Umwälzung zugunsten eines

---

[52] Jürgen Schwab, Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik, Stuttgart 1999, S. 89-93.

[53] Vgl. Sabine Damir-Geilsdorf, Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption, Würzburg 2003, S. 76-94.

anderen idealisierten Gesellschaftsmodells überwunden werden müsste.[54] Derartige Auffassungen können sich in zwei Varianten artikulieren: Der Traditionalismus strebt die Renaissance eines angeblich oder tatsächlich früher bestehenden politischen Systems an, der Utopismus beabsichtigt die Errichtung einer idealen und konfliktfreien Zukunftsordnung neuer Art.[55] Nicht die Orientierung an Tradition und Utopie, sondern die antidemokratische Option stellt hier den entscheidenden Gesichtspunkt dar.[56]

Exemplarisch für den linken Extremismus steht hier die Forderung nach einer grundlegenden Überwindung des Kapitalismus, wie sie sich bereits bei Karl Marx und nach ihm bei seinen politischen Nachfolgern findet. Alle sozialen Probleme gelten als durch dieses Sozial- und Wirtschaftssystem bedingt. Demgegenüber gehen die meisten Kommunisten davon aus, dass sich alle Missstände und Unzulänglichkeiten in einer nicht-kapitalistisch ausgerichteten Gesellschaftsordnung nahezu automatisch auflösten. Gleichzeitig verbindet sich vor dem Hintergrund des vertretenen Basis-Überbau-Modells mit solchen Forderungen eine Konsequenz: die Abschaffung des mit dem Kapitalismus angeblich direkt verbundenen bürgerlichen Systems des demokratischen Verfassungsstaates. Die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten werden in dieser Perspektive aus der Sicht einer anzustrebenden Idealgesellschaft gesehen und angesichts ihrer durchaus bestehenden realen Probleme und Widersprüche rigoros abgelehnt.[57]

Als Beispiel für die rigorose Verwerfung im rechten Extremismus kann die intellektuelle Neue Rechte gelten. Sie knüpft an das Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer Republik an, womit sich einerseits die Überwindung des bestehenden demokratischen Verfassungsstaates und andererseits die Einsetzung von angeblich erhaltenswerten politischen Prinzipien verband. Ähnlich argumentiert die geistige Strö-

---

[54] Vgl. Albert (Anm. 15), S. 211-213.

[55] Vgl. Popper, Bd. II (Anm. 17), S. 167-179.

[56] Die vorgenannten Vertreter des Kritischen Rationalismus sahen darüber hinaus im unbedingten Bewahrenwollen der gesellschaftlichen Realität und des politischen Systems ohne die kleinste Erneuerungsmöglichkeit und Veränderungsperspektive einen Ausdruck des Traditionalismus.

[57] Vgl. Lothar Fritze, Utopisches Denken – Marx und der Marxismus, in: Uwe Backes/Stephande Courteois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 85-146.

mung der Gegenwart: Die Bundesrepublik Deutschland erscheint ihr als Ergebnis eines Sonderweges der deutschen Geschichte, der von verwerflichen liberalen Auffassungen geprägt sei und nicht den eigentlichen nationalen Traditionen entspreche. Akzeptiert würden die damit verbundenen Werte ohnehin nur aufgrund einer Art „Gehirnwäsche“ durch die „Umerziehung“ Die damit verbundene Agitation gegen Individualismus und Pluralismus zielt daher auch auf die grundlegende Überwindung des bestehenden politischen Systems, was aus taktischen Gründen allerdings nicht immer deutlich gesagt wird.[58]

Exemplarisch für die rigorose Verwerfung im religiösen Extremismus steht die von Islamisten eingeforderte Rückkehr zur Gesellschaftskonzeption des frühen Islam, also der Zeit des Propheten Mohammed und der vier rechtgeleiteten Kalifen. Eine derartige Auffassung propagierte etwa der bereits erwähnte Ideologe Maududi. Ihr ging die grundlegende Ablehnung der seinerzeit bestehenden nationalstaatlichen Systeme in der islamischen Welt voraus, habe man sich in ihnen doch vom wahren Glauben abgewandt und sei in den Zustand der Unwissenheit verfallen. Die damit verbundene zumindest teilweise Säkularisierung sollte durch einen grundlegenden Wandel hin zu den Vorstellungen eines Gottesstaates aufgehoben werden. Als Vorbild für dessen Gestaltung sah Maududi die erwähnten historischen Systeme an. Hierbei handelt es sich demgemäß um eine traditionalistische Variante der rigorosen Verwerfung des Bestehenden, also zugunsten eines angeblich schon einmal existierenden Gesellschaftsordnung.[59]

3. Exkurse zu analytischen Aspekten und potentieller Kritik

Die vorstehenden Ausführungen definierten die einzelnen Strukturmerkmale extremistischer Ideologien zunächst abstrakt und dann exemplarisch. So nachvollziehbar diese Erläuterungen sein mögen, so ergeben sich daraus doch weitere Problemstellungen: Erstens kann man

---

[58] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte, Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 199-201.

[59] Vgl. Montgomery Watt, Islamic Fundamentalism and Modernity, London – New York 1988, S. 50-61.

nicht in allen Ausdrucksformen des Extremismus die genannten Kriterien in dieser Deutlichkeit ausmachen. Wie angemessen ist dann aber ihre Benennung als typische Merkmale? Ein weiterer Gesichtspunkt bezieht sich zweitens auf die Tatsache, dass ähnliche Muster ebenfalls im Diskurs von manchen Demokraten zu finden sind. Mangelt es daher den vorgestellten Strukturmerkmalen an der nötigen Trennschärfe? Und schließlich fällt drittens auf, dass auch viele Religionen in ihrem Selbstverständnis über derartige Eigenschaften verfügen. Auch hier stellt sich die Frage nach der Angemessenheit der obigen Ausführungen. Die folgenden Erläuterungen verstehen sich daher teilweise als inhaltliche Ergänzung, teilweise als Reaktion auf potentielle Kritik.

Der erste Gesichtspunkt hängt mit dem Bedeutungsgrad von Ideologie und dem Intensitätsgrad des Extremismus zusammen: Letzterer bezieht sich auf die Offenheit bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, womit eine harte und weiche Form unterschieden werden kann. In einer krisenanfälligen Demokratie wie der Weimarer Republik äußerten sich Extremisten weitaus deutlicher in diesem Sinne als in einer gefestigten Demokratie wie in der Bundesrepublik Deutschland. Daher artikulierte der parteipolitische Extremismus seit Beginn der 1950er Jahre seine antidemokratischen Positionen tendenziell gemäßigter.[60] Eine damit verbundene taktische Rücksichtnahme erklärt auch, warum die erwähnten Strukturmerkmale nicht bei allen Formen des Extremismus in solcher Deutlichkeit erkennbar sind. Darüber hinaus nahm in diesem Kontext der Stellenwert einer geschlossenen Ideologie tendenziell ab, was mit den Rückgang an klaren Artikulationen derartiger Strukturmerkmale bedingte.

Bei der Erörterung des zweiten Gesichtspunktes gilt es zunächst zu bedenken, dass die Differenzierung von demokratisch und extremistisch eine idealtypische Unterscheidung darstellt. In der Realität können durchaus Grauzonen oder Übergangsbereiche zwischen beiden Bereichen entstehen.[61] Weitaus bedeutsamer ist in diesem Zusammenhang allerdings das

---

[60] Vgl. Eckhard Jesse, Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 7-24, hier S. 18f.

[61] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S 185-211, hier S. 195-198.

mitunter bedenkliche Verhalten von Demokraten in Konfliktsituationen und Wahlkämpfen, wobei auch Absolutheitsansprüche und Dualismus auszumachen sind. Hierbei handelt es sich um einen tendenziellen Verfall demokratischer Tugenden. Gleichwohl besteht ein qualitativer Unterschied zu den extremistischen Auffassungen. Der Intensitätsgrad von Polarisierung und Rechthaberei ist weitaus niedriger und schließt auch nicht Duldung und Kompromiss aus.[62] Darüber hinaus bleiben die Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates gewahrt, was sich auch in der Gewährung von Grundrechten an nicht-gewalttätige Extremisten artikuliert.

Und schließlich wäre darauf zu verweisen, dass sich viele der erwähnten Strukturmerkmale auch im Selbstverständnis der großen Weltreligionen finden: Hier erhebt man den Anspruch auf den alleinigen Weg zum Heil, spricht von einem notwendigen Weg von der Sünde über das Leiden zur Erlösung, beschwört die homogene Gemeinschaft der Gläubigen und verdammt Abweichler und Ungläubige. Diese formalen Merkmale lieferten auch die Legitimationsgrundlage dafür, dass die Geschichte von Christentum und Islam entgegen des Selbstverständnisses als Religionen des Friedens oder der Liebe mit Fanatismus, Intoleranz und Unterdrückung verbunden war. Erst die mit der Säkularisierung einhergehende Einschränkung des Bedeutungsgehaltes dieser Glaubensformen auf den engeren religiösen Bereich ermöglicht eine gesellschaftliche Koexistenz von Demokratie und Religion im skizzierten Sinne.[63] Demgegenüber will der religiöse Extremismus seine Auffassungen zur alleinigen Norm für das ganze soziale Leben machen.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Einige der erwähnten Strukturmerkmale können somit auch in anderen

---

[62] Vgl. Eckhard Jesse, Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 5-22, hier S. 9-20.

[63] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der fundamentalistische Charakter von Religionen und die Grenzen der Religionsfreiheit im säkularen Rechtsstaat. Eine demokratietheoretisch und ideologiekritisch ausgerichtete Erörterung anhand von Christentum und Islam, in: Eric Hilgendorf (Hrsg.), Wissenschaft, Religion und Recht. Hans Albert zum 85. Geburtstag, Berlin 2006, S. 177-200.

Zusammenhängen auftauchen, müssen dabei aber kein Ausdruck des politischen Extremismus sein. So argumentiert etwa der Naturrecht-Diskurs essentialistisch[64], will aber nicht grundsätzlich den demokratischen Verfassungsstaat delegitimieren. Auch die auf eine Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Politik der Terrorismusbekämpfung reduzierte Sichtweise zeugt von einem eindimensionalen Dualismus[65], worin jedoch keine extremistische Zielsetzung zu sehen ist. Alle derartigen Auffassungen müssen sich inhaltliche Kritik hinsichtlich ihrer Angemessenheit gefallen lassen; sie stehen bezogen auf die Extremismusthematik aber in einem ganz anderen Kontext. Entscheidend bei der Verwendung des referierten Kriterienkataloges bleibt, ob die jeweils angesprochenen politischen Bestrebungen mit diesen Strukturmerkmalen die Ablehnung von Institution und Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates beabsichtigen.

In welchem Verhältnis stehen nun diese Merkmale zu den Auffassungen der bisherigen Forschung? Wie bereits erwähnt hatte Backes einen ähnlichen Kriterienkatalog entwickelt, wobei er folgende Strukturmerkmale nannte: offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus und kategorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus.[66] Die vorstehenden Ausführungen stimmen sowohl in dem allgemeinen theoretischen Ansatz wie in vielen Aspekten bei den einzelnen Merkmalen mit Backes überein. Es handelt sich demnach nicht um eine Alternative, sondern eine Erweiterung. Hinsichtlich der Merkmale gilt die Übereinstimmung für die „Absolutheitsansprüche“ und den „Dogmatismus“, die als „dogmatische Absolutheitsansprüche“ bezeichnet wurden, und für den „Utopismus und kategorischen Utopie-Verzicht“, die mit einer etwas anderen inhaltlichen Schwerpunktsetzung als „fundamentale Verwerfung“ Erwähnung fanden.

Auch die „Freund-Feind-Stereotype“ bilden einen Bestandteil des erwähnten Merkmals „dualistischer Rigorismus“, das aber das Gemeinte als allgemeineres Kriterium erfasst. Es geht hier nicht nur um die

---

[64] Vgl. Reinhold Zippelius, Rechtsphilosophie. Ein Studienbuch, 3. Auflage, München 1994, S. 89-99.

[65] Vgl. Benjamin R. Barber, Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt, München 2003.

[66] Vgl. Backes (Anm.6), S. 298-311.

besondere Unterscheidung von Freund und Feind, sondern ganz allgemein um ein Denken in den Kategorien Schwarz und Weiß mit der bedingungslosen Zugehörigkeit zu der einen Seite und der entschiedenen Verdammung der anderen Seite. Hierbei artikuliert sich nicht nur ein eindimensionales Bild sozialer Realität, sondern auch ein demokratie-theoretisch bedenklicher Aspekt: Dieser Dualismus schließt Dialog und Kompromissbildung notwendigerweise aus. Ein weiterer Unterschied bezieht sich auf das Kriterium „Verschwörungstheorien", die zwar in der Tat nahezu allen Formen des Extremismus eigen sind, aber auch im nicht-extremistischen Bereich als monokausales und stereotypes Erklärungsmodell sozialer Realität Verbreitung als interessantes Gedankenspiel fanden und finden.[67]

Abschließend noch einmal eine Zusammenfassung der obigen Ausführungen: Der linke, rechte und religiöse Extremismus weisen hinsichtlich des ideologischen Selbstverständnisses erhebliche Unterschiede auf. Gleichwohl lassen sie sich unter einer gemeinsamen Sammelbezeichnung fassen, welche zum einen durch die Frontstellung gegen den demokratischen Verfassungsstaat und zum anderen durch gemeinsame Strukturmerkmale ihrer Ideologien begründet werden kann. Zu letzteren gehören exklusiver Erkenntnisanspruch und dogmatischer Absolutheitsanspruch, essentialistisches Deutungsmonopol und holistische Steuerungsabsichten, deterministisches Geschichtsbild und identitäre Gesellschaftskonzeption, dualistischer Rigorismus und fundamentale Verwerfung. Angesichts eines auch das extremistische Lager treffenden Bedeutungsverlustes geschlossener Ideologien und der taktisch notwendigen Rücksichtnahmen in einer stabilen Demokratie artikulieren sie sich nicht immer in aller Deutlichkeit, prägen aber zumindest latent das ideologische Selbstverständnis.

(Der vorstehende Aufsatz erschien erstmals in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen [Hrsg.], Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2006 / 2007, Frankfurt/M. 2007, S 21-36)

---

[67] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Bausteine" zu einer Theorie über „Verschwörungstheorien": Definitionen, Erscheinungsformen, Funktionen und Ursachen, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), Verschwörungstheorien. Theorie – Geschichte – Wirkung, Innsbruck 2002, S. 30-44.

Extremismus,- Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken

Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen

Christoph Butterwegge

1. Einleitung und Fragestellung

Seit die DVU – Liste D am 13. September 1987 mit ihrem überraschenden Erfolg bei der Bremer Bürgerschaftswahl das erste Mal nach fast 20 Jahren wieder den Sprung in ein westdeutsches Landesparlament schaffte, befasse ich mich, damals im kleinsten Bundesland wohnend und beruflich als Politikwissenschaftler an der Universität Bremen tätig, mehr oder weniger kontinuierlich mit dem Rechtsextremismus, seinen Entstehungshintergründen, den negativen Folgen für die Demokratie sowie Möglichkeiten der Prävention und Intervention. Je länger mich das Thema umtreibt, desto weniger Verständnis habe ich für die Gleichgültigkeit, mit der ihm ein Großteil der Öffentlichkeit hierzulande begegnet, aber auch für Beschönigungen und Beschwichtigungen unterschiedlicher Art. Dazu gehören nicht zuletzt die Kernthesen der Totalitarismus- und Extremismustheorie, wie im Folgenden belegt werden soll. Populismus-, Fundamentalismus- und Terrorismustheorien bedienen sich in jüngster Zeit des gleichen Argumentationsmusters.

Demokraten, die den Rechtsextremismus bekämpfen, begegnet häufig der Einwand, genauso gefährlich wie dieser sei der „Linksextremismus“, weshalb man sich nicht auf Ersteren kaprizieren dürfe, sondern Verfassungsfeinden, Fanatikern und „Hasspredigern“ ganz allgemein entgegentreten müsse. Aufgrund dieser Erfahrung bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass nichts den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt mehr behindert als die reflexartige Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus in der Weimarer Republik, Hitlerfaschismus und Stalinismus im Kalten Krieg sowie Rechts- und Linksextremismus bzw. -populismus oder Fundamentalismen aller Art heute.

Statt energisch und konsequent Position gegen Neonazis zu beziehen, recht-

fertigen Anhänger/innen der Extremismustheorie ihre halbherzige Ablehnung des Rechtsextremismus, indem sie gebetsmühlenartig darauf hinweisen, der Linksextremismus sei genauso gefährlich wie jener. Oft verweigern sich CDU/CSU- und FDP-Gliederungen lokalen bzw. regionalen Bündnissen gegen Neonazi-Aufmärsche mit der Begründung, dass Aufrufe zu Gegendemonstrationen keine oder keine eindeutige Distanzierung vom Linksextremismus enthielten. Manchmal drängt sich geradezu der Eindruck auf, hier sei ein Vorwand gesucht und gefunden worden, um sich jeglicher Aktivitäten gegen die extreme Rechte enthalten zu können. Deutlich zeigt das Beispiel: Rechtsextremismus war historisch und ist heute immer noch primär ein Problem der Mitte und nicht des gesellschaftlichen Randes bzw. von sog. Randgruppen.

2. Die falsche Gleichung der Extremismus- und Totalitarismustheorie

Als der Kalte Krieg während der 1950er und frühen 1960er Jahre seinen Gipfelpunkt erreichte, wurden in der Bundesrepublik alle geistig-politischen Kräfte im Kampf gegen den Kommunismus bzw. den Marxismus-Leninismus mobilisiert. Was lag näher, als diesen unter dem Oberbegriff „Totalitarismus“ mit dem Nationalsozialismus bzw. Hitlerfaschismus mehr oder weniger explizit gleichzusetzen? Jedenfalls gab es keine für das deutsche Bürgertum geeignetere Konzeption, um seine kampflose Preisgabe der Weimarer Republik als das Resultat einer doppelten Frontstellung (gegenüber Rechts- und Linksextremisten) zu entschuldigen, die zahlreichen geistigen Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus zu verschleiern und die eigentlich unerlässliche selbstkritische Aufarbeitung der NS-Zeit durch Neukonturierung des alten Feindbildes (Kommunisten/Sozialisten) überflüssig zu machen.

Vor allem die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse versuchen bereits seit mehreren Jahrzehnten, die Extremismustheorie durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen populär zu machen und ihr eine über den staatlichen Sicherheitsapparat, etablierte Bildungseinrichtungen und die bürgerlichen Parteien wie den sozialdemokratischen Regierungsflügel

hinausreichende Akzeptanz zu verschaffen. Sie legten ihren Arbeiten die folgende Definition zugrunde: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv' gilt (Anarchismus)."[1] Wer den Verfassungsstaat – und gerade nicht die Verfassung selbst – als zentralen Bezugspunkt seiner Extremismusdefinition wählt, zeigt damit im Grunde nur, wie staatsfixiert er ist, was übrigens zu den Hauptkennzeichen des Rechtsextremismus in Deutschland, nicht aber des Linksradikalismus zählt. Ganz ähnlich bestimmt Armin Pfahl-Traughber, der sich – als einziger namhafter Rechtsextremismusforscher – an Backes und Jesse orientiert, fünfzehn Jahre später den Terminus: „Extremismus ist eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Bestrebungen, die sich gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates richten und dabei durch ideologische Absolutheitsansprüche, politischen Autoritarismus, identitäres Gesellschaftsverständnis und Freund-Feind-Stereotype geprägt sind."[2]

Todfeinde wie Faschisten und Kommunisten befinden sich damit per definitionem „im selben Boot", wohingegen ihrer Herkunft, ihren geistigen Wurzeln und ihrer Ideologie nach eng verwandte Strömungen, beispielsweise Deutschnationalismus, Nationalkonservatismus und Nationalsozialismus, unterschiedlichen Strukturkategorien zugeordnet werden. Grau- bzw. „Braunzonen", ideologische Grenzgänger und inhaltliche Überschneidungen zwischen (National-)Konservatismus und Rechtsextremismus, wie sie bei den Themen „Zuwanderung", „demografischer Wandel" und „Nationalbewusst-

---

[1] Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Frankfurt am Main 1993, S. 40.

[2] Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 32 f.

sein“ zutage treten,[3] werden nicht mehr thematisiert oder bewusst tabuisiert, die tiefen Gräben zwischen Rechts- und Linksradikalismus zwar keineswegs ignoriert, ihrer Bedeutung nach jedoch stark relativiert.

Die in der eigenen Staatsfixiertheit begründete Konzentration dieser Forschungsrichtung auf das/die Extreme lenkt zugleich vom gesellschaftlichen Machtzentrum und von dessen Verantwortung für die politische (Fehl-) Entwicklung eines Landes ab. Gleichwohl maßt sich eine fiktive politische „Mitte“ an, konkurrierende Positionen links und rechts von ihr als „undemokratisch“ ausgrenzen zu können, entzieht sich selbst damit aber jeder Kritik. Noch weiter geht das Verdikt der Politikwissenschaftlicher Christoph Kopke und Lars Rensmann, die bemängeln, dass Vertreter der Extremismustheorie die „Mitte“ normalerweise dort verorteten, wo sie selbst stünden, obgleich sie meistenteils fest im nationalkonservativen Milieu verwurzelt seien: „Die Extremismus-Theorie läuft ... im Kern auf nichts anderes hinaus als auf die Rehabilitation eines undemokratisch verselbständigten Staates, dem praktisch jedes Mittel recht ist und der jenseits der selbst definierten ‚politischen Mitte‘ niemanden duldet.“[4]

Wer die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates zum entscheidenden oder gar zum einzigen Bestimmungsmerkmal des „Extremismus“ erklärt, ignoriert oder vernachlässigt die gesellschaftlichen Ursachen seines Untersuchungsgegenstandes. Extremismustheoretiker behandeln den Rechtsextremismus (ebenso wie den Linksradikalismus) primär als einen Gegner der bestehenden politischen bzw. Staatsordnung, nicht als ein soziales Phänomen, das mitten in der Gesellschaft wurzelt. Eckhard Jesse lehnt es sogar strikt ab, die Frage nach den geistigen Hinter- und Beweggründen für Unterdrückungsmaßnahmen eines totalitären Regimes überhaupt zu stellen: „Das Opfer totalitärer Mechanismen muß eine solche Differenzierung – Kommunismus als Deformation einer an sich guten Idee – als sophistisch,

---

[3] Vgl. Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002.

[4] Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12 von Dezember 2000, S. 1455.

wenn nicht zynisch empfinden, ganz abgesehen davon, daß Ziele und Mittel vielfach ineinander übergehen."[5] Freilich ist die von Jesse verabsolutierte *Opfer*perspektive wenig geeignet, ein sachliches und fachlich qualifiziertes Urteil zu fällen. Aus guten Gründen sitzen keine Gewaltopfer (bzw. deren Hinterbliebene), sondern unabhängige Richter und eben *nicht* unmittelbar betroffene Geschworene bzw. Schöffen über mutmaßliche Straftäter zu Gericht. Was aber im Strafprozeß selbstverständlich ist, nämlich die Herkunft und Motive eines Angeklagten zu würdigen, also nicht bloß das *Resultat* der inkriminierten Handlung, sollte auch eine Grundvoraussetzung für die wissenschaftliche Bewertung von Parteien, Bewegungen und Herrschaftssystemen sein.

Da es ihnen an geistigem Tiefgang und Überzeugungskraft mangelte, konnten sich Versuche von Autoren wie Backes und Jesse, den Extremismus gemäß der Verfassungsschutz-Argumentation als Kampfansage gegenüber einem demokratischen Verfassungsstaat zu definieren, selbst unter den relativ günstigen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges laut dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke nicht durchsetzen.[6] Umso befremdlicher wirken sie nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. So glaubt Eckhard Jesse, eine Konvergenz zwischen der LINKEN,[7] die er als „weiche Spielart des Extremismus", und der NPD, die er als „harte Variante des Extremismus" charakterisiert, in der Tatsache zu erkennen, dass beide Parteien die Systemfrage stellen.[8] Ausgerechnet der biedere Lothar Bisky, früher Vorsitzender der PDS und heute – gemeinsam mit Oskar Lafontaine – der LINKEN, muss mit dem Ausspruch „Wir stellen die Systemfrage!" als Bürgerschreck

---

[5] Eckhard Jesse, Der Totalitarismus-Ansatz nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 11 vom November 1991, S. 984.

[6] Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Politischer Extremismus, Wiesbaden 2006, S. 84.

[7] Hier und nachfolgend ist bei Großschreibung immer die Partei DIE LINKE gemeint, bei einer Kleinschreibung hingegen das politische Spektrum der Linken insgesamt.

[8] Siehe Eckhard Jesse, „Extremistische Parteien" – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2008, S. 9; vgl. auch Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

herhalten, damit Jesse seine gewagte, wenn nicht eher peinlich wirkende Parallele zwischen LINKER und NPD zu „belegen“ vermag. Jesse übersieht oder unterschlägt allerdings, dass Linke und Rechte darunter etwas völlig Verschiedenes verstehen: Während die Linken mit dem „System“ den Kapitalismus und mit dem Stellen der „Systemfrage“ die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien meinen, ging es Konzernherren wie Thyssen und Krupp nie besser als unter dem National„sozialismus“, der mit dem „System“, das er 1933 aus den Angeln gehoben hatte, die Weimarer Republik der „Novemberverbrecher“ meinte. Dies verdeutlicht die ganze Absurdität der Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus: Während jemand durch Sozialisierungsmaßnahmen linker Revolutionäre aufhört, ein Mitglied der herrschenden Klasse zu sein, die sie bekämpfen, muss jemand, der für rechtsextreme Nationalisten einer „falschen“ Rasse angehört, vertrieben oder vergast, ausgebürgert oder ausgemerzt werden. Menschenrechtlich macht beides natürlich einen fundamentalen Unterschied, den Extremismus- bzw. Totalitarismustheoretiker gern ignorieren.

3. Totalitarismus als „Extremismus an der Macht“

Die Totalitarismustheorie ist, wenn man so will, das auf den „Extremismus an der Macht“ bezogene Pendant zur Extremismustheorie. Sie war zwar kein Kind des Kalten Krieges – wie häufig behauptet –, sondern wurde schon in den 1920er und 1930er Jahren vor dem Hintergrund der Machtübernahme des italienischen Faschismus (Benito Mussolinis „Marsch auf Rom“) einerseits und der Stalinisierung Sowjetrusslands andererseits entwickelt, ihren Hauptwirkungszeitraum bildeten aber die 1950er und frühen 1960er Jahre, als die Beziehungen zwischen den westlichen Demokratien und dem „Ostblock“ unter Führung der UdSSR einen Tiefpunkt erreichten.[9]

Das genannte Theorem bot eine Möglichkeit, die Mitschuld einflussreicher Gesellschaftskreise an der „Machtergreifung“ des Hitlerfaschismus, genauer: der Machtübergabe an die Nazis zu relativieren. Die Weimarer Republik sei, so hieß es, am Zusammenspiel der Verfassungsfeinde links- und rechtsaußen

[9] Vgl. Wolfgang Wippermann, Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997

zugrunde gegangen. Außerdem diente das Interpretationsmodell während der Ost-West-Konfrontation und der Restauration in der Bundesrepublik Deutschland als innenpolitische Waffe gegen die demokratische Linke, der unterstellt wurde, eine dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus ähnliche Herrschaft errichten zu wollen („Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ – so ein gegen die SPD gerichtetes Wahlplakat der CDU aus dem Jahr 1953).

Die Extremismus-/Totalitarismustheorie klassifiziert zwar alles, erklärt aber nichts. Sie als „Theorie“ zu bezeichnen, ist daher im Grunde ein pseudowissenschaftlicher Euphemismus. Wenn sie den Extremismus bzw. den Totalitarismus auf den Begriff zu bringen sucht, kommt statt einer Definition meist nur eine Addition von Merkmalen heraus, die zusammengenommen sein Wesen ausmachen sollen. Politikwissenschaft reduziert sich damit auf bloße Deskription. Das eigentliche Dilemma der Totalitarismus- wie der Extremismustheorie besteht darin, um der Akzentuierung partieller Gemeinsamkeiten zwischen zwei Vergleichsgegenständen – Kommunismus einerseits und Faschismus/Nationalsozialismus andererseits – willen deren Wesensunterschiede eskamotieren zu müssen. Zwangsläufig kommen die zentralen Inhalte der beiden Ideologien gegenüber ihrer Wirkung, ihrem Absolutheitsanspruch und ihrer Allgegenwart viel zu kurz.

Gemeinsamkeiten zwischen beiden Regimen kann – im wahrsten Sinne des Wortes – jedes Kind erkennen: Man muss ihm nur Bilder von Massenaufmärschen und Militärparaden, die Insignien des Führerkults, Machtrituale oder Uniformen paramilitärischer Verbände zeigen. Um die *Unterschiede* zu erkennen, bedarf es hingegen wissenschaftlicher Methoden und analytischer Fähigkeiten. Einen gravierenden Unterschied zwischen Links- und Rechtsextremismus ignorieren Totalitarismus- bzw. Extremismustheorien bewusst: „Der Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an.“[10] Richard Stöss schlussfolgert, dass der Rechtsextremismus prinzipiell, also von seiner Idee her und den Zielen nach *anti*demokratisch, der Sozialismus aber nur dann

[10] Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18.

gegen die Demokratie gerichtet sei, wenn er (im Sinne einer „Diktatur des Proletariats“ oder des Politbüros einer Kommunistischen Partei) missbraucht oder pervertiert werde.

Wäre der Extremismusansatz, wie Jesses enger Mitarbeiter Steffen Kailitz behauptet,[11] tatsächlich nicht staats- bzw. systemtreu, sondern „demokratietreu“, müsste er sich viel klarer gegen Rechtsextremisten richten, weil diese zweifellos Todfeinde der Demokratie sind, und nur im Ausnahmefall gegen Parteigänger des real nie oder längst nicht mehr existierenden Sozialismus. Exakt das Gegenteil ist allerdings der Fall: Selbst der primitivste Antikommunist schlüpfte im Kalten Krieg unter die Tarnkappe des Antitotalitarismus bzw. Antiextremismus.

Richard Stöss sieht den eigentlichen politischen Gebrauchswert des Extremismuskonzepts darin, die Tür weit für subjektive Werturteile zu öffnen. Für ihn macht es jedenfalls „wenig Sinn, Parteien demselben Typ zuzuordnen, die sich in den meisten Merkmalen deutlich voneinander unterscheiden.“[12] Wohlgemerkt: Es ist wissenschaftlich legitim, alles Mögliche miteinander zu vergleichen, auch die PDS oder DIE LINKE und die REPublikaner, die DVU bzw. die NPD.[13] Vergleiche können in der Politikwissenschaft und Parteienforschung genauso wie in anderen Untersuchungsbereichen erkenntnisfördernd sein, allerdings nur dann, wenn sie die Gemeinsamkeiten zwischen bestimmten Objekten der Komparatistik nicht zulasten der wesentlichen Unterschiede oder Gegensätze zwischen ihnen überzeichnen. Strittig ist bloß, welchen Erkenntnisgewinn ein Vergleich bringt, der Feuer mit Wasser vergleicht und beide womöglich auch noch gleichsetzt.

---

[11] Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 16.

[12] Richard Stöss, „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2008, S. 7.

[13] Vgl. z.B. Carmen Everts, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000; Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004; Eckhard Jesse/Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.), Politischer Extremismus und Parteien, Berlin 2007.

Extremismustheoretiker setzen Links- und Rechtsextremismus nämlich mehr oder weniger explizit gleich, leugnen aber die Nähe der „bürgerlichen Mitte“ zu dessen Ideologie. So lenken sie von der Hauptgefahr ab, dass sich konservative gesellschaftliche Eliten und Etablierte beispielsweise im Gefolge der gegenwärtigen Krisensituation erneut nach rechts wenden und ein autoritäres Regime errichten könnten, wenn ihre Herrschaft von links bedroht erscheint. Gleiches gilt übrigens auch für das deutsche Kleinbürgertum, welches in Wirtschaftskrisen und gesellschaftlichen Umbruchsituationen nicht bloß Angst vor dem sozialen Absturz hat,[14] sondern darauf auch meistenteils irrational reagiert und sich rechtsextremen Gruppierungen zuwendet.

Wer nach zwei Seiten zugleich schaut, haut nie gezielt und trifft kaum seinen eigentlichen Gegner. Wer gleichermaßen nach links- und rechtsaußen starrt, verliert die Entwicklung in der politischen Mitte als mögliche Hauptbedrohung für die Demokratie zwangsläufig aus dem Blick. So heißt es ei einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Wenn der rechtsextremen Einstellung als einer zutiefst antidemokratischen Haltung wirksam begegnet werden soll, muss das Augenmerk auch auf die Mitte der Gesellschaft gelenkt werden, in der die rechtsextremen Einstellungsmuster anzutreffen sind.“[15] Dies verhindern Anhänger der Extremismustheorie, die zwar von einer „Gemeinsamkeit der Demokraten“ sprechen, sie aber in der Praxis dadurch hintertreiben, dass sie Linke als potenzielle Verbündete ausgrenzen. Bis heute haben Extremismustheoretiker wenig Berührungsängste gegenüber ultrarechten Kräften und Positionen, während sie gegenüber linken Bestrebungen ein übertriebenes Abgrenzungsbedürfnis an den Tag legen.

---

[14] Vgl. Christoph Butterwegge, Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 234 ff.

[15] Oliver Decker u.a., Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Mai 2008, S. 9

4. 1989/90 und die Folgen: Beweis oder Widerlegung der Totalitarismustheorie?

Zwar sahen die Vertreter der Totalitarismustheorie im Bankrott des osteuropäischen Staatssozialismus einen Triumph ihres Konzepts, das wegen seiner Übernahme durch sich aufgrund der veränderten Kräfteverhältnisse nach rechts wendender Linksintellektueller eine gewisse Aufwertung erfuhr. Eckhard Jesse zufolge erlebte der Totalitarismusbegriff nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus fast überall auf der Welt sogar „eine ungeahnte wissenschaftliche Renaissance."[16] Um diese Aussage zu belegen, führte er allerdings bloß einen einzigen – noch dazu englischsprachigen – Sammelband an. Offenbar unterlag Jesse einer bei bürgerlichen Intellektuellen verbreiteten Selbstüberschätzung und Fehlwahrnehmung der eigenen Bedeutung: Auch der ambitionierte Versuch, den Extremismusbegriff bis in die Philosophie der griechischen Antike zurückzuverfolgen,[17] änderte nichts an dem Umstand, dass der Einfluss von Backes und Jesse beispielsweise auf die Bundeszentrale für politische Bildung schwand.

Schließlich erwiesen sich der Berliner Mauerfall und seine Folgen geradezu als Waterloo für die Extremismus- und Totalitarismustheorie, wurden diese durch den friedlichen Verlauf des Systemwechsels doch überzeugend widerlegt. Entgegen ihrer Kernbotschaft sind Kommunismus und Faschismus nicht nur ganz unterschiedlich – durch eine soziale Revolution in Russland, aber die freiwillige Übergabe der Regierungsgeschäfte an Mussolini und Hitler in Deutschland bzw. Italien – an die Macht gelangt, sondern haben diese auch ganz unterschiedlich wieder verloren: Während die „rechte Spielart des Totalitarismus" 1945 ein durch ihren barbarischen Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg zerstörtes Europa hinterließ, trat die „linke Variante des Totalitarismus" 1989/90 trotz der Verfügung über ein riesiges (Atom-)Waffenpotenzial ab, ohne den geringsten militärischen Widerstand zu leisten, wenn man einmal von Rumänien absieht.

---

[16] Vgl. Jesse (Anm. 8), S. 7

[17] Vgl. Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006.

Somit könnte gerade die Auflösung des Ost-West-Gegensatzes entgegen der Befürchtungen, wie sie z.B. die Sozialwissenschaftler Michael Schöngarth und Karl Heinz Roth hegten,[18] das Schicksal der Totalitarismustheorie längerfristig besiegelt haben: Seines aktuellen Gebrauchswertes als politisch-ideologischer Kampfbegriff und Diffamierungsinstrument gegenüber der Linken beraubt, dürfte der Terminus „Totalitarismus“ künftig bloß noch ein Schattendasein im Vergleich zu seiner Hochkonjunktur im Kalten Krieg fristen. Machwerke wie das Buch des Historikers Hubertus Knabe, welches den Titel „Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE“ trägt,[19] sind kein Beleg für das Gegenteil, sondern Ausdruck der geistigen Impotenz und der politischen Schwäche des Antikommunismus, der hierzulande früher hegemonial war. Wer die DDR als „zweite deutsche Diktatur“ bezeichnet, sie mehr oder weniger offen mit dem sog. Dritten Reich gleichsetzt und Erich Honecker in die Nähe Adolf Hitlers rückt, verharmlost damit nicht bloß – vielleicht ungewollt – den Wilhelminismus, sondern auch den Nationalsozialismus.[20] Wiederum ist entlarvend, was da auf welche Art miteinander verglichen wird. Man kann unter dem Oberbegriff „Krankheiten“ auch Hautkrebs und Hühneraugen miteinander vergleichen; dies wird aber kein seriöser Mediziner tun. Vergleiche, die formale Ähnlichkeiten von Herrschaftsregimen überbewerten und inhaltliche Gegensätze herunterspielen, sind interessengeleitet und tragen zur Klärung von wichtigen Sachverhalten und Zusammenhängen kaum etwas bei.

Seit dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ gegen Ende der 1980er/Anfang der 1990er-Jahre wirkt die implizite Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus noch gekünstelter. Nur wer die politisch-ideologischen Schüt des Kalten Krieges bis heute nicht verlassen hat, kann auf die Idee kommen, NPD und LINKE hätten mehr gemeinsam als REPublikaner und CSU, für

---

[18] Vgl. Michael Schöngarth, Die Totalitarismusdiskussion in der neuen Bundesrepublik 1990 bis 1995, Köln 1996; Karl Heinz Roth, Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Hamburg 1999.

[19] Siehe Hubertus Knabe, Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE, Berlin 2009.

[20] Vgl. Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009.

deren Hanns-Seidel-Stiftung Eckhard Jesse seit längerem Promotionskollegien durchführt. Nach der Zäsur 1989/90, welche die Totalitarismustheorie historisch falsifiziert und in der Praxis widerlegt hatte, erfuhr diese in neuem Gewand eine fragwürdige Wiederbelebung. Extremismus- und Totalitarismustheoretiker, deren wissenschaftliche Reputation damals aufgrund des schwindenden politischen Gebrauchswertes ihres Ansatzes gegen Null tendierte, entwickelten – begünstigt durch Erfolge rechtspopulistischer Gruppierungen und Terroranschläge islamistischer Fundamentalisten – die Populismus-, Fundamentalismus- und Terrorismustheorie quasi als politisches Substrat für die Extremismus- und Totalitarismustheorie, ohne ihr mehr inhaltliche Substanz zu verleihen. In der Terrorismushysterie nach den Anschlägen am 11. September 2001 lag es nahe und fiel es ihnen leicht, das Extremismus- bzw. Totalitaritarismuskonzept auf den islamischen Fundamentalismus anzuwenden. Während Eckhard Jesse seinerzeit eine „Übertragung auf ferne Kulturkreise“ empfahl, um der Extremismus- und Totalitarismustheorie neues Leben einzuhauchen, erklärte Armin Pfahl-Traughber, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, den Extremismus zur „politische(n) Variante des Fundamentalismus“, wodurch der terminologische Bezug zum Islamismus hergestellt und man wieder auf der Höhe der Zeit war.[21]

5. Fundamentalismus-, Populismus- und Terrorismustheorie als Neuauflage der Extremismus- und Totalitarismustheorie?

Ungefähr seit der Jahrtausendwende ist die Populismustheorie en vogue, was damit zu tun haben dürfte, dass rechtspopulistische Gruppierungen wie die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (PRO) des kurzzeitigen Hamburger Innensenators Ronald Barnabas Schill und neuerdings die „Bürgerbewegungen“ Pro Köln, Pro NRW und Pro Deutschland öffentliche Auf-

[21] Vgl. Jesse (Anm. 5), S. 992; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus als politische Variante des Fundamentalismus. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Ablehnung der kulturellen Moderne, in: Mut, Nr. 334/1995, S. 58 ff.

merksamkeit erregten.[22] Fragwürdig ist der Terminus „Populismus“ zumindest dann, wenn er inflationiert, als Kosename für den Rechtsextremismus benutzt, zur Verharmlosung von dessen Gefahrenpotenzial missbraucht und/oder gegen die demokratische Linke gekehrt wird. Offenbar geht heute ein neues Gespenst in Europa um: der „Linkspopulismus“, welcher laut dem Politikwissenschaftler Frank Decker von dem globalisierungskritischen Netzwerk attac bis zur Partei DIE LINKE reicht. Decker gibt auf der anderen Seite des politischen Spektrums hingegen vorschnell Entwarnung, wenn er von einer „allgemeinen Erschöpfung des europäischen Rechtspopulismus“ spricht und behauptet, die etablierten Parteien hätten ihren Herausforderern „die Migrationsfrage entwunden.“[23] Das klingt nach einer politischen Kraftanstrengung und einer anerkennenswerten Leistung, meint jedoch nichts weiter als die Anpassung demokratischer Regierungen an den Rechtspopulismus bzw. die Nachgiebigkeit gegenüber seiner Forderung nach Verschärfung der Zuwanderungs- und Asylgesetzgebung. Man besiegt den Rechtspopulismus aber nicht, indem man Kernelemente seiner Programmatik in abgeschwächter Form oder homöopathischen Dosen übernimmt.

Höchst problematisch erscheint die Verwendung des Populismusbegriffs, wenn mit seiner Hilfe die während des Kalten Krieges zur westdeutschen Staatsdoktrin avancierte Extremismus- bzw. Totalitarismustheorie im modischen Gewand wiederaufersteht und neuerliche staatliche Ausgrenzungsbemühungen gegenüber linken Systemkritiker(inne)n, z.B. Oskar Lafontaine als früherem SPD- und heutigem Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, legitimiert werden. Dabei wird der Populismusbegriff sowenig mit Inhalt gefüllt wie seinerzeit die beiden Termini „Totalitarismus“ und „Extremismus“. Nicht zufällig erfährt die Extremismustheorie seit geraumer Zeit eine Renaissance, was sich auch in mehreren neuen Buchpublikationen dazu nieder-

---

[22] Vgl. Marco Carini/Andreas Speit, Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg 2002; Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008.

[23] Frank Decker, Die Renaissance der Sozialisten. Warum der linke dem rechten Populismus den Rang ablaufen könnte, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 5 vom Mai 2007, S. 36.

schlägt.[24]

Genauso wie die prominentesten *Extremismus*mustheoretiker beschwören führende *Populismus*forscher hauptsächlich eine Gefahr *von links*. Während der *Rechts*populismus aufgrund der NS-Vergangenheit hierzulande in einem „höchst empfindlichen öffentlichen und medialen Umfeld" agiere, leicht stigmatisiert werden könne und keine charismatischen Spitzenpolitiker habe, verfügt der *Links*populismus nach Ansicht von Frank Decker und Florian Hartleb durch die feste gesellschaftliche Verankerung und gute organisatorische Vernetzung der PDS in Ostdeutschland über eine tragfähige Basis, genügend Ressourcen sowie geeignetes Führungspersonal. Sie könne trotz ichrer „DDR-Vergangenheit" und des fortbestehenden „Extremismusverdacht(s)" ihr gegenüber nicht auf Dauer delegitimiert werden, zumal sich die Partei „in ihrer ideologischen Gegnerschaft zum Rechtsextremismus scheinbar (?!) von niemandem überbieten" lasse: „Gerade weil sie über den Faschismusverdacht in jeder Hinsicht erhaben ist, kann es sich die Linkspartei relativ gefahrlos leisten, mit Themen und Methoden auf Stimmenfang zu gehen, die man normalerweise dem Rechtspopulismus zuschreibt."[25]

Belege für ihre These blieben die Verfasser zwar schuldig, schlossen damit aber erfolgreich an ein in der Medienöffentlichkeit verbreitetes Klischee an, das in dem früheren SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine *den* (Links-) Populisten *schlechthin* verkörpert sieht. Decker und Hartleb weisen kurz auf „Lafontaines Einlassungen zur Zuwanderungspolitik" hin,[26] die ihrer Meinung nach „genauso gut von Jörg Haider oder Franz Schönhuber hätten stammen können", ohne sie auch nur sinngemäß zu zitieren oder zu erwähnen, dass der WASG-Spitzenkandidat zum Zeitpunkt der inkriminierten Äuße-

---

[24] Vgl. z.B. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004; Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006; Hans-Gerd Jaschke, Politischer Extremismus, Wiesbaden 2006.

[25] Siehe Frank Decker/Florian Hartleb, Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 212 f.

[26] Ebd., S. 211.

rungen noch gar nicht der Linkspartei.PDS angehörte, die übrigens auch längst nicht mehr PDS hieß. Doch was interessieren Daten, Fakten und Details im Rahmen der öffentlichen Meinungsbildung, wenn durch ihr Verschweigen das Hauptziel erreicht wird, linke Politik, Politiker und Parteien im Rahmen des aus der NS-Zeit stammenden und in der Bundesrepublik bis heute fortwirkenden antikommunistischen Grundkonsenses zu diskreditieren?

„Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen", hatte Oskar Lafontaine auf einer Wahlkampfveranstaltung in Chemnitz am 14. Juni 2005 gesagt.[27] Indem er den Begriff „Fremdarbeiter" für osteuropäische Arbeitsmigranten benutzte, verstieß Lafontaine zweifellos gegen die als *Political Correctness* bezeichneten Sprachregeln, wiewohl er nur ausdrückte, was die deutsche Arbeitsmarktpolitik mit dem sog. Inländerprimat seit Jahrzehnten praktiziert. Wenn Politiker des Establishments – wie etwa der seinerzeit für das Thema „Migration und Integration" zuständige frühere Bundesinnenminister Otto Schily – in und außerhalb von Wahlkampfzeiten ganz Ähnliches tun, stellt sie deshalb bezeichnenderweise kaum jemand zur Rede und/oder mit Vertretern rechtsextremer Parteien auf eine Stufe. In einem Interview, das am 2. November 2000 in der *Zeit* erschien, warb Schily, auf Probleme der Integration von Türk(inn)en und Tendenzen ihrer Gettoisierung (Stichwort: Berlin-Kreuzberg) angesprochen, für all jene Migrant(inn)en um Verständnis, die im Aufnahmeland zu Menschen mit der ihnen vertrauten Sprache und vergleichbaren Gewohnheiten ziehen: „Das ist ... eine Eigenschaft, die auch dem deutschen Volkscharakter nicht fremd ist. Deutsche haben in Übersee auch immer die Nähe zu Deutschen gesucht." Mit einem Begriff wie „deutscher Volkscharakter" leistet man der Ethnisierung sozialer Verhaltensweisen selbst dann Vorschub, wenn er im Rahmen der Argumentation für Migration, Integration und multikulturelles Zusammenleben benutzt wird.

---

[27] Zit. nach: Harald Neuber, Kein Blatt vorm Mund. Immer wieder kommt es bei deutschen Politikern zu rechtspopulistischen Äußerungen. Kritisiert wird dies nur selten, in: Telepolis vom 24. März 2006.

6. DIE LINKE im Visier der Populismustheoretiker und im Kreuzfeuer unsachlicher Medienkritik

Spätestens seit dem 13. Mai 2007, als die Linkspartei mit 8,4 Prozent der Stimmen in die Bremische Bürgerschaft (Landtag) einzog, ist sie auch im Westen des Landes eine von ihren Konkurrentinnen ernst zu nehmende politische und parlamentarische Größe, die vor allem bei Sozialdemokraten und diesen nahestehenden Kommentatoren scharfe Abwehrreflexe auslöst. Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) qualifizierte die unliebsame Konkurrenz in der Rubrik „Auf eine Zigarette" des „ZEITmagazins *Leben"* der von ihm mit herausgegebenen Wochenzeitung kurzerhand als „linksextrem" ab: „Einige SPD-Wähler möchten an Regeln festhalten, die nicht mehr realistisch sind. Sie möchten an dem Wohlstand festhalten, den ihnen der Sozialstaat verschafft hat. Dass die Welt sich ändert und dass wir Deutschen viel älter werden als früher, dass das Renteneintrittsalter steigen muss, schafft Unsicherheit und Besorgnisse. Dann gibt es Leute wie diesen Lafontaine, die auf diesem Klavier spielen und Ängste schüren."[28]

Thomas Meyer, führender sozialdemokratischer Intellektueller, Mitglied der Programmkommission und Chefredakteur des Theorieorgans seiner Partei, verteidigte dort die Arbeitsmarkt- bzw. Modernisierungspolitik der Bundesregierung und warf der „Empörungslinken" vor, die „Gestaltungslinke" durch ihre Kritik daran zu schwächen: „Der Populismus, auch auf der Linken, ist stets mehr Form als Inhalt: maßloser Protest, Schaffung von Sündenböcken, statt Kontroversen moralische Rechthabereien gegen den Rest – im vorliegenden Falle gegen die ‚*Hartz*-IV-Parteien'."[29] An gleicher Stelle beschimpfte Klaus Harpprecht, einst Berater des damaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, Lafontaine als „Ex-Bonaparte von der Saar" und „Deutschlands Chefdemagoge(n)", der ein „talentierte(r) Populist" sei: „Kaum ein Auftritt, bei dem er nicht den Geist Willy Brandts herbeizitiert, um ihn als eine Art Großpapa seiner ‚Linken' vorzuführen, neben dem Urgroßvater

---

[28] „Und dann gibt es diesen Lafontaine ..." – Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt, in: ZEITmagazin Leben vom 28. Juni 2007

[29] Thomas Meyer, Zwischenruf: Warnsignal oder Demokratiegefahr?, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 5 vom Mai 2007, S. 40 (Hervorh. im Original)

Bebel, dem Großonkel Liebknecht und der Großtante Luxemburg.“[30]

Auch die Populismusforschung schreckt im Einzelfall vor übertriebener Polemik nicht zurück. Selbst namhafte Wissenschaftler sind von solchen Anwandlungen keineswegs frei, wie folgende Bemerkung des Bonner Hochschullehrers Frank Decker zeigt: „Nicht wenige von denen, die der multikulturellen Gesellschaft das Wort reden, leben selbst in sicherem Abstand zu den Problemvierteln, um der harten Realität des zwischenethnischen Alltags aus dem Weg zu gehen.“[31] Das klingt nach einem schlagenden „Argument“, welches REPublikaner, DVU-Anhänger oder NPD-Sympathisanten fast in jeder Diskussion über Integrationsdefizite von Zuwanderern benutzen, um die Gegenseite ins Unrecht zu setzen. In dieser Klarheit und Schärfe tragen es Rechtsextremisten aber selten vor, sprechen sie doch eher davon, dass „MultiKulti-Schwuchteln“ aufgrund ihrer sozialen Privilegierung in nobleren Gegenden wohnen und deshalb den „Umweltbelastungen“ durch Ausländer, also ihrem Lärm und Dreck, überhaupt nicht ausgesetzt seien, weshalb sie – das ist die Schlussfolgerung – gefälligst zum Thema schweigen sollten. Decker hingegen stellt die im Grunde weit kühnere Behauptung auf, Befürworter des multikulturellen Miteinanders zögen *gezielt* in Quartiere, die abseits von Stadtteilen mit vielen Zuwanderern und Angehörigen ethnischer Minderheiten lägen.

Einen besseren Kronzeugen für ihre rassistischen Ressentiments als einen renommierten und der SPD nahestehenden Universitätsprofessor dürften Neonazis kaum finden. Das hier dokumentierte Beispiel zeigt sehr gut, warum der Rechtspopulismus überhaupt wirksam ist: Wenn zumindest Teile seiner Ideologie nicht nur am Rande virulent, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hinein salonfähig sind, muss er nicht fürchten, in ähnlicher Form wie DIE LINKE und ihr politisches Umfeld ausgegrenzt zu werden. Durch die Formalisierung und Sinnentleerung zu einer politischen Allzweckwaffe degeneriert, wird der Populismusbegriff neuerdings vornehmlich als semantische Keule im Kampf gegen die am 16. Juni 2007 durch Zusammenschluss

---

[30] Klaus Harpprecht, Der Friedhofsdieb, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 12 vom Dezember 2007, S. 16 und 17.

[31] Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl. Opladen 2004, S. 225.

von Linkspartei.PDS und WASG entstandene LINKE und deren Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine missbraucht.

Wie die LINKE bzw. ihre Parteiführung mittels des Populismus-Vorwurfs geschwächt werden soll, illustriert folgendes Beispiel: In einer einzigen Ausgabe der Wochenzeitung *„Die Zeit“* wird Oskar Lafontaine gleich drei Mal als „Linkspopulist“ klassifiziert. Christoph Dieckmann stellt die Frage, ob Lafontaine ein Populist sei, und zitiert danach zustimmend einen Ost-WASGler unter Hinweis auf die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen mit dem Satz: „Wenn man was verlangt, das sich nicht realisieren lässt, ist es Populismus“.[32] Wäre dem so, müssten alle großen Politiker, Revolutionäre und politischen Visionäre, die weit voraus dachten, Populisten gewesen sein. Da sich jedoch die Sklaverei nach Millennien verbieten ließ, die auch nicht sehr viel kürzer dauernden Hexenverbrennungen beendet werden konnten und das Frauenwahlrecht nach mehreren Jahrhunderten, in denen das Dogma weiblicher Unmündigkeit bzw. Politikunfähigkeit gegolten hatte, eingeführt wurde, müsste sich der kaum ein paar Dekaden alte „Finanzmarkt-“ bzw. „Aktionärskapitalismus“, gegen den Lafontaine zu Felde zieht, gleichfalls überwinden lassen. Kaum geeignet dafür erscheint die Forderung nach einem allgemeinen Grundeinkommen, zu der sich aber weder die LINKE noch ihr Vorsitzender Lafontaine bekennt, auch wenn ihm das Dieckmann und Andrea Nahles unterstellen. Nahles, damals designierte Stellvertreterin Kurt Becks im SPD-Vorsitz, sagte den *„Zeit“*-Redakteuren, die sie interviewten und – wie könnte es anders sein – mit dem „Fremdarbeiter“-Zitat konfrontierten, so habe Lafontaine schon geredet, als er noch SPD-Parteichef war: „In Sachen Populismus hat er schon immer Schwächen gehabt.“[33] Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, ebenfalls Vizevorsitzender und führender Repräsentant der rechten Sozialdemokraten, wurde zum selben Themenkomplex befragt und widersprach der Auffassung,

---

[32] Siehe Christoph Dieckmann, Der große Mann der kleinen Leute. 1990 galt er als Feind der deutschen Einheit, nun will Oskar Lafontaine Chef der neuen Linkspartei werden. Eine Begegnung im Osten, in: Die Zeit vom 24. Mai 2007, S. 11.

[33] „Das ist nicht links, das ist paternalistisch“. Die designierte stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles über die neue Begeisterung für staatliche Verbote, die Vorzüge der Globalisierung und Jesus als linkes Idol, in: ebd., S. 10.

die LINKE treffe die Gefühlslage der Bürger/innen besser als die SPD: „Die Linkspartei argumentiert populistisch, das ist zunächst leichter. Was die vertreten, ist: Lasst uns festhalten an den jetzigen Verhältnissen oder sogar in die Vergangenheit zurückkehren, das sichert uns die Zukunft. Das funktioniert aber nicht in einer sich um uns herum stramm verändernden Welt, und das merken die Menschen, weil man sie auf Dauer nicht für dumm verkaufen kann.“[34]

Als der SPD-Vorsitzende Kurt Beck im Vorfeld des Hamburger Parteitages (26. bis 28. Oktober 2007) die Forderung erhob, Älteren wieder länger Arbeitslosengeld (I) zu zahlen und 24 statt 18 Monate als neue Höchstbezugszeit ins Gespräch brachte, richtete man den Populismus-Vorwurf plötzlich gegen ihn. Roman Heflik formulierte im Magazin *„stern“* unter dem Titel „Beck irrt!“ fünf Thesen gegen den Populismus, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, weshalb die von ihm für falsch gehaltene Forderung „populistisch“ sein sollte.[35] Offenbar war dieser Begriff mittlerweile so sehr instrumentalisiert und deformiert worden, dass er als Synonym für „populär“ durchging, denn Becks Vorschlag fand nicht nur innerhalb seiner Partei, sondern auch bei einem Großteil der Bevölkerung positive Resonanz: „Erstmals seit Langem stößt der SPD-Chef mit einer politischen Forderung auf breite Zustimmung. Gewerkschaften und Linkspartei nicken zufrieden.“[36]

In der *„Zeit“* übernahm Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur des Blattes, zwar den Populismus-Vorwurf gegenüber der SPD, suchte diesem aber gute Seiten abzugewinnen: „Es fragt sich allerdings, ob Beck die Geister, die er rief, noch beherrschen kann.“[37] Nunmehr wurde Gerhard

---

[34] „Kafkaeske Erfahrung“. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück über Widersprüche in der Großen Koalition, eine gerechte Steuerpolitik und das Selbstmitlied der Sozialdemokraten, in: ebd., S. 25

[35] Roman Heflik, Beck irrt! – Fünf Thesen gegen den Populismus, in: stern vom 18. Oktober 2007, S. 184 ff.

[36] Ebd., S. 184

[37] Bernd Ulrich, Moses war gestern. Kurt Becks Anbiederung an Volkes Stimme könnte das Land bald wieder ein Stück politischer machen, in: Die Zeit vom 25. Oktober

Schröder mit Blick auf die letzten Monate seiner Amtszeit einer „populistische(n) Wahlkampagne“ bezichtigt, welche „nichts mehr vom Geist der Agenda“ transportiert, sondern diesen ignoriert habe, um sich nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 an der Regierungsmacht zu halten, wie Matthias Geis in derselben *„Zeit“*-Ausgabe schrieb.[38] Zuletzt heftete Peter Dausend in derselben Wochenzeitung sogar Schröders früheren Kanzleramtsminister Frank-Walter Steinmeier das Populismus-Etikett an, als er über den SPD-Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 schrieb: „Steinmeier hat es zwar geschafft, dass sich die SPD wieder selbst gefällt. Nur den Leuten gefällt sie jetzt noch weniger. So ist es halt, wenn Populismus ohne Popularität bleibt.“[39]

Als Beck die SPD im Frühjahr 2008 schrittweise nach Links öffnete und den Landesvorständen seiner Partei die Entscheidung zur Bildung einer rot-rot-grünen Koalition überließ, erschien *„Der Spiegel“* mit einem Titelbild, das ihn unter der Überschrift „Vorwärts ... und vergessen! Kurt Becks riskanter Griff zur Macht“ zusammen mit Lafontaine, Lenin und Marx zeigt. In dem dazu gehörenden Artikel heißt es über Lafontaine: „Er spricht viel vom Volk. Er will eine direkte Demokratie, immer wieder Volksentscheide. Das ist die Koalition, die er sich vorstellt. Er und das Volk. Er wird es schon dahin kriegen, wo er es haben will. Es wird schwer für die SPD. So populistisch wie Lafontaine kann sie nicht werden.“[40]

Bei der Diffamierung von Oskar Lafontaine ging Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG, erheblich weiter, als er ihm per Leitartikel unter dem Titel „Nationaler Sozialismus“ vorwarf, die Pressefreiheit und die Marktwirtschaft zu verhöhnen: „Das Phänomen Lafontaine

---

2007

[38] Matthias Geis, Einmal Agenda und zurück. Vor neun Jahren begann die SPD ihre Regierungszeit mit der Revision von Reformen. Jetzt ist es wieder so weit, in: Die Zeit vom 25. Oktober 2007.

[39] Peter Dausend, Der Insolvenzverwalter. Als Retter von Opel hat Frank-Walter Steinmeier gezeigt, dass er ein echter Sozialdemokrat ist. Ein bisschen zu echt, finden die Wähler, in: Die Zeit vom 10. Juni 2009.

[40] Thomas Darnstädt/Dietmar Hipp, Schmerzhaftes Vorspiel, in: Der Spiegel vom 3. März 2008, S. 34.

leitet nicht nur eine weitere Stufe in der Entfremdung der Bürger von politischen Prozessen ein. Es besiegelt und belegt auch die Auflösung der Kategorien von links und rechts."[41] Schließlich sei „der Demagoge aus dem Saarland", geiferte Döpfner, kein *linkes* Phänomen: „Aus Lafontaines Weltanschauung folgt das Programm einer nationalpopulistischen Regierungspartei, bei der Jürgen W. Möllemann den Außenminister, Peter Gauweiler den Innenminister und Erich Mielke und Franz Schönhuber die Ehrenvorsitzenden hätten geben können."[42] Denn die LINKE müsse eigentlich „Die Reaktionäre" heißen, pflege sie doch „ein Weltbild des Ressentiments: protektionistisch, wirtschafts- und wettbewerbsfeindlich, nationalistisch und fremdenfeindlich."[43]

Der Göttinger Parteienforscher Franz Walter kritisiert die Stigmatisierung der „Lafontaine/Gysi-Partei" und weist darauf hin, dass solche Populisten nicht „wie Phönix aus der Asche" kämen, ihr Aufstieg vielmehr ein Indiz für gesellschaftliche und politische Defizite darstelle, weshalb man sich über sie nicht selbstgerecht ereifern solle, vielmehr nach den Ursachen ihres Rückhalts in bestimmten Bevölkerungskreisen fragen müsse: „Populisten reüssieren allein dann, wenn in einer Gesellschaft etwas nicht stimmt, präziser: wenn die öffentlichen Einrichtungen an Legitimation verloren haben, wenn die Führungsschichten nicht mehr überzeugen, wenn ganze Gruppen von den entscheidenden politischen Vereinbarungen ausgenommen sind, wenn sie sich also verloren, kulturell entfremdet, ökonomisch betrogen fühlen."[44]

Gleichwohl trägt Walter seinerseits zur Diskreditierung der LINKEN bei, weil er ihnen ebenfalls das Etikett des Populismus anhängt, statt es zu hinterfragen. Sind Gregor Gysi und Oskar Lafontaine wirklich „Linkspopulisten", nur weil sie mit enormer rhetorischer Begabung ausdrücken, was Millionen sozial Benachteiligten unter den Nägeln brennt? Schließlich ist die SPD zur

---

[41] Mathias Döpfner, Nationaler Sozialismus, in: Die Welt vom 10. Juli 2007.

[42] Ebd.

[43] Ebd.

[44] Franz Walter, Die Linkspartei zwischen Populismus und Konservatismus. Ein Essay über „Vergreisung als Chance", in: Tim Spier u.a. (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 339.

Massenpartei geworden, weil ein Volkstribun wie August Bebel mit derselben Wortgewalt die soziale Ungerechtigkeit des frühen Industriekapitalismus, die Kriegsabenteuer des Imperialismus und die Selbstherrlichkeit des kaiserlichen Halbabsolutismus geißelte, mit welcher Lafontaine und Gysi heute die weit krasseren Einkommens- bzw. Vermögensunterschiede im modernen Finanzmarktkapitalismus, den Militärinterventionismus der NATO-Staaten und die Volksferne der politischen Klasse kritisieren. Einen „populistischen Sozialismus", den Heiko Maas der LINKEN in der *„Zeit"* vorwarf, gibt es nicht. Der saarländische SPD-Vorsitzende widersprach sich denn auch schon ein paar Interview-Sätze später selbst, wenn er der Konkurrenzpartei unterstellt, eine nicht mehr haltbare Form von sozialer Gleichheit zu versprechen, und dies mit den Worten klassifiziert: „Das ist populistisch, aber nicht sozialistisch."[45] Ja, was denn nun, möchte man fragen: Repräsentieren die Führungsfiguren der LINKEN einen „populistischen Sozialismus", oder markieren diese beiden Begriffe (auch für Maas) inhaltliche Gegensätze?

Manchmal wurden umstrittene familienpolitische Äußerungen der Lafontaine-Ehefrau Christa Müller ihrem Mann nach Art einer politischen Sippenhaft zugerechnet. So erweiterte Thomas Gesterkamp den Vorwurf des Rechtspopulismus auf die ganze Familie, als er das berühmt-berüchtigte „Fremdarbeiter"-Zitat in der *„taz"* mit dem von Christa Müller auf öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen gemünzten Begriff „Fremdbetreuung" in Verbindung brachte und nach Ausführungen über die Unruhe, welche das Fremde „für das deutsche Gemüt" seit jeher mit sich bringe, schlussfolgerte: „So strandet der linke Populismus aus dem Hause Lafontaine genau dort, wo er hingehört: rechts außen, wo Fremdarbeiter und Fremdbetreuung nicht nur sprachlich zusammenpassen."[46] Peinlicherweise versäumt es die *„taz"* selbst, den Begriff „Fremdarbeiter" in Anführungszeichen zu setzen, wie ein auf dpa gestützter Artikel zeigt, in dem das bei Lafontaine inkriminierte Wort gleich

---

[45] ... und der Zukunft zugewandt. Heiko Maas, SPD-Landesvorsitzender im Saarland, über seinen Gegner Oskar Lafontaine und die Möglichkeit rot-roter Koalitionen, in: Die Zeit vom 26. Juli 2007.

[46] Thomas Gesterkamp, Die Wacht an der Saar, in: taz vom 9. August 2007.

zwei Mal vorkommt.[47]

Stefan Willeke knöpfte sich in der *„Zeit“* Lafontaines Bruder Hans vor, der Oskar mit einer „kleine(n) Expertise“ zur Seite gesprungen sei, als dieser wegen des Begriffs „Fremdarbeiter“ unter Druck geriet: „Das sei kein Naziwort gewesen, der ‚Fremdarbeiter‘ habe denen nicht rassistisch genug geklungen.“[48] Im selben Artikel heißt es über Oskar Lafontaines Bücher: „Liest man seine Veröffentlichungen chronologisch, spürt man, dass er mit den Eliten, gegen die er hetzt, mehr und mehr die politischen Eliten meint. Stärker denn je neigt Lafontaine dazu, sich den Bürgern anzubiedern, indem er das politische System nicht mehr allein von innen angreift, als Redner der Opposition im Parlament, sondern auch von außen, als vermeintlich Unbeteiligter, der im Herzen nie wirklich dazugehört, jedoch die herrschenden Machenschaften durchschaut habe. Bei dem Antipolitiker Schill überraschte dieses fadenscheinige Manöver nicht, bei Lafontaine grenzt es an Selbstverleugnung.“[49]

In einer weiteren Ausgabe der *„Zeit“* wurde Oskar Lafontaine als „Deutschlands begnadetster Populist“ tituliert, untermalt von einer Karikatur, die den Saarländer als Napoleon auf einem Feldherrnhügel zeigt, in dem die Büsten von Marx, Engels und Lenin zu sehen sind. Brigitte Fehrle vertrat dort die These, ob sich innerhalb der LINKEN „Reformvernunft oder Populismus“ durchsetze, sei offen. Zwar mache sich Lafontaine die neue Partei aufgrund seiner „dämonische(n) Kraft“ und Wahlerfolgen mittels „dämonisierender, antidemokratischer Rhetorik“ untertan, um die SPD „gefügig (zu) machen“, als „modern und emanzipatorisch“ bezeichnete „Reformer aus der PDS (und einige Junge aus dem Westen)“ suchten dem Vorsitzenden, der „autoritär, brutal, hart“ sei, jedoch in den Arm zu fallen. Fehrle, Leiterin der Hauptstadtredaktion, beruft sich wiederholt auf namentlich nicht genannte innerparteiliche Kritiker, von denen einer die Begeisterung der Delegierten einer Versammlung schildert („Wenn Lafontaine damals gerufen hätte: Wollt ihr den totalen Sozialismus? – dann hätten sie Ja gebrüllt.“), und schließt daraus:

---

[47] Kirche dokumentiert NS-Unrecht, in: taz vom 9. April 2008.

[48] Stefan Willeke, Dem Lafontaine sein Bruder, in: Die Zeit vom 25. Oktober 2007.

[49] Ebd.

„Es ist also keine neoliberale Verleumdung, wenn man sagt, Lafontaines Populismus spiele mit rechten Ressentiments.“[50]

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Totalitarismus-, Extremismus-, Fundamentalismus-, Populismus- und Terrorismustheorien beschreiben nur oberflächlich, was sie eigentlich wissenschaftlich beweisen müssten, um als seriöse Denkansätze gelten zu können: dass „Totalitarismus“, „Extremismus“, „Fundamentalismus“, „Populismus“ und „Terrorismus“ sinnvolle Gattungsbegriffe sowie dass ihre rechten bzw. religiösen Spielarten wesensverwandt mit linken Varianten derselben sind, während die „demokratische Mitte“ nicht das Geringste mit ihnen zu tun hat. Hintergründe und Entstehungsursachen der sowie Zusammenhänge zwischen den genannten Phänomenen bleiben hingegen weitgehend im Dunkeln.

So wenig originell die Ideen von Backes, Jesse und Co. anmuten, so mächtig sind die hinter ihnen stehenden Interessen. Während sich das bürgerliche Lager mit ihrer Hilfe als „demokratische Mitte“ über alle seine Widersacher fast nach Art einer Lichtgestalt erhebt und die staatlichen Sicherheitsorgane ihre fortdauernde Existenzberechtigung nachweisen und Personal- wie Sachmittelforderungen begründen können, werden Kritiker des kapitalistischen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystems und undemokratischer Praktiken seines Staates in geradezu perfider Weise dadurch delegitimiert, dass man sie auf eine Stufe mit ihren Hauptgegnern, religiösen Fanatikern, Rechtsterroristen und Faschisten stellt.

Totalitarismus-, Extremismus-, Fundamentalismus-, Populismus- und Terrorismustheorien sind von Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten nach Kräften geförderte und teilweise subventionierte Versuche, die inhaltliche Nähe von Teilen des Establishments wie der Mehrheitsbevölkerung zu rechtsextremen bzw. -populistischen Einstellungen durch einen zum kategorischen Imperativ der Sozialwissenschaften erhobenen Vergleich und die subtile Gleichsetzung völlig unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Phänomene zu überdecken. Die beliebteste, aber leicht durchschaubare Schutzbehauptung

---

[50] Brigitte Fehrle, Die Partei bin ich, in: Die Zeit vom 30. April 2008.

der Extremismus- und Totalitarismustheoretiker lautet, man *setze* so unterschiedliche Systeme wie den Nationalsozialismus und den Kommunismus gar nicht *gleich*, sondern *vergleiche* sie nur, was schließlich erlaubt sein müsse. Natürlich darf man Äpfel mit Birnen vergleichen, denn es handelt sich hierbei um ganz ähnliches Obst. Aber wer den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt mit dem LINKEN-Vorsitzenden Lothar Bisky vergleicht, suggeriert zumindest unterschwellig, dass beide Politiker und Parteien gleichzusetzen seien, denn sonst müsste er irgendwann auch mal auf die Idee kommen, Bisky mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering und den CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer mit Voigt zu vergleichen, was mit Sicherheit nie passiert – und fast genauso irreführend wäre!

Die politische Borniertheit und intellektuelle Dürftigkeit der meisten Extremismus-, Totalitarismus-, Fundamentalismus-, Populismus- und Terrorismustheorien verbieten es, sie als *Theorie*ansätze im strengen Sinne gelten zu lassen. Mit der sehr viel komplexeren Wirklichkeit haben die genannten Ansätze zwar wenig zu tun, ihrer Wirkmächtigkeit tut dies jedoch so lange keinen Abbruch, wie sie ihren Hauptzweck erfüllen, demokratische Alternativen zum bestehenden Herrschaftssystem zu diskreditieren. Einen *wissenschaftlichen* Anspruch können sie auch deshalb schlecht erheben, weil es sich oft nur um Typologien handelt, die bestimmte Phänomene erfassen, beschreiben und klassifizieren.

Was sich mit dem Titel „Totalitarismustheorie“ schmückt, ist pure Ideologie, wenn sie das Ziel verfolgt, Sozialismus und Kommunismus durch Gleichsetzung mit dem (Hitler-)Faschismus zu diskreditieren. Dagegen entlastet sie den Letzteren, indem ihm das negative Alleinstellungsmerkmal des politischen Verbrechertums genommen und seine Terrorherrschaft relativiert bzw. verharmlost wird. Völlig unbeachtet bleiben sowohl jener Wirtschaftstotalitarismus, den Neoliberalismus und Marktradikalismus implizieren, als auch, was man – wenngleich m.E. nur sehr vage und missverständlich – als „Extremismus der Mitte“ charakterisieren kann.[51]

---

[51] Vgl. Hans-Martin Lohmann (Hrsg.), Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt am Main 1994.

Extremismus- und Totalitarismustheorien sowie alle eng damit liierten Ideologien kaschieren, dass die parlamentarische Demokratie so gut wie nie von den politischen Rändern, sondern erheblich häufiger von Eliten bedroht wird, die ihre Privilegien durch Massenproteste gefährdet sehen und ihre Gegner als „Populisten“, „Fundamentalisten“ und „Terroristen“ beschimpfen, um sie bei unentschiedenen Dritten in Misskredit zu bringen. Extremismus-, Totalitarismus-, Fundamentalismus-, Populismus- und Terrorismustheorien erklären absolut nichts, vernebeln vielmehr alles, was zu kennen wichtig ist, um die genannten Phänomene mit Erfolg bekämpfen zu können: die sozialökonomischen Entstehungsursachen, das Wesen und die Wurzeln von Rechtsextremismus, Faschismus und (gewalttätigem) Neonazismus. Selbst politische Ziele und Motive der Personen, die als „Fundamentalisten“ oder „Terroristen“ etikettiert werden, bleiben vage, wenn vorrangig die Mittel, deren sie sich bedienen, für einen Vergleich herangezogen werden, der die Gleichsetzung ansonsten völlig unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Akteursgruppen bezweckt. Entscheidend ist letztlich immer, warum eine politische Strömung entsteht, welche Interessen sie vertritt und wogegen sie angeht bzw. aufbegehrt. Wie sie ihre Ziele zu erreichen sucht, ist keineswegs irrelevant, wird aber maßgeblich davon beeinflusst.

Sowenig die Extremismustheorie eine Analyse des Rechtsextremismus ermöglicht, sowenig verfügen ihre Vertreter über eine geeignete Strategie, ihn zu bekämpfen. Sie setzen im Wesentlichen auf den Staat, genauer: einen starken Staat in Form einer „wehrhaften Demokratie“, die rechte und linke Extremisten nicht an ihrem Engagement hindern, aber aus dem politischen Machtzentrum der Gesellschaft heraushalten soll. Hans-Gerd Jaschke hat indes auf die unterschiedliche Behandlung von Links- und Rechtsextremisten durch die Staatsschutzbehörden hingewiesen: Reaktionen gegen „Links“ sind viel entschiedener und konsequenter, anarchistische Gewalttaten werden nicht nur schärfer verfolgt, sondern auch stärker politisch ausgeschlachtet, wofür die „Sympathisanten“-Hatz auf das angebliche Umfeld des RAF-Terrorismus (Heinrich Böll u.a.) als Paradebeispiel dienen mag: „Für ‚links‘ gibt es ‚Sippenhaft‘, rechte Militanz wird eher individualisiert und auf Einzeltäter zurückgeführt. Politische Reaktionen gegen links setzen bereits bei individuellen Meinungsäußerungen ein, wie etwa die Praxis der ‚Berufsverbote‘ in den siebziger Jahren anschaulich zeigt. Demgegenüber beginnt

die politische Aufmerksamkeitsschwelle gegen rechts erst bei parlamentarischen Erfolgen der Rechtsparteien."[52]

Falls nicht alles täuscht, wird „Populismus" mehr und mehr zu einem Allerweltsbegriff, der bloß noch das tiefe Missbehagen seiner Benutzer gegenüber dem damit bezeichneten Gegenstand ausdrückt. Eine weitere Popularisierung des Terminus birgt die Gefahr seiner völligen Entgrenzung, Entkernung und Entleerung in sich. Wenn ein analytischer Begriff zum bloßen Schimpfwort degeneriert, geht seine aufklärerische Wirkung verloren. Insofern leidet die Tiefenschärfe des Populismusbegriffs nicht nur unter seiner Inflationierung, sondern mehr noch unter seiner Instrumentalisierung zur Delegitimierung von Oskar Lafontaine und der von ihm geführten Partei DIE LINKE.

Populismus ist heute in Deutschland und Europa entweder *Rechts*populismus oder überhaupt keiner. Wer – wie das alle Populisten tun – in der politischen Arena den „natürlichen Menschenverstand" bzw. das „gesunde Volksempfinden" bemüht, stellt die neoliberale Standortlogik nicht in Frage, sondern stützt den gesellschaftlichen Status quo, stabilisiert die im globalisierten Kapitalismus bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse und kann schon deshalb kein Linker bzw. *Links*populist sein, weil er neue Erfahrungen und kritische Einsichten in das Prokustesbett überlieferter Traditionsbestände, „bewährter" Denkschablonen und pragmatischer „Durchwurstelei" presst: „Der Alltagsverstand begünstigt einen gewissen Konservatismus im Denken und Handeln, sein Potential zur Bewältigung von großen Überraschungen und ungewohnten Anpassungszwängen bleibt jedoch nur ein begrenztes."[53]

Allerdings greift auch hier die Mode um sich, bisher politisch-inhaltlich gefüllte Begriffe wie „Konservatismus" alltagssprachlich zu entleeren, was darin zum Ausdruck kommt, dass der LINKEN neben dem Populismus auch eine Wende zum Konservatismus unterstellt wird. Franz Walter spricht von

---

[52] Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, S. 59 f.

[53] Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006, S. 222.

der möglicherweise bevorstehenden „Fusion von Populismus und Konservatismus“, die Folge einer „Vergreisung der Kernländer des klassischen, mittlerweile überkommenen Industriekapitalismus“ sei und einen „konservativen Linkspopulismus“ hervorbringe.[54] Somit meint „Konservatismus“ jedoch nicht mehr eine politische Grundströmung, die zur Zeit der Großen Französischen Revolution entstand, wegen ihrer Betonung des traditionellen Familienbildes, der christlichen Religion und der Ehre der Nation unter Aristokraten viel Resonanz fand und darauf gerichtet war, deren Herrschaft wiederherzustellen, sondern nur noch den Wunsch nach Rekonstruktion oder Bewahrung überholter Zustände gleich welcher Art.

Hier wird dafür plädiert, den Populismusbegriff derart weiterzuentwickeln und inhaltlich zu konkretisieren, dass er nur solche Phänomene umfasst, die überprüfbare Kriterien erfüllen. Populistisch wäre dann jene Teilmenge innerhalb des organisierten Rechtsextremismus wie des Brückenspektrums zwischen diesem und dem (National-)Konservatismus zu nennen, die besonders das verunsicherte Kleinbürgertum anspricht, dessen Vorurteile gegenüber dem Wohlfahrtsstaat nährt, dabei wirtschaftsliberale Ziele verfolgt, Minderheiten abwertende Stammtischparolen aufgreift, den Stolz auf das eigene Kollektiv, die Nation bzw. deren Erfolge auf dem Weltmarkt (Standortnationalismus) mit rassistischer Stimmungsmache oder sozialer Demagogie verbindet und die verständliche Enttäuschung vieler Menschen über das Parteien- bzw. Regierungsestablishment für eine Pauschalkritik an der Demokratie schlechthin nutzt. Daraus folgt: Nicht alle Rechtsextremisten sind Populisten, aber sämtliche Populisten tendieren in letzter Konsequenz nach rechts, weil sie die durch sozioökonomische Herrschaftsverhältnisse und politische Machtungleichgewichte im Rahmen der Globalisierung bzw. neoliberalen Modernisierung verursachte Zerklüftung unserer Gesellschaft entweder ignorieren oder deren Widersprüche bzw. Klassengegensätze auf die verkürzte Frontstellung zwischen „Volk“ und „korrupter Elite“ reduzieren.[55]

---

[54] Vgl. Walter (Anm. 44), S. 343

[55] Vgl. Christoph Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen 2008, S. 11 ff.

Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie

Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Das vorliegende „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET) bekennt sich bereits in der Titelgebung zu gewissen Grundannahmen für seine Inhalte: Es wird davon ausgegangen, dass die Rede von „extremistischen“ und „terroristischen Bestrebungen“ bei allen Unterschieden in der jeweiligen ideologischen Begründung angemessen ist. Diese Auffassung findet in Öffentlichkeit und Wissenschaft aber keine ungeteilte Zustimmung. Mit emotionalen, politischen und wissenschaftlichen Motiven wendet man sich mitunter heftig gegen die mit der Extremismustheorie verbundenen Auffassungen. Die dabei artikulierten inhaltlichen Einwände sollen hier keineswegs ignoriert werden, dient doch die kritische Auseinandersetzung mit eben dieser Kritik auch der Schärfung des Profils der eigenen Positionen. Darüber hinaus enthalten die Stimmen der Kritiker mitunter auch Anregungen, welche extremismustheoretische Betrachtungen um der Erweiterung ihrer eigenen erkenntnisleitenden Perspektiven willen konstruktiv aufgreifen können.

Aus diesen Gründen wurde der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge für die vorliegende Ausgabe des JET um eine kritische Kommentierung der Extremismustheorie gebeten. Sie findet sich im vorstehenden Aufsatz, der noch kritische Stellungnahmen zu Populismus- und Totalitarismustheorien enthält. Für die Auswahl Butterwegges als Kritiker sprachen zwei Gründe: Zum einen hatte er sich bereits in einer früheren Veröffentlichung klar gegen die Extremismustheorie positioniert und dabei die immer wieder vorgetragenen Einwände komprimiert präsentiert.[1] Butterwegges vorliegender Aufsatz stellt eine Aktualisierung der seinerzeitigen

---

[1] Vgl. Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 64-78.

Argumentationen dar. Ihm folgt hier eine Kritik der Kritik durch den Herausgeber des JET. Zum anderen arbeitete der Autor zeitweise als Lehrbeauftragter am selben Institut der Universität Köln wie Butterwegge. Es handelte sich seinerzeit um eine persönlich sehr angenehme und nette Kooperation, welche aber grundlegende Differenzen in den hier zu erörternden Fragen nicht aufhob.

Dies soll in der vorliegenden Kritik der Kritik[2] wie folgt veranschaulicht werden: Zunächst geht es um die Bestimmung von Demokratie und Menschenrechten als zentrale Bezugspunkte der Extremismustheorie (2.), den Kontext von Extremismus und „Mitte“ (3.) und die Einstellung der Extremismustheorie zu Kapitalismuskritik (4.), Sozialismus (5.) und der Partei „Die Linke“ (6.). Dem folgen Ausführungen zu den behaupteten politischen Implikationen der Extremismustheorie (7.), der unterstellten Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus (8.), dem Erkenntnisgewinn und den Grenzen von extremismustheoretischen Vergleichen (9.), dem Stellenwert von gesellschaftlichen Ursachen für Extremismus (10.), Fundamentalismus und Islamismus als Bestandteile des Extremismus (11.) und dem Vorwurf der Isolation der Extremismustheorie in der Wissenschaft (12.). Gegen Ende sollen noch die Ausführungen zu DDR und NS-Staat im Diktaturvergleich (13.) und die Täter- und Opferperspektive in der Totalitarismustheorie (14.) kritisch angesprochen werden.

2. Demokratie und Menschenrechte als zentrale Bezugspunkte der Extremismustheorie

Zunächst bedarf es noch einmal der Erinnerung an die inhaltliche Kernposition der Extremismustheorie, welche die gemeinten politischen Bestrebungen über die Ablehnung der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates definiert.[3] Die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes

---

[2] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 67-86, hier S. 74-81.

[3] Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten.

und Eckhard Jesse, sicherlich die beiden profiliertesten Vertreter der Extremismustheorie, werden von Butterwegge bezüglich der Definition mit dem Gesichtspunkt „Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates“[4] zitiert. Weiter kommentiert er dazu: „Wer den Verfassungsstaat – und gerade nicht die Verfassung selbst –als zentralen Bezugspunkt seiner Extremismusdefinition wählt, zeigt damit im Grunde nur, wie staatsfixiert er ist, was übrigens zu den Hauptkennzeichen des Rechtsextremismus in Deutschland ... zählt.“[5] Ob Butterwegge mit dem letzten Teil des Satzes nur eine kleine polemische Spitze bringen oder gar eine tatsächliche politische Nähe postulieren wollte, soll hier aufgrund einer anderen Schwerpunktsetzung nicht näher erörtert werden.

Ist die Extremismustheorie „staatsfixiert“? Die von Butterwegge danach zitierte Definition des Autors spricht von „Bestrebungen, die sich gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates richten“[6] und auch Backes/Jesse gehen in ihrer Definition von einer „Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln“ aus. Genau die damit verbundenen Normen stehen im Zentrum der Extremismustheorie, die daher allenfalls als „normen-„ aber nicht als „staatsfixiert“ gelten kann. Es geht dabei um die folgenden zentralen Bezugspunkte der Extremismustheorie: Demokratie und Individualismus, Menschenrechte und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. Die historisch-politische Erfahrung lehrt, dass die gesellschaftliche und staatliche Verankerung dieser Normen zu einem Höchstmaß an Freiheit und Sicherheit für die

---

Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 87-122.

4 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin – Frankfurt/M. 1993, S. 40.

5 Christoph Butterwegge, Extremismus- Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikation, im vorliegenden Band. Alle folgenden Zitat von Butterwegge ohne gesonderte Belege in den Fußnoten beziehen sich auf diesen Beitrag.

6 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in.: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33, hier S. 32f.

Menschen führte. Eine Kritik an der normativen Ausrichtung der Extremismustheorie muss begründen, warum für sie die vorgenannten Prinzipien nicht primär bedeutsam sind.

Butterwegge geht es aber um den Vorwurf der Staatsfixiertheit, erfolge doch der Bezug nicht auf die Verfassung, sondern auf den Verfassungsstaat. Dies ist – wie die genaue Lektüre der oben genannten Zitate veranschaulicht – so nicht zutreffend. Die zentralen Bezugspunkte der Extremismustheorie bestehen in Prinzipien wie der Demokratie oder den Menschenrechten. Dies gestattet es auch, etablierte Politik in einem demokratischen Verfassungsstaat der Kritik auszusetzen, sofern sie sich in bestimmten Fragen nicht an die für die politische Ordnung konstitutiven Normen hält (wie etwa die Beispiele der Berlusconi-Regierung in Italien oder der Bush-Administration in den USA zeigen). Darüber hinaus kann Staatsfixiertheit nicht grundsätzlich als Vorwurf gelten, denn es kommt immer auf die jeweilige staatliche Ordnung an. Die behauptete Staatsfixiertheit der Extremismustheorie bezieht sich auf den demokratischen Verfassungsstaat, die vergleichend von Butterwegge genannte tatsächliche Staatsfixiertheit der Rechtsextremisten auf eine diktatorische Zwangsordnung.

3. Politischer Extremismus und politische bzw. soziale Mitte

Ein weiterer Einwand von Butterwegge bezieht sich auf das angebliche Bild bzw. Nicht-Bild von der „Mitte“ in der Extremismustheorie: Zum einen meinte er, „Rechtsextremismus war historisch und ist heute immer noch primär ein Problem der Mitte und nicht des gesellschaftlichen Randes bzw. von sog. Randgruppen.“ Und weiter heißt es, „eine fiktive politische ‚Mitte’“ masse sich an, „konkurrierende Positionen links und rechts von ihr als ‚undemokratisch’ ausgrenzen zu können“. Bei dieser Argumentation muss zunächst darauf verwiesen werden, dass der Begriff „Mitte“ aus eine sozialwissenschaftlichen Perspektive eher eine diffuse Kategorie bildet und die Extremismustheorie mit diesem Terminus überhaupt nicht arbeitet. Bei Letzterer ist vom Gegensatz zu den Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates und nicht von einer Frontstellung gegen eine wie auch

immer geartete „Mitte“ die Rede. Darüber hinaus wirft eine solche Kritik unterschiedliche Dimensionen des mit „Mitte“ konkret Gemeinten durcheinander:

Es bedarf der Unterscheidung von einem inhaltlich nicht deckungsgleichen politischen und sozialem Verständnis. Letzteres bezieht sich auf den Großteil der Bevölkerung, der eben weder zu einer Ober- noch zu einer Unterschicht gehört. Gegenwärtige rechtsextremistische Tendenzen auf der Einstellung-, Organisations- und Wählerebene finden sich zwar besonders stark in den unteren sozialen Bereichen, aber in der Tat auch in beachtlicher Zahl in der Mehrheitsgesellschaft. Hier müsste dann treffender von einem Extremismus „aus“ und nicht „in“ der Mitte die Rede sein. Die Wählerbasis der historischen NSDAP in der Weimarer Republik, worauf Butterwegge wohl anspielt, wäre in der Tat ein Beispiel dafür.[7] Auch empirische Untersuchungen über das rechtsextremistische Einstellungspotential in der Bevölkerung belegen, dass sich entsprechende Positionen nicht nur an den sozialen Rändern finden.[8] Diese Erkenntnisse werden von der Extremismusforschung aber sehr wohl zur Kenntnis genommen und sie widerlegen auch nicht Grundpositionen der Extremismustheorie.

Die Rede von der „politischen Mitte“ bezieht sich auf die dominierenden politischen Tendenzen in einer Gesellschaft, also gegenwärtig auf die Anhängerschaft der beiden großen Volksparteien. Da diese demokratisch ausgerichtet sind, steht auch die „politische Mitte“ für demokratische Positionen. In der Weimarer Republik verhielt es sich bekanntlich anders, gehörten doch die seinerzeit dominierenden Kräfte der „politischen Mitte“ nicht zu den Anhängern der liberalen Demokratie. Aus deren nationalistisch-bürgerlichen Teilen erfolgte seinerzeit die Machtübertragung an die Nationalsozialisten. Insofern kann Butterwegges kritischer Kommentierung bezüglich der seinerzeitigen „politischen Mitte“ zugestimmt werden, nur

---

[7] Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, wo darauf verwiesen wird, dass die Hitler-Partei aus nahezu allen sozialen Schichten Wählerstimmen erhielt, vor allem aber aus dem Mittelstand („Volkspartei mit Mittelstandsbauch“).

[8] Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler/Norman Geißler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.

gegenwärtig setzt sich eben diese ganz anders politisch zusammen. Auch wenn man von ebendort mitunter kritikwürdige Auffassungen zur Ausländer- oder Bevölkerungspolitik hören kann, dürfen doch oberflächliche Ähnlichkeiten nicht zu inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit Rechtsextremisten fehlgedeutet werden.[9]

4. Die Einstellung gegenüber der Kapitalismuskritik in der Extremismustheorie

Besonders vehement wendet sich Butterwegge, wie bereits die Formulierung der Überschrift des Aufsatzes veranschaulicht, gegen die von ihm behauptete primäre Funktion der Extremismustheorie zur „Diskreditierung der Linken". Weiterhin bemerkt er „Kritiker des kapitalistischen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystems" würden „in geradezu perfider Weise dadurch delegitimiert, dass man sie auf eine Stufe mit ihren Hauptgegnern, religiösen Fanatikern, Rechtsterroristen und Faschisten stellt". Demgegenüber wäre zunächst zu konstatieren, dass tatsächlich „Kritiker des kapitalistischen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystems", wozu gegenwärtig übrigens auch Rechtsextremisten gehören[10], als politische Extremisten gelten. Man sieht sie aber nicht so an, weil sie den Kapitalismus kritisieren. Die Begründung lautet vielmehr: Die Ablehnung der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung geht einher mit der Ablehnung der grundlegenden Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates.

Betrachtet man die Minimalbedingungen dieses politischen Ordnungssystems, so fällt deren wirtschaftspolitische Neutralität auf. Es werden demnach nur Aussagen über das gesellschaftliche, politische und rechtliche Miteinander formuliert, über einen ökonomischen Grundkonsens findet sich

---

[9] Dies lässt sich auch als Einwand gegenüber folgender Veröffentlichung formulieren: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002.

[10] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Zwischen „Kampf dem Kapital" und „raumorientierter Volkswirtschaft". Die Wiederentdeckung der sozialen Frage durch Rechtsextremisten, in: Michael Bauer/Alexander Endreß (Hrsg.), Armut. Aspekte sozialer und ökonomischer Unterprivilegierung, Aschaffenburg 2009, S. 110-125.

ebendort kein Wort. Dies gilt übrigens auch für das dem politikwissenschaftlichen ähnliche verfassungsschützerische Verständnis von Extremismus[11], das sich auf Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bezieht. Auch der Blick auf deren einzelne Bestandteile veranschaulicht: Hier fehlt ein Bekenntnis zu eine kapitalistischen oder marktwirtschaftlichen Ökonomie. Diese kann demnach nicht nur einer teilweisen Kritik unterzogen werden, sie kann sogar eine grundlegende Ablehnung erfahren – ohne dass dies automatisch als extremistisch gilt. Davon lässt sich nur sprechen, wenn solche Forderungen mit einer beabsichtigten Überwindung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates einher gingen.

Dies sei hier an Beispielen kurz verdeutlicht: Bei der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP)[12] bzw. der „Marxistisch Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD)[13] handelt es sich um dezidiert antikapitalistische Parteien. Sie gelten aber nicht aufgrund ihrer wirtschaftlichen Grundpositionen als extremistisch, sondern aufgrund ihrer politischen Orientierung an der DDR- bzw. der Stalin-Diktatur. Anders verhält es sich denn auch mit Netzwerken wie Attac[14] oder der globalisierungskritischen Bewegung[15],

---

[11] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 185-212, hier S. 186-194.

[12] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) nach vierzig Jahren. Eine Bilanz zur Entwicklung des ehemaligen Interventionsapparates der SED, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 342-376.

[13] Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre – seit 25 Jahren heißt sie MLPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 167-184.

[14] Vgl. Christiane Grefe/Mathias Greffrath/Harald Schumann, Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin 2002.

[15] Vgl. Dieter Rucht/Roland Roth, Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/M. 2008, S. 493-512.

welche vehemente Kritik an einer Politik im Sinne des „Neoliberalismus“ formulieren. Beide sieht man aber nicht als extremistisch an, obwohl sich in Attac zeitweise auch sehr einflussreich extremistische Trotzkisten[16] bewegten oder Demonstrationen der globalisierungskritischen Bewegung von Gewalttaten der Autonomen[17] begleitet waren. Da aber in beiden Bereichen die übergroße Zahl der Aktivisten aus Demokraten besteht, gelten diese kapitalismuskritischen Strömungen auch nicht als extremistisch im Sinne politikwissenschaftlichen Extremismustheorie.

5. Das Sozialismusverständnis in der Extremismustheorie

Ähnlich verhält es sich mit der Auffassung zum Sozialismus, gilt dieser doch in der Extremismustheorie keineswegs als linker Gegenpart zum Rechtsextremismus, wie Butterwegge unter Rückgriff auf frühere Ausführungen des Politikwissenschaftlers Richard Stöss nahe legt. Dieser hatte geschrieben: „Der Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an.“[18] Butterwegge kommentiert: Diesen „gravierenden Unterscheid zwischen Links- und Rechtsextremismus ignorieren Totalitarismus- bzw. Extremismustheorien bewusst ...“ Stöss folgere zutreffend, der Rechtsextremismus sei prinzipiell antidemokratisch, der Sozialismus aber nur dann, wenn er missbraucht oder pervertiert werden. Doch hierzu muss gesagt werden, dass die Extremismustheorie bei der Einordnung und Unterscheidung politischer Phänomene mit den Begriffen „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“, aber nicht mit den Bezeichnungen „Rechtsextremismus“ und „Sozialismus“ arbeitet.

Die beiden letztgenannten Formulierungen liegen auf unterschiedlichen

---

[16] Vgl. Rudolf van Hüllen, Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, in: www.bpb.de/themen/1RQDMP.html (gelesen am 22. Juli 2009).

[17] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, in: www.bpb.de/themen/6JVEOB.html (gelesen am 22. Juli 2009).

[18] Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18.

Ebenen der Erkenntnis: „Rechtsextremismus“ steht als Sammelbezeichnung für antidemokratische Bestrebungen mit nationalistischen oder rassistischen Grundpositionen. „Sozialismus“ stellt neben Konservativismus und Liberalismus eine von drei großen politischen Theorien dar. Er lässt sich von den anderen Auffassungen durch seine starke Orientierung am Prinzip der sozialen Gleichheit unterscheiden und bildete im Laufe seine Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert die unterschiedlichsten politischen Varianten aus. Dies lässt sich allein schon anhand der entsprechenden Theorien verdeutlichen, gehörte dazu doch ebenso das auf demokratische Reformen setzende Konzept eines Eduard Bernstein wie das diktatorisch-totalitäre Modell eines Josef W. Stalin.[19] Insofern verbieten sich aus demokratietheoretischer Sicht auch pauschalisierende Auffassungen, die im Sozialismus entweder nur eine demokratische oder nur eine diktatorische Politikform sehen.

Vielmehr können die Anhänger sozialistischer Gesellschaftsauffassungen hinsichtlich ihrer Einstellungen zu Demokratie und Individualismus, Menschenrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität in eine demokratische und eine extremistische Form unterteilt werden. Für Erstere stehen etwa historisch betrachtet bestimmte intellektuelle Kreise und politische Parteien wie etwa der „ethische Sozialist“ Bertrand Russell[20] oder die schwedische Sozialdemokratie der 1970er Jahre[21]. Im „real existierenden Sozialismus“ galt „Demokratischer Sozialismus“ daher auch als verachtete „Ideologie des Sozialreformismus“[22]. Die Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus zugunsten einer Etablierung des Sozialismus muss vor diesem ideen- und realpolitischen Hintergrund auch nicht notwendigerweise extremistisch sein. Entsprechende Maßnahmen dürfen sich nur nicht

---

[19] Vgl. Walter Euchner (Hrsg.), Klassiker des Sozialismus. Bd. 1: Von Babeuf bis Plechanow, Bd. 2. Von Jaurés bis Herbert Marcuse, München 1991.

[20] Vgl. Bertrand Russell, Was für den Sozialismus spricht (1935), in Bertrand Russell, Philosophische und politische Aufsätze, Stuttgart 1971, S. 136-165.

[21] Vgl. Olof Palme, Die Gleichheit freier Menschen – der demokratische Sozialismus Schwedens (1970), in: Olof Palme, „Er rührte an die Herzen der Menschen“. Reden und Texte, Reinbek 1986, S. 58-65.

[22] Vgl. P. N. Fedoseev u.a., “Demokratischer Sozialismus” – Ideologie des Sozialreformismus, Berlin (DDR) 1980.

gegen die erwähnten Grundprinzipien richten. Dazu gehört als Menschenrecht auch das Recht auf Eigentum. Demokratische Sozialisten müssen sich aber hierzu positionieren.

6. Die Einschätzung der Partei „Die Linke“ in der Extremismustheorie

Im Zusammenhang mit der vorgenannten Thematik findet auch immer wieder die Frage nach der Einschätzung der Partei „Die Linke“ Aufmerksamkeit, sieht doch auch Butterwegge gerade in der Extremismustheorie ein Instrument zu deren Delegitimierung. So spricht er etwa hier von „Ausgrenzungsbemühungen gegenüber linken Systemkritiker(inne)n“. Ein Ausspruch des Vorsitzenden der Partei, Lothar Bisky, mit der Formulierung „Wir stellen die Systemfrage!“ müsse etwa bei Jesse dafür herhalten, Gemeinsamkeiten zwischen der Partei „Die Linke“ und der NPD zu konstatieren.[23] Dieser „übersieht oder unterschlägt allerdings, dass Linke und Rechte darunter etwas völlig verschiedenes verstehen: Während die Linken mit dem ’System’ den Kapitalismus und mit dem Stellen der ‚Systemfrage“ die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien meinen, ging es Konzernherren wie Thyssen und Krupp nie besser als unter dem National-’sozialismus’, der mit dem ‚System’, das er 1933 aus den Angeln gehoben hatte, die Republik der ‚Novemberverbrecher’ meinte.“

Gegen diese Deutung Butterwegges können mehrere Einwände erhoben werden: Erstens, wenn die Partei „Die Linke“ von einer Überwindung des Kapitalismus spricht lautet die übliche Formulierung „Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“. Die Bezeichnung „System“ ist auch im allgemeinen Diskurs auf das „politische System“ bezogen. Zweitens gibt es im Sinne des Basis-Überbau-Modells von Marx, der weiterhin eine zentrale Bezugsgröße für die Partei „Die Linke“ ist, einen direkten Zusammenhang von Ökonomie und Politik. Wenn die Wirtschaft eine grundlegende Veränderung erfahren soll, soll auch der Staat eine grundlegende Verän-

[23] Vgl. Eckhard Jesse, „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 47 vom 17. November 2008, S. 7-11, hier S. 9.

derung erfahren. Und drittens spielte Bisky mit dem Verweis auf die „geheimen Diensten“ auf die Verfassungsschutzbehörden an und rief sie damit sogar zur besonderen Beachtung ausgerechnet dieser Formulierung auf. Darüber hinaus stellte er diese Auffassung in die Kontinuität einer Sicht bis zur Ex-SED.[24] Es handelt sich bei der Aussage Biskys demnach nicht um einen Ausrutscher.

Darüber hinaus können noch eine Reihe von Fragen bezüglich des Spannungsverhältnisses von Demokratie und Extremismus in der Partei „Die Linke“ gestellt werden[25]: Wenn man sich auf dem Boden des Grundgesetzes wähnt, warum stellt man dann die „Systemfrage“? Wenn man für die universelle Geltung der Menschenrechte eintritt, warum verurteilt man nicht auch deren Verletzungen in sozialistischen Ländern wie Kuba? Wenn man aus der Diktatur der DDR gelernt hat, warum versucht man einzelne Bestandteile von ihr positiv zu würdigen? Wenn man die Auffassungen orthodoxer Kommunisten ablehnt, warum duldet man entsprechende Strömungen in der Partei (z.B. „Kommunistische Plattform“) als legitime Ausdrucksform des eigenen Politikverständnisses?[26] Mit derartigen Einwänden setzt sich Butterwegge nicht auseinander. Er nimmt auch nur platte Arbeiten wie die von Hubertus Knabe mit einer weitgehenden Gleichsetzung von SED und „Die Linke“[27], aber nicht differenzierte Kritik wie die von Jürgen P. Lang an dem „Reformer“-Flügel[28] zur Kenntnis.

---

[24] Vgl. Lothar Bisky, Wir sind gekommen, um zu bleiben. Rede vom 13.Juni 2007, in: http://archiv2007.sozialisten.de (gelesen am 19. März 2008):

[25] Vgl. Thomas Grumke, „DIE LINKE“ zwischen Demokratie und Extremismus. Eine Analyse zum Spannungsverhältnis der Partei zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, im vorliegenden Band.

[26] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Demokratietheoretische Anfragen an die Partei „Die Linke“. Kritische Bemerkungen zueinigen Auffassungen und Handlungen, in: Deutschland Archiv 41 (2008), Nr. 3, S. 402-407.

[27] Vgl. Hubertus Knabe, Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE, Berlin 2009.

[28] Vgl. Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003.

7. Die behaupteten politischen Implikationen der Extremismustheorie

Dies erleichtert es dann auch, die Extremismustheorie primär in ihrer Funktion als politischem Instrument oder Kampfbegriff zu sehen. Butterwegge stellt auf diesen Einwand ganz zentral ab, was sich bereits in der Formulierung des Titels deutlich zeigt. Darüber hinaus spricht er gegenüber der Extremismus- und Totalitarismustheorie von einem Gebrauchswert „als politisch-ideologischer Kampfbegriff und Diffamierungsinstrument gegenüber der Linken". So würden etwa Anhänger der Extremismustheorie von einer Gemeinsamkeit der Demokraten sprechen, sie aber in der Praxis dadurch hintertreiben, „dass sie Linke als potenzielle Verbündete ausgrenzen." Hier soll gar nicht in Abrede gestellt werden, dass der Extremismusbegriff und die Extremismustheorie auch allgemein im politischen oder spezifisch im parteipolitischen Sinne eingesetzt werden. Mitunter kommt es tatsächlich zu einer Vermischung derartiger Interessen mit der wissenschaftlichen Analyse, was auch bei einigen Publikationen zur Partei „Die Linke" festgestellt werden kann.[29]

Aber zieht die politische Instrumentalisierung eines Begriffs dessen Unbrauchbarkeit als politikwissenschaftlicher Terminus notwendigerweise nach sich? Es gibt eine ganze Reihe von Begriffen, die immer wieder politisch missbraucht wurden und werden (Demokratie, Faschismus, Republik, Sozialismus etc.). Würde man daraus den Schluss ziehen, diese nicht mehr in der Politikwissenschaft zu verwenden, so wäre sprachliche Ausdrucksarmut oder neologistisches Kauderwelsch die unmittelbare Folge. Die nicht zu leugnende Verwendung des Extremismusbegriffs als politisches Schlagwort nötigt nicht zu dem Verzicht auf dessen Verwendung, sondern zur Entwicklung von trennscharfen Kriterien zur Erfassung von politischem Bestrebungen als Ausdrucksform des Extremismus. Der Verzicht auf Terminus und Theorie hätte auch aus demokratietheoretischer Sicht bedenkliche Folgen: Einerseits würden Kriterien zur Bewertung entsprechender politischer Phänomene fehlen und andererseits die Normen und Regeln

[29] Vgl. z. B. Harald Bergsdorff, Die neue „Linke". Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008.

demokratischer Verfassungsstaaten relativiert.

Darüber hinaus steht die Auffassung, die Extremismustheorie werde als politisches Instrument genutzt und könne somit keine Gültigkeit beanspruchen, für einen intentionalistischen Fehlschluss.[30] Gemeint ist damit ein kritischer Einwand, der nicht auf die Inhalte des jeweiligen Arguments, sondern auf dessen angebliche Absichten oder jeweiligen Protagonisten zielt. Der durchaus nicht unberechtigte Hinweis auf den gelegentlichen politischen Missbrauch der Extremismustheorie sagt eben nichts über die inhaltliche Richtigkeit seiner Grundpositionen aus. Hier stehen gleichwohl die Anhänger dieser Konzeption in der Begründungspflicht: Bewerten sie eine bestimmte politische Bestrebung als extremistisch, so müssen sie dafür belegbare Sachargumente vorbringen. Im Gegenzug müssten die Anhänger einer anderslautenden Position ebenfalls tragfähige Aussagen formulieren. Für das oben genannte Beispiel der Partei „Die Linke“ sollten diese aus den Antworten auf den gegen Ende des Abschnitts formulierten Fragenkatalog bestehen.

8. Die unterstellte Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus

Butterwegge richtet seine Kritik aber auch gegen inhaltliche Kernaussagen der Extremismustheorie, wobei vor allem seine Einwände gegen eine angebliche Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus von Bedeutung sind. So heißt es etwa: „Todfeinde wie Faschisten und Kommunisten befinden sich damit per definitionem ‚im selben Boot’“. Zwar meint er, dass die „tiefen Gräben zwischen Rechts- und Linksradikalismus zwar keineswegs ignoriert, ihrer Bedeutung nach jedoch stark relativiert“ werden. Butterwegge beklagt eine „implizite Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus“, welche sich bei Jesse beim Vergleich von NPD als harter und „Die Linke“ als smarter Form des Extremismus[31] ergebe. Ähnlich hatte schon die Historikerin

---

[30] Vgl. Jürgen August Alt, Richtig argumentieren oder wie man in Diskussionen Recht behält, München 2000, S. 71f.

[31] Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

Helga Grebing Anfang der 1970er Jahre in ihrem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung“[32] argumentiert, wobei sie auf die grundlegenden ideologischen Unterschiede der beiden politischen Lager verwies.

Doch hierbei handelt es sich um ein Missverständnis: Die Extremismustheorie beabsichtigt keine inhaltliche Gleichsetzung unterschiedlicher politischer Phänomene, unterscheiden sich doch Links- und Rechtsextremismus hinsichtlich ihrer programmatischen Ausrichtung grundlegend voneinander. Während die Rechtsextremisten eine nationalistische Diktatur auf Basis einer ethnisch einheitlichen Gesellschaft anstreben, beabsichtigen Linksextremisten die Etablierung einer sozialistischen Diktatur auf der Grundlage einer sozial einheitlichen Gesellschaft. Gleichwohl bestehen Gemeinsamkeiten in den Feindbildern „Amerika“, „Globalisierung“, „Israel“, „Neoliberalismus“ und der „Westen“, wobei die Begründung dafür nach der jeweiligen Ideologie inhaltlich unterschiedlich erfolgt.[33] Die formale Gemeinsamkeit besteht aber in der Absicht, die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates aufzuheben. Genau diese politische Zielsetzung erlaubt es auch, beide Bestrebungen unter dem Sammelbegriff „Extremismus“ als unterschiedliche Varianten zu fassen.

Darüber hinaus wird damit auch keine Gleichsetzung hinsichtlich der Extremismusintensität und des Gefahrenpotentials vorgenommen. Mit Ersterem ist der bekundete Grad der Ablehnung der erwähnten Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten gemeint. Während sich hier die Partei „Die Linke“ mit der von Jesse genutzten Formulierung „smart“ gibt, also sich formal und verbal gemäßigt zeigt, artikuliert die NPD ihre extremistische Gesinnung in offener und scharfer Form. Die Wahrnehmung dieses Unterschiedes erlaubt es unterschiedliche Grade von Extremismusintensität

---

[32] Vgl. Helga Grebing, Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, Stuttgart 1971.

[33] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland. Eine vergleichende Betrachtung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 205-222.

auszumachen[34], was auch für prognostische Aussagen von Bedeutung sein dürfte. Immerhin könnte doch auch eine gemäßigt extremistische Partei den Weg hin zur Akzeptanz demokratischer Grundpositionen finden. Darüber hinaus nimmt die Extremismustheorie auch keine Gleichsetzung des Gefahrenpotentials vor: Hiermit verbundene Analysen liegen auf einer ganz anderen Ebene des Erkenntnisprozesses und können zu überaus differenzierten Einschätzungen führen.

9. Erkenntnisgewinn und Grenzen von extremismustheoretischen Vergleichen

Bislang wurden die Einwände Butterwegges gegen die Extremismustheorie einer grundlegenden Kritik unterzogen. Hier geht es nun um einige Aspekte seiner Ausführungen, welchen gänzlich oder teilweise zugestimmt werden kann. Dabei sollen zunächst Erkenntnisgewinn und Grenzen von extremismustheoretischen Vergleichen Beachtung finden. Butterwegge billigt komparativen Betrachtungen in der Politikwissenschaft und Parteienforschung eine erkenntnisfördernde Wirkung zu, „allerdings nur dann, wenn sie die Gemeinsamkeiten zwischen bestimmten Objekten der Komparatistik nicht zulasten der wesentlichen Unterschiede oder Gegensätze zwischen ihnen überzeichnen." Strittig sei nur der Erkenntnisgewinn eines Vergleichs, „der Feuer mit Wasser vergleicht und beide womöglich auch noch gleichsetzt", denn „Extremismustheoretiker setzen Links- und Rechtsextremismus nämlich mehr oder weniger explizit gleich". Auch hier benannte Butterwegge als verfehltes Beispiel eine Gleichsetzung der Partei „Die Linke" mit der NPD.

Grundsätzlich muss bei dem Thema der Komparatistik auf den grundlegenden Unterschied von Gleichsetzung und Vergleich verwiesen werden, zumal vor allem der letztgenannte Begriff im alltäglichen, aber auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch nicht selten mit erstgenanntem gleich-

[34] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der parteipolitische Extremismus in Deutschland. Bestandsaufnahme und Bewertung, in: Politische Studien 58 (2007), Themenheft: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 18-30, hier S. 26.

gesetzt wird. Bei einem Vergleich handelt es sich um die systematische Erörterung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen verschiedenen Phänomenen.[35] Es geht also um die Bezeichnung für ein methodisches Vorgehen, das zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen kann. Erst wenn sich herausstellt, dass die Gemeinsamkeiten überwiegen, lässt sich daraus eine Gleichsetzung ableiten. Hierbei kommt es ganz zentral auf die entscheidenden Kriterien an. Geht man davon aus, dass die Partei „Die Linke" eine gemäßigte Form des Linksextremismus und die NPD eine harte Variante des Rechtsextremismus verkörpert, so lassen sich beide Parteien bei Berücksichtigung der Unterschiede „links/rechts" und „gemäßigt/hart" dem politischen Extremismus zuordnen.

Eine wie auch immer geartete Gleichsetzung kann dabei nicht unterstellt werden. Legt man andere Kriterien wie etwa die elektoralen Erfolge, die personelle Größe oder die politischen Inhalte an, würde man wohl weitaus stärker Unterschiede ausmachen. Die genutzten Kriterien und nicht das Verfahren bedürfen der Rechtfertigung. Butterwegge müsste begründen, warum die Frage nach der Einstellung gegenüber Demokratie und Individualität, Menschenrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität kein sinnvolles Kriterium zur vergleichenden Untersuchung politischer Bestrebungen sein soll. Ihm ist allerdings insoweit zuzustimmen, dass Vergleiche von extremistischen Tendenzen rein um des Vergleichs willen nur von geringem Erkenntnisinteresse sind. Dies würde auch auf das eben erwähnte Ergebnis einer vergleichenden Betrachtung von gemäßigtem Extremismus der Partei „Die Linke" und hartem Extremismus der NPD zutreffen. Nur so verstanden, wäre der Erkenntnisgewinn in der Tat eher gering.

10. Der Stellenwert von gesellschaftlichen Ursachen für Extremismus

Weitaus stärker kann Butterwegge noch hinsichtlich einer anderen Kritik zugestimmt werden, welche sich auf die begrenzte analytische Reichweite des Extremismusbegriffs bezieht. Man muss dabei aber nicht notwendiger-

[35] Vgl. Klaus von Beyme, Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München 1993.

weise seinen bilanzierenden Schlüssen zustimmen. Butterwegge bemerkt: „Die Extremismus-/Totalitarismustheorie klassifiziert zwar alles, erklärt aber nichts.“ Politikwissenschaft reduziere sich hier auf bloße Deskription, die zentralen Inhalte der jeweiligen Ideologien von Links- und Rechtsextremismus würden nicht genügend berücksichtigt. Darüber hinaus meint Butterwegge zu Extremismus- und Totalitarismustheorien: „Einen *wissenschaftlichen* Anspruch können sie auch deshalb schlecht erheben, weil es sich oft nur um Typologien handelt, die bestimmte Phänomene erfassen, beschreiben und klassifizieren.“ Kurzum, er meint, die angesprochenen Ansätze seien nur dazu in der Lage, politische Bestrebungen oder Systeme zu kategorisieren. Weiterführende Aussagen darüber würden sich hiermit nicht verbinden.

Damit wird aber die Erkenntnisleistung der Extremismustheorie verkannt: Immerhin erlaubt sie es, aus der Analyse der Auffassungen und Handlungen einer politischen Bestrebung in einem demokratischen System Rückschlüsse auf deren Wirken und Ziele im Falle einer staatlichen Dominanz zu ziehen. Warum es von so geringer Bedeutung sein soll, ob eine Gruppierung oder Partei die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates akzeptiert oder nicht, müsste erst noch gesondert begründet werden. Darüber hinaus gestattet die Extremismusforschung es auch, entlang bestimmter Kriterien eine differenzierte Einschätzung des extremistischen Gefahrenpotentials für eine Demokratie vorzunehmen. Die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse entwickelten dafür ein entsprechendes Untersuchungsraster.[36] Auch hier wäre wiederum an die Kritik die Frage zu richten, warum derartige Analysen und Resultate keine erkenntnisfördernde Wirkung hätten, ergeben sich daraus doch wichtige Erkenntnisse für den Demokratieschutz.

So wenig somit Butterwegges rigorose Einschätzung trägt, so kann ihm in einem bestimmten Teil der Argumentation zugestimmt werden: Die Forschung im Sinne der Extremismustheorie orientiert sich doch sehr stark an

---

[36] Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremistische Gefahrenpotentiale in demokratischen Verfassungsstaaten. Am Beispiel der ersten und der zweiten deutschen Demokratie, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 3, Bonn 1991, S. 7-32.

der Einschätzung einer politischen Bestrebung und fragt noch zu wenig nach den Ursachen für deren Aufkommen. Indessen haben sich Backes und Jesse dazu schon früh geäußert, wobei sie Ansätze zur Erklärung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen benannten.[37] Gleichwohl besteht eine begrenzte analytische Reichweite der Extremismustheorie, welche aber in der konkreten Forschung unter Beachtung und Hinzuziehung anderer wissenschaftlicher Ansätze problemlos erweitert werden kann. So lassen sich etwa bei einer Analyse in extremismustheoretischer Perspektive ohne methodische Brüche auch Erkenntnisse aus der Politischen Kultur-Forschung zur Erklärung für das Aufkommen des Rechtsextremismus nutzen.[38] So eindimensional und monokausal wie Butterwegge unterstellt, muss Extremismusforschung keineswegs sein.

11. Fundamentalismus und Islamismus als Bestandteile des Extremismus

Seine Kritik richtet sich in einem eher marginalen Gesichtspunkt auch gegen die Auffassung vom Fundamentalismus und Islamismus als Bestandteilen des Extremismus. Butterwegge geht davon aus, dass Extremismustheoretiker seit Beginn der 1990er Jahre „aufgrund des schwindenden politischen Gebrauchswertes ihres Ansatzes“ die Fundamentalismustheorie „quasi als politisches Substrat“ für die Extremismustheorie entwickelten. Weiter bemerkt er: „In der Terrorismushysterie nach den Anschlägen am 11. September 2001 lag es nahe und fiel es ihnen leicht, das Extremismus- bzw. Totalitarismuskonzept auf den islamischen Fundamentalismus anzuwenden. Während Eckhard Jesse seinerzeit eine ‚Übertragung auf ferne Kulturkreise’ empfahl, um der Extremismus- und Totalitarismustheorie neues Leben einzuhauchen, erklärte Armin Pfahl-Traughber ... den Extremismus zur ‚politische(n) Variante des Fundamentalismus’, wodurch der terminologische Bezug zum Islamismus hergestellt und man wieder auf der Höhe der Zeit war.“

---

[37] Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Band II: Analyse, Köln 1989, S. 202-227.

[38] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 202-227.

Zur letztgenannten Aussage wäre zunächst korrigierend darauf zu verweisen, dass der Autor den zitierten Aufsatz über „Extremismus als politische Variante des Fundamentalismus“[39] bereits 1995, also sechs Jahre vor den Anschlägen, veröffentlichte. Darüber hinaus verweist Butterwegge hier wieder auf den angeblichen politischen Nutzen der Extremismustheorie im Zeitraum nach 1989 bzw. nach 2001, nutzt also erneut den Vorwurf der „politischen Ideologie“ bzw. des „politischen Kampfbegriffs“. Er setzt sich aber an keiner Stelle mit der inhaltlichen Angemessenheit dieser Zuordnung auseinander. Dabei ignoriert Butterwegge, dass es innerhalb der kritischen Forschung zum Islamismus auch Analysen gibt, welche offenbar in Unkenntnis der Extremismustheorie trotzdem auf grundlegende Gemeinsamkeiten der islamistischen Ideologie mit dem Links- und Rechtsextremismus verwiesen. So nahm etwa der Politikwissenschaftler Hendrik Hansen einen beachtenswerten Strukturvergleich von Sayyid Qutbs Islamismus mit dem Marxismus und Nationalsozialismus vor.[40]

Und in der Tat zeigt die vergleichende Betrachtung der Ideologie des Islamismus mit dem Gedankengut von Links- und Rechtsextremismus, dass es ebendort zwar grundlegende inhaltliche Unterschiede gibt. Es besteht aber eine Gemeinsamkeit in der Ablehnung der Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates in einer offenen Gesellschaft. Diese artikuliert sich in folgenden gemeinsamen Merkmalen der Ideologien: dem exklusiven Erkenntnisanspruch und dem dogmatischen Absolutheitsanspruch, dem essentialistischen Deutungsmonopol und den holistischen Steuerungsabsichten, dem deterministischen Geschichtsbild und der identitären Gesellschaftskonzeption, dem dualistischen Rigorismus und der fundamentalen Verwerfung.[41] Gegenüber den Kritikern der Extremismustheorie im Allge-

---

[39] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismus als politische Variante des Fundamentalismus. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Ablehnung der kulturellen Moderne, in: Mut, Nr. 334 vom Juni1995, S. 58-65.

[40] Vgl. Hendrik Hansen, Ein Strukturvergleich von Sayyid Qutbs Islamismus mit Marxismus und Nationalsozialismus, in: Mathias Hildebrandt/Manfred Brocker (Hrsg.), Unfriedliche Religionen? Das politische Gewalt- und Konfliktpotential von Religionen, Wiesbaden 2005, S. 67-91.

[41] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen

meinen und der Integration des Islamismus in deren Verständnis im Besonderen wäre hier zu fragen: Treffen die formulierten Einschätzungen zur Ausrichtung von Ideologie und Wirken der gemeinten politischen Bestrebungen zu oder nicht?

12. Vorwurf der Isolation der Extremismustheorie in der Wissenschaft

Und schließlich formuliert Butterwegge noch einen anderen Einwand gegen die Extremismustheorie, indem er sie als eine Minderheitenposition in der wissenschaftlichen Forschung darstellt. So heißt es etwa: „Vor allem die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse versuchen bereits seit mehreren Jahrzehnten, die Extremismustheorie durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen populär zu machen ...“ Damit suggeriert Butterwegge, es gebe kaum noch andere Autoren mit entsprechenden Ansätzen. Lediglich Steffen Kailitz wird von ihm noch genannt. Und über den Autor schreibt Butterwegge, er würde sich „als einziger namhafter Rechtsextremismusforscher“ an Backes und Jesse orientieren. Kurzum, es wird die Isolation der Extremismustheorie in der Wissenschaft postuliert und daraus mit deren Unangemessenheit abgeleitet. Demgegenüber wäre zunächst darauf zu verweisen, dass sich in den zwanzig von Backes und Jesse mittlerweile herausgegebenen Jahrbüchern „Extremismus & Demokratie“ weitaus mehr als die vier genannten Autoren finden.

Darüber hinaus arbeiten auch andere Wissenschaftler mit Einordnungen und Typologien, die denen der Extremismustheorie entsprechen, ohne sich aber dezidiert auf diese zu berufen. Hierfür seien zwei prominente Beispiele genannt: Der italienische Philosoph und Politikwissenschaftler Norberto Bobbio veröffentlichte 1994 seine vielbeachtete Abhandlung „Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung“, worin er nicht nur diese beiden Grundrichtungen, sondern auch deren jeweilige Zugehörigkeit zu einem gemäßigten und extremistischen Flügel unterschied. Letzteres erfolgte über deren Haltung gegenüber der Aufklärung, der

---

Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, im vorliegenden Band.

Demokratie und der Freiheit.[42] Und der Politikwissenschaftler Thomas Meyer legte 1989 seine Arbeit „Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne“ vor. Darin subsummierte er ganz unterschiedliche ethische, politische, oder religiöse Bestrebungen unter dem titelgebenden Begriff, wiesen sie doch in seinen Augen ähnlich formale Merkmale auf[43] – ebenso wie im Sinne der Extremismustheorie.

Und schließlich sei auch darauf verwiesen, dass zu den erwähnten Autoren mit Orientierungen an die Extremismustheorie auch solche Wissenschaftler gehören, welche Butterwegge als Kritiker der Extremismustheorie nennt. Hier wäre etwa Hans-Gerd Jaschke zu nennen, arbeitete er doch in seinem Buch „Fundamentalismus in Deutschland“ ähnlich wie Meyer mit Kategorien im Sinne der Extremismustheorie. Über sie ordnete Jaschke auch die Scientology-Organisation mit dem Links- und Rechtsextremismus dem Oberbegriff „Fundamentalismus“ zu.[44] Und Lars Rensmann, der noch 2000 gegenüber der „Extremismus-Formel“ von einer „wissenschaftlichen Ideologie“[45] sprach[46], nahm in späteren Veröffentlichungen offenbar ganz selbstverständlich vergleichende Betrachtungen etwa von Antiimperialismus und Antizionismus im Links- und Rechtsextremismus vor.[47] Übringens rechnet man die vorgenannten Autoren überwiegend der politischen Linken

---

[42] Vgl. Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

[43] Vgl. Thomas Meyer, Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne, Reinbek 1989.

[44] Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreter und politischer Extremismus bedrohen die Gesellschaft, Hamburg 1998.

[45] Vgl. Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45 (2000), Nr. 12, S. 1451-1462.

[46] Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29.

[47] Vgl. Lars Rensmann, „Antiimperialismus“ und „Antizionismus“ als Mobilisierungsagenden der extremen Rechten und Linken: Eine vergleichende Analyse im deutschen und europäischen Kontext, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt am Main 2007, S. 93-113.

zu, was eben auch gegen Butterwegges politische Zuordnung des Extremismus-Ansatzes spricht.[48]

13. DDR und NS-Staat im Diktaturvergleich der Totalitarismustheorie

Sein vorstehender Aufsatz, der hier einer kritischen Betrachtung ausgesetzt wird, bezog sich nicht nur auf die Extremismus-, sondern auch auf die Populismus- und Totalitarismustheorien. Aufgrund der besonderen Schwerpunktsetzung des vorliegenden Jahrbuchs und der nötigen inhaltlichen Einschränkung des Beitrags bezieht sich dieser primär auf die Einwände gegen die Extremismustheorie. Gleichwohl sei hier noch auf zwei Aspekte von Butterwegges Kommentierung der Totalitarismustheorie verwiesen, zumal sie indirekt auch gegen die Extremismustheorie gerichtet waren. Zunächst zu den Ausführungen zum Vergleich von DDR und NS-Staat als Diktaturen: „Wer die DDR als ‚zweite deutsche Diktatur' bezeichnet, sie mehr oder weniger offen mit dem sog. Dritten Reich gleichsetzt und Erich Honecker in die Nähe Adolf Hitlers rückt, verharmlost damit nicht bloß – vielleicht ungewollt – den Wilhelminismus, sondern auch den Nationalsozialismus." Hier würden formale Ähnlichkeiten von politischen Systemen überbewertet und inhaltliche Gegensätze heruntergespielt.

Das im Zitat angesprochene Wilhelminische Kaiserreich soll hier nicht näher behandelt und eingeschätzt werden. Gleichwohl wäre gegenüber diesem autoritären Regime darauf zu verweisen, dass ebendort die Bürger in einem eingeschränkten Maße über Grundrechte verfügten und sie auch an relativ freien Wahlen teilnehmen konnten. Beides kann über die DDR und auch über den NS-Staat nicht gesagt werden. Insofern lässt sich das Wilhelminische Kaiserreich auch nicht in diesen inhaltlichen Kontext bringen. Er besteht zunächst einmal darin, dass die DDR als Diktatur zu klassifizieren war und ist: Grundrechte standen unter politischem Vorbehalt; Oppositionelle gerieten willkürlich in Haft; Bürger wurden am Verlassen des Landes gehindert; eine Kontrolle der Regierung fand nicht statt; deren Ablösung durch Wahlen war

[48] Gleiches gilt für die Totalitarismustheorie, vgl. Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007.

nicht möglich. Angesichts dieser und anderer Sachverhalte ist die DDR auch als Diktatur zu bezeichnen. Da zuvor der NS-Staat bestand, kann inhaltlich mehr als nur berechtigt von einer „zweiten deutschen Diktatur“ gesprochen werden.

Somit findet nur eine sachlich begründbare Zuordnung der DDR zum Herrschaftstypus der Diktatur statt, eine formale und inhaltliche Gleichsetzung mit dem Hitler-Regime erfolgt dadurch nicht. Hinsichtlich der politischen Folgen bestanden durchaus gravierende Unterschiede: Die DDR hatte keinen Mord an Millionen von Menschen zu verantworten und löste auch nicht einen Weltkrieg mit millionenfachen Todesopfern aus. Dies muss eine vergleichenden Diktaturforschung, die eine differenzierte und seriöse Einschätzung vornehmen will, klar betonen.[49] Gleichwohl handelte es sich auch um eine Diktatur. Warum diese Feststellung eine Relativierung oder Verharmlosung des NS-Staates bedeutet, erschließt sich in diesem inhaltlichen Kontext nicht zwingend. Inhaltliche Gegensätze zwischen beiden Diktaturen, etwa im Bereich der Ideologie oder der Wirtschaftspolitik, bestanden durchaus. Sie finden auch in der Forschung entsprechende Beachtung, nur ändert sich dadurch nichts an der antidemokratischer Ausrichtung der DDR. [50]

14. Die Täter- und Opferperspektive in der Totalitarismustheorie

Butterwegge stellt bei seiner Kritik an der Extremismus- wie bei der Totalitarismustheorie besonders stark auf den ideologischen Unterschied zwischen den gemeinten Bestrebungen oder Systemen ab. Er betont dabei aber auch die Folgen dieser unterschiedlichen Ausrichtung für die reale Politik: „Während jemand durch Sozialisierungsmaßnahmen linker Revolutionäre aufhört, ein Mitglied der herrschenden Klasse zu sein ... muss jemand, der für rechtsextreme Nationalisten einer ‚falschen’ Rasse angehört, vertrieben oder vergast, ausgebürgert oder ausgemerzt werden“. Menschen-

---

[49] Vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann, Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002.

[50] Vgl. Günther Hedemann/Heinrich Oberreuther (Hrsg.), Diktaturen in Deutschland – Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003.

rechtlich mache dies einen fundamentalen Unterschied, was die Extremismus- bzw. Totalitarismustheoretiker ignorierten. Bei dem Vergleich von Unterdrückungsmaßen sollte nicht die „Opferperspektive“ eingenommen werden. Auch beim Strafprozess würden „Herkunft und Motive eines Angeklagten“ und nicht bloß das „Resultat der inkriminierten Handlung“ bewertet, was ebenso für die wissenschaftliche Bewertung von Herrschaftssystemen oder Parteien gelten solle.

So einseitig es für eine wissenschaftliche Analyse wäre, Repressionen und Verfolgungen durch ein politisches System nur aus der Opferperspektive wahrzunehmen, so bedenklich wären die Konsequenzen der von Butterwegge eingeforderten Sichtweise. Sie würde für die wissenschaftliche Analyse und Bewertung auch auf eine bedenkliche gleichrangige Distanz gegenüber Tätern und Opfer (etwa gegenüber SS-Mördern und Juden) hinauslaufen. Die sich daraus ergebenden Folgen und Wirkungen sollen hier nicht näher thematisiert werden, gleichwohl lohnt eine diesbezügliche kritische Reflexion darüber. Nähere Beachtung soll hier ein anderer Gesichtspunkt finden: Dem Opfer einer Diktatur dürfte es letztendlich egal sein, ob es durch eine linke oder rechte Diktatur willkürlich verhaftet wird.[51] Entscheidend bleibt für die betroffene Person, dass sie einer willkürlichen Gewalthandlung durch ein repressives Regime ausgesetzt ist. Ob dieses sich mehr nationalistisch oder mehr sozialistisch versteht, spielt für die Einschätzung der menschenrechtswidrigen Vorgehensweise keine Rolle.

Letztere erhebt Butterwegge aber zum Maßstab, um die Unterschiede zwischen den Folgen der bloßen Enteignung von Besitzern in einer linken Diktatur und der Tötung von Minderheitenangehörigen in einer rechten Diktatur zu verdeutlichen. In dieser Hinsicht kann ihm auch zugestimmt werden: Gleichwohl stellt der Versuch der Nationalsozialisten, die Juden in ihrer Gesamtheit systematisch zu vernichten, eine historische Besonderheit dar. Andere rechte Diktaturen wie die Militärregime beschränkten sich nach einer anfänglichen Terrorpolitik weitgehend auf Verbote von Oppositionsgruppen und Verhaftungen von deren Anhängern. Umgekehrt führten

[51] Vgl. Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, Stuttgart – Herford 1985.

linke Diktaturen keineswegs nur Enteignungen von Unternehmern durch, gingen sie doch auch mit systematischer Unterdrückungspolitik gegen Andersdenkende und Unbeteiligte vor.[52] Die eher human klingende Ideologie der einen Diktatur relativiert nicht deren Verbrechen auf gleicher Stufe gegenüber einer Diktatur mit einer weniger human scheinenden Weltanschauung.

15. Schlusswort und Zusammenfassung

Butterwegge stellt denn auch bei seiner Ablehnung der Extremismustheorie die ideologischen Differenzen zwischen Links- und Rechtsextremismus primär in den Vordergrund: So sehr ein grundlegender Unterschied zwischen der Forderung nach einer sozial gleichen Gesellschaft und der Vorstellung von einer ethnisch homogenen Gesellschaft besteht, so wenig dürfen aber die erkennbaren Gemeinsamkeiten auf dem politischen Weg hin zu diesen Zielen ignoriert werden. Sie gehen jeweils mit der Aufhebung von Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates wie Demokratie und Individualität, Menschenrechte und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität einher. Diese Prinzipien und Werte bilden die zentralen Bezugspunkte der Extremismustheorie, was sie eben auch zum integralen Bestandteil einer modernen Demokratietheorie macht. Eine ablehnende Auffassung muss begründen können, warum sie in einer anderen Konzeption diesen Normen und Regeln einen geringeren Stellenwert im Selbstverständnis zuweist.

Bei einer ganzen Reihe von Einwänden gegen die Extremismustheorie handelt es sich um Fehldeutungen und Missverständnisse ihrer Kernpositionen: Sie beruht keineswegs auf einseitigen und willkürlichen politischen Setzungen, sondern arbeitet mit einem entwickelten Analyseraster und belegbaren Fakten. Sie verteidigt nicht die politische Mitte gegen Kritik von den Rändern, sondern bezieht sich lediglich auf politische Bestrebungen mit einer ablehnenden Haltung gegenüber Demokratie, Menschenrechten und

---

[52] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Staatsformen im 20. Jahrhundert I: Diktatorische Systeme, in: Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Staatsformen von der Antike bis zur Gegenwart. Ein Handbuch, Köln 2007, S. 223-280.

Rechtsstaatlichkeit. Sie diffamiert nicht Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen als extremistisch, sondern problematisiert die damit in bestimmten Fällen verbundene Ablehnung der Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates. Sie setzt Bestrebungen des islamistischen, linken und rechten Extremismus nicht inhaltlich gleich, sondern verweist auf formale Gemeinsamkeiten bei der Ablehnung einer offenen Gesellschaft und nimmt dabei hinsichtlich der Extremismusintensität und des Gefahrenpotentials differenzierte Bewertungen vor.

Diesbezüglich kann den Ausführungen Butterwegges grundsätzlich widersprochen werden. Gleichwohl benannte er auch einige Defizite und Schwächen der Extremismustheorie, die als Anregungen zur konstruktiven Weiterentwicklung des Ansatzes aufgegriffen werden können. Hierzu gehören vor allem die Hinweise auf die begrenzte analytische Reichweite, neigen doch viele Analysen zu einer auf die extremistischen Bestrebungen fixierten Sichtweise ohne nähere Berücksichtigung des gesellschaftlichen Kontextes. Nur so lassen sich aber auch breiter abgesicherte Erkenntnisse über Entstehung und Entwicklung, Verankerung und Wirkung, Bedingungsfaktoren und Ursachen der unterschiedlichen extremistischen Bestrebungen ermitteln. Die Frage, warum nicht auch die methodischen Ansätze der Einstellungs-, der Parteien- oder der Politischen Kultur-Forschung mit der Extremismustheorie verkoppelt werden können, müssten bei gegenteiliger Auffassung die Kritiker dieses Ansatzes ebenso wie ihre Protagonisten beantworten.

Extremisten vor dem Bundesverfassungsgericht

Ist die deutsche Demokratie gegen Verfassungsfeinde wehrhaft?

Martin H. W. Möllers

1 Einleitung und Fragestellung

Die Frage, ob die deutsche Demokratie gegen Verfassungsfeinde wehrhaft ist, setzt grundsätzlich voraus, dass die Verfassung Instrumente für eine „wehrhafte Demokratie“ bereit hält. Nach ganz herrschender Meinung sollte im Grundgesetz die angebliche[1] „Wehrlosigkeit“ der Weimarer Reichsverfassung nicht mehr enthalten sein. Vielmehr sollte es dem Demokratieprinzip einen wertgebundenen Inhalt[2] geben, dessen Substanz die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ bildet.[3]

Nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) nimmt das Grundgesetz „aus dem Pluralismus von Zielen und Werten [...] gewisse Grundprinzipien der Staatsgestaltung heraus, die, wenn sie einmal auf demokratische Weise gebilligt sind, als absolute Werte und unverzichtbare Schutzgüter anerkannt und deshalb entschlossen gegen alle Angriffe verteidigt werden sollen; soweit zum Zwecke dieser Verteidigung Einschränkungen der politischen Betätigungsfreiheit der Gegner erforderlich sind, werden sie in Kauf genommen.“[4]

Daraus ergibt sich jedenfalls, dass die wertgebundene Demokratie die logische Voraussetzung der wehrhaften Demokratie ist. Welche Inhalte mit der „Wertgebundenheit“ wiederum verbunden sind, ist zumindest im Fluss.

---

[1] Vgl. z. B. Christoph Gusy, Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

[2] Vgl. mit weiteren Nachweisen: Andreas Kunze, Der Stellenwert des Art. 26 I GG innerhalb des grundgesetzlichen Friedensgebotes, Diss. Uni Bielefeld, Berlin 2004, S. 162.

[3] Vgl. dazu Robert Chr. van Ooyen, »Kaltes Parteiverbot« – das NPD-Verfahren im rechtspolitischen Rückblick des FAP-Beschlusses, in: Robert Chr. van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Die Öffentliche Sicherheit auf dem Prüfstand – 11. September und NPD-Verbot, Frankfurt/M 2002, S. 121-129, hier S. 121.

[4] BVerfGE 5, 85 (139).

Dies ergeben schon aktuelle Debatten um „lebensrettende“[5] „Folter“[6] und präventive und repressive „Lauschangriffe“[7,] von denen einer 2007 durch das BVerfG zum Schutze der Pressefreiheit abgelehnt wurde.[8] Die Anerkennung höchster unabänderlicher Werte, wie das BVerfG sie vorsieht, die auch von einer formaldemokratisch zustande gekommenen verfassungsändernden Mehrheit nach Art. 79 Abs. 3 i. V. m. Art. 1 und 20 GG nicht aufgehoben werden dürfen, schafft ein Spannungsverhältnis zwischen den durch Maßnahmen zum Schutz der Demokratie erforderlichen Eingriffen in die Freiheitssphäre des Einzelnen und dem Prinzip der Freiheit.

Ein friedliches Zusammenleben wird beeinträchtigt oder sogar verhindert von Menschen, die gegenüber gewohnheitsmäßig geltenden oder förmlich aufgestellten Regeln ein abweichendes Verhalten zeigen. Denn ein friedliches

---

5 Begriff verwendet z. B. bei Winfried Brugger, Freiheit und Sicherheit. Eine staatstheoretische Skizze mit praktischen Beispielen, Baden-Baden 2004, S. 56. Christian Starck, in: Hermann von Mangoldt/Friedrich Klein/Christian Starck (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz in 3 Bänden, 5. Aufl., München 2005, spricht in Art. 1 Abs. 1 GG, Rdnr. 79 von „Rettungsfolter“.

6 Vgl. dazu Martin H. W. Möllers, Paradigmenwechsel im Bereich der Menschenwürde? Der Einfluss der Staatsrechtslehre auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Robert Chr. van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Das Bundesverfassungsgericht im politischen System, Wiesbaden 2006, S. 351 ff.; Hauke Brunkhorst, Die Folterdebatte des repressiven Liberalismus, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/05, Frankfurt/M 2005, S. 21 ff.

7 Vgl. mit jeweils weiteren Nachweisen: Martin H. W. Möllers, Zum Verhältnis Menschenwürde und „Lauschangriff“ in Rechtsprechung und Lehre, in Ders., Polizei und Grundrechte, Frankfurt/M 2006, S. 81 ff. sowie Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum »Großen Lauschangriff«, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/05, Frankfurt/M 2005, S. 51 ff.

8 Vgl. BVerfG, 1 BvR 538/06 vom 27.2.2007, das unter Bestätigung von BVerfGE 20, 162 (191 f., 217) als verfassungswidrig Durchsuchungen und Beschlagnahmen in einem Ermittlungsverfahren gegen Presseangehörige ablehnte, wenn diese ausschließlich oder vorwiegend dem Zweck dienen, die Person des Informanten zu ermitteln (1. Leitsatz).
Abgedruckt: http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20070227_1bvr053806.html.

Zusammenleben kann schon durch kleinste Abweichungen gestört sein, wie die Fülle an Nachbarschaftsstreitigkeiten in Deutschland deutlich macht. Allerdings wird schnell klar, dass nur das Überschreiten bestimmter Niveaus von abweichendem Verhalten gemeint sein kann, wenn sein Ausmaß die Verfassung, die Demokratie und die Bürgerfreiheiten bedrohen soll.[9] Eine solche Bedrohung scheint derzeit massiv von Extremisten auszugehen, da sie notwendigerweise einen staatlichen Sicherheitsapparat erfordern. Denn es sind politisch motivierte Verfassungsfeinde des links-, rechts- und islamistischen Lagers, die als zum Beispiel „Autonome", „Neo-Nazis", „Skinheads" oder „Terroristen", eigene „Staatsziele" verfolgen und dadurch auffallen, dass sie allesamt eine besonders hohe (zum Teil auch gegen sich selbst gerichtete) Gewaltbereitschaft zeigen.

Diese Extremisten zielen darauf ab, durch Herbeiführung von Katastrophen Chaos zu verbreiten, um ihre unterschiedlichen politischen Bestrebungen zu verfolgen, die sich gegen die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates wenden und dabei durch ideologische Absolutheitsansprüche, politischen Autoritarismus, identitäres Gesellschaftsverständnis und die stereotype Einteilung der Menschen in Freund und Feind gekennzeichnet sind.[10] Ihre verfassungsfeindlichen Agitationen soll das BVerfG als „Hüter der Verfassung"[11] verhindern.

Als „Maßnahmen" der „wehrhaften Demokratie" kennt das Grundgesetz zum Beispiel Beschränkungen der Freizügigkeit nach Art. 11 Abs. 2 GG, die Schaffung von Verfassungsschutzbehörden nach Art. 73 Nr. 10. b) und

---

[9] Martin H. W. Möllers, Innenpolitische Dimension der Sicherheitspolitik in Deutschland, in: Stephan Böckenförde / Sven Bernhard Gareis (Hrsg.), Deutsche Sicherheitspolitik, Opladen 2009, S. 132.

[10] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4. Aufl., München 2006, S. 12.

[11] Vgl. Peter Häberle, Verfassungsgerichtsbarkeit in der offenen Gesellschaft, in: Robert Chr. van Ooyen / Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Das Bundesverfassungsgericht im politischen System, Wiesbaden 2006, S. 40; Gerd Sturm, in: Michael Sachs (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, 5. Aufl., München 2009, Art. 93 Rdnr. 4 m. w. N.; so auch das BVerfG selbst z. B. in BVerfG, 2 BvF 3/02 vom 19.9.2007; Absatz-Nr. 39, www.bverfg.de/entscheidungen/fs20070919_2bvf000302.html.

Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG sowie Einsatz von Streitkräften nach Art. 87a Abs. 4 GG. Auch beim Einsatz der Streitkräfte im Innern sind die gesetzlichen Vorschriften bis hin zum Grundgesetz derzeit angesichts der Herausforderungen des internationalen Terrorismus in der Entwicklung.[12] Aber die schärfsten „Waffen“[13,] die das Grundgesetz vorsieht, um verfassungsfeindliche Extremisten im Zaum zu halten, sind vor allem die Möglichkeit des Parteienverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG, das Verbot von Vereinigungen nach Art. 9 Abs. 2 GG und die Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG.

Während Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG als einigermaßen spektakulär in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden – zuletzt beim NPD-Verbotsverfahren, das mit dem Beschluss des Zweiten Senats vom 18. März 2003[14] ein nicht unerwartetes Ende nahm[15] und die Diskussion um ein erneutes Verfahren auch 2009 noch in Gang hält, dringen Vereinsverbote nach Art. 9 Abs. 2 GG nur selten an die massenmediale Öffentlichkeit. Nahezu gar nicht von der Öffentlichkeit „miterlebt“ sind Verfahren zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG. Nur für das Verbot einer extremistischen Partei und der Verwirkung von Grundrechten eines Extremisten ist das BVerfG zuständig, Vereinsverbote „regelt“ die Exekutive in Bund und den Ländern.

Ausgangsfrage der nachfolgenden Abhandlung ist es daher, ob die deutsche Demokratie gegen Verfassungsfeinde wehrhaft ist, wenn Extremisten vor das

---

[12] Vgl. z. B. Dieter Wiefelspütz, Die Abwehr terroristischer Anschläge und das Grundgesetz. Polizei und Streitkräfte im Spannungsfeld neuer Herausforderungen, Frankfurt/M 2007.

[13] van Ooyen (Anm. 3), S. 121.

[14] Beschluss 2 BvB 1, 2 und 3/01, auszugsweise abgedruckt in Deutsches Verwaltungsblatt 2003, S. 593 ff. und Neue Juristische Wochenschrift 2003, S. 1577 ff.; Kommentare zum Urteil von Uwe Volkmann in Deutsches Verwaltungsblatt 2003, S. 605 ff.; Jörn Ipsen, Juristenzeitung 2003, S. 485 ff.

[15] Vgl. dazu den Beitrag „Verfehltes Verfahren, Niederlage der abwehrbereiten Demokratie oder Sieg der Toleranz?“ von Hans Peter Bull, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/03, Frankfurt/M 2003, S. 197-217.

BVerfG im Rahmen von Parteiverbotsverfahren und Grundrechtsverwirkungen treten. Die Beantwortung dieser Frage lässt sich anhand des Ablaufs und der Rechtsfolgen solcher Verfahren aufzeigen und eine Bewertung über die Bedeutung dieser demokratischen „Wehrhaftigkeit“ geben.

2 Das Parteiverbotsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 2 GG

Das Grundgesetz gibt den politischen Parteien mit Art. 21 Abs. 1 GG zunächst die Parteienfreiheit und stattet sie auch durch das Verbotsmonopol des BVerfG nach Art. 21 Abs. 2 Satz 2 GG mit dem „Parteienprivileg“ aus. Daraus ergibt sich, dass die Tätigkeit der Partei als solcher im Rahmen der allgemeinen Gesetze frei sein soll. Nur das BVerfG kann gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 2 GG über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheiden und „ihr nach strenger Prüfung ein Ende bereiten“[16]. Es stellt sich also dadurch die Frage, in welchem Verhältnis Art. 21 Abs. 2 GG zu Art. 9 Abs. 2 GG – unter Berücksichtigung des Art. 18 GG – steht.

2.1 Das Verhältnis von Art. 21 Abs. 2 GG zu Art. 9 Abs. 2 GG

Nach Art. 21 Abs. 2 GG sind Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verfassungswidrig. Dagegen bestimmt Art. 9 Abs. 2 GG, dass Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten sind. Damit stehen beide Vorschriften schon insoweit im Zusammenhang, dass sie sich jeweils gegen ein organisiertes verfassungsfeindliches Handeln wenden. Dagegen richtet sich Art. 18 GG gegen Grundrechtsträger, also – zwar nicht nur aber – in erster Linie natürliche Personen.

Während Art. 21 Abs. 2 GG lediglich definiert, wann eine Partei verfassungswidrig ist, geht Art. 9 Abs. 2 GG schon einen Schritt weiter und definiert, in

[16] Bull (Anm. 15), S. 214.

welchen Fällen Vereinigungen im Sinne von Art. 9 Abs. 1 GG verboten sind. Damit ist bereits der Hauptunterschied genannt: Art. 21 Abs. 2 GG richtet sich gegen ein organisiertes verfassungsfeindliches Handeln.[17] Soweit eine Vereinigung sich unter den Schutz des Parteienprivilegs begibt, könnte sie ein drohendes Vereinsverbot durch den Innenminister aushebeln.[18] Denn auch Parteien sind zwar nach der Legaldefinition des § 2 Abs. 1 Satz 1 ParteiG Vereinigungen, allerdings ist Art. 21 Abs. 2 GG gegenüber Art. 9 Abs. 2 GG als lex specialis anzusehen[19], sodass Parteien als Vereinigungen mit besonderem verfassungsrechtlichem Auftrag in den Genuss des Parteienprivilegs kommen müssen.[20] Bei Parteien verdrängt somit Art. 21 Abs. 2 GG den Art. 9 Abs. 2 GG.[21] Das Parteiverbotsverfahren kommt in Gang, wenn die tatbestandlichen Voraussetzungen vorliegen.

2.2 Die Voraussetzungen eines Parteiverbotsverfahrens[22]

Art. 21 Abs. 2 GG enthält mehrere Tatbestandsmerkmale, die erfüllt sein müssen, wenn eine Partei als verfassungswidrig eingestuft und dann vom Bundesverfassungsgericht verboten werden soll.[23] Zu diesen Tatbestands

---

[17] Vgl. Miriam Brauns/Karsten Fehn, Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG und NPD-Verbotsantrag, in: van Ooyen/Möllers (Hrsg.), Die Öffentliche Sicherheit auf dem Prüfstand, (Anm. 3), S. 131-173, hier S. 132.

[18] Vgl. Robert Chr. van Ooyen, Öffentliche Sicherheit und Freiheit. Politikwissenschaftliche Studien zu Staat, Polizei und wehrhafter Demokratie, Baden-Baden 2007, S. 87 f.

[19] BVerfGE 2, 1 (1).

[20] BVerfGE 2, 1 (13).

[21] Vgl. Brauns/Fehn (Anm. 17), ebd.

[22] Politikwissenschaftliche Analyse zu Parteiverbotsverfahren bei Robert Chr. van Ooyen, Die Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in: van Ooyen/Möllers (Hrsg.), Das Bundesverfassungsgericht (Anm. 6), S. 333-349.

[23] Art. 21 Abs. 2 GG ist daher unmittelbar anwendbares und justiziables Recht: vgl. Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 133.

merkmalen, die im Einzelnen geklärt werden sollen, gehören

- die „Parteien“ und ihre „Anhänger“,
- die „Beeinträchtigung“ oder „Beseitigung“ der „Freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (FdGO),
- die „Gefährdung“ des „Bestands der Bundesrepublik Deutschland“ sowie
- das „Ausgehen“ auf Beeinträchtigung oder Beseitigung der FdGO oder auf die Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland.

Die „Parteien“ in Art. 21 Abs. 2 GG setzen zunächst begrifflich eine politische Partei voraus.

2.2.1 Der Begriff der politischen Partei

Im Parteiengesetz (PartG) wird der Begriff der politischen Partei definiert: Nach § 2 Abs. 1 Satz 1 ParteiG sind politische Parteien Vereinigungen von ausschließlich natürlichen Personen[24], die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, unter der Voraussetzung, dass sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse,

- insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation,
- nach der Zahl ihrer Mitglieder und
- nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit
- eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten.25

Aus der Chancengleichheit und aus dem System der Parteienfinanzierung[26] ergibt sich schon, dass es für die Parteieigenschaft grundsätzlich unerheblich ist, ob die Partei – z. B. durch Wahl einiger ihrer Mitglieder – politisch

[24] Das ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Satz 2 ParteiG.

[25] Vgl. dazu auch BVerfGE 91, 262 (266); 91, 276 (284).

[26] Im Einzelnen in den §§ 18 ff. PartG geregelt.

erfolgreich ist und bereits Bestätigung durch die Wähler erfahren hat.[27] Da es aber schon auf Umfang und Festigkeit der Organisation ankommt, können „Zufallsbildungen von kurzer Lebensdauer", wie für Bürgerinitiativen typisch, nicht als Parteien eingestuft werden.[28] In seiner Auslegungen der einzelnen Merkmale zum Parteienbegriff nach dem PartG stellt das BVerfG darauf ab, dass der „... Parteibegriff ... maßgeblich geprägt [wird] durch die den Parteien von Verfassungs wegen zukommende Aufgabe der Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes, eine Funktion, die – zielend auf die Teilnahme an Parlamentswahlen auf der Ebene des Bundes oder eines Landes – das Wesentliche der Parteien ausmacht und ihre verfassungsrechtliche Sonderstellung gegenüber sonstigen politischen Vereinigungen erklärt"[29]. Der bloße Wille, Partei zu sein, reicht nicht aus[30,] nicht einmal, wenn eine Organisation sich zwar regelmäßig und aktiv, aber eben ausschließlich nur an Kommunalwahlen („Rathausparteien") beteiligt.[31] Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer Zielsetzungen bietet nach Ansicht des BVerfG nur eine Organisation, die den für die Aufgabenerfüllung notwendigen „nicht unerheblichen Aufwand an persönlichen und sachlichen Mitteln" bereitstellen kann.[32] Eine „Partei" muss also recht hohe Voraussetzungen erfüllen, damit sie nicht nur eine bloße Vereinigung ist und damit kein „Parteienprivileg" mehr genießt.

---

[27] BVerfGE 91, 262 (269); 91, 276 (286 f.).

[28] Vgl. BVerfGE 91, 262 (270); 91, 276 (287).

[29] BVerfGE 91, 276 (286).

[30] BVerfGE 91, 262 (279); 91, 276 (287).

[31] Vgl. zu dieser Thematik van Ooyen (Anm. 22), S. 333 ff. Dass auch kommunale Wählervereinigungen, die ja ausdrücklich zur politischen Willensbildung auf kommunaler Ebene beitragen (wollen), nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Parteienprivileg herausfallen, ist kritisch zu sehen und findet nicht einhellige Zustimmung; ablehnend z. B. Rudolf Streinz, in: von Mangoldt/Klein/Starck (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz (Anm. 5), Art. 21, Rdnr. 59 m. w. N.; ebenso Philip Kunig, in: Ingo von Münch/Philip Kunig (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Bde. 1-3, 5. Aufl., München (teilweise 2000 mit Nachtrag 2003) 2003, Art. 21 Rdnr. 73.

[32] BVerfGE 91, 262 (269); 91, 276 (286).

Ist festgestellt, dass es sich bei einer Vereinigung um eine politische Partei handelt, die den Kriterienkatalog des Bundesverfassungsgerichts erfüllt und sich nicht nur als „Scheinpartei“ darstellt[33], stellt sich die Frage nach ihrem möglichen verfassungswidrigen Zweck.

2.2.2 Der verfassungswidrige Zweck im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG

Art. 21 Abs. 2 GG begrenzt die Zwecke, die eine Partei vertreten muss, damit sie als „verfassungswidrig“ eingestuft werden kann (und muss).[34] Zwei Alternativen stehen sich dabei gegenüber, nämlich die „Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ einerseits und die „Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland“ andererseits. Es ist daher zunächst zu klären, was unter dem Begriff der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“, der zudem an zahlreichen anderen Stellen im Grundgesetz auftaucht[35], einschließlich ihrer „Beeinträchtigung oder Beseitigung“ und unter der „Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland“ zu verstehen ist. Da der Eingriff des Parteiverbots besonders schwer wiegt, sind die Begriffe auch eng auszulegen.[36]

Der Begriff der „Freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (FdGO), der in der Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG durch seinen Verweis auf den Grundsatz des Art. 20 Abs. 3 GG festgeschrieben ist (strittig)[37], definiert die

---

[33] Vgl. dazu van Ooyen (Anm. 22), S. 341 ff.

[34] Vgl. Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 223;

[35] Art. 10 Abs. 2 Satz 2, Art. 11 Abs. 2, Art. 18 Satz 1, Art. 73 Nr. 10b, Art. 87a Abs. 4 Satz 1, Art. 91 Abs. 1. Zudem wird der Begriff der „verfassungsmäßigen Ordnung“ in Art. 2 Abs. 1, Art. 9 Abs. 2, Art. 98 Abs. 2 Satz 1 und Art. 20 Abs. 3 (mit besonderer Bedeutung durch Art. 20 Abs. 4 GG) verwandt.

[36] Vgl. Hans D. Jarass / Bodo Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 10. Aufl., München 2009, Art. 21 Rdnr. 31; Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 223.

[37] Zustimmend Jörn Ipsen, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz – Kommentar (Anm. 11), Art. 21 Rdnr. 121; Kunig (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 81; Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I: Grundbegriffe und Grundlagen des Staatsrechts, Strukturprinzipien der Verfassung, 2. Aufl., München 1984, S. 564ff. m.w.N.;

Staatsidee Deutschlands, nach der sich die gesellschaftliche Ordnung ausrichtet.[38] Das Bekenntnis zur FdGO bedeutet zugleich den Übergang zu einer wehrhaften, abwehrbereiten, streitbaren Demokratie.[39] Die FdGO ist daher in zahlreichen Gesetzen wiederzufinden, z. B. im Strafgesetzbuch.[40] Das Bundesverfassungsgericht interpretierte den Begriff der FdGO schon in seinem ersten Parteiverbotsverfahren-Urteil (SRP) vom 23. Oktober 1952 als eine Ordnung, „die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt."[41]

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung rechnete das Gericht dann „mindestens":

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition."[42]

Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 135; differenzierter und enger Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 227; Jarass / Pieroth (Anm. 36), Art. 21 Rdnr. 33.

[38] So Stern (Anm. 37), S. 558.

[39] Stern (Anm. 37), S. 558 und S. 195 m. w. N.

[40] Hier z. B. in §§ 86 Abs. 2, 93 Abs. 2 StGB.

[41] BVerfGE 2, 1 (12 f.).

[42] Vgl. BVerfGE 2, 1 (13).

Diese Interpretation hat das BVerfG in seiner zweiten Parteiverbots-Entscheidung (KPD) vom 17. August 1956 noch einmal bestätigt[43]. Inzwischen ist die FdGO in § 4 Abs. 2 BVerfSchG[44] – zumindest für dessen Anwendungsbereich[45] – legaldefiniert. Danach gehören im Einzelnen dazu:

- Volkssouveränität [§ 4 Abs. 2 a) 1. Halbs.]
- Wahlen nach den Wahlrechtsgrundsätzen [§ 4 Abs. 2 a) 2. Halbs.]
- Rechtsstaatsprinzip [§ 4 Abs. 2 b)]
- Gesetzmäßigkeitsprinzip [§ 4 Abs. 2 b)]
- Gewaltenteilungsgrundsatz [§ 4 Abs. 2 b)]
- Recht auf Opposition [§ 4 Abs. 2 c)]
- Mehrparteienprinzip [§ 4 Abs. 2 c) i. V. m. § 4 Abs. 2 d)]
- Chancengleichheit der Parteien [§ 4 Abs. 2 c) i. V. m. § 4 Abs. 2 d)]
- Regierung auf Zeit [§ 4 Abs. 2 d) 1. Halbs.]
- Parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung [§ 4 Abs. 2 d) 2. Halbs.]
- Unabhängigkeit und Rechtsbindung der Gerichte [§ 4 Abs. 2 e) i. V. m. § 4 Abs. 2 b) 3. Halbs.]
- Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft [§ 4 Abs. 2 f)]
- Menschenrechte nach dem Grundgesetz [§ 4 Abs. 2 g)][46].

---

[43] BVerfGE 5, 85 (140).

[44] Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz.

[45] So Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 224, Fn. 78.

[46] Vgl. Martin H. W. Möllers, Polizei und Grundrechte. Alternatives Grundrechte-Lehrbuch für die Polizei auf rechtswissenschaftlicher und rechtspolitischer Basis. Blaue Reihe: Studienbücher für die Polizei. Frankfurt/M 2006, S. 142; Bodo Pieroth/Bernhard Schlink, Grundrechte. Staatsrecht II, 22. Aufl., Heidelberg 2006, Rdnr. 749 sowie Michael Antoni, in: Hömig, Dieter (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Taschenkommentar, 8. Aufl., Baden-Baden 2007, Art. 1 Rdnr. 6.

Die „Beseitigung“ der FdGO käme der Abschaffung dieser konstituierenden Strukturprinzipien und der Ersetzung durch ein damit unvereinbares Regierungssystems gleich.[47] Unter „Beeinträchtigung“ der FdGO wird nach herrschender Meinung bereits die Beseitigung eines oder mehrerer dieser für die Staatsidee der Bundesrepublik Deutschland konstituierenden Strukturprinzipien angestrebt.[48]

In Bezug auf die „Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland“ ist festzustellen, dass diese Tatbestandsalternative auf die Veränderung oder Abschaffung wesentlicher Grundpfeiler der Staatsordnung und Staatsorganisation, die das Grundgesetz vorgibt, abzielt.[49] Schutzgut ist vor allem die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Bundes[50], da die Integrität des Territoriums nach außen und nach innen geschützt wird.[51]

Um in einem Parteiverbotsverfahren als „verfassungswidrig“ eingestuft werden zu können, muss die politische Partei einen der beiden alternierenden verfassungswidrigen Zwecke erreichen wollen.

2.2.3 Die Zielsetzung des verfassungswidrigen Zwecks bzw. die Zurechnung des Verhaltens der Parteianhänger

Art. 21 Abs. 2 GG verlangt, dass eine politische Partei darauf ausgehen muss, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Aus dieser Formulierung zieht das Bundesverfassungsgericht und mit ihm die h. M. in der Literatur den Schluss, dass eine „aktiv kämpferische, aggressive

---

[47] Vgl. Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 228; Ipsen (Anm. 37), Art. 21 Rdnr. 161.

[48] Hans Hugo Klein, in: Theodor Maunz/Günter Dürig, u. a.: Grundgesetz, Loseblatt-Kommentar in 6 Leinenordnern, 53. Ergänzungslieferung, München 2009, Art. 21 Rdnr. 531; Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 228 m. w. N.

[49] Vgl. Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 136.

[50] Vgl. Kunig (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 82; Jarass/Pieroth (Anm. 36), Art. 21 Rdnr. 34; Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 229; Klein (Anm. 46), Art. 21 Rdnr. 520 m. w. N.

[51] Vgl. Streinz (Anm. 31), ebd.; Ipsen (Anm. 37), Art. 21 Rdnr. 162 f.

Haltung“[52] gegen die bestehende Ordnung vorliegen muss. Nicht nur die Zielsetzung ist entscheidend, sondern die Intensität der Zielverfolgung.[53] Daher reicht eine passive Ablehnungshaltung nicht aus, sondern erforderlich ist eine aktive Angriffshaltung. Die verfassungswidrigen Parteien (oder ihre Anhänger) müssen konkrete Schritte zur Verfolgung des verfassungswidrigen Zwecks planen und eine entsprechende feindliche Grundhaltung einnehmen.[54] Es kommt nicht darauf an, ob es sich dabei um Nahziele oder Fernziele handelt, denn auf die Nähe der Zielverwirklichung kommt es schon deshalb nicht an, weil es sich bei Art. 21 Abs. 2 GG um eine präventive Gefahrenabwehr handelt. Sie beruht vor allem auf dem Gedanken, „dass radikale Bestrebungen umso schwerer zu bekämpfen sind, je mehr sie an Boden gewinnen.“[55] Ermittelt werden die Ziele der Partei aus ihren Publikationen, insbesondere aus dem Parteiprogramm und den sonstigen parteiamtlichen Erklärungen. In Betracht kommen aber auch Reden von führenden Funktionären, Propagandamaterial und parteieigenen Zeitungen und Zeitschriften.[56] Außerdem wird auch auf das Verhalten der Anhänger der Partei zurückgegriffen, weil dadurch vor allem verhindert werden soll, dass eine „Partei bzw. die Parteispitze die ‚Drecksarbeit‘ von anderen Personen erledigen lassen könnte.“[57]

In Bezug auf die „Anhängerschaft“ von politischen Parteien bleibt Art. 21 Abs. 2 GG „schwammig“, wenn er – ohne nähere Erläuterung – nur auf das

---

[52] BVerfGE 5, 85 (141).

[53] Vgl. Kunig (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 79; Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 232.

[54] BVerfGE 2, 1 (12 ff.); 5, 85 (141 ff.); vgl. Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 136; Rüdiger Sannwald, in: Bruno Schmidt-Bleibtreu/Franz Klein (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 10. Aufl., Neuwied 2004, Art. 21 Rdnr. 21; Stern (Anm. 37), S. 208 f.

[55] Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 233; vgl. auch Ipsen (Anm. 37), Art. 21 Rdnr. 168 und Karl-Heinz Seifert, Die politischen Parteien im Recht der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1975, S. 456, 464 f.

[56] Zur Auflistung vgl. Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 234 mit Hinweisen auf Entscheidungen des BVerfG.

[57] Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 235.

„Verhalten ihrer Anhänger“ abstellt. Hier stellte das BVerfG bereits früh in seinem „SRP-Urteil“ fest, dass zu den Anhängern in diesem Sinne „mindestens alle, die sich für die ... [Partei] einsetzen“[58], also unabhängig von ihrer Mitgliedschaft, zu rechnen sind.[59] Ihr Verhalten muss nur der Partei zurechenbar sein.[60] Auch wenn eine Verantwortung der Partei nur im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten gesehen werden kann und nicht pauschal jedes Verhalten[61], so bleibt jedoch für die Auslegung von Einzelfällen immer noch reichlich Spielraum.

2.3 Der Ablauf des Parteiverbotsverfahrens

Es macht das Parteienprivileg aus, dass nur das BVerfG die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei feststellen und diese verbieten kann.[62] Das ergibt sich nicht nur unmittelbar aus Art. 21 Abs. 2 GG, sondern spiegelt sich auch in § 13 Nr. 2 BVerfGG wider, in dem auf das Grundgesetz verwiesen wird. Die Durchführung eines Parteiverbotsverfahrens und die Feststellung des Verbots einer Partei richten sich im Einzelnen nach dem Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG), genauer nach den §§ 43 ff. BVerfGG.

---

[58] BVerfGE 2, 1 (22).

[59] Gegen diese weite Auslegung des Begriffs „Anhänger“ vgl. Seifert (Anm. 55), S. 468.

[60] Streinz (Anm. 31), Art. 21 Abs. 2, Rdnr. 236; vgl. auch Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 134.

[61] So Streinz (Anm. 31), ebd.

[62] Der Begriff wird auch vom BVerfG verwendet: BVerfGE 12, 296 (305); 17, 155 (166); 47, 130 (139); BVerfG, Neue Juristische Wochenschrift 2001, S. 2077; vgl. dazu Christoph Gusy, in: Axel Azzola / Richard Bäumlin/Michael Bothe (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Reihe Alternativkommentare, Gesamtherausgabe Rudolf Wassermann, 3 Bde., 3. Aufl., Neuwied 2001, Art. 21 Rdnr. 129; Jarass / Pieroth (Anm. 36), Art. 21 Rdnr. 29; Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 215; Martin Morlok, in: Horst Dreier (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Bde. 1-3, 2. Aufl., Tübingen 2004-2007, Art. 21 Rdnr. 148; Kunig (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 83; Sannwald (Anm. 54), Art. 21 Rdnr. 114 und auch schon Seifert (Anm. 55), S. 468.

Da das BVerfG nur auf Antrag und nicht von sich aus tätig werden kann, stellt sich zunächst die Frage, wer antragsberechtigt ist und ob den Antragsberechtigten ein „Ermessen“ oder eine „Pflicht“ zum Verbotsantrag obliegt. Gerade letzteres hat ja Bedeutung für die aktuelle Diskussion um einen erneuten Verbotsantrag gegen die NPD. Nach § 43 Abs. 1 BVerfGG können einen Parteiverbotsantrag nur der Bundestag, der Bundesrat oder die Bundesregierung stellen. Darüber hinaus sind zusätzlich[63] nach § 43 Abs. 2 BVerfGG antragsberechtigt auch Landesregierungen, soweit sich eine Partei räumlich auf das Gebiet des jeweiligen Landes beschränkt. Alle Antragsberechtigten können den Antrag selbstständig ohne die Beteiligung der anderen Antragsberechtigten stellen[64]. Es ist jedoch umstritten, ob ein Verbotsantrag gestellt werden muss. Das BVerfG selbst verwendet die Begriffe „pflichtgemäßes Ermessen“[65] und „politisches Ermessen“[66]. Die h. M. in der Literatur geht vom „politischen Ermessen“ der Antragsberechtigten aus, das sich (erst) bei einer besonderen Gefährdungslage zu einer Antragspflicht reduzieren könne.[67] Unabhängig von dem Streit, wie weit der Ermessensspielraum ist, gibt es zumindest keine verfassungsrechtliche Möglichkeit, einen der Antragsberechtigten (auch nicht die Bundesregierung) zu einem solchen Antrag zu zwingen.[68] Die Gründe für und gegen einen Verbotsantrag sind jedenfalls ausdiskutiert.[69]

---

[63] Vgl. Hans Lechner / Rüdiger Zuck, BVerfGG – Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Kommentar, 5. Aufl., München 2006, § 43 Rdnr. 1.

[64] Brauns / Fehn (Anm. 17), S. 137.

[65] BVerfGE 5, 85 (113); 40, 287 (291).

[66] BVerfGE 5, 85 (129); 39, 334 (360).

[67] Vgl. dazu Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 242 m. w. N. Strikt mit ausführlicher Begründung lehnt Andreas Kunze in seiner Dissertation „Der Stellenwert des Art. 26 I GG innerhalb des grundgesetzlichen Friedensgebots“, Berlin 2004, S. 181 ff. das Opportunitätsprinzip ab und verweist dabei auch auf Art. 26 Abs. 1 GG.

[68] Vgl. Kunig (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 89; Lechner / Zuck (Anm. 61), § 43 Rdnr. 2, Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 245.

[69] Zu den Argumentationen vgl. van Ooyen (Anm. 18), S. 77 ff.; Martin H. W. Möllers/Hans-Thomas Spohrer, Wissenstest – Gesellschaftswissenschaften für die Polizei,

Hat ein Antragsberechtigter sich zu einem Antrag auf Verbot einer Partei entschieden und ihn beim BVerfG eingereicht, ist nach Eingang des Antrags[70] den Vertretungsberechtigten (§ 44 BVerfGG) der betroffenen Partei innerhalb einer vom Bundesverfassungsgericht zu bestimmenden Frist nach § 44 BVerfGG Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.[71] Die Vertretungsberechtigten der angegriffenen Partei können, müssen sich aber nicht äußern. Danach entscheidet das Bundesverfassungsgericht, ob es eine Voruntersuchung anordnen will, die dann aus Gründen der Objektivität einem Richter übertragen wird, der nicht dem zur Entscheidung in der Hauptsache zuständigen Senat angehört[72]. Das Gericht kann aber nach § 45 BVerfGG auch entscheiden, ob der Antrag als unzulässig oder nicht hinreichend begründet zurückgewiesen oder ob die Verhandlung durchgeführt wird. Liegt aus rechtsstaatlichen Gründen „ein nicht behebbares Verfahrenshindernis“ vor, wird das Parteiverbotsverfahren eingestellt.[73] Ein solches nicht behebbares Verfahrenshindernis ist nach Ansicht des BVerfG die „Sperrminorität“ nach § 15 Abs. 4 Satz 1 BVerfGG. Danach bedürfen Entscheidungen bei Parteiverbotsverfahren einer Mehrheit von zwei Dritteln der acht Senatsmitglieder. Eine Sperrminorität beginnt damit bei drei Richterstimmen.[74] An dieser Sperrminorität scheiterte das NPD-Verbotsverfahren 2003.[75]

2.4 Die Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung

Erweist sich der Parteiverbotsantrag als begründet, so stellt das Bundes-

365 Fragen – 365 Antworten für Ausbildung, Prüfung und Praxis im Polizeivollzugsdienst des Bundes und der Länder, 2. Aufl., Lübeck 2008, S. 255 f.

[70] Soweit gegen dieselbe Partei das BVerfG bereits sachlich entscheiden hat, müssen neue Tatsachen vorgelegt werden: § 41 i. V. m. § 47 BVerfGG.

[71] Dieses Äußerungsrecht berücksichtigt den grundrechtsgleichen Anspruch auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG.

[72] Vgl. dazu Lechner / Zuck (Anm. 63), § 38 Rdnr. 3.

[73] BVerfGE 107, 339 (356).

[74] BVerfGE 107, 339 (356 f.).

[75] Einzelheiten dazu bei Hans Peter Bull, einem der beiden Prozessbevollmächtigten der Bundesregierung in diesem Verfahren (Anm. 15), S. 197 ff.

verfassungsgericht nach § 46 Abs. 1 BVerfGG fest, dass die politische Partei verfassungswidrig ist. Nach § 46 Abs. 2 BVerfGG kann die Feststellung auf einen rechtlich oder organisatorisch selbständigen Teil einer Partei beschränkt werden. Damit verliert die Partei ab diesem Zeitpunkt – nicht schon früher – ihr „Parteienprivileg“ und das daraus folgende Anknüpfungsverbot[76] für staatliche Organe, auch wenn sich aus der gerichtlichen Feststellung ergibt, dass die Partei bereits seit langem verfassungswidrig ist.[77] Mit der Feststellung ist nach § 46 Abs. 3 Satz 1 BVerfGG die Auflösung der Partei oder des selbständigen Teiles der Partei verbunden sowie das Verbot, eine Ersatzorganisation zu schaffen. Dies ergibt sich bereits aus § 33 Abs. 1 PartG, nach dem es verboten ist, Organisationen zu bilden, die verfassungswidrige Bestrebungen einer nach Art. 21 Abs. 2 GG i. V. m. § 46 BVerfGG verbotenen Partei an deren Stelle weiter verfolgen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Bei letzteren stellt das BVerfG fest, dass es sich um eine verbotene Ersatzorganisation handelt (§ 33 Abs. 2 PartG). Dass es in der Praxis aber nicht immer leicht ist einzuschätzen, ob es sich um eine Ersatzorganisation handelt, lässt sich an der Diskussion ablesen, die entstand, als sich nach dem Verbot der KPD 1956 im Jahre 1968 die DKP gründete.[78] Auf andere Parteien und auf Vereine im Sinne des § 2 VereinsG, die Ersatzorganisationen einer verbotenen Partei sind, wird nach § 33 Abs. 3 PartG § 8 Abs. 2 VereinsG entsprechend angewandt.

Nach § 46 Abs. 3 Satz 2 BVerfGG kann (muss aber nicht) das BVerfG bei einem Parteiverbot außerdem die Einziehung des Vermögens der Partei oder des selbständigen Teiles der Partei zugunsten des Bundes oder des Landes zu gemeinnützigen Zwecken aussprechen. In den beiden bisherigen Verfahren, die mit Parteiverbot endeten, wurde das Vermögen jeweils eingezogen.[79]

---

[76] Z. B. bleibt bis dahin die staatliche Parteienfinanzierung erhalten. Zum Begriff und seine sonstigen Auswirkungen vgl. Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 217 m. w. N.

[77] Vgl. BVerfGE 12, 296 (304).

[78] Vgl. m. w. N. Philip Kunig, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II: Verfassungsstaat, 3. Aufl., München 2004, § 33 Rdnr. 45, vgl. auch Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 222 m. w. N.

[79] Vgl. BVerfGE 2, 1 (2): I. 5. Der Entscheidungsformel (SRP); 5, 85 (87): I. 4. Der

Umstritten ist es, ob das Verbot einer Partei zugleich auch den Mandatsverlust für ihre Bundestags- oder Landtagsabgeordneten bedeutet. Dies ist insofern kritisch zu sehen, weil das Mandat an Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG grundsätzlich frei ist, hier aber an die Partei gebunden wird.[80] Im SRP-Verbotsverfahren[81] hatte das BVerfG damals noch ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage den Mandatsverlust der SRP-Abgeordneten als weitere Rechtsfolge ausgesprochen, der sich zwingend aus der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei ergebe.[82] Inzwischen ist der Mandatsverlust in § 46 Abs. 1 Nr. 5 BWahlG, § 22 Abs. 2 Nr. 5 EuWG sowie in den Landeswahlgesetzen der Länder festgeschrieben. Auch wenn aus Gründen einer effektiven Bekämpfung der verbotenen verfassungswidrigen Partei der Mandatsverlust nachvollziehbar ist, bleiben dennoch staatsrechtliche Bedenken, ob ein nach Art. 38 Abs. 1 GG vom Volk verliehenes freies Mandat an das Schicksal der Partei geknüpft werden darf.[83]

Als mittelbare Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung sind im Wesentlichen drei Rechtsfolgen zu nennen, die mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei einher gehen: Zum einen könnte für Mitglieder der verfassungswidrigen Partei eine strafrechtliche Verfolgung in Betracht kommen: Denn wer Mitglied einer verbotenen Partei oder Ersatzorganisation ist oder sich einer solchen anschließt, macht sich gemäß § 85 StGB strafbar und kann mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Auch der Versuch ist strafbar. Zum zweiten gibt es zivilrechtliche Auswirkungen, da die Arbeitsverträge von Angestellten, die mit der für verfassungswidrig erklärten Partei bestehen, nach höchst-

---

Entscheidungsformel (KPD). Vgl. auch Lechner/Zuck (Anm. 63), § 46 Rdnr. 7.

[80] Zur Problematik vgl. Dimitris Th. Tsatsos, Mandatsverlust bei Verlust der Parteimitgliedschaft? Zur Dialektik vom freien Mandat und Parteistaatlichkeit, in: Festschrift für D. Th. Tsatsos 1999, S. 413-422.

[81] BVerfGE 2, 1 ff.; vgl. auch unten 1.6.1.

[82] BVerfGE 2, 1 (72 ff.). Vgl. Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 139.

[83] Vgl. dazu Morlok (Anm. 62), Art. 21 Rdnr. 147; Streinz (Anm. 31), Art. 21 Rdnr. 249; a. A. Ipsen (Anm. 37), Art. 21 Rdnr. 194; Klein (Anm. 48), Art. 21 Rdnr. 568.

richterlicher Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts erlöschen.[84] Schließlich können auch beamtenrechtliche Konsequenzen eintreten, da Bewerbern für den öffentlichen Dienst, die einer verfassungsfeindlichen Partei angehören, indiziell unterstellt wird, dass bei ihnen die beamtenrechtlich notwendige Verfassungstreue fehlen könnte[85]. Denn, so das BVerfG, wegen der Möglichkeit der „politischen Infiltrierung" der Beamtenschaft bemühe sich der freiheitlich-demokratische Staat, „Verfassungsfeinde" (!) „nicht nur von der funktionell politischen, sondern gerade auch von der Beamtentätigkeit fernzuhalten".[86] Dennoch ist allein aus der Zugehörigkeit zu einer verfassungswidrigen Partei nicht automatisch die fehlende Verfassungstreue ableitbar, sondern es kommt auf eine objektive Gesamtschau an.[87]

Die Vollstreckung des Parteiverbots ist im Wesentlichen in § 32 PartG geregelt, für die Vermögenseinziehung gelten die §§ 10 bis 13 VereinsG entsprechend (§ 32 Abs. 5 PartG). Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Vollstreckungsmaßnahmen der zuständigen Behörde haben nach § 32 Abs. 4 PartG grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung.[88] Die Auflösung der Partei oder eines selbstständigen Teils und die von BVerfG festgesetzte Einziehung des Parteivermögens kann auch mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden.[89]

---

[84] BAG, Neue Juristische Wochenschrift 1959, S. 1243; vgl. auch Stern (Anm. 37), S. 215 m. w. N.

[85] Vgl. Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 140.

[86] BVerfGE 6, 132 (154).

[87] Vgl. BVerfGE 39, 334 (359); Stern (Anm. 37), S. 373. Ausführlich zur Problematik Hans Peter Bull, Der Beitrag des Bundesverfassungsgerichts zur Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, in: van Ooyen / Möllers (Hrsg.), Das Bundesverfassungsgericht im politischen System (Anm. 6), S. 449-461.

[88] Vgl. Brauns/Fehn (Anm. 17), S. 140.

[89] Vgl. Brauns/Fehn, ebd.

2.5 Bisherige Parteiverbotsverfahren in Deutschland

Bis 2009 sind Parteiverbotsanträge nach Art. 21 Abs. 2 GG gegen fünf Gruppierungen beim Bundesverfassungsgericht eingegangen. Der erste wurde von der Bundesregierung am 19. November 1951 gestellt und richtete sich gegen die rechtsextremistische „Sozialistische Reichspartei“ (SRP). Das Verfahren endete durch Urteil des Ersten Senats vom 23. Oktober 1952; die SRP wurde für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.[90]

Der zweite Verbotsantrag wurde ebenfalls von der Bundesregierung gestellt und ging schon drei Tage nach dem Verbotsantrag gegen die SRP beim BVerfG ein. Der Parteiverbotsantrag richtete sich gegen die linksextremistische „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD). Das Verfahren endete durch Urteil des Ersten Senats vom 17. August 1956; die KPD wurde für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.[91]

Der dritte Parteiverbotsantrag wurde vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg am 6. September 1993 beim BVerfG eingereicht. Er richtete sich gegen die rechtsextremistische Nationale Liste (NL). Das Verfahren endete durch Beschluss des Zweiten Senats vom 17. November 1994, indem das BVerfG den Antrag als unzulässig zurückwies, weil es der NL den Parteienstatus absprach.[92]

Der (verbundene) vierte Parteiverbotsantrag wurde von der Bundesregierung am 16. und vom Bundesrat am 28. September 1993 beim BVerfG eingereicht. Die im Verfahren verbundenen Anträge richteten sich gegen die rechtsextremistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP). Das Verfahren endete wie das gegen die NL durch Beschluss des Zweiten Senats vom

---

[90] BVerfGE 2, 1-79. Weitere Einzelheiten sind nachzulesen bei Brauns / Fehn (Anm. 17), S. 144-146.

[91] BVerfGE 5, 85 ff. Weitere Einzelheiten sind nachzulesen bei Brauns / Fehn (Anm. 17), S. 147-149.

[92] BVerfGE 91, 262 ff. (Parteibegriff I). Weitere Einzelheiten sind nachzulesen bei van Ooyen (Anm. 22), S. 333 ff. Die NL wurde am 24. Februar 1995 vom Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg als Verein, der sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, verboten und aufgelöst. Vgl. dazu van Ooyen (Anm. 22), S. 344, Fn. 82.

17. November 1994, indem die Anträge als unzulässig zurückgewiesen wurden.[93]

Der (verbundene) fünfte Parteiverbotsantrag wurde von der Bundesregierung am 30. Januar sowie vom Bundestag und Bundesrat am 30. März 2001 beim BVerfG eingereicht. Die im Verfahren verbundenen Anträge richteten sich gegen die rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD). Das Verfahren endete durch Einstellungsbeschluss des Zweiten Senats vom 18. März 2003.[94]

Letztlich sind damit nur zwei Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG bis zum Parteiverbot durchgeführt worden. Beide sind länger als 50 Jahre her. Es fragt sich deshalb, ob von der wehrhaften Demokratie beim BVerfG mehr Gebrauch gemacht wurde durch die Anwendung des Art. 18 GG.

3 Das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG

Schon in den Beratungen der Gremien des Parlamentarischen Rats wurde die Frage des Kampfs gegen die FdGO gesehen und auch in Verbindung mit Organisationen gebracht. Im Ausschuss für Grundsatzfragen sah der Abgeordnete Hans Wunderlich (SPD) bereits die Möglichkeit, dass sich Sekten gründen könnten, die gegen die FdGO kämpfen.[95] Dem stimmte auch der Abgeordnete Hermann von Mangoldt (CDU) zu, indem er auf eine neue Weltanschauung aufmerksam machte, „die sich religiös tarnt und aufgrund

---

[93] BVerfGE 91, 276 ff. (Parteibegriff II). Weitere Einzelheiten bei van Ooyen (Anm. 22), S. 333 ff. Die FAP wurde am 24. Februar 1995 vom Bundesminister des Innern als Verein, der sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, verboten und aufgelöst. Vgl. dazu van Ooyen (Anm. 22), S. 344.

[94] BVerfGE 107, 339 ff. Einzelheiten dazu bei Hans Peter Bull, einem der beiden Prozessbevollmächtigten der Bundesregierung in diesem Verfahren (Anm. 15), ab S. 197.

[95] Vgl. Ausschuß für Grundsatzfragen, 26. Sitzung vom 30.11.1948, in: Rupert Schick/Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.), Der Parlamentarische Rat 1948-1949, Bd. 5, Teilbde. I und II, Ausschuß für Grundsatzfragen, bearbeitet von Eberhard Pikart und Wolfram Werner, Boppard 1993, hier Bd. 5/II, S. 755.

dieser Tarnung nachher die Verfassung bekämpft“.[96] Als existierendes Beispiel wurde die rechtsextremistische „Ludendorff-Bewegung“ genannt, die heute (wieder) unter dem Namen „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ nach dem gescheiterten Vereinsverbotsverfahren von 1961 firmiert.[97]

Art. 18 GG sieht die Verwirkung von Grundrechten für solche Menschen vor, welche die in Art. 18 GG aufgeführten Grundrechte zum Kampf gegen die FdGO missbrauchen[98]. Damit zeigt er den Wechselbezug von Grundrechten und FdGO.[99] Von der Rechtssystematik her ist Art. 18 GG eine verfassungsunmittelbare Grundrechtsschranke[100], da die Vorschrift bezüglich des Tatbestandes („Kampf“ und „Missbrauch“) und der Rechtsfolge („Verwirkung“) eine zusätzliche Grundrechtseinschränkung beinhaltet. Ein Verfahren zur Grundrechtsverwirkung kommt deshalb nur in Gang, wenn die tatbestandlichen Voraussetzungen vorliegen.

3.1 Die Voraussetzungen des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung

Art. 18 GG enthält mehrere Tatbestandsmerkmale, die erfüllt sein müssen, damit es zur Verwirkung von Grundrechten überhaupt kommen kann. Dazu zählen im Einzelnen

- die „Adressaten“ der Grundrechtsverwirkung,
- der „Kampf“ gegen die FdGO sowie

---

[96] Vgl. Ausschuß für Grundsatzfragen, ebd.

[97] Vgl. dazu Sebastian Veelken, Das Verbot von Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften, Diss. Münster 1999, S. 28.

[98] Vgl. zum Abschnitt § 6 bei Gerrit Manssen, Staatsrecht II. Grundrechte, 4. Aufl., München 2005, Rdnr. 128 ff.; Möllers (Anm. 46), S. 237 ff.

[99] Vgl. Walter Krebs, in: von Münch/Kunig (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar (Anm. 31), Art. 18 Rdnr. 1. Zum verfassungshistorischen Hintergrund vgl. Michael Brenner, in: von Mangoldt/Klein/Starck (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz (Anm. 5), Art. 18 Rdnr. 1 ff.; Günter Dürig/Hans Hugo Klein, in: Maunz/Dürig u. a.: Grundgesetz, Loseblatt-Kommentar (Anm. 48), Art. 18 Rdnr. 1.

[100] Vgl. Kunze (Anm. 67), S. 187 m. w. N.

- der „Missbrauch“ der FdGO.

Darüber hinaus sind nur bestimmte Grundrechte verwirkbar. Diese Grundrechte werden in der Vorschrift konkret aufgeführt. Es sind

- die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG),
- die Lehrfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG),
- die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG),
- die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG),
- das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG),
- die Eigentumsfreiheit (Art. 14 GG) und
- das Asylrecht (Art. 16a GG).

Bei diesen Grundrechten ist erkennbar, dass vor allem Kommunikationsgrundrechte verwirkbar sind. Es sind genau die Grundrechte, mit denen andere Menschen beeinflussbar sind, und die damit eine „besondere *politische Wirkungsmächtigkeit* zu entfalten vermögen“[101]. Einerseits soll nicht durch Missbrauch der Eigentumsfreiheit der Kampf gegen die FdGO geführt werden.[102] Andererseits erleichtert der Verlust der Eigentumsfreiheit Eingriffe in das Eigentum Betroffener, sodass dies durchaus mit dem Vermögensentzug bei verbotenen Parteien und Vereinigungen vergleichbar erscheint. Die Verwirkung des Asylrechts soll verhindern, dass Ausländerinnen oder Ausländer unter seinem Schutz gegen die FdGO kämpfen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass mit der Verwirkung des Asylrechts nicht automatisch die Auslieferung an den Verfolgerstaat verbunden ist.[103] Die Aufzählung der Grundrechte, die verwirkt werden können, ist abschlie-

---

[101] Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 36 (Hervorhebung im Original).

[102] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 37; Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 7, der als Beispiel die künstliche Verknappung lebensnotwendiger Güter oder eine anderweitige Förderung wirtschaftlicher Krisensituationen nennt, was angesichts der Finanzkrise durchaus nachvollziehbar ist.

[103] Vgl. Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 20.

ßend.[104] Damit steht fest, dass die Grundrechte aus Art. 4 und 140 GG, welche die Weltanschauungs- und Religionsfreiheiten schützen, nicht verwirkt werden können.[105]

Aus den verschiedenen Grundrechten ergibt sich bereits, dass die Grundrechtsverwirkung auf unterschiedliche Adressaten zielt.

3.1.1 Die „Adressaten" der Grundrechtsverwirkung

In Bezug auf natürliche Personen ist zunächst festzustellen, dass die Versammlungsfreiheit nach Art. 8 Abs. 1 GG und die Vereinigungsfreiheit nach Art. 9 Abs. 1 GG nur Deutschen i. S. d. Art. 116 Abs. 1 GG zustehen. Daher können Ausländer/innen und Staatenlose diese Grundrechte nicht verwirken. Umgekehrt steht das Asylrecht nach Art. 16a Abs. 1 GG nur Nichtdeutschen zu, sodass eine Grundrechtsverwirkung des Asylrechts für Deutsche nicht möglich ist. Eine Verwirkung des Art. 16a Abs. 1 GG kommt darüber hinaus nur für Inhaber des Asylgrundrechts zu, also grundsätzlich nur für solche Personen, die weder aus einem sicheren Drittstaat i. S. v. Art. 16a Abs. 2 GG noch aus einem sicheren Herkunftsstaat i. S. d. Art. 16a Abs. 3 GG kommen.[106] Tatbestandlich entscheidend für eine Grundrechtsverwirkung ist auch, dass die Asylrechtsinhaber sich gegen die Verfassungsordnung Deutschlands wenden; sind ihre freiheitsfeindlichen Bestrebungen gegen ihr Heimatland gerichtet, etwa weil sie dort einen Gottesstaat nach islamistischer Weltanschauung errichten wollen, dann kommt Art. 18 GG bereits tatbestandlich nicht in Betracht.[107]

Abgesehen von Art. 16a GG, das ein höchstpersönliches Recht ist, kann die Grundrechtsverwirkung grundsätzlich nach Art. 19 Abs. 3 GG auch inländische juristische Personen treffen, da die anderen aufgezählten Grundrechte ihrem Wesen nach auf Personengruppen anwendbar sind. Allerdings sind

---

[104] Vgl. Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 7; Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 29; Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 41.

[105] Zum Hintergrund vgl. Veelken (Anm. 97), S. 110 f.; 172.

[106] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 39 f.

[107] Dürig / Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 26; Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 6.

Art. 9 Abs. 2 GG und Art. 21 Abs. 2 GG die spezielleren Gesetze, sodass Vereins- und Parteiverbote danach geregelt werden und Art. 18 GG dahinter zurücktritt.[108]

Der jeweilige Adressat der Grundrechtsverwirkung muss sich gegen die Freiheitlich demokratische Grundordnung (FdGO) wenden, da sie Schutzgut von Art. 18 GG ist.[109] Für die Begriffsbestimmung der FdGO gilt das oben Ausgeführte (Kap. 2.2.2) entsprechend.[110]

3.1.2 Der „Kampf" gegen die FdGO

Für das Tatbestandsmerkmal des „Kampfes" geht das Bundesverfassungsgericht von einem aktiv-kämpferischen, aggressiven Handeln aus, das konkret auf die Beseitigung der FdGO abzielt.[111] Es ist daher auf die Gefährlichkeit des Adressaten abzustellen, ein bloßes Kräftemessen im Rahmen demokratischer Spielregeln reicht nicht aus.[112] Dabei stellt das BVerfG auf den Zeitpunkt des Verwirkungsverfahrens ab. Denn zeigt der Antragsgegner während des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung die Gefährlichkeit, „so ist in aller Regel anzunehmen, daß von dem Antragsgegner auch in Zukunft eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgehen wird".[113]

Mit dem Begriff „Kampf" ist nicht zwingend die Anwendung von Gewalt im Sinne des „Gewaltbegriffs" der Nötigung nach § 240 StGB[114] verbunden.

---

[108] Vgl. Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 6; Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 25. Zum Verhältnis der Grundrechtsverwirkung zu Art. 9 Abs. 2 und 21 Abs. 2 GG sowie zu entsprechenden Bestimmungen in Landesverfassungen und zum strafrechtlichen Staatsschutz vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 70-94.

[109] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 27.

[110] Zur Deckungsgleichheit u. a. mit Art. 21 Abs. 2 GG vgl. Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 56.

[111] BVerfGE 38, 23 (24) unter Berufung auf BVerfGE 11, 282 f.

[112] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 30.

[113] BVerfGE 38, 23 (24 f.).

[114] Vgl. dazu „Die Auslegung des Gewaltbegriffs bei BVerfG und BGH" bei Martin H.

Vielmehr kann es auch ein „geistiger Kampf“ sein, da ja Art. 18 GG vor allem auf die kommunikativen Grundrechte abstellt.[115] Dabei kommt es aber auf die „aggressiv-kämpferischen Methoden und die kompromisslose Zielverfolgung“, nicht jedoch auf das „Resultat eines konkreten Erfolges oder gar Schadens“ an.[116] In Anlehnung an die Entscheidung des BVerfG zum Parteiverbot wird auch eine „gewisse Planhaftigkeit der verfassungsfeindlichen Bestrebungen“ vorausgesetzt.[117] Schließlich muss der Einzelne auch vorsätzlich handeln, wobei ein „natürlicher Vorsatz“ ausreicht. Ein schuldhaftes Verhalten im strafrechtlichen Sinne ist nicht erforderlich, sodass die betroffene Person auch nicht zurechnungsfähig sein muss.[118] Das ergibt sich schon daraus, dass man ansonsten einen politischen Fanatiker immer dann gewähren lassen müsste, wenn er nicht zurechnungsfähig ist.

3.1.3 Der „Missbrauch“ der FdGO

Beim „Missbrauch“ handelt es sich nach allgemeiner Auffassung nicht um ein eigenständiges Tatbestandsmerkmal.[119] Vielmehr steht der „Missbrauch“ im Zusammenhang mit dem „Kampf“. „Der Grundrechtsgebrauch zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ist der Tatbestand, an den sich die Rechtsfolge knüpft. Es ist deshalb eigentlich überflüssig, wenn der Gesetzgeber durch das Wort „Mißbrauch“ bereits in den Tatbestand das Unwerturteil einbaut“[120].

W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen, Bürgerfreiheit, Menschenrechte und Staatsräson – ausgewählte Grundrecht-Rechtsprechung im Bereich „Innere Sicherheit“, in: van Ooyen/Möllers (Hrsg.), Das Bundesverfassungsgericht im politischen System (Anm. 6), S. 367-389, hier S. 376-378.

[115] So Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 31.

[116] Brenner (Anm. 99), ebd.

[117] BVerfGE 5, 85 (141); vgl. auch Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 31; vgl. auch Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 9; Dürig / Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 54.

[118] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 33; Dürig / Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 45 f.

[119] Vgl. Dürig / Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 44; Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 32.

[120] Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 44 (Hervorhebungen im Original).

Allerdings ergibt sich aus dem Begriff „Missbrauch“, dass tatbestandlich ein Unterlassen, also der Nichtgebrauch von Grundrechten für Art. 18 GG nicht infrage kommt. Da das Bundesverfassungsgericht das Entscheidungsmonopol für die Grundrechtsverwirkung hat, ist im BVerfGG im Einzelnen der Ablauf des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung festgeschrieben.

3.2 Der Ablauf des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung

Das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung ist dem Verfahren zum Parteienverbot nachgebildet und wird in den §§ 36-41 BVerfGG geregelt. Aus § 36 ergibt sich, dass der Antrag auf Entscheidung nach Art. 18 Satz 2 GG ausschließlich nur vom Bundestag, von der Bundesregierung oder von einer Landesregierung gestellt werden kann[121] und es in ihrem Ermessen liegt, ob sie ihn stellen wollen oder nicht.[122] Handelt es sich bei der im Verwirkungsantrag betroffenen Person um einen Bundestagsabgeordneten, ist zu beachten, dass für die Einleitung des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 46 Abs. 3 GG die Genehmigung des Bundestags einzuholen ist. Der Bundestag kann nach Art. 46 Abs. 4 GG außerdem verlangen, dass das Verfahren ausgesetzt wird. Beide Vorschriften werden nach Art. 60 Abs. 4 GG entsprechend angewendet, wenn das Verfahren sich gegen den Bundespräsidenten richten würde.[123]

Nach Eingang des Verwirkungsantrags gibt das BVerfG dem Antragsgegner nach § 37 BVerfGG Gelegenheit zur Äußerung binnen einer vom Gericht zu bestimmenden Frist, wobei der Antragsgegner keinen Gebrauch davon machen muss. Nach Ablauf der Frist beschließt das Gericht dann, ob der Antrag als unzulässig oder als nicht hinreichend begründet zurückgewiesen wird oder ob die Verhandlung durchzuführen ist. Nach Eingang des Verwirkungsantrags kann das BVerfG aber auch Beschlagnahmen oder Durchsuchungen nach den Vorschriften der StPO anordnen (§ 38 Abs. 1). Außerdem kann das BVerfG nach eigenem Ermessen eine Voruntersuchung fest-

---

[121] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 60.

[122] Vgl. Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 13.

[123] Vgl. Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 6.

setzen (Abs. 2), die dann aus Gründen der Objektivität einem Richter übertragen wird, der nicht dem zur Entscheidung in der Hauptsache zuständigen Zweiten Senat angehört[124].

Nach § 25 Abs. 1 BVerfGG entscheidet das Gericht im Regelfall aufgrund mündlicher Verhandlung, es sei denn, dass alle Beteiligten ausdrücklich auf sie verzichten.[125] Soll es zu einer für den Antragsgegner nachteiligen Entscheidung kommen, bedarf sie nach § 15 Abs. 4 Satz 1 BVerfGG – wie bei Parteiverbotsverfahren – einer Mehrheit von zwei Dritteln der acht Senatsmitglieder. Eine „Sperrminorität" beginnt damit bei drei Richterstimmen.[126] Das gilt auch für Teil- und Zwischenentscheidungen nach § 25 Abs. 3 BVerfGG. Insofern ist bereits die Ablehnung eines Antrags auf Einstellung des Verfahrens eine für den Antragsgegner nachteilige Entscheidung, für die sechs Senatsmitglieder votieren müssen. Ansonsten liegt in diesen Fällen aus rechtsstaatlichen Gründen „ein nicht behebbares Verfahrenshindernis" vor, sodass das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung eingestellt würde.[127]

Theoretisch sieht § 32 BVerfGG sogar eine einstweilige Anordnung vor, in der das BVerfG einem Antragsgegner einzelne Grundrechte vorläufig bis zum Abschluss des Hauptsacheverfahrens entziehen kann[128], wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund zum gemeinen Wohl dringend geboten ist (Abs. 1). Ebenso wie im Hauptsacheverfahren muss auch beim vorläufigen Verfahren der Verwirkung durch das Bundesverfassungsgericht als Rechtsfolge das Ausmaß der Grundrechtsverwirkung bestimmt werden.

---

[124] Vgl. dazu Lechner/Zuck (Anm. 63), § 38 Rdnr. 3. Die Zuständigkeit des Zweiten Senats ergibt sich aus § 14 Abs. 3 i. V. m. § 13 Nr. 1 BVerfGG.

[125] Entscheidungen auf Grund mündlicher Verhandlung ergehen als Urteil, Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung als Beschluss (§ 25 Abs. 2 BVerfGG).

[126] BVerfGE 107, 339 (356 f.). Vgl. auch Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 61.

[127] Vgl. die entsprechende Regelung für Parteiverbotsverfahren bei BVerfGE 107, 339 (356), auf die auch Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 61 zurückgreift.

[128] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 62.

3.3 Die Rechtsfolgen eines Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung

Rechtsfolgen eines Grundrechtsverwirkungsverfahrens sind die Feststellung der Verwirkung sowie die Bestimmung, welches Ausmaß sie haben soll. Denn erweist sich der Antrag als begründet, so stellt das Bundesverfassungsgericht nach § 39 Abs. 1 Satz 1 BVerfGG fest, welche Grundrechte der Antragsgegner verwirkt hat. Diese Feststellung wirkt konstitutiv. Die Aberkennung gilt erst ab Zeitpunkt der Entscheidung.[129]

Das Ausmaß der Verwirkung bezieht sich einerseits auf die Auswahl der verwirkten Grundrechte, die in Art. 18 GG ausgeführt sind, und bestimmt sich nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip. Ob im Sinne der sog. „Identitätstheorie“ eine Identität von missbrauchten und verwirkten Grundrechten anzunehmen ist[130], oder ob auch andere nicht missbrauchte Grundrechte, die in Art. 18 GG aufgezählt sind, verwirkt werden können,[131] ist umstritten. Die Identität ist der Norm selbst jedenfalls nicht zu entnehmen; im Gegenteil, der Wortlaut sagt aus, dass „diese“ Grundrechte verwirkt werden. Maßstab muss auch der Sinn und Zweck von Art. 18 GG sein, der darauf ausgerichtet ist, den Kampf gegen die FdGO zu beenden. Theoretisch wäre denkbar, dass jemand nur auf Basis der Pressefreiheit nach Art. 5 Abs. 1 Satz 2, 1. Alt. GG die FdGO missbraucht und dann – wenn er aus „identitätstheoretischen“ Gründen auch nur diese verwirken würde – sich z. B. der Versammlungsfreiheit nach Art. 8 Abs. 1 GG zuwendet und so nach und nach die entsprechenden Grundrechte „abarbeitet“.[132] Die Ausweitung auf andere, nicht missbrauchte Grundrechte wird ohnehin durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip begrenzt, das sich auch in den weiteren Vorschriften des § 39 Abs. 1 BVerfGG widerspiegelt. Das Gericht kann nämlich die Ver-

---

[129] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 63.

[130] Vgl. dazu Ernst Benda/Eckart Klein, Verfassungsprozeßrecht. Ein Lehr- und Handbuch, 2. Aufl., Heidelberg 2001, § 31 Rdnr. 1151.

[131] Vgl. Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 16.

[132] Brenner spricht in diesem Zusammenhang von einem „Katz-und-Maus-Spiel“ zwischen Verfassungsfeind, Antragsteller und Bundesverfassungsgericht: Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 48.

wirkung auf einen bestimmten Zeitraum, mindestens auf ein Jahr, befristen und dem Antragsgegner auch nach Art und Dauer genau bezeichnete Beschränkungen auferlegen, soweit sie nicht andere als die verwirkten Grundrechte beeinträchtigen. Insoweit bedürfen die Verwaltungsbehörden zum Einschreiten gegen den Antragsgegner keiner weiteren gesetzlichen Grundlage.

Als weitere Rechtsfolge kann das BVerfG dem Antragsgegner nach § 39 Abs. 2, 1. Halbs. BVerfGG auf die Dauer der Verwirkung der Grundrechte das Wahlrecht und die Wählbarkeit anordnen. Diese Rechtsfolgen sind unmittelbar aus Art. 18 GG aber nicht entnehmbar, denn das aktive und passive Wahlrecht ist als grundrechtsgleiches Recht in Art. 38 GG verankert, der wiederum nicht in Art. 18 GG aufgeführt ist. Daher wird teilweise die Auffassung vertreten, dass diese Rechtsfolgen verfassungswidrig seien.[133] Hier muss man jedoch auf Art. 38 Abs. 3 GG abstellen, der den Gesetzesvorbehalt beinhaltet, auf den schließlich diese Regelungen des § 39 Abs. 2, 1. Halbsatz BVerfGG zurückzuführen sind.[134]

Darüber hinaus besteht nach § 39 Abs. 2, 2. Halbsatz BVerfGG für das Gericht die Möglichkeit, dem Antragsgegner die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abzuerkennen. Diese Möglichkeit muss als notwendige Nebenfolge des BVerfG gesehen werden, da es um die „Entpolitisierung" des Verfassungsfeindes geht.[135] Durch die Grundrechtsverwirkung muss daher die Berufsfreiheit im Umfang des verwirkten Grundrechts zurücktreten, wenn die Bekleidung öffentlicher Ämter eine berufsmäßige Grundrechtsausübung darstellt.[136] Das stellt auch das BVerfG fest.[137] Daher ist die Möglichkeit der

---

[133] So z. B. Krebs (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 17 sowie Benda/Klein (Anm. 130), § 31 Rdnr. 1154.

[134] So auch Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 67 und Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 32, die dies als notwendige Nebenfolge sehen.

[135] So Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 32.

[136] Vgl. Hans Copic, Berufsverbot und Pressefreiheit, Anmerkung zu: BGH, Urteil vom 19.01.1962 – 3 StR 43/61 – (= BGHSt 17, 38), in: Juristenzeitung 1963, S. 494-500, hier S. 500.

[137] BVerfGE 25, 88 (97).

Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verfassungsgemäß.[138] Schließlich besteht nach § 39 Abs. 2, 3. Halbs. BVerfGG für das BVerfG bei juristischen Personen auch noch die Möglichkeit, diese aufzulösen. Auch dies lässt sich unmittelbar aus Art. 18 GG nicht entnehmen. Allerdings räumt Art. 93 Abs. 3 GG[139] dem Bundesgesetzgeber das Recht ein, dem BVerfG weitere Kompetenzen zu übertragen. Da das Gericht schon nach der Verfassung das Recht hat, Parteien aufzulösen, sind die Grenzen der Ermächtigung nach Art. 93 Abs. 3 GG wohl nicht überschritten, wenn schon die Feststellung einer Ersatzorganisation einer verbotenen Partei nach § 33 Abs. 2 PartG sich aus Art. 93 Abs. 3 GG herleitet.[140]

Eine weitere Rechtsfolge ist, dass die Entscheidung des BVerfG einfachgesetzliche Befugnisnormen quasi als Eingriffsgrundlage ersetzt und dadurch der Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes nach Art. 20 Abs. 3 GG durchbrochen wird. Dies stellt nach überwiegender Meinung eine verfassungsrechtliche Sonderregelung für den Fall der Grundrechtsverwirkung dar.[141] Außerdem werden auch die von den Landesverfassungen aufgestellten Grundrechte verdrängt, soweit sie mit dem (Bundes-)Grundrecht im Grundgesetz deckungsgleich sind.[142] Schließlich ist auch noch festzuhalten, dass die Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG keine Schranke für strafrechtliche Sanktionen bildet, sodass auch Geld- und Freiheitsstrafen neben einer Grundrechtsverwirkung verhängt werden können und auch ein strafgerichtliches Berufsverbot bei Staatsgefährdungsdelikten nach § 70 StGB möglich ist.[143] Insbesondere im Präventionsbereich stellt Art. 18 GG keine

---

[138] Im Ergebnis so Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 67 und Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 33.

[139] Bis zu der am 1. September 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform war es Abs. 2; vgl. Christian Starck (Hrsg.), Föderalismusreform, Einführung, München 2007.

[140] Vgl. Andreas Voßkuhle, in: von Mangoldt/Klein/Starck (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz (Anm. 5), Art. 93 Abs. 2 Rdnr. 204 f. m. w. N.

[141] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 69; Dürig/Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 106.

[142] Vgl. Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 80 ff. m. w. N.

[143] Vgl. BVerfGE 25, 88 (100). Zustimmend Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 89.

Alleinzuständigkeit des BVerfG dar. Denn „...; neben strafrechtlichen will Art. 18 auch polizei- und sicherheitsrechtliche Maßnahmen gegen verfassungsfeindliche Handlungen und daraus resultierende konkrete Gefahren nicht ausschließen. Der Schutz der Verfassung durch Verhütung oder Unterbindung verfassungsfeindlichen Verhaltens ist daher auch durch Inanspruchnahme polizeirechtlicher Befugnisse möglich, zumal die polizeiliche Maßnahme auf Verhütung oder Unterbindung von verfassungsfeindlichen Handlungen gerichtet ist, die Verwirkung hingegen auf die Entpolitisierung des Verfassungsfeindes.“[144]

Das ergibt sich schon aus Gründen der Praktikabilität, da der Polizei nicht in jedem Fall bekannt sein kann, welche Person welche Grundrechte verwirkt hat.

Da die bisherigen Verfahren zur Grundrechtsverwirkung vor dem BVerfG ausnahmslos zugunsten der Antragsgegner ausgegangen sind, ist als letzte Rechtsfolge noch zu ergänzen, dass dann, wenn sich der Antrag auf Verwirkung der Grundrechte nach § 13 Nr. 1 BVerfGG als unbegründet erweist, dem Antragsgegner nach § 34a BVerfGG die notwendigen Auslagen einschließlich der Kosten der Verteidigung zu ersetzen sind. Dieser Umstand könnte mit ein Grund sein, dass es bisher nur wenige Verfahren zur Grundrechtsverwirkung gegeben hat.

3.4 Bisherige Verfahren zur Grundrechtsverwirkung

Bis 2009 sind insgesamt fünf Anträge auf Grundrechtsverwirkung gegen vier natürliche und eine juristische Person beim BVerfG eingegangen. Sie wurden zum Teil verbunden, sodass es drei Verfahren gegeben hat. Alle Anträge wurden von der Bundesregierung gestellt und betrafen ausschließlich rechtsextremistische Personen.

Die Bundesregierung stellte am 28. April 1952 – am 19. November 1951 hatte sie bereits gegen die rechtsextremistische SRP ein Parteiverbotsverfahren beantragt (s. o., Kap. 2.5) – beim BVerfG den Antrag, dem

[144] Brenner (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 91 (Hervorhebungen im Original).

Zweiten Vorsitzenden der SRP, Otto Ernst Remer[145], die Freiheit der Meinungsäußerung (Art. 5 Abs. 1 GG) sowie die Versammlungs- (Art. 8 GG) und Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) für eine vom Gericht festzusetzende Dauer zu entziehen und ihm auch das Wahlrecht und die Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Ämter für diese Zeit abzuerkennen.[146] Zur Begründung wurde angegeben, dass der Antragsgegner in zahlreichen Propagandareden die genannten Grundrechte zum Kampf gegen die FdGO missbraucht habe. Das BVerfG wies den Antrag der Bundesregierung mit Beschluss vom 25. Juli 1960 zurück. Die Begründung, die erst nach dem am 23. Oktober 1952 ausgesprochenen Parteiverbot der SRP erfolgte, stützt sich im Wesentlichen darauf festzustellen, dass der Antragsgegner nach der Auflösung der SRP sich aus dem politischen Leben völlig zurückgezogen habe und seit der Einleitung des Grundrechtsverwirkungsverfahrens keine Tatsachen bekannt geworden seien[147], die auf eine Fortsetzung von Remers staatsfeindlichen politischen Aktivitäten rückschließen ließen.[148]

Das zweite Verfahren auf Grundrechtsverwirkung erfolgte, als die Bundesregierung am 20. März 1969 einerseits gegen die Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH und andererseits gegen deren alleinigen Gesellschafter und Chefredakteur Dr. Gerhard Frey, der zugleich Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ war, Verwirkungsanträge stellte. Beantragt wurden einerseits die Auflösung der GmbH sowie andererseits, ihrem Gesellschafter die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit

---

[145] Remer war maßgeblich an der Niederschlagung des Putsches gegen Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt; vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1993, Bonn 1994, S. 115.

[146] BVerfGE 11, 282 (282 ff.).

[147] Ab Juni 1991 (bis Mitte 1993) erschien die von Remer herausgegebene Publikation „Remer Depesche“, in der der Holocaust geleugnet und antisemitische Agitation betrieben wurde. Remer wurde deswegen mehrfach bestraft; 1992 verurteilte ihn das Landgericht Schweinfurt u. a. wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten ohne Bewährung. Daraufhin floh Remer nach Spanien. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1993, Bonn 1994, S. 115.

[148] Vgl. dazu Kunze (Anm. 67), S. 188.

(Art. 5 Abs. 1 GG) zu entziehen und ihm auch das Wahlrecht und die Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Ämter für die Zeit der Grundrechtsverwirkung abzuerkennen.[149] Begründet wurde der verbundene Grundrechtsverwirkungsantrag vor allem damit, dass die Antragsgegner seit langem durch nationalistische, antisemitische und rassistische Veröffentlichungen im In- und Ausland erhebliches Aufsehen erregt und ihre Grundrechte durch die Missachtung des Gedankens der Völkerverständigung, durch den Versuch der Wiederbelebung des Antisemitismus und durch Diffamierung und Bekämpfung der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland missbraucht haben. Das BVerfG wies durch Beschluss vom 2. Juli 1974 den Antrag der Bundesregierung mit der Begründung zurück, dass die Antragstellerin es weder dargetan noch es offensichtlich sei, dass eine von den Antragsgegnern aktuelle Gefahr für die FdGO ausgehe.[150]

Das dritte Verfahren auf Grundrechtsverwirkung richtete sich gegen Neonazis. Der eine, Thomas Dienel, wurde im damals aktuellen Verfassungsschutzbericht von 1992 als Gründer, Vorsitzender und Propagandist der neonazistischen „Deutsch Nationalen Partei“ benannt.[151] Der andere, Heinz Reisz, war Funktionär in der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP[152]) und wurde später Vorsitzender der neonazistischen Landesorganisation „Deutsches Hessen“ (DH) mit Sitz in Langen. In seinen Funktionen war Reisz aggressiv antisemitisch und ausländerfeindlich. „Er forderte mehrfach die Abschaffung des ‚Bonner Systems‘ und sowie die Gründung eines ‚Vierten Reiches‘“.[153]

Die Bundesregierung mit Innenminister Rudolf Seiters stellte die Anträge gegen Dienel und Reisz am 9. Dezember 1992.[154] Beantragt wurde die

---

[149]BVerfGE 38, 23 (23 ff.).

[150]Vgl. dazu Kunze (Anm. 67), S. 188 f.

[151]Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1992, Bonn 1993, S. 102.

[152]Vgl. dazu das Parteiverbotsverfahren gegen die FAP ab S. 106 sowie BVerfGE 91, 276 ff. und van Ooyen (Anm. 22), S. 341-345.

[153]Kunze (Anm. 67), S. 189, Fn. 556.

[154]Zum Verfahren vgl. Hermann Butzer/Marion Clever, Grundrechtsverwirkung nach

Verwirkung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung, der Pressefreiheit sowie der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Außerdem sollte den beiden Neonazis die Wählbarkeit aberkannt werden. Zur Begründung führte die Bundesregierung im Wesentlichen aus, beide hätten den Boden für extremistische Gewalttaten bereitet mit ihren aggressiv ausländerfeindlichen, antisemitischen und gegen die FdGO gerichteten Agitationen.[155] Das BVerfG verwarf einstimmig die Anträge der Bundesregierung nach § 24 Satz 1 BVerfGG. Da nach Satz 2 der Beschluss keiner weiteren Begründung bedarf, wenn der Antragsteller vorher auf die Bedenken gegen die Zulässigkeit oder Begründetheit seines Antrags hingewiesen worden ist, fehlte auch diese. Ausgangspunkt für die Zurückweisung der Anträge des BVerfG waren vor allem die Urteilsbegründungen der Strafgerichte, die gegen die beiden Rechtsextremisten wegen ihrer Handlungen Freiheitsstrafen verhängten. Diese Freiheitsstrafen wurden nämlich jeweils zur Bewährung ausgesetzt, weil die Gerichte in ihren Strafzumessungsprognosen davon ausgingen, dass die Angeklagten ihre rechtsextremistische Gesinnung in der Zukunft nicht mehr kämpferisch vertreten und sich daher nicht mehr in der bisherigen Weise strafbar machen würden.[156] Diese Prognosen machte sich auch das BVerfG dergestalt zu eigen, dass es unterstellte, von den Antragsgegnern würde in der Zukunft keine Gefahr mehr für die FdGO ausgehen. Daher sah das BVerfG sich veranlasst, die Grundrechtsverwirkungsanträge als offensichtlich unbegründet zu verwerfen.[157]

Damit sind alle Anträge auf Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG, die seit Bestehen des Grundgesetzes an das Bundesverfassungsgericht gestellt wurden, verworfen worden.

Art. 18 GG: Doch eine Waffe gegen politische Extremisten?, in: Die Öffentliche Verwaltung 1994, S. 637-643.

[155] BVerfG, Antrag gegen Dienel, 2 BvA 1/92; Antrag gegen Reisz, 2 BvA 2/92.

[156] Vgl. Kunze (Anm. 67), S. 189 f.

[157] Vgl. ebd., S. 190.

4 Schlusswort und Zusammenfassung

Betrachtet man die Instrumente der wehrhaften Demokratie in ihrer praktischen Bewährung, lässt sich feststellen, dass die Verfahren, für die das Bundesverfassungsgericht das Entscheidungsmonopol hat, zumindest zahlenmäßig nahezu bedeutungslos sind. Denn alle Anträge nach Art. 21 Abs. 2 GG und nach Art. 18 GG sind in den letzten fünfzig Jahren ohne Erfolg geblieben. Lediglich in den 1950er Jahren wurden zwei Parteien verboten. Dagegen gehen die Verfahren zum Verbot von Vereinigungen nach Art. 9 Abs. 2 GG, für die allein die Exekutive zuständig ist, in die Hunderte, wenn die Verbote auf Länderebene zu den knapp 100 auf Bundesebene (seit 1964 genau 99, darunter 98 gegen rechtsextremistische und ausländerextremistische) hinzugerechnet werden.[158] Damit scheint die wehrhafte Demokratie vor allem in den Händen der Exekutive und nicht beim Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ zu liegen.

Wir leben in Zeiten des internationalen Terrorismus, in denen auch Anschläge in den Vereinigten Staaten und in Europa verübt wurden. Der Terrorismus bedroht mit versuchten Kofferbombenanschlägen Deutschland, sodass in der Gesellschaft der „Ruf“ nach mehr Sicherheit und „wehrhafter Demokratie“ laut wird. Dieser in der Gesellschaft diskutierten Abwägung von mehr „Freiheit“ oder (noch) mehr „Sicherheit“ kann sich die Wissenschaft nicht verschließen[159].

Das subjektive Sicherheitsempfinden beeinflusst die akademische Argumentationsweise nicht erst heute und bewegt das „Begründungspendel“ gerade seit dem 11. September 2001 immer weiter auf den Pol „Sicherheit“[160],

---

[158] Zahlen nach BMI (Hrsg.), Vereinsverbote, www.bmi.bund.de/cln_144/DE/Themen/Sicherheit/Extremismus/Vereinsverbote/vereinsverbote.html (gelesen am: 23. April 2009); das Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)“ vom 31. März 2009 kommt somit hinzu.

[159] Zum Thema vgl. z. B.: Erhard Denninger, Fünf Thesen zur »Sicherheitsarchitektur«, insbesondere nach dem 11. September 2001, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/03, Frankfurt/M 2003, S. 253-264.

[160] So in seiner zweiten These Winfried Hassemer, Zum Spannungsverhältnis von Frei-

sodass bereits die über Jahre andauernden Verfahren gegen extremistische Verfassungsfeinde, die vor das BVerfG gebracht werden müssen, kritisiert wurden.[161] Ende der 1970er Jahre – zur Hochzeit des RAF-Terrorismus – sah das BVerfG die „Sicherheit des Staates als verfasster Friedens- und Ordnungsmacht und die von ihm zu gewährleistende Sicherheit seiner Bevölkerung“ als „Verfassungswerte, die mit anderen im gleichen Rang stehen und unverzichtbar sind, weil die Institution Staat von ihnen die eigentliche und letzte Rechtfertigung herleitet.“[162]

Und in den 1980er Jahren wurde im Zusammenhang mit Linksterrorismus und organisierter Kriminalität von einem „Grundrecht auf Sicherheit“ gesprochen[163], das in Wettstreit mit den Freiheitsrechten tritt[164]. Tatsächlich gibt es aber kein solches abstraktes Grundrecht auf Sicherheit, das vorbeugende Eingriffe bei jedermann rechtfertigen könnte.[165] Vielmehr hat sich in der Rechtsgeschichte als größere Gefahr die Sicherheit vor der Staatsmacht erwiesen, sodass vor allem Verfassungsgrenzen für staatliche Zugriffs-

---

heit und Sicherheit – Drei Thesen, in: Vorgänge, 41(2002), Nr. 159, S. 10 f.

[161] Vgl. Dürig / Klein (Anm. 99), Art. 18 Rdnr. 3 und Rdnr. 3, Fn. 10.

[162] BVerfGE 49, 24 (56 f.) unter Bezugnahme auf BVerwGE 49, 202 (209).

[163] 1982 forderte Josef Isensee ein solches Grundrecht in einem vor der Berliner Juristischen Gesellschaft am 24. November 1982 gehalten Vortrag, den er in einer erweiterten Fassung veröffentlichte: „Das Grundrecht auf Sicherheit. Zu den Schutzpflichten des freiheitlichen Verfassungsstaates“, Berlin 1983. Gerhard Robbers propagierte das „Grundrecht auf Sicherheit“ in seinem Beitrag „Sicherheit als Menschenrecht. Aspekte der Geschichte, Begründung und Wirkung einer Grundrechtsfunktion“, Baden-Baden 1987.

[164] So zumindest die Argumentation der Gegner eines „Grundrechts auf Sicherheit“, z. B. Erhard Denninger, Der gebändigte Leviathan, Baden-Baden 1990, S. 33, 47, 377; Michael Kniesel, »Innere Sicherheit« und Grundgesetz. In: ZRP 1996, S. 482-489; Christoph Gusy, Polizeirecht, 5. Aufl., Tübingen 2003, Rdnr. 74.

[165] Vgl. Erhard Denninger, Das Recht auf informelle Selbstbestimmung und Innere Sicherheit. Folgerungen aus dem Volkszählungsgesetzurteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Kritische Justiz 1985, 215-244 sowie Hans Lisken, Rechtsschutz, in: Hans Lisken/Erhard Denninger (Hrsg.), Handbuch des Polizeirechts, 3. Aufl., München 2001, K Rdnr. 79 m. w. N.

befugnisse notwendig sind.[166] Das haben auch die jüngeren Entscheidungen des BVerfG zum „Lauschangriff“[167], zu Online-Durchsuchungen privater Computer,[168] zur automatisierten Erfassung von Kfz-Kennzeichen[169], zur Vorratsspeicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten[170] oder zum „neuen“ Versammlungsgesetz Bayerns[171] gezeigt.[172]

Daher muss anerkannt werden, dass das Monopol des BVerfG für Fälle des Art. 21 Abs. 2 GG und Art. 18 GG den Bürger letztlich auch schützt und in diesem Sinne als „wehrhafte Demokratie“ zu verstehen ist.

---

[166] Vgl. BVerfGE 1, 14 (36); 6, 55 (83); 7, 198 (204); 21, 362 (369); 39, 1 (41); 50, 290 (327 ff.); vgl. auch Lisken (Anm. 165), K Rdnr. 79 m. w. N. in Fn. 123.

[167] Urteil vom 3. März 2004 (1 BvR 2378/98).

[168] Urteil vom 27. Februar 2008 (1 BvR 370/07).

[169] Urteil vom 11. März 2008 (1 BvR 2074/05 und 1254/07).

[170] Beschluss vom 11. März 2008 (1 BvR 256/08).

[171] Beschluss vom 17. Februar 2009 (1 BvR 2492/08).

[172] Vgl. zu den Entscheidungen des BVerfG: Martin H. W. Möllers, Die Diskussion um die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum „Großen Lauschangriff“, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/05, Frankfurt a.M. 2005, S. 51 ff.; Hans Peter Bull: Meilensteine auf dem Weg des Rechtsstaats. Die neuen Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Datenschutz im Bereich der inneren Sicherheit, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/09, Frankfurt a.M. 2009, 317-331; Martin Kutscha: Demonstrationsfreiheit nach Landesherrenart? – Neue Versammlungsgesetzgebung der Bundesländer, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/09, Frankfurt a.M. 2009, 345-353.

Die Erosion der Skinhead-Bewegung als eigenständiger Subkultur

Eine Analyse des Wandels elementarer Stilmerkmale

Christian Menhorn

1. Einleitung und Fragestellung

„Sieht man sich die Größe des Skinhead-Kultes heute an, so kann es keinen Zweifel daran geben, daß er auch im 21. Jahrhundert quicklebendig sein wird. ... Es gab nie einen Jugendkult, der an uns heranreichte. Und es wird auch nie einen geben, solange sich Skinheads an ihre Traditionen erinnern und sie an die nächste Generation weitergeben.“[1]

Diese Prognose des Publizisten George Marshall, einem der wichtigsten Chronisten der Skinhead-Bewegung, aus dem Jahr 1993 ist mittlerweile eineinhalb Jahrzehnte alt. Zum Zeitpunkt seiner Aussage befand sich die Skinhead-Bewegung fast 25 Jahre nach ihrem Entstehen auf ihrem Zenit – und dies weltweit. Tausende von Skinheads unterschiedlicher Couleur prägten vor allem in Europa und Nordamerika, aber auch in Australien, Südamerika und sogar in Südafrika und Japan eine der wohl wichtigsten – zumindest aber öffentlichkeitswirksamsten – Jugendsubkulturen der 1990er Jahre. Besonders der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa hatte den Zulauf zum Kult vor allem in Europa befeuert. Die Zahlen von Szene-Bands, Konzerten, Plattenveröffentlichungen und Fanzines erreichten in der Folgezeit in vielen Ländern alljährlich neue Höchststände. Den Vertretern des quantitativ dominierenden rechtsextremistischen Spektrums der Bewegung war sogar der zweifelhafte Erfolg zuteil geworden, in der Öffentlichkeit zu Prototypen des gewaltbereiten Rechtsextremismus stilisiert zu werden. Nach dem damaligem Erfahrungsstand hätte Marshall mit seiner Prognose einer Kontinuität der Skinhead-Bewegung eigentlich recht haben müssen, hatte der Kult im Laufe seines Bestehens doch bereits mehrere Krisen und Brüche erfahren und dennoch seine Ausformung weitgehend unverändert erhalten können.

---

[1] George Marshall, Spirit of ´69. A Skinhead Bible, Dunoon (Schottland) 1993, S. 157.

Doch mit Blick auf den Zustand der Skinhead-Bewegung des Jahres 2009, also im 40. Jahr ihres Bestehens, besäße eine aktuelle Prognose über den Fortbestand der Subkultur keine ähnlich optimistische Ausrichtung wie die oben zitierte. Für die bürgerliche Gesellschaft sind Skinheads aus dem öffentlichen Erscheinungsbild weitgehend verschwunden und werden nur mehr gelegentlich medial aus der Versenkung geholt, wenn es gilt, rechtsextremistische Gewalttaten zu illustrieren. Und auch für die Wissenschaft und Sicherheitsbehörden, die sich mit der Szene beschäftigen, ist es schwierig geworden, das Phänomen der Skinheads noch adäquat darzustellen. Ein Blick in die letzten Verfassungsschutzberichte zeigt, dass der Umfang der Berichterstattung über die rechtsextremistische Skinhead-Szene in Deutschland deutlich geringer ist als beispielsweise noch in den 1990er Jahren und – lässt man einmal die Berichterstattung über rechtsextremistische Musik außen vor – inhaltlich kaum mehr relevante Sachverhalte zutage fördert. Auch der „unpolitische“ – besser: nicht-extremistische – Part der Skinhead-Bewegung bleibt genauso wie das linksextremistische Szenelager gesellschaftlich weitgehend unbeachtet und entfaltet nahezu keinerlei Öffentlichkeitswirkung.

Zur Ehrenrettung Marshalls sei angemerkt, dass er bei seiner Prognose einschränkend darauf hingewiesen hatte, für das Fortbestehen des Kultes sei eine gewisse Traditionspflege unabdingbar. Nur wenn jede neue Generation von Skinheads sich an den Traditionen ihrer Vorgänger orientiere, werde die Bewegung auch im 21. Jahrhundert noch „quicklebendig“ sein. Marshall hatte allerdings nicht damit gerechnet, dass Entwicklungen innerhalb der Szene und externe Einflüsse innerhalb der folgenden zwei Dekaden einen derart fundamentalen Wandel der Skinhead-Szene bewirkt haben, dass der Fortbestand der Subkultur in seiner ursprünglichen Form fraglich erscheint. Dabei gestalten sich die Entwicklung in einzelnen Szenespektren unterschiedlich: Während sich der unpolitische Bereich noch weitgehend traditionell zeigt, ist der rechtsextremistischen Part der Szene mittlerweile deutlich erodiert. Der vorliegende Beitrag[2] skizziert die historische Entwicklung des Kultes und

[2] Bei dem Aufsatz handelt es sich um eine aktualisierte und überarbeitete Fassung einer früheren Veröffentlichung: Christian Menhorn, Skinheads – Eine aussterbende Subkultur? Eine Jugendbewegung im Wandel der Zeit, in: Armin Pfahl-Traughber/Monika Rose-Stahl (Hrsg.), Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für

versucht, das Ausmaß dieses Wandels zu beschreiben, indem er Veränderungen in einzelnen elementaren Teilbereichen der Subkultur untersucht. Abschließend wagt er eine Prognose über eine mögliche zukünftige Entwicklung der Skinhead-Bewegung.

2. Definition und Bedingungsfaktoren subkultureller Bewegungen

Einige allgemeine Bemerkungen zum Untersuchungsgegenstand seien vorangestellt: Welche Einflussfaktoren definieren eine Subkultur? Und können Veränderungen in einzelnen Teilbereichen das Gesamterscheinungsbild einer Subkultur wandeln?

Der Begriff der Subkultur wird in der Wissenschaft unterschiedlich definiert und je nach wissenschaftlicher Disziplin aus divergierenden Blickwinkeln – etwa als Ausdruck der sozialen Herkunft, einer besonderen Gewaltaffinität oder aber als Kontrakultur zur Mehrheitsgesellschaft – untersucht. Ein rein politikwissenschaftlicher Ansatz einer Definition existiert nicht, da eine politische Ausrichtung nicht unbedingt elementarer Bestandteil einer subkulturellen Strömung sein muss.[3] Nach dem Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber bedeutet Subkultur „so viel wie ‚Unterkultur' und meint eine gesellschaftliche Gruppe, die sich in Abgrenzung von der Mehrheitskultur bzw. der allgemein akzeptierten Kultur definiert. Bei einer Subkultur handelt es sich um ein System von Normen, Symbolen, Verhaltensweisen und Werten, das sich von der Gesamtkultur unterscheidet und ein relatives Eigenleben führt. Abweichendes Verhalten, Desintegration und Konflikt bestimmen das Verhältnis zur Mehrheitskultur. ... Diese (sich von der Mehrheitskultur unterscheidenden Teil-Gruppen, d.A.) definieren sich über eine bestimmte Gesinnung, Lebenshaltung, Mode oder Religion und müssen nicht unbedingt etwas mit Politik im engeren Sinne zu tun haben."[4]

Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, Brühl 2007, S. 284 ff.

[3] Dies belegt etwa die Existenz vieler völlig apolitischer Subkulturen wie etwa der Techno-, der Rocker-, der Gothic- oder der Psychobilly-Subkultur.

[4] Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextreme Subkulturen. Verbindungen und Divergenzen

Wichtig hierbei ist das grundsätzlich allen subkulturellen Bewegung immanente basisdemokratische Element. Das „System von Normen, Symbolen, Verhaltensweisen und Werten“ entsteht nicht durch verbindliche, formalisierte Beschlüsse einer Führungsebene, sondern basiert auf einem sich ständig weiterentwickelnden Mehrheitswillen der Anhänger einer Subkultur. Auch wird nicht unbedingt eine kompromisslose Konformität des Einzelnen verlangt, eher bildet sich ein allgemeingültiges, „typisches“ Erscheinungsbild durch eine freiwillige Unterordnung der Anhänger unter die informellen Vorgaben der Subkultur, beispielsweise hinsichtlich Kleidung und Habitus.

In den modernen Jugendsubkulturen entstanden drei wesentliche Hauptelemente, die prägend für die Ausformung einer Subkultur sind. Zu diesen Säulen gehören ein – vom bürgerlichen „Mainstream“ möglichst nicht vereinnahmter – eigener Musikstil, ein eigener Kleidungskodex und ein szeneeigenes Selbstverständnis, welches von allen Anhängern der jeweiligen Subkultur propagiert und gelebt wird. Im Falle der Skinheads bestanden diese Elemente – zugegebenermaßen holzschnittartig dargestellt – aus der Ska- und Reggae- bzw. Oi!-Musik, der namensgebenden Glatze mitsamt schweren Stiefeln, Jeans und Bomberjacke und nicht zuletzt aus dem trotzigen Stolz auf die eigene Herkunft aus der Arbeiterklasse. Bei politisch orientierten Subkulturen hat sich eine vierte Säule hinzugesellt, die von Relevanz ist, nämlich Versuche der Strukturierung bzw. Organisierung. Je politisch motivierter eine Szene ausgerichtet ist, desto eher sind ihre Angehörigen bereit, sich entgegen subkultureller Gepflogenheiten einem einheitlichen Gruppenwillen und hierarchischen Strukturen zu unterwerfen. Bei den Skinheads erfolgten Strukturierungsversuche daher auch nur im links- und rechtsextremistischen Bereich; im „unpolitischen“ Spektrum waren solche Organisierungsbemühungen nicht notwendig und auch nicht existent. Das internationale RASH[5]-Netzwerk mit seinen nationalen und regionalen Untergliederungen war der Versuch, das kleine Lager der sozialistischen und kommunistischen Redskins weltweit zu vereinen. Analog hierzu hatten sich in den 1980er Jahren im rechtsextremistischen Part der Szene die Hammerskins sowie „Blood & Honour“ herausge-

---

im westlichen und östlichen Deutschland, in: Konrad Löw (Hrsg.), Terror und Extremismus in Deutschland, Berlin 1994, S. 67.

[5] RASH = Red & Anarchist Skinheads.

bildet, die gleichfalls Untergliederungen wie „Chapters“ oder „Divisionen“ bzw. „Sektionen“ besaßen. Während die Hammerskins vor allem in den USA eine szeneprägende Wirkung entfalteten, war es „Blood & Honour“ in den 1990er Jahren in Europa – vor allem in Deutschland – gelungen, einen maßgeblichen Einfluss auf die rechtsextremistische (Skinhead-) Musikszene auszuüben.

Geht man also von den vier dargestellten Elementen als maßgeblichen Säulen der Skinhead-Subkultur aus, könnte man vermuten, dass ein Wandel innerhalb dieser subkulturellen Bestandteile auch Einfluss auf die Gesamtausprägung der Szene haben muss. Wie diese Elemente sich ausbildeten und in welchem Kontext sie zur Skinhead-Bewegung standen, soll ein kurzer historischer Abriss der Geschichte der Skinheads darstellen.

3. Historie der Entwicklung der Skinhead-Subkultur

Als Marshall das Schlusswort seiner Monographie der Skinhead-Bewegung schrieb, hatte diese bereits die wechselhaften Zeiten fast eines Vierteljahrhunderts hinter sich. In den späten 1960er Jahren aus einer Abspaltung der sich mondän und großbürgerlich gerierenden „Mods“ entstanden, gab sich die junge Subkultur ein männlich-proletarisches Gebaren, mit dem sie als authentische Vertreter ihrer sozialen Schicht, der Arbeiterklasse, auftraten.[6] Nach einem starken Zulauf von 1969 bis etwa 1972 verschwand die Subkultur wieder aus der Öffentlichkeit und machte der neu entstandenen antibürgerlichen und antiautoritären Punk-Bewegung Platz, die in ihrer sozialen Zusammensetzung ein ähnliches Potential wie die frühere Skinhead-Subkultur band. Enttäuschte Punks, die der zunehmenden Kommerzialisierung ihrer Subkultur kritisch gegenüberstanden, hauchten der tot geglaubten Skinhead-Bewegung Mitte der 1970er Jahre neues Leben ein, veränderten aber gleichzeitig in einigen Facetten deren äußere Erscheinungsform, die einen martialischeren, pseudo-militärischen Einschlag erhielt. Die wichtigste Kontribution des Punk an diese zweite Generation der Skinheads war indes der Musikstil des „Streetpunk“, der ab Ende der 1970er Jahre als „Oi!“ bezeichnet wurde

[6] Zu einer detaillierten Chronik der Skinhead-Bewegung von den 1960er Jahren an vgl. Christian Menhorn, Skinheads. Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001.

und als der markanteste eigene Musikstil der Szene zu einer der tragenden Säulen der Skinhead-Bewegung werden sollte. Die in den späten 1970er Jahren entwickelten Attribute in punkto Musik, Kleidung und Selbstverständnis stellten – noch expliziter als die Prämissen der ersten Generation von 1969 – bis weit in die 1990er Jahre die Vorgaben für künftige Generationen von Skinheads dar und sorgten dafür, dass die Szene sich als eigenständige, von anderen Jugendbewegungen abgegrenzte Subkultur konstant und unter relativ traditionellen Vorgaben entwickeln konnte.

Die Politik spielte zu diesem Zeitpunkt nur eine untergeordnete und individuelle Rolle. Erst mit der zunehmenden Werbung szeneexterner Organisationen wie der rechtsextremistischen „National Front“ (NF) um subkulturelle Jugendliche aus dem Lager der Skinheads und der Fußball-Hooligans („Boot Boys“) wurde zunächst in Großbritannien rechtsextremistisches Gedankengut in die Szene getragen, ohne aber von einem Großteil der Skinheads als unabdingbarer Bestandteil ihrer Bewegung betrachtet zu werden. Dies änderte sich erst mit dem radikalen Bruch in der Geschichte der Skinheads im Nachgang zu den Ereignissen im Juli 1981 in Southall[7], die den Schritt von der zweiten zur dritten Generation der Skinheads bedeuteten. Im Zuge des beschleunigten Generationswechsels in den Jahren 1982/83, in denen rechtsextremistische Protagonisten wie Ian Stuart Donaldson[8] die Führungsrolle in der

---

[7] Bei einem Oi!-Konzert am 3. Juli 1981 war es im Londoner Stadtteil Southall zu schweren Straßenschlachten gekommen, als Konzertbesucher von pakistanischen Anwohnern fälschlicherweise als Rechtsextremisten ausgemacht und daraufhin angegriffen wurden. Im Verlauf der Kämpfe waren mehrere dutzend Personen teilweise schwer verletzt worden. Die britische Presse thematisierte in den Wochen darauf die Auseinandersetzungen in einer Weise, die die Skinheads als eine rassistische Jugendbewegung stigmatisierte. Boykotte gegen Oi!-Bands und Plattenfirmen führten im Verlauf der nächsten Monate zu einem nahezu vollständigen Zusammenbruch der Infrastruktur der Bewegung. Vgl. hierzu: Menhorn (Anm. 6), S. 63 ff.

[8] Ian Stuart Donaldson war Sänger der Band „Skrewdriver“ und Anfang der 1980er Jahre Aktivist der NF, bevor er die neonationalsozialistisch geprägte Musikorganisation „Blood & Honour“ gründete. Er starb 1993 bei einem Verkehrsunfall und wird seitdem in der Szene in einen Märtyrerstatus erhoben. Eine detaillierte Biographie Donaldsons findet sich bei: Menhorn (Anm. 6), S. 73 ff.; Christoph Mengert, Unsere Texte sind deutsch. Skinhead-Bands in der Bundesrepublik Deutschland,

verunsicherten und dezimierten Skinhead-Bewegung übernahmen, fanden politische – d. h. nationalistische und nationalsozialistische – Ideologiefragmente Eingang in das subkulturelle Selbstverständnis des überwiegenden Teils der Szene. Damit waren die Skinheads zumindest in Großbritannien – noch eindeutiger als etwa die Hippie- oder die Punk-Bewegung – zur ersten politisch basierten Jugendbewegung der Nachkriegsgeschichte avanciert.

Diese Ausgangssituation bereitete einer verhängnisvollen Entwicklung in Deutschland den Boden, nachdem sich die deutsche Szene zu Beginn der 1980er Jahre noch in ihren Anfängen befand. Die ersten Skinheads hierzulande waren ehemalige Punks oder gewaltbereite Fußballfans gewesen. Eine gewisse Beeinflussung durch in Deutschland stationierte britische Armeeangehörige, die gleichzeitig Skinheads waren, ist wahrscheinlich; nicht ohne Grund dürften sich die ersten größeren Skinhead-Szenen in Regionen mit britischen Garnisonen wie Berlin, dem Ruhrgebiet, Hannover oder Hamburg gebildet haben. Mit dem starken Einfluss der britischen Bewegung übernahmen deutsche Skinheads mangels eigener Identität und Infrastruktur nahezu kritiklos Habitus und Einstellungsmuster ihrer britischen Pendants. Obwohl es in den ersten Jahren in einigen Regionen noch eindeutig „unpolitische“ oder gar eher „linke“ Skinheads gab, wurde im Verlauf der 1980er Jahre durch das Vorbild der britischen Szene – insbesondere der dort führenden Musikgruppen – die rechtsextremistische Einstellung eines der wichtigsten Elemente der neuen Subkultur. Demgegenüber stand das bisher vorrangige Merkmal der Herkunft aus der Arbeiterklasse eher im Hintergrund, zumal sich die soziale Schichtung in der deutschen Szene diversifizierter als in der britischen gestaltete. Damit war – zumindest bis zum Beginn der 1990er Jahre – die politische Haltung ein ebenso wichtiges subkulturelles Element wie die typische martialische äußere Erscheinung mit Glatze, Stiefeln und Bomberjacke geworden, dienten beide Kriterien doch auch der überaus wichtigen Abgrenzung zur konkurrierenden Subkultur der Punks, die nicht ohne Grund als „links“ und „schmuddelig“[9] galten.

Brühl 1994, S. 41 ff.

[9] Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ charakterisierte 1983 die Punks als „unausstehlich, in ihrer Erscheinung eine Mischung aus Schmutz und Fleisch in der sozialen Nähe des Pennertums“, vgl.: Peter Seewald, Meine Ratte ist riesig, in: Der Spiegel,

In der DDR war die Bedeutung der äußerlichen Abgrenzungsrituale noch geringer als in der Bundesrepublik. In Ostdeutschland bildete sich zu Beginn der 1980er Jahre eine eigene Skinhead-Szene heraus, die vorwiegend aus dem in der DDR-eigenen Behördensprache als „Rowdys“ bezeichneten Problemfanpotential bestand.[10] Dort waren aufgrund der spezifischen Verhältnisse Original-Utensilien der Skinhead-Bewegung wie Doc-Martens-Stiefel oder Bomberjacken kaum zu beschaffen, so dass man sich mit Stiefeln und Jacken der Nationalen Volksarmee behalf. Da somit äußerliche Insignien keine besonders wichtige Rolle für die DDR-Szene spielten, musste das Selbstverständnis als herausragendes subkulturelles Abgrenzungskriterium dienen. Die ostdeutsche Skinhead-Szene fand es in einer Art Fundamentalopposition gegen den SED-Staat, der sich in eigener Diktion als „erster antifaschistischer Staat auf deutschem Boden“ verstand. Nicht zuletzt trug zu dieser Haltung die Vorbildfunktion der westdeutschen Skinheads bei, die über Kontaktpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum der Bewegung deutlichen Einfluss auf die DDR-Szene besaßen. Dabei vermittelte die selektive Auswahl der West-Skins, die über Verbindungen in die DDR verfügten, sowie die Berichterstattung der bundesrepublikanischen Medien, die ausschließlich rechtsextremistische Umtriebe von Skinheads thematisierten, den Skinheads in der DDR den Eindruck, als sei auch die westdeutsche Skinhead-Bewegung in Gänze rechtsextremistisch eingestellt. Ein Korrektiv dagegen war nicht vorhanden. Erst nach der Wende 1989 legte die Szene in Ostdeutschland ihr Augenmerk auch auf äußerliche subkulturelle Belange – die politische Attitüde der bis dahin fast vollständig rechtsextremistisch ausgerichteten DDR-Szene blieb auch im wiedervereinigten Deutschland erhalten.

Mit dem politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa in den Jahren 1989/90 und der daraus folgenden deutschen Wiedervereinigung trat der Kult aus seinem bisherigen, in beiden deutschen Staaten doch alles in allem relativ verborgenen Dasein heraus. Das Personenpotential der Szene vervielfachte sich, wobei der Zuwachs nahezu ausschließlich dem rechtsextremistischen Spektrum der Szene zugute kam. Die ostdeutsche Szene wurde zum „politi-

---

Nr. 28 vom 11.07.1983, S. 71.

[10] Zur Skinhead-Szene in der DDR vgl. Bernd Siegler, Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1991; Menhorn (Anm. 6), S. 154 ff.

sierenden Element der gesamten Subkultur“[11] und spätestens jetzt floss auch in Gesamtdeutschland die Politik als subkulturimmanentes Element in die Szene. Neben tausenden von Neuzugängen gelang es der Szene, insbesondere in Ostdeutschland ein Umfeld von sympathisierenden Jugendlichen zu schaffen, die selbst zwar keine Skinheads waren, im wesentlichen jedoch Verhaltensweisen und – umso bedeutender – die rechtsextremistische Grundeinstellung der meisten Skinheads teilten. Aus diesem Konglomerat von Szene und Umfeld heraus wurden schwere Gewalttaten begangen, die ihren Höhepunkt in den Brandanschlägen von Mölln und Solingen in den Jahren 1992 und 1993 fanden und Politik und Gesellschaft mit Entsetzen erfüllten. Die staatliche Reaktion erfolgte schnell und konsequent: Bis 1994 wurde die mediale Infrastruktur der Skinhead-Szene, also Konzerte, Musikgruppen und Fanzines, die in den Jahren zuvor noch einen Boom erlebt hatten, durch Exekutivmaßnahmen fast völlig zerschlagen. Durch den Druck auf die Szene lösten sich wichtige Aktivisten ganz aus ihren bisherigen Zusammenhängen oder relativierten ihre bisherige rechtsextremistische Einstellung, ohne der Subkultur als solcher abzuschwören. Letzteres war auch ein Grund dafür, dass ab Mitte der 1990er Jahre bei einem deutlichen Rückgang der Zahl rechtsextremistischer Skinheads das „unpolitische“ Spektrum der Szene wieder deutlichen Zulauf erhielt. Szeneinterne Diskussionen über das Ausmaß der Gewaltexzesse und über den ursprünglichen Gehalt des Kultes führten dazu, dass sich erstmals seit den späten 1980er Jahren wieder ein nennenswerter Teil der Szene in Deutschland auf seine nicht-extremistischen Wurzeln zurückbesann.

Gegen Mitte der 1990er Jahre verfestigte sich das Bild der Skinhead-Szene, wie es sich in etwa auch heute noch darstellt. Einer Majorität rechtsextremistischer Skinheads, die das Bundesamt für Verfassungsschutz für das Jahr 2008 mit einer Zahl von rund 9.500 quantifizierte[12], steht eine kleine Zahl

---

[11] Wolfgang Cremer, Jugendliche Subkulturen mit rechtsextremistischer Orientierung. Beobachtung der Skinhead-Szene, eine Herausforderung für den Verfassungsschutz, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 235.

[12] Das Bundesamt für Verfassungsschutz beziffert mit dieser Zahl das Potential „subkulturell geprägter und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten“, das zu einem Großteil aus rechtsextremistischen Skinheads bestehe, vgl.: Bundesministerium des

von linksextremistischen Pendants gegenüber, die mit ihren Aktivitäten selten in Erscheinung treten[13]. Zwischen diesen beiden Politlagern befindet sich eine mehr oder minder „unpolitische“ Szene von Oi!- und Traditional Skins[14], die durchaus zwar noch über eine gewisse Bedeutung für die Gesamtszene verfügen, medial aber kaum wahrnehmbar sind. Während sich die beiden extremistischen Spektren der Szene primär über ihre politischen Einstellungen und Aktivitäten definieren, wird besonders in der „unpolitischen“ Szene Wert auf ein stilbewusstes und traditionelles Aussehen gelegt, das in Teilen der rechtsextremistischen Skinhead-Szene schon verlorengegangen ist. Verbindungen zwischen den drei Bereichen der Szene existieren – anders als noch in den 1990er Jahren – kaum mehr.

4. Der Wandel in den einzelnen subkulturellen Säulen

Die Abgrenzung der einzelnen Spektren voneinander hat zur Folge, dass sich Veränderungen im Erscheinungsbild nicht unbedingt in jedem der Teilspektren beobachten lassen. Die „unpolitischen“ Skinheads sind bestrebt, zumindest tragende Elemente ihrer Subkultur zu erhalten und zu tradieren. Umso mehr gilt dies für die „Traditional Skins“. Zuweilen wird der puristische Traditionalismus, wie er zuweilen im „unpolitischen“ und häufiger im Bereich der „Traditionals“ in Erscheinung tritt, auch zur Abgrenzung zu den politisch motivierten Spektren der Szene benutzt. Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich daher weitgehend auf den rechtsextremistischen Part der Skinheads. Gleichwohl ist mit dieser Fokussierung der bei weitem quantitativ größte und öffentlich am meisten beachtete Teil der Szene betroffen. Er be-

---

Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008 (Pressefassung), Berlin 2009, S. 53.

[13] RASH scheint in Deutschland eine weitgehend virtuelle, d. h. im Internet vertretene Gruppierung zu sein.

[14] Während sich die Oi!-Skins an den Skinheads der zweiten Generation aus den späten 1970er Jahren orientieren, stellen die „Traditionals“ eher Puristen dar, die den Stil der Gründergeneration des Jahres 1969 nachempfinden. Unterschiede zwischen beiden Spielarten machen sich beispielsweise an Kleidung oder Musikstil (Oi!-Punk vs. Ska) fest.

stimmt daher letztlich auch die Wahrnehmung der Gesamtszene, sowohl die mediale als auch vor allem diejenige potentieller jugendlicher Neuzugänge.

4.1 Musik

Wie die Historie der Skinheads zeigt, war in jeder Epoche dieser Subkultur ein eigener identitätsstiftender Musikstil vorhanden. Die erste Generation der Skinheads von 1969 tanzte zu Ska und Reggae – meist farbiger – Interpreten und gemeinsam mit den jamaikanischen Einwandererjugendlichen, den sogenannten „Rude Boys". Der „Skinhead Reggae", dessen Liedtitel oftmals eine direkte Hommage der Künstler an ihre treuesten Fans, eben die Skinheads, waren[15], blieb solange Ausdrucksmittel für die junge Subkultur, bis sich die Texte einer neuen Generation von Reggae-Interpreten mit den religösen Inhalten der Rastafari-Bewegung zunehmend von der Lebenswirklichkeit der weißen Jugendlichen aus der Arbeiterklasse entfernten. Der Verlust „ihrer" Musik in den frühen 1970er Jahren mündete zusammen mit anderen Faktoren in einen raschen Niedergang der Skinhead-Bewegung. Elementar hing auch das „Skinhead Revival" mit der Musik zusammen: Der zweite Frühling der Subkultur ab 1977/78 verband sich noch eindeutiger als 1969 mit einem eigenen Musikstil – dem „Streetpunk" bzw. Oi! –, der das Lebensgefühl der Skinheads mit seinen rohen, aggressiven Gitarrenrhythmen deutlich besser traf als die gefälligen Bläserakkorde von Ska und Reggae. Diese Art der Skinhead-Rockmusik war es auch, welche die Bewegung weltweit bis weit in die 1990er Jahre hinein begleitete und ihr somit ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal bescherte. Gelegentliche Abstecher in andere Bereiche etwa des Hard Rock, des Psychobilly oder des Heavy Metal, wie sie vereinzelt ausgerechnet die Ikone der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene, Ian Stuart Donaldson, ab dem Ende der 1980er Jahre mit diversen Band-Projekten unternahm[16], blieben Ausnahmen. Für den Skinhead-Rock rechtsextre-

---

[15] Etliche farbige Ska- und Reggae-Musiker hatten zu dieser Zeit Titel eingespielt, die eindeutig für die Skinhead-Szene bestimmt waren. Hierunter befanden sich z. B. die Ikone Laurel Aitken („Skinhead Train") oder „Symarip" mit der 1969 erschienenen LP „Skinhead Moonstomp".

[16] So etwa mit „White Diamond" (Hard Rock) oder mit den „Klansmen" (Psychobilly).

mistischer Provenienz wurden die Bezeichnungen „Rock Against Communism“ (RAC) und „White-Power“-Musik geläufig, die aber letztlich keine stilistische, sondern lediglich eine Aussage über die inhaltlich-politische Ausrichtung beinhalteten.

Die Globalisierung der Skinhead-Bewegung ab spätestens Anfang der 1980er Jahre durchbrach die Dominanz des klassischen Skinhead-Rock in der Szene. Die Bewegung in den USA, die nur geringe Bindungen an die europäisch verwurzelten Traditionen des Kultes besaß und die noch überaus enge Kontakte mit der Punk-Szene pflegte, brachte gegen Mitte der 1980er Jahre den wenige Jahre zuvor begründeten Stil des Hardcore in die Szene ein, der eine schnellere und härtere Gangart des Punk darstellte und sich mit seinen häufigen Tempowechseln und den meist geschrieenen und damit nahezu unverständlichen Texten deutlich von Oi! unterschied. Die ersten Skinhead-Hardcore-Bands waren Musikgruppen, die optisch zwar wie Skinheads aussahen und sich – wie etwa die Band „Warzone“ – auch der Bewegung zurechneten, aber ihre Punk-Wurzeln nicht verleugnen konnten und dies wohl auch nicht beabsichtigten. Vor allem in der New Yorker Hardcore-Szene war diese Entwicklung beispielhaft zu beobachten. Damit einher ging auch eine anti-extremistische Einstellung der meisten dieser Skinhead-Hardcore-Gruppen; der Weg dieser Bands trennte sich von der Skinhead-Bewegung in dem Maße, in dem rechtsextremistische Inhalte auch in der US-amerikanischen Szene an Raum gewannen.

Spätestens seit dem Ende der 1980er Jahre lässt sich eine musikalische Spaltung in der US-amerikanischen Skinhead-Szene erkennen. Ein kleinerer Part wurde durch Heavy Metal beeinflußt, der andere übernahm die Hardcore-Tradition der frühen US-Bewegung und vereinnahmte später mit dem Musikstil des Hatecore eine noch radikalere Weiterentwicklung des ursprünglichen Hardcore für die Szene. Obwohl der Begriff des Hatecore Mitte der 1980er Jahre von eher „links“ anzusiedelnden Bands geprägt worden war, übernahmen ihn rechtsextremistische Hardcore-Bands gegen Mitte der 1990er Jahre. Sie verstanden Hatecore nicht nur als Bezeichnung für eine Musikrichtung, sondern auch als Ausdruck einer auf Haß basierenden rassistischen Einstellung. Mit den „Blue Eyed Devils“ oder „Max Resist“ wurden Bands Vorreiter der neuen Stilrichtung, die man von ihrem Erscheinungsbild nicht mehr

als Skinhead-Bands bezeichnen konnte, die aber dennoch musikalisch die rechtsextremistische Skinhead-Szene in den USA und Europa prägten. Die Beliebtheit des NS-Hatecore schwankt zumindest in der europäischen Szene: Während in Großbritannien nahezu ausschließlich Bands vertreten sind, die klassischen Skinhead-Rock spielen, sind es in Deutschland vor allem die jüngeren Nachwuchsbands, die Vertreter der härteren Gangart sind. Die älteren Skinheads, die noch in den 1990er Jahren in der Szene sozialisiert wurden, präferieren eher den langsameren traditionellen Musikstil und stehen Hatecore skeptisch gegenüber. Dies macht sich auch an der Verteilung der Musikgruppen deutlich: Nur mehr einige wenige Musikgruppen wie beispielsweise „Faustrecht“ (gegründet 1994), „Noie Werte“ (gegründet 1987) oder die „Barking Dogs“ (gegründet 1994) sind als klassische Skinhead-Rockbands anzusehen, eine übergroße Mehrheit der deutschen Band-Szene ist dagegen dem Hard- und Hatecore-Lager zuzurechnen.

Die zweite musikalische Richtung, welche die Skinheads von der klassischen Oi!-Musik wegführte, war ein vom Heavy Metal beeinflusster Musikstil. Von der numerischen Anzahl der Bands gesehen, die diese Spielart der Rockmusik bevorzugten, stellte der Metal-lastige Musikbereich im Vergleich zur Hard- und Hatecore-Fraktion den kleineren der beiden dar. Dies war auch nicht verwunderlich, da die spieltechnischen Anforderungen an Metal-Bands in der Regel höher sind als dies bei den Drei-Akkord-Punk-Derivaten von Hard- und Hatecore der Fall ist. Wesentlicher Motor dieser Entwicklung, die wiederum von den USA ausging, war die US-amerikanische Band „Bound for Glory“, die weltweit eine der bekanntesten und beliebtesten rechtsextremistischen Bands darstellte und von 1989 bis 2003 als Musikgruppe bestand. Die Bedeutung der Band nicht nur für die US-amerikanische Szene, sondern auch für Europa resultierte daraus, daß die ersten Platten der Band von dem deutschen Label „Rock-o-Rama Records“ – zu damaligen Zeiten das weltweit wichtigste Label für rechtsextremistische Musik – produziert und vertrieben worden waren und daher der Bekanntheitsgrad von „Bound for Glory“ in der deutschen und europäischen Szene seit der ersten LP als überaus hoch eingeschätzt werden muss. Im Laufe ihres Bestehens professionalisierte die Band ihre bereits zu Beginn ihrer Karriere vorhandenen spieltechnischen Fähigkeiten und landete spätestens in den 1990er Jahren musikalisch im Death-, Trash- bzw. Speed-Metal-Bereich. Eine weitere für die Szene wichti-

ge Musikgruppe, die sich im Laufe ihres Bestehens dem Metal annäherte, waren die „Böhsen Onkelz“ aus Frankfurt/Main, die Vorzeige-Band der deutschen Skinhead-Szene in den 1980er Jahren. Zwar hatte sich die Band 1987 wegen der immer deutlicher zutage tretenden Politisierung der deutschen Skinhead-Bewegung von der Szene verabschiedet, fand aber auch in den Jahren danach bei vielen Szeneangehörigen sogar noch Gehör, nachdem die Bandmitglieder auf Konzerten gegen Rassismus aufgetreten waren und Lieder gegen Rechtsextremismus[17] in ihre Repertoire aufgenommen hatten. Auch der spezielle Stil deutschsprachiger Metal-Musik, den die „Onkelz“ in den 1990er Jahren entwickelten, führte zu einer Akzeptanz von Stilarten des Heavy Metal zumindest in der deutschen Skinhead-Szene.

Mittlerweile hielt mit dem Black Metal die düsterste und aggressivste Spielart des Heavy Metal in die Szene Einzug. Diese Entwicklung, die etwa ab dem Jahr 2000 einsetzte, hat mittlerweile zu einer Verbindung zwischen den beiden Subkulturen der Skinheads und des Black Metal geführt, vor allem mit den Vertretern des „National Socialist Black Metal“ (NSBM), die aus den antichristlichen und neoheidnischen Elementen des Black Metal eine antisemitisch unterlegte nationalsozialistische Weltanschauung formten. In einigen Regionen Deutschlands sind die beiden immer noch sehr unterschiedlichen Szenen vor allem im Konzertbereich eng miteinander verbunden; einigen Bands wie „Totenburg“ oder „Halgadom“ gehören sogar Angehörige beider Subkulturen an. Die wenigen noch erscheinenden Fanzines der rechtsextremistischen Szene enthalten folgerichtig auch Interviews mit NSBM-Bands und Rezensionen deren Tonträger; einzelne Magazine wie der „Fahnenträger“ aus dem sachsen-anhaltinischen Wolfen[18] geben sich sogar sehr NSBM-lastig.

Durch diese Entwicklungen sind mittlerweile diverse Stilrichtungen in der Szene gleichrangig nebeneinander vertreten. Ein kursorischer Blick über die

---

[17] So z. B. das Lied „Deutschland im Herbst“ von 1993, in dem die Band die Brandanschläge in Mölln 1992 und Solingen 1993 auf von Ausländern bewohnte Häuser anprangerte.

[18] Nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Neonazi-Magazin aus Hennigsdorf (Mecklenburg-Vorpommern).

Selbsteinschätzung der musikalischen Ausrichtung unterschiedlicher rechtsextremistischer Bands aus den letzten Jahren lässt erahnen, dass der früher recht uniforme Musikstil der Skinhead-Bewegung längst einer stilistischen Vielschichtigkeit – um nicht zu sagen: Beliebigkeit – gewichen ist. Begriffliche Unschärfen und Verwirrungen sind hierbei nicht ausgeschlossen. Folgende Stimmen stehen exemplarisch für die zunehmende Diversifizierung der Musikszene: „Wir setzen uns selbst keine stilistischen Grenzen, wie wir unsere Musik spielen sollen. Unser Demo[19] geht allerdings eher in Richtung RAC der alten Schule." („Division Staufen", Baden-Württemberg)[20]. „Das mit dem Stil ist immer so eine Sache. Wir möchten uns nicht auf eine Stilrichtung festlegen. Wir haben auf der neuen Scheibe von punkigen Sachen bis zu härteren Klängen vieles verarbeitet." („Tollschock", Österreich)[21]. „In meinen Augen klingt die Platte eher nach Heavy Metal mit Trash- und HC[22]-Einflüssen." („Dissent", Schweiz)[23]. „Wir sind große Fans von BfG[24], und wir haben in einigen unserer Lieder auch andere musikalische Instrumente genutzt, meistens Synthesizer und Klavier. Nichts ist ausgeschlossen, aber ich bevorzuge die ‚härtere' Seite der WP[25]-Musik. Wir spielen Old School Metalcore mit wenig Melodie, ich denke, wir sind ziemlich Old School[26] in

---

[19] Demo: Kurzform für Demo-Tape oder Demo-CD, also inoffizielle Aufnahmen, die meist gegen Selbstkostenpreis in der Szene verbreitet werden und Vorläufer eines professionell produzierten Tonträgers sind.

[20] o. A., Interview mit Division Staufen, in: Rock Nord, Nr. 102/103, 2004, S. 31. Alle Szenezitate wurden bezüglich Schreib- und Zeichensetzungsfehlern korrigiert, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

[21] O. A., Interview mit Tollschock, in: Rock Nord, Nr. 104/105, 2004, S. 31.

[22] HC: Hardcore.

[23] O. A., Interview mit Dissens, in: Rock Nord, Nr. 106/107, 2004, S. 19.

[24] Gemeint ist die Band „Bound for Glory".

[25] WP: Abkürzung für White Power (dt.: Weiße Macht)

[26] „Old School": Bezeichnung für diejenigen Bands, die sich am Hardcore der frühen 1980er Jahre orientieren. Den Gegensatz hierzu bildeten ab der Mitte der 1980er Jahre die „New School"-Bands, deren Musik auch Metal-Einflüsse enthält. Folgt man dieser Aufteilung innerhalb des Hardcore, so stehen sich die von der Band genannten Begriffe „Old School" und „Metalcore" eigentlich konträr gegenüber.

unserem Stil.“ („Iron Youth“, Griechenland)[27]. „Wir spielen ja keinen klassischen RAC! Wir machen das, was man Viking Rock nennt.“ („Donnars Groll“, Sachsen)[28]

Die stilistische Vielfalt der heutigen rechtsextremistischen Musikszene öffnete dadurch auch für anderweitig orientierte Jugendliche die Tore in das bis dahin recht hermetisch abgeschlossene subkulturelle Ghetto der Skinheads. Besonders bei Konzerten ist seit Jahren eine gewisse Vermischung mit Rockern, Metal-Anhängern, NSBM-Vertretern oder Hardcore-Fans zu beobachten. Dieser regelmäßige Kontakt zu anderen Subkulturen blieb naturgemäß nicht ohne Auswirkung auf das subkulturelle rechtsextremistische Spektrum, das bis in die 1990er Jahre fast ausschließlich von Skinheads getragen worden war. Über diesen Weg fanden im Laufe der Zeit auch etliche neue habituelle Versatzstücke Eingang in die Skinhead-Bewegung.

4.2 Kleidung/Habitus

Das jahrzehntelang gepflegte typisierte Erscheinungsbild der Subkultur mit Glatze, Bomberjacke und Stiefeln, wie es sich Ende der 1970er Jahre mit der zweiten Generation der Skinheads herausgebildet hatte, hielt zumindest in Deutschland bis etwa Mitte der 1990er Jahre vor. Im Laufe der Zeit war in der Szene ein relativ großes Markenbewusstsein entwickelt worden, das sich in einer Präferenz von Produkten wie Doc-Martens-Stiefel, Lonsdale-Pullover, Fred-Perry-Polos oder Ben-Sherman-Hemden niederschlug. Dabei zeigten sich die entsprechenden Marken durchaus eng mit dem Selbstverständnis des Kultes verwurzelt. So waren Kleidungsstücke von Fred Perry deswegen beliebt, weil man deren Urheber und Namensgeber Fred Perry, der zwischen 1934 und 1936 dreimal in Folge das berühmteste Tennisturnier der Welt in Wimbledon gewonnen hatte, als Idol der Arbeiterklasse ansah. Mit Perrys Biographie verband sich für viele Skinheads auch die eigene, war Perry doch wegen seiner sozialen Herkunft aus der Arbeiterklasse vom elitären Establishment des Tennissports – trotz seiner sportlichen Erfolge – immer

[27] O. A., Im Gespräch mit Iron Youth, in: Fahnenträger, Nr. 7, 2008, S. 44.

[28] O. A., Im Gespräch mit Donnars Groll, in: Volkswille, Nr. 16, 2008, S. 5.

ausgegrenzt worden. Damit bewiesen die Skinheads mit ihrer Kleidungswahl ein deutliches Klassen- und Traditionsbewusstsein.

Im Verlaufe der 1990er Jahre änderte sich dieses traditionelle Erscheinungsbild. Neue Marken wie Walhall oder Masterrace hielten Einzug in die Szene, zum Teil verballhornten Phantasiemarken wie Consdaple etablierte wie Lonsdale[29]. Die meisten dieser neueren Marken hatten keinen subkulturellen Bezug mehr, sondern wurden als Ausdruck einer bestimmten politischen Gesinnung ihres Trägers gedeutet. Teilweise fanden auch Labels wie Pit Bull Verbreitung, die zuerst in anderen Subkulturen wie der Hooligan-Szene als Erkennungszeichen getragen worden waren. Aber auch Modeerscheinungen des jugendlichen Mainstreams gingen an der Szene nicht spurlos vorbei. So ersetzen im heutigen Jahrzehnt Sportschuhe international bekannter Firmen wie Nike oder New Balance bei immer häufigeren Anlässen – nicht nur bei Demonstrationen, wo ordnungsbehördliche Auflagen martialischeres Schuhwerk untersagten – die bis dahin obligatorischen Stiefel. Das aktuellste Beispiel einer habituellen Verquickung von Subkultur und Mainstream dürfte das Label Thor Steinar sein, das zwar vornehmlich Beliebtheit in der rechtsextremistischen Jugendszene findet, aber auch von Jugendlichen ohne Szenebezug getragen wird. Damit ist in den letzten Jahren auch der subkulturelle Kleidungshabitus als Abgrenzungskriterium zunehmend untauglich geworden. Dies dürfte übrigens mittlerweile nicht mehr nur für den rechtsextremistischen Bereich gelten: So konstatierte kürzlich die Berliner „taz“ am Beispiel der Oi!-Band „Stomper 98“, auch der unpolitische Flügel der Subkultur sei „so diversifiziert wie nie zuvor“[30].

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Einfluss von äußerlichen Insignien der Hard- und Hatecore-Szene vor allem im rechtsextremistischen Part der Bewegung, der eng mit dem Einfluss des entsprechenden

---

[29] Zum einen ähnelte der Schriftzug des Labels Consdaple demjenigen der Firma Lonsdale, zum anderen bezog der Markenname seine Bedeutung für die Szene daraus, dass bei geöffneter Jacke des Trägers für Außenstehende nur mehr die Aufschrift „NSDAP“ zu lesen war. Auch der Firma Lonsdale war lange Zeit vorgeworfen worden, mit ihrem Namensbestandteil NSDA unterschwellig in der Öffentlichkeit für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands werben zu wollen.

[30] Thomas Winkler, Der Stolz der Arbeiterklasse, in: taz vom 14. April 2009, S. 15.

Musikstils in der Szene zusammenhängt. Dies äußert sich nicht nur am reinen Kleidungsstil, sondern auch z. B. durch die Verbreitung von Ziegenbärten oder Gesichtspiercings, beides äußerliche Elemente, die in den 1980er Jahren noch undenkbar in der Szene gewesen wären. Der Herausgeber des Fanzines „Stolz & Stil" bemängelte in diesem Zusammenhang: „In Deutschland haben wir einen Virus hier. Manche Leute meinen, aussehen zu müssen wie Hip Hopper oder Hardcorer mit weiten Hosen oder im Ami-Look mit Sneakers anstatt von Boots, aber sie sagen, daß sie Skinheads sind."[31]

Diese Entwicklung hin zu einer völlig individuellen Auffassung des Begriffes des Skinheads betrachten etliche langjährige Szeneangehörige mit Missfallen, wittern sie doch eine schleichende und irreversible Wandlung ihres Kultes. Das Braunschweiger Fanzine „Violence" enthielt bereits im Jahr 2003 eine Karikatur unter der Überschrift „Der seltsame Wandel der deutschen Skinheads – zum Schmunzeln oder doch zum Weinen?", die dem Prototypen eines Skinhead der ersten Generation in Deutschland 1984 einen vermeintlich typischen Skinhead des Jahres 2003 gegenüberstellte.[32] Während der traditionelle Skinhead mit ordentlicher Kurzhaarfrisur und Koteletten, von Hosenträgern gehaltenen Jeans, Stiefeln und ordentlich im Hosenbund verstautem Knöpfhemd dargestellt wird, trägt der „Skinhead" des Jahres 2003 ein weites T-Shirt über dem Hosenbund, viel zu große Shorts mit einer Metallkette am Bund, „New Balance"-Turnschuhe, einen Ziegenbart sowie eine mit dem Schild zur Seite gedrehte Baseball-Mütze – allesamt Versatzstücke der Hardcore-Subkultur. In der Hand hält der moderne Vertreter des Kultes überdies eine CD mit der Aufschrift „Die neuste (sic!) Hatecore!".

Zur Abwertung des traditionellen Kleidungsstils der Skinheads haben in den letzten Jahren auch Szenemitglieder beigetragen, die sich in besonders martialischer Weise und als übertrieben politisch linientreu präsentierten. In der Szene wurde in den 1990er Jahren der Begriff „Krakenskins" für diese Spezies hervorgebracht, angelehnt an die Vielzahl von Aufnähern mit Szene- o-

---

[31] o. A., Interview mit Pride And Pain aus Griechenland, in: Stolz & Stil, Nr. 22, 2008, S. 72.

[32] O. A., Der seltsame Wandel der deutschen Skinheads – zum Schmunzeln oder doch zum Weinen, in: Violence, Nr. 14, o. J. (etwa Ende 2003), S. 19.

der Politbezug auf den Jacken entsprechender Szenemitglieder, die es eigentlich notwendig gemacht hätte, wie eine Krake über acht Arme zu verfügen. Nicht von ungefähr grenzen sich puristische Szeneangehörige – also „korrekte Skins“ – daher gegenüber den „Krakenskins“ ab, die an „lächerlicher Kleidung kaum zu übertreffen“ seien: „14-Loch-Stiefel, dicke weiße Schnürsenkel, die Schneetarnhose oben reingesteckt, Schneetarnkoppel, breite schwarz-weiß-rote Hosenträger, ‚Combat 18‘[33]-T-Shirt und eine 3 Nummern zu große Bomberjacke mit ca. 20 Aufnähern.“[34]

In diesem Kontext ist auch eine allgemeine Entwicklung im Jugendbereich zu erkennen, die der früheren Attraktivität des Skinhead-Kultes abträglich zu sein scheint. Hier dürfte insgesamt der Habitus der Skinheads mit seiner militärisch-martialischen Ausformung ein Auslaufmodell sein. Dieser subkulturelle Typus, der noch in den frühen 1990er Jahren eine hohe Anziehungskraft für Jugendliche besaß, ist in der heutigen Jugendszene neueren Subkulturen wie Rap oder Hip Hop gewichen, die mit ihrem „Gangsta“-Stil ein lässiges und cooles Aussehen kultivieren. Versatzstücke dieser Ausprägung haben sogar in die relativ junge Politsubkultur der „Autonomen Nationalisten“ Einzug gehalten, die damit der rechtsextremistischen Subkulturszene einen gewissen Modernisierungsschub gegeben haben.

Insgesamt ist das klassische äußere Erscheinungsbild des Skinheads im letzten Jahrzehnt deutlich erodiert und wurde durch eine habituelle Vielschichtigkeit ersetzt, die Elemente aus unterschiedlichen Subkulturen in sich vereint. Mittlerweile gehören diesem Konglomerat einer rechtsextremistischen Jugendszene eine Vielzahl von Personen an, die das Etikett des Skinhead niemals für sich in Anspruch nehmen würden, sondern sich im Gegenteil als Teil einer heterogenen Jugendbewegung betrachten, die nicht mehr von den Prämissen der Skinhead-Subkultur getragen wird, sondern sich hauptsächlich durch eine gemeinsame politische – als „national“ verstandene – Einstellung zusammenfindet. An diesem Punkt setzte in fast logischer Folge auch ein

---

[33] „Combat 18“: In Großbritannien in den 1990er Jahren entstandene Hooligan- und Schlägertruppe mit teilweise terroristischen Bezügen.

[34] „Späche“, Skinheads. Relikte der Vergangenheit, oder immer noch da?, in: Für immer und ewig, Nr. 1, o. J. (2008), S. 10.

Wandel nicht nur im Erscheinungsbild der Szene, sondern auch in deren Selbstverständnis ein.

4.3 Selbstverständnis

Ursprünglich hatte sich die Skinhead-Szene in Deutschland von szeneexternen Einflüssen strikt abgegrenzt. Der trotzige Stolz, der lange Zeit die Bewegung prägte, basierte auf einem starken Klassenbewusstsein – unabhängig übrigens davon, dass die deutsche Szene deutlich bürgerlicher geprägt war als etwa die englische – sowie einer pseudo-elitären Bewertung der Bewegung als „beste aller Subkulturen". Dies führte dazu, dass sich die Skinhead-Szene traditionsbewusst gab und nicht-subkulturimmanente Elemente wie etwa die Politik bei ihren Szeneangehörigen akzeptierte, aber nicht zu einem der tragenden Pfeiler der Bewegung werden ließ. So war zu beobachten, dass in den 1980er Jahren zwar einige Skinhead-Aktivisten Mitglieder in neonazistischen Vereinigungen wie der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) oder der „Nationalistischen Front" (NF) waren, organisierte Vereinnahmungsversuche etwa der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) aber von der Szene vehement und sogar handgreiflich abgewehrt wurden.[35] Die Erfolglosigkeit rechtsextremistischer Organisationen bei der Werbung um eine dauerhafte Einbindung von Skinheads in deren Strukturen war bis zur Mitte der 1990er Jahre evident, auch wenn sich insgesamt in der Szene eine deutliche rechtsextremistische Politisierung entwickelt hatte.

Erst die Welle der Vereinsverbote, die über die Neonazi-Szene ab 1992 hereinbrach und nahezu alle relevanten bundesweiten und überregionalen Neonazi-Gruppierungen in der Versenkung verschwinden ließ, lieferte den Auslöser für eine Überwindung des Lagerdenkens. Die Neuorganisierung der Neonazi-Szene in lokalen Kameradschaften brachte zunächst persönliche Kontakte zu den gleichfalls örtlichen Cliquen der rechtsextremistischen

[35] So hatten Skinheads 1983 in Berlin ANS/NA-Anhänger verprügelt, nachdem diese Adressenlisten von Skinheads als potentiellen Sympathisanten angelegt hatte und diese von der Polizei beschlagnahmt worden waren. Vgl. hierzu: Menhorn (Anm. 6), S. 151 ff.

Skinhead-Szene hervor und führte in der Folgezeit zu einer Verquickung beider Spektren auf dieser Ebene. Der politische Einfluss von Neonazis auf die Skinhead-Szene in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre äußerte sich zum einen darin, daß innerhalb der Szene Politorganisationen entstanden, die – wie „Blood & Honour" – nationalsozialistisch geprägt waren und politische Aktivitäten innerhalb der eigenen Subkultur möglich machten. Zum anderen schwand auch der Primat der Subkultur gegenüber dem Gefühl vieler Skinheads, dem von Neonazis und NPD ausgerufenen „Nationalen Widerstand" anzugehören. Die erstmalige Beteiligung hunderter Skinheads bei einer von der NPD am 1. Mai 1997 in München durchgeführten Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung machte dies auch öffentlich deutlich. Zwischenzeitlich waren Skinheads bei Demonstrationen von Neonazis und der NPD ein völlig normales Phänomen.

Die Entwicklung geht sogar noch weiter: Seit einiger Zeit bewerten Szeneangehörige, welche politischen Aktivitäten einen hohen Wert beimessen, den ursprünglichen Skinhead-Kult bereits als „altmodisch". Dies korrespondiert auch mit dem bereits oben dargestellten Modetrend in der Jugendszene. Somit wird die Skinhead-Bewegung nicht nur habituell, sondern zuweilen auch in ihrem Selbstverständnis als Auslaufmodell empfunden. Die süddeutsche Musikgruppe „Act of Violence" äußerte auf die Frage eines Szenemagazins, wie die Band den aktuellen Entwicklungen in der „nationalen Musikszene" gegenüberstehe: „Im allgemeinen sind diese ‚Szeneüberschneidungen' und die dazu gewonnene ‚Hörervielfalt' nur zu begrüßen. ... ‚National' und unsere ‚Szene' nur mit dem Skinhead-Kult zu verbinden, ist unserer Meinung nach etwas altmodisch. Selbst wir (innerhalb der Band) sind in unterschiedlichen ‚Lagern' angesiedelt. Es finden sich mittlerweile viele sogenannte Subkulturen im nationalen Lager und anders herum. Warum denn auch nicht? Das Denken wird ja auch nicht durch das Aussehen beeinflußt."[36]

Freilich gibt es noch eine gewisse Anzahl von – meist lebensälteren – Szeneangehörigen, die ihren Kult hochhalten. Doch durchaus vielfach verbreitete Einstellungen wie die zitierte haben die Skinheads innerhalb des rechtsextremistischen Lagers in eine Defensivposition gedrängt. Der frühere Heraus-

[36] O. A., Interview mit Act of Violence, in: Rock Nord, Nr. 108/109, 2004, S. 33.

geber des Chemnitzer Fanzines „Foier Frei“ bemängelte kürzlich in einem Fanzine-Beitrag unter der Überschrift „Skinheads – Relikt der Vergangenheit oder immer noch da?“, man komme ins Grübeln, wenn „Leute, mit denen man eigentlich auf einer Wellenlänge schweben müßte, sich gegen einen wenden, weil man Martens, Jeans und ´nen Button-Down-Hemd trägt. ... Entsprechend traurig finde ich es, wenn heutzutage eben Leute aus der ‚Nicht-Skinhead-Schiene‘ der Meinung sind, korrekte Kurzhaarige irgendwie ausbooten zu müssen. ... Das Zauberwort in diesem Zusammenhang nennt sich ‚kontraproduktiv‘. Klingt furchtbar wichtig und soll nix anderes heißen, als daß Skins dem Fortschritt der nationalen Opposition im Weg stehen. Skinheads schaden also mehr, als daß sie nützen.“[37]

Diese Kritik richtet sich vor allem gegen die bürgerliche Fraktion von Rechtsextremisten aus dem Lager der Neonazis und der NPD. Auch letztere versucht seit Jahren, subkulturelle Jugendliche durch Parteiaktivitäten wie Demonstrationen und Konzerte an sich zu binden. Dies dient für die Partei nicht nur dem Zweck, jugendliches Mobilisierungspotential zu erreichen, sondern auch dazu, im subkulturellen Spektrum vorhandene Politambitionen zu kanalisieren – möglichst strikt auf Parteilinie. So verhindert die NPD letztlich auch die erneute Entstehung eigenständiger Politbestrebungen im Lager der Skinheads, die von der Partei kaum zu kontrollieren sind und durchaus – man denke nur an die lagerinterne Diskussion um die „Schwarzen Blöcke“ der „Autonomen Nationalisten“ bei Demonstrationen der NPD[38] – Störpotential für die beabsichtigte Andockung der Partei an die bürgerliche Mehrheitsgesellschaft besitzen können.

---

[37] „Späche“ (Anm. 31), S. 10 ff.

[38] Vgl. Christian Menhorn, Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den deutschen Rechtsextremismus. Die Strategie und Taktik von Neonationalsozialisten und NPD gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 260 ff.

4.4 Strukturierung

Das Werben von Neonazis und NPD um das Potential des jugendsubkulturellen rechtsextremistischen Lagers ist auch Ausdruck einer veränderten Strukturierung der rechtsextremistischen Skinhead-Szene, der vierten und letzten wichtigen Säule der Subkultur. Seit Mitte der 1990er Jahre hatte innerhalb der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ein Trend hin zum Aufbau szeneinterner Politorganisationen mit hierarchischem Organisationsstruktur und expliziter politischer Ausrichtung begonnen. Grundlage für diese Entwicklung war die zunehmende Politisierungstendenz der Szene, die sich gleichzeitig aber noch nicht völlig von ihrer traditionellen Eigenständigkeit als Subkultur gelöst hatte. Die wichtigsten Sammlungsbewegungen für das politisch ambitionierte Potential der Szene waren die „Hammerskins“ und „Blood & Honour“ (B&H), beides Organisationen mit einem politisch-elitären Anspruch, gleichzeitig aber auch mit einer Konzentration ihrer Aktivitäten fast ausschließlich auf den subkulturellen Bereich. Damit stellten Beide eine nahezu ideale Verbindung zwischen Subkultur und Politik dar und befähigten politisch ambitionierte Skinheads, innerhalb ihrer eigenen Subkultur entsprechende Aktivitäten hervorzubringen, ohne in das Spektrum der Neonazis oder gar der NPD wechseln zu müssen.

Der Erfolg von „Blood & Honour“ in den sechs Jahren von der Gründung der deutschen „Division“ 1994 bis zum Verbot durch den Bundesminister des Innern im Jahr 2000 belegte durchaus das Vorhandensein eines entsprechenden politaktivistisch ausgerichteten Potentials innerhalb der Szene. Immerhin gelang es der Gruppierung, zu ihren Hochzeiten rund 250 Mitglieder einzubinden, die durch deren elitäre Auswahl meist zu den herausragenden Aktivisten der deutschen Skinhead-Szene gehörten. Zudem beeinflusste „Blood & Honour“ in den späten 1990er Jahren die rechtsextremistische Konzertszene entscheidend. Dies verlieh der Organisation auch außerhalb der Grenzen des subkulturellen Spektrums ein gewisses Gewicht. Das Verbot von B&H hinterließ in der Szene ein Vakuum sowohl in personeller als auch in ideologischer Hinsicht. Eine Reihe von B&H-Funktionären verließ die Szene und wechselte in das Spektrum der „Freien Nationalisten“, etliche andere zogen sich ganz aus der politischen Betätigung zurück.

Innerhalb der Skinhead-Szene ist seitdem keine Organisation mehr existent, die einen primären politischen Anspruch besitzt. Auch die „Hammerskins“ haben es mangels Quantität und Qualität ihres Mitgliederbestandes bislang nicht geschafft, diese Entwicklung umzukehren. Wenn einschlägige Aktivitäten von Mitgliedern der „Hammerskins“ ausgehen, beschränken sich diese auf vereinzelte Konzerte oder werden dort, wo „Hammerskins“ gleichzeitig Mitglieder von Kameradschaften sind, unter dem Dach von neonazistischen Strukturen ausgeübt. Damit verbleibt – sieht man einmal von der rechtsextremistischen Musikszene ab – kaum mehr ein relevanter politischer Gehalt in der Skinhead-Szene. In der Folge sind heutige Szeneaktivisten, wenn sie denn das jugendliche Alter mit seinen subkulturellen Präferenzen verlassen haben und sich zielgerichteten politischen Aktivitäten zuwenden wollen, gezwungen, in das Spektrum der Neonazis oder zur NPD zu wechseln. Beide Lager haben mit dem „Kampf um die Straße“ ein wesentliches aktionistisches Betätigungsfeld in die Strategie der „Volksfront von rechts“ aufgenommen und kommen somit subkulturell geprägten Aktivisten deutlich entgegen. Insgesamt ist durch den Wegfall szeneinterner politisch ausgerichteter Strukturen eine deutliche Schwächung der Skinhead-Szene eingetreten. Zudem trägt die Orientierung an anderen Spektren des rechtsextremistischen Lagers zu einer weiteren Erosion der traditionellen Subkultur bei.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vier fundamentalen Pfeiler der Skinhead-Bewegung in Deutschland, wie sie seit dem Beginn der 1980er Jahre besteht, haben bereits vor geraumer Zeit begonnen zu bröckeln. Wesentliche Alleinstellungsmerkmale in den Bereichen von Kleidung, Musik und szeneinternem Selbstverständnis sind einer Beliebigkeit von Stilen und Einstellungsmustern gewichen, welche die lange Zeit recht homogene Subkultur zu einer amorphen Jugendbewegung gemacht haben. Mit dem Verlust wesentlicher visueller und inhaltlicher Eckpunkte schwindet auch der Wiedererkennungswert der Skinhead-Subkultur, was wiederum zu einem Rückgang an Neuzugängen führt. Das beherrschende Merkmal dieses Wandels ist die Hervorhebung der politischen Einstellung bzw. der Zugehörigkeit zum rechtsextremistischen Lager, das die subkulturellen Traditionen mehr und mehr in den Hintergrund rückt.

Quantitativ scheint die Bewegung zu stagnieren; die Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz für die letzten Jahre deuten dies zumindest für den rechtsextremistischen Part der Bewegung an. Möglicherweise durchläuft ein Teil derjenigen Jugendlichen, die früher in der Skinhead-Szene anpolitisiert wurden, gar nicht mehr dieses Spektrum, sondern wird sofort in ausschließlichen Politbereichen wie dem Neonazi-Lager, den „Autonomen Nationalisten“ oder den „Jungen Nationaldemokraten“ sozialisiert. Augenscheinliche Ähnlichkeiten zwischen Skinhead-Subkultur und der Polit-Subkultur der „Autonomen Nationalisten“, etwa was die antibürgerliche Haltung oder die Gewaltaffinität anbetrifft, könnten für diese These sprechen. Auch die zeitliche Korrelation ist auffällig: In dem Maße, in dem die Skinhead-Szene seit Anfang des Jahrzehnts an Attraktivität verlor, traten die AN seit etwa 2003 verstärkt in Erscheinung.

Wie also wird der Kult zukünftig aussehen? Sicherlich werden einzelne Teile der Bewegung ihre Traditionen zu bewahren versuchen. Die besten Überlebenschancen hat die Bewegung in ihrer „unpolitischen“ Ausprägung; dort ist das Traditionsbewusstsein noch am stärksten ausgeprägt. Auch im rechtsextremistischen Part des Kultes gibt es noch etliche Vertreter, die der Kontinuität ihrer Subkultur verpflichtet sind. Hierzu gehören vor allem lebensältere Szenevertreter, die bereits in den 1990er Jahren oder noch davor in der Szene sozialisiert wurden. Über besondere Einflussmöglichkeiten verfügen solche Aktivisten, die in Musikgruppen spielen oder Fanzines herausgeben. Doch ihre Bedeutung schwindet in dem Maße, wie jüngere Neuzugänge von anderen Jugendsubkulturen beeinflusst werden. Auch allgemeine Entwicklungen tragen zur Erosion der Subkultur bei: Der Trend weg von den Printmedien der Szene hin zur Internet-Homepages und Blogs verstärkt die Traditionsvergessenheit ihrer Anhänger.

Im Ergebnis hat sich in den letzten Jahren eine sehr heterogene rechtsextremistische Jugendszene gebildet, deren Mitglieder zwar Stilelemente der früheren Skinhead-Bewegung übernommen haben, aber auf Basis eines rechtsextremistischen Ideologiefundaments insgesamt bereit sind, eine weitgehende habituelle Beliebigkeit walten zu lassen. Wahrscheinlich wird in diesem Spektrum der Szene die Skinhead-Subkultur bis auf einige wenige Restvertreter ihrer Art wohl früher oder später in die Geschichte eingehen. Zwar

hat damit der Kult – wie von Marshall vorausgesehen – das 21. Jahrhundert noch erreicht. Und er mag stolz darauf sein, zumindest seinen 40. Geburtstag erlebt zu haben – wenn aber auch vielleicht bereits auf dem Sterbebett.

„Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ)

Eine Analyse zur Rolle eines militärorientierten Magazins in der rechtsextremistischen Publizistik

Elmar Vieregge

1. Einleitung und Fragestellung

Rechtsextremisten stehen bei ihren Agitationsbemühungen unter anderem vor den Problemen, dass Massenmedien ihre Veröffentlichungen nicht besprechen oder als antidemokratische Erzeugnisse zurückweisen. Da die meisten Buchhändler auf einen Vertrieb entsprechender Publikationen verzichten und Zeitschriftenläden sie kaum ins Sortiment nehmen, bietet es sich für Rechtsextremisten an, ihre Motivation zu verdecken. Sie können sich zudem in Themengebieten engagieren, welche auch demokratisch eingestellte Bürger beschäftigen, und durch moderate Äußerungen Leser erreichen, die ansonsten als extremistisch erkennbare Schriften nicht beachten.

Ein solches Themengebiet ist das Militärwesen. Zu den dazu im Zeitschriftenhandel erhältlichen Periodika gehört die „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ). Sie richtet sich an aktive und ehemalige Soldaten sowie militärgeschichtlich, wehrpolitisch oder waffentechnisch interessierte Leser. Rechtsextremisten schätzen das Militärwesen, da sie im Kampf einen positiven Aspekt des Lebens sehen, der die Starken von den Schwachen scheidet. Sie verherrlichen die Streitkräfte des Dritten Reiches und legitimieren dessen Außenpolitik, während sie die verteidigungspolitische Ausrichtung der Bundesrepublik ablehnen. Im Fall der DMZ stellt sich die Frage, ob ihre Beschäftigung mit dem Soldatentum rechtsextremistisch motiviert ist. Sollte dies zutreffen, wäre zu untersuchen, welche Rolle dem Magazin zugedacht ist.

Zur Klärung einer möglichen Einbindung in die rechtsextremistische Szene bedarf es zunächst einer Betrachtung der organisatorischen Entwicklung der Zeitschrift. Eine darauf folgende Erörterung des Selbstbildes der Verantwortlichen verspricht Erkenntnisse über Ausrichtung und Aufgabe der Publikation. Anhand der anschließenden Analyse der wichtigsten Artikel verdeutlichen sich zentrale Berichtsfelder, die redaktionelle Line sowie rechtsextremistische Inhalte. Darüber hinaus verspricht die Auswertung

abgedruckter Interviews Erkenntnisse darüber, an welche Personenkreise sich die DMZ richtet und wer sie als Gesprächspartner akzeptiert. Schließlich soll eine Untersuchung der Werbeanzeigen Hinweise auf die Geschäftskontakte des Magazins, insbesondere seine ökonomischen Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinigungen liefern.

2. Entwicklung

Die DMZ erschien erstmalig im April 1995 in einem zweimonatlichen Turnus im DMZ-Verlag. Das mit Ausnahme des Umschlags zunächst in schwarz-weiß gedruckte Magazin hatte das Format DIN A4. Es bestand mehrheitlich aus Texten über die Bundeswehr sowie Artikeln und Zeitzeugenberichten über den Zweiten Weltkrieg. Ein besonderes Augenmerk lag auf Beiträgen über Flucht und Vertreibung deutscher Zivilisten gegen Kriegsende und über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener. Zur Intention der Schrift äußerte sich der Redaktionsleiter Harald Thomas in der ersten Ausgabe. Danach sollte der „Erlebnisgeneration“ eine Plattform geboten, ihr „geistige(s) Erbe“ fortgeführt und eine „Brückenfunktion“ zu den in der Bundeswehr dienenden Soldaten erfüllt werden.[1] Das Heft finanzierte sich durch Verkaufserlöse sowie Anzeigen. Darunter befanden sich bereits in der ersten Nummer Werbemitteilungen der rechtsextremistischen Verlage „Druffel“ und „Nation Europa“.[2]

2.1 Erster Wechsel der Herausgeberschaft

Das Magazin erschien in den folgenden Jahren konstant, enthielt zunehmend farbige Seiten und wurde auch über den Zeitschriftenhandel vertrieben. Dennoch änderte sich der verlegerische Hintergrund. Ab 1998 erschien es alle drei Monate mit einem Umfang von 80-100 Seiten bei der „Medien-Marketing-Team GmbH“ (MTM) aus Bad Soden-Salmünster. Der neue Redaktionsleiter, Wolfgang Dischert, war kein einschlägig bekannt gewordener Publizist. Allerdings entwickelte sich mit Claus Nordbruch einer seiner

---

[1] Vgl. Harald Thomas, Ganz normal?, in: DMZ, Nr.1, April-Juni 1995, S. 5.

[2] Vgl. ebenda, S. 14, 26.

ständigen Mitarbeiter[3] nach der Jahrtausendwende zu einem überdurchschnittlich aktiven rechtsextremistischen Autor. Darüber hinaus gehörten mit Emil Schlee und Wolfgang Strauss weitere Autoren des rechtsextremistischen Publikationswesens zum Kreis der freien Mitarbeiter.[4] Trotzdem gewann die DMZ mit dem Berliner Innensenator Jörg Schönbohm[5] sowie dem später wegen einer als antisemitisch bewerteten Rede aus seiner Partei ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann[6] zwei im Militärwesen engagierte CDU-Politiker für Interviews. Die Redaktion erweiterte den Kreis der Anzeigenkunden, zu denen neben einem Anbieter von Modellbausätzen[7] sowie unauffälligen Verlagen auch der rechtsextremistische „Grabert Verlag“ gehörte.[8] Schwerpunkte der Berichterstattung waren der Zweite Weltkrieg und die Bundeswehr.

2.2 Engagement des „Arndt-Verlags“

Im September 2003 ging das MTM in die Insolvenz und es kam zu einem erneuten Verlagswechsel. Die Herausgabe erfolgte daraufhin durch einen zuvor nicht im rechtsextremistischen Publikationswesen bekannten „Verlag Deutsche Militärzeitschrift“ (VDMZ) aus Berchtesgaden und den Chefredakteur Josef Gruber.[9] Das Heft erschien nun durchgehend farbig, mit einem Umfang von 84 Seiten und einer erhöhten Anzahl von Abbildungen.

---

3 Vgl. Claus Nordbruch, Helmut Schmidt. Porträt eines Patrioten, in: DMZ, Nr. 19, Oktober-Dezember 1999, S. 8-10, hier S. 10.

4 Vgl. DMZ, Nr. 31, Oktober-Dezember 2002, S. 98.

5 Vgl. Jörg Schönbohm, Berlin – Ein Sicherheitsrisiko?, Interview mit Wolfgang Dischert, in: DMZ, Nr. 16, Januar-März 1999, S. 32-35.

6 Vgl. Martin Hohmann, Deutsche Soldaten, die Deutschen und Europa, Interview mit Wolfgang Dischert, in: DMZ, Nr. 30, Juli-September 2002, S. 28-31.

7 Vgl. z. B. DMZ, Nr. 19, Oktober-Dezember 1999, S. 2; Nr. 24, Januar-März 2001, S. 2; Nr. 26, Juli-September 2001, S. 83.

8 Vgl. z. B. DMZ, Nr. 26, Juli-September 2001, S. 67; Nr. 27, Oktober-Dezember 2001, S. 99; Nr. 28, Januar-März 2002, S. 83; Nr. 29, April-Juni 2002, S. 99; Nr. 30, Juli-September 2002, S. 83; Nr. 31, Oktober-Dezember 2002, S. 99.

9 Vgl. Josef Gruber, Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004, S. 3.

Augenscheinlich lag lediglich ein Wechsel aus wirtschaftlichen Gründen vor, doch schon die erste unter neuer Herausgeberschaft erschienene Nummer enthielt Hinweise darauf, dass hinter dem VDMZ der von Dietmar Munier in Kiel betriebene „Arndt-Verlag“ stand. Hierbei handelte es sich um ein rechtsextremistisches Unternehmen, das unter anderem Bildbände mit apologetischen Texten zum Dritten Reich veröffentlichte.

Die Verbindung mit Muniers Unternehmen zeigte sich dadurch, dass die beiden ersten unter Verantwortung des VDMZ publizierten Ausgaben ein im „Arndt-Verlag“ erschienenes Buch über die militärische Beteiligung des Dritten Reiches am Spanischen Bürgerkrieg thematisierten.[10] Dies geschah allerdings nicht in Form einer neutralen Besprechung, sondern durch zwei vom Verfasser des Buches erstellte Artikel, wodurch die DMZ eine Veröffentlichung des Verlages redaktionell begleitete und werbend förderte.[11] Diese Vorgehensweise sollte in den folgenden Jahren zu einer regelmäßig auszumachenden Methode werden.

Ein weiterer Hinweis auf eine Tätigkeit Muniers bestand in der auffallenden Präsenz ganzseitiger Anzeigen für Bücher des in Selent bei Kiel angesiedelten „Pour le Mérite-Verlags“.[12] Dieser gehörte zum Unternehmen Muniers und diente zur Verbreitung von Büchern „mit nicht eindeutig rechtsextremistischem Inhalt zu militärhistorischen Themen“.[13] Auf ein Engagement Muniers deutete auch hin, dass in das zweite nach dem Herausgeberwechsel gedruckte Heft ein mit „Lesen & Schenken“ betitelter Prospekt des „Arndt-Verlages“ eingeheftet war. Zudem pries Munier die DMZ in einem vor die Titelseite gehefteten Beiblatt als Zeitschrift für „nationalbewußte Leser“, wobei er es als „ganz wichtig“ erachtete, dass aufgrund des Vertriebs

---

[10] Vgl. Richard Lobsien, Legion Condor. Sie flogen jenseits der Grenzen, Kiel 2003.

[11] Vgl. ders., Legion Condor. Erster Feldzug der deutschen Wehrmacht, in: DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004, S. 22-27; ders. Legion Condor. Heimkehr nach drei Jahren, in: DMZ, Nr. 38, März-April 2004, S. 28-33.

[12] Vgl. DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004, S. 2, 55.

[13] Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Heike Hänsel, Inge Höger und der Fraktion Die Linke, Drucksache 16/5082, 18. Mai 2007, Antwort zu Frage 14.

über den regulären Zeitschriftenhandel die Verbreitung von Texten „nicht mehr jenseits der Öffentlichkeit in abgeschlossenen Zirkeln statt(findet)“.[14]

Auf den Umstand, dass mehr als eine Kooperation zwischen Munier und einer unabhängigen Zeitschrift vorlag, wies auch eine beigeheftete Abonnementbestellkarte des Magazins hin. Während das Impressum der DMZ Berchtesgaden als Standort nannte,[15] wies die Karte als Anschrift des VDMZ das Postfach 52 in Selent auf, unter dem bereits der „Pour le Mérite-Verlag“ firmierte.[16] Die Verbindung manifestierte sich zudem Ende 2005 durch eine Sondernummer, die aus einer Kombination des aktuellen „Lesen & Schenken-Katalogs" mit ausgewählten DMZ-Artikeln bestand. Später belegte die Eintragung Muniers als Administrativer Ansprechpartner der Webseiten des insolventen MTM[17] und der DMZ[18] seine Verantwortung für das Magazin.

Im Frühjahr 2005 kam es nach Angaben der Redaktion zur einvernehmlichen Ablösung des Chefredakteurs durch Manuel Ochsenreiter,[19] einem ehemaligen Redakteur der sowohl von Rechtsextremisten als auch von konservativen Demokraten gelesenen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF).[20] Unter seiner Leitung erschien das Heft in den nächsten Jahren regelmäßig. 2009

---

[14] Dietmar Munier, Sehr geehrte Damen und Herren, in: DMZ, Nr. 38, März-April 2004, Vorblatt.

[15] Vgl. ebenda, Impressum, S. 82. Die Kontaktanschrift lautete: Postfach 1162 in 83461 Berchtesgaden.

[16] Vgl. Pour le Mérite-Verlag, Anzeige. Eichenlaub, das nie verwelkt!, in: DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004, S. 2.

[17] Vgl. Domainabfrage-Ergebnis zu mtm-versand.de, in: www.denic.de/webwhois/info, Abfrage vom 26. Juni 2008. Domain-Inhaber war die Lesen & Schenken GmbH.

[18] Vgl. Domainabfrage-Ergebnis zu deutschemilitaerzeitschruft.de, in: www.denic.de/webwhois, Abfrage vom 2. Juni 2009. Domain-Inhaber war der Arndt-Buchdienst. Zudem erfolgte ein Bekenntnis der Verantwortung Muniers sowie der Zugehörigkeit des VDMZ zur Lesen und Schenken GmbH unter: www.deutschemilitaerzeitschrift.de/index2.htm (gelesen am 20. Juni 2009).

[19] Vgl. Manuel Ochsenreiter, Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 44, März-April 2005, S. 3.

[20] Vgl. ders., Tribunale von Nürnberg und Bagdad als blanke Siegerjustiz, Interview mit Arne Schimmer, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2008, S. 3.

hatte das zum Preis von 7,50 Euro offerierte Magazin nach eigenen Angaben eine Auflage von 22.800 Exemplaren.[21]

3. Selbstbild

Bereits unter der Herausgeberschaft des MTM fand sich auf der jeweils dritten Seite der Hefte eine die Intention der DMZ vorstellende Mitteilung. Die Verantwortlichen fühlten sich „verpflichtet, Missstände offen auszusprechen, auch wenn es dem Zeitgeist nicht entspricht“ und bekannten sich gleichzeitig zu den „Werte(n) der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik“. Die für den VDMZ tätige Redaktion übernahm diesen Text und druckte ihn ab Anfang 2004 an gleicher Stelle ab. Zudem gab der damalige Chefredakteur Gruber an, dass die DMZ „weder den ehemaligen Soldaten der Wehrmacht noch denen der Nationalen Volksarmee … Rang und Anerkennung“ verwehrt, „gänzlich unbefangen“ berichte und eine Sichtweise „ohne Ausblendungen und ohne Tabus“ habe.[22]

Durch den weiteren Abdruck der MTM-Mitteilung mit ihrem Bekenntnis zu den bundesrepublikanischen Werten schien sich zunächst eine Distanz der Verantwortlichen zur rechtsextremistischen Szene zu ergeben. Gleichwohl zeigte sich in Grubers Selbstdarstellung eine vor allem unter Rechtsextremisten verbreitete Haltung. Danach herrsche in der Publizistik der Bundesrepublik bezüglich der Einschätzung des Zweiten Weltkrieges eine befangene Berichterstattung, welche die Sicht auf das Dritte Reich mit Tabus belege. Dabei ist zu beachten, dass eine Person mit einer derartigen Haltung nicht automatisch Rechtsextremist sein muss. Es könnte sich sowohl um einen konservativen Demokraten handeln, dem der Zeitgeist nicht behagt, als auch um einen Rechtsextremisten, der die Werte der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik ablehnt und sich um eine Beeinflussung konservativer Bürger bemüht.

---

[21] Vgl. DMZ, Inserenten-Preisliste Nr. 11. Gültig ab 1. Januar 2004, elektronisch veröffentlicht unter: www.mtm-versand.de/dmz/dmz-interessenten.htm (gelesen am 20. Juni 2009).

[22] Josef Gruber, Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004, S. 3.

Dass sich die nach 2004 verantwortlichen Personen dieses Zwiespalts bewusst waren, zeigte sich anhand Muniers Charakterisierung der DMZ als Heft für den „nationalbewußten Leser“ sowie seiner Freude über eine Verbreitung jenseits der „abgeschlossenen Zirkel“. Diese Äußerungen eines bekannten rechtsextremistischen Verlegers machten das abgedruckte Bekenntnis zu den demokratischen Werten unglaubwürdig. Tatsächlich dürfte sich Munier mit seinen Mitarbeitern nicht nur als Streiter gegen den Zeitgeist, sondern auch als Verfechter von Werten aus der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gesehen haben. Dies belegen auch Stellungnahmen, mit denen sich Munier in zwei Sonderausgaben an die Leser wandte. Darin beklagte er in einer für das rechtsextremistische Verlagswesen typischen Weise eine „irreführende und verzerrende Dauerberieselung durch Schule und Fernsehen“, der er die DMZ als Verbreiter der „reine(n) historische(n) Wahrheit“ gegenüberstellte und sie als Zeitschrift beschrieb, die „ohne Umerziehung und Politische Korrektheit“ „die Ehre der deutschen Wehrmacht … hoch(hält) und … deren Verleumdern entgegen(tritt)“.[23] Nach seiner Ansicht „überschütten (Schulen, Fernsehen und Zeitungen) unser Volk … unablässig mit antideutscher Propaganda“, was die DMZ zu einem Gegenspieler zu einer „Einheitsfront der Geschichtsfälscher“[24] machte. Im gleichen Tenor beschrieb der Chefredakteur Ochsenreiter das Magazin als Zeitschrift, die „historische Tabuthemen“ behandelt und es nicht zulasse, dass aus der „deutschen Geschichte ein Verbrecheralbum gemacht wird“.[25]

Die Aussagen entsprechen der traditionellen Argumentationskette deutscher Rechtsextremisten, nach der die von den USA betriebene Reeducation primär der Diffamierung der Wehrmacht und des NS-Staates diente, um die heutige Gesellschaft durch eine gelenkte Einflussnahme auf die Massenmedien und eine damit verbundene Fälschung der Geschichte zu manipulieren. Munier und die mit ihm kooperierenden Personen verbanden mit der DMZ die Hoffnung, diesem Zustand entgegentreten zu können und durch eine militärgeschichtliche Publikation aus der Isolation herauszukommen, um

---

[23] Dietmar Munier, Verehrte Leser, in: DMZ, Sonderausgabe 2005, S. 2.

[24] Ders., Verehrte Leser, in: DMZ, Sonderausgabe 2006, S. 2.

[25] Manuel Ochsenreiter, Verehrter Leser, in: ebenda, S. 113.

nicht mehr nur die „abgeschlossenen Zirkel“ der rechtsextremistischen Leserschaft, sondern einen größeren Interessentenkreis zu erreichen.

4. Inhalt

Die einzelnen Ausgaben der DMZ bestehen aus großzügig bebilderten Artikeln, Interviews sowie einzelnen Seiten mit Buchbesprechungen, Nachrichten und Leserbriefen. Da der Herausgeber Ende 2003 zuletzt wechselte und für eine Einschätzung der Zeitschrift die seitdem erschienenen Ausgaben entscheidend sind, bedarf es einer Analyse der ab Nr. 37 (Januar-Februar 2004) veröffentlichten Hefte.

4.1 Themenschwerpunkte

In diesen Ausgaben erfolgte so gut wie keine Berichterstattung über Geschehnisse der Antike oder des Mittelalters, so dass etwa Beiträge zum 2000-jährigen Jahrestag der Varusschlacht Ausnahmen aus aktuellem Anlass blieben.[26] Ebenso gering war, trotz der einschneidenden Bedeutung des Dreißigjährigen Krieges für die Entwicklung Deutschlands, das Interesse an der frühen Neuzeit. Ereignisse des 18. Jahrhunderts wurden im Zusammenhang mit der Militärgeschichte Preußens betrachtet, wobei es zunächst bei einem Beitrag pro Heft blieb. Ebenso verhielt es sich mit Artikeln über das Wilhelminische Reich. Nahezu bedeutungslos war hingegen die Entwicklung der Weimarer Republik.[27] Im Kontrast dazu bildete die Periode des Dritten Reiches ein zentrales Berichtsfeld der DMZ-Autoren, denen es vor allem um Wehrmacht und Waffen-SS sowie deren Bewertung durch die Nachkriegs-

---

[26] Vgl. Enno Dressler, Hermannschlacht, in: DMZ, Nr. 69, Mai-Juni 2009, S. 20-24; Markus Junkelmann, „Massive Angriffe“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ebenda, S. 26-29; Enno Dressler, Kampf gegen Rom, in: DMZ, Nr. 70, Juli-August 2009, S. 56-60.

[27] Zu den wenigen Ausnahmen gehörten die Artikel von Hans-Joachim von Leesen: Sozialdemokrat und Patriot. Wie Gustav Noske Deutschland vor der Räterepublik bewahrte, in: DMZ, Nr. 45, Mai-Juni 2005, S. 30-35; Der Präsident. Paul von Hindenburg Teil II, in: DMZ, Nr. 55, Januar-Februar 2007, S. 58-62.

gesellschaft ging. Das zweitwichtigste Berichtsfeld betraf die Bundeswehr, während die einstigen Streitkräfte der DDR nur gelegentlich in Erinnerung gerufen wurden. Daneben enthielten die Hefte Beiträge über Militärtechnik und internationale Sicherheitspolitik. Gelegentlich wandten sie sich an zwei Personenkreise mit einem militärbezogenen Hobby - die Modellbauer sowie die auf die Nachstellung historischer Schlachten konzentrierte Reenactment-Szene. Mit diesen Themen rundete die Redaktion zwar ihre Palette ab, im Focus ihrer publizistischen Tätigkeit standen hingegen die Streitkräfte des Dritten Reiches, was zu einer deutlichen Dominanz entsprechender Artikel führte und vor allem auf am Zweiten Weltkrieg interessierte Leser zielte.

Auch wenn diese Ausrichtung nach der Übernahme der Redaktionsleitung durch Manuel Ochsenreiter weiter bestand, verschoben sich 2005 die Akzente etwas. Zunächst verringerte sich die Präsenz der preußischen Geschichte zugunsten einer gelegentlichen Beachtung des Ersten Weltkrieges. Den nationalsozialistischen Streitkräften widmeten sich weiterhin die meisten Heftseiten, doch nahm der Umfang der Berichterstattung leicht ab. Das Thema Bundeswehr behielt seinen Stellenwert, so dass es nun zwei gleichwertige Schwerpunkte gab. Damit sowie aufgrund einer intensiveren Betrachtung moderner Waffensysteme und der internationalen Politik richtete sich die DMZ unter anderem auf die Interessen aktiver Bundeswehrangehöriger sowie sicherheitspolitisch interessierter Zivilisten aus. Außerdem thematisierte das Magazin verstärkt den Modellbau[28] und weitere militärbezogene Freizeitangebote wie Reenactment-Veranstaltungen,[29] Museen[30] oder aktuelle Fernseh- und Kinofilme.[31] Insgesamt erfolgte eine maßvolle

---

[28] Vgl. z. B. Willy Quessner, Der „Tiger“ I. Panzerkampfwagen VI im Maßstab 1:35, in: DMZ, Nr. 56, März-April 2007, S. 66-68; ders., Gefürchteter Panzerjäger. „Marder“ III im Maßstab 1:35, in: DMZ, Nr. 58, Juli-August 2007, S. 68-70.

[29] Vgl. Kai Pfürstinger, Donner und Qualm. Gelebte Geschichte: Napoleon-Biwak auf der Stolpener Burg, in: DMZ, Nr. 53, September-Oktober 2006, S. 54-57; Falk Springer, Und die Erde bebt! Das Militärfahrzeugtreffen „Bahna“, in: DMZ, Nr. 70, Juli-August 2009, S. 64-69.

[30] Vgl. Kai Pfürstinger, Legenden um Börnersdorf. Die DMZ zu Besuch in einem Privatmuseum in Sachsen, in: DMZ, Nr. 69, Mai-Juni 2009, S. 70-72.

[31] Vgl. etwa Markus Schwerdtfeger, Geschichte mit Weichzeichner. Die Sat 1-

Veränderung, mit der das Heft seine Themenpalette verbreiterte, sich dadurch an neue Leserkreise wandte und gleichzeitig weiterhin seine hauptsächlich an den NS-Streitkräften ausgerichteten Kunden ansprach.

4.1.1 Drittes Reich

Die redaktionelle Linie der DMZ beinhaltete keine Ablehnung des Dritten Reiches. Vielmehr trat in mehreren Fällen eine vorsichtig positive Haltung hervor. Dies erfolgte unter anderem dadurch, dass mehrere Artikel derart reichhaltig mit propagandistischen Farbfotos ausgestattet waren, dass sie wie eine Selbstdarstellung der Diktatur wirkten. So bewarb die Zeitschrift einen Bildband des „Arndt-Verlages“ über den Reichkriegertag 1939 mit ganzseitigen Werbebotschaften, die vor allem aus Propagandafotos paradierender SS-Soldaten vor wehenden Hakenkreuzfahnen bestanden.[32] Mit der für die DMZ üblichen Methode, die Verlagsveröffentlichungen redaktionell zu unterstützen, verfasste ihr Stammautor Richard Lobsien einen werbenden Artikel, in dem der positive Bezug zum Dritten Reich noch deutlicher hervortrat. Der Beitrag war derart massiv mit Marschformationen und Hakenkreuzfahnen zeigenden historischen Fotos ausgestattet, dass die Propagandabilder genauso viel Platz einnahmen wie der Text. Sie dienten dadurch nicht als dokumentarischer Beleg, sondern der positiven Darstellung der NS-Diktatur. Dem entsprach auch eine Wortwahl, die jegliche Distanz vermied und den glorifizierenden Stil einer 1939 gedruckten Propagandaschrift hatte.[33] So sah der Verfasser ein „einzigartige(s) Fest soldatischer Volksgemeinschaft“ und drückte seine Begeisterung für den Auftritt des Diktators mit folgenden Sätzen aus: „Kurz nachdem das Flugzeug des Reichskanzlers auf dem Flugplatz

---

Produktion „Die Luftbrücke“, in: DMZ, Nr. 49, Januar-Februar 2006, S. 72f.; Markus Schwerdtfeger, Dauerfeuer auf der Leinwand. Der US-Thriller Mission Impossible III, in: DMZ, Nr. 52, Juli-August 2006, S. 64-66; Michael Hofer, Blutiger Bruderkampf. Koreakrieg wird filmisch aufgearbeitet, in: DMZ, Nr. 53, September-Oktober 2006, S. 70-72.

[32] Vgl. Anzeige zu: Werner Landhoff, Großdeutscher Reichskriegertag 1939, Kiel 2006, in: DMZ, Nr. 1/2007, Sonderausgabe. Die Waffen-SS, S. 11.

[33] Vgl. Propagandaabteilung des NS-Reichskriegerbundes (Hrsg.), Großdeutscher Reichskriegertag 1939, Berlin 1939, S. 7-15, 21-24.

Waldau gelandet ist, branden Heilrufe auf, und unter frenetischem Beifall fährt Adolf Hitler mit seiner Wagenkolonne vor. Der Präsentiermarsch klingt auf, und Hitler schreitet die Fronten ab. Zehntausende von Fahnen senken sich zum Gruß. Hitlers Gruß ‚Heil Kameraden!' beantworten die 300.000 Männer des Reichskriegerbundes mit einem donnernden ‚Heil, mein Führer!'"[34]

Während die Selbstinszenierung des Dritten Reiches sowie dessen Militärpolitik positiven Anklang fanden, wurde es gleichzeitig als defensive und friedliche Macht dargestellt. In einem Beitrag hieß es dazu: „Entgegen der heutigen Schulbuchdarstellungen rüstete Deutschland nach 1933 keineswegs radikal auf, sondern vernachlässigte diese Aufgabe ganz im Gegenteil zugunsten ziviler Bauvorhaben wie dem Autobahnbau, dem sozialen Wohnungsbau und staatlicher Repräsentativbauten. Rein defensive Maßnahmen wie der Bau des Westwalls verschlangen einen Großteil des volkswirtschaftlich vertretbaren Rüstungsgesamtbudgets."[35] In diesem Sinn schrieben Autoren der DMZ den Gegnern des NS-Staates, insbesondere Großbritannien und Polen, in einer Weise eine Mitverantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu, dass das Dritte Reich lediglich als ein Akteur unter Vielen erschien.[36] Sie sahen keinen ideologischen Hintergrund für den Angriff auf die Sowjetunion und behaupteten stattdessen einen Präventivschlag,[37] bei

---

[34] Richard Lobsien, Reichskriegertag 1939, in: DMZ, Nr. 54, November-Dezember 2006, S. 32-36, hier S. 33, 36.

[35] Meinolf Reitz, Karl Dönitz, in: DMZ, Nr. 49, Januar-Februar 2006, S. 16-20, hier S. 18.

[36] Vgl. Heinz Magenheimer, Am Vorabend des Krieges, in: DMZ, Nr. 69, Mai-Juni 2009, S. 32-37; ders., Entfesselung des Krieges, in: DMZ, Nr. 70, Juli-August 2009, S. 50-55; Stefan Scheil, „Skurriles Geschichtsbild". Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 69, Mai-Juni 2009, S. 38-42.

[37] Vgl. Norbert Fred Sauermilch, Krieg im Osten in Briefmarken, in: DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004, S. 28-32, hier S. 30; Alfred Schickel, „Ein Wellenbrecher!", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 66, November-Dezember 2008, S. 52-54, hier S. 52; Carsten Fromm, Die Legende vom „Überfall", in: DMZ, Nr. 70, Juli-August 2009, S. 28-32.

dem „das Deutsche Reich einem Angriff der ... Sowjetunion zuvorkam“.[38]

Im Vergleich zur ständigen Thematisierung des Zweiten Weltkrieges wurde der auf deutscher Seite maßgebliche Entscheidungsträger Adolf Hitler nur selten beachtet. Wenn es dazu kam, geschah auch dies selektiv durch Übergehen seiner ideologischen Überzeugungen, insbesondere seines Rassismus, seiner Gewaltbereitschaft sowie seines Expansionswillens. Hitler erschien stattdessen lediglich als Soldat des Ersten Weltkriegs[39] oder Militärbefehlshaber im Zweiten Weltkrieg. Dabei kam es durchaus zu kritischen Äußerungen; diese beschränkten sich jedoch auf militärische Entscheidungen und ließen den verbrecherischen Charakter der Diktatur Hitlers außer Acht.[40] So relativierte auch der durch sein Engagement für den rechtsextremistischen Verleger Gert Sudholt bekannt gewordene Ex-Bundeswehr-General Gerd Schultze-Rhonhof die Schuld des Diktators am Kriegsausbruch durch eine Hervorhebung seiner Gegner als Mitverantwortliche.[41]

Autoren des Magazins relativierten auch die Verantwortung anderer führender NS-Funktionäre, indem sie deren Verbrechen komplett ausblendeten oder nur am Rande erwähnten, um sie dann durch ein Herausstellen unbelasteter Tätigkeiten zu überblenden. Dies galt für Reinhard Heydrich, den der Verfasser eines Artikels nicht als Organisator des Holocaust, sondern lediglich als Militärpilot vorstellte. Auf die von Heydrich verübten Verbrechen verwies er kurz mit der Bemerkung, dass sein „Name mit Blut in die Geschichte Europas und des tschechischen Volkes eingeschrieben ist“, um ihn ansonsten als „ausgezeichnete(n) Fechter, … gute(n) Geiger, … tadellose(n)

---

[38] Walter Fritz, Schicksalswende, in: DMZ, Nr. 54, November-Dezember 2006, S. 60-63, hier S. 63.

[39] Vgl. Wolfgang Heinrici, Meldegänger. Adolf Hitler im Ersten Weltkrieg, in: DMZ, Nr. 51, Mai-Juni 2006, S. 25-28.

[40] Vgl. Heinz Magenheimer, Schicksalhafte Entscheidungen. Adolf Hitler als Feldherr und Stratege, in: DMZ, Nr. 50, März-April 2006, S. 22-27.

[41] Vgl. Gerd Schultze-Rhonhof, Kriegsausbruch 1939, in: DMZ, Nr. 41, September-Oktober 2004, S. 22-26. Der Ex-General gehörte zu den auf einer von Sudholt organisierten Vortragsreihe aufgetretenen Rednern, vgl. Gerd Schultze-Rhonhof, „Der lange Weg zum Zweiten Weltkrieg“. Die Krise mit Polen, in: Edition Deutsche Geschichte, Wollte Adolf Hitler den Krieg? Kriegsursachen 1939/41 (DVD), Inning o. J. (2006).

Reiter und schließlich auch Jagflieger“ zu würdigen.[42]

Neben Heydrich war auch dessen direkter Vorgesetzter Heinrich Himmler Gegenstand der Berichterstattung. 2005 behauptete der US-Amerikaner Joseph Bellinger in einem im „Arndt-Verlag“ veröffentlichten Buch, dass britische Soldaten Himmler nach dessen Gefangennahme gefoltert und ermordet haben sollen.[43] Diese These durfte er in einem die Veröffentlichung begleitenden, unkritisch geführten DMZ-Interview verbreiten. In ihm erwähnte der Interviewer zwar knapp die „traurige Tatsache“ der Konzentrationslager, hinterfragte jedoch Aussagen Bellingers nicht, nach denen die Engländer 1945 durch eine „psychologische Strategie … das deutsche Volk grundlegend von seiner politischen Führung zu trennen“ versuchten, deshalb „Himmler zum Schweigen“ brachten und danach „die alleinige Deutungshoheit über das Geschehen in den deutschen Konzentrationslagern“ erlangten.[44] Auf diese Weise konnte Bellinger andeuten, dass die von der SS in den KZs verübten Untaten eine Erfindung im Rahmen einer gegen Deutschland gerichteten psychologischen Kriegsführung seien. Dadurch erschien einer der Hauptverantwortlichen für den Holocaust als Opfer der Kriegsgegner des Dritten Reiches.

Bellinger befand sich in einer redaktionellen Linie, die einerseits die NS-Verbrechen relativierte oder von ihnen ablenkte und andererseits Untaten der Alliierten betonte. Diese Vorgehensweise sollte den Eindruck erwecken, das Dritte Reich habe im Rahmen einer normalen Kriegführung gegen eine Allianz verbrecherischer Gegner gekämpft. So beschäftigte sich ein Autor mit den von US-Soldaten an Japanern verübten Exzessen, wie etwa der Entnahme von Köperteilen gefallener Gegner als Souvenirs oder der Ermordung von Gefangenen im Gefecht. Die Beschäftigung mit diesen Themen deutet an sich noch nicht auf eine politische Intention. Eine solche ergab sich jedoch dadurch, dass der Autor sie mit der Absicht vornahm, sich gegen von ihm

---

[42] Stefan Semerdjiev, Reinhard Heydrich, in: DMZ, Nr. 41, September-Oktober 2004, S. 36-38, hier S. 37.

[43] Vgl. Joseph Bellinger, Himmlers Tod. Freitod oder Mord?, Kiel 2005.

[44] Ders., „Pure Propaganda“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 48, November-Dezember 2005, S. 54-56, hier S. 55f.

gesehene „permanente Anprangerungen allein deutscher Kriegsverbrechen“ zu wenden.[45] Er relativierte damit die im Rahmen einer völkermörderischen Politik vor allem hinter der Front verübten nationalsozialistischen Massenmorde durch den Verweis auf die unter dem psychischen Eindruck unmittelbarer Kampfhandlungen von US-Amerikanern zuweilen begangenen Untaten.

Ein mit gleicher Absicht wiederholt behandeltes Thema war der alliierte Bombenkrieg.[46] Auch dabei erfolgte keine ausgewogene Betrachtung, welche das Vorgehen des NS-Staates sowie die dem Krieg eigene Dynamik einschloss, sondern eine Darstellung der anglo-amerikanischen Luftangriffe als grundsätzlich verbrecherisch. Als Hans-Joachim von Leesen im „Arndt-Verlag“ ein Buch über den Bombenkrieg veröffentlichte,[47] unterstützte ihn die DMZ in gewohnter Weise durch eine redaktionelle Begleitung, indem sie seine Ausführungen sowie ein Interview abdruckte. Von Leesen betonte die „barbarische Art der Kriegführung“[48] und eine „Bestialisierung des Krieges“.[49] Ihm ging es nicht nur um eine bloße Beschäftigung mit dem Bombenkrieg, denn er hatte das Thema zuvor bereits aufgegriffen, um zu behaupten, den Deutschen werde in Folge einer „psychologische(n) Kriegführung der Siegermächte“ Schuld aufgezwungen.[50]

Für die DMZ-Autoren war es nur konsequent, die von den Alliierten gegen Spitzenfunktionäre des NS-Staates geführten Nürnberger Prozesse strikt abzulehnen. Das geschah nicht durch eine sachliche Kritik, sondern durch

---

[45] Jochen Arp, US-Erinnerungslücken, in: DMZ, Nr. 41, September-Oktober 2004, S. 40-43, hier S. 43.

[46] Vgl. Alfred Schickel, Der Krieg, die Wahrheit und der Papst, in: DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004, S. 72-77.

[47] Vgl. Hans-Joachim von Leesen, Bombenterror. Der Luftkrieg über Deutschland, Kiel 2005.

[48] Ders., Der alliierte Luftkrieg, in: DMZ, Nr. 43, Januar-Februar 2005, S. 38-41, hier S. 39.

[49] Ders., Bestialisierung des Krieges, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ebenda, S. 44-46.

[50] Ders., Der alliierte Luftkrieg, in: DMZ, Nr. 39, Mai-Juni 2004, S. 24-27, hier S. 26.

eine pauschale Ablehnung mit Behauptungen, nach denen „mit einer geradezu anmaßenden Dreistigkeit … seitens der Ankläger Dokumente gefälscht, Zeugen manipuliert und gequält und die Angeklagten misshandelt (wurden)“.[51] So bewerteten Autoren die Verfahren als Siegerjustiz, etwa der ehemalige Professor an der Universität der Bundeswehr München Franz W. Seidler, der in ihnen „Vergeltung statt Recht“ sah und die Fahndung nach den Angeklagten als „größte Menschenjagd der Neuzeit“ bezeichnete.[52] Da sich unter diesen Personen mehrere Hauptverantwortliche für den Holocaust befanden, stellte er mit seiner Aussage die für die Menschenjagd auf die europäischen Juden verantwortlichen Täter als Opfer dar. Der Artikel erschien zur publizistischen Unterstützung des vom DMZ-Stammautor Richard Lobsien im „Arndt-Verlag“ veröffentlichten Buches „Siegertribunal“[53] und enthielt eine Anzeige, in der die Verfahren nicht nur als „antideutsche Prozesse“ betitelt wurden, sondern die Behauptung erging, dass „nicht persönlich Schuldige vor Gericht standen, sondern das gesamte deutsche Volk an den Pranger gestellt war“ und „(damals) innerhalb – und vor allem außerhalb – der Nürnberger Gefängnismauern … Deutsche gequält und gemordet (wurden), weil sie Deutsche waren“.[54] Die Ausführungen zielten auf eine pauschale Delegitimierung der Nürnberger Prozesse, um von den Verbrechen der Angeklagten abzulenken. Dem diente auch die These, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit habe „am Pranger“ gestanden. Tatsächlich wurden Personen wie Hermann Göring oder der Heydrich-Nachfolger Ernst Kaltenbrunner wegen ihrer individuellen Verbrechen verurteilt, während aufgrund ihrer einstigen Führungspositionen der Nationalsozialismus gewissermaßen mit ihnen vor Gericht stand.

---

[51] Carsten Fromm, Neue Literatur zu den Nürnberger Tribunalen 1945-1949, in: DMZ, Nr. 63, Mai-Juni 2008, S. 50-53, hier S. 52.

[52] Franz W. Seidler, Vergeltung statt Recht. Das Tribunal der Sieger Teil II, in: DMZ, Nr. 47, September-Oktober 2005, S. 64-68, hier S. 64.

[53] Vgl. Richard Lobsien, Siegertribunal. Die Nürnberger Prozesse 1945-48, Kiel 2005.

[54] Arndt-Verlag, Anzeige. Siegertribunal, in: DMZ, Nr. 47, September-Oktober 2005, S. 84.

4.1.2 Wehrmacht und SS

Eine selektive Betrachtung erfolgte nicht nur bezüglich des Dritten Reichs, sondern auch bei der Berichterstattung über dessen Streitkräfte. Für die Wehrmacht bedeutete dies, dass sie losgelöst von den politischen Handlungen und Zielen ihres Staates betrachtet wurde. Dazu unterhielt die DMZ mehrere Rubriken: In „Landser erzählen" schilderten Veteranen ihre Kriegserlebnisse und „Soldatenportrait" enthielt Beschreibungen militärischer Werdegänge sowie herausragender Leistungen hoch dekorierter Soldaten. Durch diese Schilderungen subjektiver Fronterlebnisse sowie soldatischer Karrieren erschienen die Handlungen der Wehrmacht lediglich als individuelle oder technische Ausführungen militärischer Aufträge.

Die Linie der DMZ bestand aus einer Verherrlichung der Wehrmacht unter Ausblendung ihrer Funktion als Instrument des NS-Regimes sowie der zum Teil dabei verübten Verbrechen. Mit dieser Absicht verfasste Richard Lobsien im „Arndt-Verlag" ein Buch über den Einsatz der von der Wehrmacht gebildeten Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg, in dem er ihre Angehörigen als „Vorkämpfer eines freien Europa" würdigte.[55] Parallel dazu schrieb Lobsien mehrere DMZ-Artikel, in denen er Propagandafotos des Dritten Reichs massiv einsetzte. Ein Beitrag thematisierte den Empfang der zurückkehrenden Kämpfer, wobei die Bilder mehr Platz einnahmen als der Text. Er enthielt neben einer ganzseitigen Aufnahme des teilweise von Hakenkreuzfahnen verdeckten Berliner Doms ein Foto, auf dem Hitler den Vorbeimarsch der den Hitlergruß zeigenden Soldaten abnahm.[56] Mit der Dominanz der Bilder ging Lobsien über eine Dokumentation hinaus und machte sich die Selbstdarstellung des NS-Staates zu eigen. Konsequenterweise beschrieb er in einem gesonderten Artikel die Bombardierung der Kleinstadt Guernica als rechtmäßige Kriegshandlung und behauptete, dass „die Kämpfer der Legion Condor … kein einziges Kriegsverbrechen begangen oder zu verantworten hatten".[57] Auch sein Chefredakteur Ochsen-

---

[55] Vgl. Lobsien (Anm. 10), S. 41.

[56] Vgl. ders. (Anm. 11), S. 28-33, hier S. 33, 28.

[57] Ders., Die Legende „Terrorangriff", in: DMZ, Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 48-53, hier S. 53.

reiter begrüßte den Kampfeinsatz zur Unterstützung des gegen die gewählte Regierung putschenden Generals Franco. Er sah darin eine „friedenserzwingende Maßnahme“.[58] Dadurch beschönigte er die kriegerische Einmischung in die innere Auseinandersetzung eines Landes, das den NS-Staat weder bedroht noch angegriffen hatte, als Ausdruck einer angeblich auf den Frieden zielenden Politik.

Im Magazin fanden sich nicht nur Rechtfertigungen des Einsatzes in Spanien, sondern auch Aussagen, welche die Wehrmacht von sämtlichen Vorwürfen freisprachen, ihre Angehörigen hätten Kriegsverbrechen verübt. Der Zeitschrift kam die mit dem Titel „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ versehene Wanderausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“ (HIS) entgegen, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nicht nur Beispiele für tatsächlich begangene Kriegsverbrechen anführte, sondern durch unkorrekt verwendete Fotos und Verallgemeinerungen den Eindruck erweckte, die Wehrmacht habe sich grundsätzlich kriminell verhalten. Dies führte sowohl zu Demonstrationen von Rechtsextremisten, die ebenso generalisierend jegliches Fehlverhalten leugneten, als auch zu Kritik von Demokraten, welche die Seriosität der Ausstellung bezweifelten. Letztendlich wiesen Fachwissenschaftler in mehreren Fällen eine fehlerhafte Zuordnung von Fotografien nach, was die Verantwortlichen zu einer grundsätzlichen Überarbeitung zwang.[59] Auch der DMZ-Autor Carsten Fromm kritisierte die so genannte „Wehrmachtsausstellung“ massiv, bezog sich dabei aber nicht auf die Kritik der Fachleute, sondern auf das zweibändige Werk „Der grosse Wendig“,[60] das im rechtsextremistischen „Grabert Verlag“ erschien. Fromm würdigte dessen rechtsextremistische Herausgeber Rolf Kosiek und Olaf Rose als „Wissenschaftler“, die mit „Präzision“ gearbeitet

---

[58] Vgl. Manuel Ochsenreiter, Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 46, Juli-August 2005, S. 3.

[59] Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung, 1995-2000: Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, veröffentlicht in: www.verbrechen-der-wehrmacht.de/docs/archiv/p_ausstellung1.htm (gelesen am 24. Juli 2009).

[60] Vgl. Rolf Kosiek/Olaf Rose, Der grosse Wendig. Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 1 & 2, Tübingen 2006.

und „Wert auf das historische Detail“ gelegt haben.[61] Damit beschränkte er sich nicht auf eine ideologiefreie Kritik, sondern bezog sich bewusst auf ein rechtsextremistisches Publikationsprojekt und offenbarte dadurch seine Nähe zu diesem.

Im Kontrast zum Unwillen, über von Wehrmachtangehörigen verübte Verbrechen zu berichten, stand das Bestreben, sie als Opfer der Kriegsgegner des NS-Staates darzustellen. Hierzu konnte ein kanadischer Interviewpartner unhinterfragt behaupten, dass „wahrscheinlich mehr als eine Million Menschen“ in den 1945 von den USA im Rheinland unterhaltenen Gefangenenlagern aufgrund von Misshandlugen starben.[62] Die Stilisierung der Wehrmacht als Opfer diente dem Autor Walter Fritz sogar dazu, sie als eine Armee zu beschreiben, die für die Freiheit Europas kämpfte. Nach seiner Meinung war der „Opfergang der Wehrmacht … die Voraussetzung dafür, daß den Völkern im Westen Europas das Schicksal der Bolschewisierung erspart blieb“.[63]

Auch die Waffen-SS erschien als Opfer[64], während ihre Untaten unterschlagen oder gar geleugnet wurden. Die Autoren der DMZ übergingen den politischen Hintergrund der als Teil einer innerhalb der NSDAP gegründeten Organisation aufgebauten Truppe und beschrieben sie stattdessen als einen normalen staatlichen Waffenträger neben den drei Teilstreitkräften der Wehrmacht (Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine). Mit dieser Absicht konzentrierte sich das Magazin auf eine reine Schilderung militärischer Handlungen. Es sah weder Kriegsverbrechen noch eine Beteiligung am Holocaust. Letzterer wurde lediglich in einzelnen Sätzen erwähnt, um ihn kleinen Kreisen innerhalb der Allgemeinen SS zuzuschreiben. Aufgrund dieser Grundhaltung publizierte die DMZ Beiträge mit Klagen über eine nach ihrer Sicht

---

[61] Carsten Fromm, Psychologische Kriegsführung, in: DMZ, Nr. 53, September-Oktober 2006, S. 34-37, hier S. 37.

[62] James Baque, „Fortsetzung des Krieges“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 67, Januar-Februar 2009, S. 64-67, hier S. 66.

[63] Fritz (Anm. 38), hier S. 63.

[64] Vgl. Hagen Frieser, Der Opfergang, in: DMZ, Nr. 61, Januar-Februar 2008, S. 60-63.

gegenwärtige Verleumdung der Truppe.[65]

Von besonderer Bedeutung für das Magazin war deshalb das 2006 zur Förderung einer Buchveröffentlichung erfolgte Bekenntnis des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass, nach dem er gegen Kriegsende im Alter von 17 Jahren in der Waffen-SS gedient hatte. Daraufhin warfen größere Teile der Öffentlichkeit dem Schriftsteller, der sich in den letzten Jahrzehnten durch moralische Verurteilungen der SS zu Wort gemeldet hatte, Heuchelei vor, und die DMZ erstellte eine Sonderausgabe, in der sich ihre Auffassungen zur Waffen-SS konzentrierten. Dazu präsentierte sie zunächst auf politische Aussagen verzichtende Artikel über Frontkämpfe[66] und Soldaten, die aufgrund herausragender Kampfleistungen[67] oder außergewöhnlicher Nachkriegskarrieren Bekanntheit erlangten.[68] Mit diesen Texten würdigte das Magazin die Waffen-SS und konnte auch auf einen Beitrag des renommierten Journalisten Heinz Höhne zurückgreifen, der jedoch in einer für die DMZ unüblichen Weise die „barbarische Art, in der ‚eine Minderheit der Waffen-SS' … mit Kriegsgefangenen und Zivilpersonen umging", benannte.[69] Die anderen

---

[65] Vgl. z. B. Hans-Peter Martens, Totengedenken unerwünscht, in: DMZ, Nr. 37 vom Januar-Februar 2004, S. 44f.

[66] Vgl. Tom Kurtas, Todesverachtung in Todesgefahr. Das I. SS-Panzerkorps gegen die alliierte Invasion 1944 in Frankreich, in: DMZ, Nr. 1/2007, Sonderausgabe. Die Waffen-SS, S. 20-25; Moritz Finkschor, Arnheim 1944. Waffen-SS im Abwehrkampf im Westen, in: ebenda, S. 60-63; Heinz Magenheimer, Fronteinsatz. An den Brennpunkten im Osten, in: ebenda, S. 86-88.

[67] Vgl. Hagen Frieser, Der Beste. Hauptsturmführer Michael Wittmann, in: ebenda, S. 12-15; Otto Wolf, Der Befreier des Duce. Kommandoführer Otto Skorzeny, in: ebenda, S. 38-42.

[68] Vgl. Hans-Peter Martens, Der Aristokrat. Erfolgsschriftsteller Joachim Fernau, in: ebenda, S. 10; Carsten Fromm, Der Mäzen. Der Unternehmer Otto Beisheim, in: ebenda, S. 33; Markus Schwerdtfeger, Quoten-König. TV-Drehbuchautor Herbert Reinecker, in: ebenda, S. 80, 82.

[69] Heinz Höhne, Die Waffen-SS. Eine umstrittene Elitetruppe, in: ebenda, S. 16-19, hier S. 19. Der ehemalige Redakteur des Nachrichtenmagazins Der Spiegel verfasste bereits Ende der 1960er Jahre das Standardwerk Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, München 1967.

Autoren sahen dieses Verhalten nicht oder erwähnten allenfalls bei der Beschreibung der Einzelperson Himmler am Rande, dass sich sein Name „insbesondere mit der Judenverfolgung im Dritten Reich und den Deportationen nach Auschwitz und in andere Lager … im Rahmen der ‚Endlösung der Judenfrage' (verbindet)".[70] Diese Zuschreibung von Untaten betraf aber nur den Reichsführer SS, nicht jedoch seine Gefolgsleute, die unterschiedliche Autoren als „kämpferisches Beispiel deutschen Soldatentums"[71] sowie als Opfer alliierter Kriegsverbrechen beschrieben.[72] Die Verantwortlichen erweckten durch die redaktionelle Zusammenstellung der Beiträge den Eindruck, als habe es sich bei den SS-Kämpfern generell um ehrenhaft fechtende und zu Unrecht verfemte Opfer alliierter Grausamkeit gehandelt. Mit dieser bedächtigen Vorgehensweise bedienten sie einerseits das Bedürfnis rechtsextremistischer Leser nach Verherrlichung sowie Exkulpation der Truppe, versuchten sich aber gleichzeitig vor Vorwürfen einer rechtsextremistischen Ausrichtung zu wappnen.

Hinweise auf eine solche ergaben sich jedoch dadurch, dass Untaten nicht nur übergangen wurden, sondern der Autor Walter Fritz die Vernichtung der französischen Dörfer Tulle und Oradour durch die Division „Das Reich" entschuldigte. Er tat dies bei der Vorstellung eines zu diesem Thema von dem Franzosen Vincent Reynouard im rechtsextremistischen „Druffel Verlag" veröffentlichten Buches.[73] Unter Bezugnahme darauf rechtfertigte Fritz in der DMZ nicht nur die Erschießung der männlichen Einwohner als Vergeltung für Partisanenangriffe, sondern bestritt die Verantwortung für das Niederbrennen der mit den Frauen und Kindern Oradours besetzten Ortskirche.

---

[70] Moritz Finkschor, Der Allmächtige. Reichsführer-SS Heinrich Himmler, in: DMZ, Nr. 1/2007, Sonderausgabe. Die Waffen-SS, S. 50-52, hier S. 50, 52.

[71] Richard Lobsien, Nürnberg. Die Waffen-SS auf der Anklagebank, in: ebenda, S. 107-109, hier S. 109.

[72] Ewald Tritschler, Mord aus Staatsräson? Wie England 1945 Heinrich Himmler beseitigte, in: ebenda, S. 56-59; Mark Weinreich, Verstümmelt und gefoltert. Alliierte Kriegverbrechen an Soldaten der Waffen-SS, in: ebenda, S. 104-106; Lothar Greil, Der Fall Malmedy. Jochen Peiper auf der Anklagebank, in: ebenda, S. 110-113.

[73] Vgl. Vincent Reynouard, Die Wahrheit über Oradour. Was geschah am 10. Juni 1944 wirklich?, Berg 1999.

Nach seiner Auffassung hatten die SS-Soldaten die Zivilisten zu deren „eigene(r) Sicherheit in die Kirche verbannt“, in der jedoch die Resistance Munition versteckt hatte, die sich aus ungeklärter Ursache entzündete. Daraus folgerte Fritz, dass der Tod der “unschuldigen Zivilisten … auf das Konto des französischen Widerstandes und nicht der Waffen-SS (ging)“.[74]

4.1.3 Bundesrepublik Deutschland

Die kritiklose, grundsätzlich positive Haltung zu den nationalsozialistischen Streitkräften steht auch für eine redaktionelle Linie, die den Bruch der Bundesrepublik mit sämtlichen Institutionen des Dritten Reichs ablehnt. Das sich wie ein „roter Faden“ durch viele Artikel ziehende Thema ist die Klage darüber, dass Wehrmacht und Waffen-SS aufgrund der Entscheidungen der gegenwärtigen Politiker nicht als Traditionsbegründer für die Bundeswehr gelten. Diese von der Redaktion und den Autoren einheitlich zurückgewiesene Entscheidung wurde nicht im Rahmen einer ausgewogenen Diskussion kritisiert. Vielmehr richtete sich die Ablehnung auch gegen die bundesdeutsche Wertordnung.

So kommentierte das ehemalige Mitglied der Redaktion der „Jungen Freiheit“, Thorsten Hinz,[75] die zuvor von einem Verein aus dem linken politischen Spektrum geforderte und schließlich erfolgte Umbenennung eines nach dem Jagdflieger Werner Mölders benannten Geschwaders sowie einer Kaserne. In diesem Zusammenhang behauptete er, dass die „Mut- und Ideenlosigkeit, die Desorientierung in diesem Land, das gerade aus der Illusion des ewigen Wohlstands erwacht, … auch die Quittung für sein reduziertes und pervertiertes Geschichtsbewußtsein (sind)“.[76] Obwohl der Fall des 1941

---

[74] Walter Fritz, Tulle und Oradour. Die SS-Panzerdivision „Das Reich“ im Partisanenkrieg, in: DMZ, Nr. 1/2007, Sonderausgabe. Die Waffen-SS, S. 100-102, hier S. 102.

[75] Hinz gehörte Mitte der 1990er Jahre der Redaktion der Jungen Freiheit an, vgl. Götz Kubitschek, 20 Jahre Junge Freiheit. Idee und Geschichte einer Zeitung, Schnellroda 2006, S. 240. Danach stand er ihr weiter als Stammautor zur Verfügung, vgl. z. B. Thorsten Hinz, Tendenziös und nicht zu retten, in: Junge Freiheit, Nr. 29 vom 10. Juli 2009, S. 21.

[76] Thorsten Hinz, Schwankend im Zeitgeist. Der Fall Mölders und das Identitätsproblem

abgestürzten Mölders ausreichende Ansätze für eine sachliche Kritik bot, da er zwar unter anderem in der Legion Condor gekämpft hatte, aber kein überzeugter Nationalsozialist war, nutzte der Autor die Angelegenheit, um eine grundsätzliche Ablehnung der politischen Verhältnisse mit folgenden Aussagen auszudrücken: „Am Anfang steht eine Gruppierung aus dem linksradikalen Milieu, deren krude Gedanken von ungebildeten Fernsehjournalisten unters Volk gebracht werden. Anschließend geht ein inkompetenter Bundestagspräsident beim Verteidigungsminister petzen, und der gibt grummelnd nach. Das ist die deutsche Variante einer Bananenrepublik!“[77]

In einer Reihe unterschiedlicher Fälle warfen Autoren der Bundesrepublik ein mangelndes Andenken an Verstorbene vor, wobei sie sich ebenfalls nicht auf eine ausgewogene Kritik beschränkten. Vielmehr unterschlugen sie die vom Dritten Reich verübten Untaten und setzten sich zum Teil für als Kriegsverbrecher verurteile Personen ein. Dies tat etwa ein Autor, indem er sich energisch gegen die Anonymisierung von Gräbern eines in Landsberg angelegten Friedhofs wandte, auf dem 140 von den US-Amerikanern als Kriegsverbrecher hingerichtete Soldaten begraben worden waren. Er behauptete nicht nur, dass es sich dabei um „überwiegend Unschuldige“ handelte, sondern versah den Beitrag auch mit dem Foto eines unter anderem für einen ermordeten Juden errichteten Grabsteines und gab an, dass für derartige Opfer „offensichtlich andere Maßstäbe“ gelten.[78] Auf diese Weise überging der Verfasser nicht nur die Verbrechen des NS-Staates, sondern diffamierte das Andenken an dessen Opfer und beklagte die Haltung der Bundesrepublik zur Vergangenheit.

Darüber hinaus lehnte die Redaktion die Einbindung Deutschlands in die westliche Verteidigungsgemeinschaft ab. Es fanden sich wiederholt Klagen, nach denen sich die Bundesrepublik mit einer Rolle als Erfüllungsgehilfe der USA begnüge, so für fremde Ziele eintrete und das nationale Eigeninteresse nicht verfolge. Dadurch allein begründete sich zwar noch nicht allein ein

---

der Bundeswehr, in: DMZ, Nr. 45, Mai-Juni 2005, S. 6-9, hier S. 9.

[77] Ebenda, S. 8.

[78] Vgl. Hans-Achim Fritzsche, Krieg gegen einen Friedhof, in: DMZ, Nr. 42, November-Dezember 2004, S. 22-24, hier S. 24.

Anhaltspunkt für einen rechtsextremistischen Hintergrund. Ein solcher ergab sich aber dadurch, dass die DMZ die Weltmacht nicht aufgrund einer Betrachtung ihrer Politik ablehnte, sondern indem sie ihr ein grundsätzlich verwerfliches Handeln unterstellte und die außenpolitische Zusammenarbeit Deutschlands als Ausdruck eines schwächlichen Charakters der Bundesrepublik unter Fremdherrschaft darstellte. Der Redaktion des Magazins kam das Handeln der USA unter Präsident George W. Bush entgegen, insbesondere der vom Großteil der deutschen Öffentlichkeit abgelehnte Irakkrieg oder die in den Gefangenenlagern von Abu Ghraib und Guantánamo verübten Menschenrechtsverletzungen. Hierbei ergab sich ein Anhaltspunkt für einen rechtsextremistischen Hintergrund dadurch, dass diese Untaten nicht als solche verurteilt, sondern in einen Zusammenhang mit der Behandlung von im Zweiten Weltkrieg gefangenen genommenen deutschen Soldaten gestellt wurden.[79] Durch diese, unter anderem von rechtsextremistischen Publikationen wie der „Deutschen Stimme“ (DS),[80] dem Organ der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), eingesetzte Methode entstand der Eindruck, dass die US-Streitkräfte grundsätzlich bis heute foltern, ihr Verhalten gegenüber Wehrmacht- und Waffen-SS-Angehörigen davon bestimmt war und im Vergleich dazu, diesen kein außergewöhnlich brutales oder gar verbrecherisches Verhalten vorgeworfen werden kann.

4.1.4 Bundeswehr

Die DMZ offerierte ihren an der Bundeswehr interessierten Lesern ein umfangreiches Angebot an nüchternen Beiträgen ohne politische Inhalte. Dazu gehörten technische Beschreibungen über aktuelle Waffentypen, wie moderne U-Boote[81] und Schützenpanzer,[82] oder sachliche Berichte über unterschied-

---

[79] Vgl. Franz W. Seidler, Folter, Demütigung, Sadismus, in: DMZ, Nr. 40, Juli-August 2004, S. 6-10.

[80] Vgl. Kersten Radzimanowski, Von Guantanámo bis Oberursel. Obamas schwieriger Kurswechsel. Das Foltern „feindlicher Kämpfer“ hat eine lange Tradition in den USA, in: Deutsche Stimme, Nr. 7 vom Juli 2009, S. 8.

[81] Vgl. Chrisitan Daly, U31 der Klasse 212A, in: DMZ, Nr. 37 vom Januar-Februar 2004, S. 40-43.

liche Aspekte des Lebens in der Truppe, zum Beispiel militärische Sportwettkämpfe.[83]

Politische Aussagen enthielten hingegen Artikel zu drei Themenbereichen. Einer betraf die Auslandseinsätze deutscher Soldaten, etwa in Afghanistan.[84] Die redaktionelle Linie bestand dabei in deren Ablehnung, da sie vor allem nach der wiederholt geäußerten Ansicht des Chefredakteurs keinen Nutzen für die nationalen Interessen erbrachten.[85] Für ihn hatte die deutsche Außenpolitik scheinbar als „einzige Konstante …, daß Berlin konsequent Anliegen vertritt, die … deutschen Interessen nicht dienen".[86] Die Missionen wurden dahingehend kritisiert, dass sie eigentlich nur im Sinne der USA erfolgten,[87] Resultat einer „konzeptionslose(n) deutsche(n) Außenpolitik" seien und demnach die entsandten Soldaten in die Heimat zurückgeholt werden sollten.[88] Auch diese energische Kritik der bundesdeutschen Politik steht einerseits nicht grundsätzlich für eine rechtsextremistische Haltung. Andererseits erfolgte sie selektiv, indem sie die mit den Einsätzen verfolgten Interessen, wie die Stärkung der deutschen Position in der UNO, ausblendete, während sie

---

[82] Vgl. Udo Lücken, Das Auge am Feind, in: DMZ, Nr. 58, Juli-August 2007, S. 10-13; Wolfgang Meinert, Schützenpanzer „Puma", in: DMZ, Nr. 53, September-Oktober 2006, S. 12-14.

[83] Vgl. Fritz Wolfheim, Spitzensport in Uniform, in: DMZ, Nr. 45, Mai-Juni 2005, S. 36-39.

[84] Vgl. z. B. Michael Wiesberg, Tod in Afghanistan. Eine Bundeswehrmission im Zwielicht, in: DMZ, Nr. 58, Juli-August 2007, S. 6-9; Erich Fischer, Der „wichtigste Feind". Bundeswehr: Verschärfung der Lage in Afghanistan, in: DMZ, Nr. 64, Juli-August 2008, S. 6-8.

[85] So bezüglich des Einsatzes im Kongo, DMZ, Nr. 52, Juli-August 2006, S. 3, des Engagements in Afghanistan, Nr. 56, März-April 2007, S. 3, der Marinemission vor der Küste des Libanon, Nr. 53, September-Oktober 2006, S. 3, des 60. Jubiläums der Gründung des NATO, Nr. 69, Mai-Juni 2009, S. 3, der Haltung der USA gegenüber China und Russland, Nr. 63, Mai-Juni 2008, S. 3.

[86] Manuel Ochsenreiter, Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 63, Mai-Juni 2008, S. 3.

[87] Vgl. ders., Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 56, März-April 2007, S. 3; Alexander Griesbach, Entgrenzung, in: DMZ, Nr. 55, Januar-Februar 2007, S. 24-27.

[88] Manuel Ochsenreiter, in: DMZ, Nr. 52, Juli-August 2006, S. 3.

die unter Rechtsextremisten übliche Auffassung verbreitete, die Bundesrepublik Deutschland sei lediglich ein von den USA fremd gesteuerter Staat.

Der zweite unter politischen Gesichtspunkten behandelte Themenbereich bezog sich auf das Selbstverständnis der Bundeswehr. Chefredakteur Ochsenreiter bezeichnete gegenüber der „Deutschen Stimme" die „Traditionsfrage" zum „große(n) Anliegen".[89] Dabei bezog er sich auf eine Grundposition der DMZ: Danach war der „Traditionserlass", der die Streitkräfte des Dritten Reiches als nicht traditionsbegründend festlegt,[90] scharf zurückzuweisen. Mit Thorsten Hinz beklagte ein Autor, der bereits an anderer Stelle seine Ablehnung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse geäußert hatte,[91] nicht nur, dass „die ‚Bewältigung' der NS-Vergangenheit … die inoffizielle bundesdeutsche Staatsideologie dar(stellt)", sondern, dass der Bundeswehr „das Bewußtsein von eigener, nationaler Tradition und Herkunft genommen" werde, um sie „in eine Art von freiheitlich-demokratischer Söldnertruppe" umformen zu können.[92] Die Redaktion der Zeitschrift trat hingegen vehement für einen positiven Bezug zur Wehrmacht ein. Der zentrale Stellenwert dieses Themas spiegelte sich in der Nachhaltigkeit seiner Behandlung wieder.

So beklagte ein Autor, dass man in einer Ausstellung des Luftwaffenmuseums der Bundeswehr, die auf Bildern von Soldaten des Zweiten Weltkriegs angebrachten Hakenkreuze übermalt hatte. Er tat dies nicht mit einer sachlichen Wortwahl, sondern mit Auslassungen, nach denen die meisten gegenwärtigen Meinungsmacher „ein autokratisches und verschrobenes Zensurdenken, vermischt mit nationalmasochistischer Meinungsdiktatur (prägen)".[93] Besondere Ablehnung schlug dem seinerzeitigen SPD-Verteidigungsminister Peter Struck entgegen, dem ein Artikel-Schreiber eine „Vertie-

---

[89] Vgl. ders. (Anm. 20).

[90] Vgl. Bundeswehr, Frank Bötel, Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr vom 20. September 1982, Stand vom 5. Dezember 2005, Ziffer 6, elektronisch veröffentlicht unter: www.bundeswehr.de (gelesen am 11. Juni 2008).

[91] Vgl. Hinz (Anm. 76).

[92] Ders., Militante Feigheit, in: DMZ, Nr. 70, Juli-August 2009, S. 6-9, hier S. 8f.

[93] Vgl. Siegfried Jung, Bildersturm?, in: DMZ, Nr. 39, Mai-Juni 2004, S. 6f., hier S. 6.

fung des Traditionsrisses zwischen Bundeswehr und Wehrmacht“ sowie einen darauf folgenden „Bildersturm“ in den Traditionsstuben vorwarf.[94] Hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Ausrichtung der Bundeswehr stellte sich die DMZ nicht nur grundsätzlich gegen den Bruch mit den Streitkräften des Dritten Reiches, sondern auch gegen Programme, mit denen eine interkulturelle Toleranz von Soldaten gefördert sowie vor rechtsextremistischem Gedankengut gewarnt werden sollte. Sie veröffentlichte Artikel, die darin einen Mangel an militärischer Haltung[95] sahen und bezeichnen die Truppe polemisch als „Verein linksliberaler Gleichstellungsbeauftragter“.[96]

Der dritte mit politischen Inhalten behaftete Themenbereich bestand darin, dass sich die DMZ den vermeintlich von Politik und Gesellschaft unangemessen behandelten Soldaten als ein um ihr Wohl besorgtes Magazin präsentierte. Dazu beklagte sie unter anderem tatsächlich vorhandene Mängel bei der Ausrüstung der Soldaten[97] und kritisierte deswegen die Bundesregierung. Der warf sie zudem vor, die Truppe nicht gegen publizistische Angriffe diverser Medienvertreter sowie propagandistische Attacken von Linksextremisten zu verteidigen und die Bundeswehr dadurch zu einer „Armee ohne Rückhalt“ gemacht zu haben.[98] Eine kritische Kommentierung des Regierungshandelns durch ein Medienerzeugnis ist in Demokratien eine Selbstverständlichkeit. Im Fall der DMZ steckte allerdings mehr dahinter. Sie beschränkte sich nicht auf eine sachliche Kritik zur Verbesserung der Zustände, sondern wollte Unzufriedenheit unter Soldaten schüren sowie einen Keil zwischen Truppe und politische Führung treiben, um sich dann als

---

[94] Vgl. Markus Schwerdtfeger, Das Sicherheitsrisiko. Schadet Peter Struck der Bundeswehr?, in: DMZ, Nr. 42, November-Dezember 2004, S. 6f., hier S. 7.

[95] Ders., Wanderzirkus. Bundeswehr im „Kampf gegen Rechts“, in: DMZ, Nr. 40, Juli-August 2004, S. 43.

[96] Ders., Moslems in der Bundeswehr. Sozialarbeiterethos für Offiziere, in: DMZ, Nr. 41, September-Oktober 2004, S. 54f., hier S. 55.

[97] Vgl. Fritz Freitag, Mit Tschibo ins Gefecht, in: DMZ, Nr. 52, Juli-August 2006, S. 6-8; Erich Fischer, „Intensivere Fußhygiene“. Mängelwirtschaft und schlechte Versorgung bei der Truppe, in: DMZ, Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 44-47.

[98] Vgl. Manuel Ochsenreiter, Armee ohne Rückhalt. Kampagnen gegen die Bundeswehr, in: DMZ, Nr. 65, September-Oktober 2008, S. 6-8.

„Kümmerer“ für Bundeswehrangehörige anzubieten. In diesem Sinn behauptete der Chefredakteur, dass hinter dem Verhalten der Bundesregierung, sich am Afghanistan-Einsatz der NATO zu beteiligen, aber sich gleichzeitig um eine Vermeidung von Kampfhandlungen zu bemühen, „weniger die aufrichtige Sorge um das Leben unserer jungen Soldaten als politisches Kalkül (steckt).“ Nach seiner Ansicht sorgte sie sich lediglich vor einem von „in Plastiksäcken zurückkehrende(n) Leichen“ verursachten Ansehensverlust.[99] Dadurch erschien die Regierung als eine kalte, berechnende Institution, die keine Rücksicht auf die Soldaten nimmt. In einem anderen Zusammenhang beklagte Ochsenreiter eine mangelnde Verteidigung der Bundeswehr gegen linke Kritiker und bekundete, dass es einer „Gegenwehr“ bedürfe und demzufolge „die DMZ … eine Stimme für unsere Soldaten und gegen den Zeitgeist sein (wird)“.[100] Diese Selbstdarstellung als „Kümmerer“ beschränkte sich nicht nur auf das Anliegen, für die Interessen der Soldaten einzutreten, sondern sollte diese offenbar für eine grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen gewinnen.

4.2 Interviews

Eine wichtige Rubrik der Zeitschrift bilden Interviews mit prominenten Gesprächspartnern. Sie können in vier Gruppen unterteilt werden. Es waren zunächst renommierte Wehrpolitiker und Prominente aus dem demokratischen Spektrum. Zur zweiten Gruppe gehörten Personen, die sich in einem Bereich zwischen konservativen Demokraten und gemäßigten Rechtsextremisten bewegten. Darüber hinaus gab es im rechtsextremistischen Verlagswesen engagierte Interviewpartner und schließlich Vertreter nah-mittelöstlicher Gruppen, die in einem asymmetrischen Kampf gegen die USA standen.

Die mit den renommierten Gesprächspartnern geführten Interviews thematisierten vor allem aktuelle Ereignisse, etwa die Kriege im Irak und in Afghanistan oder Aspekte der zeitgenössischen deutschen Verteidigungs-

---

[99] Vgl. Manuel Ochsenreiter, Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 56, März-April 2007, S. 3.

[100] Ders., Verehrter Leser, in: DMZ, Nr. 55, Januar-Februar 2007, S. 3.

politik. So äußerte sich etwa der bekannte Journalist Peter Scholl-Latour zum Krieg der USA im Irak, wobei der Stil des Interviewers sachlich war und die knappen Fragen keine gelenkte Gesprächsführung zuließen.[101] Mit dem SPD-Politiker und ehemaligen Verteidigungsminister Hans Apel wurde die Traditionswürdigkeit der Wehrmacht auf nüchterne Weise als eines von mehreren Gesprächsthemen erörtert.[102] Mit dessen Parteifreunden Georg Leber[103] und Rudolf Scharping[104] sowie dem CDU-Politiker Rupert Scholz[105] konnte die Redaktion weitere Ex-Verteidigungsminister für sachliche Interviews gewinnen. Für solche Gespräche standen zudem diverse Prominente aus dem gesellschaftlichen Leben zu Verfügung. Die Zeitschrift tauschte sich zum Thema Militärfußball mit Theo Zwanziger, Präsident des „Deutschen Fußballbundes“ (DFB) aus,[106] unterhielt sich mit dem Schauspieler Heino Ferch über dessen Fernsehproduktion „Die Luftbrücke“[107] und erörterte sogar mit Tom Cruise, einem der bekanntesten Schauspieler der Welt, die Darstellung von Feuergefechten in einem seiner Action-Filme.[108]

Während diese Personen für rechtsextremistische Leser in politischer Hinsicht uninteressant waren, präsentierte das Heft auch drei Vertreter des

---

[101] Vgl. Peter Scholl-Latour, Irak: Bush im Zermürbungskrieg, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 38, März-April 2004, S. 34-39.

[102] Vgl. Hans Apel, „Duckmäusertum lehre ich ab“, Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: DMZ, Nr. 45, Mai-Juni 2005, S. 24-29.

[103] Vgl. Georg Leber, „Vom Volk getragene Armee“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 46, Juli-August 2005, S. 34-36.

[104] Vgl. Rudolf Scharping, „Eliten müssen führen“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 49, Januar-Februar 2006. S. 28-30.

[105] Vgl. Rupert Scholz, Auftrag: Heimatschutz, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 44, März-April 2005, S. 26-29.

[106] Vgl. Theo Zwanziger, „Traditionell gutes Verhältnis“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 51, Mai-Juni 2006, S. 48f.

[107] Vgl. Heino Ferch, „Der Film ist fürs Herz“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 49, Januar-Februar 2006, S. 73.

[108] Vgl. Tom Cruise, „Sechs Rippen gebrochen“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 52, Juli-August 2006, S. 66.

konservativ-demokratischen Lagers, deren Karrieren im Zusammenhang mit bedenklichen Äußerungen endeten. Bereits vor dem Engagement des „Arndt-Verlags“ hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, der 2003 nach einer als antisemitisch bewerteten Rede aus seiner Partei ausgeschlossen wurde, dem Magazin ein Interview gegeben.[109] Kurz darauf hatte General Reinhard Günzel dieser Rede zugestimmt und war deswegen vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Der vormalige Kommandeur des „Kommandos Spezialkräfte“ KSK verfasste danach für den „Pour le Mérite-Verlag“ mit zwei Mitautoren ein Buch über Eliteeinheiten[110] und äußerte sich in der DMZ mehrfach moderat zum Soldatentum.[111] Mit Harry Nitzsche präsentierte das Magazin einen weiteren CDU-Bundestagsabgeordneten. Dieser hatte seine Partei 2006 nach gegen ihn erhobenen Vorwürfen des Rechtspopulismus verlassen und machte im Militärmagazin sachkundige Angaben zur NVA.[112]

Zu den im rechtsextremistischen Verlagswesen engagierten Gesprächspartnern gehörte Stefan Scheil, der um 2006 auf einer vom rechtsextremistischen Verleger Gert Sudholt organisierten Vortragsreihe Hitlers Alleinverantwortung für den Überfall auf die Sowjetunion bestritten hatte[113] und in einem DMZ-Interview die Hauptschuld des Diktators am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges relativierte, indem er Polen und Großbritannien als Mitverant-

---

[109] Vgl. Hohmann (Anm. 6).

[110] Vgl. Reinhard Günzel/Wilhelm Walther/Ulrich K. Wegener, Geheime Krieger, Selent 2006.

[111] Vgl. Reinhard Günzel, „Entschlossenheit und Präzision“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 49, Januar-Februar 2006, S. 48f.; ders. „Angriff auf den soldatischen Kern“, in: DMZ, Nr. 56, März-April 2007, S. 8f.; ders., „Relativieren, zerreden, deuten“, in: DMZ, Nr. 63, Mai-Juni 2008, S. 10.

[112] Vgl. Henry Nitzsche, „Kameradschaft in allen Lagen“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 50, März-April 2006, S. 34-36.

[113] Vgl. Stefan Scheil, „Am Ende war Barbarossa“. Der Krieg der nicht zu stoppen war, in: Edition Deutsche Geschichte, Wollte Adolf Hitler den Krieg? Kriegsursachen 1939/41 (DVD), Inning o. J. (2006).

wortliche beschrieb.[114] Eine weitere durch ein Engagement für einschlägige Verlage bekannt gewordene Person war der Historiker Olaf Rose.[115] 2006 äußerte er sich noch vorsichtig, indem er lediglich für Gedankenfreiheit sowie eine von Ideologie und Zwängen freie Geschichtsforschung eintrat. Mit diesen Positionen an sich hätte er keine extremistische Haltung offenbart. Das geschah jedoch mit Aussagen, nach denen in den letzten Jahrzehnten „die Geschichte … teilweise auf den Kopf gestellt (wurde)“ und dem im Zweiten Weltkrieg besiegten deutschen Volk, „seine Identität durch Verzerrung und Verfälschung seiner Geschichte geraubt werden soll“.[116] Damit vertrat Rose die traditionelle rechtsextremistische These, wonach antinationale Kräfte über die Fälschung der Geschichte und eine Kontrolle der Medien das deutsche Volk in ihrem Sinne manipulierten. Der Interviewer der DMZ verzichtete nicht nur auf kritische Nachfragen, sondern gab durch die Art seiner Fragen Stichworte für Rose. Wo dieser ideologisch stand, zeigte sich spätestens 2007 durch sein Engagement für die NPD, der er zunächst in Sachsen als parlamentarischer Berater diente, bevor er in den Parteivorstand aufrückte.[117]

Seit 2008 bemüht sich das Magazin verstärkt um eine ungewöhnliche Personengruppe. Sie besteht aus Vertretern nah-mittelöstlicher Vereinigungen oder gar Terrorgruppen, die in einer entschiedenen Gegnerschaft bis hin zum aktiven Kampf gegen die USA stehen. Zu ihnen gehört der von den US-Truppen in Afghanistan gesuchte islamistische Kriegsherr Gulbuddin Hekmatyar. Die DMZ druckte Auszüge aus einem nicht von ihren Mitarbeitern geführten Interview nach. Unter dem aussagekräftigen Titel „Amerika: Mutter sämtlicher Probleme“ präsentierte sie ihren Lesern Aussagen, mit denen

---

[114] Vgl. ders., „Skurriles Geschichtsbild“ (Anm. 36).

[115] Rose hatte zuvor im rechtsextremistischen Druffel-Verlag die Bücher „Der Hetzer“, Inning 2004, sowie „Julius Schaub. In Hitlers Schatten“, Stegen 2005, veröffentlicht und sich als Mitherausgeber des im rechtsextremistischen Grabert Verlag erschienenen Werks „Der grosse Wendig“ (Kosiek/Rose, Anm. 60) betätigt.

[116] Olaf Rose, „Dogmen der Umerziehung“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: DMZ, Nr. 53, September-Oktober 2006, S. 36f., hier S. 37.

[117] Vgl. Deutsche Stimme, Dr. Olaf Rose, in: www.deutsche-stimme.de/ds/?author=12 (gelesen am 18. Juni 2009).

Hekmatyar die Weltmacht generell als Verantwortlichen für die globalen Konflikte darstellte.[118] Während die Zeitschrift in diesem Fall lediglich Textpassagen nachdruckte, interviewte ihr Chefredakteur den in Beirut angesiedelten Vertreter des „irakischen Widerstand(es) gegen die US-Besatzung des Irak“ vorgestellten Zafer Mokadem. Dieser erläutere dem nach Beirut angereisten Ochsenreiter die Motivation seiner Mitkämpfer.[119] Darüber hinaus befragte der Chefredakteur auch Imad Alawa, den Sprecher der libanesischen Terrororganisation Hisbollah,[120] sowie den PLO-Vertreter Abbas Zaki.[121]

Die Interviews hatten eine große Bedeutung für die Zeitschrift, wobei diese hinsichtlich der vier Gruppen variierte. So steigerten die aus dem demokratischen Spektrum stammenden Gesprächspartner durch ihr Renommee das Ansehen der DMZ. Dadurch war sie in der Lage, das Interesse nicht extremistisch ausgerichteter Leser zu wecken. Zudem erschien die DMZ als ein gesellschaftlich respektiertes Periodikum und konnte gegen Vorwürfe eines rechtsextremistischen Hintergrundes auf eine vermeintliche Anerkennung durch teilweise prominente Politiker der Volksparteien verweisen. Die zweite Gruppe äußerte sich zwar nicht rechtsextremistisch, dürfte jedoch das Interesse von Personen geweckt haben, die zwar rechts der CDU stehen, aber kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild haben. Mit der dritten

---

[118] Vgl. Gulbuddin Hekmatyar, „Amerika: Mutter sämtlicher Probleme“, nachgedrucktes Interview mit Christoph Hörstel, in: DMZ, Nr. 61, Januar-Februar 2008, S. 8f.

[119] Vgl. Zafer Mokadem, „Wir werden siegen!“, Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: DMZ, Nr. 68, März-April 2009, S. 34-37. Das Gespräch fand während einer zu Jahresbeginn 2009 unternommenen Nahost-Reise Ochsenreiters statt, während der er sich nach eigenen Angaben auch mit Vertretern der Fatah, der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und der Hamas traf, vgl. Manuel Ochsenreiter, Verehrter Leser, ebenda, S. 3.

[120] Vgl. Imad Alawa, „Wir lieben das Leben!“, Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: DMZ, Nr. 67, Januar-Februar 2009, S 32-34. Flankierend dazu schilderte Ochsenreiter seine Nahostreise in einem gesonderten Artikel, in dem er die von den USA vorgenommene Bewertung der Hisbollah als Terrorgruppe anzweifelte, vgl. Manuel Ochsenreiter, Zu Gast bei der Hisbollah, in: ebenda, S. 26-31, hier S. 30f.

[121] Vgl. Abbas Zaki, „Krieg gegen Zivilisten“, Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: DMZ, Nr. 68, März-April 2009, S. 8f.

Gruppe bediente die DMZ ihre rechtsextremistische Leserschaft. Dabei verzichtete man auf Gesprächspartner, die für eine deutlich erkennbare Nähe zum Nationalsozialismus oder eine rassistische Agitation bekannt waren, und bot stattdessen im rechtsextremistischen Verlagswesen engagierten Personen eine Plattform. Diese verharmlosten das Dritte Reich und behaupteten eine Fälschung der Geschichte durch die gegenwärtige Gesellschaft. Mit den nahmittelöstlichen Gesprächspartnern konnte die Redaktion ihre gegen die USA gerichtete Haltung ausdrücken, ohne selber durch antiamerikanische Äußerungen in den Vordergrund zu treten.

4.3 Anzeigen

Generell haben Anzeigen primär eine kommerzielle Bedeutung für Zeitschriften. Zudem sind sie Indikatoren dafür, welche Personen und Firmen sich für ein Periodikum interessieren. Der DMZ gelang es, ein breites Spektrum unterschiedlicher Werbekunden zu finden, die sich in zwei Gruppen unterteilen lassen: normale Firmen und rechtsextremistische Unternehmen.

Unpolitische Firmen und demokratisch ausgerichtete Organisationen schalten in der Regel keine Anzeigen in deutlich als rechtsextremistisch erkennbaren Zeitungen. Das liegt nicht daran, dass sie nicht willkommen wären, sondern dass sie aus politischer Überzeugung nicht mit derartigen Publikationen zusammenarbeiten und sie zudem einen Schaden für ihr Ansehen befürchten müssen. In der DMZ warben hingegen eine Reihe entsprechender Kunden. Dazu gehörten auf Militaria spezialisierte Auktionshäuser und Antiquitätenhändler,[122] Verleger von Waffen-Magazinen wie „Militaria“[123] oder der

[122]Vgl. z. B. das Berliner Auktionshaus für Geschichte, Anzeige, in: DMZ, Nr. 39, Mai-Juni 2004, S. 82; Nr. 40, Juli-August 2004, S. 79; Nr. 65 September-Oktober 2008, S. 81, oder der Militaria-Versand Claus Philipp, Anzeige, z. B. in: DMZ, Nr. 41, September-Oktober 2004, S. 53; Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 60; Nr. 65 September-Oktober 2008, S. 81; Nr. 69, Mai-Juni 2009, S. 77; Nr. 70, Juli-August 2009, S. 81.

[123]Vgl. Verlag Klaus D. Patzwall, Anzeige. Militaria, z. B. in: DMZ, Nr. 44, März-April 2005, S. 41; Nr. 45, Mai-Juni 2005, S. 22; Nr. 1/2007, Sonderausgabe. Die Waffen-SS, S. 99; Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 33; Nr. 69, Mai-Juni 2009, S. 25; Nr. 70, Juli-August 2009, S. 39.

führenden Fachzeitschrift „Deutsches Waffen Journal" (DWJ)[124] sowie die Veranstalter der „Schweizer Waffensammlerbörse Luzern".[125] Für all diese lag es nahe, aus wirtschaftlichen Gründen unter den Lesern einer Militärzeitschrift zu werben. Das „Panzermuseum Munster" dürfte ein gesteigertes Interesse der DMZ-Kunden für seine Exponate angenommen haben,[126] da sich regelmäßig Abbildungen von Panzerkampfwagen auf den Titelblättern der Zeitschrift sowie dazu gehörende Beiträge in ihr befanden.[127] Von einem ohne extremistischen Hintergrund bestehenden Interesse der Leserschaft am Militär gingen offenbar auch die für das Heft „Y. Magazin der Bundeswehr" verantwortlichen Personen aus. Sie schalteten eine Anzeige für die im Auftrag des Bundesministers der Verteidigung und des Generalinspekteurs der Bundeswehr erscheinende Publikation.[128] Auch der für die Fachveröffent-

[124]Der für das DWJ verantwortliche Verlag wurde zu einem ständigen Partner, der teilweise auf ganzen Heftseiten warb. Vgl. DWJ-Verlags GmbH, Anzeige, z. B. in: DMZ, Nr. 41, September-Oktober 2004, S. 53; Nr. 50, März-April 2006, S. 17; Nr. 54, November-Dezember 2006, S. 84; Nr. 56, März-April 2007, S. 84; Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 84; Nr. 63, Mai-Juni 2008, S. 79.

[125]Vgl. Schweizer Waffensammlerbörse Luzern, Anzeige, in: DMZ, Nr. 38, März-April 2004, S. 75; Nr. 44, März-April 2005, S. 79.

[126]Deutsches Panzermuseum Munster, Anzeige, in: DMZ, Nr. 45, Mai-Juni 2005, S. 82; Nr. 1/2007, Sonderausgabe. Die Waffen-SS, S. 9; Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 60; Nr. 58, Juli-August 2007, S. 82. Nachdem Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke die Anzeigen des Museums, in dessen Förderverein sich auch die Bundeswehr engagierte, in einer Kleinen Anfrage thematisiert hatten, kündigte die Bundesregierung im Juni 2008 an, dem Förderverein von der Schaltung weiterer Werbebotschaften abzuraten, Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Drucksache 16/9550, 12. Juni 2008, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Inge Höger, Petra Pau, Paul Schäfer (Köln) und der Fraktion Die Linke, Antwort auf Frage 15.

[127]Vgl. z. B. Titelblätter der Hefte: DMZ, Nr. 37, Januar-Februar 2004; Nr. 39, Mai-Juni 2004, Nr. 40, Juli-August 2004, Nr. 41, September-Oktober 2004; Nr. 42, November Dezember 2004, Nr. 43, Januar-Februar 2005.

[128]Vgl. Societäts-Verlag, Anzeige. Y. Magazin der Bundeswehr, in: DMZ, Nr. 42, November-Dezember 2004, S. 41. Zur Herausgeberschaft, siehe Y. Das Magazin der Bundeswehr, über uns, elektronisch veröffentlicht unter: www.y-punkt.de (gelesen am 3. August 2009).

lichung „Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie“ verantwortliche Verlag nahm an, dass die DMZ von aktiven Soldaten gelesen wurde, da er es häufig anpries.[129]

Neben diesen Anzeigen fanden sich auch Inserate bekannter rechtsextremistischer Verlage. Dazu gehörte der „Munin-Verlag“ mit seinem die Waffen-SS verherrlichenden Periodikum „Der Freiwillige“. In den häufig geschalteten Anzeigen behauptete das Unternehmen, dass sein Produkt „ohne Denkverbote des verordneten Zeitgeistes, sondern nur der Wahrheit verpflichtet“ sei.[130] Dadurch offenbarte es nicht nur die gleiche Selbstwahrnehmung wie die DMZ, sondern pflegte auch eine ähnliche Wortwahl.[131] Zu den weiteren regelmäßig werbenden Unternehmen zählte der zur NPD gehörende „Deutsche Stimme Verlag“.[132] Zudem schaltete der bewährte Werbepartner „Grabert Verlag“ zuweilen Anzeigen.[133] Darüber hinaus fiel die große Anzahl von Werbebotschaften des „Arndt-Verlages“ sowie des zu ihm gehörenden „Pour le Mérite Verlages“ auf.

5. Bewertung des extremistischen Gehalts

Die Beantwortung der Frage, ob es sich bei der DMZ um ein rechtsextremistisches Magazin handelt, fällt nicht leicht. Ein Grund dafür liegt darin, dass der überwiegende Teil ihrer Artikel keine rechtsextremistischen Inhalte

---

[129]Vgl. Bernard & Graefe Verlag Anzeigen, z. B. in: DMZ, Nr. 39, Mai-Juni 2004, S. 19; Nr. 53, September-Oktober 2006, S. 84; Nr. 62, März-April 2008, S. 84; Nr. 63, Mai-Juni 2008, S. 84; Nr. 64, Juli-August 2008, S. 83.

[130]Vgl. Munin-Verlag, Anzeige. Der Freiwillige, z. B. in: DMZ, Nr. 38, März-April 2004, S. 80; Nr. 39, Mai-Juni 2004, S. 63; Nr. 40, Juli-August 2004, S. 71; Nr. 48, November-Dezember 2005, S. 45; Nr. 51, Mai-Juni 2006, S. 51; Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 32; Nr. 65 September-Oktober 2008, S. 43.

[131]Vgl. Munier (Anm. 23).

[132]Vgl. Deutsche Stimme Verlag, Anzeigen, z. B. in: DMZ, Nr. 46, Juli-August 2005, S. 45; Nr. 48, November-Dezember 2005, S. 45; Nr. 51, Mai-Juni 2006, S. 51; Nr. 57, Mai-Juni 2007, S. 32; Nr. 58, Juli-August 2007, S. 39.

[133]Vgl. Grabert Verlag, Anzeige, in: DMZ, Nr. 48, November-Dezember 2005, S. 71; Nr. 65, September-Oktober 2008, S. 79; Nr. 66, November-Dezember 2008, S. 57.

aufweist. Das betrifft die große Zahl an Beiträgen über Waffentechnik und Militärtreffen sowie die meisten Texte zur Entwicklung der Bundeswehr. Ein weiterer Grund ergibt sich dadurch, dass für rechtsextremistische Leser interessante Themen in der Regel vorsichtig sowie mit einem moderaten Ton behandelt werden. Außerdem verbreitet das Heft keine offen rassistischen, antisemitischen sowie auf die Überwindung der grundgesetzlichen Ordnung zielenden Aussagen. Dadurch erscheint es auf den ersten Blick als ein Periodikum, das zwar die Bewertung der Wehrmacht durch die heutigen Entscheidungsträger ablehnt, sich aber primär militärischen Angelegenheiten widmet.

Hinter diesem scheinbar gemäßigten Erscheinungsbild existiert jedoch ein rechtsextremistischer Hintergrund. Er ergibt sich zunächst durch den Verleger, denn mit dem Ende 2003 erfolgten Engagement Dietmar Muniers wurde das Heft Teil seines rechtsextremistischen „Arndt-Verlags“.[134] Nach dem zunächst verdeckten Einstieg erfolgte zwar weiterhin das Bekenntnis zu den „Werte(n) der freiheitlichen Demokratie“, doch Aussagen Muniers, den „nationalbewussten Leser“ erreichen zu wollen, sowie seine Klagen über die Reeducation und seine Behauptung einer angeblichen Geschichtsfälschung zum Nachteil Deutschlands deuteten früh an, dass die DMZ unter seinem Einfluss eine in das rechtsextremistische Verlagswesen passende Ausrichtung erhalten sollte.

Bei der Einschätzung des Inhalts der DMZ ist zu beachten, dass der größte Teil der Beiträge keine rechtsextremistischen Positionen verbreitete und ihre Verfasser nicht einschlägig bekannt waren. Gleichwohl prägten der Chefredakteur Ochsenreiter sowie einige Stammautoren die Ausrichtung der Zeitschrift. Sie schufen eine redaktionelle Linie, die sich am rechtsextremistischen Revisionismus im weiteren Sinn orientiert. Der bestreitet zwar nicht den Holocaust, leugnet oder relativiert aber andere NS-Untaten. Dadurch soll das Dritte Reich in einem günstigeren Licht erscheinen und gegenwärtige Systemalternativen von rechts von einer durch die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen verursachten Belastung befreit werden. Auch wenn es sich bei den meisten Artikeln um inhaltlich unauffällige Texte

[134]Für eine Verbindung der DMZ zum Arndt-Verlag ist unerheblich, ob sie organisatorisch in ihn eingegliedert ist oder formell eigenständig blieb. Tatsächlich kann sie seit dem Jahreswechsel 2003/2004 dem Unternehmen Muniers zugerechnet werden.

handelte, deuteten vor allem Autoren wie Richard Lobsien, Heinz Magenheimer, Hans-Joachim von Leesen, Walter Fritz und Carsten Fromm die Zeit von 1933 bis 1945 um. Mit der Kombination aus Verschweigen oder Relativieren der NS-Verbrechen und der Darstellung von Deutschen als bloße Opfer von Luftangriffen, Vertreibung oder Misshandlungen in Kriegsgefangenenlagern nutzte die DMZ eine seit Jahrzehnten im Rechtsextremismus gängige Vorgehensweise, um das nationalsozialistische Deutschland zu verharmlosen und es als Opfer feindlicher Mächte darzustellen. Dazu ergingen Behauptungen, die den Kriegsgegnern des Dritten Reiches große Teile der Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zuschrieben oder den Angriff auf die UdSSR als Präventivschlag entschuldigten.

Auch die Klagen über die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse hatten einen rechtsextremistischen Hintergrund. Vordergründig schien es sich um das Bedürfnis zu handeln, ein anderes Traditionsverständnis für die Bundeswehr sowie eine Verbesserung der Lage der aktuell dienenden Soldaten zu erreichen. Tatsächlich kam es zu fundamentalen Angriffen auf die Bundesrepublik, indem sie als „Bananenrepublik“[135] diffamiert oder als fremdbestimmter Staat dargestellt wurde. Hierbei tat sich neben Chefredakteur Ochsenreiter mit Thorsten Hinz ein weiterer ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“ hervor.[136] Derartige Positionen dienten nicht allein der Diskussion gegenwärtiger Verhältnisse, sondern waren Ausdruck einer grundsätzlichen Distanz zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Einen rechtsextremistischen Hintergrund verdeutlichte auch die Kooperation mit einschlägig bekannten Publikationsstätten. So druckte die DMZ über Jahre nicht nur Anzeigen des rechtsextremistischen „Grabert Verlags“, sondern einer ihrer Autoren würdigte dessen szeneweit bekannte Mitarbeiter Rolf Kosiek und Olaf Rose. Darüber hinaus äußerten sich mit Gerd Schultze-Rhonhof und Stefan Scheil Personen, die bereits für den rechtsextremistischen Verleger Gert Sudholt tätig waren. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Stammkunden „Deutsche Stimme Verlag“ und „Munin-Verlag“, deren Anzeigen von nicht extremistisch ausgerichteten Zeitungen abge-

---

[135] Vgl. Hinz (Anm. 76), hier S. 8.

[136] Vgl. Kubitschek (Anm. 75).

lehnt werden, zeigten die Einbindung des Magazins in das rechtsextremistische Publikationswesen.

Sie manifestierte sich auch, als die DMZ im Frühjahr 2009 einen Ausbildungsplatz mit einer Stellenanzeige in der „Deutschen Stimme“ offerierte.[137] Für eine sich tatsächlich an den Werten des demokratischen Verfassungsstaates orientierende, der historischen Wahrheit verpflichtete Zeitschrift wäre eine derartige Anzeige in der Parteizeitung der demokratiefeindlichen NPD undenkbar. Für die DMZ machte diese Anzeige jedoch Sinn, denn im NPD-Organ fanden sich regelmäßig Artikel über den Zweiten Weltkrieg, die ihrer redaktionellen Linie entsprachen. Zudem hatte Ochsenreiter zuvor bereits seine Militärzeitschrift in einem DS-Interview vorgestellt.[138] Die Auslobung eines Ausbildungsplatzes unter den Lesern der DS wies nicht nur darauf hin, dass die Redaktion des Militärmagazins davon ausging, von dieser Personengruppe verstärkt beachtet zu werden, sondern dass ein aus ihr stammender Bewerber gut zum eigenen Mitarbeiterkreis passen würde.

Auf die der DMZ zugedachte Rolle wies bereits die zweite nach Muniers Engagement veröffentlichte Ausgabe hin, in der er es für „ganz wichtig“ erachtete, durch den Verkauf über den allgemeinen Zeitschriftenhandel auch Personen außerhalb der „abgeschlossenen Zirkel“ zu erreichen.[139] Aus jahrelanger Erfahrung war er sich der gesellschaftlichen Randlage seiner Person und der seiner Gesinnungsgenossen sowie des kaum vorhandenen Einflusses auf die öffentliche Meinung bewusst. Mit der Übernahme eines zuvor nicht in die rechtsextremistische Szene eingebundenen Publikationsorgans, das sowohl unter entsprechend ausgerichteten Lesern als auch unter am Militär interessierten Demokraten Verbreitung fand, gelang ein Ausbruch aus der verlegerischen Isolation.

Die Ausrichtung auf unterschiedliche Lesergruppen brachte die Verantwortlichen in eine schwierige Lage. Sie mussten einerseits den Ansprüchen der „abgeschlossenen Zirkel“ gerecht werden, was eine positive Bezugnahme auf das Dritte Reich und seine Streitkräfte beinhaltete, durften allerdings

---

[137] Vgl. DMZ, Stellenangebot, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2009, S. 26.

[138] Vgl. Ochsenreiter (Anm. 20).

[139] Vgl. Munier (Anm. 14).

andererseits konservativ-demokratische Leser nicht durch eine zu radikale Ausrichtung abschrecken. Den Spagat schaffte die Redaktion, indem sie sich auf die Wehrmacht und die Waffen-SS, aber gleichzeitig auch auf die Bundeswehr konzentrierte. Durch die Berichterstattung über moderne Waffen und die Selbstdarstellung als „Kümmerer“ für Bundeswehrsoldaten, dürfte es der DMZ gelungen sein, unter ihnen Leser zu gewinnen. Damit wurde sie zu einer Art Türöffner des „Arndt-Verlages“. Die Werbung des Heftes „Y. Magazin der Bundeswehr“, sowie die Anzeigen des „Panzermuseums Munster“ deuteten ihren Erfolg in diesem Sinne an. Dem wirkten allerdings Parlamentarische Anfragen der Partei „Die Linke“ entgegen[140], die dazu führten, dass die Bundesregierung das Heft öffentlich als eine dem „rechtsextremistischen ‚Arndt-Verlag´ nahe“ stehende Schrift einschätzte[141] und dem Museum von weiteren Anzeigen abriet.[142]

Trotz dieser Behinderungen erfüllte die Zeitschrift ihre Rolle, neue Leserkreise anzusprechen. Dazu verteilte sie nach eigenen Angaben im Rahmen von Werbeaktionen ältere Exemplare kostenlos auf Militärtreffen, vor Museen und bei Tagen der offenen Tür der Bundeswehr.[143] Zudem sprach sie unterschiedliche Lesergruppen durch eine breite Berichterstattung auch über Militärmuseen, Militärmaler, Modellbau und Reenactment-Veranstaltungen an. Da dies durch fachkundige Artikel geschah und das Blatt durchgehend farbig erschien, wurde es zu einem attraktiven publizistischen Angebot für eine generell am Militär interessierte Leserschaft.

Für Munier spielt das im normalen Zeitschriftenhandel verkaufte Magazin zudem eine ökonomische Rolle, die ihm einen doppelten wirtschaftlichen Vorteil einbrachte. Zunächst erwirtschaftet der Verleger direkte Einnahmen

---

[140]Vgl. Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Drucksache 16/9550 (Anm. 126); ders., Drucksache 16/1282 vom 25. April 2006, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Karsten Naumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke.

[141]Vgl. ders., Drucksache 16/1282 (Anm. 140), Antwort zu Frage 12f.

[142]Vgl. ders., Drucksache 16/9550, (Anm. 126).

[143]Vgl. DMZ, Anzeige. Freiwillige Helfer gesucht, in: DMZ, Nr. 49, Januar-Februar 2006, S. 71.

durch den Heftverkauf. 2009 erschien die DMZ sechsmal jährlich mit einem Preis von 7.50 Euro, nach Angaben des Verlags in einer Auflage von 22.800 Exemplaren. Auch wenn die Eigenangabe nicht nachprüfbar ist und man davon ausgehen kann, dass die Anzahl der verkauften Hefte unter jener der gedruckten liegt, lägen die alle zwei Monate erzielten Einnahmen bei einer um circa 20 Prozent niedriger angesetzten Verkaufszahl von 18.000 Exemplaren immer noch bei 135.000 Euro. Dazu kommen Erlöse aus dem Anzeigengeschäft, wobei die Zeitschrift ihren Partnern für ein ganzseitiges Inserat 1.845 Euro berechnet.[144] Darüber hinaus ergibt sich ein indirekter wirtschaftlicher Vorteil durch die sehr starke Präsenz von Werbemitteilungen und redaktionell begleitenden Berichten über aktuelle Buchveröffentlichungen des „Arndt-Verlages“ sowie des zu diesem gehörenden „Pour le Mérite Verlages“, mit denen Munier neue Kunden für sein Kerngeschäft wirbt.

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Innerhalb des von rechtsextremistischen Publikationsstätten angebotenen Sortiments fällt die DMZ dadurch auf, dass sie auf den ersten Blick lediglich wie eine auf das Militär ausgerichtete Zeitschrift erscheint und sich ihr politischer Hintergrund nicht direkt offenbart. Für Munier ergab sich beim Beginn seines Engagements der Vorteil, dass das Magazin in einem unbelasteten publizistischen Umfeld entstanden war und dadurch über entsprechende Leser verfügte. Der rechtsextremistische Verleger erkannte darin die Chance, diese außerhalb der „abgeschlossenen Zirkel“ seiner Gesinnungsgenossen stehenden Personen zu erreichen und neue Kunden für die Produkte seines „Arndt-Verlags“ zu gewinnen. Mit Manuel Ochsenreiter stand ihm ein fähiger Chefredakteur zur Seite, unter dessen Leitung sich das Heft behutsam modernisierte und auf dem regulären Zeitschriftenmarkt etablierte. Ihm gelang es, im weiteren Sinn revisionistische Texte geschickt durch unverfängliche Artikel einzurahmen, so dass sich mehrere Ex-Verteidigungsminister als Interviewpartner zur Verfügung stellten und gesellschaftlich

[144] Vgl. DMZ, Inserenten-Preisliste Nr. 11 (Anm. 21). Beispielsweise enthielt das Heft Nr. 70 vom Juli-August 2009 fünfeindrittel Seiten mit Anzeigen von Fremdfirmen, wobei die Zeitschrift Stammkunden einen Rabatt von bis zu 20% einräumt.

angesehene Kunden Anzeigen schalteten.

Letztendlich ist die DMZ keine Zeitschrift mit durchgehend rechtsextremistischen Inhalten, jedoch seit Ende 2003 faktisch ein Produkt des „Arndt-Verlages“ und seines Verlegers Dietmar Munier. Er band das Magazin in das rechtsextremistische Publikationswesen ein und verbreitet mit ihm ein beschönigendes Geschichtsbild über das Dritte Reich. Durch eine vorsichtige Agitation bedient die Zeitschrift einerseits das Interesse der Stammkundschaft Muniers, schreckt aber andererseits demokratische Leser nicht grundsätzlich ab. Die Besonderheit der DMZ besteht darin, dass sie durch eine vorsichtige politische Agitation bei gleichzeitiger Konzentration auf militärrelevante Themen auch nicht-rechtsextremistische Personen aus den Kreisen der Bundeswehrangehörigen, ehemaligen Soldaten und generell am Militär interessierten Personen anspricht.

„Autonome Nationalisten“ zwischen politischer Produktpiraterie und „Nähe zum Gegner“

Eine Analyse zu Sprachcodes, Widerstandsverständnis und Gewaltrituale als Brücken zu den linksextremistischen Autonomen

Rudolf van Hüllen

1. Einleitung und Fragestellung

Seit mindestens 2007 beschäftigt das Phänomen der „Autonomen Nationalisten“ (AN) Sicherheitsbehörden, Spezialisten für Rechtsextremismusanalysen und –prävention, seine Gegner besonders in den Reihen der „Autonomen Antifa“, aber auch Teile der rechtsextremistischen Szene selbst. Die Erklä, warum veritable Neo-Nationalsozialisten Erscheinungsbild, Sprachduktus und Modus operandi von ihrem ideologisch antagonistischem Gegenbild, vorwiegend den linksextremistischen „Autonomen“, kopieren, sind vielfältig, aber keineswegs überzeugend.

Obwohl es bereits in den 1970er Jahren eine sozialrevolutionär-völkisch argumentierende „Neue Rechte“ als Spiegelprojekt zur „Neuen Linken“ gab, erscheinen die AN im heutigen Rechtsextremismus auf den ersten Blick allemal fremd und „systemwidrig“. Das gängige Klischee vom Rechtsextremisten – zumeist deckungsgleich mit seinem Selbstverständnis – umfasst Vorstellungen von Disziplin, Ordnung, Sauberkeit, Obrigkeitsorientierung, von der Pflege mutmaßlich deutscher Tradition und der deutschen Sprache, von der Notwendigkeit des „Nationalen“ und umgekehrt der Ablehnung des „Kulturfremden“, insbesondere in der Abwehr und Ausgrenzung des „Anderen“. Das gilt vor allem für seine weltweit präsente angelsächsisch-universalistische Form, ihre Lebensstile, Sprach- und Dresscodes. Da aber andererseits an der neo-nationalsozialistischen Ausrichtung der AN-Gruppen kein Zweifel besteht, bedeutet dies: Hier passen Anspruch und Praxis, Inhalt und Form, Wesen und Erscheinung der Sache offenkundig nicht zusammen. Nun mag man dies mit vorübergehender Taktik, Verstellung oder Mimikry erklären. Offenkundig haben sich aber Habitus und Handlungsstil der AN als Bestandteil der rechtsextremistischen Szene verfestigt, was wiederum darauf hinweist, dass es sich um ein attraktionsfähiges Sozialisationsangebot handelt. In einer Szene, die in hohem Maße von Identitätsdiskursen nach

innen und Feindbildprädikationen nach außen geprägt ist, erscheint dies zunächst widersinnig. Etwas anderes könnte nur gelten, wenn es Brücken gäbe, die vom Neonationalsozialismus „autonomer" Prägung zum klassischen linksextremen Autonomen-Milieu führen. Der Suche nach ihnen gilt daher die Fragestellung dieses Beitrages. Und es soll versucht werden, eine Antwort nicht primär aus der Sichtweise der wissenschaftlich und personell gut ausgestatteten Rechtsextremismus-Forschung zu entwickeln, sondern von der verschütteten und eher unterbelichteten Geschichte der „Autonomen" aus.

Damit wird nicht der Anspruch erhoben, *den* Schlüssel zum Phänomen AN zu liefern. Aber es sollen ein paar Verbindungspfade ausgeleuchtet werden, die zur Erklärung *beitragen* können. Hierzu gehören die Übernahme von Sprachcodes, das Widerstandsverständnis und bestimmte Gewaltrituale. Möglicherweise hat man es bei den AN nicht nur mit politischer Produktpiraterie, sondern mit einer feindlichen Verwandtschaft zweier gewaltbereiter Extremismusphänomene zu tun, mindestens aber mit einer wechselseitigen „Nähe zum Gegner", wie Klaus Rainer Röhl vorsichtig abwägend das symbiotische, aber zugleich antagonistische Verhältnis von Nationalsozialisten und Kommunisten während des Berliner Verkehrsstreiks 1932 beschrieben hat.[1] Zugleich ergeben sich einige Schlussfolgerungen für den weiteren Umgang mit dem polizeilichen Problemfall „Autonome Nationalisten".

2. Erklärungsansätze

Das Auftreten der AN hat sowohl die rechtsextremistische Szene als auch die interessierte Öffentlichkeit zu unterschiedlichen Erklärungsversuchen veranlasst: In der Presse wurde frühzeitig vermutet, hier „verkleideten" sich Neonazis, um Polizei und politische Gegner zu täuschen. Demnach wäre das Ganze nur ein, sehr aufwendiges, „Kostümfest" gewesen, das zudem von den Schauspielern inzwischen gegen ihre tatsächliche Natur über Jahre durchgehalten würde und zudem noch (falsche?) Klientel anlockte. Der Politologe

[1] So der Titel der Dissertation von Klaus Rainer Röhl, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im BVG-Streik von 1932, Berlin 1993, heute Klaus Rainer Röhl, Die letzten Tage der Republik von Weimar. Kommunisten und Nationalsozialisten im BVG-Streik von 1932, Wien 2008.

Armin Pfahl-Traughber [2] vermutet, AN-Stil und Methode sollten Linksextremisten und Polizei verwirren und sich den Zulauf von Jugendlichen sichern, die mit dem traditionellen Habitus der „deutsch-ordentlichen" Rechtsextremisten nichts anfangen könnten. Zweifellos ist die angedeutete Verwirrung nicht nur bei Polizeieinsatzleitern vor Ort eingetreten, sondern auch bei der autonomen Konkurrenz, die sich relativ fassungslos gegen die Produktpiraterie zu wehren versucht und vor Verwechselungen warnt. In die gleiche Richtung geht die Vermutung des Rechtsextremismusexperten Dierk Borstel, die AN kopierten linksautonome Verhaltens- und Erscheinungsformen, weil sich diese als erfolgreich erwiesen hätten.[3] Solche Erklärungen unterstellen allerdings einem ideologisch motivierten Zusammenschluss zu viel an Zweckrationalität und urteilen zu stark von einer Position, die dem beobachteten Objekt die gleiche Rationalitätsbasis unterstellt wie dem Beobachter. Sollten vergleichbare taktische Erwägungen bei den AN eine Rolle spielen, dürften sie dennoch allenfalls als *eine* Komponente zur Erklärung des Phänomens beitragen. Christian Worch, einer wichtigsten Protagonisten und Vordenker der Neonazi-Szene, will in den AN einen Paradigmen- und Generationswechsel sehen [4]; der Publizist Christian Menhorn stimmt ihm hinsichtlich des Generationswechsels zu, bestreitet aber den Paradigmenwechsel, da der Bezugspunkt der AN weiterhin ein - sogar ganz ungeniert vorgetragener - Neonationalsozialismus sei[5]. Dem ist beizupflichten, nur erklärt sich so nicht, warum der Generationswechsel mit der Übernahme sozialkultureller Kennzeichen einer antagonistischen politisch-ideologischen Formation einhergeht. Der Berliner Verfassungsschutz stellt ebenfalls auf die Ziele ab: Den aktions-

---

[2] Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl, in: www.bpb.de/themen/6JVEOB.html (gelesen am 10. Mai 2009), S. 6.

[3] Dierk Borstel in „Der Westen" vom 12.Mai 2009, S.1.

[4] Christian Worch, Gedanken über freien und autonomen Nationalismus, unter: http://stoerti.atspace.com.260105.html, zit. nach Menhorn (Anm. 5).

[5] Christian Menhorn, „Autonome Nationalisten" – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager?, in: Uwe Backes/Eckehart Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie Bd. 19, Baden-Baden 2007, S. 213-226, hier 226.

orientierten AN sei es eher um den „Kampf um die Straße“ denn um den „Kampf um die Köpfe“ zu tun.[6] Das unterstellt wiederum ganz utilitaristisch, das „Kostümfest“ sei nur Bestandteil einer cleveren Strategie. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt fest, die Protagonisten der AN übernähmen „Insignien einer ‚linken’ Protestkultur einschließlich ihrer militanten Aktionsformen“, um aus der Nischenexistenz des Skinhead-Milieus auszubrechen und sich als Avantgarde einer neuen Jugendrevolte darzustellen.[7] Auch diese Schlussfolgerung kann nicht erklären, wie linksextremistische „Insignien“ in neonationalsozialistische Köpfe passen können.

Extremistische Phänomene sind ideen-, ideologiegeleitet. Das bedeutet nicht unbedingt, dass sie Ausfluss einer rational durchdachten kodifizierten Weltanschauung sein müssten. Ideologische Systeme können durchaus emotional gesteuert, durch „den Bauch“ vermittelt, Wahrnehmungen bestimmen, Handlungskonzepte produzieren und zur Rechtfertigung von deren Folgen dienen. Allerdings müssen die „Insignien“ und Handlungsformen in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den ideologischen Inhalten stehen. Taktische Verstellung, wie von den klassischen Marxisten-Leninisten zur strategiefähigen Handlungskomponente erhoben, kann nur vorübergehend funktionieren und wirkt auf Dauer ideologisch „zersetzend“[8]. Mit anderen Worten: Gerade bei sozialen Phänomenen, die den Anspruch haben, sich nach ihren Zielen vom Mainstream der Gesellschaft grundsätzlich abzuheben, müssen Form und Inhalt, Handeln und Denken, Erscheinung und Wesen der Sache halbwegs zusammenpassen. Eine Übernahme „feindlicher“ sozialer und ideologischer Muster ist daher nur möglich, wenn es ideelle Brücken gibt, die eine „Nähe zum Gegner“ aushaltbar machen. Und da die AN sich bisher als expansives und keineswegs kurzlebiges Phänomen erwiesen haben, müssen diese

---

[6] Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“, Berlin 2008, S. 5.

[7] Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“ – eine militante Randerscheinung, Köln April 2007, S. 8.

[8] Besonders drastisch mussten dies westdeutsche Kommunisten erfahren, als sie ihre Kader in die Anti-Kernkraft-Bewegung schickten, zugleich aber daran festhalten wollten, dass Kernkraftwerke und Nuklearwaffen nur im Kapitalismus böse, im Sozialismus aber nützlich und friedensfördernd seien.

Brücken ziemlich stabil sein. Das gilt um so mehr im Falle von ideologisch hoch aufgeladenen Randgruppen wie den Neonationalsozialisten, die stark von Identitätsdiskursen geprägt sind.

3. Die Autonomen als analytisches Tool für die Dechiffrierung der AN

Im Folgenden wird versucht, diese Brücken nicht aus der Perspektive der Rechtsextremismusforschung, sondern von der Geschichte des autonomen Spektrums im Linksextremismus aus zu begehen. Dabei ist sich der Autor im Klaren, dass eine vergleichbar intensive wissenschaftliche Erforschung des autonomen Linksextremismus nie stattgefunden hat.[9] Hier klaffen beträchtliche Erkenntnislücken, z.B. was die soziologische Struktur der Autonomen angeht. Unter Präventionsgesichtspunkten wurde diese gewaltbereite, also im Kern kriminelle, Jugendsubkultur überhaupt nicht bearbeitet. Ebenfalls eher politischen Rücksichten geschuldet sein dürfte der Verzicht auf eine Ausleuchtung von „Übergangszonen" der Autonomen zu kulturell verwandten Phänomenen wie den Punks; sie werden allenfalls in der Szeneliteratur thematisiert.

---

[9] Abgesehen von den meist deskriptiven Analysen der Sicherheitsbehörden liegen dazu u.a. folgende Veröffentlichungen vor: Joseph Scheer/Jan Espert, Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. Alternatives Leben oder Anarchie? Die neue Jugendrevolte am Beispiel der Berliner „Szene", München 1982; Patrick Moreau/Jürgen Lang, Linksextremismus –eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 366-403; Matthias Mletzko, Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei autonomen Gruppen, in: Uwe Backes/ Eckhard Jesse, Jahrbuch Extremismus und Demokratie Bd.11, Baden-Baden 1999, S.189-199; Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen – Porträt einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/1998, S.36-46; Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt – unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1976-1977, Köln 2001, S.317-358. Aus der „Szene" stammen einige zwar parteiische, aber dennoch scharfsinnige Analysen: Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin/Amsterdam 1990; Jan Schwarzmeier, Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001; A.G. Grauwacke (Hrsg.), Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, 4.Aufl. Berlin/Hamburg/ Göttingen 2008.

Die Autonomen gibt es nicht, wohl aber mangels fehlender Mitgliederausweise unterschiedliche Vorstellungen, wer dazu gehört. Da das Schreckbild des Steine werfenden „Schwarzen Blocks“ ein konstantes Label der Autonomen ist, gerät in den Hintergrund, dass die „Szene“ erhebliche Entwicklungen durchmachte. Zu ihrem Entstehungszeitraum – Anfang der 1980er Jahre – herrscht leidliches Einvernehmen, nicht aber zu den Traditionslinien, die mal in der antiautoritären Studentenbewegung von 1968, mal in den „Spontis“ der frühen 1970er Jahre, aber auch in der italienischen „Autonomia Operaia“, also einer theoretisch vergleichsweise anspruchsvollen Spielart der Arbeiterbewegung [10], gesehen werden. Natürlich gibt es atmosphärische Anklänge an Teile der 68er Bewegung, besonders zu ihren „situativen“, spontaneistischen, Aktionsformen. Auch werden durch die Autonomen als Erben der „Spontis“ „vermutlich auch noch ein paar alte ‚Psychostrukturen’ aus den 70er Jahren mitgeschleppt“[11]. Das stimmt, denn die „Spontis“ als resignativ-destruktive, oft depressive Jugendsubkultur waren in ihrer Verweigerungs- und Widerstandhaltung, auch in der Unfähigkeit, auch nur im Binnenbereich belastbare Sozialstrukturen aufzubauen, den Autonomen nahe verwandt. Dies gilt übrigens auch für die sozialkulturell buchstäblich asoziale Punk-Szene, die erfahrene Aktivisten korrekt als Vorfeld der Autonomen bewerten: Unbeachtlich einer Unterscheidung in „Proll- und Sauf- oder Polit- und Gymnasialpunks“ müsse man feststellen, so anerkennend Alt-Autonome, dass der Politpunk ständig und stetig auf der Straße sei, wenn es darauf ankomme [12].

Solche länger zurück liegenden Berührungspunkte der frühen Autonomen zu ihren Vorläufern und Umfeldern verraten mehr über die unterirdischen Verbindungslinien zu den AN als die „gereifte“ Form der autonomen Szene seit den 1990er Jahren. Denn diese ist geprägt durch die Erfahrung eines immer wieder kehrenden Misserfolgs anarchistischer Sozialisations- und

---

[10] Die Berührungspunkte waren eine zeitliche Koinzidenz mit einem „Autonomie-Kongress“ in Padua, der als einer der Geburtsstunden der deutschen Autonomen gilt, ferner das Merkmal einer von klassischen linken Parteien unabhängigen Organisierung der Arbeiterschaft im Betrieb und die Gemeinsamkeit des Selbstverständnisses als „autonom“.

[11] Geronimo (Anm. 9), S. 170.

[12] Grauwacke (Anm. 9), S. 48.

Handlungsmodelle. Sie hat sich mehr und mehr auf Fragen geplanten, strategischen Handelns (unter Einschluss der – für autonome Gruppen oft tödlichen – „Organisationsdebatte“[13]) eingelassen und dabei auch marxistische Ökonomieanalysen und Strategiekonzepte nicht verschmäht: Als Autonome in Leninscher Diktion darüber nachzusinnen beginnen, dass man den „aktivsten, praktisch führenden Teil der Autonomen“ innerhalb der informellen Strukturen auch „ZK“ oder „zentraler Klüngel“ nennen könnte [14], ist der Schritt hin zu den Papieren, die mit der Parole „Für den Kommunismus“ enden, nur noch konsequent. *Diese* Phase autonomer Entwicklungsgeschichte bietet für die AN eher weniger Anknüpfungspunkte, aber wer weiß: vielleicht auch nur *noch nicht*.

Im Folgenden werden die Hypothesen über Brücken zwischen Autonomen und AN an drei zentralen Aspekten entwickelt: der Übernahme von Symbolen und Sprachcodes, der negativistischen Grundeinstellung mit dem Kernmotiv des „Widerstandes“ sowie der Ritualisierung und Ästhetisierung der Gewalt nach außen wie auch in den Binnenbeziehungen.

3.1 Sprachcodes und politische Symbolik

Die expressive Inszenierung ist insbesondere für aktionistische Phänomene des Extremismus von Bedeutung. Symbole sind „Markenzeichen“, schaffen Sichtbarkeit im öffentlichen Raum; Sprachcodes gelten der Selbstverständigung und der plakativen Außenwerbung. Gerade für letztere gilt, dass es weder den Autonomen und ihren Vorgängern noch den AN auf argumentative Diskursmuster, auf Widerspruchsfreiheit und Stringenz ankommt. Schon die anarchoiden „Spontis“ pflegten eine Sprache, die sich nicht der Mühe des Begriffs unterzog, sondern mit Metaphorik, Aphorismen, Suggestion arbeitete. Die Verachtung für sprachliche Präzision und verbale Argu-

---

[13] Deren dramatischer Höhepunkt waren Aufstieg und Scheitern eines bundesweiten Organisierungsversuchs im auch ideologisch zentral wichtigen „Teilbereichskampf“ Antifaschismus: der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) von 1992 bis 2001.

[14] Gruppe „fels“ (d.i. „für eine linke Strömung“), Texte zur Kritik an den Autonomen, Berlin 1992, S. 42, zit. nach Schwarzmeier (Anm. 9), S. 153.

mentation brachte u.a. der berüchtigte „Buback-Nachruf“ eines Göttinger „Mescalero“ zum Ausdruck. Dort hieß es eingangs: „Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch – das ist mir alles piepegal. Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen und diese Rülpser sollen zu Papier gebracht werden.“[15] Sprache war weniger das Produkt intellektueller Anstrengung denn Ausdruck „bauchgesteuerter“ subjektiver Befindlichkeiten, von ihr blieb „zuweilen nur ein intensives Stammeln“[16]. Kurze und suggestive Parolen, oft ironisch, wegen der steten Gewaltaffinität auch zynisch, genügten. Wo der beflissene Seminarmarxist seitenlange „Staatsableitungen“ ausspann, genügte dem Sponti oder Autonomen die knapp verdichtete Injurie vom „Schweinesystem“.

Diese lebensphilosophisch angehauchte, bildhafte und oft brutalisierte Parolensprache, deren Feindprädikationen oft wie Peitschenhiebe wirken, kam der verbreiteten Theoriefeindlichkeit aktionsorientierter Rechtsextremisten sehr zu pass. Ihre eigene Schriftproduktion ist denkbar gering; oft reichen selbst die einführenden Bemerkungen über das Selbstverständnis in ihren Internet-Auftritten kaum zu mehr als der Wiedergabe einiger Versatzstücke aus NPD- und Kameradschaftlerideologie[17]. Die rezeptiven Fähigkeiten sind hingegen ausgeprägter. AN-Aktivisten haben aus dem Spektrum ihrer autonomen Gegner offenbar alles gelesen, was in ihre Reichweite gelangte – was um so mehr erstaunt, als gerade die ältere schriftliche Hinterlassenschaft von Spontis und Autonomen nicht durchweg im Internet auffindbar ist. Das Weitere war wohl schnell getan: Da Kampfmetaphorik, Systemgegnerschaft und Menschenverachtung des autonomen Jargons auch von Rechtsextremisten goutiert werden, genügte es, die Parolen einfach umzupolen, indem man einzelne Komponenten austauschte. Aus „Good night, white pride“ wird „Good night, left side“, aus „Gegen Staat und Kapital, unser Kampf ist international“ wird „Gegen Staat und Kapital, unser Kampf ist national“. Einfachere Weisheiten

---

[15] Abgedruckt bei Peter Brückner, Die Mescalero-Affaire, 4.Aufl. 1981, S. 24-26, hier S. 24.

[16] Peter Glotz, Die Innenausstattung der Macht. Politisches Tagebuch 1976-78, München 1979, S. 256.

[17] Vgl. Menhorn (Anm. 5), S. 216.

wie „Bildet Banden – schlagt zurück“ oder „BRD, du Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt.“ sind praktisch eins zu eins übernahmefähig. Subtiler ist die Provokation, mit der man auf der Internetseite der „Autonomen Nationalisten Marl“ begrüßt wird: „Die Errichtung eines nationalen Sozialismus bleibt unser Ziel“[18]. Hier hat jemand den berühmten Schwur von Buchenwald, eine schon fast heilige Sentenz der Kommunisten, umgebogen: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“, lautet das Original. Gestandenen Linksextremisten dürfte eine solche Schändung schwer ankommen.

Noch leichter fällt freilich die Produktpiraterie bei Symbolen der nonverbalen Kommunikation. Die schwarz-rot gefassten wehenden Fahnen der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO), heute noch gerne verwendet von lokalen Antifa-Gruppen der autonomen Szene, wurden von der rechtsextremen Konkurrenz übernommen, lediglich die Beschriftung hat man geändert[19]. Übernahmefähig war auch das Palästinensertuch: Die „unterdrückten“ Palästinenser sind ein konsensfähiges Solidarisierungsobjekt im Kampf gegen mit dem Kapital verbündete „Zionisten“ (links) oder „Juden“ (rechts). Auch in einer Vielzahl anderer Fälle hat das „Abkupfern“ gegnerischer Symbole und Sprachcodes den Neonationalsozialisten keine innere Überwindung abgefordert, sondern dürfte – schon wegen des unbestreitbaren Provokationswerts – Wohlbefinden erzeugt haben.

Konsequent ist auch das gemeinsame Faible beider Lager für die Farbe Schwarz. In der extremistischen Linken repräsentiert sie den Anarchismus, gelegentlich in schwarz-roter Kombination den Anarcho-Syndikalismus. Schwarz ist im Regelfalle auch die Kluft der Rocker, einer maskulinen, stark gewaltaffinen und oft kriminell agierenden proletarischen Subkultur sowie

---

[18] http://anm-info.net (gelesen 26. November 2008).

[19] Ursprünglich entstammt das Signet der „Antifaschistischen Aktion“, einer „Massenkampagne“ der stalinistischen KPD von 1932. Die seinerzeitige Kampfmetaphorik findet offenbar rechts wie links nachhaltigen Anklang. Das ist auch ideologisch insofern korrekt, als es schon 1932 nicht nur gegen die NSDAP, sondern auch gegen das „System“ und linke Demokraten ging. Wie langfädig manchmal ideologische Traditionsstränge sein können!

die bevorzugte Kleidungsfarbe der parallel zu den Autonomen entstandenen Punk-Bewegung. Gerade letztere zeigt mit der Neigung zu grundsätzlicher Asozialität und sinnloser Zerstörung einen starken Bezug zum existenzialistischen Gewaltbegriff der Autonomen. Zwar sind Rocker und Punks in erster Linie unpolitische Phänomene. Doch ist Schwarzmeier beizupflichten, wenn er der autonomen Szene einen „Crossover" mit beiden zuschreibt: „Die Punk-Ästhetik hat eine große Nähe zum Frame der Autonomen. ... Die schnelle ekstatische Musik und der Pogo-Tanz entsprechen dabei, als ‚Wutausbruch', der Straßengewalt im Häuserkampf."[20] Brücken zum Stilmittel „Schwarz" als Symbol für eine destruktiv- negativistische und oft gewaltbereite Einstellung findet man auch in anderen Bereichen: Die leichte Wandlung des Hardcore-Rock zum „Hatecore" mag ein Beispiel dafür sein. Die Rechtsextremismusaffinität von Teilen der Gothic-Szene mit ihrer antirationalen, morbiden und todessüchtigen Philosophie zeigt ebenfalls Berührungspunkte mit der in der rechten Szene beliebten gegenaufklärerischen Verherrlichung germanischer Blut- und Bodenmystik.[21] Und nicht völlig zu Unrecht macht Jürgen Schwab, einer der eher intellektuellen Autoren im Rechtsextremismus, in Verteidigung der AN darauf aufmerksam, dass die schwarzen Fahnen der terroristisch agierenden Landvolk-Bewegung in den 1920er Jahren durchaus für eine ideengeschichtliche Kompatibilität zwischen anarchischer Autoritätsverweigerung, Kulturpessimismus und Rechtsextremismus stehen.[22]

---

[20] Schwarzmeier (Anm. 9), S. 33. Der Autor vergisst hier zu erwähnen, dass Pogo sich auch bei Skinheads einiger Beliebtheit erfreut.

[21] Immerhin sind die kulturellen, ideengeschichtlichen und politischen Implikationen deutlich genug, dass sich der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen veranlasst sah, Dark Wave, Gothic, Black Metal und Gabber als zumindest rechtsextremismusaffine Phänomene zu erwähnen; vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen, 3.Aufl. Düsseldorf 2006, S. 66 ff.

[22] Jürgen Schwab, Autonome Nationalisten, http://www.freies-netz-sued.net/?p=572 ‚S. 2 (gelesen am 7. Juni 2009)

3.2 Aktionistische Systemopposition und Widerstandsrhetorik

Etwas weniger augenfällig sind jene Berührungspunkte zwischen Autonomen und AN, die sich auf ein aktionistisch verstandenes Widerstandsmotiv gegen Staat und Gesellschaft beziehen. „Widerstand" meint hier die gelebte Ablehnung des Bestehenden; auf der anarchistischen Linken ist dies allenfalls mit einem „diffusen Anarchismus" verbunden; bei den Spontis bedeutete „Widerstand" Totalverweigerung gegenüber dem Bestehenden, und zwar ohne den Anspruch einer alternativen Gesellschaftskonzeption. „Es mag ja sinnlos sein, Steine zu werfen, aber hört endlich auf, sinnvoll zu sein, denn sinnvoll ist das Wort der Anderen"[23] hieß es in einer Schweizer Subkulturzeitschrift. „Politik in der 1.Person" war die seinerzeitige Chiffre für einen gefühlbetonten Individualanarchismus. Die Sponti-Bewegung wollte auf ihrem „Tunix"-Kongress (Januar 1978 in Berlin) konsequent ausschließlich beraten, „wie wir das ‚Modell Deutschland' zerstören und durch Tunix ersetzen können"[24]. Erst im Sommer 1981 debattierte die Autonomen-Szene, inzwischen durch die Hausbesetzerbewegung zu einem handlungsfähigen Subjekt geronnen, über Strategien und Ziele, bezeichnenderweise auf einem Kongress, der sich nunmehr „Tuwat" nannte. Bei der subjektivistischen Prägung ist es allerdings geblieben: „wir kämpfen für uns und führen keine stellvertreterkriege ... wir kämpfen nicht für ideologien, nicht fürs proletariat, nicht fürs volk, sondern für eine selbstbestimmtes leben in allen bereichen. ... einig sind wir uns darüber, dass wir den staat nur zerstören und uns ihm gegenüber nicht konstruktiv verhalten wollen."[25]

Dem gegenüber scheinen die AN zielgerichteter: „Was zählt ist der Einsatz für Deutschland, der Wille, sich politisch für die Sache einzusetzen und das

---

[23] Zit. nach Volkhard Brandes/Bernhard Schön (Hrsg.), Wer sind die Instandbesetzer? Selbstzeugnisse – Dokumente – Analysen, Bensheim 1981, S. 18.

[24] Schlusssatz aus dem Aufruf zum Tunix-Kongress, abgedruckt bei Dieter Hoffmann-Axthelm (Hrsg.), Zwei Kulturen? Tunix, Mescalero und die Folgen, Berlin o.J. (1979), S. 92 f.

[25] „Anarchie als Minimalforderung", in: radikal Nr. 97/1981, S. 10. Die dort unter diesem Titel veröffentlichten „10 Thesen" entstanden auf einem Kongress in Padua und gelten als Gründungsurkunde der Autonomen.

Wissen, was man in sich trägt."[26] Abgesehen davon, dass das Bild von „Deutschland" unklar bleibt, dürfte der aktionistisch verstandene Widerstand gegen die politische und gesellschaftliche Ordnung auch bei den AN im Zentrum der Orientierung stehen: Für Neo-Nationalsozialisten gibt es an einem demokratisch-parlamentarischen System nichts Erhaltenswertes.

3.3 Ritualisierung und Ästhetisierung der Gewalt: „Kampf" als zentrales Lebensgefühl

Sowohl bei Autonomen als auch bei den AN stellen Kampf und Gewalt wesentliche Komponenten des Lebensgefühls und des Gefühlshaushaltes dar. Für Neonationalsozialisten ist dies – schon angesichts der sozialdarwinistischen Implikationen ihrer Ideologie – unmittelbar plausibel. Bei den Autonomen wurden jedoch die direkten Anknüpfungspunkte an dieses ursprünglich genuin faschistische Element gerne ausgeblendet – schließlich galten sie als irgendwie links und fortschrittlich. Schon deshalb erfreuten sie sich bisweilen eines politisches Schutzes nicht zuletzt von Repräsentanten der 68er Generation in Politik, Wissenschaft und Publizistik. Angesichts der neueren Herausforderungen aus dem Bereich eines militant agierenden Rechtsextremismus ist es allerdings erforderlich, diese politisch induzierten Ausblendungen aufzugeben. Die existenzialistische Begründung von Gewalt findet sich bei den Autonomen schon in den erwähnten „10 Thesen": „vielleicht ist freiheit nur der kurze moment , wo der pflasterstein in die hand genommen wird, bis zum zeitpunkt wo er auftrifft, d.h. der moment der veränderung, der grenzüberschreitung, der bewegung."[27] Eine literarische Verarbeitung hat dieses Inauguralerlebnis der Selbstermächtigung zu Gewalt geschildert: „Wichtig war der Tag, das Gefühl, der Mut, der Hass, die Freude. Die Hitze, die dich überflutet, beim Vorwärtsstürmen, beim Flüchten, der kollektive Orgasmus, die Höhepunkte, der Spaß."[28] Straßenmilitanz als exis-

---

[26] „Bestehende Vorurteile gegen nationale Sozialisten", in: http://ag-rheinland.net/aktuelles/221007/bestehendevorurteile.htm (gelesen 7. Juni 2009)

[27] „Anarchie als Minimalforderung" (Anm. 25), Interpunktionsfehler im Original.

[28] Thomas Lecorte, Wir tanzen bis zum Ende. Die Geschichte eines Autonomen, Hamburg 1992, S.110. Ähnlich in der Schilderung des Berliner AL-Politikers Benny Här-

tenzialistisch ausgelebte „Wut“ gegenüber dem “System“, das Moment des Kampfes als bestimmenden Moments autonomen Selbstverständnisses“[29], ist demnach einer „charismatischen Ursprungsphase“ der Autonomen während der Berliner Haubesetzerbewegung zuzuordnen. Sie schafft das Selbstbild vom vermummten, heroischen und unerschrockenen Kämpfer: „Dabei entsteht ein eigenständiger Held der Metropole, der ‚Streetfighter’“[30].

Die Ästhetisierung der Gewalt setzt spätestens im Juni 1982 ein, beim Besuch des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in Berlin. Erstmalig formiert die „Szene“ einen – ursprünglich durchaus defensiv intendierten - „Schwarzen Block“. Er wirkt mit Fronttransparenten, Seitenstangen und -ketten, weitgehend schwarz gekleideten und vermummten Aktivisten nicht nur integrativ nach innen, sondern hebt die Gewaltbereiten auch von anderen Spektren größerer Demonstrationen ab und baut zugleich eine Drohkulisse auf. Wer innerhalb dieser Formation marschieren durfte, gehörte zur „Garde“. Die martialische Inszenierung zur vermutlich höchsten Entfaltung brachte die Göttinger autonome „Antifa (M)“: Mit bis zu 2.000 Militanten, einheitlicher Behelmung und Schutzkleidung, Fahnen und Kampfsymbolen unterschied sich der solcherart inszenierte „Schwarze Block“ optisch fast nicht mehr von der ursprünglich faschistischen Ästhetik marschierender paramilitärischer Kampfverbände. In einer kleineren Stadt wie Göttingen implizierte dies zugleich die demonstrative Anfechtung des staatlichen Gewaltmonopols.[31]

---

lin, der vor einem Gerichtsverfahren von seiner Partei ins EU-Parlament „in Sicherheit“ gebracht wurde: „Unsere Power kann man spüren, wenn es Putz gibt auf der Straße: bis in die Zehenspitzen in den schnellen Turnschuhen, als Zittern aus Lust und Angst in der Magengrube, beim Klirren der Scheiben nach dem befreienden Wurf, beim Lachen im Rennen.“ (Benny Härlin, Von Haus zu Haus, Berliner Bewegungsstudien, in: Kursbuch 65, Berlin 1981, S. 1-28, zit. S. 28).

[29] Schwarzmeier (Anm. 9), S. 58.

[30] Ebenda, S. 59 und 60.

[31] Allerdings geriet das Ausmaß an verbindlicher Disziplin und Organisation, wie Schwarzmeier richtig feststellt, in erheblichen Widerspruch zu den anarchistischen Prinzipien der Autonomen. Die organisierten Störungen internationaler Wirtschafts- und Politikgipfel seit 1999 zeigten mit ihrer Choreographie aus gewaltbereiten

Solche Inszenierungen konnten und mussten für gewaltbereite Neonazis sofort übernahmefähig wirken. Wo sie eine gewisse quantitative Wahrnehmungsschwelle überschritten hatten, bot sich der Aufbau einer – wiederum zunächst defensiv gegen Polizeikräfte und Antifa gerichteten – Drohkulisse an. Und natürlich durfte, wie beim Vorbild, erwartet werden, dass die gespürte „Power" eines solchen Blocks sowie irgend eine Möglichkeit aufschien, auch zum Angriff auf den Gegner genutzt wurde. In Hamburg am 1. Mai 2008 und ein Jahr später in Dortmund realisierte sich demnach nur, was dem natürlichen Stellenwert von Gewalt in neonationalsozialistischem Denken entsprach.

Existenzialistische Gewaltformen findet man weder bei Autonomen noch bei den AN ausschließlich als politisches Stilmittel. Sie stellen auch einen wesentlicher Faktor interner Sozialbeziehungen dar. Im Rechtsextremismus sind Gewaltneigung und Delinquenz nicht nur gerichtskundig, sondern werden auch immer wieder durch Aussteigerberichte bestätigt.[32] Die autonomen Szene reklamiert hingegen für sich einen basisdemokratisch-humanistischen Umgang untereinander bei gleichzeitigem Habitus des heroischen Kämpfers gegen das System: Von dieser Kombination „Gefühl & Härte" bleibt jedoch im Innenverhältnis nicht sehr viel mehr als eine – informelle – Gewaltkultur übrig. Die Szene exekutiert sozial mit großer Selbstverständlichkeit vermeintliche oder tatsächliche Verräter und Abweichler. Für letzteres sind die wiederkehrenden „Patriarchatsdiskussionen" besonders typisch, die im allgemeinen mit der sozialen Hinrichtung des beschuldigten „Vergewaltigers" und zumeist mit dem anschließenden Auseinanderfallen der Gruppe enden. Und schon in rein alltagspraktischer Hinsicht ist das Leben in der Szene keine Idylle, wie der Publizist und Zeitzeuge Gerd Koenen für die Frankfurter Szene der frühen 1970er Jahre mit Blick auf „verpisste

---

„Clustern" bzw. „schwarzen" oder „blauen" Blöcke, dass die Ästhetisierung und Ritualisierung der Gewalt noch steigerungsfähig war.

[32] Wie zuletzt im Rapport eines Aussteigers aus Thüringen: „Wenn kein Gegner da ist, prügelt man sich halt untereinander. ... Seit ich ausgestiegen bin, ist meines Wissens im derzeitigen Vorstand keiner ohne Vorstrafe, da ist von sexueller Belästigung bis Körperverletzung alles drin.", in: Christoph Ruf/Olaf Sundermeyer, In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone, München 2009, S.207.

Klos, überfüllte Aschenbecher, leergefressene Kühlschränke, vermüllte Treppenhäuser“ festhält: „Gleichzeitig wurden Diebstähle, Schlägereien und Kleinkriege verschiedenster Art epidemisch ... Kurzum, die Klagen der Behörden, dass rings um die Häuser ‚rechtsfreie Räume’ entstanden seien, trafen ziemlich wörtlich zu“.[33] Und die Gewalt schlug auf die personalen Beziehungen in der Szene durch, wie das Flugblatt eines Betroffenen mit dem Pseudonym „padeluun“ beklagte: „Diese Woche hatte ich drei Schlägereien mitzumachen. ... Fakt: Dieser Kampf jeder gegen jeden verliert langsam seine avantgardistische Faszination. Er ödet nunmehr an. Ich habe keine Lust, irgendwelchen Idioten, die gerade Fehlfarben gehört haben und jetzt glauben, dass zur Punk(!)musik auch Gewalt gehört, die Fresse zu polieren.“ [34] Wer gegen die Gewaltverhältnisse Front machte, wurde aus „unseren Zusammenhängen“ gedrängt: „Ich spürte nichts mehr von ‚Leben, Lachen, Kämpfen’ oder anderen Plattheiten. Was ich spürte war: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ [35]

Unabhängig von der hassverzerrten und menschenverachtenden Sprache gibt es eine Vielzahl von solchen Belegen für atmosphärische, ideologische und vor allem moralische Konvergenzen zwischen den Autonomen und ihrem Neo-Nazi-Remake. Schon im Sommer 1981, während der „Häuserkämpfe“ in Berlin, als die Stadt nach dem Willen der Besetzer „stinken und brodeln sollte“, kam ein kritischer Szene-Sympathisant nach Beobachtung wahlloser Zerstörungen durch die Autonomen zu der Meinung, man müsse die Täter möglicherweise als „gemeinen Mob“ ansehen, der „unter Umständen in seinen Handlungsweisen faschistoid“ sei[36]. Das erwies sich knapp 25 Jahre später als eine unerwartet korrekte Prognose.

---

[33] Koenen (Anm. 9), S. 348.

[34] Dokumentiert in Scheer/Espert (Anm. 9), S. 130.

[35] Irit Neidhart/Willi Bischoff, Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken, Münster 2000, S. 44.

[36] Anonymer Leserbrief in taz vom 28. August 1980.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Dieser Befund ist auch zugleich die Zusammenfassung des Ergebnisses: Trotz gewisser Irritationen müssen sich die AN bei ihrer „Nähe zum Gegner“ ideologisch nicht verbiegen. Form und Inhalt ihrer politischen Produktpiraterie klaffen schon deshalb nicht auseinander, weil ihre „linke“ Variante immer schon essentiell faschistoide Züge in sich bewahrte. Die genuinen Bezüge zum klassischen Faschismus finden sich besonders im Gestus des Kämpfers, in der Militarisierung von politischer Symbolik und Sprache, in der Ästhetisierung der Gewalt – nicht mehr als Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck.

Damit soll nicht behauptet werden, dass damit der zentrale Schlüssel für die aktuelle Attraktivität des Modells „Autonome Nationalisten“ geliefert werden konnte. Es ging lediglich darum, *eine* Facette in die Diskussion zu bringen, deren Thematisierung von der linken Antifa garantiert nicht zu erwarten ist und von die bislang auch der Rechtsextremismusforschung nicht aufgefallen zu sein scheint. Andere offene Fragen harren weiter der Klärung, z.B. diejenige nach dem sozialen Hintergrund der AN. Handelt es sich nur um den üblichen Neonazi-Nachwuchs, dem es plötzlich einfällt, die Strategie ihres Vordenkers Christian Worch zu komplettieren und vom Gegner erfolgreiche Muster zu kopieren? Einstweilen ist abgesehen von der regionalen Verbreitung im Ruhrgebiet und in Berlin wenig über die handelnden Personen bekannt. Die Journalisten Christoph Ruf und Olaf Sundermeyer, auch der Politikwissenschaftler Dierk Borstl, vermuten sie in einer Schnittmenge mit politisch eher rechts fühlenden Hooligans im Umfeld der Fußballstadien.[37] Für die Autonomen andererseits ist die Frage nach der sozialen Zusammensetzung originellerweise auch nach fast dreißig Jahren weitgehend ungeklärt. Man weiß aus Selbstbekundungen, dass es einige „Altautonome“ gibt, die als Schriftkundige Traditionen und Erfahrungen zu vermitteln versuchen[38]. Die Masse der Aktivisten bleibt anonym, auch mangels Verbotsmaßnahmen und Strafverfolgung. In einer Ausarbeitung des Verfassungsschutzes von 1997

---

[37] Borstel (Anm. 3).

[38] Hierzu gehören z.B. die Autoren der „AG Grauwacke“ (vgl. Anm. 9), die nach eigenem Bekunden seit über 25 Jahren aktiv sind.

heißt es, Autonome seien überwiegend zwischen 18 und 28 Jahren alt, sie seien Schüler, Studenten, Auszubildende oder hätten eine gescheiterte Ausbildung hinter sich; viele seien arbeitslos, jobbten gelegentlich oder bezögen Sozialleistungen.[39] Das klingt zwar plausibel, weil es sich z.T. mit Einblicken deckt, welche die Szene selber gewährt, z.B. hinsichtlich ihrer „Revenuequellen".[40] Auch dürfte die Annahme stimmen, dass es in der angeblich hierarchiefeindlichen Szene informelle Leitungsfiguren, „Gardetruppen" und mehr oder weniger locker eingebundene, zumeist sozial weitgehend depravierte Randfiguren gibt. Leider erfährt man nicht, ob die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes auf belastbaren Daten, belegbaren Erfahrungen oder bloßen Einschätzungen beruhen. Jedenfalls ist evident, dass die autonome Szene über ein größeres intellektuelles Potenzial als die AN verfügt. Das ergibt sich aus Selbstbekundungen[41], aber auch aus dem Niveau, auf dem Theorie- und Strategiediskussionen in Szenezeitschriften wie früher „Radikal" oder aktuell „Interim" geführt werden. Selbst wenn die Anzahl der Autoren begrenzt sein sollte, muss es immerhin einen Leserkreis geben, der dieses Niveau nachvollziehen kann.

Sollten die AN auch deshalb entstanden sein, weil ihnen die Autonomen er erschienen und man das erfolgreiche Vorbild nachvollziehen will – das wäre angesichts der vorangegangenen Adaption des autonomen Vergesellschaftungsmodells einer „Organisation ohne Organisation" durch die „Kameradschaften" und „freien Kräfte" durchaus plausibel – dann stehen interessante Entwicklungen auf mehreren Ebenen bevor:

---

[39] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Militante Autonome – Charakteristika, Strukturen, Aktionsfelder, Köln Februar 1997, S. 6.

[40] Dem Anspruch nach hat sich der Autonome den Zwängen der Arbeitsgesellschaft zu entziehen: „Praktisch heißt das, hier ein bisschen BAFöG oder Arbeitslosenunterstützung, klauen, dort ein bisschen Obst von Kaisers, keine Miete mehr zahlen, jedes Jahr ein kleiner Versicherungsbetrug" (Radikal Nr.100, 1/1982, S. 14). Tatsächlich dürfte sich ein Teil der Autonomen in recht lukrativen Jobs etabliert haben und die Hasskappe nur noch nach Feierabend überziehen.

[41] So mokiert sich z.B. bei Geronimo, er habe selber einige dieser Universitätsseminare besuchen müssen, in denen unsinnigerweise behauptet werde, gesellschaftliche Veränderungen seien ohne Militanz und Gewalt möglich (Geronimo [Anm. 9], S. 72ff.).

Erstens: Das AN-Konzept hat sich als relativ dynamisch erwiesen. Zunächst als „militante Randerscheinung“[42] abgetan, räumen die Verfassungsschutzbehörden ihm inzwischen bis zu 500 Anhänger ein[43]. Damit dürfte innerhalb der rechtsextremistischen Szene die Sektengröße bereits überschritten sein, ob es sich um den Nucleus eine kleinen Subkultur oder sogar einer sozialen Bewegung handelt, ist indessen noch nicht ausgemacht. In den neuen Bundesländern konterkarieren die AN den Legalitätskurs der NPD und auch der Kameradschaften; ihr Auftreten wirkt dort kontraproduktiv gegenüber dem Versuch der Rechtsextremisten, sich in benachteiligten ländlichen Regionen und kleinen Städten als Normalität zu verankern. In den Ballungsgebieten der alten Länder ist die Situation anders. Es gibt für offen neonationalsozialistische Ideen in der Bevölkerung nicht einmal Ansätze von Akzeptanz, die man einbüßen könnte. Die Konfrontation mit dem politischen Gegner findet aus einer Ausgrenzungs- und Minderheitenposition statt, das Modell des „Schwarzen Blocks“ als „Demoschutz“ macht insofern einen Sinn. Gelegentlich mag die Übernahme „linker“ Dresscodes zur Tarnung dienen und die Vermummung bei Demonstrationen Erkennung und anschließende öffentliche Ächtung am Arbeits- oder Ausbildungsplatz verhindern. Soweit trägt das Konzept auch einen Kern rationaler Aspekte in sich.

Zweitens: Für die AN stellt sich die Frage, ob sie auch das Gewalt- und Militanzniveau ihrer linksextremistischen Vorbilder übernehmen wollen. Das ist in einzelnen Fällen schon geschehen, wo man den schwarzen AN-Block nicht nur zum Selbstschutz, sondern auch zur aggressiven Konfrontation mit dem Gegner eingesetzt hatte, so in Hamburg am 1. Mai 2008 und beim Angriff auf eine DGB-Demonstration am 1. Mai 2009 in Dortmund.

Schließlich ist bei den Autonomen die Frage, ob auch terroristische Mittel angewendet werden dürfen, zumindest im Bezug auf „Bullenschweine“ und „Nazis“ inzwischen beantwortet: Die szeneinterne Diskussion zu den Todesschüssen von zwei Autonomen an der Starbahn West des Frankfurter Flughafen im November 1987 kam zwar zu dem Ergebnis, Schusswaffengebrauch

---

[42] Vgl. Anm. 7.

[43] Der Verfassungsschutzbericht 2008 (Vorabfassung) spricht auf S. 62 von 10 Prozent des Neonazi-Potenzials.

sei „unzweckmäßig“, solange kein Bürgerkrieg herrsche.[44] Aber spätestens seit der Ermordung eines rechtsextremistischen Funktionärs durch militante Linksextremisten in Berlin herrscht die Meinung vor, dass bei einer direkten Konfrontation die Tötung eines „Faschisten“ ein „tragbares Risiko“ darstelle.[45] Dies Position ist durch Skrupel, Vorbehalte, Differenzierungen innerhalb der gewaltbereiten Linken zwar noch vielfach gebrochen; ob solche Feinheiten allerdings bei lernwilligen Plagiatoren ebenfalls Berücksichtigung finden, steht dahin.[46]

Sich in Sachen „Massenmilitanz“ und Angriffen auf politische Gegner am linksextremistischen Gewaltniveau zu orientieren, dürfte sich indessen für Rechtsextremisten als gravierende Fehlentscheidung erweisen. Denn mit einem hat der erfahrene neonazistische „Bewegungsunternehmer“ Christian Worch völlig recht: Der Rechtsstaat richtet rechts- und linksextremistische Gewalt nicht gleichgewichtig. Das ergibt sich nicht nur aus dem viel weiteren Strafrahmen für rechtsextremistische Delikte, sondern auch aus der höheren Professionalität linksextremistischer Straftäter und ihrer Anwälte, aus dem – anders als gegen Rechtsextremisten – skrupulösen bis zurückweichenden Vorgehen der Justiz, schließlich aus einem freundlich-verständnisvollen Medienecho und gelegentlich aus politischer Rückendeckung für linksextremistische Gewalt.[47] Von all dem kann das neonationalsozialistische Remake nicht profitieren. Es täte mithin gut daran, einen weiteren Lehrsatz der mar-

---

[44] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1987, Bonn 1988, S. 62.

[45] „Interim“ Nr.189 vom 16.4.1992, zit. nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1992, Bonn 1993, S. 39.

[46] Zum Stand der differenzierten „Gewaltdiskussion“ unter Autonomen vgl. Mletzko (Anm. 9), S. 189 ff.

[47] In der Vergangenheit hatten die Grünen z.T. eine Schutzfunktion für die Autonomen, die sie bisweilen als „ihre Basis“ betrachteten. Die Formel dazu lautete „Wir machen Putz, und die Grünen vermitteln das Ganze politisch“ (Karlsruher Stadtzeitung 39/86, zit. nach Schwarzmeier (Anm. 9), S.93). Legendär ist die Rolle des KB-Funktionärs und Hausbesetzerlobbyisten Jürgen Trittin für die gewaltbereite Szene, vgl. Schwarzmeier (Anm. 9), S.75 f.. Heute scheint es eher so, als würden Teile der „Linken“ die Autonomen als ihren „bewaffneten Arm“ betrachten.

xistischen Konkurrenz zu akzeptieren, nämlich, dass das herrschende Recht tendenziell als Recht der Herrschenden wirkt. Die Differenz der Aufklärungs- und Sanktionsbilanz zwischen beiden Flügeln des klassischen politischen Extremismus verweist jeden anderen Schluss in die Sphäre politischer Legendenbildung. Ganz undenkbar wäre es, dass der Verursacher und Anmelder einer rechtsextremistischen Gewaltdemo mit dem Ergebnis mehrerer hundert verletzter Polizeibeamten unsanktioniert bliebe. Aber als Funktionär einer linksextremistischen Regierungspartei in einer europäischen Hauptstadt, in der linke Gewalt längst zum Alltag gehört, befindet sich ein solcher Täter wie selbstverständlich auf freiem Fuß.

Dies stellt *drittens* die Sicherheitsbehörden vor gravierende Probleme. Man darf einerseits davon ausgehen, dass sie Gewaltanwandlungen der rechtsextremistischen Autonomen weiterhin schnell und effizient unterbinden werden. Das entspräche im Übrigen ja auch durchaus korrekten Standards. Wer aus der Geschichte zu lernen bereit ist, wird hier indessen ein Risiko erkennen. Wird eine Tätergruppe mit dem subjektiven Bewusstsein einer – vielleicht gar nicht mal realen, aber doch mindestens gespürten – unverhältnismäßigen Repression in eine aus ihrer Sicht ausweglose Situation gedrängt, ist der Schritt zu kollektiven oder mindestens individuellen Überreaktionen jedenfalls eine der denkbaren Reaktionen. Auch für diese Einsicht lohnt ein Blick zurück, diesmal auf die viel zu lange Geschichte des Linksterrorismus in Deutschland.

Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus

Eine Analyse zur Entwicklung am Beispiel der NPD und ihrer Umfeldorganisationen

Torsten Kriskofski

1. Einleitung und Fragestellung

1.1 Bedeutung, Fragestellung und Untersuchungsbereich

Die leidvollen historischen Erfahrungen mit dem Dritten Reich haben in der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach 1945 zu einer weitgehenden Stigmatisierung rechtsextremistischen Gedankengutes geführt. Diese - für eine politische Bewegung einzigartige Vorprägung - war mitverantwortlich für ihr geringes intellektuelles Niveau in der Nachkriegszeit.[1] Erst im Verlauf der 1980er Jahre begann - nicht zuletzt durch den Einfluss der französischen „Nouvelle Droite“ - eine verstärkte Intellektualisierung der rechtsextremistischen Szene in Deutschland, die sich in ihrer Frühphase durch die Herausgabe von einschlägigen Zeitschriften und Büchern äußerte. Vor allem Einzelpersonen und kleinere Denkzirkel waren federführend. Später bemühten sich auch rechtsextremistische Parteien in der Form von Schulungen um eine verstärkte Intellektualisierung ihrer Kader. Insgesamt gesehen blieben rechtsextremistische Intellektualisierungsbemühungen jedoch bis heute weitgehend erfolglos.[2] Ungeachtet dessen steht besonders die Intellektualisierung von Rechtsextremisten oftmals im Fokus der Öffentlichkeit. Zahlreiche Publikationen von Wissenschaftlern und Journalisten sind Beleg dafür. Allerdings scheint das Thema für manche Autoren eher ein Anlass zur Verbreitung verschwörungstheoretischer Thesen aller Art zu sein. Dies gilt vor allem in bezug auf die „Neue Rechte“, die seit den 1960er Jahren die Intellektualisierungsdebatte im Rechtsextremismus bestimmt. Hier ist zum Teil - unter

---

[1] Vgl. Kurt Sontheimer, Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 19ff.

[2] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 2007, Berlin 2008, S. 106-111.

Verwendung unangemessener Arbeitsbegriffe und vorschnell gefällter Urteile – eine Schieflage in der öffentlichen Wahrnehmung entstanden.[3] Besonders fraglich ist in diesem Zusammenhang, ob Einstellungsmuster und strategische Grundüberlegungen, die durch Apologeten der „Neuen Rechten“ in den 1970er bis 1990er Jahren geprägt wurden, tatsächlich den breiten Raum im ideologisch-strategischen Konzept des deutschen Rechtsextremismus gefunden haben, den viele Autoren ihnen zumessen.

Der vorliegende Aufsatz untersucht rechtsextremistische Intellektualisierungsbemühungen am Beispiel ausgewählter Organisationen. Die Auswahl wurde auf die NPD als wichtigste rechtsextremistische Partei fokussiert. Zudem wurden Organisationen aus dem weiteren Umfeld der Partei in die Betrachtung einbezogen. Hierunter fallen die „Dresdner Schule“, der „Nationale Bildungskreis“ (NBK) der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Zeitschrift „hier & jetzt. radikal rechte zeitung“ sowie weitere Gruppierungen, die sich aktuell an der Parteiintellektualisierung beteiligen oder in der Vergangenheit beteiligt haben. Hierunter sind die „Deutsche Akademie“ (DA), das „Thule-Seminar“ und das „Deutsche Kolleg“ (DK) zu verstehen. Das erkenntnisleitende Interesse richtet sich dabei an zwei Aspekten aus: Einerseits soll durch die Untersuchungsergebnisse ein Rückschluss auf den gesamten Phänomenbereich des intellektuellen Rechtsextremismus möglich sein. Andererseits soll der Einfluss spezifischer Strategieelemente der „Neuen Rechten“ gemessen werden. Im Vordergrund steht dabei die Frage, inwieweit deren Theoriekonstrukte auf die oben genannten Gruppierungen Einfluss haben bzw. inwieweit diese auch von Organisationen ausserhalb des Bereichs der „Neuen Rechten“ adaptiert werden

1.2 Zentrale Arbeitsbegriffe und grundlegende Definitionen

Der Aufsatz legt die folgende Definition des Politikwissenschaftlers Uwe Backes für den Begriff des intellektuellen Rechtsextremismus zugrunde: „Als intellektueller Rechtsextremismus sollen politische Diskurse, Programme und

[3] Vgl. z.B. Andreas Speit, Intellektuelle Aufrüstung, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008. S. 40ff.

Ideologien gelten, die sich implizit oder explizit gegen grundlegende Werte und Verfassungsregeln demokratischer Verfassungsstaaten richten (Extremismus) und – im Gegensatz zu radikal-egalitären Strömungen (Linksextremismus) das Ethos fundamentaler Menschengleichheit nicht anerkennen (Rechtsextremismus)." [4]

Die Bezeichnung „Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus" wird zumeist synonym mit dem Begriff „Neue Rechte" verwendet. Diese sogenannte „Neue Rechte" ist definitorisch-wissenschaftlich ein eher ungenauer Sammelbegriff für unterschiedliche Phänomene des intellektuellen Rechtsextremismus. Der Begriff wird allerdings nach wie vor als Bezeichnung des Phänomens in Wissenschaft und Medien genutzt. Dies konnte noch im April 2008 bei den Ereignissen um den designierten Kultusminister von Thüringen, Peter Krause, beobachtet werden.[5] Auffällig ist, dass in der einschlägigen Literatur und in wissenschaftlichen Foren eine seit Jahren kontrovers geführte Diskussion um die korrekte Definition des Phänomenbereiches „Neue Rechte" zu finden ist, die teilweise unterschiedliche Sichtweisen auf den Extremismusgehalt diverser Organisationen aufzeigt. Nachstehend folgt ein kurzer Überblick zu diesen Definitionen.

Die „Neue Rechte" entstand in der Bundesrepublik Deutschland als Antwort auf die im Rahmen der Studentenproteste in den 1960er Jahren gewachsene „Neue Linke". Sie empfand sich explizit als eine intellektuelle Avantgarde und als Gegenmodell zur „Außerparlamentarischen Opposition" (APO), an der sie sich dennoch stark orientierte.[6] Ein wichtiger Bezugspunkt für die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik Deutschland war die französische „Nouvelle Droite", die sich um den französischen Philosophen Alain de Benoist im „Groupement de recherche et d´études pour la civilisation euro-

---

[4] Uwe Backes, Aktuelle Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: www.bpb.de (gelesen am 10. Juni 2008).

[5] Der CDU-Politiker Peter Krause wurde letztlich nicht zum Minister berufen, weil er sich in einem Interview positiv auf die rechtskonservative Zeitschrift „Junge Freiheit" bezogen hatte bzw. ihm eine mehrmonatige Anstellung als Redakteur bei dieser Publikation im Jahr 1998 zum Vorwurf gemacht wurde.

[6] Vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf o.J., S. 15ff.

péenne“ (GRECE) sammelte.[7] Die GRECE entwickelte eine langfristig angelegte „metapolitische“ Strategie, die sich an den Lehren des italienischen Marxisten Antonio Gramsci orientierte. Gramsci hatte in den 1920er und 1930er Jahren das Konzept einer „kulturellen Hegemonie“ für die Länder West- und Mitteleuropas entworfen. Er hielt hier eine handstreichartige Revolution wie die der Bolschewiki in Russland 1917 für unmöglich, weil in diesen Ländern der Staatsapparat durch „Zivilgesellschaft“, also kulturelle Institutionen, Presse, Bibliotheken, Schule, Universitäten usw. geschützt sei. Gramsci propagierte deshalb einen kulturellen „Stellungskrieg“, durch den der gesellschaftliche Konsens („Zivilgesellschaft“) aufgeweicht werden sollte, um so anschließend die politische Revolution durchzuführen. Als maßgebliche Gruppe in dieser kulturellen Umwälzung sah Gramsci die Intellektuellen.[8] Die Idee des italienischen Marxisten wurde später durch Denker der „Neuen Rechte“ aufgegriffen und der ideologische Kern durch eigene Ideologeme ersetzt. Dieser „Gramscismus von rechts“[9] wurde auch Vorbild für die deutsche „Neue Rechte“.

Ideologisch gründete sich die „Neue Rechte“ – ebenso wie das französische Vorbild – auf die „Konservative Revolution“, einer nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland entstandenen intellektuellen Bewegung, die antidemokratisch, antiliberal und antiegalitaristisch ausgerichtet war und ein identitäres Staatsverständnis vertrat. Die „Neue Rechte“ übernahm ideologische Elemente von den beiden Flügeln, die durch die „Konservative

---

[7] Zur GRECE vgl. Matthias Weber, Prototyp der Neuen Rechten. Alain de Benoist und die Nouvelle Droite in Frankreich, in: Gessenharter/Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, in: Gessenharter/Pfeiffer (Anm. 1), S. 145-163.

[8] Zum Konzept Gramscis vgl. u.a. Uwe Backes, Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B46/2001, S. 25ff.; Armin Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 75f.; ders., Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteil einer Strategie der „Kulturrevolution“. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle, in: Gessenharter/Pfeiffer (Anm. 1), S. 73ff..

[9] Vgl. Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985.

Revolution“ hervorgebracht wurden. Dies waren zum einen „Jungkonservative“, die sich an Autoren wie Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck oder Oswald Spengler orientierten.[10] Sie bildeten unter Einschluss des Staatsrechtlers Carl Schmitt den moderaten Flügel der „Konservativen Revolution und standen dem traditionellen Konservativismus besonders nahe.[11] Die Wurzeln des zweiten Flügels, der „Nationalrevolutionäre“, liegen im Erlebnis des Ersten Weltkriegs begründet: die Nation wurde als eine „Blutgemeinschaft“ verstanden. Ideologisch vermengten die „Nationalrevolutionäre“ völkische mit stark antikapitalistischen und teilweise sogar sozialistischen Ideologieelementen und propagierten als Hauptziel die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlich liberalen Staates. In der Weimarer Republik standen besonders Ernst Jünger und Ernst Niekisch für diese Strömung. Aktuell können in Deutschland zumindest die „Deutsche Akademie“ (DA), das „Deutsche Kolleg“ (DK) und Teile der NPD als mehr oder weniger nationalrevolutionär verortet werden.

Grundsätzlich gibt es mindestens zwei Definitionen zum Phänomen der „Neuen Rechten“, die hier kurz skizziert werden sollen.[12] Zum einen existiert eine Definition, die u.a. vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen verwendet wird: „Die Neue Rechte ist eine intellektuelle Strömung innerhalb des Rechtsextremismus, die sich insbesondere auf antidemokratische Theoretiker der Weimarer Republik bezieht (Konservative Revolution). Sie möchte den Pluralismus einer ´offenen Gesellschaft´ zurückdrängen, Homogenitätsvorstellungen sowie ethnisch-nationale Kollektive ins Zentrum der Politik rücken und bemüht sich um Einfluss auf die öffentliche Meinung.“[13] Eine

---

[10] Vgl. zur Einteilung der ideologischen Flügel: Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 3. Auflage München 1992, S. 113ff.

[11] Pfahl-Traugber (Anm. 8) S. 53.

[12] Der Politikwissenschaftler Richard Stöss erkennt darüber hinaus noch weitere konträre Positionen um die Frage, ob die „Neue Rechte“ Teil des Rechtsextremismus sei, so zwischen Armin Pfahl-Traughber, Thomas Pfeiffer und Wolfgang Gessenharter. Vgl. hierzu: Richard Stöss, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: www.bpb.de (gelesen am 11. Juni 2008).

[13] Thomas Pfeiffer, Avantgarde als Brücke. Die Neue Rechte aus Sicht des Verfassungs-

zweite, divergierende Position nimmt u.a. der Politikwissenschaftler Eckard Jesse ein[14], der den Begriff „Neue Rechte“ insgesamt als zu unscharf ablehnt, da dieser vom nichtextremistischen rechtskonservativen Spektrum bis zur extremistischen Rechten alles umfasse und somit auch Organisationen stigmatisiere, die eigentlich noch dem demokratischen Spektrum zuzurechnen seien. Jesse plädiert dafür, das Phänomen grundsätzlich als „Intellektuellen Rechtsextremismus“ zu bezeichnen.[15]

Beide hier skizzierten Positionen haben sowohl Vor- als auch Nachteile für die Analyse des Phänomenbereichs. Legt man die Definition des Innenministeriums NRW zu weit aus, so wären Organisationen mit der Begrifflichkeit „Neue Rechte“ zu bezeichnen, die grundsätzlich noch dem demokratischen Spektrum zugerechnet werden müssen. Mit der Definition von Jesse dagegen, der nur von einem „intellektuellen Rechtsextremismus“ sprechen will, ließe sich nicht zwischen solchen Organisationen unterscheiden, die entweder speziell auf einen so genannten „Gramscismus von rechts“ ausgerichtet sind, und solchen, die lediglich zur theoretischen Unterfütterung des Gesamtphänomens[16] beitragen wollen, sich aber eindeutig nicht auf Antonio Gramsci beziehen.

Der vorliegende Beitrag folgt daher einer Definition, die sich an die des Innenministeriums NRW angelehnt. Danach wird die „Neue Rechte“ zusammenfassend definiert als ein Sammelbecken für Gruppierungen und Ein-

---

schutzes NRW, in: Gessenharter/Pfeiffer (Hrsg.) (Anm. 1), S. 52. Die hier zitierte Definition lehnt sich stark an diejenige Armin Pfahl-Traughbers an (vgl. Pfahl-Traughber [Anm. 7], S. 20), wobei - im Unterschied zu Pfahl-Traughber – die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen mit „Jungkonservativen“ und „Nationalrevolutionären“ zwei Flügel der „Neuen Rechten“ ausmacht, während Pfahl-Traughber hierunter nur die „Jungkonservativen“ versteht.

[14] Gleiches gilt für den Politikwissenschaftler Uwe Backes, der versucht, den Terminus „Neue Rechte“ zu vermeiden. Vgl. Uwe Backes, Aktuelle Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: www.bpb.de; (gelesen am 10. Juni 2008).

[15] Vgl. Eckhard Jesse, Von den Linken lernen? Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003, S. 261ff.

zelpersonen, die ein antiegalitaristisches, gegen den politischen Liberalismus und die Menschenrechte als Ausdruck des Individualismus gerichtetes, stark biologistisches Weltbild aufweisen, das an der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik und der französischen „Nouvelle Droite“ ausgerichtet ist und mittels einer durch Intellektuelle getragenen „metapolitischen“ Strategie bestehende kulturelle Werte umwerten will, um so einen politischen Umsturz vorzubereiten.

2. Intellektualisierungsbemühungen im Bereich der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD)

Mit Beginn der 1990er Jahre bemühte sich die NPD durch die Anbindung rechtsextremistischer Intellektueller, ihre Publikationen und Schriften sowie die Bildung ihrer Kader zu fördern.[17] Dennoch musste der Vorsitzende der NPD, Udo Voigt, im Jahr 2002 erklären, dass die intellektuelle Arbeit der Partei verbesserungswürdig sei.[18] Er reagierte damit auf eine Fundamentalkritik des damaligen Leiters des NPD-Arbeitskreises „Volk und Staat“, Jürgen Schwab, der den Stand der Intellektualisierungsbemühungen der Partei insgesamt kritisiert hatte.[19] Schwab gehörte in der ersten Hälfte der 2000er Jahre neben anderen Intellektuellen zu den Fürsprechern einer weitgehenden

---

[16] Selbstverständlich sind nicht alle Gruppen und Organisationen, die sich bei Bildungs- und Intellektualisierungsthemen an den Strategien der „Neuen Rechten“ ausrichten, Teil derselben. So ist die NPD, selbst wenn sie ihre gesamte Intellektualisierung an „neu-rechten“-Ideen ausrichtet, kein Bestandteil derselben.

[17] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Sankt-Augustin Berlin 2008, S. 42.

[18] O.A., „Wiederaufbau einer Volksgemeinschaft. Udo Voigt über das Verbotsverfahren, politische Strategie und Weltanschauung“, in: Deutsche Stimme Nr. 2 vom Februar 2002, S. 17.

[19] Jürgen Schwab, Der Kampf um die Köpfe fängt beim ordnungspolitischen Denken an. Ein Strategiepapier des Arbeitskreises „Volk und Staat“, abrufbar unter: www.die-kommenden.net/dk/artikel/kampf_um_koepfe.htm (gelesen am 20. Dezember 2007).

Intellektualisierung der Partei.[20] So veröffentlichte er ein Ideologiepapier,[21] in dem die „Theoriefeindlichkeit“ des NPD-Parteivorstandes angeprangert wurde. Darüber hinaus verarbeitete Schwab seine Erfahrungen mit der Bildungsarbeit der NPD in weiteren Schriften. Auch wenn viele der darin enthaltenen Aussagen immer vor dem Hintergrund gesehen werden müssen, dass bei Schwabs Kritik auch persönliche Animositäten eine Rolle spielen, zeichnen seine Aussagen ein deutliches Bild. So sieht er das Hauptproblem fehlender Intellektualisierung der Partei nicht im Fehlen herausragend akademisch geschulter Personen, sondern im mangelhaften intellektuellen Allgemeinzustand der Partei.

Letzterem könne nur durch Bildungsarbeit abgeholfen werden: „Vor allem hätte die Schaffung eines breiten intellektuellen Mittelstandes in der Partei auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, damit auch endlich das Geschwätz von den ´endlosen Theoriedebatten´ aufhört, dem sich hohe Parteifunktionäre scheinbar nicht gewachsen fühlen. Dass ´Theorie´ schlichtweg Denken bedeutet und somit theorielose Politik auf gedankenloses Phrasendreschen hinausläuft, ist diesem Personenkreis entgangen.“[22] Aufgrund der fehlenden theoretisch-ideologischen Ausbildung der NPD-Kader und des daraus resultierenden mangelhaften intellektuellen Niveaus sieht Schwab

---

[20] Jürgen Schwab, geboren 1967 in Miltenberg (Bayern), studierte Germanistik, Kommunikations- und Politikwissenschaften in Bamberg. Nachdem er 1990 aus der Partei „Die Republikaner“ ausgetreten war, rief er zusammen mit anderen den nationalrevolutionär orientierten „Bund Frankenland“ ins Leben und fungierte bis 1998 als Redakteur der österreichischen FPÖ-nahen Zeitschrift „Aula“. Neben seiner Tätigkeit als Redakteur für die „Deutsche Stimme“ leitete er ab dem Jahr 2000 den NPD-Arbeitskreis „Volk und Staat“. Vgl. zu Schwab: Armin Pfahl-Traughber, Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD – Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 383 ff.; ders., Literatur aus der „Szene“. Ein „Anti-Globalisierungsbuch“ aus etatistisch-völkischer Sicht, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 261ff.

[21] Schwab (Anm. 19).

[22] Vgl. Jürgen Schwab, „Die NPD und ihr ´Staat´“ (2005); in: www.die-kommenden.net/dk/theorie/npdstaat.htm (gelesen am 20. Dezember 2007.

deshalb in den Wahlerfolgen der NPD, etwa in Sachsen oder auch in Mecklenburg-Vorpommern, nur kurzfristige Erfolge, die lediglich wegen einer in der Bevölkerung vorherrschenden Proteststimmung hätten errungen werden können.[23]

Neben innerparteilichen Bildungseinrichtungen waren (und sind) andere außerhalb der Partei stehende Intellektuellenorganisationen wie die DA und das DK verstärkt in die Bildungsarbeit der NPD eingebunden.[24] Strategisch bilden die Schulungen eine Komponente des bereits 1997 von der Parteiführung entwickelten „Drei-Säulen-Konzepts", demzufolge das Element des „Kampfes um die Köpfe" u.a. die politische Schulung der Anhänger umfasst. Einerseits soll dies dazu dienen die Programmatik weiterzuentwickeln und andererseits weitere Intellektuelle an die Partei binden.[25] Allerdings musste Udo Voigt noch im Jahr 2003 auf einer Parteitagsrede verkünden, dass die NPD an diesem strategischen Konzept festhalte, obwohl man bisher beim „Kampf um die Straße" und beim „Kampf um die Parlamente" erfolgreicher gewesen sei als beim „Kampf um die Köpfe".[26]

Dass die NPD sich zumindest theoretisch von Aspekten der „Neuen Rechten" leiten lässt, belegt beispielhaft die Aussage eines Parteifunktionärs, der angesichts des angeblich abnehmenden Bildungsniveaus in der Gesamtbevölkerung besondere Möglichkeiten für geschulte Parteikader sieht: „Somit wird es langfristig für kleine, aber gut gebildete Gruppen einfacher werden, Einfluß im vorpolitischen Raum durch zielgerichtete Besetzung von Themen-

---

[23] Vgl. Jürgen Schwab, „Die Lebenslüge der verfassungstreuen Rechten – ein Nachwort. Zum Wahlausgang in NRW" (2005), in: www.die-kommenden.net/dk/theorie/lebenslluege (gelesen am 28. November 2007).

[24] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 2002, Berlin 2003, S. 93.

[25] Vgl. NPD-Parteivorstand, Das strategische Konzept der NPD. In: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 356ff.

[26] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 2004, Berlin 2005, S. 78.

feldern zu erlangen.“[27]

2.1 Organisation und Ausrichtung der bildungspolitischen Maßnahmen der Partei

Auf Bundesebene ist für die Parteibildungsmaßnahmen das „Amt Bildung“ zuständig. Hier ist das Präsidiumsmitglied Andreas Thierry verantwortlich. Dem „Amt Bildung“ ist das „Referat Bildung im Parteivorstand“ nachgeordnet und für die Organisation der Schulungsveranstaltungen verantwortlich. Zusätzlich bieten andere Parteigliederungen, etwa Kreis- und Landesverbände oder der Partei zugehörige Organisationen wie die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV), diverse Bildungsangebote an. Aber auch die einzelnen Landesverbände versuchen – mit unterschiedlicher Gewichtung – ihre Mitglieder durch Kurse, Seminare und Schulungen zu intellektualisieren.

Innerparteiliche Bildungsveranstaltungen lassen sich thematisch in vier Hauptkategorien einteilen. So finden sich in den einschlägigen Veröffentlichungen der NPD diverse Veranstaltungen und Seminare, die sich unter den Oberbegriff „Rechtsschulungen“ subsumieren lassen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Informationsveranstaltungen, die über die Arbeit von Polizei und Nachrichtendiensten informieren sollen, aber auch um konkrete Rechtsschulungen, die diverse rechtliche Aspekte der Parteiarbeit beleuchten, etwa Seminare zum Versammlungsrecht. Zusätzlich werden in diesem Bereich auch Rechtshilfetipps gegeben, etwa Verhaltensmaßregeln bei „Hausdurchsuchungen“, wobei letzteres besonders für militant auftretende Parteikader interessant sein dürfte.[28] Unter diese Rubrik fallen nicht nur Vorträge und Seminare, sondern auch Broschüren anderer Parteigliederungen, die von Internetseiten der Partei heruntergeladen werden können.[29] Auch die

---

[27] Safet Babic, “Abstraktion überwinden! Soziologische und mediale Deutungsversuche des modernen Nationalismus“, in: „Deutsche Stimme“ Nr. 10 vom Oktober 2007, S. 9.

[28] Vgl. z. B. „Rechtsschulung des NPD-KV Sächsische Schweiz und der Jungen Nationaldemokraten (JN)“, in: www.jn-sachsen.de (gelesen am 11. Mai 2009).

[29] So hat das „Amt Organisation“ im Januar 2009 die Schrift „´Verfassungsschutz´ Wie verhalte ich mich, wenn Geheimdienstagenten versuchen mich anzusprechen?“ ver-

regelmäßige Rubrik des „Deutschen Rechtsbüros“ in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ fällt hierunter.

Weitere Veranstaltungen, Seminare und Publikationen lassen sich unter der Kategorie „Innerparteiliche Schulungen von Funktionsträgern“ zusammenfassen, wobei man den Begriff „Funktionsträger“ weit auslegen muss. So wird dabei etwa die „Basisgruppenarbeit“ gelehrt, aber auch die Durchführung von „Informationsständen“ eingeübt.[30] In diese Rubrik lassen sich auch Veranstaltungen einordnen, die im weitesten Sinne unter den Begriff „Öffentlichkeitsarbeit“ fallen, also den Umgang mit Pressevertretern und Medien schulen.

Ein weiterer Bereich der Parteibildungsarbeit lässt sich mit „kommunalpolitischen Schulungsmaßnahmen“ umschreiben, wobei zahlreiche Veranstaltungen zur Kommunalpolitik angeboten werden. Besonders stark sind hier – neben den Landesverbänden der Partei – ihr nahe stehende Einrichtungen für die innerparteiliche Bildung verantwortlich. Besonders die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) kann stellvertretend genannt werden.[31]

Unter der Rubrik „allgemeinpolitische Schulungen und Vorträge“ lässt sich eine weitere Gruppe von Schulungsmaßnahmen der NPD zusammenfassen. Hier werden Parteimitgliedern Seminare und Vorträge angeboten, die im weitesten Sinne gesellschaftspolitische Themen beinhalten, und Informationen zu Politik, Wirtschaft und Geschichte vermitteln sollen. In diesem Segment bietet die Partei auch Bildungsveranstaltungen zu ihren „ideologischen Grundlagen“ an, beispielsweise die „Grundlagen nationaler Politik“. Dieser Schulungsabschnitt befasst sich mit Aspekten wie „Rasse, Volk, Nation, Staat“, aber auch mit dem „lebensrichtigen Menschenbild“ und dem Parteiprogramm der NPD.[32]

öffentlicht.

[30] Vgl. z. B. Innenministerium Thüringen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Thüringen 2007, Erfurt 2008, S. 6.

[31] Die KPV wurde im Jahr 2003 als Zusammenschluss der NPD-Kommunalpolitiker gegründet und soll der Vernetzung und Schulung von NPD-Funktionären dienen.

[32] Vgl. z.B. „Schulungsprogramm der NPD-Rheinland-Pfalz“, in: http://www.npd-rlp.de

Bei letzterer Themengruppe lässt sich aber keinerlei Struktur erkennen, die auf zielgerichtete Vermittlung ideologischer Inhalte hindeutet. Der quantitative Schwerpunkt bei den Schulungsmaßnahmen liegt im politisch-praktischen Bereich.

Neben dem Bundesverband sowie den Landes- und Kreisverbänden der Partei sind noch weitere Organisationen aus ihrem Umfeld an der Intellektualisierung beteiligt, wie die „Dresdner Schule“ und Einrichtungen der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN).

2.2 Die „Dresdner Schule“

Beflügelt durch den Wahlerfolg in Sachsen 2004 war es der NPD gelungen, einige renommierte rechtsextremistische Intellektuelle als wissenschaftliche Berater für die Landtagsfraktion zu gewinnen und im „Parlamentarischen Beratungsdienst“ zu bündeln.[33] Stärker als in anderen Landesverbänden gelang es der NPD hier, ein intellektuelles Reservoir aufzubauen, das sowohl die Parlamentsarbeit unterstützt als auch eine Vielzahl von Broschüren zu den unterschiedlichsten Themen mitgestaltet.[34] Im Gegensatz zu den im „Parlamentarischen Beratungsdienst“ angesiedelten Personen, erfüllt von den Abgeordneten der Fraktion lediglich der Historiker Jürgen W. Gansel den Anspruch eines akademisch gebildeten Intellektuellen.

Er gilt als Motor eines mit großer Medienaufmerksamkeit gestarteten Projekts in Sachsen, der Anfang 2005 gegründeten „Dresdner Schule“. Darunter ist ein loser Zusammenschluss von Parteiintellektuellen zu verstehen. Die „Dresdner Schule“ versteht sich dabei explizit als Gegenentwurf zu der von marxistischen Theoretikern geprägten „Frankfurter Schule“ des Instituts für Sozialforschung und als „Denk- und Politikschule“ des nationalen Lagers,

---

(gelesen am 10. Januar 2007).

[33] Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2006.

[34] Letztere können von der Homepage der NPD-Fraktion in Sachsen heruntergeladen werden. So wurden im Namen der Fraktion etwa die Broschüren „19 Prozent Mehrwertsteuer: Das ist Sozialraub!“ oder „Patriotismus und nationale Symbole“ veröffentlicht, in: www.npd-fraktion-sachsen.de (gelesen am 29. Juni 2009).

wobei ihre Protagonisten „den Multikulturalisten und Umvolkern den politischen Kampf“ ansagen.[35]

Auf einer Pressekonferenz im Dresdner Landtag aus Anlass der Gründung der „Dresdner Schule“ wurde ein Programmpapier vorgestellt, das deren Ziele verdeutlicht.[36] Ausschlaggebend für ihre Gründung sei gewesen, dass sich nach dem Landtagseinzug der NPD in Sachsen im Jahr 2004 erstmalig die Möglichkeit geboten habe, „für die Einspeisung rechter Themen und Thesen das materielle Instrumentarium einer Landtagsfraktion“ nutzen zu können. Ideologisch sieht sich die „Dresdner Schule“ dabei als „Vertreter eines antiegalitaristischen Weltbildes“, wobei man eine „Absage an (den) Extrem-Liberalismus“ erteilen wolle. Vor diesem Hintergrund wende sich die „Dresdner Schule“ u.a. „gegen die Menschheitslüge“ und stehe „insbesondere ein für Re-Kultivierung eines wert- und leistungsorientierten Führungsmodells in Staat und Gesellschaft“. Als Aufgabe und Ziel formuliert das Papier folgende Rolle für die Schule: „Programmatisch ist die ´Dresdner Schule´ bestrebt, für alle wesentlichen – auch und gerade für das Überleben Deutschlands und seiner Menschen wesentlichen – Politikfelder grundsätzliche Alternativen aufzuzeigen und in den öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik einzuspeisen“.[37] Die „Dresdner Schule“ sei deshalb angetreten „den nationaldemokratischen Politikansatz (zu) formulieren, an seiner theoretisch-programmatischen Unterfütterung (zu) arbeiten und ihm so gedankliche Fassbarkeit, aber auch Wirkmächtigkeit nach außen (zu) verleihen“.[38]

Damit soll die „Dresdner Schule“ – ganz im Sinne des Politikansatzes der „Neuen Rechten“ – ein klassisches Instrument sein, um gesellschaftliche Diskurse und Diskussionen mit eigenen Standpunkten zu dominieren. Scheinbar war die Schule zudem als eine Art „Think-Tank“ der NPD geplant, der Politik- und Theorieansätze formulieren sollte, um diese anschließend in

---

[35] Jürgen Gansel, Wesen und Wollen der Dresdner Schule, in: www.npd.de (gelesen am 22. November 2007).

[36] Auszugsweise dargestellt in: „Rechte Denkfabrik formiert sich: Die Dresdner Schule“, in: Nation & Europa Nr. 6 vom Juni 2005, S. 31 ff.

[37] Ebd., S. 31 ff.

[38] Ebd., S. 31 ff.

der praktischen Parteipolitik umzusetzen. Allerdings sind bisher von der „Dresdner Schule“ nur wenig wahrnehmbare Aktionen ausgegangen. So veröffentlichte sie im Jahr 2006 die zweite Auflage einer Schulungsbroschüre, die den Titel „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“ trug. Als eine Art Argumentationshilfe wurden hier diverse Politikfelder der NPD behandelt, beispielsweise die Ausländerthematik, allgemein politische sowie wirtschafts- und sozialpolitische Fragen.[39]

Zur Umsetzung des ambitionierten bildungspolitischen Konzepts der „Dresdner Schule“ gründete (formal) die sächsische NPD-Landtagsfraktion im April 2005 das „Bildungswerk für Heimat und Nationale Identität e.V.“.[40] Der Vorsitzende und langjährige „Nation & Europa“-Herausgeber Peter Dehoust sowie sein Stellvertreter, der Redakteur Karl Richter, planten mit der Gründung „die Durchführung von Seminaren, die Herausgabe von Publikationen und die Veranstaltung von Exkursionen“.[41] Allerdings sind auch hier – ebenso wie im Fall der „Dresdner Schule“ – bislang kaum Aktivitäten zu verzeichnen. So nahm das „Bildungswerk“ erst am 6. Juni 2006 in Dresden, mehr als ein Jahr nach der Gründung, seine Tätigkeit mit einer Veranstaltung „Leistungsgemeinschaft und Leistungstradition als Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft“ auf.[42]

2.3 Die Intellektualisierungsbemühungen der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN)

Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sind seit einigen Jahren darum

---

[39] NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, Berlin 2006.

[40] O.A. „Bildungswerk für demokratische Patrioten: ´Dresdner Schule´ macht mobil“, in: Nation und Europa Nr. 9 vom September 2006, S. 41.

[41] Holger Szymanski, „NPD-nahes Bildungswerk gegründet“, in: www.npd-fraktion-sachsen.de (gelesen am 22. November 2007).

[42] Vgl. Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. (Hrsg.), Leistungsgemeinschaft und Leistungstradition als Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. 1. Orientierungstagung des Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V. in Dresden am 6. Juli 2006. Die Dokumentation, Dresden 2007.

bemüht, ihre Organisationsstrukturen auszubauen.[43] Dabei geht es in erster Linie um die Bildung neuer JN-Landesverbände und –Stützpunkte. Aber auch der Bildungsstand der Mitglieder soll durch die Verbesserung der Schulungsstrukturen gehoben werden. Nicht zuletzt deshalb wurde im Rahmen des 37. Bundeskongresses der JN 2007 eine „Schulungs- und Bildungseinheit“ gegründet, der „Nationale Bildungskreis“ (NBK), mit dem man „über die Grenzen der JN zur Theoriediskussion anregen“ will.[44] Der NBK soll zudem als „Schnittstellenorganisation“ zwischen „Freien Kräften“ und Parteiorganisation fungieren.[45]

Welche ideologische Zielsetzung mit der Gründung des NBK verfolgt wird, geht aus einem Interview in der „Deutschen Stimme“ hervor. Hier findet sich der Hinweis darauf, dass man zunächst die „Eroberung des vorpolitischen Raumes“ plane. [46] Dieses primäre Ziel sei durch „Schulungsarbeit heranwachsender Kader, die Herausbildung geistiger Größen zum effizienten Einsatz“ zu gewährleisten.[47] Sekundäres Ziel des NBK sei, die „Weiterentwicklung nationalistischer Politikansätze“ voranzutreiben, um damit „Initiativenratgeber zur Professionalisierung der politischen Arbeit in Partei und Bewegung“ werden zu können. Bei der Konzeption des NBK lassen sich deutliche Anleihen beim strategischen Repertoire der „Neuen Rechten“ feststellen. Demnach sei das Hauptziel die „Manifestierung einer geistigen Gegenelite“, wobei die „Dresdner Schule“ explizit als Vorbild genannt wird.[48]

---

[43] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes, 2005, Berlin 2006; Verfassungsschutzbericht des Bundes 2006, Berlin 2007.

[44] Vgl. „Antrittsbesuch des neuen Bundesvorsitzenden in Berlin“, in: www.jn-buvo.de; (gelesen am 21. November 2007).

[45] Vgl. o.A., „Kampf um die Köpfe! Der Nationale Bildungskreis“; in: Deutsche Stimme, März 2008, S. 14.

[46] O.A., „Die organisierte Volksfront – Die JN im Kampf um den vorpolitischen Raum“, „Leseprobe aus ´Der Aktivist´ Nr. 1/2009.

[47] Vgl. z. B. o.A., „Kampf um die Köpfe! Der Nationale Bildungskreis“; in: Deutsche Stimme März 2009, S. 14.

[48] Ebd.

Hinzu kommen Versatzstücke des historischen Nationalsozialismus: So ist einer NBK/JN-Internetveröffentlichung zu entnehmen, dass man sich am Leitbild des „politischen Soldaten“ orientieren wolle, einer Selbstbezeichnung der SA bzw. SS. Um diesen Vorgaben gerecht zu werden, werde der NBK auf zwei Ebenen organisiert: einerseits ein „nicht ortsgebundener Kreis von Abiturienten, Studenten, Graduierten und an der Theoretisierung interessierten Kameraden“, andererseits durch eine „netzwerkartige Struktur“ aus „Schulungsleitern, Referenten, Zeitschriften und Bildungsorganisationen“. Beide Aspekte deuten daraufhin, dass man versucht, den NBK als eine Art Anlaufstation für „national“ gesinnte Studenten an Universitäten zu gerieren.[49] Tatsächlich ist es gelungen, zwei Hochschulgruppen an den Universitäten Halle/Saale und Magdeburg zu gründen.

Seinem Anspruch, auf lange Sicht Studentenorganisation der NPD zu werden, versucht der NBK auch dadurch gerecht zu werden, indem er Themen aus dem Bereich der bundesdeutschen Hochschulen aufgreift und kommentiert. So hat der „NBK-Arbeitskreis Bildungspolitik“ im Internet eine Stellungnahme gegen die Erhebung von Studiengebühren veröffentlicht.[50]

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Schulung der Kader durch Vorträge und Seminare. So war für den 28. Oktober 2007 die „NBK-Aktivistenschulung, Grundwissen im politischen Kampf“ geplant. Diese in drei Abschnitte gegliederte Schulung richtete sich sowohl an „Aktivisten der JN“ als auch an „Kameraden der freien Kräfte“. Viele Bildungsinhalte entsprechen denen, die auch in der Mutterpartei angeboten werden, wie das Thema „Umgang mit Polizei und Geheimdiensten“.[51] Für eine weitere Aktivistenschulung kündigte man die Themen „Presserecht“ und „Kulturarbeit“

---

[49] Vgl. z. B. „Erste nationalistische Studentengruppe an der Uni Halle/Saale“, in: www.jn-buvo.de (gelesen am 08. April 2008).

[50] „Stellungnahme zu Studiengebühren – Ein ergänzender Teil in der Debatte um die Notwendigkeit zur Errichtung einer deutschen Volksgemeinschaft“, in: www.jn-buvo.de (gelesen am 15. Oktober 2007).

[51] „NBK-Aktivistenschulung ´Grundwissen im politischen Kampf – Teil 1´“, in: www.jn-buvo.de (gelesen am 22. November 2007).

an.[52]

Aber auch ideologisch-weltanschauliche Schulungen werden durch den NBK angeboten. So lud der NBK, unterstützt durch den JN-Landesverband und „Freie Kräfte“, für den 22. August 2008 in Thüringen zu einem Vortragsabend mit dem Titel „Nationaler Sozialismus. Eine moderne Betrachtung aus verschiedenen politischen Perspektiven“.[53]

Die Arbeit des NBK ist deutlich an ideologischen Aspekten der „Neuen Rechten“ ausgerichtet und zielt dabei auf Jugendorganisation und Mutterpartei gleichzeitig. Die aktuell zu beobachtende Stagnation bei der Realisierung von Seminaren und sonstigen Schriften lässt es aber zweifelhaft erscheinen, ob das Projekt eine Zukunft hat.

2.4 Die Publikation „hier &jetzt. radikal rechte zeitschrift“

Die Bemühungen um eine weitere Intellektualisierung der Partei und ihrer Jugendorganisation zeigten sich auch an der Ende des Jahres 2005 erstmalig erschienenen Zeitschrift „hier & jetzt. radikal rechte zeitung“[54], die viermal im Jahr durch den JN Landesverband Sachsen herausgegeben wird.[55] Das Publikationsorgan verfolgt dabei das Konzept, neben Beiträgen der Redaktion, vor allem Artikel namhafter Autoren aus der rechtsintellektuellen Szene zu veröffentlichen. Bereits nach dem ersten Erscheinen kommentierten die Initiatoren, „dass in relativ kurzer Zeit sich eine Leserschaft herausgebildet habe, die weit über die Grenzen der sächsischen Jugend als Zielgruppe

---

[52] „NBK-Aktivistenschulung ´Grundwissen im politischen Kampf – Teil 2´“, in: www.jn-buvo.de (gelesen am 22. November 2007).

[53] „NBK-Vortragsabend. Nationaler Sozialismus – Eine moderne Betrachtung aus verschiedenen politischen Perspektiven“, in: www.jn-buvo.de (gelesen am 22. Februar 2008).

[54] Die Ausgaben 1 bis 9 erschienen unter dem Titel „Hier & Jetzt. Gesellschaft – Politik – Bewegung“. Mit dem Wechsel des Chefredakteurs nannte sich die Zeitung ab der 10. Ausgabe „hier & jetzt. radikal rechte zeitung“.

[55] Die Auflagenhöhe ist nicht bekannt.

hinausreicht“.[56]

Inhaltlich deckt die Schrift eine breite Palette philosophisch, kultureller und historischer Themen ab. Einen breiten Raum nehmen Artikel zu geschichtlichen Ereignissen und Biographien historischer Personen ein, beispielsweise die des „Freikorpskämpfers und späteren Ministerpräsidenten von Sachsen, Manfred von Killinger 1886-1944“.[57] Zum Teil sind einzelne Ausgaben des JN-Periodikums als Themenhefte konzipiert, so etwa die Ausgabe 3/2006 zum Thema „Ausländerpolitik“. Des weiteren werden Artikel veröffentlicht, die sich mit einzelnen Begriffen aus der rechtsextremistischen Ideologie befassen oder weltanschauliche Begriffe erläutern.[58] Überwiegend sind die Artikel, Berichte und Rezensionen in einem deutlich rechtsextremistischen Duktus verfasst und zeigen ein hohes Sprachniveau. Unter den Autoren, die nach Angaben der Redaktion unentgeltlich schreiben, sind namhafte Vertreter der rechtsintellektuellen Szene wie Karl Richter oder der Ex-APO-Aktivist Bernd Rabehl.

Teilweise sind auch Beiträge zu finden, die von bekannten Funktionären der NPD verfasst wurden, etwa von Arne Schimmer oder Per Lennart Aae. Zudem beinhalten die bislang erschienenen Ausgaben eine Reihe von Interviews mit Protagonisten der NPD, so zum Beispiel mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt oder seinem kurzzeitigen Konkurrenten Andreas Molau. Allerdings ist Parteipolitik, wenn überhaupt, nur am Rande ein Thema. Neben den Autoren, die mehr oder weniger regelmäßig für die Zeitschrift schreiben, besitzt die Zeitung eine feste Redaktion. Diese setzt sich seit der 13. Ausgabe in veränderter Form zusammen. Der bis dahin „verantwortliche Redakteur“, Johannes Nagel, wurde im Juli 2008 durch die ehemalige Ressortleiterin der rechtskonservativen Zeitung „Junge Freiheit“, Angelika Willig ersetzt. Gleichzeitig erfolgte eine Umbenennung der Zeit-

---

[56] Berthold Lauterbach, „Radikal rechts lesen...“, in: Hier & Jetzt, Nr. 7/Sommer 2007, S. 34.

[57] Vgl. ders., „Vom Freikorpskämpfer zum Ministerpräsidenten“, in: Hier & Jetzt Nr.3/2006, S. 24ff.

[58] Vgl. z. B. Jürgen Schwab: „Nationaler Antikapitalismus“, in: Hier & Jetzt, Nr. 6/2007, S.10.

schrift.[59] Allerdings verkündete Willig wenig später, dass sie den Chefsessel wieder verlassen werde. Bei ihrem Nachfolger handelt es sich um den NPD-Politiker Arne Schimmer.[60] Jürgen Schwab, ebenfalls regelmäßiger Autor der Zeitschrift, prognostizierte, dass die Zeitschrift „auf lange Sicht einmal die Lücke füllen" könne, die das „sanft entschlafene" Organ des „National-demokratischen Hochschulbundes", die Zeitschrift „Vorderste Front", hinterlassen habe.[61]

Die ideologische Einordnung der „hier & jetzt" blieb jedoch von Beginn an der politischen Leitlinie von NPD und JN ausgerichtet. So sei geplant, mit der Zeitschrift formal höher gebildete Jugendliche zu politisieren, wie der ehemalige verantwortliche Redakteur Johannes Nagel in einem Interview mit der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" deutlich machte: „Am Anfang stand hinter dem Projekt der schlichte aber durchaus entschlossene Gedanke, die jungen Menschen in unserem Umfeld – und darüber hinaus! – mittels eines professionell erstellten Periodikums zu erreichen, zu politisieren."[62]

In einer Selbstpräsentation im Internet zitiert Bernd Lauterbach, einer der Redakteure, eine Aussage von Ernst Jünger aus dem Jahr 1929, in der dieser forderte, dass sich die „Axt des Zimmermann(s)" im politischen Kampf in eine „Streitaxt" verwandeln müsse. Der Autor kommentiert dieses Zitat Jüngers in bezug auf die „hier & hier" folgendermaßen: „Das war 1929, im ´Vormarsch´, und die ´Streitaxt´ gehörte in dieser bewegten Zeit sozusagen zum Sturmgepäck damaliger Weltanschauungskrieger. Aber vielleicht kann heute, im Hier & Jetzt, wo der Nationalismus sich nicht selten subversiver

---

[59] Vgl. Anm. 54.

[60] Gründe hierfür scheinen redaktionsinterne ideologische Auseinandersetzungen gewesen zu sein, denn Angelika Willig gab hierzu bekannt: „Mein Interesse bleibt weiterhin die neue geschlossene Theorie. Dafür konnte ich meine Mitarbeiter nicht so recht begeistern." Vgl. Angelika Willig, „editorial", in: hier & jetzt. radikal rechte zeitschrift, Nr. 13/Winter 2009, S. 1.

[61] Jürgen Schwab, „Verharmloser und Relativierer – Eine Kolumne von Jürgen Schwab (12.07.2006)", in: www.stoertebeker.net (gelesen am 13. Juli 2009).

[62] O.A., „Junge Menschen politisieren. Im Gespräch mit Hier & Jetzt-Redakteur Johannes Nagel", in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2007, S. 12.

Methoden zu bedienen hat, die Schreibmaschine auch so etwas sein wie ein – Kriegsgerät?“[63]

Indem sich Lauterbach auf den damaligen Nationalrevolutionär Jünger beruft, macht er deutlich, dass die Zeitschrift – im Gegensatz zu einem oftmals in der NPD zu findenden dumpfen Nationalismus - auf ein revolutionäres Pathos rekurriert, das vor allem in der Zeit der Weimarer Republik ein vielfach im Zusammenhang mit nationalrevolutionären Protagonisten zu beobachtendes Phänomen war. Nationalrevolutionäre Ideologiefragmente lassen sich auch aus einer Ankündigung im Internet entnehmen: „Die Zeitschrift Hier & Jetzt möchte primär revolutionäre Theorien transportieren und alternative Modelle des gesellschaftlichen Miteinanders und politische Hintergründe neben kulturellen Komplexen zum Thema machen.“[64]

Die Zeitschrift „hier & jetzt. radikal rechte zeitung“ ist aktuell in Bezug auf Form, Inhalt und Professionalität der Gestaltung eines der herausragendsten Publikationsorgane des intellektuellen Rechtsextremismus. Sowohl die Bandbreite der regelmäßig schreibenden Autoren von Jürgen Schwab bis zum ehemaligen APO-Aktivisten Bernd Rabehl, als auch die Wahl der Themen sind für eine rechtsextremistische Zeitschrift einzigartig und können sich mit ähnlichen Publikationen aus dem Linksextremismus hinsichtlich des intellektuellen Niveaus durchaus messen. Im Vergleich mit anderen rechtsextremistischen Organen, etwa der Zeitschrift „Nation & Europa“, wird deutlich, dass letztere, vor allem was ihr Erscheinungsbild angeht, klar hinter der JN-Publikation zurücksteht. Auch inhaltlich wirken die Beiträge in „Nation & Europa“ in der Regel eher platt, folgen sie doch in der Mehrzahl einem nationalistisch geprägten Bild von Staat und Nation, wenden sich zumeist klassischen rechtsextremistischen Themen wie Zuwanderung oder dem vermeintlichen Einfluss der Juden und der USA zu. Bei der „hier & jetzt“ wird zudem die inhaltliche sowie ideologisch weltanschauliche Orientierung an Aspekten der „Neuen Rechten“ deutlich, wie sie in keinem anderen Projekt

---

[63] Vgl. Bernd Lauterbach, „Radikal rechts lesen...“, in: www.sachsenpublizistik.de/index.html (gelesen am 01. November 2007).

[64] „Neue JN-Zeitschrift. Im Dezember erscheint ein neues politisches Zeitungsprojekt aus Sachsen.“, in: www.jn-buvo.de (gelesen am 01. Dezember 2005).

aus dem NPD-Umfeld zu beobachten ist. Ob sich die Professionalität der Aufmachung, die inhaltliche Innovation sowie der hohe intellektuelle Anspruch der Zeitschrift auch nach dem Ausscheiden von Willig halten lassen, scheint keineswegs sicher. Zudem ist der Weggang einer ideologisch eher gemäßigten Intellektuellen Indiz für eine weitere Radikalisierung der Partei und damit letztlich auch der Zeitschrift.

2.6 Fazit und Ausblick

Betrachtet man die Intellektualisierungsbemühungen der NPD insgesamt, so fällt auf, dass der Schwerpunkt auf Schulung praktischer Inhalte liegt, weniger jedoch auf der ideologischen und strategischen Fortentwicklung. Zumindest in Teilbereichen scheint die Partei auf gut geschulte Funktionäre und Mandatsträger Wert zu legen. Dieses Ergebnis korrespondiert mit einer Aussage Jürgen Schwabs, der der Partei zumindest für den Bereich Weiterbildung in praktischer Parteipolitik ein ausreichendes Niveau bescheinigte, indem er kurze Zeit nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen 2004 feststellte: „Die meisten der neuen Mandatsträger haben immerhin eine mehrjährige praktische Parteiarbeit und rhetorische Schulung hinter sich."[65]

Möglicherweise lässt sich die einseitige Schwerpunktsetzung der Partei im Bereich Bildung auch damit erklären, dass man kein Fiasko erleben wollte wie die „Deutsche Volksunion" (DVU), deren Abgeordnete in der Vergangenheit aufgrund ihrer politischen und persönlichen Unbedarftheit zuweilen von den Medien vorgeführt wurden. Den Umstand mangelhafter Intellektualisierung erkannten auch andere Parteiebenen, beispielsweise der Landesverband Sachsen. Allerdings ist die Gründung der „Dresdner Schule" und des „Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V." eher ein Fehlschlag – was zumindest für die bisherige Außenwirkung gelten muss. Denn ohne wahrnehmbare Aktionen und Schriften für den Bereich Parteibildung dürfte sich die „Schule" als eine Totgeburt erweisen.

Einzig die für ein rechtsextremistisches Publikationsorgan hochkarätige Zu-

---

[65] Jürgen Schwab, „NPD und Neonazismus. Der ´BRD-Nationalsozialismus´ ist das trojanische Pferd innerhalb der nationalen Partei", in: www.die-kommenden.net/dktheorie/npd_und_neonazismus.htm (gelesen am 03. Mai 2008).

sammensetzung der Redaktion und der Autorenschaft der JN-Zeitung „hier & jetzt“ belegt, dass sowohl geeignetes Personal als auch finanzielle Möglichkeiten vorhanden zu sein scheinen, um eine Intellektualisierung der Partei voranzutreiben. Letztlich deutet dieser Umstand aber auch darauf hin, dass erfolgreiche innerparteiliche Bildung regelmäßig am Unvermögen oder an der mangelnden Einsicht der Führungsfunktionäre zu scheitern scheint. Es gelang der Partei nicht, entscheidende Ressourcen in der innerparteilichen Bildung zu bündeln. Ob dies mit Andreas Thierry als Leiter des „Amtes Bildung beim Parteivorstand der NPD“ grundsätzlich anders werden wird, ist unwahrscheinlich.

Die Schulungs- und Bildungsmaßnahmen der JN schienen dagegen auf den ersten Blick durch die Bildung des NBK auf eine professionelle Grundlage gehoben worden zu sein. Im Gegensatz zur Mutterpartei wurden hier in den letzten Jahren zahlreiche Bildungsmaßnahmen durchgeführt, die sich aber eben nicht durch Kontinuität und Regelmäßigkeit des Bildungsangebotes auszeichneten. Aktuell spricht dennoch einiges dafür, dass der NBK zumindest den inaktiven NHB als Studierendenorganisation der NPD ablösen wird.

Grundsätzlich orientieren sich die Bildungsinhalte des NBK an denen der NPD, so zum Beispiel hinsichtlich von Seminaren und Kursen zu Fragen praktischer Politik, die als Hilfestellung im politischen Alltag dienen sollen. Dennoch sind hier im Gegensatz zur Mutterpartei häufiger allgemeinpolitische und ideologisch-weltanschauliche Vorträge und Seminare zu finden. Auch binden die JN „Freie Kräfte“ aus dem Neonazi-Bereich in ihre Schulungsstrukturen ein. Ideologisch scheint der NBK zu versuchen, an die Protagonisten der „Dresdner Schule“ anzuknüpfen, allerdings mit wesentlich schärferer Rhetorik und deutlichen Anklängen an die Ideologie des historischen Nationalsozialismus. Ob sich diese Beziehung weiter intensivieren wird, möglicherweise im Verbund mit der Zeitschrift „hier & jetzt“, darf aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Skepsis betrachtet werden.

Insgesamt zeigt sich, dass bislang in allen untersuchten Gliederungen Anklänge an strategische Aspekte der „Neuen Rechten“ zu finden sind – in der Mutterpartei selbst aber nur rudimentär ausgeprägt. Fraglich ist, ob die Intellektualisierung der Partei durch organisationsunabhängige Gruppierungen verbessert wird, so dass die NPD durch eine Zusammenarbeit ihre

intellektuellen Defizite auffangen bzw. ausgleichen kann und durch diese Gruppen stärker von ideologischen und strategischen Positionen der „Neuen Rechten“ beeinflusst wird.

3. Organisationsunabhängige Gruppierungen aus dem intellektuellen Umfeld der NPD

3.1 „Deutsche Akademie“ (DA)

Die im Jahr 2000 gegründete „Deutsche Akademie“ (DA) versteht sich nach einer Selbstdefinition aus dem Jahr 2005 als eine parteiunabhängige Initiative national gesinnter Deutscher, die an der geistigen Wiedergeburt ihres Volkes arbeiten.[66] Leitungsgremium der DA ist der Sprecherrat, der sich aus dem Gründer der Organisation, Jürgen Schwab, sowie dem ehemaligen NPD-Führungsfunktionär Martin Laus zusammensetzt. Bis zum Austritt Schwabs aus der Partei wurde die DA als eine Art Vorfeldorganisation der NPD im „Kampf um die Köpfe“ angesehen.[67] Zurzeit agiert die DA zwar noch im weiteren Umfeld der Partei, jedoch mit deutlichen Abgrenzungstendenzen beiderseits.

3.1.1 Ideologische Einordnung und Ziele der DA

Die DA versteht sich als „nationalrevolutionäre Organisation“[68], die sich „um die geistige Revolutionierung des deutschen Volkes bemüht.“[69] Ziel ist, eine geistige Gegenelite zum herrschenden politischen System der Bundesrepublik zu schaffen. Diese Elite, die zunächst 50 bis 100 Mitstreiter umfasse, sei

---

[66] Vgl. „Die Deutsche Akademie – wer wir sind und was wir wollen“, in: www.die-kommenden.net/dk/theorie/da_erklaerung.htm (gelesen am 19. Mai 2008).

[67] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 2001, Berlin 2002, S. 117; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 2002, Berlin 2003, S. 93; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 2003, Berlin 2004, S. 84.

[68] Zum Begriff „Nationalrevolutionär“ siehe Kapitel 1.2.

[69] „Die Deutsche Akademie – wer wir sind und was wir wollen...“ (Anm. 65).

in zentralen Bildungsangeboten, Diskussionsforen und Informationskanälen zusammenzubringen und vor Ort in überparteilichen Basisgruppen autonom zu organisieren.[70] Letztlich diene die Arbeit der DA dazu, die „geistigen Grundlagen des Volkes“ zu verändern, um so das bestehende politische System auszutauschen. Dieser Schritt bedarf laut DA einer „revolutionären Situation“, die man nicht erzwingen könne, jedoch geistig vorbereiten müsse. Die geistige Vorbereitung soll letztlich auch der Schaffung eines nach außen herrschaftsfähigen souveränen Staates dienen, der das Volk wieder in eine politisch verfasste Gemeinschaft, einen Nationalstaat und eine „geistig selbstbewusste Nation“ verwandele. Vor der Umsetzung stehe jedoch: „Es gilt also zunächst ein geistiges Gegenreich zum realexistierenden liberal-kapitalistischen Vasallenregime auf deutschem Boden zu schaffen, da sonst alles an politischer Arbeit dilettantisches Stückwerk bleiben müsste. Dieses geistige Gegenreich ist deshalb als Grundvoraussetzung für eine breite Volksbewegung zur Wiederherstellung des staatspolitisch verfassten Deutschen Reiches zu begreifen.“[71] Dabei hat die DA keinerlei Berührungsängste vor Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus dem Spektrum der gewaltbereiten neonazistischen Kameradschaften stammen und teilweise ebenfalls in die Schulungsveranstaltungen einbezogen werden.

3.1.2 Schulungsveranstaltungen und Zielgruppe der DA

Die DA organisiert eine Reihe von Schulungen, Seminaren und Vorträgen. Grundsätzlich treten dabei Jürgen Schwab oder Martin Laus als Referenten gemeinsam mit anderen Vortragenden zu diversen Themen auf. Inhaltlich behandeln die Seminare hauptsächlich ideologisch-weltanschauliche Sachverhalte. So war der Internetseite der DA zu entnehmen, dass eine Seminarreihe „Politische Theorie“ angeboten wurde, die sich in drei Abschnitte gliederte, „Grundlagen nationaler Politik“, „Einführung in die Staatslehre“

---

[70] Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass Schwab nicht der „reinen Lehre“ der Nationalrevolutionäre folgt, vgl.: Pfahl-Traughber, Literatur aus der Szene (Anm. 20), S. 323.

[71] „Selbstdefinition“ vom Januar 2005, in: www.dt-akademie.de/sprecherrat/index.htm (gelesen am 19. Mai 2008).

und „Neues Ordnungsdenken“.[72] Auch finden Seminare gemeinsam mit anderen Gruppierungen aus dem Bereich der „Neuen Rechten“ statt, welche nicht dem nationalrevolutionären Flügel angehören. So wurde vom 12. bis 14. Oktober 2007 in Sachsen-Anhalt ein „gemeinsames politisches Seminar von www.staatsbriefe.de und der Deutschen Akademie (DA)“ veranstaltet, an der auch der rechtsextremistische Publizist Hans-Dietrich Sander teilnahm.[73] Viele Veranstaltungen werden gemeinsam mit oder für die NPD organisiert – trotz diverser Differenzen. So fand am 29. November 2008 eine Schulungsveranstaltung des NPD-Kreisverbandes Hof/Wunsiedel mit Jürgen Schwab zum Thema „Staatsform und Regierungssysteme“ statt.[74] Für das Frühjahr 2009 kündigte der NPD-Kreisverband Freiburg scheinbar im Zuge der seinerzeit aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ein „Antikapitalistisches Wochenend-Seminar“ mit Jürgen Schwab an.[75] Aber auch umgekehrt nehmen Politiker der NPD an Veranstaltungen der „Deutschen Akademie“ als Referenten teil. So beteiligte sich der NPD-Landesvorsitzende von NordrheinWestfalen, Stephan Hase, mit einem Referat an der „4. Arbeitstagung ´nationalrevolutionär heute´“,[76] die im März 2007 von der DA in Dortmund ausgerichtet wurde.[77]

---

[72] Vgl. „DA-Seminarreihe: Seminarreihe Politische Theorie“, in: www.dt.akademie.de; (gelesen am 01. Mai 2007).

[73] Vgl. „Die Parteienoligarchie I- Eine Kolumne von Jürgen Schwab (20.10.07)“, in: http://de.altermedia.info (gelesen am 28. Mai 2009).

[74] Vgl. „Bericht zum Seminar mit Jürgen Schwab am 29. November 2008 im Raum Wunsiedel“, in: http://www.npd-wunsiedel.de; (gelesen am 28. Mai 2008).

[75] „2009: Antikapitalistisches Wochenend-Seminar mit Jürgen Schwab“, abrufbar unter: http://www.suedlicher-oberrhein.npd.de; abgerufen am 28. Mai 2009.

[76] Die Veranstaltungsreihe wird seit dem Oktober 2005 regelmäßig zweimal im Jahr veranstaltet und richtet sich vorwiegend an Aktivisten, die sich selbst als „Nationalrevolutionäre“ bezeichnen.

[77] „Bericht über die 4. AT NR heute“, in: forumquerdenker.de (gelesen am 24. Mai 2008).

3.1.3 "Sache des Volkes" (SdV)

Auf der „6. Arbeitstagung ´nationalrevolutionär heute´", die vom 29. bis 30. März 2008 in München stattfand, verkündete die DA die Gründung eines neuen internationalen Netzwerkes mit dem Namen „Sache des Volkes" (SdV). Aus dessen Gründungserklärung geht hervor, dass neben der DA die „Partei Nationalorientierter Schweizer" (PNOS)[78], die „SOS-Heimat"[79] aus Österreich und das „Münchner Tabakskollegium"[80] zu den Mitbegründern der Organisation gehören. Die Gründungserklärung verdeutlicht auch die Ziele des Netzwerkes. Demnach will man eine „Gesinnungsgemeinschaft nationalrevolutionärer Organisationen" sein, um als „überregionale Plattform" zur Verbreitung der eigenen Weltanschauung beizutragen. Grundsätzliches Ziel sei dabei, den „Kapitalismus (zu) überwinden". Insgesamt wird eine Zusammenarbeit mit Organisationen in ganz Europa einschließlich Russlands angestrebt.

In einem Vortrag auf der „6. Tagung ´nationalrevolutionär heute´" konkretisierte Schwab die hinter der SdV-Gründung stehende Intention. Demnach

---

[78] Die PNOS versteht sich nach eigenen Angaben als „Zusammenschluss von politisch engagierten Männern und Frauen, welche entschlossen sind, für die Zukunft ihre Heimatlandes einzutreten und die Probleme der heutigen Zeit bei den Wurzeln anzupacken." Deshalb fordert die PNOS eine ethnisch und kulturelle Geschlossenheit des Volkes, die mit der „Trennung von Wirtschaft und Politik, der Bekämpfung globalistischer Vereinigungen" und der „Abschaffung von Zins- und Kreditwirtschaft" einhergeht. Dabei sieht sie sich als einzige wirkliche nationale Alternative der Schweiz. Vgl. „Partei – Wir über uns", in: www.pnos.ch (gelesen am 08. April 2008).

[79] Die österreichische „SOS-Heimat" bezeichnet sich als „Nationale Plattform Österreich", die den „Kampf um globale Monopole" nicht „weiter zu Lasten der Völker ausgetragen" sehen will, weshalb man die Wiederherstellung der „kulturelle(n) Souveränität" des Landes fordert. Insgesamt setzt sie sich für die „heimische Tradition und Sitte" und gegen Einwanderung und Amerikanisierung ein. In: www.sos-heimat.at (gelesen am 08. April 2008).

[80] Das „Münchner Tabakskollegium" stammt aus dem Umfeld der neonazistischen Szene München und hat die rechtsextremistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) bei den Wahlen zum Münchner Stadtrat aktiv unterstützt; vgl. o.A., „Bericht über die 6. Arbeitstagung ´nationalrevolutionär heute´, in: http://forumquerdenker.de (gelesen am 24. Mai 2008).

seien nicht nur nationalrevolutionäre Gruppen als Bündnispartner willkommen, sondern auch „Völkische, Nationalkonservative und langfristig auch marxistische Linke mit positivem Bezug zum Nationalstaat“. Grundsätzlich gelten für die einzelnen SdV-Zirkel nur „zwei Bedingungen“, so Schwab: Zum ersten sei „die Wiedergewinnung der Souveränität des deutschen Nationalstaates“ (bzw. anderer europäischer Staaten) als Etappenziel zu einer größeren Einheit anzustreben, und zum zweiten sei eine „antikapitalistische Ausrichtung“ zwingend. Im Gegensatz zu früheren Organisationen – wie der bereits in den 1970er Jahren durch Henning Eichberg gegründeten Vorgängerorganisation mit gleichem Namen – wolle man „sich nicht in endlosen Theoriedebatten erschöpfen“.[81] Deshalb seien alle SdV-Gruppen dazu aufgerufen, zwei Aufgaben zu übernehmen, einerseits „in der eigenen Stadt bzw. Heimatregion einen Gesprächskreis für Theoriearbeit nach innen“ zu installieren und andererseits „Aktionen im öffentlichen Raum durchzuführen“. Letzteres wurde durch das Verteilen von Flugblättern vor Banken in die Tat umgesetzt. Die Flugblätter trugen dabei die Überschrift „Bankräuber Stoppen“. Gleiches wurde gemeinsam mit NPD-Aktivisten vor einer Siemens-Niederlassung unter der Losung „Siemens in Arbeiterhand!“ durchgeführt.[82]

3.1.4 Fazit

Die „Deutsche Akademie“ (DA) versucht nach wie vor, sich als Ideen- und Theorieschmiede für den gesamten deutschen Rechtsextremismus zu etablieren. Sie richtet diverse Seminare, Vorträge und Tagungen aus. Das Teilnehmerspektrum geht dabei deutlich über nationalrevolutionäre Zirkel und Gruppen hinaus. Trotz häufiger Kritik an der NPD bleibt die Partei Hauptnutzer der Seminare und Vortragsveranstaltungen. Inwieweit die DA mit dem Netzwerk „Sache des Volkes“ erfolgreich sein wird, steht noch nicht fest. Sicher ist jedoch, dass sie einen sehr großen Anteil an den Zielen und der Ausrichtung des Netzwerkes hat, was sich u.a. der „Gründungserklärung“ entnehmen lässt. Auffällig ist die Trennung beider Bereiche. So scheint die DA weiterhin als Plattform für die theoretische Bildung zu dienen, während

[81] Abrufbar unter: http://pnos.ch/sdv (gelesen am 28. Mai 2009).

[82] Ebd.

die SdV eher zur praktischen Agitation und als Bündnisorganisation genutzt wird. Nach wie vor kann die DA als Organisation der „Neuen Rechten“ charakterisiert werden. Zudem verfügt sie - im Gegensatz zu anderen ähnlich aufgestellten Zirkeln - über eine relativ hohe Akzeptanz im gesamten Rechtsextremismus. Dies lässt den Schluss zu, dass der Einfluss von Jürgen Schwab auf die theoretischen und programmatischen Grundlagen der NPD - und mit ihm der Einfluss von Elementen der „Neuen Rechten“ - trotz seines Parteiaustritts nach wie vor vorhanden ist.

3.2 Das „Thule-Seminar“

Nach dem Vorbild des Zusammenschlusses französischer Intellektueller „Groupement de recherche et d´etudes pour la civilisation européenne“ (GRECE) um den Philosophen Alain de Benoist gründete Pierre Krebs[83] im Jahr 1980 das „Thule-Seminar“.[84] Inzwischen distanziert sich der Jurist, Politikwissenschaftler und Publizist Krebs jedoch entschieden von den aus seiner Sicht aufgeweichten, opportunistischen Positionen Benoists zu Ausländer- und Immigrationsfragen. Grundsätzlich vertritt das „Thule-Seminar“ ein am Begriff des Volkes ausgerichtetes „biologistisches Menschenbild“ und strebt danach, mit einer „metapolitischen Strategie“ durch Heraushebung vermeintlich oder tatsächlich kultureller Alleinstellungsmerkmale einen Bewusstseinswandel in den europäischen Völkern vorzubereiten, um so letztlich das politische System in der Bundesrepublik zu zerschlagen. Schwerpunkt der publizistischen Arbeit des „Thule-Seminars“ ist die Internetseite www.thule-seminar.org. Hier finden sich neben Buchveröffentlichungen der „Thule-Bibliothek“ – die in erster Linie von Pierre Krebs verfasst wurden – auch Interviews und Presseerklärungen. Ebenfalls angeschlossen ist der

---

[83] Pierre Krebs, Jg. 1946, ist ein in Kassel lebender französischer Intellektueller. Er zählte in den 1980er und 90er Jahren zu den wichtigsten Personen dieses Spektrums. In Frankreich war er Mitglied im „Rassemblement européenne de la liberté“, einem Vorläufer der Organisation GRECE, und mit 21 Jahren Chefredakteur von deren Organ „REL Europe“. In Deutschland hat er diverse Publikationen veröffentlicht, in: www.netz-gegen-nazis.com (gelesen am 27. Mai 2008).

[84] Zur Bedeutung des „Thule-Mythos“ vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Anm. 5), S. 87.

„Ariadne-Versand“, der die so genannte „Thule-Kollektion“ (Kleidung, Uhren sowie Schmuck) vertreibt. Die einzige Publikation, die tatsächlich regelmäßig veröffentlicht wird, ist der Taschenkalender „Mars Ultor. Der Taschenplaner der Avantgarde“.[85]

3.2.1 Ideologische Einordnung und Ziele des „Thule-Seminars“

In den 1980er und 1990er Jahren galt das „Thule-Seminar“ als eines der vielversprechendsten Projekte im Bereich der Intellektualisierung.[86] Von Beginn an verstand es sich als „geistig-geschichtliche Ideenschmiede für eine künftige europäische Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnischen Erbes.“[87] Sein Hauptziel ist, mit einer so genannten „metapolitischen Strategie“ zunächst die kulturelle Vorherrschaft zu erlangen, als unabdingbare Voraussetzung für grundlegende politische Umwälzungen. Dem westlichen Demokratiemodell des „Egalitarismus“ stellt das „Thule-Seminar“ eine antiindividuelle, an vermeintlich natürlich-biologischen, kulturell historischen und menschlich-familiären Gesetzmäßigkeiten orientierte Ordnung gegenüber. Deshalb wendet sich das „Thule-Seminar“ nach Aussage von Pierre Krebs in erster Linie gegen die „Gleichheitslehre“, den „Liberalismus“, den „Materialismus“ und den „Amerikanismus“ demokratisch verfasster politischer Systeme.[88] Als Grundübel wird das „ideologisch-religiöse Fundament des Judäochris-

---

[85] Der vollständige Untertitel lautet: “Runen- und Weltanschauungs-Taschenplaner mit Hinweisen auf die geistige Welt, die Geschichte und die Chronik der ´Neuen Kultur´, die Metaphysik, die Riten und die Bräuche des Indoeuropäertums“.

[86] Vgl. Hermann Gilbhard/Holger Goblirsch, „Rückkehr des Rassenwahns? Die Ideologie der Neuen Rechten“; in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt am Main 1989. S. 213ff.

[87] Vgl. „Das Thule-Seminar stellt sich vor“, in: www.thule-seminar.org (gelesen am 27. Mai 2008.

[88] O.A., „Die Unruhen von Paris waren nur der Anfang. Der Philosoph und Schriftsteller Pierre Krebs über die ethnokulturelle Identität Europas und deren Gefährdung durch Egalitarismus, Massenzuwanderung und den herrschenden Amerikanismus“, in: Die Zeit“, Nr. 22-23/06, S.16 f.

tentum(s)“ ausgemacht, weshalb sich das „Thule Seminar“ besonders vorchristlichen und heidnischen Traditionen zuwendet und massiv gegen das Christentum agitiert, das für Krebs „eine(n) tragische(n) Unfall in der Geschichte Europas“ darstellt.[89] Auf die Frage, welche Alternative sich zur herrschenden Ordnung praktisch verwirklichen ließe, antwortet eine programmatische Schrift des „Thule-Seminars“: „Die Eroberung der politischen Macht verlangt zuerst die Erringung der kulturellen Macht. Die Eroberung der ´Köpfe´ geht der Eroberung der Energien voraus. Und gerade auf die Eroberung der Intelligenz arbeitet die ´Neue Kultur´ hin“.[90] Diesen theoretischen Vorgaben folgend sollten flächendeckend Intellektuellen-Zirkel in der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet werden, um Einfluss auf gesellschaftspolitische Diskurse und die öffentliche Meinung zu nehmen.

3.2.2 Seminare, Vorträge und Bündnispolitik

Im Unterschied zu anderen Organisationen aus dem Bereich des intellektuellen Rechtsextremismus versucht das „Thule-Seminar“ seine weltanschaulichen Grundsätze weniger über Schulungen und Seminare zu vermitteln als über Vorträge, Bücher und Beiträge in Zeitschriften. Pierre Krebs ist nicht nur in Deutschland als rechtsextremistischer Intellektueller bekannt, sondern auch im europäischen Ausland. Dementsprechend tritt er auf diversen Veranstaltungen europäischer Rechtsextremisten auf. In Deutschland nimmt Krebs in erster Linie als Vertreter des „Thule-Seminars“ an Veranstaltungen teil oder schreibt für rechtsextremistische Publikationen. Besonders ist hier die NPD zu nennen, mit deren biologistisch geprägten Menschenbild sich die Weltanschauung von Krebs zu decken scheint. So veröffentlichte das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DS) in der März-Ausgabe 2006 ein Redemanuskript von Pierre Krebs, in dem dieser zu „Strategien einer europäischen Neubesinnung“ Stellung nahm.[91] Im Mittelpunkt steht dabei das Prinzip der

---

[89] Ebd.

[90] Vgl. Vorstand des Thule-Seminar e.V. (Hrsg.), „Die neue Partei des Geistes. Das ´Thule-Seminar´ stellt sich vor“, Kassel 1995.

[91] Vgl. Pierre Krebs, Ideen reichen weiter als Kanonen, in: Deutsche Stimme Nr. 3 vom März 2006, S. 20.

„Rasse“, die er als „inneren Gott“, als das eigentlich bestimmende Natur- und Lebensgesetz beschreibt; ihre Zerstörung gemäß der „multirassischen Wahnlehre“ sei ein Verbrechen. Darüber hinaus trat Pierre Krebs u.a. als Übersetzer von Guillame Faye auf dem Pressefest der „Deutschen Stimme“ am 3. August 2006 in Dresden auf.[92]

3.2.3 Fazit

Anspruch und Wirklichkeit klaffen beim „Thule-Seminar“ weit auseinander: Nachdem Pierre Krebs in den 1980er und 1990er Jahren einer der wichtigsten Protagonisten des deutschen intellektuellen Rechtsextremismus war, wandelte sich dieses Bild deutlich. Es ist davon auszugehen, dass er oftmals lediglich aufgrund seiner Popularität in gewissen Kreisen des Rechtsextremismus als Redner eingeladen wird. Dagegen veröffentlichen rechtsextremistische Periodika wie die „Deutsche Stimme“, seine individuellen, auf dem Rassegedanken aufgebauten Thesen nur noch gelegentlich. Die Publikationen des „Thule-Seminars“ (wie die Buchzeitschrift „Elemente der Metapolitik zur europäischen Neugeburt“) erscheinen nur unregelmäßig oder werden zumeist sehr schnell wieder eingestellt. Ein Blick auf die Internet-Seite belegt, dass die meisten hier aufgeführten Bücher von Krebs geschrieben wurden und zum großen Teil aus den 1980er und 1990er Jahren stammen.[93] Aufgrund der Publikationsdichte ist davon auszugehen, dass in erster Linie Krebs an den „Produkten“ des Seminars arbeitet. Gleiches gilt auch für Vorträge im In- und Ausland, auf denen ausschließlich Krebs für das „Thule-Seminar“ in Erscheinung tritt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass das „metapolitische Konzept“, also mittels kleiner intellektueller Zirkel bundesweit eine Art kultureller Revolution zu entfachen, als gescheitert angesehen werden muss, da - zumindest bisher – keine aktiven Zellen bekannt sind. Nach wie

---

[92] Vgl. „Thulegram. Thule-Brief für Freunde und Förderer des Thule-Seminars“, Nr. 8/Herbst 2006.

[93] Eine Ausnahme bildet das im Jahr 2006 in der „Thule-Bibliothek“ auf Deutsch veröffentlichte Buch von Guillaume Faye „Wofür wir kämpfen“, das im Bereich des intellektuellen Rechtsextremismus eines der wenigen in den letzten Jahren erschienenen programmatischen Bücher darstellt.

vor hält Krebs an der „neu rechten“ Ausrichtung seiner Organisation fest, deren Grundstein er schon in den 1980er Jahren gelegt hat. Der Einfluss auf die Intellektualisierung der NPD jedoch dürfte – trotz einiger Veranstaltungen und Artikel – eher gering sein.

3.3 Das „Deutsche Kolleg“

Das „Deutsche Kolleg“ (DK) wurde 1994 als Nachfolgeorganisation des Berliner Lesekreises der Zeitung „Junge Freiheit“ gegründet. Es bezeichnet sich selbst als „Denkorgan des Deutschen Reiches“ und „Schild und Schwert des deutschen Geistes“.[94] Durch Schulungen und Erklärungen versucht das DK, ideologisches Grundwissen zu vermitteln und rechtsextremistische Positionen zu untermauern. Geistiger Kopf war zunächst der ehemalige Linksextremist und Soziologe Reinhold Oberlercher, der sich selbst als „völkisch-germanischer Nationalmarxist“ bezeichnet. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Linksterroristen Horst Mahler fand zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Belebung der Schulungsarbeit statt. Aufgrund der Kritik Oberlerchers am ausufernden Antisemitismus von Mahler kam eine gemeinsame Seminarleitung aber nicht mehr zustande. Seitdem liegt die Leitung des DK bei Oberlercher. Daneben gehört der NPD-Funktionär Uwe Meenen zum Führungskreis. Ihre zentrale Aufgabe sieht die Organisation „in der Schulung der nationalen Intelligenz“.[95] Dabei wurde nicht zuletzt die NPD als Ziel möglicher Intellektualisierung ausgemacht.[96] Ob dies heute noch so ist, soll im Folgenden geklärt werden.

---

[94] „Herzlich Willkommen beim Deutschen Kolleg“, in: www.deutsches-kolleg.org/start.htm (gelesen am 10. April 2006).

[95] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 1996, Bonn 1997, S. 144.

[96] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Bundes 2002, Berlin 2003, S. 93.

3.3.1 Ideologische Einordnung und Ziele des DK

Die Ideologie des DK stützt sich auf eine krude Sammlung von völkischen, monarchistischen, nationalrevolutionären und marxistischen Ideologieelementen. Laut seiner Internetseite sieht sich das „Deutsche Kolleg“ als eine Einrichtung des Deutschen Reiches: „Wie jeder Deutsche so hat auch das DK alle Rechte des Deutschen Reiches einschließlich der Souveränität und des Rechts zum Kriege bis zu dem Tage, an dem das Deutsche Reich auch durch besondere Staatsorgane wieder handlungsfähig wird.“[97]

Die linksextremistischen Wurzeln von Reinhold Oberlercher werden in den meisten seiner Schriften deutlich. Hier fordert er in regelmäßigen Abständen die Abschaffung des „Kapitalismus“ oder verwendet Begriffe und Formeln, die dem Marxismus-Leninismus entlehnt sind. Besonders deutlich wird die Verknüpfung von „rechtem“ und „linkem“ Gedankengut in den auf der Homepage des DK eingestellten „Schulungsunterlagen“, in denen Oberlercher die Thesen von Karl Marx in der „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus verwirklicht sieht: „Die nationalsozialistische Revolution von 1933 erfüllte exakt die Prophetie von Marx, dass die erste proletarische Diktatur im höchstentwickelten Industrieland entstehen und mit einer Emanzipation vom Judentum einhergehen würde, wobei dieser Punkt durch den dezidierten Anti-Marxismus der NSDAP-Ideologie besondere Beweiskraft besitzt.“[98]

Neben marxistisch-leninistischem Gedankengut und völkisch-nationalistischen Theorien beruft sich das DK auch auf Thesen, die im Bereich der „Neuen Rechten“ angesiedelt sind. So soll über gesellschaftliche Eliten eine „Kulturrevolution von rechts“ ausgelöst werden und die Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches über einen von Eliten gesteuerten „Befreiungskampf“

---

[97] Vgl. „Selbstdarstellung des DK“, in: www.deutsches-kolleg.org/start.htm (gelesen am 4. Juni 2008). Damit folgt das DK einer Theorie, die weite Verbreitung im Rechtsextremismus gefunden hat. Danach ist das Deutsche Reich am 8. bzw. 23. Mai 1945 nicht untergegangen, sondern lediglich – seit der Verhaftung der Regierung Dönitz durch die Alliierten – handlungsunfähig.

[98] Reinhold Oberlercher, Schulungstexte zum Vierten Reich, in: www.deutsches-kolleg.org/oberlercher/schulungstexte/vorwort.html (gelesen am 6. Juni 2008).

erfolgen. In Deutschland seien diese Eliten allerdings „vom System“ abgeschöpft und in das „Todesprogramm der Globalisten“ eingebunden, weshalb man sie für das Volk zurückgewinnen müsse. Dies könne nur geschehen, wenn sich diese Eliten intellektuell herausgefordert fühlten. Genau hier will das DK mit seinen Schulungsmaßnahmen die Grundlagen für die so genannte „Herausforderung“ der Eliten schaffen: „Um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen wir uns in einem schnellen, intensiven, verantwortlichen Lernprozeß befähigen, mit Deutschem Denken dem Zeitgeist der atomistischen Ära die Grenze aufzuzeigen, an der er jetzt verendet.“[99]

Meist sind die Texte in einem antisemitischen und rassistischen Duktus gehalten. Allerdings geht aus sehr vielen Texten des DK hervor, dass dessen Protagonisten scheinbar jeden Realitätssinn verloren haben. Vor allem die widersprüchlichen und wirren Ausführungen, die zudem mit einer völlig überzogenen Selbsteinschätzung der DK-Funktionäre einhergehen, dürften Hauptgrund für die mangelnde Resonanz des DK in der rechtsextremistischen Szene sein. Ein Beispiel hierfür sollte genügen. So ist der Internetseite des DK folgende Textpassage zu entnehmen: „Wir haben lange nach größeren Geistern gesucht, die die Lage des Deutschen Volkes und seines Reiches klarer erkennen als wir vom Deutschen Kolleg. Wir haben keine gefunden (...). Aber hinter die Erkenntnisse des Deutschen Kollegs führt kein Weg zurück (...). Mit den hier eingestellten Texten ist in Deutschland die geistige Wende eingetreten.“[100] Überhaupt sind die meisten Texte des DK in einer eher pseudowissenschaftlich anmutenden Sprache verfasst, die zum Teil selbst bei Kenntnis der Begrifflichkeit nur sehr schwer zu verstehen ist.

3.3.2 Schulungsmaßnahmen und Seminare des DK

Im Gegensatz zu anderen Schulungseinrichtungen aus dem Bereich des intellektuellen Rechtsextremismus scheint sich die aktuelle Publikations-

---

[99] „Manifest des Deutschen Kollegs“ vom 18. August 2000, in: www.deutsches-kolleg.org/dk/manifest.htm (gelesen am 06. Juni 2008).

[100] „Viertes Reich. Der Weg zum Vierten Reich – Aufstandsplan für das deutsche Volk“, in: www.deutsches-kolleg.org/viertesreich/index.htm (gelesen am 4. Juni 2008).

tätigkeit des „Deutschen Kollegs“ einzig auf ihre Internet-Seite zu beschränken. Es finden sich weder Bücher noch ein Publikationsorgan, das dem DK aktuell zugerechnet werden kann. Grundlage der Schulungsarbeit bilden Seminare. Die Seminarunterlagen wiederum können von der DK-Homepage heruntergeladen werden. Die Schulungen gliedern sich in Grund- und Aufbaukurse und richten sich an das gesamte „Deutsche Volk“. Das Schulungsangebot umfasst zurzeit folgende Themenpalette: „Reichsbürgerkunde“, „Hegelsche Logik“, „Das Kapital“, „Hegels System“, „Schulungskurs Geschichte“, „Phänomenologie des Geistes“ und das „System der Sozialwissenschaften“.[101] Insgesamt scheinen die Schulungen des „Deutschen Kolleg“ stark theorielastig zu sein, was in Verbindung mit der bereits dargestellten unverständlichen Sprache den meisten Zuhörern Schwierigkeiten bereiten dürfte. An den Schulungen nehmen wohl auch NPD-Mitglieder teil, allerdings lässt sich für die letzten Jahre keine nennenswerte Veröffentlichung Oberlerchers in NPD-Publikationen nachweisen oder hier Hinweise auf Seminare des DK finden.

3.3.3 Fazit

Die Bedeutung des DK innerhalb des Rechtsextremismus ist mittlerweile sehr gering. So lassen sich in größeren rechtsextremistischen Publikationsorganen wie der „Deutschen Stimme“ kaum oder keine Anhaltspunkte dafür finden, dass die Thesen des DK über dessen eigene Grenzen hinaus Beachtung finden. Die rechtsextremistische Szene nimmt insgesamt von den Erklärungen oder Verlautbarungen kaum Notiz, was nicht zuletzt an der Person von Reinhold Oberlercher festgemacht werden kann, da seine Sprache und die durch ihn vertretenen Inhalte als zu abstrakt und kaum verständlich wahrgenommen werden dürften. Es scheint, dass Oberlercher, ähnlich wie Mahler, mit seinen Thesen in erster Linie auffallen oder provozieren will. Daher verfügt das DK trotz seines relativen Bekanntheitsgrades weder als Schulungseinrichtung noch als Theoriezirkel über Einfluss auf den deutschen Rechtsextremismus. Von einer irgendwie gearteten Beeinflussung der NPD-

[101] Schulungsangebot des DK, in: www.deutsches-kolleg.org (gelesen am 10. April 2006).

Intellektualisierung kann auch keine Rede mehr sein.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

In den einführenden Überlegungen zu der vorliegenden Untersuchung wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die NPD und ihre Umfeldorganisationen die strategischen Prämissen der „Neuen Rechte“ für sich selbst adaptiert haben. Besonderes Interesse fand die Strategie der Eroberung des vorpolitischen Raumes durch Etablierung einer geistigen Gegenelite. Weiterhin sollte durch die Betrachtung der Maßnahmen zur Intellektualisierung der betreffenden Organisationen, Rückschlüsse auf den gesamtem Phänomenbereich ermöglicht werden. Es galt zu prüfen, ob das intellektuelle Niveau in bezug auf Zielgerichtetheit, ideologische Intensität und Resonanz in den letzten Jahren nennenswerten Veränderungen unterworfen war. Die Bewertung fällt für die hier dargestellten Beobachtungsbereiche unterschiedlich aus.

Für die NPD kann grundsätzlich eine verstärkte Hinwendung zu Schulungsveranstaltungen und Intellektualisierungsbemühungen seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre konstatiert werden. Zumindest theoretisch wurde dies durch die Parteiführung gefördert. Eine vergleichende Betrachtung der Bildungsveranstaltungen ergab allerdings, dass die NPD Schwerpunkte im Bereich der praktischen-politischen Bildung setzt, was sich vor allem in der verstärkten Schulung ihrer Funktionsträger oder der Bildung kommunaler Mandatsträger niederschlägt. Weltanschaulich-ideologische Schulungen dagegen finden kaum statt bzw. lässt sich hier keine Struktur nachweisen, bei der auf eine einheitliche Vermittlung solcher Inhalte geschlossen werden könnte. Vereinzelte Ansätze zu „neu rechter“ Theorie finden sich zumeist nur in den Vorfeldorganisationen wie der „Dresdner Schule“, dem NBK sowie der Zeitschrift „hier & jetzt“. Die Etablierung solcher Projekte scheitert jedoch regelmäßig - scheinbar am Unvermögen der verantwortlichen Personen in der Parteiführung. Anhand des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, der „Dresdner Schule“ sowie der in Sachsen beheimateten Zeitschrift „hier & jetzt“ wird zudem deutlich, dass sich die intellektuelle Hochburg der NPD in Sachsen befindet. Dies ist nicht nur mit einer taktisch-strategischen Ressourcenbündelung zu erklären, die

aus dem Wahlerfolg im Jahr 2004 resultiert. So stellt die NPD ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern eine Landtagsfraktion, von der allerdings weit weniger intellektuelle Impulse ausgehen als von der sächsischen. Möglicherweise ist die Ursache in der Struktur des Landesverbandes begründet.

Die organisationsunabhängigen Intellektualisierungsbemühungen zeigen ein differenziertes Bild. Dies ist jedoch kaum anders als im im Hinblick auf die NPD-Intellektualisierung und die Intellektualisierung im Rechtsextremismus im Allgemeinen. Insgesamt kann hier von einer weitgehenden Stagnation gesprochen werden. Der Eroberung des vorpolitischen Raumes mittels einer Elitenstrategie, wie sie die Theorien der „Neuen Rechten“ propagieren, kann keine der betrachteten Organisationen auch nur ansatzweise gerecht werden.

Lediglich in ihrem eigenen Umfeld vermochten es diese Gruppen eine gewisse Wirkung zu entfalten. Dies hängt auch mit den handelnden Personen zusammen, die wie im Fall des DK eine völlig überzogene und kaum verständliche Ideologie vermitteln wollen. Lediglich Jürgen Schwab kann aufgrund seiner Popularität in weiten Teilen des Rechtsextremismus ansatzweise die Rolle eines Vordenkers und intellektuellen Impulsgebers ausfüllen. Allerdings scheint auch seine Wirkung nach dem Austritt aus der NPD begrenzt zu sein. Zur Parteiintellektualisierung der NPD können die drei dargestellten Organisationen „Deutsche Akademie“, „Thule Seminar“ und „Deutsches Kolleg“ kaum beitragen. Auch hier gelingt es lediglich Jürgen Schwab und der DA in Ansätzen fördernd auf die Parteibildung einzuwirken. Allerdings scheint sich die DA zukünftig eher in Richtung Realpolitik in Form von Flugblattaktionen etc. orientieren zu wollen, wie an der Gründung der „Sache des Volkes“ abzulesen ist. Dies dürfte nicht zuletzt auf Kosten der NPD-Bildungsmaßnahmen im ideologischen Bereich gehen.

Insgesamt zeigt die Schwerpunktsetzung bei der NPD-Intellektualisierung, dass mittel- und langfristig – aufgrund ideologischer Defizite der Parteikader – keine Veränderung in der Außenwirkung der NPD stattfinden wird. Nach wie vor sieht man sie in der öffentlichen Wahrnehmung als radikale Protestpartei mit einfach strukturierten ideologischen Ansichten. Darüber hinaus dürfte die auf dem Bundesparteitag der NPD 2009 festzustellende Stärkung des neonazistischen Parteiflügels dazu beitragen, dass sich weitere rechtsextremistische Intellektuelle von der Partei abschrecken lassen. Damit dürfte

sich der skizzierte Prozess noch verstärken. Für die Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus insgesamt hat sich die in den letzten Jahren zu beobachtende Stagnation fortgesetzt. Aktuell ist der deutsche Rechtsextremismus weit davon entfernt, durch Schulungs- und Bildungsmaßnahmen eine Intellektualisierung seiner Anhänger zu erreichen. Ein gesamtgesellschaftlicher Bedeutungszuwachs ist daher mittelfristig nicht zu erwarten. Elemente der „Neuen Rechten“ sind zwar nach wie vor in allen Bereichen der Intellektualisierung zu finden, allerdings scheinen sie eher ein Zeichen für besondere Erfolglosigkeit zu sein, als eine reale Bedrohung der Demokratie.

Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten

Analyse und Konsequenzen auf Basis autobiografischer Berichte

Thomas Pfeiffer

1. Einleitung und Fragestellung

Berichte von Aussteigerinnen und Aussteigern spiegeln fast alle Facetten der rechtsextremistischen Szene: ihre Gedanken- und Erlebniswelten, ihr Aktionsrepertoire und Innenleben, ihre Strategien, Reize und Widersprüche. Solche Berichte sind wertvolle Quellen, um den Annäherungsmotiven an die Szene nachzuspüren, den Gründen, die zur Distanzierung beitragen, und den Konstellationen des Ausstiegs. Solche Fragen sind nicht nur aus der Perspektive der Forschung relevant, sondern auch und gerade aus Sicht der pädagogischen Praxis. Dies gilt einerseits für die Prävention: Wer rechtsextremistischem Denken und Handeln vorbeugen möchte, sollte nach den Annäherungsmotiven fragen, nach den Reizen dieser Szene und ihren Attraktivitätsmomenten. Einstiegsgründe zu vermeiden heißt auch: legitimen Bedürfnissen von Jugendlichen, die die Szene vordergründig befriedigt, im demokratischen Kontext gerecht zu werden. Autobiografische Berichte können helfen, diese Bedürfnisse zu erkennen. Der Blick auf die Schwierigkeiten des Ausstiegs und auf Faktoren, die diesen gefördert haben, kann Hinweise geben, um die Ablösung von der rechtsextremistischen Szene zu unterstützen.

Annahmen wie diese bilden die Grundlage des folgenden Beitrags. Er basiert auf der Untersuchung „Einstiegs- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten“, die gemeinsam mit Studierenden der Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wurde.[1] Ihr Dreh- und Angelpunkt ist die vergleichende Analyse aller neun als Buch publizierten deutschsprachigen Autobiografien von Aussteigern sowie die Auswertung zweier intensiver

[1] Den Rahmen bildete eine Lehrveranstaltung für Studierende in MA-Studiengängen am Lehrstuhl Politikwissenschaft/Politisches System Deutschlands der Fakultät für Sozialwissenschaft, die als Blockseminar unter der Leitung von Reinhard Koch und Thomas Pfeiffer in Soest stattfand. Vgl. Reinhard Koch/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Ein Werkstattbericht, Braunschweig 2009.

Gespräche mit Personen, die an unterschiedlicher Stelle jahrelang an der rechtsextremistischen Szene beteiligt waren. Einstiegssituationen und –prozesse, Aktivitäten und Gedanken, die das Leben in der Szene prägen, Wirkungen von Haftstrafen und Probleme des Ausstiegs zählen zu den Faktoren, die anhand der Aussteigerberichte erörtert wurden. Dies geschah mit dem Ziel, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Verläufe herauszukristallisieren und – soweit möglich – aus ihnen Anstöße für die Praxis abzuleiten.

2. Forschungsstand

Die Forschung nahm das Thema Einstiegs- und Ausstiegsprozesse bislang eher selten systematisch in den Blick. Zwei neuere Studien trugen in einigem Maße dazu bei, diese Lücke zu schließen. Hierzu zählt die Studie, die Birgit Rommelspacher 2006 vorgelegt hat („'Der Hass hat uns geeint'"). Rommelspacher geht dem Thema mit ähnlichen Mitteln nach, die unsere Untersuchung bestimmt haben: Sie wertet Aussteigerbiografien und entsprechende Interviews aus. Dies geschieht vor einem dominanztheoretischen Hintergrund. Dominanzansprüche sind aus ihrer Sicht Kern und Triebfeder des Rechtsextremismus und ein starkes Attraktivitätsmoment für Einstieg und Verbleib in der Szene. Der Ausstieg – dem ein längerer uneingestandener, äußerlich oft kaum wahrnehmbarer innerer Distanzierungsprozess vorangeht – beginnt demnach mit der Enttäuschung, die gesuchte „Kameradschaft" in der Szene nicht gefunden zu haben: „Mit großen Erwartungen gehen die Jugendlichen in die Gruppen, auf der Suche nach persönlicher Nähe und ‚Kameradschaft'. Vielfach erleben sie geradezu rauschhaft das Aufgehen in der Gemeinschaft. Die Entschlossenheit, sich gemeinsam gegen die Gesellschaft zu stellen und dabei auch Tabus zu brechen und Gesetze zu übertreten, macht sie groß und stark. ... Im Laufe der Zeit bekommt dieses Bild jedoch Risse, denn der eine Führer sagt dies, der andere jenes. Den ersten Schock bekommen viele schon, wenn sie anderen Gruppen und ‚Kameraden' begegnen."[2] Bei den späteren Aussteigern wachse die Erkenntnis, dass die Gruppe keineswegs die Geborgenheit bietet, die sie sich von ihr erwartet hätten – „im Gegenteil, vielfach

[2] Birgit Rommelspacher, „Der Hass hat uns geeint". Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 148f.

scheinen Konkurrenz, Hass und Gewalt in der Gruppe die Einzelnen erst recht einsam zu machen."[3] Zur Distanzierung trägt die Wahrnehmung von Widersprüchen zwischen Handeln und Ideologie der Anführer sowie der inneren Widersprüchlichkeit der politischen Inhalte bei.

Eine umfassende Studie, die sich auf den rechtsextremistischen Teilbereich der Skinhead-Szene konzentriert und auch Einstiegs- und Ausstiegsprozesse analysiert, legten Kurt Möller und Nils Schuhmacher 2007 vor („Rechte Glatzen"). Die Autoren gehen diesen Aspekten auf der Basis des integrationstheoretischen Ansatzes nach, der eng mit dem Namen Wilhelm Heitmeyers verbunden ist. Im Fokus stehen 40 bundesweit ausgewählte rechtsextremistische Skinheads, die in den Jahren 2002 bis 2005 forscherisch begleitet wurden – mit ihnen fanden jeweils zwei Einzel-Interviews im Abstand von 15 Monaten statt, die von Fragebögen flankiert wurden. Demnach sind die Wege in die rechtsextremistische Skinhead-Szene recht unterschiedlich verlaufen – als typische Faktoren, die jeweils im Zusammenspiel Wirkung entfalteten, halten Möller/Schuhmacher fest:

- Ökonomische Verhältnisse sind nicht ausschlaggebend, vielmehr das „Gefühl dauerhafter und systematischer Benachteiligung".
- Problematische Familienverhältnisse und biografische Brüche.
- Defizite in der Kommunikationskompetenz, im Selbstwertaufbau und ein auffälliger Mangel an Empathiefähigkeit, der mit massiver Gewaltorientierung verbunden ist.
- Ein Spezifikum der Befragten aus den neuen Bundesländern ist die Bedeutung gesellschaftlicher Umbrüche.[4]

Die Distanzierung von der Szene erfolge nur äußerst selten aufgrund einzelner Schlüsselerlebnisse, vielmehr kommen auch hier mehrere Faktoren zusammen. Wie Rommelspacher stellen Möller/Schuhmacher heraus, dass die ernüchternde Wahrnehmung der „Kameradschaft" zur Ablösung beiträgt,

---

[3] Ebd., S. 154.

[4] Vgl. Kurt Möller/Nils Schuhmacher, Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads, Wiesbaden 2007, S. 220f.

aber auch Integrationserfahrungen von außen. Sanktionen können Wirkung zeigen, wenn ihnen erste Zweifel an der Szene vorausgegangen sind.[5]

Die Wirkung von Sanktionen haben Wolfgang Frindte und Jörg Neumann in den Mittelpunkt gerückt und zwischen 1999 und 2001 junge rechtsextremistische Gewalttäter befragt. Hinsichtlich der Haft kommen sie zu einem zweiteiligen Ergebnis: einerseits, „dass der Prozess der Strafverfolgung und Inhaftierung oder auch die begleitenden sozialpädagogisch-psychologischen Interventionen in der Haft bei den fremdenfeindlichen Gewalttätern die Bereitschaft fördern, vom sozial auffälligen Gewaltverhalten abzurücken“ – andererseits, dass eine Distanzierung von der fremdenfeindlichen Einstellung nicht stattfinde: „Diese Täter äußern vielmehr, dass ihr Gewaltverhalten ihnen und der ‚rechten Sache’ nur geschadet habe und sie deshalb ihren politischen Kampf auf einem anderen, unauffälligeren Weg weiterführen wollen.“[6] Frindte/Neumann unterscheiden zwei Sozialisationsphasen, die der Annäherung an rechtsextremistische Gruppen vorausgehen: In der familialen Sozialisation erlebten die Befragten Gewalt als Hauptmittel zur Regulation alltäglicher Situationen und setzten sie bereits im Kindesalter selbst ein. In der schulischen Sozialisation verhärte sich die Entwicklung: Die Folge seien abgebrochene Bildungswege und erste Straffälligkeit. Erst während der „dritten Phase der Entwicklung zum fremdenfeindlichen Gewalttäter“ erfolge die Ideologisierung: während der „Cliquensozialisation“, die mit dem Anschluss an eine rechtsextremistische Gruppe beginnt. Im Durchschnitt der Befragten begann die Ideologisierung im Alter von dreizehneinhalb Jahren, innerhalb von zwei Jahren schloss sich die erste fremdenfeindliche Gewalttat an. Dass die Ideologisierung durch die Clique derart wirksam ist, führen Frindte/Neumann darauf zurück, „dass die Jugendlichen etwas erfahren, was sie bislang

---

[5] Ein Spezialfall des Ausstiegs aus der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ist die Hinwendung zu anderen Teilbereichen dieser Jugendkultur („skinkulturelle Re-Definition“): Skin zu bleiben und nicht mehr Rechtsextremist zu sein ist insofern kein Widerspruch. Vgl. ebd., S. 449f.

[6] Wolfgang Frindte/Jörg Neumann, Biografische Hintergründe und Motivationen fremdenfeindlicher Gewalttäter, in: Klaus Ahlheim (Hrsg.): Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung, Schwalbach i.Ts. 2003, S. 49-64, hier S. 61f.

nur eingeschränkt erlebt hatten: soziale Unterstützung, und dies vor allem im emotionalen Bereich“[7] – damit verbunden sind Gefühle der Zugehörigkeit, Akzeptanz und Anerkennung.

Eine Veröffentlichung, die sich nicht als Forschungsarbeit versteht, sondern Interviews mit sechs rechtsextremistischen Strafgefangenen dokumentiert, hat der Journalist Frank Schauka im Juli 2009 vorgelegt. Die Gespräche fanden mit Personen aus dem Projekt „Was ist deutsch?“ statt, das in der Wohngruppe „Suchtfrei leben“ in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg / Havel angesiedelt ist. Auf der Grundlage einer sehr positiven Bewertung dieses Projekts fällt Schaukas Fazit tendenziell optimistischer aus: Das Projekt zeige, wie „junge Rechtsextreme, die brutale Gewalttaten verübt haben, animiert werden können, ihr bisheriges Leben zu reflektieren, so dass sie sich künftig, im Idealfall, auch gedanklich vollständig vom Rechtsextremismus distanzieren.“ Allerdings bestehe zu „übertriebenen Erwartungen an eine täterbezogene Prävention ... kein Anlass“. Dies bezieht er insbesondere auf die Wahrscheinlichkeit von Einstellungsänderungen. Den Interviews entnimmt der Autor Reize, die seiner Auffassung nach die Annäherung an rechtsextremistisches Denken und Handeln begünstigen, sowie Faktoren, die beides verstärken: Er verweist auf rechtsextremistische Musik, Alkohol und Gruppenerlebnisse sowie – als Ursprungsmotiv – pubertäre Provokation. Zur Verhärtung trage eine Kettenreaktion bei: Provokationen in Gestalt rechtsextremistischer Positionen der Jugendlichen würden moralisch verdammt und nicht sachlich widerlegt – sie fühlten sich nicht ernstgenommen. Dies schweiße die Gruppe zusammen und begünstige eine gedankliche Radikalisierung, die „sich in zumeist kollektiv verübten Gewalttaten entlädt“. Alkoholexzess sei nicht die Ursache der Gewaltneigung, sondern „der entscheidende Auslöser für die tatrelevante Enthemmung“.[8] Die sehr knappe Analyse ist nicht im Detail an den Interviews belegt – in manchen Punkten deckt sie sich allerdings mit den Forschungsbefunden.

---

[7] Ebd., S. 60.

[8] Frank Schauka, Abkehr von rechtsextremistisch motivierter Gewalt (hrsg. vom Landesverband Brandenburg der Arbeiterwohlfahrt), Potsdam 2009 (ww.clear-canvas.com/pdf/f.schauka_abkehr-von-rechtsextremistisch-motivierter-gewalt.pdf), S. 97ff.

3. Begriffe

Der Auswahl des untersuchten Materials liegt ein weites Verständnis des Ausstiegs aus dem Rechtsextremismus zugrunde. Berücksichtigt wurden alle deutschsprachigen Publikationen von Personen, die zeitweise in den organisierten Rechtsextremismus eingebunden waren, nach zugänglichen Informationen dies heute nicht mehr sind und sich selbst als „Aussteiger" verstehen. Eine allgemein konsensfähige Beschreibung, welche Mindestanforderungen an einen Ausstieg gestellt werden müssen, gibt es nicht – dies gilt auch für unterschiedliche Ausstiegshilfeprogramme, die insofern auch unterschiedliche (Mindest)Ziele im Rahmen der Arbeit mit Ausstiegswilligen verfolgen.

Für die Distanzierung rechtsextremistischer Skinheads von dieser Szene – die „(biografische) Normalitätsorientierung" – nennen Möller/Schuhmacher vier Merkmale. Sind sie zugleich Elemente einer tragfähigen Ausstiegs-Definition? Demnach sind kennzeichnend:

1. der Verzicht auf politisch konnotierte Verhaltensweisen (rechtsextremistische Inszenierung, Gewalt ...)
2. der Verzicht auf jugendkulturell konnotierte Verhaltensweisen (exzessiver öffentlicher Alkoholkonsum, Gewalt ...)
3. ein Gesinnungswechsel oder eine „Transformation ideologischer Überzeugungen in Gestimmtheiten, an denen nicht mehr der Makel des Extremen haftet" und
4. die Hinwendung zu sozialer Unauffälligkeit (Betonung klassischer Werte).[9]

Der Ausstieg ist als bewusstes Heraustreten aus rechtsextremistischen Zusammenhängen zu verstehen – insofern ist der Verzicht auf rechtsextremistische Verhaltensweisen (Merkmal eins) zweifellos ein notwendiges Kriterium. Hinzu kommt die Beendigung der Szene-Kontakte. Zu Recht verstehen alle Aussteigerprogramme dies als einen elementaren Schritt, ohne den von Ausstieg nicht die Rede sein kann. Merkmal zwei und vier der biografischen Normalitätsorientierung stellen nicht auf den politischen Hintergrund des Denkens und Handelns der betreffenden Person ab – als Definitionskriterien

[9] Vgl. Möller/Schuhmacher (Anm. 4), S. 449f.

des Ausstiegs aus dem Rechtsextremismus kommen sie daher nicht in Frage. Ob zumindest die Transformation in Gestimmtheiten, wenn nicht der erkennbare und vollständige Gesinnungswechsel (Merkmal drei) ein zwingendes Kriterium sei, ist umstritten. Aus forschungspraktischen Gründen geht dieser Beitrag von einer vergleichsweise weiten Ausstiegs-Definition aus, die den Begriff an Verhaltensänderungen und nicht an Einstellungsänderungen bindet. Anderenfalls müsste die Einstellungsänderung im Einzelfall überprüft werden – dies ist auf verlässlicher Basis in gedruckten Berichten abschließend nicht und auch in Gesprächen schwer möglich.[10] Der Ausstiegsprozess gilt allerdings nicht schon dadurch als abgeschlossen, dass eine Person mit der Szene bricht. Um von einem vollständigen und erfolgreichen Verlauf zu sprechen, müssen Einstellungsänderungen vorausgesetzt werden.

In diesem Sinne sind Einstieg und Ausstieg jeweils als Prozesse und nicht als punktuelle Ereignisse zu verstehen. Der Einstiegsprozess beginnt mit dem Erstkontakt zur Szene, ihm folgen in individuell unterschiedlicher Weise Prozesse der kommunikativen Einbindung, Aktivierung, Ideologisierung und möglicherweise „Karrieren" in der Szene. Die erste Phase dieser Prozesse bezeichnen Möller/Schuhmacher auch als Prozesse des Aufbaus von Affinität oder kurz: Affinisierung.[11] Anders als der Begriff des Einstiegs nahe legen könnte, handelt es sich dabei nicht notwendigerweise um einen von der Person bewusst gesteuerten Schritt. Im Ausstiegsprozess ist der Beginn einer ersten inneren Distanzierung vom explizit erklärten oder durch faktischen Rückzug auch für die Szene erkennbaren Ausstieg zu unterscheiden.

---

[10] In der Soester Seminargruppe diskutierte man Merkmal drei als notwendiges Kriterium kontrovers. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage, ob bei den Verfasserinnen und Verfassern der Aussteigerberichte bzw. bei den Gesprächspartnern ein grundlegender Einstellungswandel erkennbar ist, für die weitere Arbeit am Material festgehalten. In den biografischen Fallstudien („Porträtskizzen") der Publikation „Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten" (Anm. 1) gehen die Studierenden dieser Frage nach. Überwiegend ist ein Einstellungswandel in den Berichten offensichtlich, mit Gewissheit lässt sich diese Frage in Einzelfällen nicht beantworten.

[11] Vgl. Möller/Schuhmacher (Anm. 4), S. 126.

4. Vorgehensweise und methodische Schwierigkeiten

Die Untersuchung ging dem Thema in teilstrukturierten biografischen Fallstudien nach. Um einer möglichst breiten Materialgrundlage willen wurden Einschränkungen bei der Vergleichbarkeit der Fallbeispiele in Kauf genommen. Es handelt sich insofern nicht im vollständigen Sinne um „comparable cases", die für den politikwissenschaftlichen Vergleich wünschenswert sind. So wurde auch das deutschsprachig erschienene Buch des schwedischen Aussteigers Kent Lindahl „Exit. Mein Weg aus der Neonazi-Szene" berücksichtigt sowie die Publikation „Der Rebell. Odfried Hepp – Neonazi, Terrorist, Aussteiger" von Yury Winterberg und Jan Peter, bei der es sich nicht um eine Autobiografie handelt, sondern offensichtlich um eine autorisierte Biografie, die in engem Kontakt zum Porträtierten entstand. Die Bücher handeln in der Zeitspanne zwischen den 1970er Jahren und der nahen Vergangenheit – Zeiten, in denen sich Gesicht und Struktur der rechtsextremistischen Szenen erheblich gewandelt haben. Untersucht wurden Berichte einer Aktivistin und eines Aktivisten aus dem rechtsterroristischen Spektrum der 1970er und 1980er Jahre (Christine Hewicker, Odfried Hepp), mehrerer Personen, die teils führend an neonazistischen Gruppen und Organisationen beteiligt waren (Kent Lindahl, Ingo Hasselbach[12], Stefan Michael Bar, Nick W. Greger) sowie von Medienmachern und Parteifunktionären (Jörg Fischer, Torsten Lemmer, Jan Zobel). Für diesen Beitrag wurde ergänzend der im Internet veröffentlichte Bericht des NPD-Aussteigers Oliver Westerwinter ausgewertet.[13] Der Analyse der Autobiografien und den Aussteiger-Gesprächen[14] lag ein Leitfaden zugrunde: Er geht insbesondere den Rahmenbe-

---

[12] Beide Teile der Autobiografie Hasselbachs wurden einbezogen: Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel, Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, 4. Aufl., Berlin 2005; Ingo Hasselbach, Die Bedrohung. Mein Leben nach dem Ausstieg aus der rechten Terrorszene, Berlin 1996.

[13] Oliver Westerwinter, Wege aus dem „braunen Ghetto". Wie kann Aussteigern geholfen werden? Die Fallschilderung eines ehemaligen JN-Funktionärs, in: www.bpb.de/themen/Z7CRGL,0,0,Wege_aus_dem_braunen_Ghetto.html.

[14] In die Veröffentlichung der Ergebnisse kann aus persönlichen Gründen nur eines der Aussteigergespräche einbezogen werden: das Gespräch mit Sven (Name geändert), der an der rechtsextremistischen Skinhead-Szene und der neonazistischen Szene be-

dingungen des Einstiegs in die Szene nach, den Positionen innerhalb des Rechtsextremismus im Zeitverlauf (Karriere), dem Aktionsrepertoire und der Bedeutung der Erlebniswelt[15], dem politischen Selbstverständnis sowie den Ausstiegskonstellationen und dem Folgeprozess.[16]

Wie tragfähig ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den eigenen Darstellungen von Aussteigern, die in Form von Autobiografien oder eigenen Aussagen in Gesprächen vorliegen? Bewusste oder unbewusste Selbstinszenierungsprozesse können die Glaubwürdigkeit einschränken. Dies mag zur Überhöhung oder Bagatellisierung der eigenen Rolle in der Szene führen. In den Biografien genannte Fakten sind häufig schwer zu überprüfen, mitunter stellt sich bei der Lektüre allerdings Skepsis ein, und Nachfragen sind – anders als im Aussteiger-Gespräch – nicht möglich. Eventuell spielen kommerzielle Interessen eine Rolle, die den Absatz des Produkts Aussteigerbiografie steigern sollen. Die Beteiligung von Lektoren, die möglicherweise Stil und Authentizität beeinflusst haben, ist unklar. Dies gilt um so mehr, wenn – wie im Falle des Buches von Kent Lindahl – offensichtlich der Journalist Janne Mattsson als Ghostwriter eine Rolle spielte, mehr noch im Falle des Buches „Der Rebell“, das nicht von Odfried Hepp stammt, sondern über ihn erzählt.

Dem stehen Vorzüge gegenüber wie die folgenden[17]: Aussteiger berichten in dem Sinne authentisch über die rechtsextremistische Szene, dass sie die Ereignisse als subjektive Wahrnehmung schildern. Entsprechende Eindrücke sind auf anderen Wegen für Außenstehende praktisch nicht zu gewinnen. Aussteigerberichte zeigen Netzwerke rechtsextremistischer Akteure auf, die über die Struktur dieser Szene Aufschluss geben – sie liefern eine Innensicht, einschließlich der inneren Widersprüche. Letztlich tragen solche Erkennt-

---

teiligt war und später NPD- und JN-Ämter innehatte.

[15] Zum Begriff der Erlebniswelt Rechtsextremismus vgl. Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach i.Ts. 2007.

[16] Vgl. Leitfaden, in: Koch/Pfeiffer (Anm. 1), S. 134-136.

[17] Die Aufzählung gibt die Argumente wieder, welche in den methodenkritischen Diskussionen des Soester Seminars genannt wurden.

nisse dazu bei, das Gefahrenpotenzial zu beurteilen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Möglicherweise ist die Analyse der Inszenierungsprozesse selbst für die Frage weiterführend, welche Identitätskonstruktionen für Aussteiger als hilfreich oder notwendig gelten können. Auf diese Weise können Aussteigerbiografien – quellenkritisch herangezogen – Informationen liefern, derer sich die Wissenschaft nicht verschließen sollte.

5. Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Aussteigerinnen und Aussteiger erzählen individuelle Geschichten. Die Suche nach Gemeinsamkeiten der Motivationen und Verläufe, die Hinweise für die Praxis liefern mögen, kann nur mit einiger Behutsamkeit erfolgen – aus Idealtypen abgeleitete Faustformeln bergen die Gefahr, die jeweiligen persönlichen Umstände aus dem Blick zu verlieren. Gleichwohl werden im Folgenden thesenartig zentrale Punkte genannt, die für die Prävention des Rechtsextremismus und die Förderung von Distanzierungsprozessen relevant erscheinen. Auch der Hinweis auf uneinheitliche Rahmenbedingungen mag dazu beitragen, vorschnelle Annahmen zu korrigieren.

5.1 Elternhaus

Die verbreitete Vorstellung, rechtsextremistische Einstellungen und in der Konsequenz eine Annäherung an die Szene würden durch entsprechende Botschaften im Elternhaus grundgelegt, lässt sich durch die elf untersuchten Beispiele in pauschaler Form nicht bestätigen. Im Falle Odfried Hepps spricht sehr vieles für diese Annahme.[18] In anderen Beispielen beschreiben die Aussteiger die politische Haltung der Eltern als liberal oder links, verweisen auf gewerkschaftliches oder kirchliches Engagement in der Familie. Bei Schuldzuweisungen an das Elternhaus ist somit Vorsicht geboten.

[18] Hepp erinnert sich beispielsweise an gemeinsam mit dem Vater geschmiedete Pläne, „nach Südafrika auszuwandern, wo, wie sie glauben, deutsche Tatkraft und weiße Hautfarbe noch etwas zählen“. Yury Winterberg/Jan Peter, Der Rebell. Odfried Hepp: Neonazi, Terrorist, Aussteiger, Bergisch Gladbach 2004, S. 32.

5.2 Biografische Brüche

Biografische Brüche – zum Beispiel Trennung der Eltern, Wohnortwechsel – gehen ganz offensichtlich mit Bedürfnislagen bei Jugendlichen einher, die eine Annäherung an die Szene wahrscheinlicher machen. In fast allen untersuchten Beispielen finden wir solche biografischen Brüche – Automatismen gibt es in dieser Hinsicht gewiss nicht. Insbesondere für unsere Vermutung, dass eine problematische Beziehung zum Vater die Annäherung (männlicher) Jugendlicher an die Szene begünstigen kann, finden sich an zahlreichen Stellen Belege. In besonders deutlicher Weise gilt dies für das Buch „Die Abrechnung" von Ingo Hasselbach, das im Stil eines Briefes an seinen leiblichen Vater verfasst ist. Dieser Brief versteht sich zwar ausdrücklich nicht als „Anklageschrift" – drückt aber die unerfüllte Sehnsucht nach einer liebevollen Vater-Sohn-Beziehung aus („Aber obwohl ich von meinen sechsundzwanzig Jahren nur ganze fünf Monate bei Dir verbracht habe, bist Du eine zentrale Figur in meinem bisherigen Leben gewesen. Ich bin zwar Dein leiblicher Sohn, aber dieses Gefühl, Dein Sohn zu sein, hast Du mir von Dir aus niemals vermittelt. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich Dich jemals Vater genannt habe."[19]) Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Väter in anderen Biografien kaum bis gar nicht erwähnt werden.

5.3 Reaktionen der Eltern

Mehrere Aussteiger weisen darauf hin, dass sie in der Familie zwar Ablehnung des rechtsextremistischen Denkens und entsprechender Inszenierungen erfahren hätten, in der Regel aber keine intensive Auseinandersetzung. Mitunter wurde versucht, die Annäherung an die Szene zu ignorieren und nach außen einen gewissen Schein zu wahren, um den Ruf der Familie nicht zu gefährden. Diese Versuche haben die weitere Annäherung an die Szene eher begünstigt als erschwert.

[19] Hasselbach/Bonengel (Anm. 12), S. 11f.

5.4 „Kameradschaft“

Die Versprechen von Gemeinschaft („Kameradschaft“), Zugehörigkeit, Halt in der Gruppe und Orientierung erweisen sich als stärkstes Attraktivitätsmoment des Rechtsextremismus. In allen untersuchten Beispielen sind solche Faktoren in der Annäherungsphase relevant, wenn nicht entscheidend. Dies gilt in ähnlicher Weise für spätere Neonazi-Aktivisten oder Parteifunktionäre. Es ist die Gemeinschaft, die „begeistert und gleichsam fesselt“, schreibt Jan Zobel.[20] Jörg Fischer erinnert sich: „Plötzlich gab es Leute, die Interesse an mir zeigten und mir vermittelten, daß ich zu ihnen passen würde. Sie kamen für mich aus einer anderen, neuen, auch faszinierenden Welt.“[21] Als wichtigsten Reiz der rechtsorientierten Clique, an der er sich zunächst beteiligte, nennt Oliver Westerwinter „Anerkennung, insbesondere der Älteren, die in der Gruppe ganz klar den Ton angaben“.[22]

Die Gruppe ist nicht nur Annäherungsmotiv, in zunehmendem Maße ersetzt sie anderweitige Kontakte und wird häufig zu einer Art „Ersatzfamilie“[23]. Die empfundene Zusammengehörigkeit wird durch die schroffe Abgrenzung von einem als feindlich markierten Umfeld verstärkt. In spezifischer Weise gilt dies für die rechtsterroristischen Untergrundaktivitäten von Christine Hewicker und Odfried Hepp.

5.5 Erlebniswelt

Gruppengefühle sind eng mit der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ verbunden. Aussteiger beschreiben einen breiten Fächer an Freizeitaktivitäten, die zentral zum Reiz der Szene beigetragen haben. In Odfried Hepps Biografie ist von Zeltlagern, Feiern zur Sommer- und Wintersonnenwende, Kriegsgräberfahrten, Kranzniederlegungen, Volkstänzen und Singrunden die

---

[20] Jan Zobel, Volk am Rand. NPD: Personen, Politik und Perspektiven der Antidemokraten, Berlin 2005, S. 40.

[21] Jörg Fischer, Ganz rechts. Mein Leben in der DVU, Reinbek b.H. 1999, S. 13.

[22] Westerwinter (Anm. 13).

[23] Der Begriff ist als Zitat eines Aussteigers aus der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene des Ruhrgebiets zu verstehen.

Rede.[24] Christine Hewicker spricht von „Kameradschaftsabenden“ mit Lagerfeuer, Gitarrenmusik und Nachtwanderungen.[25] Mal handelt es sich um informelle Treffen, bei denen Alkohol und klandestiner Umgang mit NS-Devotionalien im Vordergrund stehen, mal sind die Aktivitäten symbolträchtig und emotional aufgeladen. Jörg Fischer beschreibt seine Wahrnehmung einer NPD-Versammlung: „Es waren nicht die Reden oder der Anlaß der Veranstaltung, die mich gefangen nahmen. Was mich beeindruckte, war die Größe der Veranstaltung, das disziplinierte Auftreten der Fahnenträger, der Fanfarengruppe, das Gemeinschaftserlebnis. Ich nahm am Treffen einer mächtigen, verschworenen Gemeinschaft teil, einer Elite, die umgeben war von Feinden. Die Selbstinszenierung der Partei, ihr Hang zur mythischen Überhöhung, ergriff mich ganz und gar.“[26]

Seit den 1970er und 1980er Jahren hat sich das Erlebnisrepertoire erweitert und modernisiert. Sven hebt die Identität stiftende und Ideologie vermittelnde Funktion des Rechtsrock hervor.[27] Stefan Michael Bars Wochenendaktivitäten konzentrieren sich auf gemeinsam mit anderen Szene-Anhängern besuchte Konzerte und Demonstrationen.[28] Nick W. Greger beschreibt beispielsweise die Bedeutung, die gemeinsamer Kleidung und gemeinsamen Symbolen für die Provokation und für das Stärkegefühl seiner Gruppe zukommt.[29] Unter anderem für Ingo Hasselbach treten Wehrsportübungen und Militärspiele hinzu – im Rahmen der neonazistischen Wohngemeinschaft in der Berliner Weitlingstraße verschmelzen seine Lebenswelt und politische

---

[24] Vgl. Winterberg/Peter (Anm. 18), S. 34f.

[25] Vgl. Christine Hewicker, Die Aussteigerin – Autobiographie einer ehemaligen Rechtsextremistin, Oldenburg 2001, S. 18.

[26] Fischer (Anm. 21), S. 33.

[27] Vgl. Felix Gerhardt/Benjamin Menzel/Grit Thümmel, Vom Mitläufer zum Mediengestalter der NPD, in: Koch/Pfeiffer (Anm. 1), S. 83-87, hier S. 84.

[28] Vgl. Stefan Michael Bar, Fluchtpunkt Neonazi. Eine Jugend zwischen Rebellion, Hakenkreuz und Knast, Bad Tölz 2003, S. 54.

[29] Vgl. Nick W. Greger, Verschenkte Jahre. Eine Jugend im Nazi-Hass, Berlin 2005, S. 12.

Basis geradezu vollständig.[30] Die Erlebniswelt kann im Laufe rechtsextremistischer Karrieren und mit zunehmender Ideologisierung gegenüber anderen Motiven an Bedeutung verlieren: Für Oliver Westerwinter waren „Spaß“ und „Reiz des Provozierens“ wichtige Antriebsfaktoren in der Einstiegsphase, später überwogen die Anerkennung durch Posten, das Vertrauen der „politischen Ziehväter“ sowie die Vorstellung, an Richtungsentscheidungen der Partei beteiligt und in elitär-intellektuelle Zirkel eingebunden zu sein.[31]

5.6 Alternativen

Ein Mangel an Alternativen erhöht den Reiz der rechtsextremistischen Erlebniswelt. Christine Hewicker weist darauf hin, dass ihr Dorf Jugendlichen nicht viel habe bieten können, und nennt dies als einen besonders wichtigen Faktor für die Attraktivität der NPD. Er verbindet sich mit der überwiegenden Akzeptanz, welche die auf den Plan tretende rechtsextremistische Partei generationenübergreifend in der Dorfgesellschaft erfährt.[32] In mehreren weiteren Beispielen wird deutlich, dass aus Sicht der Betroffenen eine grundlegend andere Entwicklung denkbar gewesen wäre, soweit attraktive (Gruppen-)Alternativen mit alternativen Wertangeboten zur Verfügung gestanden hätten. Kontakte, die außerhalb der Erlebniswelt Rechtsextremismus fortbestehen, sind auch für die Förderung und Unterstützung von Distanzierungsprozessen und als Hilfestellung im Rahmen des Ausstiegsprozesses wertvoll. Vor diesem Hintergrund ist eine Situation bemerkenswert, die Sven beschreibt, der parallel zu seiner Beteiligung an der rechtsextremistischen Skinhead-Szene einer christlichen Jugendgruppe angehörte und aus dieser ausgeschlossen wurde. So verständlich die Reaktion der Gruppenleiter sein mag, so sehr stärkt sie in diesem Fall die Anbindung an rechtsextremistische Zusammenhänge.[33]

---

[30] Vgl. Hasselbach/Bonengel (Anm. 12).

[31] Vgl. Westerwinter (Anm. 13).

[32] Vgl. Hewicker (Anm. 25), S. 14.

[33] Vgl. Gerhardt/Menzel/Thümmel (Anm. 27), S. 84.

5.7 Ideologisierung

Jörg Fischer weist darauf hin, dass politische Inhalte ausdrücklich nicht im Mittelpunkt der ersten Treffen im Kreis der „Jungen Nationaldemokraten" standen. Leitmotiv der Anwerbegespräche durch einen NPD-Funktionär ist das „Kameradschafts"-Erleben.[34] Als Annäherungsgrund stehen ideologisch geprägte Inhalte auch in anderen Beispielen nicht im Vordergrund, sie werden im Laufe der Zugehörigkeit als Prämisse der „Kameradschaft" nicht hinterfragt und in der Regel verinnerlicht: Sven: „Man ist nicht vom einen auf den anderen Tag fest in der Ideologie drin, das ist ein Prozess, der kommt so langsam, es wird viel über Musik gemacht. Man hört die Musik und verinnerlicht das. Man zweifelt bestimmte Dinge nicht an, das ist dann halt so. Man war rechts, man war Skinhead, man war gegen Ausländer, man hat Alkohol getrunken."[35]

Der Grad der Ideologisierung unterscheidet sich in den elf Beispielen je nach Position der Akteure in der Szene und je nach Teilbereich des Rechtsextremismus, in dem sie diese Aktivitäten entfalten. In neonazistischen Strukturen, an denen beispielsweise Stefan Michael Bar, Nick W. Greger und Kent Lindahl beteiligt waren, ist die Ideologisierung grundsätzlich besonders intensiv. Nicht weniger intensiv, aber anders gelagert ist die Ideologisierung der im eigenen Duktus „nationalrevolutionären" NPD-Kreise, zu denen Oliver Westerwinter zählte. Hier spielten ein ungewöhnlich starkes theoretisches Interesse und ein ausgeprägtes intellektuelles Selbstverständnis eine Rolle. Als ein Faktor, der aus der Szene heraushebt, trägt dieses Selbstverständnis für den kleinen Kreis der Akteure vermutlich zum Reiz der Karriere bei: Das intellektuelle Selbstverständnis ist mit interner Schulungstätigkeit verbunden, mit einer Orientierung am „Kaderprinzip" und entsprechender Abgrenzung von der „Massenpartei". Über Ideologie und Habitus entwickelt die Gruppe zudem ein eigenes Kollektivgefühl, das mit der Abgrenzung von anderen Parteiflügeln, den „Traditionalisten" und „Neo-Nazis", verbunden ist.[36]

---

[34] Vgl. Fischer (Anm. 21), S. 12.

[35] Zit. nach Gerhardt/Menzel/Thümmel (Anm. 27), S. 84.

[36] Vgl. Westerwinter (Anm. 13).

5.8 Anerkennungs- und Erfolgserfahrungen

Im Zuge einer rechtsextremistischen Karriere erleben die Betreffenden spezifische Anerkennungs- und Erfolgserfahrungen, die zum Verbleib in der Szene und zur Ausweitung der Aktivitäten animieren. Sie erreichen in jungem Alter Positionen, die ihnen im eigenen Empfinden Bedeutung verleihen. Dabei kann es sich um die führende Stellung in einer „Kameradschaft" handeln (Stefan Michael Bar, Nick W. Greger), um Vorstandspositionen auf Landes- oder Bundesebene (Jan Zobel, Ingo Hasselbach, Oliver Westerwinter, Sven), mitunter um hauptamtliche Positionen (Jörg Fischer, Torsten Lemmer) oder die Aussicht auf solche (Sven), lokale, regionale oder überregionale Medienkontakte, insbesondere Fernsehinterviews (Jörg Fischer, Ingo Hasselbach, Torsten Lemmer, Jan Zobel), kommerziellen Erfolg (Torsten Lemmer) oder um internationale Kontakte, mitunter zu Personen, die zur Szene-Prominenz zählen (dies kann für den Kontakt von Kent Lindahl zu Ian Stuart gelten[37]).

Oliver Westerwinter beschreibt einen Mechanismus, den er „Staubsaugereffekt" nennt: die Wechselwirkung aus der Suche nach Anerkennung, erlebtem oder bekundetem Vertrauen durch Funktionsträger, daraus erwachsendem Stolz und Ansporn sowie der gefühlten Verpflichtung, Vertrauen und Wohlwollen nicht zu enttäuschen.[38] Dies kann sich mit eigenem Ehrgeiz, in der internen Hierarchie aufzusteigen, verbinden. Ein solcher Mechanismus findet sich in ähnlicher Weise in weiteren Biografien. So hält Sven lange Zeit auch ein „diffuses Verantwortungsbewusstsein", das er der Szene gegenüber empfindet, vom Ausstieg ab.[39] Wenn Anerkennungs-, Erfolgserfahrungen und gefühltes Vertrauen wichtige Anreize rechtsextremistischer Karrieren sind, bedeutet dies spiegelbildlich: Der Reiz der Szene dürfte in dem Maß

---

[37] Vgl. Kent Lindahl/Janne Mattsson: Exit. Mein Weg aus der Neonazi-Szene, München 2001, S. 106-111. Lindahl war von Ian Stuart beeindruckt, schreibt aber auch, dass dieser „für den ersten richtigen Riss in meinem ideologischen Weltbild verantwortlich" gewesen sei; ebd. S. 109. Lindahl konsternierte die Tatsache, dass der Sänger sich in Liedtexten überaus abfällig über „Junkies" äußerte, selbst Heroin konsumiere und ihm dieses angeboten habe.

[38] Vgl. Westerwinter (Anm. 13).

[39] Zit. nach Gerhardt/Menzel/Thümmel (Anm. 27), S. 86.

steigen, in dem Jugendliche in demokratischen Kontexten die Erfahrung machen, dass ihr Beitrag nicht wesentlich ist, und ihnen Verantwortung nicht zugetraut wird.

5.9 Widerspruch zwischen idealisierter Gemeinschaft und Realität

Die rechtsextremistische Szene löst das Kameradschaftsversprechen nicht ein. Distanzierungsprozesse gehen mit dem Erkennen von Widersprüchen zwischen idealisierter rechter Gemeinschaft und der Realität einher. Insofern bestätigen die Beispiele den eingangs referierten Befund Birgit Rommelspachers. Die Kluft zwischen dem Gesuchten und Gefundenen bringt kaum eine Aussteigerbiografie so deutlich zum Ausdruck wie die Stefan Michael Bars. Darin heißt es: „Freundschaft für‘s Leben, daran habe ich geglaubt. So aber war es nie. Wenn ich eines gelernt habe, dann diese brutale Kluft zwischen ‚Kameradschaft‘ und Freundschaft. … In der Szene ist jeder dein ‚Kamerad‘, genauso wie du es für jeden bist, für jeden sein musst. Die freie Wahl hat niemand, alle für einen und einer für alle. Eine beschissene Lüge. Wenn‘s hart auf hart kommt, interessiert das keinen Arsch, jeder ist sich selbst der Nächste. In die ‚Kameradschaft‘ wird man reingedrängt, egal, ob dir der andere sympathisch ist oder nicht. Ein Ziel, eine Gemeinschaft, Zwangsgemeinschaft. Sich dagegen aufzulehnen, würde heißen, sich außerhalb der Gemeinschaft zu stellen. Überlebt man nicht. Die Gruppe ist es, die einem Halt und zugleich Bestätigung gibt. Alle sind gleich, der Einzelne ein Nichts.“[40] Solche Erfahrungen von Aussteigern aufzugreifen und die Strategien und Praktiken der Szene in der Bildungsarbeit zu thematisieren, erscheint als ein wichtiger Beitrag zur Prävention.

5.10 Anstöße der Distanzierung

Dem Ausstieg geht ein oft jahrelanger, äußerlich kaum merklicher Distanzierungsprozess voraus. In den Fallstudien findet sich eine Reihe von Beispielen, wie Außenstehende die Distanzierung gefördert haben – gerade weil

[40] Bar (Anm. 28), S. 134f.

sie sich jeglicher Bekehrungsbemühungen enthalten haben. In den skizzierten Beispielen sind dies so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Freundinnen und Freunde (auch, aber nicht ausschließlich im Sinne von Liebesbeziehungen), Eltern, eine Therapeutin, ein Filmregisseur, Theaterschaffende[41], ein Richter, ein Mitglied einer jüdischen Gemeinde. Ihnen gemeinsam ist die Haltung, die sie dem Betreffenden entgegengebracht haben: Sie haben durch Gespräche auf Augenhöhe und in der Regel unter Vier-Augen-Bedingungen Vertrauen gewonnen, zur Irritation scheinbarer ideologischer Gewissheiten beigetragen, Impulse gesetzt, die zum Teil erst deutlich später in einen erklärten Ausstieg mündeten. Alle genannten Persönlichkeiten ließen an ihrer Ablehnung des rechtsextremistischen Denkens und Handelns keinen Zweifel – die Aussteiger beschrieben, dass sie den Kontakt zu ihnen gleichzeitig als menschliche Wertschätzung empfunden haben.[42]

5.11 Schlüsselereignisse

Alternative Gesprächskontakte auf dieser Basis erweisen sich als eine Voraussetzung des Distanzierungs- und Ausstiegsprozesses. Aufgrund der enormen Bindewirkung der rechtsextremistischen Szene kann der erklärte Ausstieg von außen allerdings nicht kurzfristig herbeigeführt oder gar erzwungen werden. Schlüsselereignisse, die einen spontanen Ausstieg anstoßen, sind unwahrscheinlich. Auch in denjenigen Beispielen, in denen der Ausstieg – in der Rückschau der Betroffenen – als spontaner Entschluss erscheint (zum Beispiel Stefan Michael Bar[43]) oder durch eine neuralgische Begegnung initiiert wurde (Nick W. Greger[44]), sind bei genauerem Hinsehen

---

[41] Den Autobiografien von Torsten Lemmer (Rechts raus. Mein Ausstieg aus der Szene, Berlin 2004) und Jan Zobel (Anm. 20) zufolge hat die „Hamlet"-Inszenierung von Christoph Schlingensief in beiden Fällen zur Abgrenzung von der rechtsextremistischen Szene beigetragen. Die notwendige differenzierte Auseinandersetzung mit dem umstrittenen Theaterprojekt kann an dieser Stelle nicht erfolgen.

[42] Vgl. auch Rommelspacher (Anm. 2), S. 186-191.

[43] Vgl. Bar (Anm. 28), S. 132.

[44] Greger lernte in Südafrika einen Schwarzen kennen, freundete sich mit diesem an und verliebte sich in dessen Schwester. Vgl. Greger (Anm. 29), S. 113-118.

längerfristige innere Distanzierungsprozesse vorausgegangen, die auf dem Erkennen von Widersprüchen der Szene basieren.

5.12 Wirkungen von Haft

Vor allem in den Aussteigerbiografien von Christine Hewicker und Stefan Michael Bar stoßen wir auf Gespräche und Begegnungen, die während der Haft Impulse zur Distanzierung von der rechtsextremistischen Szene und ihrem Gedankengut gegeben haben. In diesen Fällen ging die mehrjährige Haft mit anderen Einflüssen als den Szene-Kontakten einher und mit schmerzhafter Selbstreflexion. In den Berichten von Bar, Nick W. Greger und Odfried Hepp zeigen sich aber auch intensive Bemühungen insbesondere der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und ihre Angehörigen e.V." (HNG), eben diese Distanzierung zu verhindern. Greger weitet seine rechtsextremistischen Kontakte im Gefängnis sogar aus und legt den Grundstein für internationale Aktivitäten.[45] Es ist nur zu offensichtlich, dass Haft kein Garant für die Ablösung von der Szene ist – es bestehen aber durchaus Chancen, die Distanzierung in dieser Phase zu fördern. Kontakte zu Mitgefangenen und anderen Personen, zu denen Vertrauen entsteht, – in den untersuchten Fallbeispielen etwa eine Bewährungshelferin und ein Richter – können hierzu beitragen. Im Falle Stefan Michael Bars hat ein durch den Gefängnispfarrer vermitteltes Gespräch mit einem Juden zu Rissen im antisemitischen Feindbild geführt.[46] Aus diesen Erfahrungen lassen sich keine Patentrezepte ableiten – aber der Hinweis, Haftzeiten als Chance zu verstehen, um die Auseinandersetzung mit dem rechtsextremistischen Denken zu fördern und neue Perspektiven zu unterstützen. Gezielte Maßnahmen in den Justizvollzugsanstalten, die hierzu beitragen sollen, sind anspruchsvoll, aber keineswegs ohne Aussicht auf Erfolg.

5.13 Kontraproduktive Haltungen

Gesprächssituationen, die im Kontakt mit Szene-Anhängern den Hierarchie-,

[45] Vgl. ebd., S. 39-46.

[46] Vgl. Bar (Anm. 28), S. 120.

Erfahrungs- und/oder Wissensabstand der Gesprächspartner betonen, fördern nicht die Distanzierung. Mehrere Beispiele zeigen, dass Hinweise in dieser Pose keine Irritation rechter Orientierungen ausgelöst haben – vielmehr tragen sie zur Verfestigung und Abschottung bei sowie zur Selbststilisierung als Opfer eines feindlichen Umfelds. Zu Recht weist der frühere Leiter der Jugendakademie Walberberg, Alexander Groß, darauf hin: „Mit ironischen Kommentaren und Pochen auf vorhandene Wissenslücken werden mögliche Zugänge zu rechtsextremen Jugendlichen eher verbaut als eröffnet.“[47]

5.14 Moralvorstellungen

In den Berichten von Aussteigern, die auch Selbstverständnisse und eigene Gedankenwelten in der Rückschau offen legen, erweisen sich Rechtsextremisten vielfach in einem eigentümlichen Sinne als Idealisten. Mehrere Beispiele machen deutlich, dass ihr Denken und Handeln, an deren menschenfeindlichem Charakter kein Zweifel besteht, subjektiv auf moralischen Ansprüchen basieren. So ist beispielsweise Jan Zobel zu verstehen, wenn er aus der Perspektive des Szene-Anhängers schreibt: „Ich fühle mich als Vorkämpfer für eine neue, bessere Welt. ... Ich wähne mich als Missionar unter Ungläubigen, denen die Augen geöffnet werden müssen, damit sie ihre miserable Lage erkennen und diese verändern. Mit uns, den nationalen Kräften.“[48] Christine Hewicker geht vermutlich zu Recht davon aus, dass sie selbst in Zeiten rechtsterroristischer Aktivitäten von einer Haltung getrieben war, die sie als „Gerechtigkeitssinn“ und „Helfersyndrom“ bezeichnet.[49] Es liegt insofern nahe, dass moralische Hinweise allein kaum Wirkung zeigen können. Die rechtsextremistischen Wertvorstellungen in der Bildungsarbeit und im Kontakt mit rechtsorientierten Jugendlichen zu hinterfragen könnte

---

[47] Alexander Groß, Vorwort, in: Glaser/Pfeiffer (Anm. 15), S. 7-10, hier S. 7. Zur Auseinandersetzung mit Jugendlichen, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten, vgl. auch Rat für Kriminalverhütung in Schleswig-Holstein (Hrsg.), Rechte Sprüche in der Klasse. Eine Unterrichtshilfe für Pädagoginnen und Pädagogen zum Umgang mit rechtsextremistisch orientierten Schülerinnen und Schülern, Kiel 2008.

[48] Zobel (Anm. 20), S. 40f.

[49] Vgl. Hewicker (Anm. 25), S. 80.

dagegen den kritischen Blick schärfen bzw. im günstigen Fall Irritationen rechtsextremistischer Einstellungen auslösen. So beruht das rechtsextremistische Verständnis von Gerechtigkeit im Wesentlichen auf Ausgrenzung nach ideologischen Maßstäben und Etabliertenvorrechten[50]. Das demokratische Wertangebot ist dagegen untrennbar an die Idee der Gleichwertigkeit gebunden.

5.15 Ausstiegsprozess

Der Ausstieg aus dem Rechtsextremismus stellt einen komplexen Prozess dar, welcher für Ausstiegswillige aus geradezu existenziellen Gründen angstbesetzt ist. Daher verbieten sie sich mitunter den Gedanken an einen Ausstieg, wenngleich die innere Distanzierung weit fortgeschritten ist. Ausstieg steht in dieser Zeit vor allem für drohenden Verlust: der „Kameraden", der Erlebniswelt, der Identität und Gewissheiten, auch der körperlichen Sicherheit. Angstgefühle vor Racheakten der Szene waren ausführliches Thema der beiden Aussteigergespräche und werden in Autobiografien häufig beschrieben. Mitunter ist auch von zeitweiliger Neigung, in die Szene zurückzukehren, die Rede. Persönlichkeiten, die ermutigen, Hilfe und Schutz anbieten, spielen in allen untersuchten Ausstiegsprozessen eine wichtige Rolle. Dies können professionelle Ausstiegshilfen ebenso sein wie die unterschiedlichsten Bezugspersonen. Gerade wenn sich ein Gesprächskontakt während der Szene-Zugehörigkeit erhalten hat, mögen Eltern eine wichtige Stütze des Ausstiegsprozesses sein. Dass Aussteigerprogramme einen Beitrag leisten können, liegt auf der Hand. Dies gilt sowohl für zivilgesellschaftliche als auch für staatliche Programme. Über den Zugang der Aussteigerliteratur lassen sich die Programme allerdings schon deshalb nicht im Einzelnen bewerten, weil sie in der Ausstiegsphase der meisten untersuchten Personen noch nicht existierten – geschweige denn Aussagen darüber treffen, welches

[50] Nach Heitmeyer beziehen sich Etabliertenvorrechte auf „Alteingesessene, gleich welcher Herkunft, die eine Vorrangstellung beanspruchen, anderen gleiche Rechte vor möchten und somit das Prinzip der Gleichwertigkeit verletzen": Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel, Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M. 2008, S. 13-35, hier S. 19.

der bestehenden Programme am besten wirkt.

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Neben den vorausgegangenen Schlussfolgerungen leiten sich aus den Biografien ein etwas grundsätzlicheres Fazit für die Rechtsextremismusprävention ab sowie einige Anmerkungen, welche die methodische Arbeit mit Aussteigerberichten betreffen:

Die Berichte verweisen in mehreren Hinsichten darauf, dass ein alleiniges „gegen rechts" als Handlungsmaxime demokratischer Instanzen zu kurz greift. Gerade Integrationserfahrungen von außen förderten die Ablösung von der Szene – als Stütze haben sich Persönlichkeiten erwiesen, die gleichermaßen glaubwürdig die menschliche Wertschätzung der späteren Aussteiger und die Ablehnung des rechtsextremistischen Gedankenguts verkörperten. Zentraler Reiz der Annäherung an die Szene und bestimmend für ihre Bindewirkung ist das Versprechen von Gemeinschaft („Kameradschaft") – es sieht den Kern einer vielfältigen und im Laufe der Zeit modernisierten Erlebniswelt. Wenn wir davon ausgehen, dass gelebte Demokratie das wichtigste Mittel der Rechtsextremismusprävention ist, werfen die Erfahrungen von Aussteigerinnen und Aussteigern insofern die Frage auf, wie es um die „Erlebniswelt Demokratie" bestellt ist. Anne Broden (IDA-NRW[51]) weist zu Recht darauf hin, dass es legitime jugendliche Bedürfnisse seien, wie „Verständnis, Vertrauen, Freundinnen und Freunde, Spaß, das Testen von Grenzen und Normen", welche die Annäherung an die Szene auslösen können: „Dass die von der rechtsextremen Szene angesprochenen Jugendlichen all diese ‚Angebote' nur in dieser Szene zu finden glauben, verweist auf Defizite an adäquaten Angeboten."[52] Weder geht es um pauschale Kritik noch darum, den breiten Fächer der Initiativen und Organisationen, die sich gegen

---

[51] Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen.

[52] Anne Broden: Motivationen des Ein- und Ausstiegs: Jugendliche und die rechtsextreme Szene, in: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen, Nr. 4/2008, S. 3-6, hier S. 4.

Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren, kleinzureden – vielmehr darum, den Blick auf Verbesserungsmöglichkeiten zu richten und auf Wege, um Jugendliche zu erreichen, die bislang außen vor bleiben. Nicht zuletzt lohnt es sich, über Wir-Gefühle auf demokratischer Basis nachzudenken – beispielsweise in Familie, Schule, Vereinen und sonstigen Gruppen. Sie zu stärken kann ein wesentlicher Beitrag zur Prävention des Rechtsextremismus sein. Demokratische Wir-Gefühle schließen Individualität keineswegs aus. Im Gegenteil: Ihre Basis sind die Werte der Vielfalt und der Gleichwertigkeit.

Die Erfahrungen von Aussteigerinnen und Aussteigern haben sich als aussagekräftig erwiesen, um Faktoren zu erkennen, die den Einstiegsprozess begünstigen und die Ablösung unterstützen. Sie tragen auch dazu bei, den Blick auf kontraproduktive Haltungen und Herangehensweisen zu schärfen. Abschließende Antworten auf Fragen der pädagogischen Praxis waren nicht zu erwarten und dies nicht allein aufgrund der begrenzten Zahl der Fallbeispiele. Aussteigerberichte sind Ausschnitte der Realität, betrachtet durch die Brille der Betroffenen – so viele Hinweise sie liefern, so vieles lassen sie notwendigerweise offen. Aussteigergespräche im Rahmen von Bildungsveranstaltungen entwickeln gelegentlich Dynamiken, die den Gesprächspartner mit dem Bedürfnis des Publikums konfrontieren, im Einzelnen zu benennen, welche Fehler andere – Eltern, Lehrerinnen und Lehrer – begangen und damit den Weg in den Rechtsextremismus geebnet hätten. Dies geschieht mitunter unbewusst mit dem Ziel, aus der Wahrnehmung des Einzelnen allgemeingültige Handlungskonzepte oder gar Patentrezepte abzuleiten.[53] Dies können die Gespräche und die Analyse von Aussteigerberichten selbstverständlich nicht leisten. Einblicke in die persönlichen Erfahrungen und das Innenleben der Szene, die Aussteigerberichte gewähren, sind ein in der Wissenschaft bislang eher selten genutzter Zugang, mit dessen Hilfe andere praxisrelevante Forschungsergebnisse sinnvoll ergänzt werden. Auf

[53] Der Autor führt in einiger Regelmäßigkeit Aussteigergespräche insbesondere im Rahmen von Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte durch. Unter bestimmten Voraussetzungen, die hier nicht im Einzelnen dargelegt werden können, haben sich solche Gespräche – gerade aus Sicht der Teilnehmenden – als ein äußerst wertvolles methodisches Element erwiesen.

diese Weise kann Forschung dazu beitragen, die Basis für Konzepte der Prävention und Ausstiegshilfe zu festigen und zu verbreitern – gelingen kann dies nur im Dialog: dem intensiven Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen innerhalb der Praxis sowie zwischen Wissenschaft und Praxis.

Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie

Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Bringt man den Begriff „Antifaschismus“ in den Kontext zum Linksextremismus, so löst dies mitunter Irritationen und Verwunderung aus. Was soll, so lautet eine häufige Reaktion, daran verwerflich sein, wenn man sich als dezidierter Gegner des Faschismus und der Faschisten versteht? Handelt es sich hierbei denn nicht, so eine mögliche andere Stellungnahme, um eine demokratische Grundposition? Der in diesen Fragen indirekt enthaltenen Auffassung, wonach jeder überzeugte Demokrat auch ein überzeugter Gegner des Faschismus ist, kann grundsätzlich zugestimmt werden. Gleichwohl gilt nicht der Umkehrschluss, wonach auch jeder überzeugte Antifaschist auch überzeugter Demokrat sein muss. Als Beleg dafür mag hier der Hinweis genügen, dass viele Kommunisten während der Zeit des Nationalsozialismus als Antifaschisten mutige Widerstandskämpfer waren. Ihr politisches Ziel bestand aber nicht in der Bildung einer demokratischen Grundordnung rechtsstaatlicher Ausrichtung, sondern in der Etablierung einer kommunistischen Diktatur stalinistischer Prägung.

„Antifaschismus“ kann demnach sowohl für die Gegnerschaft zum Faschismus aus demokratischer wie aus extremistischer Perspektive stehen. Der Begriff selbst definiert lediglich eine Anti- oder Gegen-Haltung, d. h. zu ihm können sich die unterschiedlichsten politischen Bestrebungen bekennen. Ihnen allen ist lediglich gemeinsam, dass sie den Faschismus ablehnen. Welche Normen und Regeln zur Gestaltung des sozialen Miteinanders sie dabei bejahen, spielt in diesem inhaltlichen Verständnis keine besondere Rolle. Dies erlaubt es Gegnern des demokratischen Verfassungsstaates, sich im politischen Selbstverständnis mit der Bezeichnung „Antifaschismus“ zu definieren. Hierbei handelt es sich um die unterschiedlichsten Bewegungen, Gruppen, Organisationen und Parteien im Lager des Linksextremismus. Dieser Begriff steht für eine Sammelbezeichnung für politische Bestre-

bungen, die mit der Forderung nach mehr sozialer Gleichheit die Grundlagen und Spielregeln eines demokratischen Verfassungsstaates negieren.

Der Antifaschismus als Thema für linksextremistische Agitation, Bündnispolitik und Ideologie soll hier kritisch dargestellt und interpretiert werden. Zunächst bedarf es dazu einer Definition des Faschismus aus wissenschaftlicher (2.) und marxistisch-leninistischer Sicht (3.) und danach des Antifaschismus aus demokratischer (4.) und linksextremistischer Sicht (5.). Dem folgen historische Beispiele anhand der antifaschistischen Agitation der KPD in der Weimarer Republik (6.) und des Antifaschismus als Legitimationsideologie der DDR (7.). Danach stehen die antifaschistischen Positionen der DKP (8.), Antifaschismus und Bündnispolitik bei der VVN-BdA (9.), antifaschistische Agitation bei der PDS bzw. "Linken" (10.), den Autonomen (11.) und dem früheren Linksterrorismus (12.) im Zentrum. Abschließend sollen dann noch die Anti-Antifaschismus-Agitation von rechtsextremistischer Seite (13.), die Funktionen des Antifaschismus im Linksextremismus (14.) und das Verhältnis von antiextremistischem und antifaschistischem Konsens (15.) thematisiert werden.

2. Faschismus-Definition im wissenschaftlichen Sinne

Die Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus setzt die Definition des Bezugsbegriffes der Ablehnung voraus: Der Terminus „Faschismus" kam als Selbstbezeichnung der Mussolini-Bewegung in Italien[1] auf und bezeichnete inhaltlich zunächst nur die Bündelung der damit angesprochenen politischen Kräfte. Ihnen war ideologisch die Orientierung am Nationalismus, sozial die Rekrutierung aus der Mittelschicht und strategisch die Organisation als Massenbewegung eigen. In Anlehnung an dieses italienische Vorbild entstanden in den 1920er und 1930er Jahren auch in vielen anderen Ländern faschistische Bewegungen, welche allerdings nur in Deutschland und Italien an die Macht gelangten.[2] Über die genaue Definition von Faschismus als Sammel-

[1] Vgl. Brunello Mantelli, Kurze Geschichte des italienischen Faschismus, Berlin 1998.

[2] Vgl. Wolfgang Wippermann, Europäischer Faschismus im Vergleich (1922-1982), Frankfurt/M. 1983.

bezeichnung für diese politischen Bestrebungen besteht in der Wissenschaft kein Konsens. Die ältere[3] und neuere Forschung[4] benannte aber eine Reihe von Eigenschaften, die allgemein als Typusmerkmale für den Faschismus akzeptiert werden und sich neben ideologischen auch auf institutionelle und strategische Aspekte beziehen.

Für den erstgenannten Bereich können ablehnende und bejahende Inhalte unterschieden werden: Alle faschistischen Bewegungen waren antidemokratisch, antiindividualistisch, antiliberal, antimarxistisch, antiparlamentarisch und antipluralistisch ausgerichtet. In der Agitation, weniger in der Realität ließen sich darüber hinaus eine antibürgerliche, antikapitalistische und antikonservative Position ausmachen. Zu den politischen Bekenntnissen gehörte primär ein ausgeprägter Nationalismus, der mit einem Sendungsanspruch verbunden war und die grundlegende Erneuerung der jeweiligen Gesellschaftsordnung einforderte. Antisemitismus und Rassismus können zwar auch als Merkmale des Faschismus gelten, hatten aber primär im Nationalsozialismus einen herausgehobenen Stellenwert. Mitunter wird mit Verweis auf diese Besonderheit und den daraus ableitbaren Holocaust auch gefragt, ob die Hitler-Diktatur aufgrund dieser historischen Singularität mit der Sammelbezeichnung „Faschismus“ überhaupt erfasst werden sollte.

Die vorgenannten ideologischen Merkmale kann man zumindest teilweise auch in anderen politischen Bestrebungen finden. Darüber hinaus war dem Faschismus auch ein bestimmter Handlungsstil und Totalitätsanspruch eigen, welche für eine möglichst trennscharfe Definition des Gemeinten noch gesonderte Berücksichtigung finden sollten. Es handelte sich um Massenbewegungen mit einer sozialen Herkunft aus kleinbürgerlichen und mittelständischen Kreisen. Diese organisierten sich meist in einer paramilitärischen Form, die auch mit für eine gewisse Neigung zur Gewaltbereitschaft steht. Außerdem sollte das Idealbild der angestrebten Gesellschaftsordnung militärähnlich, also in einem autoritär bis totalitären Sinne strukturiert sein. Das

---

[3] Vgl. Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1989.

[4] Vgl. die Beiträge zu neuen Wegen der vergleichenden Faschismusforschung in: Mittelweg 36, 16 (2007), Nr. 1.

Individuum müsste sich dabei nicht nur dem politischen Herrschaftssystem bedingungslos unterwerfen, sondern auch in der bestehenden nationalen Gemeinschaft aufgehen. Über der postulierten politischen Homogenität und organischen Nation wirkte in diesem Selbstverständnis eine charismatische Führerfigur als Diktator.

3. Faschismus-Definition im marxistisch-leninistischen Sinne

Gegenüber der vorgenannten Fixierung auf ideologische, organisatorische oder strategische Gesichtspunkte des Faschismus konzentrierte sich das marxistisch-leninistische Verständnis auf die sozioökonomische Ebene. Die nach der Oktoberrevolution von 1917 überall auf der Welt entstandenen Kommunistischen Parteien interpretierten den Faschismus aus der Perspektive ihres ideologischen Dogmatismus heraus, wonach alle politische Bestrebungen bezüglich ihrer Position im Klassenkampf dem Kapitalismus oder dem Sozialismus zugerechnet wurden. Hierbei stellte sich aber auch ein Problem: Da die faschistischen Bewegungen gegen die Arbeiterbewegung und gegen den Kommunismus gerichtet waren, rechnete man sie der Seite des Kapitals zu. Dem widersprach dann aber die soziale Zusammensetzung der entsprechenden Parteien, entstammten sie doch überwiegend dem Kleinbürgertum und den Mittelschichten. Um diesen innerideologischen Widerspruch inhaltlich aufzulösen, bedurfte es einer gesonderten Argumentationsweise.

Sie lief auf folgende Perspektive hinaus: In einer Krise des Kapitalismus bedient sich die Bourgeoisie des Faschismus, um damit die revolutionäre Arbeiterklasse niederhalten zu können. Demnach handelt es sich bei den Führern der ideologisch irregeleiteten Bewegung objektiv um „Agenten“ und „Marionetten“ der Kapitalisten.[5] So nahm man weder die besondere Eigenständigkeit noch die spezifische Gefahr des Faschismus zur Kenntnis. Statt

[5] Vgl. Wolfgang Wippermann, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945, Frankfurt/M. 1981.

dessen kam es innerhalb der Kommunistischen Internationale[6] schon 1924 zu einer inhaltlichen und politischen Ausweitung des Faschismusbegriffs, wonach fast alle nicht-kommunistischen Bestrebungen mit einer entsprechenden Bezeichnung belegt wurden. Der seinerzeit das politische Erbe Lenins antretende Josef W. Stalin benannte schon in diesem Jahr die Sozialdemokratie objektiv als den gemäßigten Flügel des Faschismus. Damit bestand bereits Mitte der 1920er Jahre die „Sozialfaschismustheorie", welche von der „Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) ab 1929 öffentlich propagiert wurde.

Selbst nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten änderte sich diese Grundposition zunächst nicht. In völliger Verkennung der neuen politischen Situation gingen die Kommunistische Internationale und die KPD weiterhin davon aus, dass der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen sei. Erst Mitte der 1930er Jahre änderte sich diese Perspektive, revidierte doch seinerzeit Georgi Dimitroff die Sozialfaschismustheorie und plädierte für eine Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus. Gleichzeitig formulierte der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale eine neue Definition, wonach es sich aber weiterhin ganz im Sinne der vorgenannten „Agententheorie" um „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"[7] handele. Diese Auffassung zum Faschismus bildete fortan die marxistisch-leninistische Grundposition zum Thema, was sich etwa auch anhand von einschlägigen Formulierungen in DDR-Hand- und Wörterbüchern zeigte.[8]

---

[6] Vgl. Leonid Luks, Einsichten und Fehleinschätzungen: Faschismusanalyse der Komintern 1922-1928, in: Claudia Keller (Hrsg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996, S. 77-92.

[7] Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale (1935), Berlin (DDR) 1957, S. 87.

[8] Vgl. Hans Schulze, Faschismus, in: Manfred Buhr/Georg Klaus (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, 11. Auflage, Leipzig 1974, S. 403-406, hier S. 403.

4. Antifaschismus-Definition im demokratischen Sinne

Nach den vorstehenden Ausführungen kann „Faschismus“ sowohl als analytische Kategorie im wissenschaftlichen Sinne wie als politischer Kampfbegriff im ideologischen Sinne verstanden werden. Ähnlich verhält es sich mit der Definition von „Antifaschismus“, wobei ein demokratisches und ein linksextremistisches Verständnis unterschieden werden kann. Zunächst zur erstgenannten Auffassung: Hierbei geht es um die Ablehnung oder Bekämpfung von Bewegungen, Parteien oder Systemen, welchen die vorgenannten Eigenschaften des Faschismus eigen sind. Insbesondere die diktatorische und gewalttätige Dimension steht dabei im Zentrum der Kritik. Deren inhaltlicher Ausgangspunkt ist hierbei die Bekenntnis zu den Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates, die in Demokratieprinzip und Konstitutionalismus, Individualismus und Menschenrechten, Pluralismus und Volkssouveränität bestehen. Somit kann ein demokratisches Verständnis von Antifaschismus nicht mit der Bejahung einer nicht-faschistischen Diktatur einhergehen.

In diesem Sinne bildete sich historisch-politisch auch der Antifaschismus als Gegenbewegung zur Mussolini-Diktatur heraus.[9] Nach der Machtübertragung an die Faschisten 1922 setzten diese binnen zweier Jahre grundlegende Bürgerrechte außer Kraft und unterdrückten fortan brutal alle oppositionellen Regungen. Gegen diese Entwicklung wandten sich sowohl die kommunistischen Anhänger der Sowjetunion wie auch die bürgerlichen Befürworter einer demokratischen Republik.[10] Zu letzteren gehörte der liberale Politiker Luigi Sturzo, der auf Basis einer christlichen Ethik und aufgrund einer Ablehnung von Idealstaatsmodellen bereits 1923 gleichzeitig eine Frontstellung gegen Faschisten und Kommunisten bezog: Beide politische Strömungen orientierten sich nach seiner Auffassung an angeblich absolut gültigen Auf-

---

[9] Vgl. Giorgio Amendola, Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview von Piero Melograni, Stuttgart 1977.

[10] Vgl. Uwe Backes, Antifaschismus – Anmerkungen zu Begriff und Geschichte, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002, S. 31-39.

fassungen und seien demnach als Extremisten von rechts und links einzuschätzen.[11] Durchaus berechtigt können derartige Positionen als frühe Formen eines demokratischen Antifaschismus, aber auch eines antiextremistischen und antitotalitären Konsenses gelten.[12]

Und in diesem Sinne fand die Bezeichnung „Antifaschismus" fortan große Verbreitung, nämlich als Ausdruck der Ablehnung einer autoritären oder totalitären Diktatur, die im angeblichen Namen von Nation und Volk Grundrechte aufhob und Oppositionelle verfolgte. Als Antifaschisten in diesem Sinne verstanden sich aber nicht nur die Gegner von Mussolinis Regime in Italien. Auch im Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 und nach dem Sieg Francos bezeichneten sich viele Gegner seiner Militärdiktatur als Antifaschisten. Insofern handelt es sich bei diesem Begriff auch um einen positiv besetzten Terminus, d. h. mit der Selbstbezeichnung geht in demokratischen Gesellschaften meist eine anerkennende und wohlwollende Wahrnehmung einher. Hierbei ignoriert man aus demokratietheoretischer Sicht leider nicht selten, dass die Ablehnung einer Diktatur oder eines Extremismus faschistischer Ausrichtung nicht notwendigerweise auch die Ablehnung aller Formen einer Diktatur und aller Varianten eines Extremismus bedeutet.

5. Antifaschismus-Definition im linksextremistischen Sinne

Dies veranschaulicht das Antifaschismus-Verständnis der Linksextremisten. Um den Unterschied zu der vorgenannten Auffassung noch einmal zu verdeutlichen, sei hier zunächst auf den Ausgangspunkt der Argumentation verwiesen: Während Antifaschismus im demokratischen Sinne von einer Anerkennung und Verteidigung von Demokratie und Grundrechten ausgeht, basiert der Antifaschismus im linksextremistischen Sinne ideengeschichtlich

---

[11] Vgl. Luigi Sturzo, Il nostro „entrismo" (26. August 1923), in: Luigi Sturzo, Il partito Popolare Italiano, Bd. 2: Popolarismo e Fascismo, Bologna 1956, S. 241-248, hier S. 244.

[12] Vgl. Michael Schäfer, Luigi Sturzo als Totalitarismustheoretiker, in: Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996, S. 37-47.

auf einer marxistisch-leninistischen Deutung der sozialen Konflikte in einer Gesellschaft. Demnach stünden sich die politischen Kräfte, welche die Interessen der Bourgeoisie und die des Proletariats vertreten würden, unversöhnlich gegenüber. Die parlamentarische Demokratie dient in dieser Perspektive als taktisches Zugeständnis an die Arbeiter, welche durch scheinbare politische Beteiligungsmöglichkeiten bei Wahlen von revolutionärem Handeln abgebracht werden sollen. Im Hintergrund bleibe nach wie vor die eigentliche Macht des Kapitals als herrschender Klasse bestehen.

In einer ökonomischen und politischen Krise dieser Form bürgerlicher Herrschaft, welche auch Aktionen der revolutionären Arbeiterklasse auslösen könne, würden die Kapitalisten um der Absicherung ihrer Macht willen für die Etablierung einer faschistischen Diktatur plädieren. Sie sollte die oppositionellen Regungen des Proletariats unterdrücken und die soziale Vorherrschaft der Kapitalisten absichern. Demnach stellen Faschismus und Liberalismus zwei Formen bürgerlicher Herrschaft[13] dar, welche sich zwar hinsichtlich der möglichen Freiheitsrechte und politischen Strukturen unterschieden, aber je nach historisch-sozialer Situation beide die Macht der Bourgeoisie garantieren sollten. Der Faschismus gilt in dieser Perspektive als eine innere Konsequenz von Krisen im Kapitalismus und als Instrument der Kapitalisten zur Absicherung ihre Dominanz. Demnach besteht nicht nur ein enger, sondern auch ein kausaler Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus: Letzterer bedingt als ökonomisches System den Faschismus als politische Ordnung.

Aus der vorgenannten Auffassungen ergibt sich auch die besondere Ausrichtung dieses Antifaschismus: Ihm geht es nicht primär um die Bewahrung der Demokratie, sondern um die Überwindung des Kapitalismus. Da die eigentlich Ursache für den Faschismus in eben dieser Wirtschaftsordnung gesehen wird, so die innere Logik der Argumentation, besteht die zentrale Zielsetzung des Antifaschismus in dessen Abschaffung. Erst die Etablierung des Sozialismus könne die Ursachen und Wurzeln des Faschismus vollständig beseitigen. Da nun aber in der marxistisch-leninistischen

[13] Vgl. Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek 1971.

Theorie ein enger Zusammenhang von ökonomischer Basis und politischem Überbau besteht, fordert diese Auffassung in der ideologischen Konsequenz die Überwindung eines als bürgerlich kapitalistisch geltenden demokratischen Verfassungsstaates. Dies kann im politischen Selbstverständnis durchaus auch in Form der Etablierung einer sozialistischen Diktatur geschehen, kommt doch Demokratie und Grundrechten in diesem Verständnis von Antifaschismus keine eigenständige Bedeutung zu.

6. Antifaschistische Agitation der KPD in der Weimarer Republik

Veranschaulichen lässt sich das an zwei historischen Beispielen, wobei es zum einen um die antifaschistische Agitation einer oppositionellen Kraft in einer Demokratie und zum anderen um die Nutzung des Antifaschismus als Legitimationsinstrument für eine Diktatur geht. Die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) in der Weimarer Republik[14] steht für das Erstgenannte. Ganz offen lehnte sie das seinerzeit bestehende politische System ab: Nach ihrer programmatischen Grundauffassung war auch die demokratische Republik wie jeder Staat ein Klassenstaat und somit eine kapitalistische Diktatur, die auf dem Weg revolutionärer Gewalt durch einen proletarischen Staat unter Führung der kommunistischen Partei abgeschafft werden müsse. Als politisches Vorbild sah die KPD bereits seit ihrem Bestehen die Sowjetunion als „sozialistisches Vaterland der Werktätigen“ an. Im Laufe der 1920er Jahre entwickele sich aus dieser Einstellung eine Abhängigkeit, welche die KPD zu einem „Erfüllungsgehilfen“ der Sowjetunion unter Stalin machte.[15]

Dies veranschaulicht auch die Auffassung vom Faschismus und die Agitation mit dem Antifaschismus: Hierbei orientierte sich die KPD an den oben erwähnten Auffassungen der Kommunistischen Internationale, die sich zwar schon sehr früh mit dem Phänomen des Faschismus in Italien beschäftigte, das Verständnis der damit gemeinten politischen Akteure aber inflationär

[14] Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik Frankfurt/M. 1969.

[15] Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969.

ausweitete. Damit erfasste man spätestens seit 1924 nicht mehr nur nationalistische Massenbewegungen und diktatorische Systeme im Sinne des Mussolini-Regimes in Italien. Pauschal richtete die KPD den Faschismus-Vorwurf auch gegen das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche System der Weimarer Republik, wobei im Zentrum der „Hauptfeind Sozialdemokratie“[16] stand. Aufgrund der Akzeptanz des demokratischen Rechtsstaates warf man der SPD nicht nur Anpassung an die bürgerliche Politik vor. Aufgrund ihrer Ablehnung des Kommunismus sprach die KPD fortan gegenüber der Sozialdemokratie vom „Sozialfaschismus“ als besonderer Form des Faschismus.

Demgegenüber galt die Hitler-Partei als Variante des „Nationalfaschismus“, womit sich die NSDAP und die SPD in der Perspektive der KPD nur graduell unterschieden. In der Sozialdemokratie sah man die größere Gefahr, da die Partei auf die gleiche soziale Schicht in der Bevölkerung orientiert war. In der kommunistischen Perspektive entfremdete die SPD die Arbeiter nicht nur von ihrem Klassenbewusstsein, sondern auch von der eigentlichen sozialistischen Kraft in Form der KPD. Die SPD galt ihr als linker Flügel von Bourgeoisie und Faschismus, die NSDAP als der rechte Flügel von Bourgeoisie und Faschismus. Dies schloss nicht aus, dass die KPD auch aktiv gegen die Nationalsozialisten vorging. Gewalttätige Straßenkämpfe, die „Roter Frontkämpferbund“ (RFB) und „Sturmabteilung“ (SA) miteinander austrugen, waren spätestens seit Ende der 1920er Jahre in den größeren Städten an der Tagesordnung.[17] Gelegentlich kam es aber auch zu einer strategischen Kooperation, wie etwa beim Vorgehen gegen die SPD-geführte preußische Regierung 1932.

7. Antifaschismus als Legitimationsideologie der DDR

Dass die im Namen des Antifaschismus erfolgte Ablehnung der einen Diktatur auch zur ideologischen Legitimation einer anderen Diktatur genutzt

---

[16] Vgl. Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

[17] Vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

werden kann, veranschaulicht die Geschichte der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) in all ihren historisch-politischen Phasen.[18] Dies lässt sich schon für die unter der Bezeichnung „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ firmierende Etablierungsphase vor und nach 1949 belegen. Offen bekundete man, mit dem Faschismus als politischem System und seinen gesellschaftlichen Wurzeln brechen zu wollen. Tatsächlich verloren zahlreiche ehemalige Funktionsträger der NS-Diktatur ihre Positionen in Gesellschaft und Staat – und zwar in einem weitaus höheren Maße als in der Bundesrepublik Deutschland. Eine entsprechende Personalpolitik erklärt sich aber zu großen Teilen dadurch, dass die DDR ideologisch konforme Amtsträger einsetzen wollte. NS-belastete Personen, die sich an die neue politische Linie anpassten, übernahm auch der SED-Staat in höhere Funktionen.[19]

Entsprechend der vorgenannten marxistisch-leninistischen Faschismustheorie legitimierte man auch zahlreiche Enteignungen von Fabriken und Ländereien im Namen des Antifaschismus. Hierbei spielte es keine Rolle, ob die jeweiligen Besitzer oder Inhaber tatsächlich in das NS-System verstrickt waren oder nicht. Selbst einige Juden und frühere Verfolgte konnten von derartigen Maßnahmen betroffen sein. Darüber hinaus diente das propagierte Bild von der unmittelbaren Vergangenheit der moralischen und politischen Entlastung großer Teile der Bevölkerung: Die Verantwortung für den Faschismus wurde auf den Kapitalismus und die Kapitalisten abgeschoben, beides gab es in der antifaschistischen DDR in der Selbstdarstellung nicht mehr. Da nun aber darüber hinaus die Arbeiter Opfer des Faschismus geworden waren und die DDR ja als „Arbeiterstaat“ firmierte, war man letztlich auch selbst Opfer und hatte mit den Folgen und Verbrechen der NS-Diktatur nichts zu tun. Insofern stellte der Antifaschismus auch einen Gründungsmythos der DDR dar.[20]

---

[18] Vgl. Hermann Weber, DDR. Grundriss der Geschichte 1945 – 1990, Hannover 1991.

[19] Vgl. Olaf Kappelt, Braunbuch DDR. Nazis in der DDR, Berlin 1981.

[20] Vgl. Herfried Münkler, Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Agethen u.a. (Anm. 10), S. 79-99.

Darüber hinaus diente er auch als Diffamierungsinstrument gegen die Bundesrepublik Deutschland und gegen oppositionelle Regungen im eigenen Land. Letzteres veranschaulicht die Deutung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in späteren DDR-Geschichtsdarstellungen wie zeitgenössischen Presseartikeln. Hier sprach man von einem „faschistischen Putschversuch", der von faschistischen Kreisen aus der Bundesrepublik initiiert worden sei. Selbst vor Gleichsetzungen der Proteste mit der Reichspogromnacht gegen die Juden am 9. und 10. November 1938 schreckten offizielle DDR-Medien nicht zurück.[21] Der sicherlich bekannteste Fall für die Instrumentalisierung des Antifaschismus zur Herrschaftslegitimation kann in der Bezeichnung der Mauer als „antifaschistischer Schutzwall" gesehen werden. Er suggerierte in Verbindung mit anderen propagandistischen Darstellungen, dass in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er Jahre eine „Renazifizierung" im Gange sei. Einzelfälle von bedenklichen personellen Kontinuitäten lieferten dabei Stoff für derartigen Behauptungen.[22]

8. Antifaschistische Positionen der DKP

Als organisatorische Neugründung der KPD und politischer Interventionsapparat der DDR kann die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)[23] ganz allgemein bei ihren gesamten Aktivitäten wie hinsichtlich ihrer antifaschistischen Agitation gelten. Die 1968 gegründete Partei definierte sich ideologisch marxistisch-leninistisch, konnte in ihrer Hochphase um die

---

[21] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, „Faschistischer Putsch" – „Konterrevolution" – „Arbeiterhebung": Der 17. Juni 1953 im Urteil von SED und PDS, in: Rainer Eckert/Bernd Faulenach (Hrsg.), Halbherziger Revisionismus: zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996, S. 69-82, hier S. 70f.

[22] Vgl. Hubertus Knabe, Die missbrauchte Vergangenheit: Die Instrumentalisierung des Nationalsozialismus durch SED und Staatssicherheit, in: Agethen u.a. (Anm. 10), S. 248-267.

[23] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) nach vierzig Jahren. Eine Bilanz zur Entwicklung des ehemaligen Interventionsapparates der SED, in: Armin Pfah-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 342-376.

40.000 Mitglieder verzeichnen, erreichte aber bei Bundes- und Landtagswahlen nur selten über 0,3 Prozent der Stimmen. In bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen wie in einigen Bewegungen, Gewerkschaften oder Universitäten konnte die DKP mit ihren Unterorganisationen einen gewissen politischen Einfluss erlangen. In allen Phasen ihrer Existenz stand sie bis 1989 in enger Abhängigkeit von den politischen Vorgaben aus der DDR, sodass sie ohne Übertreibung als bundesdeutsche Vertretung der Interessen des SED-Regimes angesehen werden konnte. Nach dessen Auflösung schmolz die Mitgliederzahl der Partei ebenso stark zusammen wie auch ihre politische Bedeutung.[24]

Das Antifaschismus-Verständnis der DKP soll hier anhand ihrer beiden Programme von 1978 und von 2006 aufgezeigt werden, lassen sich dabei doch gut die ideologischen Legitimationsversuche mit diesem Thema aufzeigen. Im erstgenannten Parteiprogramm finden sich entsprechende Bezüge bei der Deutung des „deutschen Imperialismus“, welcher anhand der Bundesrepublik Deutschland und der „Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems“ behandelt wird. Demnach brachte eben dieser Imperialismus „den Hitler-Faschismus hervor, die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Monopolkapitals“. Mit dieser Formulierung bekannte man sich zur oben bereits erwähnten Dimitroff-Definition, ohne aber dessen Namen ausdrücklich zu nennen. In der Bundesrepublik sah die DKP den seinerzeitigen Ausdruck des Imperialismus mit einem bedeutenden Macht- und Wirtschaftspotential. Dieser deutsche Imperialismus habe es aufgrund der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs aber nicht geschafft, „die Arbeiterklasse der heutigen DDR an der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu hindern.“[25]

Die hier auszumachende Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland als imperialistisch und Legitimierung der DDR als antifaschistisch findet sich

---

[24] Vgl. Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008.

[25] Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (Hrsg.), Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.-22. Oktober 1978, Düsseldorf 1979, S. 20f.

verbal leicht abgeschwächt auch noch im Parteiprogramm von 2006. Darin heißt es: „Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der SED der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. ... Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus ... gehören zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und sind Teil des humanistischen Erbes in Deutschland.“ Hier wird ganz offen die DDR-Diktatur über den Antifaschismus als humanistisch legitimiert. Weiter heißt es: „Die DKP stand an der Seite der DDR, jenes Staates, in dem 40 Jahre lang die Macht der Konzerne und Banken beseitigt war ... und der konsequent antifaschistisch war. Anders in der BRD: 40 Jahre lang kämpften Kommunistinnen und Kommunisten gemeinsam mit anderen gegen die Restauration der politischen Macht des Kapitals und die Einbindung der Bundesrepublik in das Lager des Imperialismus ...“[26]

9. Antifaschismus und Bündnispolitik bei der VVN/BdA

Ein derart offenes marxistisch-leninistisch geprägtes Verständnis von Antifaschismus verschreckt meist Menschen, die sich aus einer demokratischen Grundhaltung heraus gegen Faschismus und Rechtsextremismus engagieren möchten. Um diese gleichwohl ansprechen zu können, nutzte und nutzt die DKP eine Vorfeldorganisation: die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN/BdA). Die 1947 nur unter der Bezeichnung VVN gegründete Organisation erweckte mit dieser Namensgebung den Eindruck, in ihr versammelten sich nahezu alle vom NS-Staat Verfolgten. Tatsächlich handelte es sich um eine Einrichtung zur Interessensvertretung von früheren kommunistischen Häftlingen und Widerständlern, die mit entsprechender ideologischer Ausrichtung an die Öffentlichkeit trat und relativ leicht als der KPD nahestehende Organisation erkennbar war. Angesichts dieser Nähe und nicht wegen einer antifaschistischen Ausrichtung kam es in den 1950er Jahren auch zu verschiedenen

[26] DKP-Parteivorstand (Hrsg.), Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen auf der 2. Tagung des 17. Parteitags der DKP, 8. April 2006, Essen o. J. (2006), S. 8 und 14.

Verbotsmaßnahmen gegen die VVN.[27]

Im Laufe der 1960er Jahre ging altersbedingt die Mitgliedschaft der Organisation immer mehr zurück, was zu einer Veränderung der personellen Zusammensetzung führte. Man nahm 1971 die Namenserweiterung „Bund der Antifaschisten“ vor, was die Mitgliedschaft auch für jüngere Personen ohne Verfolgtenhintergrund öffnete. Während sich die Basis der Organisation zu großen Teilen aus nicht-kommunistischen Gegnern des Rechtsextremismus zusammensetzte, bestand die Führung seit Beginn aus Angehörigen oder Sympathisanten der KPD bzw. DKP, die wiederum den Weisungen ihrer Partei verpflichtet waren und über sie finanzielle Mittel aus der DDR zur Aufrechterhaltung des Apparates erhielten. Auch nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes änderte sich an der Dominanz orthodox kommunistischer Kräfte an der Spitze nur wenig. Ebendort fanden und finden sich häufig Angehörige des traditionalistischen Flügels der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) oder der Partei „Die Linke“.[28]

Aktivitäten zur Erinnerung an NS-Verbrechen und Widerstand sowie Kampagnen gegen den Rechtsextremismus dienten und dienen der VVN/BdA einerseits zur Gewinnung von gesellschaftlicher Anerkennung, andererseits zur Ausweitung ihrer Anhängerschaft unter im Verband selbst relativ einflusslosen Demokraten. Wichtiges Instrument für beide Ziele war und ist die Bündnispolitik, sah man doch als zentrales Ziel „antifaschistischer Politik“ die Zusammenarbeit von Christen, Gewerkschaftlern, Grünen, Kommunisten, Liberalen und Sozialdemokraten an. Nur im gemeinsamen Kampf aller „fortschrittlichen Kräfte“, so die offizielle Auffassung, könne der Antifaschismus erfolgreich sein. Politische Erklärungen oder öffentliche Veranstaltungen, woran sich sowohl Repräsentanten der DKP oder VVN/BdA als auch Vertreter demokratischer Parteien oder Organisationen beteiligten, galten denn auch als Erfolg, ließ sich hier doch die beabsichtigte

---

[27] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA). Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen 1947-1997, Köln 1997.

[28] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 171f.

Aufweichung der Abgrenzung zwischen linken Demokraten und Extremisten ausmachen.[29]

10. Antifaschistische Agitation bei der PDS bzw. „Linken“

Bei der heutigen Partei „Die Linke“ und früheren „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) handelt es sich rein organisatorisch betrachtet um die umbenannte „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Dieser Hinweis beabsichtigt keine pauschale Gleichsetzung vorzunehmen, lässt sich doch sehr wohl ein Wandel der Partei seit Beginn der 1990er Jahre ausmachen. Inwieweit dieser mit der Akzeptanz und Verinnerlichung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates verbunden war und ist, wird kontrovers diskutiert und unterschiedlich eingeschätzt.[30] Hier soll es aber nur um die Antifaschismus-Auffassung der Partei gehen: Einerseits lassen sich dazu auch kontroverse Deutungen ausmachen. Während die reformerischen Kräfte eine nostalgische Verklärung des Antifaschismus ablehnen und mitunter kritisch auf Instrumentalisierung, Missbrauch und Verkrustung verweisen, vertritt der traditionalistische Flügel die oben erwähnte dogmatische Faschismus-Deutung im marxistisch-leninistischen Sinne.[31]

Beide Bereiche oder Flügel der Partei eint aber offensichtlich die oben anhand der DKP dargestellte positive Deutung des „antifaschistischen Umbruchs“ in der DDR und des „restaurativen Weges“ in der Bundesrepublik. So hieß es etwa im Parteiprogramm von 1993: „Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das

---

[29] Vgl. Bettina Blank, Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA), in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 12, Baden-Baden 2000, S. 224-239.

[30] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Demokratietheoretische Anfragen an die Partei „Die Linke“. Kritische Bemerkungen zu einigen Auffassungen und Handlungen, in: Deutschland Archiv, 41 (2008), Nr. 3, S. 402-407.

[31] Vgl. Tim Peters, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006, S. 103-106.

Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“[32] Die in diesem Zitat zum Ausdruck kommende Sichtweise prägt noch heute die Auffassungen der PDS bzw. der Partei „Die Linke“. Zwar geht sie mit kritischen Anmerkungen zu Fehlern und Versäumnissen in der DDR einher, hält aber den eigentlich begonnenen Weg als Alternative zur Bundesrepublik nach wie vor noch für richtig. Dabei wird unterschlagen, dass die Veränderungen nicht demokratisch legitimiert, sondern diktatorisch verordnet waren.[33]

Neben der vorgenannten ideologischen Antifaschismus-Deutung dient das Thema der Partei aber auch auf der strategischen Ebene: Nach der Wende galt die in PDS umbenannte SED moralisch-politisch als diskreditiert. Noch zu Beginn des Jahres 1990 wollte sie durch eine öffentliche Großdemonstration vor den Gefahren eines neuen Faschismus oder Rechtsextremismus warnen, um so vor ihrer eigenen Frontstellung als Staatspartei gegen Demokratie und Menschenrechte abzulenken.[34] In diesem Sinne bediente sie sich fortan auch des Themas, stand man doch so scheinbar auf die Seite der Demokratie und Freiheit gegen „rechts“. Auch erkenntnisförderliche parlamentarische Anfragen oder publizierte Sachbücher müssen in diesem Kontext gesehen werden, ging und geht es der Partei doch darum, als demokratische und fortschrittliche Kraft akzeptiert zu werden. Diesem Ansinnen entgegen steht allerdings, dass sich die PDS bzw. „Linke“ zwar eindeutig und klar vom Rechts-, aber nicht eindeutig und klar vom Linksextremismus distanziert.[35]

---

[32] Parteivorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus (Hrsg.), Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29.- bis 21. Januar 1993, Berlin 1993, S. 5.

[33] Vgl. Werner Müller, Bruch oder Kontinuität ? SED, PDS und ihr „Antifaschismus“, in: Agethen (Anm. 10), S. 363-376, hier S. 367f.

[34] Vgl. Peter Steinbach, Antifaschismus. Schlagwort und Ausdruck einer Staatsreligion, in: Trend 46 (1991), Nr. 1, S. 22-29.

[35] Vgl. Viola Neu, Strategische Bedeutung des „Antifaschismus“ für die Politik der PDS, in: Agethen (Anm. 10), S. 396-405.

11. Antifaschismus bei den Autonomen

Antifaschismus spielt nicht nur als Agitations- und Aktionsthema bei den marxistisch bzw. marxistisch-leninistisch ausgerichteten Linksextremisten eine wichtige Rolle. Auch die Autonomen[36], die dem anarchistischen Bereich dieses politischen Lagers zuzuordnen sind, nutzen dieses Themenfeld auf vielfältige Weise. Bei ihnen handelt es sich aber nicht um eine feste Organisation mit einheitlicher Ideologie. Vielmehr lassen sich unter der Bezeichnung „Autonome" aktionsorientierte Linksextremisten zusammenfassen, welche mit einer Mischung aus anarchistischen und marxistischen Ideologiefragmenten für die Abschaffung des als „Schweinesystem" geltenden demokratischen Verfassungsstaates eintreten und dabei in unterschiedlichen Formen in der Gewaltanwendung ein legitimes Mittel sehen. Da die Autonomen aufgrund ihres Selbstverständnisses nur selten in festeren Strukturen organisiert sind, gruppieren sie sich stärker um politische Aktionsfelder. Hierzu gehört neben Themen wie Anti-Atomkraft, Anti-Globalisierung oder Anti-Repression auch der Antifaschismus.[37]

Dabei lässt sich ein enges und ein weites Verständnis unterscheiden: Zur erstgenannten Kategorien gehören Aktivitäten gegen Rechtsextremisten, welche sowohl eine agitatorische wie eine gewalttätige Dimension annehmen können. Mitunter bemühen sich Autonome um eine intensive Recherchearbeit zur Aufklärung rechtsextremistischer Strukturen. Hierbei werden Einzelpersonen benannt, Informationen über Gruppen verbreitet und Treffpunkte von Szeneangehörigen veröffentlicht. Man geht aber auch gewalttätig gegen Rechtsextremisten vor, wobei es sich sowohl um gezielte Übergriffe auf einzelne Aktivisten ebenso wie spontane Aktionen gegen entsprechende Demonstrationsteilnehmer handeln kann. Gleichwohl bekunden Autonome solche Absichten auch schon bei Aufrufen zu Gegendemonstrationen, heißt es doch etwa „Geschichtsrevisionismus angreifen!" oder „Nazidemo angrei-

---

[36] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, in: www.bpb.de/themen/6JVEOB.html.

[37] Vgl. Thomas Schultze/Almut Gross, Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Hamburg 1997, S. 88-103.

fen!“. Kommt es dann zu entsprechenden Auseinandersetzungen, sieht man dies in der Szene als konsequenten Antifaschismus und politischen Erfolg an.[38]

Bei diesem Kampagnenthema der Autonomen richten sich Aktivitäten aber nicht nur gegen Rechtsextremisten, sondern im Sinne eines weiten Verständnisses von Antifaschismus auch gegen gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen ohne direkte Bezüge zum Rechtsextremismus. In den einschlägigen Publikationsorganen riefen und rufen Autonome unter der Parole „Antifaschistische Aktion“ auch zu Gewalttaten gegen Angehörige der Justiz, der Polizei oder der Rüstungsindustrie auf, gelten diese doch als Repräsentanten des abgelehnten Kapitalismus und damit letztendlich auch des Faschismus.[39] Hier zeigt sich exemplarisch in aller Deutlichkeit, dass der linksextremistische Antifaschismus eben primär gegen die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung gerichtet ist. Über diese Frontstellung gegen „Faschisten“, „Kapital“ und „System“ lässt sich die ansonsten heterogene und zersplitterte Szene besser mobilisieren und mitunter sogar organisieren. Für letzteres stand exemplarisch die zeitweilig überaus aktive „Autonome Antifa (M)“ aus Göttingen.[40]

12. Antifaschismus bei den Linksterroristen der 1970er bis 1990er Jahre

Und schließlich wäre auch noch darauf zu verweisen, dass der mittlerweile historische deutsche Linksterrorismus[41] ebenfalls den Antifaschismus als

---

[38] Vgl. Stephan Kürten, Antifa-Aktionen gegen Kundgebungen von Rechtsextremisten. Mobilisierung und taktische Ansätze der „Autonomen Antifa“, hrsg. vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2008.

[39] Vgl. Berliner Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Deutscher gewaltorientierter Linksextremismus in Berlin. Die „militante autonome Bewegung“, Berlin 1995.

[40] Vgl. Jan Schwarzmeier, Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001, S. 159-170.

[41] Vgl. Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006.

Bestandteil des eigenen Selbstverständnisses[42] ansah. Zu den entsprechenden Gruppierungen gehörten vor allem die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), die „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“ (RZ). Die Aktivisten aller drei terroristischen Gruppen entstammten dem militanten Teil der Achtundsechziger Bewegung, welche selbst über ein zumindest ambivalentes, mitunter auch affirmatives Verhältnis zur Gewaltanwendung verfügte.[43] Innerhalb der Protestbewegung selbst spielte auch der Antifaschismus eine große Rolle, wobei eine realistische und eine unrealistische Dimension unterscheidbar ist: Der erstgenannte Aspekt zeigt sich an personellen Kontinuitäten von hochrangigen Funktionsträger mit NS-Vergangenheit in Staat und Wirtschaft, der letztgenannte Aspekt in der weitgehenden Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit einem eigentlich faschistischen Staatsgebilde.

Auffassungen in diesem Sinne vertrat die RAF bereits in ihrer Anfangsphase, wofür eine Reihe von Erklärungen von Ulrike Meinhof exemplarisch stehen. So bemerkte sie etwa: „Die Massenmobilisierung im Sinne des Faschismus von Durchgreifen, von Todesstrafe von Schlagkraft findet statt.“[44] Oder zur indirekten Legitimation für die Tötung von Menschen hieß es etwa: „... steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes. So hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum.“[45] Mit solchen Einschätzungen konnten nahezu alle abgelehnten politischen Gegebenheiten als faschistisch bezeichnet und damit auch nahezu alle brutalen

---

[42] Vgl. Bernhard Rabert, Terrorismus in Deutschland. Zum Faschismusvorwurf der deutschen Linkextremisten, Bonn 1991.

[43] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Achtundsechziger zwischen legitimer Gesellschaftskritik und totalitärer Heilslehre. Eine kritische Analyse der Protestbewegung aus extremismustheoretischer Sicht, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 392-395.

[44] Ulrike Meinhof, Rote Armee Fraktion – Das Konzept Stadtguerilla (1971), in: Rote Armee Fraktion, Texte der RAF, Malmö 1977, S. 364. Die Schreibweise im Originalzitat wurde im Sinne der üblichen Formen angepasst.

[45] Ulrike Meinhof, Rote Armee Fraktion – Stadtguerilla und Klassenkampf (1972), in: ebenda, S. 368. Die Schreibweise im Zitat wurde im Sinne der üblichen Formen angepasst.

Gewalttaten legitimiert werden. Auch die Ermordung eines einfachen US-Soldaten per aufgesetztem Genickschuss 1985 wollte man in einer Erklärung wie folgt rechtfertigen: „Die Front kann die faschistischen Vorstöße des Staates nur brechen, indem sie auf allen Ebenen und an allen Abschnitten des Kampfes mit dem Begriff der Schärfe der realen Konfrontation angreift.“[46]

Auch wenn sich die RZ von der RAF ideologisch, strategisch und organisatorisch innerhalb des linksextremistischen Terrorismus unterschieden, bestanden bei Instrumentalisierung und Selbstverständnis bezüglich des Antifaschismus doch grundlegende Gemeinsamkeiten. Man wähnte sich über den gesamten Zeitraum der Existenz im Kontext „antifaschistischer Befreiungsbewegungen“[47]. Die Bundesrepublik galt nicht nur in der historischen Chronologie als NS-Nachfolgestaat, greife ebendort doch eine schleichende Faschisierung um sich. Darüber hinaus weiteten die RZ ihr Faschismusverständnis Ende der 1970er Jahre sogar auf die Betreiber von Atomkraftwerken aus, wofür folgende Selbsteinschätzung steht: „Seit zwei Jahren haben die RZ in vielen Städten der BRD begonnen, Aktion gegen die Betreiber, Propagandisten, wissenschaftlichen Wegbereiter und Bullen des Atomfaschismus durchzuführen.“[48] Mit dieser Perspektive konnte man nahezu Alles außerhalb des linksextremistischen Lagers als letztendlich faschistisch bezeichnen.[49]

13. Anti-Antifaschismus-Agitation von rechtsextremistischer Seite

Bei einer kritischen Betrachtung und Kommentierung zur Bedeutung des

---

[46] Rote Armee Fraktion, An die, die mit uns kämpfen, in: Rote Armee Fraktion, Zusammen Kämpfen, Nr. 5 vom Januar 1986, S. 12-20, hier S. 14. Die Schreibweise im Zitat wurde im Sinne der üblichen Formen angepasst.

[47] Revolutionäre Zellen, Revolutionärer Zorn, Nr. 6 vom Januar 1981, S. 275.

[48] Revolutionäre Zellen, Hunde, wollt ihr ewig bellen?, in: Pflasterstrand, Nr. 45 vom 13. Januar 1979, S. 23.

[49] Vgl. Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 158-169 und 218-222.

Antifaschismus-Agitation von Linksextremisten darf eine ebenso kritische Betrachtung und Kommentierung zur Rolle der Anti-Antifaschismus-Agitation von Rechtsextremisten nicht fehlen. Eine insbesondere von Autonomen gegen Neonazis praktizierte Vorgehensweise wurde seit Beginn der 1990er Jahre auch von diesen selbst genutzt: Man sammelte Informationen zu Adressen und Lebensumständen von engagierten Gegnern, die dann mitunter mit Fotos in gesonderten Broschüren mit Bedrohungen und Gewaltaufrufen publiziert wurden. Zunächst waren davon nur einzelne Autonome und andere Linksextremisten betroffen. Mit der Zeit weiteten sich die Aktivitäten der Rechtsextremisten auch auf Gewerkschaftler und Journalisten, Richter und Staatsanwälte, Wissenschaftler und Verfassungsschützer aus.[50] Auch wenn es nicht zu brutalen Morden von Neonazis wie etwa seinerzeit in Schweden kam, sollte damit zumindest psychischer Druck auf Kritiker des Rechtsextremismus ausgeübt werden.

Zu Anti-Antifaschismus-Aktivitäten zählen auch die Publikationen aus dem Umfeld des früheren Bonner Politologie-Professors Hans-Helmuth Knütter, der Anfang der 1990er Jahre noch aus der Perspektive eines demokratischen Konservativismus die Antifaschismus-Agitation von Linksextremisten polemisch kritisiert hatte und von diesen selbst unter Faschismus-Verdacht gestellt worden war.[51] Im Laufe der 1990er Jahre und danach näherte er sich aber immer stärker dem rechtsextremistischen Lager an und referierte etwa auf Veranstaltungen der diesem Spektrum zuzurechnenden Kulturorganisation „Gesellschaft für freie Publizistik“. Darüber hinaus nahm Knütter Promotionen von Studierenden an, welche darin im Sinne von verschwörungsideologischen Argumentationen das Bestehen eines breiten Netzwerkes gegen „Rechte“ von Autonomen, Linksextremisten, Verfassungsschützern und Wissenschaftlern behauptete. Exemplarisch dafür steht der Titel „Das ‚antifaschistische Milieu’. Vom ‚schwarzen Block’ bis zur „Lichterkette“ von

---

[50] Vgl. Anton Maegerle, Rechtsextremistische Gewalt und Terror, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 159-172, hier S. 161f.

[51] Vgl. Hans-Helmuth Knütter, Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Berlin 1993.

Claus M. Wolfschlag.[52]

Und schließlich kann in diesem Kontext noch auf die Berichterstattung in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“[53], die sich im publizistischen Umfeld von noch demokratischem Konservativismus und schon extremistischer Rechter bewegt, verwiesen werden. In deren Beiträgen findet man auch kritische Texte zur Instrumentalisierung des Antifaschismus durch Linksextremisten, wurde doch etwa das Fahrzeug des Chefredakteurs schon einmal mit schweren Pflastersteinen beschädigt.[54] In der inhaltlichen Gesamtschau dienen derartige Artikel letztendlich aber dazu, sich selbst gegenüber seriöser Kritik an der politischen Linie des Blattes zu immunisieren. Aus dessen Sicht gilt dann jede Kritik an einer problematischen Position am rechten Rand des demokratischen Spektrums oder einer gemäßigt rechtsextremistischen Position als Ausdruck einer Antifaschismus-Strategie. Der Verweis auf inhaltlich ähnliche Kritik von linksextremistischer Seite dient der „Jungen Freiheit“ dazu, sich jeder kritischen Auseinandersetzung mit ihren eigenen Auffassungen zu entziehen.

14. Acht Funktionen des Antifaschismus im Linksextremismus

Betrachtet man bilanzierend die vorstehenden Ausführungen zum Antifaschismus so lassen sich objektiv acht eng miteinander verbundene Funktionen ausmachen, welche Attraktivität, Nutzen, Wirkung und Zielsetzung dieses Themenfeldes für Linksextremisten erklären. Hierzu gehört erstens die Akzeptanzfunktion: Faschismus ist ein in der Öffentlichkeit allgemein sehr negativ angesehener Begriff, ein klares Bekenntnis dagegen erleichtert somit

---

[52] Vgl. Claus M. Wolfschlag, Das „antifaschistische Milieu“. Vom „schwarzen Block“ zur „Lichterkette“ – Die politische Repression gegen „Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik Deutschland, Graz 2001.

[53] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 206-211.

[54] Vgl. Götz Kubitschek, 20 Jahre Junge Freiheit. Idee und Geschichte einer Zeitung, Schnellroda 2006, S. 149.

eine positive Wahrnehmung unabhängig von den jeweils selbst geteilten Auffassungen. Zweitens wäre die Legitimationsfunktion zu nennen: Hierbei können die eigenen Positionen innerhalb des öffentlichen Diskurses eine moralische oder politische Rechtfertigung erfahren, geht es doch um die Frontstellung gegenüber dem zurecht abgelehnten Faschismus. Drittens spielt die Erosionsfunktion eine wichtige Rolle: Sie gestattet es Linksextremisten mit dem Verweis auf eine gemeinsame Bekämpfung des Rechtsextremismus auch Demokraten als Bündnispartner zu gewinnen und damit die Abgrenzung von Demokraten und Extremisten aufzulösen.[55]

Ganz eng damit zusammen hängt viertens die Bündnisfunktion: Das Thema Antifaschismus erlaubt es, für eine Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher politischer Richtungen einzutreten, was mitunter dann aber nur im längerfristigen Interesse von Linksextremisten im Sinne der zuvor benannten Akzeptanzfunktion ist. Auch die fünftens zu nennende Mobilisierungsfunktion verdient in diesem Kontext besondere Beachtung: Angehörige des linksextremistischen Lagers können im Namen des Antifaschismus mit Aktionen und Demonstrationen gegen Rechtsextremisten auch viele demokratische Bürger mobilisieren, ohne dass diesen ihre politische Instrumentalisierung bewusst werden muss. Sechstens ist auch der Integrationsfunktion große Bedeutung zuzuschreiben: Mit dem Thema Antifaschismus lässt sich das ansonsten keineswegs homogene linksextremistische Lager bündeln und zu gemeinsamen Aktionen und Organisationen im Sinne der erwähnten Mobilisierungsfunktion auch intern zusammenhalten.

Siebtens wäre noch auf eine Verschiebefunktion hinzuweisen: Durch die Bemühungen von Linksextremisten, auch Demokraten für eine Kooperation bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus im Namen des Antifaschismus zu gewinnen, erfolgt letztendlich auch eine Akzeptanz linksextremistischer Akteure und Positionen in der politischen Kultur des Landes mit entsprechenden Verschiebungen bei der Wahrnehmung des demokratischen Spektrums. Und schließlich wäre noch achtens auf die Diffamierungsfunktion zu verweisen: Aufgrund der inhaltlichen Ausweitung und willkürlichen Verwen-

[55] Vgl. Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 111-142.

dung des Faschismusbegriffs ist es Linksextremisten möglich, auch nichtrechtsextremistische Konservative oder Liberale mit entsprechenden Bezeichnungen öffentlich zu diskreditieren. Diese wie die vorgenannten anderen Funktionen wurden einleitend als objektive Funktionen bezeichnet. Es soll hier keineswegs unterstellt werden, dass sie Linksextremisten immer subjektiv geplant nutzen, in ihrer Wirkung lassen sich aber die vorgenannten Funktionen objektiv ausmachen.

15. Antiextremistischer und antifaschistischer Konsens

Worin besteht nun das aus demokratietheoretischer Sicht problematische am Antifaschismus, zumal es eben auch ein demokratisches Verständnis davon geben kann? Diese Frage soll gegen Ende der vorliegenden Erörterung noch einmal bilanzierend beantwortet werden. Antifaschismus steht im wörtlichen Sinne für eine Ablehnung des Faschismus, also einer bestimmten extremistischen Bestrebung oder einem bestimmten diktatorischen System. Hierbei handelt es sich um eine grundsätzlich als positiv einzuschätzende Gegnerschaft zu den Feinden einer „offenen Gesellschaft“[56]. Das Bedenkliche dieser Einstellung besteht aber darin, dass sie sich nicht gegen alle, sondern nur gegen bestimmte Diktaturen oder Extremisten richtet. Insofern sind hier auch Gemeinsamkeiten mit dem Terminus „Antikommunismus“ auszumachen, wendet sich dessen Verständnis auch nur gegen kommunistische Parteien und Systeme. Während dabei die rechten Gegner der Demokratie ignoriert werden, werden beim Antifaschismus die linken Gegner der Demokratie ignoriert.

Ein einseitiger Antifaschismus oder Antikommunismus kann also auch mit der Bejahung einer pro-diktatorischen oder pro-extremistischen Auffassung von links oder von rechts verbunden sein. Demgegenüber soll hier für eine Grundposition plädiert werden, welche in einem solchen Sinne weder diktatur- noch extremismus-kompatibel ist. Sie richtet sich sowohl gegen einen antifaschistischen wie einen antikommunistischen Konsens und tritt für einen antiextremistischen oder antitotalitären Konsens ein. Beide Auffassun-

[56] Vgl. Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 1: Der Zauber Platons, Bd. 2: Hegel, Marx und die Folgen (1945), 6. Auflage, München 1980.

gen beruhen auf der normativen Grundlage von Demokratie und Gewaltenteilung, Individualität und Menschenrechten, Pluralismus und Volkssouveränität. Sie nehmen daher eine Frontstellung sowohl gegen einen linken wie einen rechten Extremismus oder Totalitarismus – aber auch gegen andere ideologische Varianten einer Gegnerschaft zu den vorgenannten Normen und Regeln ein. Die Orientierung an diesen gestattet im Unterschied zu Antifaschismus und Antikommunismus eben keine Akzeptanz von Extremismus und Totalitarismus.

Worin bestehen nun die charakteristischen Besonderheiten dieses Konsenses? Erstens geht es um die Bejahung der vorgenannten Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates als inhaltliche Basis, die in diesem Rahmen die unterschiedlichsten politischen Deutungsmöglichkeiten von links bis rechts beinhalten kann. Zweitens verbindet sich damit eine Frontstellung gegen alle Erscheinungsformen und Varianten des politischen Extremismus, auch und gerade gegenüber Jenen, welche eine ansatzweise inhaltliche Nähe zur eigenen Position aufweisen mögen. Drittens bedeutet dies im Idealfall auch, dass der linke Demokrat dem rechten Demokraten näher stehen sollte als dem linken Extremisten und der rechte Demokrat dem linken Demokraten näher stehen sollte als dem rechten Extremisten. Und viertens beinhaltet der antiextremistische Konsens Abwehrbereitschaft wie Toleranz, womit auch Extremisten politische Grundfreiheiten eingeräumt werden, diese aber nicht zur Abschaffung einer offenen Gesellschaft ohne Gegenwehr dienen können.[57]

16. Schlusswort und Zusammenfassung

Aus den vorherigen Ausführungen ergeben sich Konsequenzen für die Einschätzung des Antifaschismus, der auch im Sinne einer demokratischen Interpretation und Rezeption als Bezeichnung für das politische Selbstverständnis problematisch ist. Er richtet sich begrifflich wie inhaltlich nicht

[57] Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Antiextremistischer Konsens – Prinzipien und Praxis, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 12, Baden-Baden 2000, S. 13-30, hier S. 14-16, wo allerdings vier Merkmale mit einer etwas anderen inhaltlichen Gewichtung genannt werden.

gegen alle Formen von Diktatur und Extremismus, sondern nur gegen deren jeweilige rechte Varianten. Dies eröffnet den Anhängern einer linken Diktatur und eines linken Extremismus die Möglichkeit, diesen Terminus als Kampfbegriff für ihre Agitation und ihren Diskurs inhaltlich zu vereinnahmen. Die damit verbundene historisch-politische Entwicklung im 20. Jahrhundert steht für Denkblockaden und Gewalt, Intoleranz und Totalitarismus – und somit für einen deutschen Mythos, der um einer demokratischen Ausrichtung und realistischen Perspektive willen überwunden werden sollte.[58] Ihm kann als Alternative der Antiextremismus entgegen gestellt werden, denn in diesem Sinne gilt: Das Gegenteil von Faschismus ist nicht Antifaschismus, sondern Demokratie.

Denn im Namen des Antifaschismus wandten sich Linksextremisten unterschiedlichster Ausrichtung zu verschiedenen Zeiten gegen die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates[59]: Bereits die KPD in der Weimarer Republik richtete ihrem Antifaschismus nicht auf die Bekämpfung des Nationalsozialismus, sondern der Sozialdemokratie. Die DDR-Diktatur nutzte den Antifaschismus zur Legitimation der eigenen Politik nach außen und der Unterdrückung nach innen. Die DKP wiederum übernahm diese Begriffsverwendung, um damit ihre Ablehnung einer parlamentarischen Demokratie und gleichzeitige Bejahung einer sozialistischen Diktatur zu legitimieren. Die VVN/BdA diente ihr dazu, Bündnispolitik auch und gerade gegenüber linken Demokraten zur Aufwertung der eigenen politischen Rolle zu betreiben. Und die Linksterroristen der 1970er bis 1990er Jahre wähnten sich als Teil einer antifaschistischen Bewegung, die mit diesem Selbstverständnis auch ihr von brutalen Anschlägen und Morden geprägtes Handeln legitimierten.

Gegenwärtig bedient sich auch die PDS bzw. „Die Linke“ des Antifaschismus, womit einerseits politische Entwicklungsprozesse in der DDR nachträglich noch legitimiert werden sollen und andererseits die strategisch bedingte Absicht zur Anerkennung als demokratische und fortschrittliche

---

[58] Vgl. Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993.

[59] Vgl. Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn 1990.

Kraft verbunden ist. Und die Autonomen nutzen das Themenfeld Antifaschismus, um agitatorisch und gewalttätig gegen angebliche und tatsächliche Rechtsextremisten vorzugehen, aber auch um ebensolches Verhalten gegenüber staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen zu legitimieren. So unterschiedlich in der Gesamtschau die behandelten linksextremistischen Akteure und deren Wirken im Namen des Antifaschismus sind, so unverkennbar sind aber auch die inhaltlichen Gemeinsamkeiten und politischen Funktionen. Zu Letzteren gehören im Sinne der obigen Ausführungen die Akzeptanz- und Legitimationsfunktion, die Erosions- und Bündnisfunktion, die Mobilisierungs- und Integrationsfunktion, die Verschiebungs- und Diffamierungsfunktion.

„DIE LINKE“ zwischen Demokratie und Extremismus

Eine Analyse zum Spannungsverhältnis der Partei zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Thomas Grumke

1. Einleitung und Fragestellung

Die Partei „DIE LINKE“ wurde am 16. Juni 2007 durch Fusion der „Linkspartei.PDS“ mit der „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG) gebildet. Die Partei hatte nach eigenen Angaben Ende Dezember 2008 75.968 Mitglieder, davon knapp 36.000 in Westdeutschland.[1] Laut Lothar Bisky waren im Mai 2007 noch ca. 55.000 Mitglieder der ehemaligen SED weiterhin Mitglied in der „Linkspartei.PDS“. Diese Gruppe dürfte damit bei vorsichtiger Schätzung weiterhin mehr als die Hälfte der Mitglieder der Partei „DIE LINKE“ ausmachen. Das „Geheimnis der PDS“, so Bisky im Mai 2007, „liegt in ihrer Mitgliedschaft, auch in jenen 55.000, die weiterhin ehrlich für sozialistische Werte eintreten wollen.“[2] Damit sagt Bisky selbst, dass diese 55.000 Personen weiterhin für die Ziele eintreten, die sie bereits in der ehemaligen DDR vertreten hatten. Die von der „Linken“ selbst oft propagierten Ursprünge im Herbst 1989 oder gar als Neugründung sind unglaubwürdig. Vielmehr ist die Partei „Die Linke“ direkte Rechtsnachfolgerin der SED, denn so der Politikwissenschaftler Rudolf von Hüllen: „Der Versuch, sich eine neue Identität zu geben, musste daher in Kontinuität zur SED, nicht im Bruch mit ihr, erfolgen“.[3]

Ebenso wie sich Individuen politisch wandeln, kann dies auch für Parteien gelten. Die Herkunft aus einer diktatorischen Staatspartei kann, muss aber nicht gegen einen politischen Lernprozess hin zu einem demokratischen

---

1 http://die-linke.de/partei/fakten/ (gelesen am 8. Juli 2009)

2 Lothar Bisky, Spiel mir das Lied vom Tod ..., in: Disput, Mai 2007, S. 27. Auch online unter: http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=35798&bs=1&n=12 (gelesen am 8. Juli 2009)

3 Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 13, 15.

Selbstverständnis sprechen.[4] Im Jahre 2008 ist die Partei „DIE LINKE“ mit 53 Abgeordneten im Bundestag, in einer Reihe – auch westdeutscher – Landesparlamente sowie in der Regierungskoalition in Berlin präsent. Während also die Partei zweifellos institutionell in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland verankert ist, fällt die Bewertung ihrer Stellung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht eindeutig aus. Im Folgenden wird eine analytische Bewertung dieser Frage anhand der Programmatik, der extremistischen Bestrebungen innerhalb der Partei und den Kontakten mit extremistischen Bestrebungen außerhalb der Partei vorgenommen.

2. Die Programmatik

Die Stellung der Partei „DIE LINKE“ zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist zuerst auch eine Frage nach der politischen Programmatik der Partei. Die explizit gestellten Forderungen nach einer Überwindung des Kapitalismus oder einem politischen Richtungswechsel hin zu einem demokratischen Sozialismus können allein für sich genommen nicht als extremistisch gelten. Die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates sind ebenso wirtschaftlich neutral wie die Bestandteile und Kriterien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Das Grundgesetz sieht keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor, soweit die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), die freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Art. 12 GG), die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 GG) und die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) gewährleistet sind. Eine extremistische Position liegt nur dann vor, wenn mit der geforderten Überwindung des Kapitalismus die Negierung demokratischer Grundprinzipien einhergeht.

Wie ist in diesem Zusammenhang die immer wiederkehrende Forderung nach einem „Systemwechsel“ zu beurteilen, wie sie z.B. der damalige Vorsitzende der „Linkspartei.PDS“ auf einem Parteitag 2007 provokativ gestellt hat: „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal

---

[4] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Demokratietheoretische Anfragen an die Partei „Die Linke“, in: Deutschland-Archiv, 41. Jg. (2008), Nr. 3, S.402-407, hier: S. 403.

zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage."[5]

Ein Blick auf die „Programmatischen Eckpunkte“,[6] die als Gründungsdokument der Partei „DIE LINKE“ am 25. März 2007 in Dortmund verabschiedet wurden, gibt hierzu keine klare Antwort. In den Eckpunkten ist die Rede von einem „demokratischen Sozialismus“, der „den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will“. An anderer Stelle ist von der „Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ die Rede. Dieser „Überwindung“ wird im Punkt I der Eckpunkte die „Anerkennung“ ausgesprochen. Unter Punkt III ist diese dann aber – eingebettet in ein Marx-Zitat – „notwendig“. Unter Punkt IV wird schließlich angekündigt „Bürgerinnen und Bürger gegen Machtbestrebungen der herrschenden Klasse“ zu mobilisieren und „die Entwicklung von Reformalternativen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammen[zu]führen“.

Die programmatische Stellung der Partei „DIE LINKE“ zur parlamentarischen Demokratie bleibt in den Eckpunkten – bewusst – vage und die „Systemfrage“ wird hier nicht in der gleichen provokanten Vehemenz gestellt, wie z. B. von dem oben zitierten Lothar Bisky. Offen propagiert man jedoch nicht nur eine Veränderung der Wirtschaftsordnung, sondern auch eine Veränderung der Gesellschaftsordnung.

In den „Positionen zur Landespolitik“ der nordrhein-westfälischen „Linken“[7] ist ebenfalls von einem notwendigen „Systemwechsel“ die Rede, jedoch im Zuge einer „Demokratisierung der Demokratie“. Man sei sich „bewusst, dass

---

[5] Lothar Bisky, Wir sind gekommen, um zu bleiben, Rede vom 13.Juni 2007, auf http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/index.htm (gelesen am 8. Juli 2009).

[6] Vgl. http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/ (gelesen am 8. Juli 2009).

[7] Vgl. Die Linke NRW (Hrsg.), Positionen zur Landespolitik, in: http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/dokumentenarchiv/Linke_nrw_Positionen.pdf (gelesen am 8. Juli 2009)

nur eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung die Vorherrschaft der Kapitalverwertung überwinden“ werde[8].

Erhellender sind hier Äußerungen eines Beisitzers im nordrhein-westfälischen Landesvorstand. Unter der Überschrift „Widerstand jetzt“ schreibt dieser: „Ein Warten auf Gesetze oder die Forderungen nach einer irgendwann vielleicht durch Stimmzettel erreichbaren parlamentarischen Änderung reichen nicht aus. Die Verhältnisse sind hier und jetzt unerträglich."[9]

Hier zeigt sich sein rein instrumentelles Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie, wenn er dazu aufruft, die Parlamente dennoch „öffentlichkeitswirksam“ zu nutzen, denn „die finanziellen Möglichkeiten, die ein integrationswilliger Parlamentarismus bereit stellt, können auch gegen den Kapitalismus eingesetzt werden“. Anleihen nimmt er bei den Positionen Lenins, den er als „sehr nützlich“ bezeichnet: Mit Bezug auf die bürgerlichen Institutionen, nicht nur das Parlament, habe Lenin von der Notwendigkeit geschrieben, am „Parlamentarismus teilzunehmen, aber nur um den bürgerlichen Parlamentarismus „politisch“ zu erledigen“. Und weiter zitiert er: „Und die Aktion der Massen … ist IMMER und keineswegs nur während der Revolution oder in einer revolutionären Situation wichtiger als die parlamentarische Aktion.“[10]

Hier wird unverhohlen der „Erledigung“ der parlamentarischen Demokratie das Wort geredet. Der propagierte Widerstand gilt dem Kern des politischen Systems, also der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese Position wird gleichberechtigt neben anderen unter der Rubrik „Diskussion/Debatte zur Positionsfindung der Partei“ auf der Webpräsenz der Partei öffentlich gemacht.

In diesem Sinne bekennt sich auch der einflussreiche Ältestenrat der Partei unter dem Vorsitz von Hans Modrow zum Wegbereiter der Sowjetdiktatur,

---

[8] Ebenda, S. 8, 14.

[9] Vgl. Wolfgang Dreßen, Widerstand jetzt, in: http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/dokumentenarchiv/Antrag_Dressen_Widerstand_jetzt.pdf (gelesen am 8. Juli 2009).

[10] Ebenda.

indem Lenin als „Kämpfer für eine sozialistische Gesellschaftsordnung“ bezeichnet wird, der „entgegen allen Verleumdungen einen bleibenden Beitrag zum heute nicht minder aktuellen wissenschaftlichen Sozialismus geleistet“ habe. [11]

Die Einrichtung eines Ältestenrates wurde am 13. Oktober 2007 vom Parteivorstand der „Linkspartei.PDS“ beschlossen, und er konstituierte sich am 12. Dezember unter Vorsitz des Ehrenvorsitzenden der Partei Hans Modrow. Nach Angaben der Partei ist „der Ältestenrat … ein Konsultationsgremium und wird sich schwerpunktmäßig zur Entwicklung der Partei, zu Bündnis- und internationalen Fragen, zur Geschichte der Linken und zu möglichen Konsequenzen für die sozialistische Programmatik verständigen."[12]

Auch in einem Beitrag zur Programmdebatte geht der Ältestenrat über die offiziellen programmatischen Formulierungen der Partei hinaus. Ohne hier explizit auf den wissenschaftlichen Sozialismus Lenins Bezug zu nehmen, werden „vom Kapitalismus verursachte Verbrechen“, wie „ein Rückgriff auf ein faschistisches Herrschaftssystem“ beklagt.[13] Weiter heißt es: – Die globale wie auch die deutsche Entwicklung seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts belegen, dass drängende Menschheitsprobleme im Rahmen der gegenwärtig bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse in der kapitalistisch geprägten Zivilisation, zumal in ihrem ausgeprägten imperialistischen Stadium, nicht im Interesse der übergroßen Mehrheit der Weltbevölkerung gelöst werden können, dass also die Reformfähigkeit des Kapitalismus auf deutliche Grenzen stößt. Das ist vorrangig systembedingt, also nicht allein in erster Linie die Folge der Politik einer Partei oder Koalition, ohne die Wir-

---

[11] „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte. Erklärung des Ältestenrats der Partei DIE LINKE“ vom 16.7.2008, in: http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/der_aeltestenrat_der_partei_die_linke/erklaerungen_und_stellungnahmen/anregungen_zum_umgang_mit_der_geschichte/ (gelesen am 8. Juli 2009).

[12] Vgl. www.die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/der_aeltestenrat_der_partei_die_linke (gelesen am 8. Juli 2009).

[13] „Angebot des Ältestenrates zum Fortgang der Programmdebatte“ vom 5.2.2008, auf: http://www.die-linke.de/index.php?id=1697 (gelesen am 8. Juli 2009).

kung der Politik zu unterschätzen, so dass sich in der Programmatik der Partei schließlich die „Systemfrage“ stellt."

Zusammenfassend stellt „DIE LINKE“ programmatisch die „Systemfrage“, ohne ein alternatives System überzeugend im Sinne des Grundgesetzes zu beschreiben. Stattdessen nehmen Repräsentanten der Partei positiven Bezug auf Lenin. Dessen politische Visionen und Schriften sind jedoch nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Einklang zu bringen. Hieraus ergeben sich erste Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen in der Partei „DIE LINKE“.[14]

Die hier skizzierten Widersprüche kennzeichnen die Programmatik der Partei „DIE LINKE“ nach wie vor und lassen weiterhin ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung vermissen.

3. Extremistische Bestrebungen innerhalb der Partei

Mit Beschluss des Parteivorstandes vom 28. Januar 2008 wurden 19 bundesweite Zusammenschlüsse innerhalb der Partei anerkannt, Mitte des Jahre 2009 waren es 24.[15] Darunter sind – wie schon in der PDS – orthodox geprägte Gruppen wie die „Kommunistische Plattform“ (KPF). Weitere Zusammenschlüsse, bei denen Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen bestehen, sind der „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ (GD/SD), die „Sozialistische Linke“ (SL) und die „AG Cuba Sí beim Parteivorstand“. Ein weiterer extremistischer Zusammenschluss, der aber nicht den Kriterien der Bundessatzung entspricht und über dessen Anerkennung der Bundesausschuss noch nicht entschieden hat, ist das „Marxistische Forum“ (MF).[16]

Durch den Beitritt der damaligen WASG in die Partei „DIE LINKE“ gelangten Mitglieder trotzkistischer Gruppierungen in die Partei. Die WASG unter-

---

[14] Ebenda.

[15] Vgl. http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/ (gelesen am 8. Juli 2009).

[16] Vgl. http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/weitere_zusammenschluesse/ (gelesen am 8. Juli 2009).

lag seit ihrer Gründung deren Einflussbemühungen. So engagierten sich Mitglieder von fünf trotzkistischen Gruppierungen – „Sozialistische Alternative“ (SAV), „Linksruck“ (LR), „internationale sozialistische linke“ (isl), „Internationale Sozialisten“ (IS) und „Gruppe Arbeitermacht“ (GAM) – im Sinne ihrer Entrismuspolitik innerhalb der WASG. Entrismus bedeutet die Unterwanderung von anderen, meist konkurrierenden Parteien und Organisationen mit dem Ziel, diese entweder vollständig unter Kontrolle zu bringen und künftig als eigene Struktur zu nutzen, oder sie von innen auszuhöhlen, zu desorganisieren und einzelne Mitglieder für den Trotzkismus zu gewinnen. Der Entrismus soll letztlich in eine revolutionäre, d.h. das bestehende politische System der Bundesrepublik zerstörende Richtung gehen. Die inzwischen aufgelöste Gruppierung „Linksruck“ hat sich als Netzwerk „marx21“ in der Partei „DIE LINKE“ formiert.

Laut Finanzplan der Partei wurde die „Kommunistische Plattform“ im Jahre 2008 mit 6.000 Euro unterstützt (2007 noch 2.500 Euro), die zweitgrößte Förderung aller Zusammenschlüsse.[17] Insofern kann die KPF trotz ihrer relativ geringen Mitgliederzahl von ca. 900 nicht als marginale Kraft innerhalb der Partei „DIE LINKE“ oder gar als außerhalb der Partei stehend gesehen werden. Zudem muss sich die Partei auch die Stellungnahmen und politischen Positionen der Zusammenschlüsse zurechnen lassen, so lange sie diese als solche anerkennt und sie sogar finanziell fördert und ihnen Delegiertenmandate einräumt.

Laut § 7 Abs. 8 der Bundessatzung der „LINKEN“ vom 25. März 2007 kann ein Parteitag oder ein Bundesausschuss „Zusammenschlüsse, die in ihrem Selbstverständnis, in ihren Beschlüssen oder in ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen“ auflösen.[18] So lange dies nicht geschieht, sind Beschlüsse und politisches Wirken der Zusammen-

---

[17] Vgl. http://die-linke.de/fileadmin/download/finanzen/finanzplan2008_anlage5.pdf (gelesen am 8. Juli 2009).

[18] Vgl. http://die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung_der_partei_die_linke (gelesen am 8. Juli 2009).

schlüsse als im Einklang mit den Grundsätzen der Partei „DIE LINKE“ zu sehen.

Die KPF selbst, die immerhin mit der Europaabgeordneten Sahra Wagenknecht über eine bundesweit bekannte Persönlichkeit verfügt, welche auf dem 1. Parteitag der „LINKEN“ am 24./25. Mai 2008 in Cottbus mit 70,5 Prozent erneut in den Parteivorstand gewählt wurde, sieht sich nicht als Randerscheinung in der Partei. In einem Interview im April 2008 sagte diese dazu: „Als Randerscheinung säße ich weder im Parteivorstand noch im Europaparlament. Auch bei Veranstaltungen bekomme ich in der Regel viel Zuspruch“.[19] Das klare Votum für Wagenknecht interpretiert Rudolf van Hüllen als „eine Zweidrittelmehrheit zumindest für die Duldung eines offenen Stalinismus in der Partei.“[20]

Die eindeutig extremistischen Positionen der KPF sind offensichtlich[21] und können auf den KPF-Unterseiten der Webpräsenz der Partei „DIE LINKE“ nachgelesen werden.[22] In einem Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz vom 10. November 2007 heißt es „Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei „DIE LINKE“ organisierte Kommunistinnen und Kommunisten“.[23] Hier wird ein positiver Bezug auf die Oktoberrevolution und die Einführung eines entsprechenden Feiertages genommen, da „die nachfolgende Entwicklungsphase des Sozialismus (sprich: die Sowjetdiktatur, Anmerkung des Verfassers.) als historisch legitim“ bewerten werden könnten.[24] Die Systemfrage ist für die KPF die Frage nach dem Verhältnis zum Kapitalis-

---

[19] „Ich habe schon öfter mal Hummer gegessen". Interview mit Sahra Wagenknecht, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.4.2008, S. 36.

[20] Van Hüllen (Anm. 3), S. 18.

[21] Vgl. u.a. Ebd., S. 12f.

[22] http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke (gelesen am 8. Juli 2009).

[23] http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/wir_bleiben_was_wir_waren_und_sind_in_der_partei_die_linke_organisierte_kommunistinnen_und_kommunisten (gelesen am 8. Juli 2009). Das Dokument ist auch in französischer und englischer Sprache verfügbar.

[24] Ebenda.

mus, denn „Wir halten Kapitalismus letztlich für nicht reformierbar. … Unser Ziel ist der Sozialismus“.[25] Vorbild sind hier jedoch nicht Perestroika oder Glasnost des Michail Gorbatschow, der scharf als Handlanger des „Kapitals“ kritisiert wird, da „die Erinnerung an Liebedienerei vor dem Kapital auf alle Zeiten mit dem Namen Gorbatschow“ verbunden bleibe.[26] Vielmehr wird Bezug auf ein Lenin-Zitat genommen, wonach die „Massen“ am „eigenen Leibe die ganze Ohnmacht, die ganze Charakterlosigkeit, die ganze Hilflosigkeit, die ganze Liebedienerei gegenüber der Bourgeoisie“ erfahren mussten, um sich den revolutionären Bolschewiki zuzuwenden.[27] Auch heute sind, so die KPF, alle diese Erfahrungen der „Massen“ gegeben, die Frage sei also, ob sie sich zu „revolutionären geschichtlichen Veränderungen“ bekennen.

Laut Sahra Wagenknecht geht es um eine „grundlegende Systemalternative“[28], für die wohl nicht nur das „System“, sondern auch die „Herrschenden“ überwunden werden müssten: „Freilich hat sich dieses System schon sehr stark verselbständigt und es besitzt eine immanente Logik, nach der das Ganze funktioniert, in die sich auch die Herrschenden einordnen, wobei sie auch diejenigen sind, die davon profitieren. Ihnen geht es ja nicht nur wie dem Zauberlehrling, der völlig entsetzt die Ergebnisse seines Tuns anschaut, sondern sie wollen das bisherige Modell eines entfesselten Kapitalismus fortschreiben, weil es ihnen nützt."[29]

Einen „grundsätzlichen Systemwechsel“ will auch die „Linksjugend [‚solid]“, die Jugendorganisation der Partei „DIE LINKE“, dies jedoch unter Umständen mit Hilfe einer Revolution und nicht innerhalb der parlamentarischen Demokratie. In ihrem auf dem 1. Bundesparteitag am 5. April 2008 be-

---

[25] Ebenda.

[26] „Bericht des Bundessprecherrates an die 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz“ vom 10. November 2007; http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/ kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/ dokumente/bericht_des_bundessprecherrates (gelesen am 8. Juli 2009).

[27] Ebenda.

[28] Sahra Wagenknecht in einem Interview vom 12. Dezember 2008; http://www.heise.de /tp/r4/artikel/29/29298/1.html (gelesen am 8. Juli 2009).

[29] Ebd.

schlossenen Programm heißt es: „Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. … Die berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution bilden für uns keinen Widerspruch. Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel. … Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei."[30]

Auch hier gehören also neben Kommunisten auch Anarchisten wie selbstverständlich zu den umworbenen Mitgliedern. Laut einem Mitglied des Bundessprecherrats der „Linksjugend", hat diese eine „Scharnierfunktion" zwischen „der außerparlamentarischen Linken und der Partei DIE LINKE", da „gesellschaftliche Veränderungen … nicht allein in den Parlamenten herbeigeredet werden"[31] können.

Dies wirft die Frage nach Kontakten zu extremistischen Gruppen außerhalb der Partei „DIE LINKE" auf.

4. Kontakte zu extremistischen Bestrebungen außerhalb der Partei

Auf mehreren Ebenen findet eine Zusammenarbeit von Parteimitgliedern bzw. Parteigliederungen der „LINKEN" mit extremistischen Gruppen außerhalb der Partei statt. Hier ist zuerst die Kooperation mit der „Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) zu nennen. Trotz der seit ihrer Gründung im Jahre 1968 unverändert orthodox kommunistischen Positionen der DKP pflegen Teile der „LINKEN" nach wie vor vielfältige Beziehungen zur selbst ernannten „revolutionären Partei der Arbeiterklasse". Diese Beziehungen reichen von der Entsendung von Delegationen zu Parteitagen hin zu Kandidaturen auf gemeinsamen Listen. So zog mit Christel Wegner ein DKP-Mitglied auf der Liste der „LINKEN" in den Niedersächsischen Landtag ein. Im Feb-

---

[30] http://www.linksjugend-solid.de/verband/programm (gelesen am 29. Dezember 2008).

[31] Interview mit [,solid]-Bundessprecher Haimo Stiemer, in: Neues Deutschland vom 5./6. April 2008, S.4.

ruar 2008 verteidigte Wegner in einem Interview den Bau der Mauer und rechtfertigte die Einführung einer Stasi nach einem Systemwechsel.[32] Wegner wurde darauf hin aus der Fraktion ausgeschlossen, jedoch in der Folge aus Reihen der Partei „DIE LINKE“ verteidigt. So erklärte die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke: „Und nicht Christels in dieser Form gar nicht getätigte Rechtfertigung des Mauerbaus hat Antikommunisten aller Couleur auf die Barrikaden gebracht. Es war vielmehr ihre sehr richtige Erkenntnis, dass es nicht ausreicht, den Kapitalismus zu reformieren."[33]

Unterdessen wurden am 24. Februar 2008 in Hamburg zehn Mitglieder der DKP (von insgesamt 87 Kandidaten) in die offene Liste der „LINKEN“ zur Senatswahl aufgenommen. Auf dem 1. Parteitag in Cottbus am 24./25. Mai 2008 legte ein Beschluss fest, dass auf zukünftigen Wahllisten der Partei „DIE LINKE“ für Europa-, Bundes- und Landtagswahlen nur noch Parteimitglieder und Parteilose kandidieren dürfen.[34] Der Beschluss gilt jedoch nicht für Kommunalwahlen und ist innerparteilich nicht unumstritten. So sprach sich Ellen Brombacher vom Bundessprecherrat der „Kommunistischen Plattform“ trotz der Kontroverse um Christel Wegner für eine weitere Zusammenarbeit mit der DKP mit folgender Begründung aus: „Und ich weiß, daß es sehr viele Genossen an der Basis der Linkspartei gibt, die eine Zusammenarbeit mit der DKP wollen und die nicht der Meinung sind, sich jetzt auf eine Basis der Unvereinbarkeit zu begeben. … Im Westen wird es auch weiter gelingen, Kommunisten auf Kommunalwahllisten zu bringen, da hat man ja teilweise niemand anderen."[35]

Brombacher machte diese Äußerungen auf einer Podiumsdiskussion, an der auch Christel Wegner, der Fraktionsvorsitzende der niedersächsischen Frak-

---

[32] Vgl. http://daserste.ndr.de/panorama/ archiv/2008/erste624.html (gelesen am 30. Dezember 2008).

[33] Ulla Jelpkes „Rede zum 122. Geburtstag von Ernst Thälmann“ vom 20. April 2008; auf: www.ulla-jelpke.de (gelesen am 9. Juli 2009).

[34] Vgl. http://die-linke.de/partei/organe/ parteitage/1_parteitag (9.7.2009).

[35] „Dokumentiert: Auszüge aus der Podiumsdiskussion ‚Was treibt Die Linke? Funktion und Folgen eines Skandals« vom 17. März 2008 in der jW-Ladengalerie“, in: Junge Welt vom 22./23. März 2008, S.11.

tion der „LINKEN““ und der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr teilnahmen. Auch Stehr sprach sich dafür aus, weiterhin DKP-Kandidaten auf Listen der „LINKEN“ aufzustellen. Wenige Wochen vorher hatte Brombacher den 18. Parteitag der DKP besucht, wozu die KPF am 1. März 2008 eine Pressemeldung mit dem Titel „Für linke Bündnispolitik – keine Ausgrenzung von Kommunistinnen und Kommunisten“ veröffentlichte.[36] Hier heißt es: „Mit Entschiedenheit bekundeten der Parteivorsitzende Genosse Heinz Stehr und alle sich auf DIE LINKE beziehenden Diskutanten ihren Willen zur Zusammenarbeit mit unserer Partei. Wie immer man zu den politischen Vorgängen im Zusammenhang mit den letzten Landtagswahlen steht: Es gibt keinen Grund, daraus abzuleiten, dass bei zukünftigen Wahlen keine Mitglieder anderer Parteien (womit insbesondere die DKP gemeint ist) auf Listen der Partei DIE LINKE kandidieren sollten."[37]

In einem „Diskussionsbeitrag“ auf dem DKP-Parteitag unter dem Titel „Es gibt keinen linken Antikommunismus“ bekräftigte Brombacher diese Position und schloss mit den Worten: „Und – was die morgigen Hamburgwahlen angeht – so hoffe ich, dass mindestens zehn Kandidatinnen und Kandidaten in die Hamburger Bürgerschaft einziehen“.[38] Auf Listenplatz 10 stand der Hamburger DKP-Vorsitzende Olaf Harms, der allerdings den Einzug in die Bürgerschaft verpasste.

Auch der Sprecherrat des „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ sprach sich in einer Erklärung vom 29. Februar 2008 dafür aus, „mit Genossinnen und Genossen aus der DKP auf Kommunal- und Landesebene zusammenzuarbeiten“.[39] Ulla Jelpke geht noch weiter, wenn sie fordert: „Ich möchte mich daher an dieser Stelle dafür aussprechen, dass die Partei DIE LINKE auf allen

---

[36] http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/ fuer_linke_buendnispolitik_keine_ausgrenzung_von_kommunistinnen_und_kommunisten (gelesen am 9. Juli 2009).

[37] Ebd.

[38] http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/ dokumente/es_gibt_keinen_linken_antikommunismus (gelesen am 9. Juli 2009).

[39] „Kotau hat linke Kräfte geschwächt“, in: Junge Welt vom 3.3.2008, S.8.

Ebenen ihre Bündnisse mit der DKP, anderen sozialistischen und kommunistischen Vereinigungen und insbesondere den außerparlamentarischen Bewegungen ausbaut statt aufkündigt."[40]

Sie bezieht hier auch ausdrücklich „Autonome“ mit ein,[41] die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele einsetzen. Das führt aber nicht zum Ausschluss dieser Strömung von Aktivitäten, an denen auch Untergliederungen der Partei „DIE LINKE“ organisatorisch beteiligt sind. So heißt es in einer Verlautbarung der KPF zur Luxemburg-Liebknecht-Demonstration 2007: „Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir es nicht für besonders revolutionär halten, der Polizei Vorwände zu liefern, auf Demonstranten einzuprügeln, oder gar die Demonstration zu sprengen. Aber zu keinem Zeitpunkt haben wir gefordert, dass Bündnispartner, die diesbezüglich anderen Positionen nahe sind, das Bündnis verlassen."[42] Eine klare Distanzierung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung sieht anders aus.

Eine weitere offene Frage ist die nach der Haltung zu Menschenrechtsverletzungen, wenn diese in nominell sozialistischen Ländern geschehen, mit denen Teile der Partei „DIE LINKE“ freundschaftliche Kontakte pflegen. Diese Frage warf 2006 der Europaabgeordnete André Brie hinsichtlich des Staates Kuba auf. Brie hatte einer entsprechenden Resolution des Europaparlaments zugestimmt und war danach von Parteivorstand (damals der „Linkspartei.PDS“) gemaßregelt worden mit dem Hinweis, dies entspreche „nicht der Position der Linkspartei“. In einem Interview stellte Brie darauf hin fest, die Partei habe „trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt“.[43] Brie fährt fort: „Menschenrechte dürfen nicht instrumentalisiert werden. Es gibt in der Partei keine Bereitschaft die Individualität von politischen Menschenrechten zu akzeptieren. Im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das eben ist das Wesen von Frei-

---

[40] Vgl. Jelpke (Anm. 33).

[41] Ebenda.

[42] Vgl. die-linke (Anm. 21).

[43] „Die PDS hat kein Verhältnis zu Menschenrechten" Interview mit André Brie in: Der Spiegel vom 1. März 2006, auf: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,403755,00.html (gelesen am 9. Juli 2009).

heitsrechten. Es steht nicht im Grundgesetz: Die Würde eines staatssozialistischen Systems ist unantastbar."[44]

Unbenommen dieser Kritik besteht innerhalb der Partei „DIE LINKE“ der anerkannte Zusammenschluss „AG Cuba Sí beim Parteivorstand“, dessen Grundanliegen nach eigenen Angaben „die politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“ ist.[45] Hier versteht sich die AG „als Teil der internationalistischen Bewegungen gegen Krieg, Neoliberalismus, Faschismus, Ausbeutung und Ausgrenzung“.[46] Damit sind allerdings, wie Brie richtig kritisiert, nicht Ausbeutung und Ausgrenzung in Kuba selbst gemeint, wie sie „Amnesty International“ jährlich anprangert. Im Jahresbericht 2007 über Kuba heißt es u.a.: „Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Bewegungsfreiheit wurden weiterhin massiv beschnitten. … Politisch Andersdenkende, unabhängige Journalisten und Menschenrechtsverteidiger sahen sich anhaltenden Repressalien und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt oder wurden inhaftiert, einige ohne Anklageerhebung oder Prozess."[47]

Demgegenüber erklärte der Vorsitzende des Ältestenrats der Partei „DIE LINKE“, Hans Modrow, in einer Rede im Mai 2008 in Montevideo/Uruguay Kuba als Vorbild für das eigene politische Wirken: „Ihr, die linken Kräfte in Lateinamerika und nicht zuletzt die Fortsetzung des revolutionären, sozialistischen Prozesses in Kuba haben uns Anstoß und Mut für eine neue Debatte auch in Europa gegeben“.[48]

Seit den 1990er Jahren greifen verschiedene Vertreter der PDS, der „Linkspartei.PDS“ und der Partei „DIE LINKE“ Anliegen der extremistischen und in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) bzw. deren

---

[44] Ebenda.

[45] Vgl. http://www.cuba-si.de/cuba-si-intern/wir/wir.html (gelesen am 9. Juli 2009).

[46] Ebd.

[47] Amnesty International (Hrsg), Jahresbericht 2007, Kuba, auf: www.amnesty.de (gelesen am 9. Juli 2009).

[48] „Rede von Hans Modrow auf dem 14.Treffen des Forum Sao Paulo in Montevideo“, in: „Bulletin des Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ vom Juni 2008, S.10.

Nachfolgeorganisationen (KADEK, KONGRA-GEL) auf. Im Sommer 2008 plante die Bundestagsfraktion der „LINKEN“ die Aufhebung des PKK-Verbots zu beantragen, zog dies jedoch nach der Entführung von drei deutschen Bergsteigern durch die PKK wieder zurück. Auf die Frage „Ist der militärische Kampf der PKK ein legitimer Freiheitskampf?“ antwortete Gregor Gysi darauf hin in einem Interview: „Wer es in einer Demokratie nicht schafft, Mehrheiten zu organisieren, hat kein Recht zum gewaltsamen Widerstand. Wer aber diktatorisch unterdrückt wird, hat notfalls das Recht, sich auch bewaffnet zu wehren. Die Kurden wurden über Jahrzehnte stark unterdrückt."[49]

Eine vehemente Fürsprecherin der PKK ist seit langem die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die sich für eine Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK und des kurdischen Fernsehsenders „roj-TV“ einsetzt. In einer Rede auf einer kurdischen Kundgebung in Dortmund am 4. November 2007 wies Jelpke gemäß ihres „antifaschistischen“ Weltbildes der PKK die Rolle des Opfers und der Bundesregierung die Rolle des Unterdrückers zu, die mit ihrem Handeln Gewalttaten gegen Kurden geradezu ermutigt: „Mit der Beibehaltung des PKK-Verbots reiht sich die Bundesregierung in die antikurdische Allianz aus türkischer Regierung, Militär und Grauen Wölfen ein und ermutigt die türkischen Faschisten geradezu zu gewalttätigen Aktionen gegen kurdische Vereine."[50]

Noch problematischer erscheint die Solidarisierung einzelner Vertreter der „LINKEN“ mit der kolumbianischen Guerillaorganisation „Fuerzas Armadas Revolutionarias de Columbia“ (FARC), die Ende 2002 in die EU-Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen wurde. Im Zusammenhang mit einer Venezuela-Delegationsreise des Studierendenverbandes „Die Linke.SDS“ forderten die Teilnehmer, FARC von der Terrorliste zu streichen, sie als „Kriegspartei anzuerkennen“ und stattdessen den kolumbianischen

---

[49] "Gysi, du hast schon einen Knall“ Interview mit Gregor Gysi, in: Der Tagesspiegel vom 27. Juli 2008, auf: http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Gregor-Gysi;art122,2580268 (gelesen am 9. Juli 2009).

[50] http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=691 (gelesen am 9. Juli 2009).

Präsidenten Uribe auf die Terrorliste zu setzen.[51] „Amnesty International“ stellt in seinem Bericht 2008 fest, FARC begehe „unvermindert Menschenrechtsverstöße und schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht“.[52] Nichtsdestotrotz setzt sich auch der Bundestagsabgeordnete der „LINKEN“ Wolfgang Gehrke für Verhandlungen mit FARC und deren Streichung von der Terrorliste ein. Nachdem „Der Spiegel“ von einem Treffen Gehrkes und Vertretern der DKP mit einem FARC-Repräsentanten berichtet hatte,[53] bestätigte Gehrke seine Position in einer Bundestagsdebatte am 5. Juni 2008.[54] Hiermit vertreten Gehrke und die „Linke.SDS“ aber keine Einzelmeinungen. In einem Antrag vom 14. Juni 2007 (Drucksache 16/5678) fordert die „LINKS“-Fraktion der Bundestag möge beschließen, „sich dafür einzusetzen, dass die Nennung der FARC auf der Terrorliste der EU in ihrer Wirkung ausgesetzt wird, damit die Einbeziehung der FARC in international moderierte Friedensverhandlungen möglich wird."[55]

Noch heute kann auf der Webpräsenz der Partei „DIE LINKE“ ein vollkommen unkritisches Interview aus der Parteizeitschrift „Disput“ aus April 2005 mit dem „Vorsitzenden des Sekretariats und Chef der internationalen Kommission der FARC“, Raul Reyes, gelesen werden, in dem dieser den FARC-Terrorismus als Gebrauch des „Recht auf Rebellion“ der „revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ darstellen kann.[56] Auf die apologetische Frage, was die „Volksbewegung in Kolumbien von der EU und von den Linken“ erwar-

---

[51] Siehe http://venezuela.linke-sds.org/spip.php?article126 (gelesen am 9. Juli 2009).

[52] Amnesty International (Hrsg.), Jahresbericht 2008, Kolumbien, auf: www.amnesty.de (gelesen am 9. Juli 2009).

[53] „Kolumbien meldet Tod von legendärem Rebellenführer“, in: Der Spiegel Nr. 22 vom 26. Mai 2008, auf: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,555236,00.html (gelesen am 9. Juli 2009).

[54] Vgl. das Protokoll der Debatte auf: http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16166.pdf und auf der Webpräsenz der Partei „Die Linke“ http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1327249151 (gelesen am 9. Juli 2009).

[55] http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/056/1605678.pdf (gelesen am 9. Juli 2009).

[56] http://archiv2007.sozialisten.de/politik/ publikationen/disput/view_html?zid=27065 (gelesen am 2. Januar 2009).

te, antwortet Reyes: „Die revolutionäre Volksbewegung erwartet von der EU, auf jegliche Unterstützung der faschistischen Politik“ des kolumbianischen Präsidenten Uribe „zu verzichten“.[57] Kritische Nachfragen, etwa nach Menschenrechtsverletzungen, erfolgten nicht.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Kritik an sozialen Verwerfungen, Misswirtschaft oder gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten sind in einer freiheitlichen, offenen Demokratie nicht nur ausdrücklich erlaubt: Die Möglichkeit eines kritischen politischen Diskurses ist ihr zentrales Merkmal. Bestrebungen zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung werden allerdings von einer wehrhaften Demokratie aufmerksam beobachtet und als solche öffentlich gemacht.

„DIE LINKE“ ist eine ernstzunehmende politische und gesellschaftliche Kraft. Sie ist aber gegenwärtig immer noch eine ideologisch wie organisatorisch sehr heterogene Partei, in der es sowohl Reformer als auch Traditionalisten gibt. So umfasst „DIE LINKE“ ebenso die pragmatische Berliner Fraktion in der dortigen Regierungskoalition als auch die „Kommunistische Plattform“, André Brie und Klaus Ernst ebenso wie Sahra Wagenknecht und Ulla Jelpke. Diese Heterogenität in der Partei ist ausdrücklich von ihr gewollt und so muss sich „DIE LINKE“ folgerichtig auch die Aussagen und Positionen aller ihrer Gliederungen und Repräsentanten zurechnen lassen.

Bei einem Abgleich des unveränderlichen Inhalts der freiheitlichen demokratischen Grundordnung mit den Aktivitäten und inhaltlichen Aussagen von Repräsentanten der Partei „DIE LINKE“, wie sie in diesem Beitrag dargestellt wurden, ergeben sich eine Vielzahl von Anhaltspunkten, die zumindest den Verdacht einer extremistischen Bestrebung mit dem Ziel der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung begründen:

- Wenn die Partei fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht, warum wird dann immer wieder undifferenziert die „Systemfrage“ gestellt? Warum wird immer wieder Bezug auf Lenin genommen? Wie ist dann eine positive Würdigung der DDR-Diktatur möglich?

[57] Ebenda.

- Wenn die Partei die Wertprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anerkennt, warum werden kommunistische Strömungen innerhalb der Partei nicht nur zugelassen, sondern als Zusammenschluss verankert, mit Delegiertenmandaten bedacht und sogar finanziell unterstützt? Wie ist auf Basis der Anerkennung der Wertprinzipien des Grundgesetzes eine Zusammenarbeit mit der DKP oder mit Autonomen möglich?
- Wenn die Partei die universelle Geltung der Menschenrechte anerkennt, warum werden Verletzungen gegen diese nicht in Kuba angeprangert? Wieso wird ein Abgeordneter, der dies tut, von der Parteispitze gemaßregelt? Wie ist in diesem Zusammenhang eine Solidarisierung mit der PKK oder FARC möglich?

Bevor diese Widersprüche und Fragen nicht geklärt sind, kann die Partei „DIE LINKE“ nicht schlicht als eine linke Partei innerhalb des demokratischen Verfassungsbogens gesehen werden, da bei ihr weiterhin von einem rein instrumentellen Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgegangen werden muss. So lange dies der Fall ist, bleibt die Partei „DIE LINKE“ Beobachtungsobjekt eines Verfassungsschutzes, der seine Rolle als „Frühwarnsystem“ einer wehrhaften Demokratie ernst nimmt.

Die MLPD und die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag

Ein politisches Portrait der Partei und eine empirische Auswertung der Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern

Helmut Müller-Enbergs

1. Einleitung und Fragestellung

In manch einer Einkaufszone war während des Wahlkampfes zum 17. Deutschen Bundestag eine Agit-Prop-Kapelle der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) zu hören, die in einem Stück mit dem Refrain „Da ist der Wurm drin“ bemüht war, die herrschenden Verhältnisse auf den Punkt zu bringen. Sie unterlegte eine Redensart musikalisch, um den politischen Gegner zu karikieren. Doch tatsächlich wirkt der Refrain wie eine Offenbarung über den eigenen Zustand, den Zustand der MLPD, wonach etwas nicht stimmt, nicht in Ordnung ist – und es aus unbekanntem Gründen immer schief geht. In diesem Fall verlor die Partei trotz eines beinahe einjährigen Wahlkampfs mehr als ein Drittel ihrer Stimmen, die sie noch zu den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag 2005 erhalten hatte. Dem Parteivorsitzenden Stefan Engel fiel es sichtlich schwer, diese herbe Niederlage zu einem Erfolg zu deuten. Die Partei habe „von Anfang an keine Illusionen gehabt, dass sie bei diesen Wahlen erheblich Stimmen dazu gewinnen könnte“, aber es habe sich ein „gewachsenes Potential“ herausgebildet.[1] Sie könne „Stolz“ auf ihre „Offensive für den echten Sozialismus“ sein, was selbst die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der Partei, zu der Frage veranlasste: „Wie kann die Partei stolz sein, wenn sie gut ein Drittel ihrer früheren Stimmen vor allem an die Linkspartei verloren hat?“ Die dürre Antwort: „Der Stolz bezieht sich vor allem auf die erfolgreiche Offensive, einen regelrechten Durchbruch in der systematischen Kleinarbeit und die unzähligen Kontakte und Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen, Organisationen, Diskussionsthemen und Anliegen.“[2]

---

[1] „Das Potential für die sozialistische Alternative ist eindeutig gewachsen“ vom 27. September 2009; http://www.mlpd.de/201edas-potential-fuer-die-sozialistische-alternative-ist-eindeutig-gewachsen201c.

[2] Achtungserfolg im Gegenwicht, in: Rote Fahne, Nr. 40 vom 1. Oktober 2009;

Der nachfolgende Beitrag geht zwei Fragen nach. Erstens: Wo steht die MLPD heute, nachdem sie bzw. ihre Vorläufer über vierzig Jahre politisch aktiv ist? Zweitens: Welches Mobilisierungspotential hat sie? Welche Wirkungsmacht hat sie gesellschaftlich? Der aussagekräftigste, weil überprüfbarste Indikator dafür sind Wahlergebnisse. Mit ihrer Hilfe lassen sich Hochburgen und Diaspora der MLPD feststellen.

Die MLPD geht, was sie selbst betrifft, von einer „relativen Isolierung" aus.[3] Sie ist politisch und gesellschaftlich belanglos, so sehr, dass nicht einmal alle, die von Berufs wegen mit ihr befasst sind, sie in ihren jährlichen Berichten oder wissenschaftlichen Analysen für erwähnenswert erachten. Sie spielt also weder in den Medien[4], in der Parteienforschung[5] noch bei den Nachrichtendiensten eine nennenswerte Rolle.[6] Nicht einmal das Ministerium für Staats-

---

http://www.rotefahne.info/rote-fahne/2009/kw40/achtungserfolg-im-gegenwind.

[3] Vgl. Stefan Engel/Monika Gärtner-Engel, Sozialismus im Brennpunkt, Essen 2007, S. 21. Die Erwähnung der Partei in den Medien wird offenbar genau ausgezählt: „Nach einer unvollständigen Erfassung wurde die MLPD", wie sie feststellte, „von Mitte August bis Ende Oktober [2004] in 182 Artikeln der überregionalen bürgerlichen Presse erwähnt, also durchschnittlich 18-mal pro Woche. Die Gesamtauflage der dabei erfassten Medien lag bei mindestens zehn Millionen. Hinzu kamen einige Fernseh- und Radioberichte. Dagegen war die MLPD noch im zweiten Halbjahr 2003 nur 13-mal in überregionalen Zeitungen erwähnt worden und im Fernsehen völlig unsichtbar." Vgl. Interview mit Stefan Engel, in: Rote Fahne vom 16. Dezember 2004. Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 167–184.

[4] Vgl. zu den seltenen Ausnahmen Matthias Lohre, Der Getreue, taz vom 31. Juli 2007.

[5] Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 65; Patrick Moreau / Jürgen Lang, Linksextremismus, Bonn 1996, S. 276–311; Eckhard Jesse / Roland Sturm, Bilanz der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2005, S. 27 u. 173; Dieter Rucht, Berlin, 1. Mai 2002, Opladen 2003, S. 35; Alf Mintzel / Heinrich Oberreuther, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990, S. 362; Andreas Schulze, Kleinparteien in Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 131; Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 108; Frank Decker, Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 330.

[6] Zu den seltenen Fällen, dass entsprechende Aktivitäten erkennbar werden vgl. Klaus-

sicherheit zeigte sich seinerzeit sonderlich an ihr interessiert: Dem Ministerium genügte mit „Heizer“ ein einziger Altkommunist, um bei dessen gelegentlichen Gesprächen mit dem Mitglied Willi Dickhut das Informationsinteresse des SED-Staates vollständig abgedeckt zu erhalten. Diese Bedeutungslosigkeit und Isolation ist für die hoch motivierten und selbstlosen Mitglieder seit Jahren bitter und enttäuschend. Denn von den in den 1960er und 1970er Jahren entstandenen politischen Gruppen (gemeinhin K-Gruppen genannt), die sich an Theorie und Praxis Josef W. Stalins und Mao Tsetungs orientierten, sind heute nur wenige übrig geblieben. Und die stärkste unter diesen Parteien und Gruppen ist der im Juni 1982 in MLPD umbenannte „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD).[7]

2. Selbstverständnis

Die MLPD versteht sich als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland“ und strebt einen „echten Sozialismus“ an. Als leuchtendes Vorbild stellt sie sich darunter die Sowjetunion (unter Stalin) und das China Mao Tsetungs vor, also jeweils die brutalste Variante der Herrschaft kommunistischer Parteien. Dies scheint die MLPD aber nicht zu stören. In ihrem Programm heißt es: "Die MLPD erkennt die großen Leistungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in der DDR an. Die Verdienste des Sowjetvolks bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus sind unvergänglich. Gegen den erbitterten Widerstand der inneren und äußeren Feinde hat Stalin nach dem frühen Tod Lenins die Sowjetunion entschlossen auf dem sozialistischen Weg weitergeführt. Dabei wurde jedoch der notwendige ideologische Kampf gegen die kleinbürgerliche Denkweise vernachlässigt und auf die Mobilisierung der Massen gegen die kleinbürgerlich entarteten Vertreter der

---

Werner Jonas – die fragwürdige Karriere eines Spitzels, in: Rote Fahne, Nr. 46 vom 17. November 2005; http://rotefahne.mlpd.de/rf0546/rfart11.htm.

[7] Er steht zwar politisch und intellektuell, jedoch nicht organisatorisch und personell in der Tradition einer gleichnamigen, bereits 1965 bis 1968 bestandenen Partei. Vgl. Franz Ansprenger, Die Aussenpolitik Chinas: Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, München, Wien 1975, S. 347.

Bürokratie verzichtet. Das waren die beiden Hauptfehler Stalins“[8] – sonst nichts. Allein, dass nunmehr überhaupt von Hauptfehlern die Rede ist, bedeutet für die MLPD einen mächtigen Lernerfolg. Zuvor hieß es stets: „Wer Stalin angreift, der greift den Marxismus-Leninismus an“ oder, die Partei habe „seit ihrem Bestehen die Verdienste Stalins verteidigt.“[9]

Mit dem XX. Parteitag der sowjetischen KP im Jahre 1956, also mit Beginn der zaghaften Kritik an den Herrschaftsmethoden Stalins, sieht die MLPD die „Restauration des Kapitalismus“ zu einem Sozialimperialismus in der Sowjetunion eingeleitet wie auch in China, als die dortige KP die „Theorie der drei Welten“ Ende der 1970er Jahre vertrat.[10] Leidenschaftlich verteidigt sie auch Auswüchse und Entgleisungen während der „Kulturrevolution“ in China. In ihrem Programm heißt es: „Mao Tsetung entwickelte 1966 die Idee der Großen Proletarischen Kulturrevolution als der höchsten Form des Klassenkampfs im Sozialismus … Die Große Proletarische Kulturrevolution stellt die entscheidende Methode des Kampfs gegen die Gefahr einer revisionistischen Machtergreifung dar durch eine sprunghafte Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins der Massen und die Festigung der Diktatur des Proletariats.“[11]

Die MLPD betrachtet sich als „Partei neuen Typs“, die nach dem „Verrat an den kommunistischen Idealen“ in der Sowjetunion und in Osteuropa entstand. Ihr Ziel sei lediglich mit einer „proletarischen Denkweise“ und auf revolutionärem Wege zu erreichen: „Die Arbeiterklasse muss nach dem Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten und der Eroberung der Staatsmacht die Diktatur des Proletariats errichten und die Produktionsmittel in gemeinsames Eigentum des gesamten werktätigen Volkes überführen“.[12]

---

[8] Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands, Programm der MLPD, Essen 2000, S. 44.

[9] Vgl. Rote Fahne vom 28. Februar 2003.

[10] Vgl. Frank Hirschinger, „Gestapoagenten, Trotzkisten, Verräter“. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, S. 8; Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen, Frankfurt a. M. 2005, S. 107.

[11] Vgl. Programm der MLPD (Anm. 8), S. 45.

[12] Ebenda.

Die Partei bemüht sich daher besonders um den Einfluss unter den Arbeitern. Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gilt ihr als Hauptkampflinie. Nach Eigenangaben leistete die MLPD in 170 der 500 größten Betriebe in der Bundesrepublik systematische Arbeit und habe bei den Wahlen zu den Betriebsräten 2006 ihre Mandate verdreifachen können, insbesondere in der Automobil-, Stahl- und Elektroindustrie.[13] Allerdings erzielten ihr nahestehende Wahllisten wie die bei DaimlerChrysler in Untertürkheim lediglich 314 von 14 701 Stimmen, bei Opel in Bochum 442 von 5.740 Stimmen, und 1987 verfügte sie über lediglich 40 Betriebszellen, vornehmlich in der Stahlindustrie. Die Tatsache, dass die MLPD nach 40 Jahren Konzentration auf die Gewinnung der Arbeiterklasse im wesentlichen immer noch ein Randdasein in den Betrieben führt, wird nicht der eigenen Unfähigkeit angelastet, sondern Betriebsräten und Gewerkschaftsführungen, denen es stets gelänge, das zunehmende Klassenbewusstsein des Kerns der Arbeiterklasse immer wieder zurückzudrängen.

3. Tradition

Die Wurzeln der MLPD reichen bis in die 1960er Jahre zurück. Ihren Ursprung hat sie bei Tübinger Studenten, die von Mao Tsetung und mit ihm von Josef W. Stalin begeistert waren. Sie gehörten teils dem „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) an und später seinen Zerfallsprodukten, die sich 1969 um die Publikation „Roter Pfeil“ gruppierten. Diverse studentische Gruppen dieser Couleur in Baden-Württemberg vereinten sich zunächst im „Zentralen Aktionskomitee“ (ZAK), das im August 1970 den „Kommunistischer Arbeiterbund“ gründete und bald den Zusatz „Marxisten-Leninisten“ annahm (KAB/ML). Der KAB/ML vereinigte sich im August 1972 wiederum mit einer Handvoll Altkader der KPD zum „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD). Bei denen handelte es sich u. a. um Franz Wennig, Gerd Flatow und Willi Dickhut, die sich der chinesischen Strömung innerhalb der kommunistischen Bewegung angeschlossen und bereits an der 1968 erfolgten Gründung der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) beteiligt hatten, sich aber im

[13] Vgl. Engel/Gärtner-Engel (Anm. 3), S. 25 und 59.

August 1970 als KPD/ML („Revolutionärer Weg“) abspalteten.

In den 1970er Jahren kam es auch beim KABD mehrfach zu Abspaltungen – in Bayern, Hessen und im Saarland, zuletzt bei der Bewertung der chinesischen Politik.[14] „Regionale Hegemonie“ konnte der KABD unter den K-Gruppen allein im süddeutschen Raum beanspruchen, vor allem in Tübingen, Böblingen, Sindelfingen, Leonberg, Weil der Stadt, Esslingen und Kirchheim, Nürtingen und schließlich, aus der Provinz vorpreschend – in Stuttgart.[15] Insoweit war der KABD ein Produkt der zweiten Welle der Studenten- und Lehrlingsbewegung, die vor allem ihren Ursprung neben den städtischen Metropolen hatte.

In anderen Regionen der alten Bundesrepublik Deutschland dominierten K-Gruppen wie der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“, die „Kommunistische Partei Deutschlands“, die erwähnte KPD/ML, der „Kommunistische Bund“ oder der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“. In der Bedeutung dieser an Mao orientierten Gruppen nahm der KABD in der Regel lediglich den fünften oder sechsten Platz ein.[16] Anders als diese Gruppen zerfiel der KABD in den 1980er Jahren keinesfalls, was vor allem dadurch begründet ist, dass sich die Mitglieder weithin von Diskussionsprozessen außerhalb der eigenen Organisation abgeschottet hatten, wobei der auffallend geheimbündische Charakter des KABD, die regelmäßige Ausrichtung und Beschäftigung seiner Mitglieder mit innerparteilichen monatelangen Kritik- und Selbstkritikkampagnen und bestimmender Kreise in der Zentralen Leitung und eine beachtliche Abneigung insbesondere gegen Intellektuelle geholfen hat.

---

[14] Vgl. Langguth (Anm. 5), S. 102 f.

[15] Vgl. Jürgen Schröder, Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der K-Gruppen, Berlin 1990.

[16] Vgl. Detlef Siegfried, Urbane Revolution, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die „Gegenkultur“ der 1970er Jahre, in: Adelheid von Salder (Hrsg.), Stadt- und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten, Stuttgart 2006, S. 351–366, hier 356.

4. Parteitage

Das laut Statut höchste Gremium ist der Parteitag der MLPD, der in der Regel alle vier Jahre stattfinden soll. Die vergleichsweise lebendige Diskussion unter den Mitgliedern zur Gründung der Partei und in früheren Jahren bei der Vorbereitung von Parteitagen ist einer Routine gewichen, die wirklichkeitsfremde, schönfärberische und zunehmend selbstgerechte Züge enthält. Einem Parteitag gehen regelmäßig monatelange Diskussionen über den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees voraus, die auf Orts- bzw. Kreisdelegiertentagen in Anträgen inhaltlicher und redaktioneller Art münden. Anträge werden dabei nicht selten von der Parteiantragskommission des Zentralkomitees zu „Leitanträgen“ zusammengefasst. Anträge, die sich kritisch mit einer Aussage des Rechenschaftsberichts auseinandersetzen, entschärft man auf diese Weise und fasst sie so textlich neu, damit Widerspruch zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees in der Parteitagsdiskussion und zuletzt in den -Dokumenten nicht mehr klar sichtbar ist. Zeitversetzt erfolgen die Rechenschaftslegungen aller anderen Leitungen auf Kreis- oder Landesebene. Im Konzert dieser stets auch erzieherischen Charakter tragenden Debatten wird ein geschlossenes Welt- und Selbstbild geprägt, dessen ständige Erörterung zudem eine filternde Wirkung auf die Mitglieder ausübt. So entstehen auf jeder Parteiebene Dokumente, die die Mitglieder binden und von ihnen mitgetragen werden. Darin sieht die MLPD einen demokratischen Willensbildungsprozess ihrer Mitglieder, was aber tatsächlich lediglich die diskursive Anpassung an die vom Zentralkomitee ausgegebenen Vorstellungen ist.

Genaue Termine und Orte der Parteitage werden erst zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gemacht. Bis 2009 fanden acht Parteitage und ein außerordentlicher Parteitag mit in der Regel durchschnittlich um die einhundert Delegierten statt: 1982 der I. und Gründungsparteitag (Bochum), 1985 der II. Parteitag (Köln), 1988 der III. Parteitag (Duisburg), 1991 der IV. Parteitag (Belgien), 1996 der V. Parteitag (Solingen), 1999 der VI. Parteitag (Gelsenkirchen), 2004 der VII. Parteitag (Magdeburg), 2005 der 1. außerordentliche Parteitag, und im Jahr 2008 der VIII. Parteitag (Hamburg).

Der I. Parteitag verabschiedete neben Programm und Statut ein „Kampfprogramm“. Die MLPD konnte sich in Baden-Württemberg mit ihren 350

Mitgliedern zu diesem Zeitpunkt vor allem in Stuttgart auf ein Sympathisantenumfeld von gut 2.000 Personen (heute rund 200) stützen. Der II. Parteitag betonte als „Kernschwäche“ der Partei die „Kaderfrage“.[17] Der III. Parteitag nahm sich die Teilnahme an den Europa- und Kommunalwahlen vor und die Reorganisation ihres „Marxistisch-Leninistischen Bundes Intellektueller“ (MLBI); 1.200 Besucher wurden für die öffentliche Abschlussveranstaltung verzeichnet. Der IV. Parteitag löste den MLBI auf und beschloss die Zusammenlegung der Jugendverbände. Auf dem V. Parteitag lehnte die MLPD jede Form von „Klassenzusammenarbeit“ ab und verurteilte die „schädliche“ Rolle der PDS, mit der sie zwei Jahre zuvor zu den Bundestagswahlen zu kandidieren beabsichtigt hatte.[18] Schwerpunkt sollte fortan der Aufbau des Jugendverbandes „Rebell“ zu einer „wirklichen Massenorganisation“ werden. Auf dem VI. Parteitag beschloss die MLPD ein neues Programm, das wie zuvor auf die revolutionäre Umgestaltung in der Bundesrepublik zielt. Sie wünschte sich einen neuen Aufschwung des Kampfes für den „echten Sozialismus“. Der ursprünglich für 2003 vorgesehene VII. Parteitag wurde um ein Jahr verschoben. Falls die erzieherischen Anpassungsbemühungen dennoch nicht greifen sollten, reagiert die MLPD traditionell auf – angebliche – „Abweichungen“ von der „proletarischen Denkweise“ mit einem augenscheinlich verschärften „Kampf gegen die kleinbürgerliche Denkweise“, was einem ideologischen Desinfektionsbad gleichkommt. Anlässlich einer solchen Abweichung fand 2005 der 1. außerordentliche Parteitag der MLPD statt, der betrüblicherweise bei der mit erheblichen Vollmachten ausgestatteten „Zentralen Kontrollkommission“ (ZKK) – mehr als drei Mitglieder, zwei davon freigestellt – „Tendenzen einer revisionistischen Entartung“ ausgemacht haben will. Die Kommission wurde auf dem Parteitag suspendiert, ihr Rechenschaftsbericht (stets auch Höhepunkt eines jeden Parteitages) zurückgewiesen und dieses Ergebnis als wichtiger Erfolg der MLPD gefeiert. Wie von mehreren Personen in und außerhalb der Partei übereinstimmend bekundet, hatten die vielen Untersuchungsverfahren

---

[17] Vgl. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Dokumente des II. Parteitages der MLPD, Essen 1985, S. 296.

[18] Vgl. Patrik Moreau/Rita Schorpp-Grabiak, „Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit. Die PDS – eine Bilanz, Baden-Baden 2002, S. 211.

der ZKK gegen Kader und Mitglieder jahrelang einen manipulativen Charakter enthalten, wonach nicht primär politische Abweichungen ausschlaggebend waren, sondern es vielmehr um die Entfernung oder das Gefügigmachen unliebsam gewordener Mitglieder ging.

Über daran geäußerte Kritiken und Hinweise von Mitgliedern bzw. Betroffenen gingen Zentralkomitee und ZKK hinweg, ignorierten sie, bis eine Stimmung auf dem Parteitag erreicht war, die zum Handeln zwang – und das Zentralkomitee ging siegreich hervor. Nicht wenige Mitglieder irritierte der Umstand, dass ausgerechnet im Zentrum der Partei, das über die „proletarische Denkweise" zu wachen hatte, eben jene „Tendenzen einer revisionistischen Entartung" festgestellt wurden und zum Vorschein kamen. Eine breite öffentliche Aufklärung der Hintergründe erfolgte nicht. Ohnehin finden sich ungenehme Stimmen selten in den Parteitagsdokumenten. Selbst Willi Dickhuts bemerkenswerte Einlassungen auf seinem zuletzt von ihm besuchten Parteitag gegen autoritäre, erniedrigende und rüde Führungsmethoden gerade der Genossen um Stefan Engel sucht man vergeblich. Die für autoritäre Parteien und Personen typische Vorgehensweise beschreibt einmal mehr den Anspruch der umfassenden Kontrolle des Zentralkomitees über die Partei. „Die Kontrolle der Denkweise insbesondere der leitenden Kader der Partei", erklärte sie, sei ausschlaggebend, um einer „revisionistischen Entartung" vorzubeugen.[19] Die Tendenzen eines Personenkults um den Parteivorsitzenden nahmen bei dieser Gelegenheit erheblich zu, der sich immerhin für den „dienstältesten Parteivorsitzenden der Bundesrepublik" hält.[20]

Damit die Vorbereitung des VIII. Parteitages ruhiger verlaufen konnte, erfolgte eine abermalige, allerdings die größte Neustrukturierung der MLPD in sieben Landesverbände mit geplanten 50 Kreisverbänden, die mit erheblichem Kraftaufwand noch zeitig genug abgeschlossen werden konnte. Einen erheblichen Stellenwert nahm auf diesem Parteitag die Nachbereitung

---

[19] Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Dokumente des 1. außerordentlichen Parteitages der MLPD, Essen 2005, S. 94.

[20] Deutschlands dienstältester und zukunftsträchtigster Parteivorsitzender: Stefan Engel – 25 Jahre Vorsitzender der MLPD!, in: Rote Fahne, Nr. 3 vom 20. Januar 2005; http://rotefahne.mlpd.de/rf0503/rfart4.htm.

des 1. außerordentlichen Parteitages ein, wobei das „funktionierende System der Selbstkontrolle“ gelobt wurde.

5. Zentralkomitee

Das Zentralkomitee der MLPD wird seinem Statut (§ 13) nach auf einem in der Regel alle vier Jahre tagenden Parteitag gewählt. Es hat unter seinem Vorsitzenden eine starke Stellung innerhalb der Partei, denn nach § 9 „muss“ der Einzelne sich der Partei, die Minderheit der Mehrheit, die unteren der höheren Ebene und die gesamte Partei dem Zentralkomitee unterordnen. Erstmals im Laufe des Jahres 1983 gab die MLPD die Namen von führenden Repräsentanten der Partei an, was in den Jahren zuvor sehr zurückhaltend praktiziert wurde. Nur, die „Partei der Jugend“ ist in die Jahre gekommen. Die 13 öffentlich genannten Spitzenfunktionäre haben ein Durchschnittsalter von über fünfzig Jahren und die Studentenbewegung 1967/68 zumeist als Schüler erlebt, verspäteten sich in den Tagen der Revolte also biologisch. Die älteren Mitglieder des Zentralkomitees hingegen (Jahrgänge 1948/49) wurden als Studenten politisiert wie Anna Bartholomé (Jg. 1949) im Jahre 1971 oder Klaus Arnecke (Jg. 1948) im Jahre 1969. Aus der Lehrlingsbewegung kommen die Schlosser Stefan Engel (Jg. 1954), der seit seinem 28. Lebensjahr Parteivorsitzender ist, und Günter Slave (Jg. 1955).[21] Das Durchschnittsalter nahm in den letzten Jahren ebenso zu wie es in den nächsten Jahren weiterhin zunehmen wird. Die meisten Spitzenkader weisen als regionale Herkunft Bayern und Baden-Württemberg auf. Insoweit ist die regionale Repräsentation kein Selektionsmuster für Spitzenfunktionen innerhalb der Partei wie ebenfalls nicht das Geschlecht: Die Hälfte des Himmels gehört innerhalb dieser „Partei neuen Typs“ nicht den Frauen – lediglich zwei finden sich unter den bekannten Spitzenkadern. Immerhin sind innerhalb des Zentralkomitees ihr Vorsitzender Stefan Engel, der einstimmig wiedergewählt wurde, und seine Stellvertreterin Monika Gärtner-Engel maßgebend.

Dem Zentralkomitee gehören wohl über 24 Mitglieder an. Es tagt im Schnitt

[21] Vgl. Decker/Neu (Anm. 5), S. 330.

alle sechs bis acht Wochen, diskutiert – durchaus kontrovers – die Sekretariats-, Organisations- und Abteilungsberichte und kontrolliert den Vollzug der gefassten Beschlüsse. Das Sekretariat des Zentralkomitees mit seinen sieben bis acht Hauptamtlichen, unterstützt jeweils durch einen Assistenten, tagt in der Regel alle vierzehn Tage. Das Zentralkomitee verfügt über mehrere Abteilungen, darunter die für Organisation und Kader, Betrieb und Gewerkschaft, Kultur, Jugend, Internationalismus, Finanzen, Frauen, Massenorganisationen und Bündnisarbeit, Anleitung und Kontrolle und Grundsatzfragen.

Die MLPD ist in Parteigruppen, Orts- und Kreisverbände sowie Landesverbände gegliedert. Die bei Gründung der MLPD bestehende Landesverbandsstruktur wurde zugunsten von elf Bezirksverbänden mit 80 Ortsgruppen reorganisiert, da diese „für die flexiblere Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse“ besser geeignet seien. In ihrem Mutterland Baden-Württemberg wurden die Bezirksverbände Baden, Nord-Württemberg und Süd-Württemberg gebildet. 1985 verfügte die MLPD über zwölf Bezirke mit über 100 Ortsgruppen. Die Reorganisation teilte 1986 bestehende Bezirke und gründete auch neue, so dass 15 Bezirke (1987: 16) entstanden, die das Zentralkomitee – damals noch von Essen aus – direkt anleitete. In Baden-Württemberg mit seinen 29 Orts-, Stadtteil- und Wohngebietsgruppen (1987: 35, 1988: 29) teilte die Partei Baden in Nord- und Südbaden, Nord- und Süd-Württemberg verblieben. Im Oktober 1990 beschloss sie in den alten Bundesländern abermals eine Reform, wonach sie die Bezirksorganisationen von 16 auf 8 reduzierte, um die „Ausrichtung und Neuformierung der Kräfte“ zu ermöglichen. Alle vier Bezirke in Baden-Württemberg fasste sie nun zu einem zusammen. Solche Bezirksorganisationen konnten räumlich recht groß ausfallen wie der Bezirk Nord-West, zu dem die Region Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg gehören.

6. Landesverbände

Eine ernsthafte Krise innerhalb der MLPD trat 1996 auf, als es zu erheblichen internen Auseinandersetzungen kam. Das Monopol des Zentralkomitees in Sachen proletarische Denkweise führte faktisch zu einer Kaderumwälzung, weshalb teilweise die Leitungen auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene bis zu 90 Prozent neu besetzt worden sind. Die 1997 daraufhin veranlasste organisatorische Umbildung von 25 Ortsgruppen zu Kreisverbänden war im Folgejahr nahezu abgeschlossen. Diese steten Umbildungen sind ein besonderes Kennzeichen der MLPD und angesichts der dünnen Kaderdecke der beständige und vergebliche Versuch, einerseits den Einfluss des Zentralkomitees zu sichern, andererseits funktionstaugliche Leitungen zu installieren. Es wundert daher nicht, dass die MLPD 2001 ihre organisatorische Stärke für nicht zureichend hielt, um ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen. Patentrezept ist bei der MLPD traditionell die Ursachenforschung bei der Denkweise, die nicht ausreichend proletarisch sein würde. In der Folge tauschte sie 20 bis 30 Prozent der Leitungsmitglieder aus, zumal nicht wenige Mitglieder resignieren und aus dem „Kaderverschleiß“ Konsequenzen ziehen. Einen punktuellen Motivationsschub bedeutete allerdings im Sommer 2004 der Streik der Opel-Arbeiter und vor allem die Debatte um Hartz IV, als es der MLPD mit den „Montagsdemonstrationen“ für einige Wochen gelang, die Bewegung zu instrumentalisieren. Allerdings trug ihre eigensinnige, auf Abgrenzung und zugleich politische Dominanz ausgerichtete Bündnispolitik dazu bei, die Montagsdemonstration zu spalten und so relativ schnell wieder in ihre eingeübte Isolation einzutauchen. Einsam zog sodann die MLPD montags ihre Runden. 2006 erfolgte abermals die erwähnte Reorganisation der Strukturen der MLPD, wonach sieben Landesverbände und 50 Kreisverbände angestrebt wurden.[22] Immerhin will die MLPD die Parteiarbeit im Laufe des Jahres 2005 – kaum glaubhaft – von 160 auf 360 Städte ausgeweitet haben.[23] Nach Eigenangaben soll sie sogar in 450 Städten – zeitweise gab sie 500 Städte an – vertreten sein. Sie gibt jedoch lediglich 78 Kontaktadressen an.

---

[22] Vgl. Engel/Gärtner-Engel (Anm. 3), S. 43 f.

[23] Vgl. ebenda, S. 60.

7. Mitgliederentwicklung

Die Anzahl ihrer Mitglieder hält die MLPD geheim; sie ist nicht einmal allen Mitgliedern des Zentralkomitees bekannt. 2007 konnte sie zur Veranstaltung zum 25jährigen Bestehen 2.100 Mitglieder mobilisieren, was zuverlässig das Mobilisierungspotential beschreibt.[24] Zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1982 wird in der Literatur von 900 Mitgliedern ausgegangen, eine Anzahl, die bis 1990 auf 1.500 anstieg. Die Herbstrevolution 1989 wirkte sich nicht abträglich auf die Mitgliederentwicklung aus; diese stieg sogar bis 1995/96 kontinuierlich auf 2.700 an und erreichte damit ihren vorläufigen Höhepunkt. Nach der deutschen Einheit sollten mindestens zehn Prozent der Mitglieder in den neuen Bundesländern aktiv werden. In den folgenden zwölf Jahren schwankte die Anzahl der Mitglieder zwischen 2.000 und 2.300 – sie stagnierte.[25] Gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestages waren nach ihren Angaben am 31. Dezember 2003 „2000 Personen Mitglieder der Partei".[26] Insbesondere die Anforderungen an die proletarische Denkweise führte zu Verlusten an Mitgliedern und Funktionären, was im Juli 1997 Erwägungen nach einer Reorganisation der Partei befördert hat.

In ihren Angaben hebt die MLPD stets das prozentuale Wachstum bei den neu gewonnenen Mitgliedern hervor. Sie geht seltener auf ausgeschlossene oder ausgetretene Mitglieder ein. Hieß es noch im Jahre 2003, dass 15 Prozent mehr Mitglieder seit dem VI. Parteitag von 1999 zu verzeichnen gewesen seien,[27] waren es allein im Jahr 2004 zehn Prozent. Um klare Mitgliederzahlen zu vermeiden, wird zuweilen kryptisch argumentiert: „Wir haben seit dem Parteitag (2004) bis Anfang November (2004) ein Mitgliederwachstum von etwa sieben Prozent zu verzeichnen. Das ist nach zehn Monaten die Hälfte des Zuwachses, den die Partei in den vier Jahren zwischen dem

---

[24] Vgl. ebenda, S. 5.

[25] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Bonn, dann Berlin 1983–2008.

[26] Vgl. Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 19. April 2006; Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1252, S. 72.

[27] Eine außerordentlich gute Periode im Parteiaufbau der MLPD!, in: Rote Fahne, Nr. 37 vom 10. September 2003; http://rotefahne.mlpd.de/rf0337/rfart8.htm.

VI. (1999) und VII. Parteitag (2004) hatte.“ „Die Anzahl derer, die sich wegen Mitgliedschaft direkt an das Zentralkomitee der MLPD gewendet haben, hat sich im letzten Vierteljahr um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht“, hieß es im Dezember 2004.[28] Gleichfalls traten Erwägungen auf, wohl um neuen Mitgliedern den Zugang zu erleichtern, stärker zwischen Funktionären und Mitgliedern zu differenzieren: „Wir müssen künftig den Unterschied zwischen den Kadern der Partei und Mitgliedern ohne besondere Funktion bewusster im Blick haben.“[29] Letztlich hieß es, seit ihrem VII. Parteitag (2004) gäbe es sogar „über 20 Prozent mehr Mitglieder“. An anderer Stelle wird für 2004/05 von 25 Prozent mehr Mitgliedern gesprochen.[30] Im Dezember 2007 räumte die Partei eine „zeitweilige Stagnation in der Mitgliederentwicklung“ ein.[31] Die hielt tatsächlich an. Gab sie noch auf dem VIII. Parteitag (2008) vor, seit ihrem letzten Parteitag mit „60 Prozent Neuaufnahmen die große Attraktion der Partei auf die Massen erleben“ zu können, räumte sie zunächst zwar teilweise Austritte ein, aber nach den Bundestagswahlen offenbarte Stefan Engel am 1. Oktober 2009: „Auch die Mitgliederntwicklung der MLPD stagnierte in den letzten vier Jahren. In einzelnen Regionen ging sie sogar leicht zurück.“[32] Das bedeutet zweierlei: Erstens waren über die Hälfte der Parteimitglieder binnen vier Jahren ausgetauscht worden, was verständlich macht, dass es lange brauchte, um eine Reorganisation der Partei in Landesverbände zustande zu bringen. Zweitens besteht die MLPD aus einem Kern von rund 800 Altgenossen, so viele, wie etwa schon bei Gründung der Partei vorhanden waren. Das darf als Vorboten dafür gedeutet werden, dass die MLPD ihren Zenit überschritten hat, nicht allein punktuell, sondern insgesamt stagniert und von ihren Ressourcen lebt.

---

[28] Vgl. Zukunftsdebatte entbrannt, in: Rote Fahne, Nr. 50 vom 9. Dezember 2004; http://rotefahne.mlpd.de/rf0450/rfart7.htm.

[29] Vgl. Eine außerordentlich gute Periode (Anm. 27).

[30] Vgl. Engel/Gärtner-Engel (Anm. 3), S. 57.

[31] Vgl. Stefan Engel im Interview, in Rote Fahne, Nr. 26 vom 26. Juni 2007 und Nr. 50 vom 12. Dezember 2007.

[32] Vgl. Achtungserfolg im Gegenwind, in: Rote Fahne, Nr. 40 vom 1. Oktober 2009; http://www.rotefahne.info/rote-fahne/2009/kw40/achtungserfolg-im-gegenwind.

Die regionale Verteilung bildet sich bei den sieben Landesgeschäftsstellen und -verbänden der MLPD ab: Die von Baden-Württemberg liegt in Stuttgart, die von Bayern in Nürnberg und die von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Angesichts geringerer Mitgliederzahlen ist die für die Region Nord-West in Hamburg und die für Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland in Frankfurt/Main zusammengefasst. In den neuen Bundesländern sieht es ähnlich aus. Dort gibt es lediglich die beiden Landesgeschäftsstellen in Berlin, die für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, und die in Leipzig, die für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt (Elbe-Saale genannt) zuständig ist. Trotz einer systematischen Umzugswelle, die 1977/78 von Baden-Württemberg und Bayern zahlreiche Funktionäre und Mitglieder nach Nordrhein-Westfalen führte, konnte die Mitgliederzahl in Baden-Württemberg mit etwa 600 bis 700, zuletzt mit fallender Tendenz, weitgehend stabil gehalten werden. Bis 1990 lebte etwa die Hälfte der Mitglieder in Baden-Württemberg. Die Anzahl der Mitglieder in Nordrhein-Westfalen liegt seit 1990 bei 600 bis 650. In anderen Regionen gibt es deutlich weniger: in Bayern und Berlin jeweils rund 100, in Niedersachsen 25, Hamburg 15 oder in Bremen zehn. In den neuen Bundesländern vermochte die MLPD nur bedingt Fuß zu fassen: Für Thüringen sind 50, in Brandenburg 25, in Mecklenburg/Vorpommern 20 und in Sachsen-Anhalt lediglich einzelne Mitglieder verzeichnet – in der Summe über 100.

Besonders stolz ist die MLPD auf die Klassenlage ihrer Mitglieder: 70 Prozent von ihnen würden der Arbeiterklasse angehören, bei Gründung des KABD wären es 81 Prozent gewesen.[33] Seinerzeit waren jedoch andere Angaben gemacht worden. Demnach wiesen 92 Prozent der Mitglieder 1982 eine „proletarische Klassenlage“ auf, 55 Prozent seien Arbeiter, 37 Prozent Angestellte gewesen. Der Herkunft nach seien 69 Prozent der Mitglieder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien gewesen (1975 61 Prozent).[34] Demnach kam jedes dritte Mitglied, sofern nicht Zwischenschichten in Rechnung

---

[33] Vgl. Zum 25. Jahrestag der Gründung der MLPD. Interview mit dem Vorsitzenden der MLPD, Stefan Engel, in: Rote Fahne, Nr. 25 vom 20. Juni 2007; http://rotefahne.mlpd.de/rf0725/rfart10.htm.

[34] Vgl. Zentralkomitee der MLPD (Hrsg.), Geschichte der MLPD. II/2, Düsseldorf 1986, S. 615.

gestellt werden müssen, aus dem Bürgertum. Als Intellektuelle werden 17 Prozent der Mitglieder (2004) eingestuft. Von 2004 auf 2007 nahm die Anzahl der arbeitslosen Parteimitglieder von vier auf 18 Prozent zu.[35]

Um die proletarische Denkweise zu befördern, werden die Mitglieder regelmäßig geschult, wozu ihr entsprechende Arbeiterbildungszentren zur Verfügung stehen: so seit Mai 1987 als Parteischule das Arbeiterbildungszentrum in Gelsenkirchen-Horst und seit 1999 ein weiteres in Stuttgart für den süddeutschen Raum. Sie will in den letzten Jahren 7.000 Sympathisanten und Mitglieder geschult haben.[36]

Im heutigen öffentlichen Bewusstsein dürften vor allem fünf Mitglieder des KABD bzw. der MLPD präsent sein. Dazu gehören die ehemaligen Mitglieder wie die Schriftsteller Günther Jacob und Robert Kurz[37] sowie der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, der mit dem KABD in Verbindung gebracht wird,[38] – ferner der Altkommunist Willi Dickhut (1904–1992),[39] dessen Schriften innerhalb der MLPD viel Beachtung finden und dem anlässlich seines 10. Todestages in Gelsenkirchen ein eigenes Museum gewidmet wur-

---

[35] Vgl. Engel/Gärtner-Engel (Anm. 3), S. 62.

[36] Vgl. ebenda, S. 42.

[37] Günther Jacob publiziert zu Musikfragen wie Protestsongs, Hip Hop und Raggamuffin, Robert Kurz zur politischen Ökonomie, u. a.: Marx lesen, Frankfurt/M. 2006; Schwarzbuch Kapitalismus, Berlin 2005.

[38] Berthold Huber war 1977 Betriebsratsvorsitzender, trat 1991 der SPD bei und war bis 1993 Abteilungsleiter des 1. Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, seit 2003 2. Vorsitzender, ab November 2007 1. Vorsitzender der IG Metall. „Der letzte, der bei uns wegen liquidatorischer Auffassungen ausgeschlossen wurde, war Berthold Huber, der nun zweiter Chef der IG Metall ist“, äußerte Stefan Engel: „Der Kapitalismus hat nicht viel drauf, in: Jungle World, Nr. 24 vom 14. Juni 2006; http://jungle-world.com/artikel/2006/24/17665.html; ferner Das redselige Schweigen des Berthold Huber, in: Rote Fahne, Nr. 46 vom 14. November 2002; http://rotefahne.mlpd.-de/rf0246/rfart3.htm.

[39] Vgl. die Biographien von Willi Dickhut, So war’s damals, Essen 1979; ders., Was geschah danach?, Essen 1990; ferner die Kurzbiographie in: Uwe Backes, Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III: Dokumentation, Köln 1989, S. 283 f.

de;[40] seit 2003 erscheint eine Gesamtausgabe als CD-Rom mit 27 Büchern und 20 Broschüren. Zu nennen ist schließlich Stefan Engel, der seit 25 Jahren die MLPD anführt, als Leiter der Redaktionskommission des theoretischen Organs „Revolutionärer Weg“ und dem Vermögensverein der Partei vorsteht. In seinen Händen bündeln sich somit die theoretische Definitionsmacht, die politische und organisatorische Steuerung und die finanzielle Verfügungsgewalt der MLPD.

8. Jugend- und Kinderorganisation: Rebell und Rotfüchse

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, lautet ein gängiges Motto der MLPD. Aus diesem Grund ist sie rege bemüht, Kinder und Jugendliche an die Partei zu binden. Zu diesem Zweck unterhält sie seit 1986 die Kinderorganisation „Rotfüchse“, einen Jugendverband hat sie bzw. ihre Vorläufer schon länger: zuerst den „Kommunistischen Jugendverband Deutschlands/Revolutionärer Weg“ (KJVD/RW), die „Revolutionäre Jugend/Marxisten-Leninisten“ (RJ/ML), den „Revolutionären Jugendverband Deutschlands“ (RJVD) und ab Dezember 1985 „Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten“ (AJV/ML). Heute tritt der Jugendverband als „Rebell“ mit einem gleichnamigen Magazin auf. Die „Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG), seit 1983 „Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband“ (MLSV) genannt, gaben den „Roten Pfeil“ heraus. Sie gibt es heute als Hochschulgruppen der MLPD. Ferner existierte der „Bund Kommunistischer Intellektueller“ (BKI), der ab 1984 als „Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller“ (MLBI) firmierte. Bei Gründung der MLPD gehörten all diesen Organisationen rund 600 Mitglieder an, aber schon zwei Jahre später war der Mitgliederstand fast auf die Hälfte reduziert. Der 1984 von der MLPD beobachteten „spontan aufkommenden Strömungen der Loslösung“ von der Partei vermochte sie mit einer Reorganisation nichts entgegensetzen. Das nahm der II. Parteitag (1985) zum Anlass, um „gravierende Versäumnisse“ festzustellen, die offenbar nicht behoben werden konnten. Denn ab 1989 erschienen „Roter Pfeil“ und „Rebell“ lediglich als gemeinsame Beilage zur „Roten Fahne“. Im Zuge der „Konzentration der Kräfte“ wurden im Februar 1992 MLSV, AJV/ML

[40] Vgl. http://www.willi-dickhut-museum.de/ordner1/raum3.htm.

und Rotfüchse (seit 2007 mit eigener zentraler Leitung) zum Jugendverband „Rebell“ zusammengelegt, der MLBI in die MLPD integriert. Ab Februar 1993 erschien auch wieder der „Rebell“.

Der Jugendverband, dessen Verbandsleitung ihren Sitz in Gelsenkirchen hat, wird von der MLPD seit 2003 als stärkster linker Jugendverband bezeichnet. Er will also über mehr Mitglieder verfügen als „solid“, der Jugendverband der Partei Die Linke, dessen Mitgliederanzahl bei 800 liegt. Zur Verbandsleitung gehören gegenwärtig Martina Stalleicken (Essen), schon seit längerem Mario Lüpke (Magdeburg), Julia Scheller (Stuttgart) und in der Geschäftsstelle tätig Gitta Wester (Essen). Das Durchschnittsalter der „Rebell“-Mitglieder, die nach Eigenangaben in 61 Städten aktiv sind, liegt bei 18,1 Jahren (2005).[41] Im Vorfeld ihres VIII. Parteitages hieß es sogar, die Zahl der Mitglieder sei 2008 binnen einen Jahres um ein Viertel angestiegen. Das stellte der Parteivorsitzende auch zum 8. Verbandsdelegiertentag im Frühjahr 2007 fest und verband damit „ohne Zweifel … eine positive Trendwende“.[42] Selbst das dürfte nicht zureichen, um von einer Massenorganisation der Jugend zu sprechen, wonach sich die MLPD sehnt.[43]

In Gelsenkirchen verfügt die Partei über das Jugendzentrum „Che“, mit dem versucht wird, Jugendliche an die Partei heranzuführen. Eine weitere Attraktivität stellen seit 1986 zunächst jährliche, ab 1989 zweijährliche „Pfingstjugendtreffen“ dar. Nach Stuttgart, Duisburg oder Essen finden sie nahezu nur noch in Gelsenkirchen statt. Die Anzahl der Besucher dieser Treffen zeigt zuverlässig insgesamt die Größe der MLPD und ihres Umfeldes an – es kamen in der Regel zwischen 2.500 und 3.000 Teilnehmer. Nach einem anderen Zählprinzip kam die MLPD auf 14 bis 21.000 Teilnehmer. Darüber hinaus gibt es „Sommerlager“ seit 1993 in Alt-Schwerin (Mecklen-

---

[41] Vgl. Peter Borgwaldt, Grußwort des Zentralkomitees der MLPD an den 7. Verbandsdelegiertentag, in: Rote Fahne, Nr. 12 vom 24. März 2005; http://rotefahne.mlpd.de/rf0512/rfart6.htm.

[42] Vgl. Interview mit Stefan Engel: Eine erfolgreiche Bilanz der MLPD!, in: Rote Fahne, Nr. 50 vom 12 Dezember 2007; http://www.mlpd.de/themen/erklarungen/erklaerungenvon-2007/eine-erfolgreiche-bilanz-der-mlpd.

[43] Vgl. Eine Trendwende in der Jugendarbeit der MLPD, in: http://www.mlpd.de/uber-uns/viii-parteitag/eine-trendwende-in-der-jugendarbeit-der-mlpd.

burg-Vorpommern), wo die MLPD ein Ferienlager für 1 Million DM erworben hat, oder seit 2003 in Truckenthal (Thüringen). In letzter Zeit verbrachte sie die Sechs- bis Zwölfjährigen in Alt-Schwerin, die Älteren nach Truckenthal. Üblich sind neben Freizeitaktivitäten und politische Schulungen auch Arbeitsleistungen zum Ausbau und Erhalt von Gebäuden und Anlagen.

Wie eng die Jugendorganisation an die Partei gebunden ist, zeigt sich allein daran, dass die MLPD deren Organisationsgrundsätze auf ihrem VIII. Parteitag beschloss, in denen es beispielsweise heißt: „Mitglied des Jugendverbands REBELL kann sein, wer das Programm der MLPD, das vorliegende Statut, die Richtlinien für die Tätigkeit der Kontrollkommissionen und die programmatischen Erklärungen der Partei anerkennt, einer Grundeinheit des Jugendverbands REBELL angehört und aktiv in ihr arbeitet, die Organisationsdisziplin einhält und regelmäßig Mitgliedsbeiträge zahlt.“[44] In der Präambel des Statuts heißt es unmissverständlich: „Der Jugendverband REBELL ist die Jugendorganisation der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD). Das grundlegende Ziel der MLPD ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“[45] Gleichwohl erklärte Bundesgeschäftsführer Wolfgang Göller gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestages im April 2005: „Der Jugendverband REBELL ist weder rechtlich noch organisatorisch Teil der Partei“, weshalb dessen Ein- und Ausgaben im Rechenschaftsbericht der Partei nicht auszuweisen seien.[46]

9. Frauenverband „Courage“

Der Frauenverband „Courage“ e. V. wurde am 16. Februar 1991 von 63 Frauen gegründet, hat offiziell seinen Sitz in Wuppertal und gibt das

---

[44] Organisationspolitische Grundsätze des Jugendverbands REBELL: Statut für den Jugendverband REBELL. Gelsenkirchen 2009, S. 5.

[45] Ebenda, S. 3.

[46] Vgl. Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages (Anm. 26), S. 72.

gleichnamige Blatt heraus. Seinem im Mai 2006 gewählten Bundesvorstand gehören sieben Mitglieder an, Gudrun Günter (Villingen-Schwenningen) – die eher aus dem MLPD-Kontext bekannt ist – tritt als Vorsitzende auf. Ferner gehören dem Vorstand an Angélica Urrutia (Hattingen) und Linda Weißgerber (Wuppertal). Die Verwaltung, Buchhaltung und der Vertrieb der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift „Courage" liegt in Händen von Gaby Koch.[47] „Courage-Zentren" gibt es in Essen, Gelsenkirchen, Mannheim, Stuttgart und Wuppertal.[48]

Wie eng die Verbindung zwischen dem Frauenverband „Courage" und der MLPD ist, wird an der stellvertretenden Parteivorsitzenden, Monika Gärtner-Engel, deutlich. Sie baute den Verband mit auf, dessen Sprecherin sie 1992 war. Sie vertrat den Verband 1995 als Delegierte beim Forum der NGO der Weltfrauenkonferenz in Peking, arbeitete am Programm des Verbandes mit, und war im Jahre 2008 beim 1. Nationalen Vorbereitungstreffen zur Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen 2011 in Venezuela, in dem gleichfalls der Frauenverband involviert ist. Die MLPD verweist in ihrer Publizistik überdies auf den Frauenverband und kündigt deren Veranstaltungen an.[49]

Der somit vorgeblich „überparteiliche" Frauenverband Courage verzeichnete anfangs bis zu 600 Mitglieder, seit 1999 hat er – mit fallender Tendenz – ca. 500. In Bayern können sich 20 Frauen für diesen Verband begeistern. Die faktisch an die Maximen der MLPD ausgerichteten Frauen erregten nach ihrer 3. Bundesdelegiertenversammlung – die satzungsgemäß dreijährig zusammen treten soll – im Juni 1997 in Bad Urbach internes Aufsehen, als die kleinbürgerliche Denkweise zu monieren war. Dem Frauenverband wurde ein „kleinbürgerlicher Feminismus in seinen subtilen Formen" unterstellt. Die Zusammensetzung des auf der 3. Bundesdelegiertenkonferenz gewählten Vorstandes zeige den Einfluss einer kleinbürgerlichen Tendenz und einer

---

[47] Vgl. Vorstände, in: http://www.fvcourage.de/index.php?option=com_content&view=-article&id=46&Itemid=57.

[48] Vgl. Courage-Zentren, in: http://www.fvcourage.de/index.php?option=com_content-&view=category&layout=blog&id=38&Itemid=62.

[49] Vgl. http://www.gaertner-engel.de/in-der-massenbewegung.

„liquidatorischen Strömung“, hieß es aus der MLPD.[50]

Der Mobilisierungsgrad dieses Verbandes liegt bei 700 bis 1.000 Personen, was in etwa mit dem Frauenanteil von 42 Prozent in der MLPD (2007) übereinstimmt.[51] Zum 10jährigen Bestehen (2001) konnte er in der Fellbacher Schwabenhalle 700, zu einem Kongress 1994 1.000 Teilnehmer mobilisieren. Unter ihren Aktivitäten ist der 2. Frauenpolitische Ratschlag vom November 1998 nennenswert. Auch in den letzten Jahren galt der Frauenverband als nicht nachhaltig gestärkt, die Mitgliederzahl lag zuletzt bei 1.000, die in angeblich 50 Ortsgruppen organisiert sein sollen.

10. Der Weg zur V. Internationale

Die internationalen Kontakte verstärkt die MLPD zunehmend, auch wenn es in den letzten beiden Jahren darum etwas ruhiger geworden ist. Sie will von 2000 bis 2007 ihre Beziehungen zu gleichgesinnten Organisationen in 100 Ländern von 160 auf 600 ausgeweitet haben.[52] Gegenwärtig gibt es über 350 „antirevisionistische Parteien“, die sich einer marxistisch-leninistischen Strömung maoistischer Provinienz zugehörig fühlen. Die in Österreich publizierte „Proletarische Rundschau“ weist auf fünf „größere internationale Zusammenschlüsse“ hin. Zunächst führt sie die „Revolutionäre Internationale Bewegung“ (RIM) an, die seit 1980 besteht und um die Zeitschrift „A World to Win“ gruppiert sei und seit 1993 von einer dritten Stufe ausgehe, in deren Mittelpunkt der bewaffnete Volksbefreiungskampf stünde. Zu den wichtigeren Akteuren zählten maoistische Parteien aus Nepal, Peru und der Türkei. Ein zweiter Zusammenschluss aus dem Jahre 1998 gibt die Zeitschrift „Vanguard“ heraus, die eine beachtliche Nähe zur vorgenannten RIM aufweist, der aber andere Gruppen angehören, etwa aus Philippinien und Indien. Zur örtlichen Koordination der Guerilla-Einheiten gibt es seit 2001 ein zugehöriges „Koordinationskomitee maoistischer Parteien und Organisatio-

---

[50] Vgl. Lernen und Kämpfen 26 1997 4, S. 17.

[51] Vgl. Rede des Vorsitzenden der MLPD, Stefan Engel, beim Festakt zum 25-jährigen Jubiläum, S. 6; http://www.rf-news.de/archiv/News_Item.2007-06-28.5902.

[52] Vgl. Engel/Gärtner-Engel (Anm. 3), S. 60.

nen Südostasiens“ (CComMPOSA). Drittens existiert seit 1994 die „Internationale Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien“ um die jährlich erscheinende Zeitschrift „Unity & Struggle“, in der 17 Parteien vereint sind, sowie viertens die jährlichen Konferenzen in Brüssel des „Internationalen Kommunistischen Seminars“ (KCS) mit – wie 2003 – 140 beteiligten Organisationen.[53]

Im fünften Zusammenschluss ist die MLPD integriert, der „Internationalen Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen“ (IKMPLO), die die Zeitschrift „Internationale Pressekorrespondenz. Verteidigt den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen“ (IPK) herausgibt, von der bis Dezember 2007 34 Ausgaben erschienen sind. Till Scheller (Stuttgart) wird als Kontaktadresse angegeben. Eine der ersten Stationen auf dem Weg zur IKMPLO war 1988 die 1. Internationale Konferenz der MLPD mit Vertretern aus Schweden, Dänemark, Luxemburg und Österreich, die in der Folge etwa alle zwei Jahre stattfindet. Fünf Jahre später nahmen an der 3. Internationalen Konferenz in Spanien fast 20 Gruppen und Organisationen teil, die auch die Sympathie für Pol-Pot in Kambodscha und den Leuchtenden Pfad in Peru eint. Zusammen mit 20 Bruderorganisationen richtete sie die 6. Internationale Konferenz 1998 in Gelsenkirchen aus. Der MLPD-Vorsitzende wurde zum Vorsitzenden der „Joint Coordinating Group“ (JCG) bestimmt, dessen Bemühen um einen internationalen Kampfbund erfolglos blieb, sogar Rückschläge hinnehmen musste. Die „Communist Party of the Philippines“ (CPP), die auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen steht, zog sich wegen der Avantgardeansprüche der MLPD zunächst von den Internationalen Konferenzen zurück. Doch war absehbar, dass die für Mai 2001 im Ruhrgebiet vorgesehene Gründung des „Internationalen Kampfbundes für Befreiung“ scheitern würde; sie fand nicht statt. In den Folgejahren fanden drei weitere Internationale Konferenzen statt (die 8. im Jahre 2004). In Vorbereitung der 9. Internationalen Konferenz, die im Oktober 2007 mit 25 Organisationen (vormals 29) stattfand,[54] versuchte Stefan Engel

---

[53] Vgl. Auf dem Weg zu einer Revolutionären Internationale, in: Proletarische Rundschau, Nr. 13 vom 13. Dezember 2003; http://www.geocities.com/komakml/-pr/pr13_review.htm.

[54] Vgl. Die heutige Bedeutung der Oktoberrevolution, in: Rote-Fahne-News vom 7. No-

ihr einen verbindlicheren Rahmen zu geben: „Der Charakter der Internationalen Konferenz als Diskussionsforum, ohne verbindliche Vereinbarungen für die Praxis, markiert gleichzeitig ihre Beschränktheit. Für die Vorbereitung der internationalen Revolution bedarf es internationaler Organisationsformen, die dem Charakter der gegenwärtigen Aufgaben der Vorbereitung der internationalen Revolution entsprechen.“[55] Die Konferenz galt, wie es in ihrer Resolution Nr. 3 heißt, zwar als „sehr erfolgreich“, aber faktisch wurde bestenfalls die Notwendigkeit einer größeren Verbindlichkeit anerkannt. Immerhin soll jede teilnehmende Organisation 0,5 Prozent der Mitgliedereinnahmen an die IKMLPO abführen.[56] Auf einen konkreten Termin für die 10. Internationale Konferenz mochten sich die kaum sonderlich „homogenen“ Organisationen nicht verständigen.[57] Sie sollte in zwei bis drei Jahren stattfinden, demnach 2009/10, worüber aber seitdem nichts weiter zu hören war.

Aus diesen Kontakten erwuchs bei der MLPD das Interesse an einer eigenen Organisation, die im Februar 1996 als „Internationale Solidaritäts- und Hilfsorganisation“ (ISHO) entstand und sich wenig später in „Solidarität International e. V.“ (SI) umbenannte. An deren Gründung nahmen 280 Personen aus 60 Orten teil. Ihre Bundesvertretung hat ihren Sitz in Duisburg und weist aktuell als Bundessprecher Axel Kassubek (Kassel), Renate Radmacher (Aalen) und Jutta Sensche (Tübingen) aus.[58] Mit einer philippi-

---

vember 2007; http://www.rf-news.de/archiv/News_Item.2007-11-07.3051.

[55] Stefan Engel, Die Geschichte der Internationale als Organisationsform der internationalen Revolution. Beitrag der MLPD zur 9. Internationalen Konferenz von 2007, in: http://www.stefanengel.info/theoretiker/die-geschichte-der-201einternationale-201c-als-organisationsform-der-internationalen-revolution.

[56] Vgl. Über die Entwicklung der 9. Internationalen Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) und die Vorbereitung der 10. Internationalen Konferenz, in: Internationale Korrespondenz, Nr. 9 vom 8. November 2007; www.icmlpo.de/de/newsletter/ipk34_de.pdf.

[57] Vgl. Rudolf von Hüllen, Transnational Cooperation of Post-Communist Parties, in: Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), Communist and Post-Communist Parties in Europe, Göttingen 2008, S. 463–484, hier 478–481.

[58] Dem Beirat gehören an Jürgen Klingelhöfer (Friedrichshafen), Elsbeth Sureau (Stutt-

nischen Partnerorganisation gründete sie im September 1996 den Verein „Deutsch-Philippinische Freunde“, die den „Befreiungskampf“ auf den Philippinen befördern soll.[59] Neben Philippinien bilden Argentinien, Ecuador, Indonesien, Kongo, Kolumbien, Peru und Palästina/Israel besondere Schwerpunkte. Im April 1998 fand in Nürnberg die 2. satzungsgemäß alle zwei Jahre tagende Bundesdelegiertenversammlung der SI mit 150 Teilnehmern statt, am 12./13. April 2008 die 7. Bundesdelegiertenversammlung, auf deren anschließendem Kulturfest nach Eigenangaben 200 Personen teilnahmen. Sie gibt im 14. Jahrgang die Zeitschrift „Solidarität International“ heraus und ist mit ihren 1.000 bis 1.200 Mitgliedern weit davon entfernt, die Rolle einer Art V. Internationale zu spielen.

11. Vermögenslage

Das Vermögen der MLPD wird vom Vermögensverwaltungsverein Koststraße 8 (VVV) in Gelsenkirchen verwaltet, dessen Vorsitzender Stefan Engel ist. Das Funktionärsorgan „Lernen und Kämpfen“ weist für 2004 ein Vermögen von 12,1 Millionen Euro aus (1999 8,5 Millionen).[60] Allein im Jahr 2003 nahm die Partei 2,394 Millionen Euro ein, von denen 32 Prozent auf Mitgliedsbeiträge (757.500 Euro, Vorjahr: 768.900 Euro), 20 Prozent auf Spenden und 32 Prozent aus Vermögen zurückgehen. Im Schnitt entfiel auf ein Mitglied der MLPD ein monatlicher Beitrag in Höhe von rund 32 Euro. Hinzu kommt die Spendenbereitschaft einzelner Mitglieder, die 2003 beachtlich

---

gart) und Susanne Bender (Stuttgart), der Bundesvertretung neben den Sprechern John Robertson (Stuttgart), als Kassiererin Barbara Balzer (Berlin), Christine Posselt (Berlin), Ute und Klaus Kellert (Duisburg), Larry Zweig (Nürnberg) und Clemens Sauerland (Oldenburg) und als Kassenprüfer Georg Rohrbach (Duisburg) und Mirijam Barth (Duisburg) – nach Mitglieder der bundesweiten Gremien; http://www.solidaritaet-international.de/index.php?id=20&L=qidjrsqndiqt;

[59] Vgl. Die Deutsch-Philippinischen Freunde e. V. bitten um dringende Hilfe für die Opfer des heftigsten Typhoons seit 40 Jahren in Manila, Philippinien vom 30. September 2009; http://www.solidaritaet-international.de/index.php?id=26&L=qidjrsqndiqt&tx_ttnews[year]=2009&tx_ttnews[month]=09&tx_ttnews[day]=30&tx_ttnews[tt_news]=132&tx_ttnews[backPid]=14&cHash=c10bee3d6d

[60] Vgl. Lernen und Kämpfen 33 (2004) 1, S. 34 f.

war: Nach dem Rechenschaftsbericht gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestages spendeten zwischen 10. und 33.000 € Ingrid und Günther Bittel (Duisburg), Harald Braun (Gelsenkirchen), Adelheid Erbslö (Oberhausen), Norbert Krug (Eisenach), Michael May (Duisburg), Irene Nierstenhöfer (Dortmund) und Till Scheller (Stuttgart).[61]

Die Spendenbereitschaft der Mitglieder war jedoch von Anbeginn stark ausgeprägt. Allein zur Gründung 1982 trugen die Mitglieder 1,7 Millionen DM zusammen, zum Bundestagswahlkampf 1987 500.000 DM und 1992 1,5 Millionen DM. Die MLPD räumte allerdings ein, das Beitrags- und Spendenaufkommen von 1995 auf 1997 sei um 13 Prozent zurückgegangen.[62] 1998 konnte sie 600.000 DM als Spenden einwerben. Das Spendenziel im Jahre 2002 in Höhe von 255.000 Euro verfehlte sie um 70.000 Euro, womit erstmalig in ihrer Geschichte ein Spendenziel um 20 Prozent unterschritten wurde.[63] Aufsehen erregte die Spende von Eberhard Schmid 2005 in Höhe von 175.000 Euro,[64] aber mehr noch die des bereits erwähnten Bergmanns Michael May aus Moers – von Parteimitgliedern als zugehörig zur MLPD angesehen –, der insgesamt 2,5 Millionen Euro der MLPD überließ.[65]

Die MLPD habe das Jahr 2003 mit 260.000 Euro Überschuss abgeschlossen (2002 83.000). Das Reinvermögen betrage 5,5 Millionen Euro. Verbindlichkeiten habe sie in Form von kommerziellen Krediten in Höhe von fünf Millionen Euro, an Darlehen privater Personen drei Millionen und Sonstiges in Höhe von 730.000 Euro. Auf der anderen Seite verfügte die MLPD über ein Grundvermögen in Höhe von 11,5 Millionen Euro, darunter das Ferien- und Freizeitzentrum in Truckenthal (Sonneberg), ein Gebäude in der Koststraße 8

---

[61] Vgl. Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages (Anm. 26), S. 72.

[62] Vgl. Lernen und Kämpfen 27(1997) 4, S. 13.

[63] Vgl. Lernen und Kämpfen 31(2002) 2, S. 18.

[64] Vgl. Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages (Anm. 26), S. 2.

[65] Vgl. Robert Roßmann, 2,5 Millionen Euro für den „echten Sozialismus“, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. Juli 2006; Marco Lauer, Ein Mann sieht rot, in: taz vom 6. Dezember 2006.

in Gelsenkirchen, das das Arbeiterbildungszentrum beherbergt (1986 für 700.000 DM erworben). Ein weiteres Gebäude besitzt sie in der Horster Mitte in Gelsenkirchen, das als Sitz des Zentralkomitees der MLPD und der Verbandsleitung des Jugendverbandes Rebell dient. Weitere Gebäude befinden sich in Berlin und Stuttgart, die jeweils die MLPD-Landesleitungen beherbergen. Ferner gehört dazu die Neuer Weg GmbH in Gelsenkirchen und Berlin, wozu eine Werbeagentur, ein Internetdienst, Druckerei und Verlag gehören.[66]

Es heißt, die MLPD hält 96 Prozent an der „Buchführungsbüro Essener Str. 86 GmbH“ in Gelsenkirchen. Zum Vermögensverein soll die „Im Waldgrund GmbH & Co. KG Bauleistungen“ gehören.

12. Publikationen

Der für Publikation bei der MLPD zuständige Verlag Neuer Weg (heute Mediengruppe Neuer Weg) wurde 1986 von Stuttgart nach Düsseldorf verlegt, später nach Essen und Gelsenkirchen. Er vertreibt in Verbindung mit „people to people“ das Zentralorgan der MLPD „Rote Fahne“. Das erschien zunächst 14tägig in einer Auflage von 8.000 Exemplaren, ab Juli 1983 wöchentlich in einer Auflage von rund 10.000, 1990 7.000, 1994/95 7.500, dann 6.000 und schließlich mit 5.000 Exemplaren. Ab 2003 richtete die Partei im Internet die Rote-Fahne-News ein, deren Auftritt sie im Juni 2007 verbesserte.

Als theoretisches Organ dient der MLPD der „Revolutionäre Weg“, der erstmals 1969 aufgelegt und unterdessen 31 Ausgaben erfahren hat. Leiter der Redaktion war bald 20 Jahre lang Willi Dickhut, unter dessen Ägide 24 Ausgaben veröffentlicht wurden. Sein Nachfolger Stefan Engel brachte es in 15 Jahren auf bislang sieben Ausgaben, von denen jedoch zwei bereits unter Dickhut 1979/80 weit vorangeschritten waren. Offenkundig reicht in der MLPD niemand an das theoretisierende Potential Dickhuts heran. In den letzten drei Ausgaben des „Revolutionären Weges“ (29–31) wird die „5. Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ mit einer „allseitigen Verschärfung

[66] Vgl. Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages (Anm. 26), S. 72.

aller grundlegenden Widersprüche“ ausgerufen, die mit einer „internationalen proletarischen Revolution“ beantwortet werden müsse.[67] Dies ist immerhin ein Kerngedanke des Trotzkismus.[68] Zu seinen Lebzeiten trat Willi Dickhut solchen theoretischen Irrungen entschieden entgegen: Als Stefan Engel beispielsweise 1990 die Rolle Deutschlands in seiner Publikation „Europa auf dem Weg zur Supermacht“ überdehnte, zog die MLPD auf Dickhuts Druck hin die Auflage wieder ein und vertrieb sie nicht mehr.[69] Für die Funktionäre der MLPD wird die Reihe „Lernen und Kämpfen“ mit zunächst monatlich 1.500, später 1.000 Exemplaren herausgegeben, die ab 1997 lediglich zweimonatlich erscheint und ab 1998 vierteljährlich.

Der Jugendverband „Rebell“ gibt zweimonatlich die gleichnamige Zeitschrift heraus.[70] Die Hochschulgruppen der MLPD vertreiben das achtseitige Heft „Galileo. Streitbare Wissenschaft“, von dem lediglich zwei bis vier Ausgaben pro Jahr, 2009 lediglich eine erschien. Kontaktadressen von Hochschulgruppen gibt es nicht, es wird auf die „Galileo-Redaktion“ in Gelsenkirchen verwiesen. Bekannt wurden in den letzten Jahren acht Hochschulgruppen der MLPD: in Stuttgart, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Göttingen, Duisburg, Berlin und Tübingen.[71]

Hinzu kommt eine hohe Anzahl von Betriebs- und Stadtzeitungen. 1982 gab die MLPD 80 (1987: 70) in der Regel recht einfach hergestellte Betriebszeitungen heraus, in Baden-Württemberg allein 30 bis 35 mit Titeln wie „Der Antrieb“, „Hochspannung“, „Widerdruck“, „Roter Stern“ oder „Das rote Band“ (1988: 14). Allein im mitgliederschwachen Bayern erschienen in den

---

[67] Vgl. Götterdämmerung über der "neuen Weltordnung", in: Rote Fahne, Nr. 7 v. 14. Februar 2003; http://rotefahne.mlpd.de/rf0307/rfart12.htm.

[68] Ob sich der Vorsitzende der MLPD, Stefan Engel, diesbezüglich von Plänen leiten lässt wie seinerzeit die KPD/ML, die sich mit der trotzkistischen „Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“(VSP) vereinte, und die Mitglieder zumindest schon theoretisch auf eine solche Fusion einstimmt, ist gegenwärtig nicht erkennbar.

[69] Vgl. Stefan Engel, Europa auf dem Weg zur Supermacht, Essen 1990.

[70] http://rebell.info/index.php?option=com_content&task=view&id=277&Itemid=78.

[71] Vgl. http://www.mlpd-galileo.de/galileo-ausgaben-archiv/2009.

1980er Jahren rund zwölf dieser Blätter. Hinzu kommen rund 40 Stadtzeitungen (1987: 70) und vereinzelte Branchenzeitungen, 1986 zeitweise eine „Zeitung für Klein- und Mittelbauern“, 1987 „Wirtschaftsentwicklung – aktuell“. Zum 1. Mai, bei Streikbewegungen oder themenbezogenen Demonstrationen verteilt die Partei Flugblätter. Seit 1991 nimmt der Trend zu, die Publizistik auf die „Rote Fahne“ und den „Revolutionären Weg“ zu konzentrieren, was anhand des Literaturangebotes deutlich wird, das vor allem Arbeiten von Willi Dickhut und Stefan Engel anbietet.

13. Wahlbeteiligungen 1987 bis 2005

Die Wahlteilnahme der MLPD erfolgt lediglich sporadisch, aber jeweils unter großen Kraftanstrengungen der Mitglieder. Nachdem der KABD und die MLPD wiederholt die Teilnahme an Wahlen unter der Forderung „Kämpfen statt Wählen!“ vermieden hat, bildete sie zur Bundestagswahl 1983 die „Vereinigte Arbeiterliste“ (mit 40 Initiativen). Deren Zuspruch blieb aber begrenzt, weshalb sie aufgelöst wurde. Die MLPD forderte dazu auf, ungültig zu wählen. Gleiches empfahl sie zu den Europawahlen 1984.

Bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 erhielt sie 13.422 Zweitstimmen (0,1 Prozent), davon in Bayern 1.607 Stimmen, in Baden-Württemberg 3.512 Zweitstimmen. In Gelsenkirchen hatte sie in zwei Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt, darunter der Parteivorsitzende; dort erzielte die Partei 596 der Erststimmen. Bei den Europawahlen 1989 erhielt die Partei 10.162 Stimmen (in Bayern 1.306 Stimmen). Zu den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 empfahl sie wie gewohnt den „aktiven Wahlboykott“.

Die MLPD trat 1994 zur Bundestagswahl an. 72 Wählerinitiativen beschafften die erforderlichen 30.000 zur Wahlzulassung erforderlichen Unterschriften. Sie kandidierte in allen Bundesländern mit 106 Kandidaten und verbuchte bundesweit 10.254 Zweitstimmen (Hamburg 219, Bayern 809, Mecklenburg-Vorpommern 328 Zweitstimmen). Die Hamburger Direktkandidatin erhielt mit 271 Erststimmen sogar mehr als der Parteivorsitzende, auf den in Gelsenkirchen 206 Erststimmen entfielen. In Baden-Württemberg kandidierte die MLPD in 9 von 37 Wahlkreisen und erzielte ihr bestes Ergeb-

nis in Zollernalb-Sigmaringen mit 0,4 Prozent, insgesamt 1.847 Erst- und 1.901 Zweitstimmen.

Abermals versuchte die MLPD es 1998 bei der Bundestagswahl. Lediglich in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin trat sie mit Landeslisten, ferner mit Wählerinitiativen für die 41 Direktkandidaten in den verbleibenden Bundesländern an. Sie halbierte mit 4.971 Zweitstimmen (0,01 Prozent) ihr Ergebnis von 1994, erhielt aber 7.213 Erststimmen (in Nordrhein-Westfalen 3.727). Ihre Direktkandidaten in Thüringen beispielsweise kamen auf 0,14 bzw. 0,16 Prozent der Stimmen. In Baden-Württemberg verlor sie im Vergleich zu den Wahlen 1994; sie erhielt nur 1.547 Erst- und 1.605 Zweitstimmen.

In 2002 verzichtete die MLPD abermals auf die Kandidatur zur Bundestagswahl („Stimmt ungültig!“) und bemühte sich 2005 erfolglos um ein gemeinsames Wahlbündnis mit PDS und WASG. Sie kandidierte schließlich in allen Bundesländern allein mit Landeslisten und erzielte 45.238 der Zweitstimmen (0,1 Prozent), wobei bessere Ergebnisse in den neuen Bundesländern zu verzeichnen waren. In Sachsen-Anhalt erhielt sie 3.697 Erststimmen (0,3 Prozent) und 5.412 Zweitstimmen (0,4 Prozent), allein in Halle 1.049 Erststimmen. In Berlin kam sie auf 1.290 der Zweitstimmen (0,1 Prozent), ihr Direktkandidat im Wahlkreis 83 (Neukölln) auf 0,2 Prozent der Erststimmen. Dass gerade die Stimmenanzahl in den neuen Bundesländern höher ausfiel als ihre organisatorische Stärke ausweist, veranschaulicht den zufälligen Charakter der Wahlergebnisse.

Wie schon bei den Bundestags- und Europawahlen tritt die MLPD nur gelegentlich zu den Landtagswahlen an, erzielte jedoch kein Mandat. Bei ihrer ersten Beteiligung an einer Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1985 verbreitete sie drei Millionen Wahlzeitungen, klebte 30.000 Plakate, richtete über 1.000 Informationsstände und 100 Wahlveranstaltungen aus. Sie erzielte 3.368 Stimmen (0,1 Prozent).[72] Bei den Landtagswahlen in Bayern 1986 empfahl sie die Abgabe von ungültigen Stimmen. Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 2000 (1995 war sie nicht angetreten) erhielt die MLPD

[72] Vgl. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Dokumente des II. Parteitages der MLPD, Essen 1985, S. 296.

5.994 Stimmen (0,1 Prozent), worauf sie sehr stolz war. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2001 trat sie nicht an. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2001 erhielt sie 2.697 Stimmen (0,2 Prozent); fünf Jahre später 4.051 und mit 0,4 die höchste jemals erreichte Prozentzahl. An den Abgeordnetenhauswahlen und den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin 2006 beteiligte sie sich nicht. Bei den Landtagswahlen 2006 in Thüringen erhielt der Vorsitzende der Bezirksleitung Elbe-Saale (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) Günter Slave in Wahlkreis Eisenach-Mühlhausen 0,16 Prozent der Stimmen.

1984 stellte sich die MLPD zu den Kommunalwahlen in Stuttgart und Gelsenkirchen auf und erzielte 0,2 bzw. 0,3 Prozent, was selbst innerhalb der MLPD als „kein politisch aufsehenerregendes Wahlergebnis“ betrachtet wurde. Fünf Jahre später, 1989, verzichtete sie auf eine Teilnahme. Seit 1999 tritt die MLPD kommunal zumeist in von ihr dominierten Personenbündnissen zu Wahlen an, oftmals als „Alternativ – Unabhängig – Fortschrittlich“ (AUF), lediglich in Bitterfeld-Wolfen auch auf der Liste als MLPD erkennbar. 1999 kandidierte sie lediglich in Gelsenkirchen und Albstadt (Liste „Zukunftsorientiert – Unabhängig – Gemeinsam). In Gelsenkirchen erhielt sie zwei Mandate. Bei den Wahlen 2001 und 2006 in Kassel 1 Mandat, 2004 in Eisenach 2, Albstadt 1 und Esslingen am Neckar 1. Bei den Wahlen 2004 in Nordrhein-Westfalen erzielte sie 14 Mandate, darunter in Gelsenkirchen 2, Mühlheim an der Ruhr 2, Solingen 2, Essen 1 und Leverkusen 1. Im Stadtrat von Wolfen war die MLPD von 2004 bis 2007, sodann in Wolfen-Bitterfeld als MLPD vertreten. Mandate hat sie oder ihr nahestehende Gruppen auch in Herten 1, Kassel 1, Neukirchen-Vluyn 2 und Witten 1.

14. Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 2009

Das Wahldesaster bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag hatte für die MLPD einen Vorboten: Noch bei den wenige Wochen zuvor stattgefundenen Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vermochte die MLPD und die von ihr dominierten neun „überparteilichen Personenwahlbündnisse“ die Ergebnisse von 2004 nicht zu halten. Seinerzeit hatte sie 14 Sitze (11.516 Stim-

men) gewonnen, nun sind es neun (8.585 Stimmen). Gleichfalls rund ein Drittel weniger Stimmen. Die stellvertretende Parteivorsitzende Monika Gärtner-Engel räumte immerhin ein: „Natürlich gefällt uns das Wahlergebnis nicht, im Großen und Ganzen ist der Ausgang sehr schade". Das Wahlergebnis sei „ärgerlich".[73] Das dürfte auch die empfundene Wertung des Wahlergebnisses zum 17. Deutschen Bundestages sein.

Denn der Kraftaufwand war enorm. Die MLPD gründete Wählerinitiativen, die sogar rund 30 Prozent mehr Unterstützer haben finden können, als jemals zuvor. Zum Beweis führt die Partei in Gelsenkirchen 402 Personen (2005: 300) an, wo sie 454 Zweitstimmen einwerben konnte. In diesem Wahlkreis erhielt die MLPD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen mit dem von ihr dominierte „AUF Gelsenkirchen" noch 1.475 Stimmen, fünf Jahre zuvor waren es noch 1.411 Stimmen mehr. Die Partei sammelte die erforderlichen 40.000 Unterschriften, um in allen Bundesländern zur Wahl zugelassen zu werden, brachte nach Eigenangaben 1,8 Millionen Wahlzeitungen unters Volk, erstellte aufwändige Wahlspots und war darum bemüht, von den Mitgliedern Gelder für den Wahlkampf in Höhe von 395.000 Euro zusammenzutragen (was zu 75 Prozent gelang). Im August 2009 fand der eigentliche Auftakt zum Wahlkampf der MLPD in Hamburg statt, zu dem nach eigenen Angaben 800 Zuhörer kamen, allerdings mit Bussen „aus vielen Städten Deutschlands" herangebracht worden waren. 13.000 Wahlzeitungen brachte die Partei unters Volk, demonstrierte mit, wie sie mitteilt, 1.000 Personen und schließlich gab es eine Veranstaltung mit 1.500 Teilnehmern.

Zweitstimmen der MLPD bei Bundestagswahlen

Land	**2005**	**2009**	**Veränderung**
Sachsen	3.742	5.278	+ 1.536
Hamburg	441	461	+ 20
Bremen	283	214	– 69
Berlin	1.254	1.130	– 124
Saarland	686	259	– 427

[73] Monika Gärtner-Engel, o. T., in: Rote Fahne, Nr. 36 vom 4. September 2009, S. 12.

Niedersachsen	1.911	1447	– 464
Schleswig-Holstein	1.131	629	– 502
Hessen	1.725	1.166	– 559
Rheinland-Pfalz	1.680	661	– 1.019
Mecklenburg-VP	2.949	1.760	– 1.189
Nordrhein-Westfalen	5.815	4.267	– 1.548
Bayern	3.448	1.815	– 1.633
Brandenburg	3.514	1.640	– 1.874
Baden-Württemberg	5.579	3.648	– 1.931
Sachsen-Anhalt	5.412	3.187	– 2.225
Thüringen	5.668	1.989	– 3.679
∑	45.238	29.551	15.687

Die Zweitstimmen der MLPD entfallen je zur Hälfte auf die alten und neuen Bundesländer (ohne Berlin). Von Wählern in den neuen Bundesländern erhielt die MLPD 13.854 Zweitstimmen (2002: 21.285), von denen in den alten Bundesländern 14.567 Zweitstimmen (2002: 22.599). Auffallend ist dieses Votum angesichts der Anzahl ihrer Mitglieder in den neuen und alten Bundesländern. Für die fünf neuen Bundesländer und Berlin war die MLPD nicht stark genug, um mehr als zwei Landesverbände zu bilden. Den Landesverband Elbe-Saale aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie den Landesverband Nord-Ost mit Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. In den neuen Bundesländern werden – sehr großzügig veranschlagt – bestenfalls 500 Mitglieder der Partei aktiv sein, während es in den alten Bundesländern – gleichfalls gutmütig angenommen – um die 1.800 Mitglieder sein werden. Auf vier Mitglieder im Westen kommt also eines im Osten Deutschlands. Anders ausgedrückt: Auf ein Mitglied der Partei im Westen entfallen acht Wählerstimmen, auf eines im Osten sind es mit 28 Stimmen mehr als drei Mal so viele. Insoweit weichen organisatorische Präsenz und Wählervotum so signifikant voneinander ab, dass die Wahlergebnisse jeweils nach Ost und West unterschiedlich zu deuten sind. Anzunehmen ist, dass unter ehemaligen DDR-Bürgern noch eher eine gewisse Bindung an marxistisch-leninistische Glaubenssätze vorhanden ist, die von

der Partei „Die Linke“ nicht zureichend angesprochen werden können, zumal die DKP oder andere linksextremistische, nichttrotzkistische Gruppen nicht als Wahlalternative vorhanden waren. In der Regel dürfte es sich hierbei um ehemalige Kader der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit handeln, welche jedoch eine aussterbende Klientel darstellen. Eine solche Wählerklientel gibt es im Westen in dieser personellen Stärke nicht. Folglich kann die MLPD noch zeitweilig von Honeckers und Mielkes Erbe zehren.

15. Schleswig-Holstein

Die Mitglieder der MLPD in Schleswig-Holstein sind im MLPD-Landesverband Nord-West mit Bremen, Hamburg und Niedersachsen zusammengefasst. Auf ihrer Landesliste finden sich vier Kandidaten, darunter kein Direktkandidat: auf Platz 1 die Sozialpädagogin Maria Meyer (Jg. 1954), zugleich Ansprechpartnerin der MLPD in Lübeck, dann der ehemalige Lehrer Matthias Salomon (Jg. 1947), die Bürogehilfin Andrea Hähner (Jg. 1961) und Ansprechpartnerin für die MLPD in Nordfriesland und Nordstrand sowie der Rentner Jürgen Wischnat (Jg. 1943). Im Vergleich zu 2005 rutschte die Partei auf 629 der vormals 1.131 Zweitstimmen ab, und halbierte ihr Ergebnis fast. Die Stimmenanteile in den elf Wahlkreisen Schleswig-Holsteins für die MLPD bewegen sich zwischen 47 und 90 Zweitstimmen (2005: 65 und 152). Soweit davon in diesem Mikrokosmos die Rede davon sein kann, liegen die MLPD-Hochburgen in Kiel mit 80 Zweitstimmen (vormals 152) und in Lübeck mit 90 Zweitstimmen (vormals 142).

MLPD bei Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein

Bundestagswahl	**Wahlberechtigte**	**Zweitstimmen der MLPD**	**Anteil in Prozent**
1994	2.113.279	328	0,016
2005	2.198.777	1.131	0,040
2009	2.229.675	629	0,028

16. Mecklenburg-Vorpommern

Die Mitglieder der MLPD in Mecklenburg-Vorpommern sind dem Landesverband Nord-Ost angeschlossen, dem auch die Mitglieder in Berlin und Brandenburg angehören. Auf Platz 1 der fünfköpfigen Landesliste war die Geschäftsführerin des Ferienparks „Plauer See“, Barbara Schilke (Jg. 1953) platziert, zugleich Kontaktadresse in Alt Schwerin. Sie war 1992 aus dem Ruhrgebiet zugezogen und sitzt für das MLPD-nahe Bündnis „AUF Alt Schwerin“ in der Gemeindevertretung. Auf Platz 3 kandidierte der Gärtner Karl-Heinz Schulze (Jg. 1955), dann der Nachrichtentechniker Bert Beckmann (Jg. 1958) und zuletzt der Datenverarbeiter Benno Falk (Jg. 1953). Auf Platz 2 findet sich mit der früheren Stahlschiffbauerin Renate Voß (Jg. 1943) die Direktkandidaten in Rostock (WK 14). Sie erhielt 555 Erststimmen, 2005 erhielt die MLPD in diesem Wahlkreis noch 1.179, 1998 242 Erststimmen. Die Zweitstimmen in den Wahlkreisen Mecklenburg-Vorpommern liegen zwischen 210 und 324 Zweitstimmen (2005: zwischen 349 und 576). Hochburg der MLPD in Mecklenburg-Vorpommern ist Rostock mit 324 Zweitstimmen (2005: 576) und schon deutlich nachgeordnet Bad Doberan – Güstrow – Müritz (WK 17) mit 277 Zweitstimmen (2005: 407).

MLPD bei Bundestagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	1.379.175	322	0,023
2005	1.418.790	2.949	0,207
2009	1.398.431	1.760	0,126

17. Hamburg

Spitzenkandidat der MLPD in Hamburg war der Schlosser Joachim Griesbaum (Jg. 1955), der zugleich Vorsitzender des Landesverbandes Nord-West ist, welcher die Mitglieder der MLPD in Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vereint. In Hamburg befindet sich auch die Landesgeschäftsstelle. Auf Platz 3 wurde die Rentnerin Rita Giermann (Jg. 1941), auf Platz 4 die Angestellte Narziss Nianur (Jg. 1964), dann der Rentner Werner Nigge-

mann (Jg. 1949) und der Schulsozialpädagoge Christian Kölle (Jg. 1952) gesetzt. Der einzige Direktkandidat war Jürgen Bader (Jg. 1960), der in Hamburg-Altona (WK 20) kandidierte. Er erhielt 159 Erststimmen, was das bisher schlechteste Ergebnis der MLPD in Hamburg darstellt. 1994 erhielt die Partei noch 271, 1998 266 Erststimmen. Die Zweitstimmen bewegen sich in den Wahlkreisen für die MLPD zwischen 47 und 146 Zweitstimmen, letztere sind in ihrer Hochburg Hamburg-Mitte erreicht worden. In der Summe kam die MLPD in Hamburg auf 441 Zweitstimmen und konnte damit ihr Ergebnis der Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag mit 461 Zweitstimmen nahezu halten.

MLPD bei Bundestagswahlen in Hamburg

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	1.241.912	214	0,017
2005	1.230.717	461	0,037
2009	1.256.654	441	0,035

18. Niedersachsen

Die Mitglieder der MLPD in Niedersachsen gehören dem Landesverband Nord-West an, wie auch die aus Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Sie stellten eine Landesliste mit acht Kandidaten auf, darunter zwei Direktkandidaten. Auf Platz 1 setzte sie den Hydraulikmonteur, Kontaktadresse der MLPD in Wilhelmshaven und Mitglied der Verbandsleitung des „Rebell“, Hannes von Pentz (Jg. 1979), auf Platz 2 die Lehrerin Anne Kieffel (Jg. 1951) und auf Platz 3 den Direktkandidaten für Braunschweig (WK 51), den Maschinenschlosser und Kontaktadresse für Braunschweig, Paul Deutsch (Jg. 1951). Ein weiterer Direktkandidat war der Arbeiter Kurt Kieffel (Jg. 1953), der für Stadt Hannover I (WK 42) aufgestellt wurde.[74]

In Braunschweig erhielt Deutsch 174 Erststimmen (2005: 207) und in Stadt Hannover I Kurt Kieffel 118 Erststimmen (2005: 233). 1998 verbuchte die

[74] Platz 4 hatte Dorit von Pentz (Jg. 1950), Platz 5 Reinhard Funk (Jg. 1958), Platz 6 Brigitte Butterschön (Jg. 1949) und zuletzt Matthias Sauter (Jg. 1958).

MLPD insgesamt 103 Erststimmen. Eine Hochburg der MLPD in Niedersachsen ist der Wahlkreis Stadt Hannover I mit 88 Zweitstimmen (2005: 92) und Braunschweig mit 110 Zweitstimmen (2005: 127), relativ auch Oldenburg – Ammerland mit 85 Zweitstimmen (2005: 163). Der Stimmeneinbruch fällt für die MLPD in Niedersachsen nicht so drastisch aus wie in anderen Ländern. Er fiel von 1.911 (2005) auf 1.447 Zweitstimmen.

MLPD bei Bundestagswahlen in Niedersachsen

Bundestagswahl	**Wahlberechtigte**	**Zweitstimmen der MLPD**	**Anteil in Prozent**
1994	5.886.587	559	0,009
2005	6.083.041	1.911	0,031
2009	6.111.482	1.447	0,024

19. Bremen

Die Mitglieder der MLPD in Bremen zählen zum Landesverband Nord-West, dem auch die Mitglieder Hamburgs, Schleswig-Holsteins und Niedersachsens angehören. Spitzenkandidat auf der vierköpfigen Landesliste war der Dreher Helmut Lange (Jg. 1952), der in Bremen I (WK 55) auch direkt antrat. Auf Platz 2 der Landesliste kandidierte die Angestellte Gabriele Georgiu (Jg. 1955), auf Platz 3 der Student und Aktivist im Jugendverband „Rebell“ Wanja Lange (Jg. 1987) und auf Platz 4 die Druckvorlagenherstellerin aus Gelsenkirchen und noch Wochen zuvor Kandidatin bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Bettina Buchta (Jg. 1960).[75] Lange erhielt in Bremen I 357 Erstimmen (1998: 150 Erststimmen). In diesem Wahlkreis erzielte die MLPD 132 Zweitstimmen (2005: 168), wo auch ihr Schwerpunkt liegt. In Bremen musste die MLPD ebenfalls Verluste hinnehmen, wenn auch vergleichbar überschaubar: Von 283 Zweitstimmen stürzte sie auf 214 auf.

[75] An anderer Stelle als Kandidatin auf Platz 5 der MLPD-Landesliste in Niedersachsen vermerkt.

MLPD bei Bundestagswahlen in Bremen

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	510.027	95	0,019
2005	486.475	283	0,058
2009	487.924	214	0,044

20. Brandenburg

Die MLPD-Mitglieder in Brandenburg gehören zum Landesverband Nord-Ost, wozu auch die Mitglieder aus Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zählen. Die MLPD brachte eine Landesliste mit drei Kandidaten zustande, jedoch keinen für eine Direktwahl – und sie hat nicht einmal eine Kontaktadresse im Land Brandenburg. Auf Platz 1 kandidierte die in Frankfurt (Oder) praktizierende Ärztin und in West-Berlin wohnende Dr. Gabriele Wallenstein (Jg. 1947), ein Import aus Baden-Württemberg, auf Platz 2 der Schlosser Lutz Heerwald (Jg. 1960) aus Cottbus und auf Platz 3 der West-Berliner Rentner Jörg Irion (Jg. 1939). Die Anzahl der Zweitstimmen bewegte sich zwischen 84 und 210 (2005: 140 und 500). Gewisse Hochburgen sind Potsdam – Mittelmark II – Teltow-Fläming mit 207 (2005: 353), Märkisch-Oderland – Barnim II mit 209 (380) und Frankfurt (Oder) – Oder-Spree mit 210 Zweitstimmen (2005: 500). Bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag wurde die Anzahl der Zweitstimmen mit 1.640 mehr als halbiert als zur Wahl zuvor (3.514). Diese Stimmen gab es in einem Land, das keine Organisation der MLPD aufweist, aber – immerhin – 1998 331 Erststimmen hat einwerben können.

MLPD bei Bundestagswahlen in Brandenburg

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	1.934.963	399	0,021
2005	2.128.352	3.514	0,165
2009	2.124.342	1.640	0,077

21. Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt gehören die Mitglieder der MLPD dem Landesverband Elbe-Saale an, zu dem auch die aus Thüringen und Sachsen zählen. In Sachsen-Anhalt vermochte die MLPD es, eine vergleichsweise starke, neunköpfige Landesliste aufzustellen, darunter sogar vier Direktkandidaten. Auf Platz 2 kandidierte die Heilerziehungspflegerin und MLPD-Kontakt in Wolfen, Ina Korntreff (Jg. 1967) in Anhalt (WK 72) und auf Platz 3 der Straßenbahnfahrer Frank Oettler (Jg. 1966) in Halle (WK 73). Direkt in Dessau-Wittenberg (WK 71) und auf Listenplatz 5 trat der Kommunikationselektroniker Klaus Fuchs (Jg. 1954) und ebenfalls direkt (Listenplatz 7) in Magdeburg (WK 70) der Anlagenfahrer Daniel Wiegenstein (Jg. 1958) an. Spitzenkandidatin war jedoch die Verkäuferin Monika Kuke (Jg. 1957).[76] In Magdeburg holte Wiegenstein 624 Erststimmen (2005: 873), in Dessau-Wittenberg Fuchs 544 (2005: 667), in Anhalt Korntreff 890 (2005: 878) und in Halle Oettler mit 981 Erststimmen (0,7 Prozent) ein bemerkenswertes Ergebnis (2005: 1.165). Das Ergebnis der Zweitstimmen kann da nicht mithalten. Es bewegt sich in den Wahlkreisen zwischen 30 in Harz und 511 in Halle (2005: 35 und 930). Beachtliche Hochburgen sind Magdeburg mit 410 (2005: 724), Anhalt mit 487 (850) und vor allem Halle mit 511 (930) Zweitstimmen. Für Wolfen, Halle und Magdeburg weist die MLPD folgerichtig drei ihrer fünf Kontaktadressen in Sachsen-Anhalt aus. Gleichwohl konnte das bis dahin beste Landesergebnis einer Bundestagswahl mit 5.412 Zweitstimmen aus dem Jahre 2005 nicht gehalten haben, es fiel um rund ein Drittel auf 3.187.

MLPD bei Bundestagswahlen in Sachsen-Anhalt

Bundestagswahl	**Wahlberechtigte**	**Zweitstimmen der MLPD**	**Anteil in Prozent**
1994	2.156.706	398	0,018
2005	2.088.108	5.412	0,259
2009	2.028.557	3.187	0,157

[76] Auf Platz 4 kandiderte Rita Renner (Jg. 1958), auf Platz 5 Angelika Trendelenburg (Jg. 1957), auf Platz 8 Edmund Meier (Jg. 1959) und auf Platz 9 Elvira-Anna Fricke (Jg. 1934).

22. Berlin

In Berlin trat die MLPD mit einer siebenköpfigen Landesliste an, darunter drei Direktkandidaten. In Neukölln (WK 83), wo sich auch die Landesgeschäftsstelle Nord-Ost befindet, kandidierte der Listenführer und Kunststoff-Formgeber und Mitglied der MLPD-Landesleitung Andrew Schlüter (Jg. 1967), in Spandau-Charlottenburg Nord (WK 79) der Industriemechaniker Felix Weitenhagen (Jg. 1977) und in Treptow-Köpenick (WK 85) die Grundschullehrerin Petra Ilius (Jg. 1950).[77] Das Mitglied des Zentralkomitees Klaus-Dieter Ilius, dem er seit 1982 angehört, kämpfte nicht um ein Direktmandat, sondern kandidierte über die Landesliste.

In Neukölln lieferte sich Schlüter mit dem Direkt- und Spitzenkandidaten der DKP ein „packendes Duell“. Die MLPD musste sich mit 217 Erststimmen (zuvor 296) der so bekämpften DKP geschlagen geben, die 278 Erststimmen erzielen konnte. Weitenhagen brachte es in Spandau-Charlottenburg Nord auf 279 und Ilius auf 397 Erststimmen. Immerhin überbot sie die Anzahl der Erststimmen zum 13. Deutschen Bundestag 1994, als es 320 waren, und zum 14. Deutschen Bundestag mit 286 Erststimmen.

Während die Partei überwiegend verlor – wie in Neukölln, wo sie 108 Zweitstimmen (vormals 172) erzielte –, konnte sie andernorts ihren Stimmenanteil ausbauen: So in Spandau-Charlottenburg Nord, wo das Ergebnis von 2005 mit 96 Stimmen sogar auf 110 verbessert werden konnte, und in Treptow-Köpenick, wo sogar mit 16 weiteren Zweitstimmen das Ergebnis auf 166 erhöht wurde. Im Vergleich zu anderen Landesverbänden der MLPD konnte der in Berlin das Ergebnis der Bundestagswahl von 2005 halbwegs halten, zumal es sich traditionell auf niedrigem Niveau bewegt. Seinerzeit hatte die Partei 1.254 Stimmen erzielt, nunmehr 1.130.

---

[77] Auf Listenplatz 4 kandidierte Ilse Kather (Jg. 1948), Platz 5 Klaus-Dieter Ilius (Jg. 1948) und auf Platz 7 Sanja Schlüter (Jg. 1977).

MLPD bei Bundestagswahlen in Berlin

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	2.505.857	518	0,021
1998	2.442.929	470	0,019
2005	2.428.902	1.254	0,052
2009	2.471.587	1.130	0,046

23. Nordrhein-Westfalen

Die Landesliste mit den meisten Kandidaten (21) bot die MLPD in Nordrhein-Westfalen auf, und nur wenige Wochen nach der Kommunalwahl sogar insgesamt 16 Direktkandidaten. Der Parteivorsitzende Stefan Engel (Jg. 1954) kandidierte direkt in Gelsenkirchen (WK 124) und auf Listenplatz 2, der Sachbearbeiter Gerhard Pfisterer (Jg. 1948) direkt in Dortmund I (WK 143) und auf Listenplatz 3. Auf Listenplatz 15 und direkt in Krefeld II – Wesel II (WK 115) kandidierte der Rentner Klaus Wallenstein (Jg. 1942) und auf Listenplatz 16 sowie direkt in Bochum I (WK 141) die Montagearbeiterin Annegret Gärtner-Leymann (Jg. 1977).[78] Immerhin vier der 13 öffentlich genannten Mitglieder des Zentralkomitees der MLPD kandidierten in Nordrhein-Westfalen: neben Engel und Wallenstein noch Peter Weispfenning und Monika Gärtner-Engel.

Bei den Direktkandidaturen konnte die MLPD ihre Ergebnisse im Vergleich zur Wahl des 16. Deutschen Bundestages deutlich um 1.912 auf 6.645 Erststimmen verbessern. Dabei entfielen auf die beiden Kandidaten Stefan Engel und Peter Weispfenning nahezu die Hälfte der Stimmen: 1.831 (1,5 Prozent) bzw. 1.177 Stimmen (0,9 Prozent). Das dürften bislang die besten Erst-

[78] Spitzenkandidatin war Gabriele Gärtner (Jg. 1977). Ihr folgten Yazgülü Kahraman-Neister, Monika Gärtner-Engel, Michael May, Feryal Araz, Vesna Buljevic, Hermann Eicker, Dr. Willi Mast, Martina Stalleicken, Roland Meister, Thomas Kistermann, Bernd Sclitter-Bankloh, Hans-Gerd Kühnel, Estehr Müller-Horn, Patricia Rohrbach, Wolfgang Wöhrmann, Renate Höhne, Sabine Leopold, Dr. Günther Bittel, Sonja Borgwaldt, Frank Stierlin, Nina Dusper, Christoph Klug und Angelika Schweitzer.

stimmenergebnisse der MLPD bei einer Bundestagswahl sein. 1994 erzielte sie in Nordrhein-Westfalen 2.101 Erststimmen. Das waren mehr als ein Drittel aller ihrer Erststimmen.

MLPD-Direktkandidaten bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag in Nordrhein-Westfalen

Wahlkreis	**Kandidat**	**Erst stimmen 2009**	**Verände-rung zu 2005**
Gelsenkirchen	Stefan Engel	1.831	+ 1.215
Herne-Bochum II	Peter Weispfenning	1.177	+ 909
Ennepe-Ruhr-Kreis II	Jakobus Fröhlich	285	+ 65
Leverkusen - Köln IV	Dr. Ernst Herbert	329	+ 49
Bottrop-Recklinghausen III	Petra Braun	243	+ 19
Düsseldorf I	Kai Müller-Horn	204	+ 16
Oberhausen - Wesel III	Reinhardt Meyer	282	+ 10
Wuppertal I	Helmut Böhmler	287	–
Köln II	Gottfried Schweizer	281	–
Krefeld II - Wesel II	Klaus Wallenstein	270	–
Düsseldorf II	Dagmar Eberhard-Forscher	202	–
Dortmund I	Gerhard Pfisterer	287	– 48
Bochum I	Annegret Gärtner-Leymann	255	– 61
Recklinghausen II	Paul Schlesinger	191	– 84
Essen II	Horst Dotten	240	– 88
Duisburg II	Jürgen Blumer	281	– 90
∑		6.645	+ 1.912

Während für Engel und Weispfenning spezifische örtliche Bedingungen zu ihren Gunsten wirkten – in Gelsenkirchen offerierte die Linkspartei keinen Direktkandidaten, weshalb diese Wählerklientel von der MLPD aufgerufen

wurde, für sie zu votieren – fallen auch dort bei den Zweitstimmen die Ergebnisse deutlich ab bzw. waren rückläufig. Im Wahlkreis Gelsenkirchen erzielte die MLPD 454 Zweitstimmen, 2005 waren es noch 515. In Herne-Bochum II waren es nur 177 Zweitstimmen (2005: 245). Letzthin wählten von 10.000 Wahlberechtigten lediglich drei die MLPD – und das, obgleich es sich um den stärksten Landesverband handelt.

MLPD bei Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	13.089.684	2.152	0,016
1998	13.086.397	2.052	0,016
2005	13.257.047	5.815	0,044
2009	13.288.979	4.267	0,032

24. Sachsen

In der Regel musste sich die MLPD mit Prozentpunkten hinter dem Komma begnügen, in Sachsen konnte sie – wenn auch erst nach Aufrundung – mit einer 2 nach dem Komma reüssieren. Ein bemerkenswertes Ergebnis, das in keinem Verhältnis zur Anzahl der Mitglieder steht. Einen eigenen sächsischen Landesverband gibt es aus diesem Grund nicht. Die Mitglieder gehören zum Landesverband Elbe-Saale, der auch die aus Thüringen und Sachsen-Anhalt vereint, und seine Geschäftsstelle in Leipzig hat.

Auf der achtköpfigen Landesliste gibt es mit Günter Slave lediglich einen Direktkandidaten im Wahlkreis Dresden II – Bautzen II (WK 181).[79] Slave war 1992 von Stuttgart nach Sachsen gezogen und gehört dem Zentralkomitee der MLPD an. Er konnte mit 436 Erststimmen das Ergebnis der Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag in diesem Wahlkreis mit 524 Erststimmen nicht halten. Der Wahlkampf der sächsischen MLPD zielte – anders

[79] Auf den folgenden Plätzen Waltraud Zorn (Jg. 1938), Dr. Paul Zagemann (Jg. 1940), Dagmar Kolkmann-Lutz (Jg. 1953), Anna Zimmermann (Jg. 1978), Ingo Schumann (Jg. 1950), Regina Balzer (Jg. 1949) und Gudrun Wesener (Jg. 1959).

als in Nordrhein-Westfalen – kaum auf Erststimmen. Die bisherigen Erfahrungen schienen nicht ermutigend: 1994 gab es 126 Erststimmen, 1998 174 und in Meißen I (WK 156) trat die Partei erst gar nicht an, wo sie 2005 noch 120 Erststimmen erhalten hat. Sie setzte auch angesichts der personellen Schwäche auf Zweitstimmen in einer politischen Konstellation, in der schon bei den kurz zuvor stattgefundenen Landtagswahlen alles auf eine Mehrheit von CDU/FDP hinauslief. Die MLPD verbesserte sich bei den Zweitstimmen, die sich zwischen 251 (Vogtlandkreis) und 448 (Bautzen I) bewegten (2005 waren es 174 bis 409). Regionale Zentren der MLPD sind demnach Dresden II – Bautzen II mit 392 (zuvor 390), Erzgebirgekreis I mit 373 (222), Leipzig II mit 373 (234), Leipzig-Land mit 375 (217), Bautzen I mit 448 (409) und Görlitz mit 413 (249) Zweitstimmen.

MLPD bei Bundestagswahlen in Sachsen

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	3.591.962	819	0,023
2005	3.561.357	3.742	0,105
2009	3.517.525	5.278	0,150

25. Hessen

Die Mitglieder der MLPD in Hessen bilden mit denen aus Rheinland-Pfalz und Saarland einen Landesverband, dessen Landesgeschäftsstelle sich in Frankfurt (Main) befindet. Zur Wahl zum 17. Deutschen Bundestag stellte sie eine sieben Personen zählende Landesliste auf, darunter zwei Direktkandidaten. Auf Platz 1 und Direktkandidat in Frankfurt I (WK 182) setzte sie den Rentner Veit-Harald Müller (Jg. 1941), auf Platz 2 und Direktkandidatin in Kassel (WK 169) die Erzieherin Barbara Meyer.[80] In Kassel erhielt Meyer 318 Erststimmen (2005: 480) und in Frankfurt I verbuchte Müller 170 Erststimmen. In Darmstadt, wo die MLPD 2005 noch 359 Erststimmen erzielte, stellte sie keinen Direktkandidaten auf. Die ohnehin kargen Erst-

[80] Platz 3 hatte Henrik Kordes (Jg. 1948), dann Klaus Bremer (Jg.1952), Karin Weber (Jg. 1951), Dr. Dieter Stein (Jg. 1957) und Joachim Gärtner (Jg. 1948).

stimmenergebnisse verschlechterte sie, blieb aber noch oberhalb der 221 Erststimmen, welche die MLPD 1998 erzielt hatte. Relativ gesehen bildet lediglich Kassel ein Zentrum in Hessen (obgleich mit Darmstadt, Frankfurt am Main und Rüsselsheim noch drei weitere Kontaktadressen angegeben werden), ansonsten schwanken die Zweitstimmenanteile zwischen 48 und 175 (2005: 83 bis 257).

MLPD bei Bundestagswahlen in Hessen

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	4.290.259	582	0,014
2005	4.366.988	1.725	0,040
2009	4.299.085	1.166	0,027

26. Thüringen

Die MLPD-Mitglieder Thüringens gehören zum Landesverband Elbe-Saale, gemeinsam mit denen von Sachsen und Sachsen-Anhalt. Sie stellte eine Landesliste mit sieben Personen auf, darunter als Spitzen- und Direktkandidaten von Sonneberg-Saalfeld-Rudolstadt-Saale-Orla-Kreis (WK 196) Andreas Eifler (Jg. 1955), der Herbergsvater der Freizeitanlage „Im Waldgrund“ Truckenthal (Schalkau), die zum Eigentum der MLPD gehört.[81] Eifler erhielt 395 Erststimmen, nahezu nur ein Drittel des Ergebnisses von 2005 (1.089). Im Wahlkreis Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut – Hainich–Kreis II gewann die MLPD 2005 sogar noch mit Günter Slave 789 Erststimmen, 2009 trat sie dort nicht an. Damit erreichte die Thüringer MLPD nicht einmal das Erststimmenergebnis von 1998 (429). Während Sonneberg-Saalfeld-Rudolstadt-Saale-Orla-Kreis auch mit 267 Zweitstimmen Hochburg blieb (2005: 774), pendelten die Zweitstimmen ansonsten zwischen 185 und 293 (Erfurt – Weimar – Weimar Land II), kein Vergleich zu den Werten von 2005.

[81] Auf weiteren Plätzen: Stefanie Korntreff (Jg. 1986), Friedrich Hofmann (Jg. 1954), Manuela Eifler (Jg. 1957), Katrin Grigoreit (Jg. 1968), Susanne Wagner (Jg. 1953) und Bürbel Kersken (Jg. 1964).

MLPD bei Bundestagswahlen in Thüringen

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	1.955.586	470	0,024
2005	1.957.755	5.668	0,290
2009	1.912.410	1.989	0,104

27. Rheinland-Pfalz

Die Mitglieder der MLPD in Rheinland-Pfalz bilden mit denen aus Hessen und Saarland einen Landesverband. Ihre Landesliste umfasst vier Personen, davon mit der Sachbearbeiterin Madeleine Stockert eine Direktkandidatin in Ludwigshafen-Frankenthal (WK 208). Auf der Liste waren ferner der Psychologe Traugott Nassauer (Jg. 1949), die Journalistin der „Roten Fahne“ aus Gelsenkirchen, Angehörige des Zentralkomitees der MLPD, Anna Bartholomé (Jg. 1949) und der Arbeiter Jürgen Schäuble (Jg. 1963). Die Spitzenkandidatin bekam in Ludwigshafen-Frankenthal 210 Erststimmen (2005: 437). Die Ergebnisse waren regelmäßig unterhalb des sonstigen Schnittes bei der MLPD. Bei den Zweitstimmen lagen die Werte zwischen 22 und 121 pro Wahlkreis (2005: 76 und 280), womit der Raum Mannheim-Ludwigshafen zu den Hochburgen der MLPD in Rheinland-Pfalz gehört. Insgesamt verlor die MLPD mit zwei Dritteln ihrer Zweitstimmen mehr als andernorts.

MLPD bei Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	2.985.384	328	0,011
2005	3.084.171	1.680	0,054
2009	3.103.718	681	0,022

28. Bayern

Die MLPD warb in 40 bayerischen Städten mit 3.000 Plakaten und hat eine Liste mit dreizehn Kandidaten aufgestellt, davon auf Platz 1 den Elektronik-Facharbeiter und bayerischen MLPD-Landesvorsitzenden Klaus Dumberger (Jg. 1964), der in München-Nord (WK 218) auch direkt kandidierte. Direkt kandidierten weiter der Chemie-Facharbeiter Johannes Rupprecht (Jg. 1952) in Nürnberg-Nord (WK 244) und der Lehrer Emil Bauer (Jg. 1953) in Augsburg-Stadt (WK 252). Sie nahmen die Listenplätze 3 und 4 ein.[82] Auf Rupprecht entfielen 188 Stimmen in einem Wahlkreis, in dem die MLPD drei Jahre zuvor noch 218 Stimmen erzielen konnte (106 Zweitstimmen). Erstmals kandidierte die MLPD in Augsburg-Stadt, für die Bauer 228 Stimmen (107 Zweitstimmen) erzielen konnte, und in München-Nord, wo Dumberger – trotz einer „tollen Truppe“ mit Vorstand, Kassierer und Kassenprüfer, die ihn beim Wahlkampf unterstützte – 137 Stimmen erhielt, während die Partei es dort auf lediglich 67 Zweitstimmen brachte. In der Summe konnte die MLPD in Bayern 553 Erststimmen (vormals 218) auf sich vereinen. Die Zweitstimmen bestätigen die „Hochburgen“ der MLPD in Nürnberg-Nord (wo sich auch die Landesgeschäftsstelle der MLPD befindet) und Augsburg-Stadt, wo sie allein die Grenze von 100 Stimmen pro Wahlkreis durchbrechen konnte. Insgesamt kam sie auf 1.815 Zweitstimmen und halbierte damit ihr Ergebnis von vor drei Jahren, als es noch 3.448 waren. Bei den Wahlen zum 14. Deutschen Bundestag 1998 erhielt die Partei in Bayern 646 Zweitstimmen, zum 13. Deutschen Bundestag 1994 sogar 809 Zweitstimmen. In den letzten zwanzig Jahren vermochte die MLPD im Mittel 1.700 Wähler in Bayern für sich einzunehmen, anders ausgedrückt: Ein MLPD-Wähler kam auf 5.000 Wahlberechtigte.

---

[82] Auf Listenplatz 2 kandidierte Elke Preeotrius (Jg. 1943), auf Platz 5 Therese Gmelch (Jg. 1955), Platz 6 Patrick Ziegler (Jg. 1987), Platz 7 Herbert Schär (Jg. 1949), Platz 8 Andrea Dumberger (Jg. 1957), Platz 9 Manfred Hörner (Jg. 1951), Platz 10 Marion Schmidt (Jg. 1954), Platz 11 Mehmet Vuranoglu (Jg. 1959), Platz 12 Evmarie-Gertraud Mischau (Jg. 1958) und Platz 13 Heinz Ziegler (Jg. 1953).

MLPD bei Bundestagswahlen in Bayern

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	8.767.500	809	0,009
1998	8.875.328	646	0,007
2005	9.222.580	3.448	0,037
2009	9.363.258	1.815	0,019

29. Baden-Württemberg

Die Liste der MLPD in Baden-Württemberg, dem Herkunftsland der Partei schlechthin, weist 14 Kandidaten auf, darunter sechs Direktkandidaten. Dabei handelt es sich um den Elektroniker Volker Kraft (Jg. 1953), der in Stuttgart II (WK 259) kandidierte, um den Programmierer Peter Bäuerle (Jg. 1951) im Wahlkreis Böblingen (WK 260), die Journalistin Dorothea Jauernig (Jg. 1938) in Esslingen (WK 261), den Busfahrer Joachim Struzyna (Jg. 1955) in Ulm (WK 291), die Krankenschwester Angelika Göhner-Feller (Jg. 1954) in Waiblingen (WK 264) und in Heilbronn (WK 267) um den Krankenpfleger Peter Rügner (Jg. 1966).[83]

Platz 1 der Landesliste hatte der Journalist Klaus-Peter Borgwaldt (Jg. 1953) inne, trat aber nicht als Direktkandidat an. Er ist Vorsitzender des MLPD-Landesverbandes Baden-Württemberg, Mitglied des Zentralkomitees und dessen Sekretariat. Über den Jugendverband kam er zur MLPD, für die er in Herne eine Ortsgruppe aufbaute, während dessen er als Redakteur, dann als Leiter der Redaktion des MLPD-Zentralorgans „Rote Fahne“ tätig wurde.[84]

---

[83] Auf der Liste ferner: Julia Scheller (Jg. 1982), Dr. Ingrid Weible (Jg. 1947), Ferit Atan (Jg. 1955), Susanne Struzyna (Jg. 1956), Wolfgang Serway (Jg. 1955), Dorothee Lohmann (Jg. 1942) und Renate Schmdit (Jg. 1959).

[84] Auf Platz 2 kandidierte Julia Scheller (Jg. 1982), Platz 4 die Ärztin Dr. Ingrid Weible (Jg. 1947), Ferit Atan (Jg. 1955), Platz 6 Susanne Struzyna (Jg. 1956), Platz 11 Wolfgang Serway (Jg. 1948), Dorothee Lohmann (Jg. 1942) und auf Platz 14 Renate Schmidt (Jg. 1959).

In Stuttgart II konnte Kraft für die MLPD mit 322 Erststimmen beinahe das vormalige Wahlergebnis für diesen Kreis von 376 halten. In Böblingen fuhr Bäuerle mit 328 Erststimmen nahezu ein Drittel weniger als drei Jahre zuvor ein (452). Kaum anders sah es in Waiblingen bei Göhner-Feller aus, auf die lediglich 317 von vormals 425 Erststimmen entfielen, und in Heilbronn, wo Rügner es immerhin mit 376 auf das zweitbeste Erststimmergebnis der MLPD in Baden-Württemberg brachte (vormals 550). Der einzige Wahlkreis, in dem die MLPD sogar ihren Erststimmenanteil verbessern konnte, ist Reutlingen, wo auf Michael Weidner 490 Stimmen entfielen (vormals waren es 484). In Karlsruhe-Stadt, Mannheim und Tübingen trat die MLPD erstmals mit Direktkandidaten an und erzielte 233, 333 (0,3 Prozent) bzw. 304 Erststimmen. In der Summe konnte die MLPD ihren Erststimmenanteil in Baden-Württemberg von vormals 2.287 auf 3.002 (1994: 1.847, 1998: 1.536) erhöhen. Bei den Zweitstimmen kam die Partei auf 3.648, wo es doch vormals 5.579 waren – ein Einbruch von einem Drittel. Die Zentren der MLPD in Baden-Württemberg lassen sich dennoch klar ausmachen. Sie liegen in Stuttgart II mit 253, Böblingen mit 197 und Reutlingen mit 189 Zweitstimmen.

MLPD bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der MLPD	Anteil in Prozent
1994	7.204.997	1.901	0,026
1998	7.256.933	1.563	0,022
2005	7.529.193	5.579	0,074
2009	7.630.278	3.648	0,048

30. Saarland

Die Mitglieder der MLPD im Saarland bilden mit denen in Rheinland-Pfalz und Hessen einen Landesverband. Die vierköpfige Landesliste führte der Elektrosteiger Reiner Aulenbacher (Jg. 1957) an, der auch als Direktkandidat in Saarbrücken (WK 296) antrat. Die Angestellte Sabine Fricker (Jg. 1957)

hatte Platz 2, der Arzt Rolf Tickert (Jg. 1955) Platz 3 und die Reproherstellerin Zarah Zorko (Jg. 1979) Platz 4 inne. Aulenbacher verbesserte in Saarbrücken die Anzahl seiner Erststimmen auf 323 (1998: 72, 2005: 223). Andererseits schwankte die Anzahl der Zweitstimmen zwischen 42 und 112 in den Wahlkreisen (2005: 140 und 217). Hochburg der MLPD im Saarland ist Saarbrücken.

MLPD bei Bundestagswahlen im Saarland

Bundestagswahl	**Wahlberechtigte**	**Zweitstimmen der MLPD**	**Anteil in Prozent**
2005	818.478	686	0,084
2009	808.539	259	0,032

31. Schlusswort und Zusammenfassung

Mit einem enormen Aufwand leistete sich die MLPD fast einen einjährigen Wahlkampf. Ziel war weniger der tatsächliche Erwerb eines Mandates, als vielmehr festzustellen, welches Potential die MLPD für sich mobilisieren kann. Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestages war für die MLPD lediglich ein Gradmesser des „revolutionären Bewusstseins“. Sie musste den Verlust von mehr als einem Drittel der Wähler hinnehmen. Der Anteil der Zweitstimmen sank nicht nur auf unter 30.000, sondern verteilt sich asynchron zu ihrer organisatorischen Präsenz. Ihren stärksten Zuspruch erhielt sie in den neuen Bundesländern, wo sie gerade einmal in der Lage ist, zwei Landesverbände für sechs Bundesländer aufrechtzuerhalten. Hier profitiert die MLPD von den insbesondere bei älteren Bürgern eingewebten ideologischen Mustern der 1950er Jahre, mithin von einer Wählerklientel, deren Lebenszeit sich dem Ende zuneigt. Schlechthin handelt es sich also um ein temporäreres, noch zeitweilig anhaltendes Phänomen. Das kann sich die MLPD nicht als eigene Leistung gutschreiben, sondern verdankt sie der von ihr als revisionistisch gegeißelten „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Unbeschadet davon ist auch zahlenmäßig dieser Gradmesser nicht vielversprechend: Im Schnitt entfallen in den neuen Bundesländern 123 Wähler der MLPD auf 100.000 Wahlberechtigte. Für eine Sekte mag das kommod angehen, für eine Partei, die politisch gestalten will, nicht.

In den alten Bundesländern, wo die MLPD (bzw. ihre Vorläufer) seit über vierzig Jahren wirkt, haben sich 31 Bürger von 100.000 Wahlberechtigten für die MLPD entschieden, wobei für die MLPD Baden-Württemberg hervorragt (0,048 Prozent), während sich - bezogen auf die Wahlberechtigten - das kaderstarke Nordrhein-Westfalen von der MLPD-Diaspora Saarland nicht unterscheidet (jeweils 0,032 Prozent). Die gesellschaftliche Wirkungsmacht und der politische Einfluss der MLPD ist zu vernachlässigen.

Anteil der Zweitstimmen der MLPD bei der Bundestagswahl in Prozent, bezogen auf die Wahlberechtigten

Land	**Wähleranteil**
Sachsen-Anhalt	0,157
Sachsen	0,150
Mecklenburg-Vorpommern	0,126
Thüringen	0,104
Brandenburg	0,077
Baden-Württemberg	0,048
Berlin	0,046
Bremen	0,044
Hamburg	0,035
Nordrhein-Westfalen	0,032
Saarland	0,032
Schleswig-Holstein	0,028
Hessen	0,027
Niedersachsen	0,024
Rheinland-Pfalz	0,022
Bayern	0,019

Von dem „Linkstrend“, den sie festgestellt hat, wird sie absehbar nicht profitieren. Sie muss auf bessere Zeiten warten, wobei auch dann nicht viel Hoffnung besteht. Ihr politisches Selbstverständnis, das Erbe Stalins und Mao Tsetungs, und die dogmatische Anwendung auch selbstgestanzter Glaubenssätze wirken für neuere Entwicklungen und jüngere Generationen zu statisch.

Jede Neuerung um breitere Wirkungsmöglichkeiten muss bei ihr zunächst den ideologischen Filter des Kampfes gegen die kleinbürgerliche Denkweise durchlaufen, was Veränderungen und Anpassungsleistungen an gegebene Situationen kaum ermöglicht. Die Überlebensrezeptur mit dieser Denkweise sichert der Partei zwar die stets gepflegte Reinheit der Weltanschauung, kapselt sie aber von der gesellschaftlichen Wirklichkeit ab. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Entwicklung der MLPD in den letzten fünf Jahren stagniert. Nach ihrer über vierzigjährigen Aktivität zeigen sich rückläufige Tendenzen: Die Anzahl der Mitglieder konnte nicht ausgebaut werden, sondern blieb eher konstant, wurde aber zu 60 Prozent ausgetauscht. Das schwächte die Partei erheblich, da sie sich damit befassen musste, durch Schulungen ihre Kader zu qualifizieren und zugleich die Organisation in sieben Landesverbände zu reorganisieren. Hinzu kam der für sie desaströse VII. Parteitag 2004, in dessen Ergebnis das Herzstück der Partei, die „Zentrale Kontrollkommission", gedemütigt und abgestraft wurde, was ihr 1. außerordentliche Parteitag 2005 aufzuarbeiten und der VIII. Parteitag 2008 bereinigen sollte.

In dieser Konstellation kam den Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag für die Partei einige Bedeutung zu: Sie wollte die „Offensive für den echten Sozialismus" auslösen, heißt, an Attraktivität und Mitglieder gewinnen. Angesichts des erzielten Ergebnisses ist zu erwarten, dass sich weiterhin altbewährte Kader zurückziehen werden, das Durchschnittsalter der Mitglieder ansteigt (obgleich es Tendenzen gab, einen Wahlkampf für Jugendliche zu führen). Ob sie die teils vorhandene flächendeckende Präsenz aufrecht erhalten wird, ist fraglich. Denn der erhoffte Mobilisierungsschub blieb aus, neue Mitglieder konnten kaum herangeführt werden. Offenbar hat die MLPD ihren Zenit überschritten. Es ist eben „der Wurm" in der MLPD drin. Nachdem der Parteivorsitzende nach der Bundestagswahl die Offensive für beendet erklärte, wird die Partei wieder in die eingeübte Isolation abtauchen und intern Debatten führen, da indes jüngst abermals eine – bei dieser Partei regelmäßig wiederkehrende – Abweichung ausgemacht wurde. In diesem Fall die „Tendenz der Anbetung der Spontaneität", „wodurch die „Kleinarbeit der Partei unter den Massen" zurückgegangen sei. Die Partei beschäftigt sich also fortan wieder mit sich selbst.

Der Scheintod des Kommunismus in Europa

Ein systematischer und typologischer Überblick zu den traditionalistischen, Rot-Grün/Linken und postkommunistischen Modellen

Patrick Moreau

1. Einleitung und Fragestellung

Die Situation der kommunistischen und postkommunistischen Parteien in Europa unterscheidet sich sowohl hinsichtlich ihrer Wahlerfolge als auch ihrer Verwurzelung in der Gesellschaft deutlich.[1] Die kommunistische zypriotische „Fortschrittspartei des werktätigen Volkes“ (Ανορθωτικό Κόμμα Εργαζόμενου Λαού, ΑΚΕΛ)[2] konnte am 24. Februar 2008 den Sieg ihres Generalsekretärs Dimitris Chritofias bei den Präsidentschaftswahlen feiern, die er mit 53,35 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Der Sieg kam nicht überraschend, denn die AKEL ist seit Jahrzehnten die stärkste politische Kraft in Zypern. In Island übernahm im April 2009 nach 30 Jahren eine rot-grüne Koalition die Macht von den Konservativen. Die „Links-Grüne Bewegung“ (Vinstrihreyfingin – grænt framboð) erhielt 21,7 Prozent der Stimmen und stellt 14 Abgeordnete.[3] In Moldawien errang die „Kommunistische Partei Moldawiens“ (Partidul Comuniştilor din Republica

---

[1] Vgl. Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), Communist and Post-Communist Parties in Europe, Göttingen 2008; Stéphane Courtois, Dictionnaire du communisme, Paris 2007.

[2] Vgl. Andreas Stegiou, The Communist Party of Cyprus – AKEL, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 259-282.

[3] Tabelle: Ergebnisse Vinstrihreyfingin – grænt framboð 1999 - 2009

Jahr	Stimmen	Prozent	+/-	Sitze	+/-
1999	15.115	9,1%	+9,1%	6	+6
2003	16.129	8,8%	- 0,3%	5	-1
2007	26.136	14,3%	+5,5%	9	+4
2009	40.580	21,7%	+7,4%	14	+5

Moldova, PCRM) am 6. März 2009 bei den laut OECD-Einschätzung freien Wahlen 59,41 Prozent und 60 Sitze. Die liberale Partei wurde mit 12,9 Prozent der Stimmen zweitstärkste politische Kraft.

Hingegen scheint sich der Niedergang (einstmals) mächtiger kommunistischer Parteien zu beschleunigen: Die Französische Kommunistische Partei erzielte in den 1970er Jahren bei Wahlen mehr als 20 Prozent der Stimmen. Am 22. April 2007 erlitt sie eine historische Niederlage in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen: Marie-Georges Buffet konnte nur 1,93 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich ziehen.[4] Die italienische „Partei der Kommunistischen Wiedergründung" (Partito della Rifondazione Comunista, PRC) hat sich gespalten. Bei den Parlamentswahlen 2006 unterstützten noch mehr als zwei Millionen Wähler (5,8 Prozent) ihr Programm. Sie stellte 41 Abgeordnete und beteiligte sich an einer Regierungskoalition. Aber 2008 erhielt der PRC nur noch 3 Prozent (1.124.298 Stimmen) und ist seither nicht mehr im Parlament vertreten.[5] Die „Vereinigte Spanische Linke" (Izquierda Unida – IU) ist ein linkes politisches Bündnis, gegründet 1986 von mehreren Parteien, darunter die „Kommunistische Partei Spaniens" (Partido Comunista de España, PCE) als wichtigste Kraft. Die IU erlitt 2008 eine schwere Niederlage. Nachdem sie bei den Parlamentswahlen von 1996 noch 2.639.774 Stimmen gewonnen hatte (10,54 Prozent, 21 Abgeordnete), erreichte sie 2008 nur noch 3,80 Prozent (963.040 Stimmen, 2 Abgeordnete).

A priori lassen sich diese Ergebnisse ihrer Diversität wegen schwer interpretieren. Dies gilt umso mehr, als die vergleichende Forschung über die „Kommunisten" nach 1989 noch recht überschaubar ist.[6] Um die aktuelle

---

[4] Z.B. Präsidentschaftswahlen 1969: 21,27%; Parlamentswahlen 1973: 21,3%; Parlamentswahlen 1978: 20,5%. Zum Niedergang des PCF vgl. Stéphane Courtois/Dominique Andolfatto, France: The Collapse of the House of Communism, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 87-132.

[5] Wahlen 2006: Abgeordnetenkammer: PDCI 2,6 Prozent, 16 Mandate; Senatswahlen: 5 Senatoren (Wahlallianz mit der Federazione delle Liste Verdi (Verdi) und einer Verbraucherpartei). Vgl. Simone Bertolino, The PRC – Emergence ans Crisis of the Antogonistic Left, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 215-244.

[6] Die wichtigsten Publikationen: Perry Anderson/Patrick Camiller (Hrsg.), Mapping the WestEuropean Left, London, New York 1994; Uwe Backes/Stéphane Courtois

(Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln, Weimar, Wien 2002; Daniel S. Bell, Western European Communists and the Collapse of Communism, Oxford 1993; Joan Botella/Luis Ramiro (Hrsg.), The Crisis of Communism and Party Change. The Evolution of West European Communist and Post-Communist Parties, Barcelona 2003; András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe, Armonk/London 2002; Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.), West European Communist Parties after the Revolutions of 1989, London, Basingstoke 1994; Erhan Büyükakinci, The Neo-communist Parties and Power in Central and Eastern Europe: Change in Political Discourses and Foreign Policy Positions. In: East European Quarterly, 29 (2005) 3, S. 367-403; Stéphane Courtois (Hrsg.), Dictionnaire du communisme, Paris 2007; Michael Dauderstädt, The Communist Successor Parties of Eastern and Central Europe and European Integration, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 21 (2005) 1, S. 48-66; Anna Gryzmała-Busse, Redeeming the Communist Past. The Regeneration of Communist Parties in East Central Europe, Cambridge, New York 2002; Cyrille Guiat, The French and Italian Communist Parties: Comrades and Culture, London 2003; Dan Hough/Vladimír Handl, The post-communist left and the European Union. The Czech Communist Party of Bohemia and Moravia (KSČM) and the German Party of Democratic Socialism (PDS), in: Communist and Postcommunist Studies, 37 (2004), S. 319-339; Kate Hudson, European Communism since 1989. Towards a New European Left?, London, New York 2000; John T. Ishiyama, A Typology of Communist Successor Parties. An Overview, in: András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe, Armonk, London 2002, S. 271-286; John T. Ishiyama/András Bozóki, Adaptation and Change: Characterizing the Survival Strategies of the Communist Successor Parties, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 17 (2001), S. 32-51; Inka Jörs, Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich, Wiesbaden 2006; Herbert Kitschelt u.a., Constraints and Opportunities in the Strategic Conduct of Post-Communist Successor Parties. Regime Legacies as Causal Argument, in: András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), The Communist Successor Parties (Anm. 6), S. 14-40; Lubomír Kopeček, (Hrsg.), Trajectories of the Left. Social Democratic and (Ex-)Communist Parties in Contemporary Europe: Between Past and Future, Brno 2005; Luke March/ Cas Mudde, What’s Left of the Radical Left? The European Radical Left after 1989: Decline and Mutation, in: Comparative European Politics, (2005) 3, S. 23-49; Patrick Moreau/Stéphane Courtois/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, Landsberg 1998; Barnabas Racz/ Charles Bukowski (Hrsg.), The Return of the Left in Post-Communist States. Current Trends and Future Prospects, Cheltenham 1999; Michael Waller/Meinert Fennema (Hrsg.), Communist Parties of Western Europe. Decline or

Lage des Kommunismus zu verstehen, muss man zunächst den Blick in die Vergangenheit richten: Der Kommunismus des 20. Jahrhunderts hatte zwei Gesichter: Er war einerseits eine spezifische politische Kultur. Sie basierte auf einer Doktrin - dem Marxismus-Leninismus - und einem Organisationsmodell - der nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisierten Partei der Berufsrevolutionäre. Sie war – abgesehen von den Trotzkisten und Maoisten - der Transmissionsriemen einer politischen Strategie und Taktik, die Moskau allen europäischen KPen vorgab. Diese kommunistische Teleologie war jahrzehntelang in ganz Europa außerordentlich mächtig, weit über die 1945 entstandenen kommunistischen Staatsparteien hinaus.

Die Attraktivität des Kommunismus rührt bis 1989 von einer in Ost und West unterschiedlichen gesellschaftlichen Dimension. In den Gesellschaften Ost-, Mittelost- und Südosteuropas, in denen die Kommunisten die Macht übernommen hatten, setzten sie ihr teleologisches Projekt mit allen Mitteln durch, auch mit Terror. Eine „kommunistische“ Gesellschaft entstand. Phasen der Resignation, manchmal auch der (begrenzten) Unterstützung der Bevölkerung folgen, wie das Beispiel der DDR in den 1960er Jahren zeigt. Das sowjetische Imperium bricht unter seiner ökonomischen Unfähigkeit, seiner Bürokratisierung und (im Falle der UdSSR) unter der militärischen Niederlage in Afghanistan zusammen. Es implodiert.

In den westlichen Demokratien waren die KPen „Oppositionsparteien“, obwohl sie sich in Ausnahmefällen, etwa in Frankreich und Italien, an der Regierung beteiligten. Am Rande des politischen Systems genossen eine Reihe kommunistischer Parteien große Aufmerksamkeit und hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Die Fähigkeit der KPen, sich in ihren jeweiligen Gesellschaften zu verwurzeln, war das Ergebnis einer langen Entwicklung. In den 1930er Jahren hatte die Partei sektiererische Mikrogesellschaften geschaffen, für die die Existenz kommunistischer Familien eben so typisch war wie endogame Heiraten oder Feste usw. Parallel zu den Wahlerfolgen der KPen, zum Beispiel in Italien, Frankreich oder Finnland nach 1945, verwan-

---

Adaptation?, Oxford 1988; Daniel F. Ziblatt/Nick Biziouras, Doomed to be Radicals? Organization, Ideology, and the Communist Successor Parties in East Central Europe, in: Bozóki/ Ishiyama (Anm. 6), S. 287-302.

delten sich diese Mikrogesellschaften in eine Gegengesellschaft mit einer eigenen Kultur und Wirtschaft. Sie galt als Modell für eine kommunistische Gesellschaft in der „leuchtenden Zukunft“.

Der Leninismus war entscheidend für den Zusammenhalt der kommunistischen Bewegung bis 1989. Die Staatsparteien an der Macht pflegten wie die kommunistischen Gegengesellschaften das Bild einer dualistischen Welt, in der es nur „Freund“ oder „Feind“ gab. Das Ende der Geschichte – und damit der Beginn der Ära des Weltkommunismus – beruhte auf der Hypothese der unausweichlichen Krise des Kapitalismus und der finalen Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kommunisten und konterrevolutionären Kapitalisten. Da weder Krise noch Auseinandersetzung als lösbar durch Vermittlung galten, blieb nur die „Steigerung ins Extreme“ mit ihren Hypothesen vom Bürgerkrieg und der anschließenden Liquidierung der „Klassenfeinde“.

Diese Konzeption begründete eine sehr spezifische kommunistische Kultur und Identität. Sie existierte bis 1989 sogar bei Parteien, die so erfolgreich in das politische Leben ihrer jeweiligen Länder integriert waren wie die KPI. Aber der Niedergang des Kommunismus in den demokratischen Ländern hatte lange vor dem Zusammenbruch von 1989 begonnen. In den Nordischen Ländern, in Österreich und Belgien wurde die Bewegung immer schwächer. Die Gründe dafür waren komplexer Natur, manchmal lokal, häufig strukturell. Die schwindende Attraktivität bei den Intellektuellen spielte eine Rolle. Die KPen waren Gefangene der Moskauer Linie. Sie verstanden die Veränderungen in ihren Gesellschaften, etwa den Feminismus, die politische Ökologie oder den wachsenden Individualismus, nicht oder nicht richtig.

Das Jahr 1989 ist das „Tschernobyl“ des Kommunismus. In der Folge endete die Finanzierung der KPen durch UdSSR und DDR. Es folgte die Auflösung der Frontorganisationen und wissenschaftlichen Unterstützungsstrukturen, sowie das Verschwinden der Geheimdienste, die als „Schild und Schwert“ der KPen an der Macht auch Überwachungsfunktionen in der kommunistischen Weltbewegung übernommen hatten. Die internationale kommunistische Bewegung war gezwungen, sich auf neuer politischer und gesellschaftlicher Grundlage wieder aufzubauen. Dieser Prozess wird im Folgenden analysiert.

2. Vergleich der ideologischen Strömungen

In der wissenschaftlichen Literatur finden sich mehrere Typologien zur Klassifikation (post-)kommunistischer Parteien. Die meisten basieren auf der ideologischen Ausrichtung. Die Politikwissenschaftler András Bozóki und John T. Ishiyama schlagen die Einteilung in zwei Kategorien vor: Sie unterscheiden die kommunistischen Nachfolgeparteien nach 1.) ihrer vollständigen oder teilweisen Reform/Erneuerung und 2.) ihrer „Transmutation".[7] Die erste Achse basiert auf einer Skala von orthodoxem Moskau-orientiertem Kommunismus bis zur Sozialdemokratie, die zweite auf der Dichotomie zwischen Internationalismus und Nationalismus. Die erste Achse entspricht der üblichen Differenzierung zwischen der revolutionären und der reformorientierten Linken, die von den Autoren mit der Frage der Akzeptanz der liberalen Demokratie kombiniert wird. Während die revolutionäre Linke sowohl den ökonomischen als auch den politischen Wettbewerb abschaffen will, strebt die reformorientierte Linke den Wandel innerhalb des institutionellen und gesetzlichen Rahmens des demokratisch verfassten Staates an. Die Autoren nutzen die Kategorien „demokratisch", „semidemokratisch" und „antidemokratisch". Die zweite Achse berücksichtigt die Tatsache, dass einige frühere Staatsparteien ihr Überleben nach der Transformation durch die Nutzung nationalistischer, ethnozentrisch-xenophober, gelegentlich sogar antisemitischer Einstellungen und Ressentiments zu sichern suchten. Dabei näherten sie sich dem entgegengesetzten politischen Extrem an und schufen eine eigentümliche Mischung von egalitären und anti-egalitären, „linken" und „rechten" Elementen.

Es scheint zweifelhaft, ob diese Mischung mehr als politische Rhetorik ist, und ob sie ausreicht zur Schaffung einer eigenen ideologischen Strömung. Ferner erläutert die Kategorie der teilweise erneuerten Parteien nicht, wie und in welche Richtung sich die Programme der jeweiligen Organisationen entwickelt haben. Deshalb schlagen wir vier Kategorien zur Klassifizierung der postkommunistischen europäischen linken Parteien vor: Die beiden

---

[7] Vgl. András Bozóki/John T. Ishiyama, Introduction and Theoretical Framework, in: András Bozóki/ John T. Ishiyama (Hrsg.), The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe, Armonk,London 2002, S. 3-13, hier: S. 7-8.

Gegenpole bilden *Sozialdemokraten* und *Traditionalisten*. Sozialdemokratische Parteien akzeptieren die Grundsätze eines demokratischen Verfassungsstaates. Sie wollen die Marktwirtschaft nicht abschaffen, sondern den Kapitalismus reformieren. Trotz einiger Anpassungen sind dagegen die Traditionalisten immer noch treue Anhänger der kommunistischen Orthodoxie und wollen den Verfassungsstaat und den Kapitalismus langfristig überwinden. Die beiden Kategorien zwischen diesen Extremen - der *reformorientierte Kommunismus* und *die rot-grüne Linke* – charakterisiert ihre Ambivalenz gegenüber den Grundsätzen der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft.

2.1 Das traditionalistische Modell

Der traditionalistische Flügel besteht aus etwa 40 "großen" Parteien und ist "archetypisch". Die KPen charakterisieren sich selbst als revolutionäre Arbeiterparteien, gewerkschaftlich aktiv, internationalistisch, antiimperialistisch und antifaschistisch. Sie definieren sich als Parteien der Avantgarde. In den meisten von ihnen, vor allem in den postkommunistischen Ländern, gilt noch das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Im Allgemeinen lehnen sie jedes Bündnis mit Sozialisten oder Sozialdemokraten ab. In der altermondialistischen Bewegung sehen sie einen Konkurrenten, den es zu bekämpfen, zu infiltrieren oder zu instrumentalisieren gilt. Vom Atlantik bis zum Ural bestehen große Unterschiede in der Präsenz dieses traditionalistischen Flügels, sowohl bezüglich der Organisation als auch bei Wahlen. Maoistische und trotzkistische Gruppen gehören ebenfalls zu den Traditionalisten. Bei Wahlen sind sie jedoch bedeutungslos, außer etwa in Frankreich, Großbritannien und Belgien. Deshalb sind sie in der nachfolgenden Tabelle nicht aufgeführt.

Tab. 1: Marxistisch-Leninistische Parteien

Albanien	Partia Komuniste Shqiptare (Kommunistische Partei Albaniens	www.pksh.org
Österreich	Kommunistische Partei Österreichs	www.kpoe.at
Belarus	Kamunistychnaya Partyia Belarusi (Kommunistische Partei von Belarus)	

	Partyia Kamunistau Belaruskaia (Belarussische Partei der Kommunisten)	
Belgien	Partij van de Arbeid van België (Partei der Arbeit Belgiens)	www.pvda.be
	Parti Communiste belge (Belgische Kommunistische Partei)	www.partiCommuniste.be
Bosnien und Herzegowina	Radnicko-komunisticka partja Bosne I Hercegovine (Kommunistische Arbeiter-partei von Bosnien und Herzegowina)	www.rkp-bih.cjb.net
Bulgarien	Партия на Българските комунисти (Partei der Bulgarischen Kommunisten)	www.Communist-bg.org
	Komunisticheska Partiya na Bulgariya (Kommunistische Partei Bulgariens)	
	Българска Работническо-Селска Партия (Bulgarische Arbeiter- und Bauernpartei)	brsp.hit.bg
Kroatien	Socijalisticka radnicka partija Hrvatske (Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens)	www.srp.hr
Tschechische Republik	Komunisticka Strana Cech a Moravy (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)	www.kscm.cz
Zypern	Anorthotikon Komma Ergazemenou Laou (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes)	www.akel.org.cy
Dänemark	Kommunistisk Parti i Danmark (Kommunistische Partei in Dänemark)	www.kommunisterne.dk
	* KPiD Ungdom (KPiD Jugend)	
	Danmarks Kommunistiske Parti (Kommunistische Partei Dänemarks)	www.dkp.dk
Estland	Eestimaa Kommunistlik Partei / Kommunisticheskaya Partiya Estonii (Kommunistische Partei Estlands)	
Finnland	Kommunistinen Työväenpuolue (Kommunistische Arbeiterpartei)	www.kaapeli.fi/~ktp/index.html

	Suomen kommunistinen puolue (Kommunistische Partei Finnlands)	www.skp.fi
Deutschland	Deutsche Kommunistische Partei	www.dkp.de
	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands	www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de/Dokumente.html
	Kommunistische Partei Deutschlands	www.k-p-d-online.de
Griechenland	Kommunistiko Komma Ellados (Kommunistische Partei Griechenlands)	www.kke.gr
Ungarn	Munkáspárt (Arbeiterpartei)	www.munkaspart.hu
Irland und Nordirland	Communist Party of Ireland / Páirtí Cumannach na hÉireann(Kommunistische Partei Irlands)	www.Communistpartyofireland.ie
Lettland	Latvijas Sociālistiskā partija (Sozialistische Partei Lettlands)	www.latsocpartija.lv/?l=2
Litauen	Lietuvos Komunistu Partija / Kommunisticheskaya Partiya Litvy (Kommunistische Partei Litauens)	
Luxemburg	Kommunistische Partei Luxemburg-Sektion Luxembourg	ourworld.compuserve.com/homepages/kpllux
Makedonien	Nova Komunisticka Partija na Makedonija (Neue Kommunistische Partei Makedoniens)	
Malta	Partit Komunista Malti (Kommunistische Partei Maltas)	
Moldawien	Партия коммунистов Республики Молдова (Partei der Kommunisten der Republik Moldawien)	www.pcrm.md
Niederlande	Nieuwe Communistische Partij Nederlands (Neue Kommunistische Partei der Niederlande)	www.ncpn.nl
Norwegen	Norges Kommunistiske Parti (Kommunistische Partei Norwegens)	www.nkp.no

Polen	Komunistyczna Partia Polski (Kommunistische Partei Polens)	www.kompol.type.pl/test2
Portugal	Partido Comunista Português (Kommunistische Partei Portugals)	www.pcp.pt
Rumänien	Noul Partid Comunist Român (Neue Rumänische Kommunistische Partei	www.npcr.ro
Russische Föderation	Kommunisticheskaya Partiya Rossiskoi Federatsii (Kommunistische Partei der Russischen Föderation)	www.rkrp-rpk.ru
	Российская Коммунистическая Рабочая Партия – Революционная Партия Коммунистов, РКРП-РПК; Rossiiskaja Kommunističeskaja Rabočaja Partija – Revolyutsionnaja Partija Kommunistov) (Russische Kommunistische Arbeiterpartei – Revolutionäre Partei der Kommunisten)	www.rkrp-rpk.ru
	Soyuz Kommunisticheskih Partii - Kommunisticheskaya Partiya Sovetskogo Soyuza (Union der Kommunistischen Parteien – Kommunistische Partei der Sowjetunion)	www.cprf.ru
Serbien und Montenegro	Nova Komunistička Partija Jugoslavije (Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens)	nkpj.110mb.com
Slowakei	Komunistická strana Slovenska (Kommunistische Partei der Slowakei)	www.kss.sk
Spanien	Partido Comunista de España (Kommunistische Partei Spaniens)	www.pce.es
	* Partit dels Comunista de Catalunya (Partei der Kommunisten Kataloniens)	www.pcc.es
	* Euskadiko Partido Comunista (Kommunistische Partei des Baskenlands)	www.pcc.es
	* Partido Comunista de Andalucía (Kommunistische Partei Andalusiens)	www.pcc.es

	* Partido Comunista de Castilla y León (Kommunistische Partei von Kastilien und León)	www.pcc.es
	* Partit Comunista del Pais Valencia (Kommunistische Partei der Region V.)	www.pcc.es
	Unificación Comunista de España (Kommunistische Vereinigung Spaniens)	www.uce.es
	Partido Comunista de los Pueblos de España (Kommunistische Partei der Völker Spaniens)	www.pcpe.es
Schweden	Sveriges Kommunistiska Parti (Kommunistische Partei Schwedens)	www.skp.se
	Kommmunistiska Partiet (Kommunistische Partei)	www.kpmlr.se
Schweiz	Les communistes – Le parti communiste genevois (Die Kommunisten – Die Genfer Kommunistische Partei)	www.lesCommunistes.org
Ukraine	Komunistyčna Partija Ukraïny (onovlena) (Kommunistische Partei der Ukraine (erneuert)	
	Комуністична партія України, Komunistychna Partiya Ukrayiny (Kommunistische Partei der Ukraine)	www.kpu.net.ua
	Leninskaya Kommunisticheskaya Partiya Ukrainy (Leninistische Kommunistische Partei der Ukraine)	vlksm-lksmu.org
Vereinigtes Königreich	Communist Party of Britain (Kommunistische Partei Britanniens)	www.Communist-party.org.uk
	* Communist Party Cymru, Wales (Kommunistische Partei Wales)	www.welshCommunists.org
	* Communist Party Scotland (Kommunistische Partei Schottland)	www.scottishCommunists.org.uk
	New Communist Party of Britain (Neue Kommunistische Partei Britanniens)	www.newworker.org

	Revolutionary Communist Group (Revolutionäre Kommunistische Gruppe)	easyweb.easynet.co.uk/~rcgfrfi/index.html
	Revolutionary Communist Party of Britain (Marxist-Leninist) (Revolutionäre Kommunistische Partei Britanniens (Marxistisch-Leninistisch)	www.rcpbml.org.uk/contact.htm
Weltweit	Weltbund der Demokratischen Jugend	wfdy.org
	The International Union of Students (Internationaler Studentenbund/ Weltstudentenbund)	www.stud.uni-hannover.de/gruppen/ius
	Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten	www.fir.at
	World Federation of Scientific Workers (Weltföderation der Akademiker)	assoc.pagespro-orange.fr/fmts.wfsw/index.htm
	Weltfriedensrat	www.wpc-in.org
	Women's International Democratic Federation (Internationale Demokratische Frauenföderation)	www.fdim-widf.com.br

2.1.1 Traditionalistische Parteien in ihren jeweiligen politischen Systemen

Abgesehen von den beschriebenen Gemeinsamkeiten bestehen bedeutende Unterschiede zwischen den traditionalistischen Parteien. Oft konkurrieren mehrere orthodoxe Gruppierungen in einem Land miteinander.

Manche orthodoxen Parteien sind durchaus erfolgreich: Die „Partei der Kommunisten der Republik Moldawien“ (Partidul Comuniştilor din Republica Moldova, PCRM), die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei der Sozialistischen Republik Moldawien, verweigerte sich nach 1990 jeder Sozialdemokratisierung. Sogar noch 2009 bezeichnet sie sich selbst als „kommunistisch“ und hat die Insignien Hammer und Sichel beibehalten. Der 2009 wiedergewählte moldawische Präsident, Vladimir Voronin, ist Mitglied der PCRM, ebenso wie die meisten Mitglieder der moldawischen Viel-

parteienregierung.

Die Macht der PCRM scheint gesichert. 2009 bestätigten die Wähler ihren klaren Sieg, mit dem die Parlamentswahlen vom 6. März 2005 geendet hatten: 2005 hatte die PCRM 45,98 Prozent (716.336 Stimmen) und 56 der 101 Sitze im moldawischen Parlament errungen. Lange Zeit unterstützte die Partei die ökonomische und politische Annäherung an die Russische Föderation, während die anderen moldawischen Parteien die Annäherung an Rumänien bevorzugten. Aber die Orthodoxie scheint auf dem Rückzug zu sein. Unter Voronin wurde eine Reihe von Industrieunternehmen aus früherem Staatsbesitz privatisiert. Die europäische Integration und die Perspektive einer späteren Mitgliedschaft in der EU bieten eine Alternative zur „russischen Lösung". Die zweite eher unerwartete Entwicklung vollzog sich in Zypern: In der Stichwahl wählten 53 Prozent der griechischen Zyprioten Dimitris Christofias, den Generalsekretär der AKEL, zu ihrem neuen Präsidenten.

Die kommunistischen Parteien in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien verbindet ein gemeinsames Ziel: die Wiedergründung dieses Staates. Aber ihre Vorgehensweise unterscheidet sich deutlich. Die „Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens" (Nova Komunistička Partija Jugoslavije, NKPJ) entstand 1990 und wird von Branko Kitanovic geführt. Die Partei strebt die Wiedervereinigung der ehemals jugoslawischen Staaten nach dem Vorbild von Titos zentralistischem Modell an. Die NKPJ hat Schwesterparteien in Montenegro („Neue Kommunistische Partei Montenegros" – NKPCG), Makedonien („Neue Kommunistische Partei Makedoniens" - NCPM) und Bosnien-Herzegowina („Neue Kommunistische Partei von Bosnien und Herzegowina" – NKPBIH). Sie hat ferner versucht, eine „Neue Kommunistische Partei Sloweniens" (NKPS) sowie eine „Neue Kommunistische Partei Kroatiens" (NKPH) aufzubauen. Aber die „Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens" spielt bei Wahlen keine Rolle. An den Parlamentswahlen im Januar 2006 in Serbien nahm sie nicht teil.

Die „Kommunistische Arbeiterpartei von Bosnien und Herzegowina" (Radničko-komunistička partija Bosne i Hercegovine) wurde im Jahr 2000 gegründet. Auch sie tritt für einen sozialistischen jugoslawischen Staat ein, allerdings für ein föderales Modell. Die Partei kritisiert den Titoismus und

den sowjetischen Totalitarismus. Beeinflusst vom Prozess der europäischen Integration, wendet sie sich vom orthodoxen kommunistischen Modell ab und ist dabei, sich zu einer reformorientierten Partei zu wandeln. Die „Kommunistische Partei Albaniens“ (Partia Komuniste e Shqiperise, PKSH) unterscheidet sich von ihren Nachbarn auf dem Balkan: Sie lehnt die Wiedergründung Jugoslawiens ab. Zu ihren Mitgliedern zählt Nexhmije Hoxha, die Witwe des früheren albanischen Staats- und Parteichefs Enver Hoxha (1908-1985). Die Partei verweist auf diesen „Erfolg“ und träumt von der Rückkehr zum Kommunismus. In der albanischen Politik spielen die PKSH und ihre Jugendorganisation praktisch keine Rolle. Bei den Parlamentswahlen von 2005 erhielt sie 8.901 Stimmen (0,7 Prozent).[8] Die neue „Rumänische Kommunistische Partei“ (Partidul Comunist Român), 1991 gegründet, wird von Alexandru Pantazi geführt. Diese Splittergruppe verteidigt Ceauşescus politisches Erbe und ist politisch praktisch inaktiv.

In den Baltischen Staaten sind die kommunistischen Parteien vor allem ethnisch russische Formationen. Sie streben nicht die Rückkehr der Baltischen Staaten in die Russische Föderation an, sondern verteidigen die Interessen der russischen Minderheiten und anderer Ethnien der früheren UdSSR. Die 1990 gegründete „Kommunistische Partei Estlands“ (Eestimaa Kommunistlik Partei - EKP*)* ist das Ergebnis einer Spaltung der ursprünglichen sowjetischen EKP. Die Mehrheit der EKP-Mitglieder favorisierte einen Reformkurs. So spaltete sich die EKP von der KPdSU ab und wurde zur „Estnischen Demokratischen Arbeitspartei“.[9] 2001 hat sich die EKP der von Oleg Schenin geführten „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPSS[OS]) angeschlossen. In Lettland existieren zwei kommunistische Parteien: Die 1992 gegründete „Union der Kommunisten von Lettland“

---

[8] 2006 schlossen sich die verschiedenen kommunistischen Strömungen in Albanien unter der Federführung der PKSH zusammen. 2002 hatte eine Abspaltung zur Gründung der „Albanischen Partei der Arbeit“ geführt.

[9] Die ESTP war eine postkommunistische Partei. Sie trat im Juli 1995 dem „Neuen Europäischen Linken Forum“ (NELF) bei. 1997 wurde sie in „Estnische Sozialdemokratische Arbeitspartei“ ESDTP umbenannt. 2004 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der „Europäischen Linke“ (EL). Im Dezember 2004 nahm sie den Namen „Estnische Linkspartei“ (Eesti Vasakpartei) an.

(Latvijas Komunistu Savienîba/Soyuz Kommunistov Latvii LKS/SKL) hat sich der KPSS[OS] angeschlossen; ihr ist jede Aktivität untersagt. Die Sozialistische Partei von Lettland (Latvijas Sociâlistiskâ Partija / Socialisticheskaya Partiya Latvii LSP/SPL) wurde 1994 gegründet. Ihr Vorsitzender ist Alfreds Rubiks. 1991 war der frühere Bürgermeister von Riga wegen seiner Teilnahme an einem Putsch gegen die lettische Obrigkeit zu sechs Jahren Haft verurteilt worden.

Zu den Wahlen am 5. Oktober 2002 trat die Partei in dem linken Bündnis „Für Menschenrechte im Vereinten Lettland“ (Par cilvēka tiesībām vienotā Latvijā - PCTVL) an. Die weiteren Bündnisparteien waren die „Partei der Volksharmonie“ (Taitas Saskanas Partija), „Gleichberechtigung“ (Līdztiesība) und die „Sozialistische Partei Lettlands“ (Latvijas Sociālistiskā partija). PCTVL wurde hauptsächlich von ethnischen Russen und Angehörigen anderer nicht-lettischer Minderheiten unterstützt. 1998 hatte das Bündnis 16 von 100 Sitzen gewonnen, 2002 errang es 25, davon fünf für die Sozialistische Partei, und 19 Prozent der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen von 2001 erreichte es 13 von 60 Sitzen im Stadtrat von Riga. Nach diesen Kommunalwahlen beteiligte sich das PCTVL an Rigas Stadtregierung, sein Mitglied Sergejs Dolgopolovs wurde Bürgermeisterstellvertreter. Bei den Kommunalwahlen von 2005 gewann die Partei 13,68 Prozent der Stimmen und neun Sitze im Stadtrat. 2009 konzentriert sich die Partei auf die Verteidigung der Interessen der russischen Minderheit, den Kampf gegen Korruption und für ein von der EU unabhängiges und freies Lettland. 2005 schloss sich die SPL der Koalition „Harmonie-Zentrum“ (Saskaņas Centrs) [10] an, die bei den Wahlen von 2006 17 Sitze erringen konnte. Vier der 17 Sitze der Koalition nehmen Vertreter der Sozialistischen Partei ein. Die 1989 gegründete „Kommunistische Partei Litauens“ (Lietuvos Komunistu Partija LKP) ist illegal. Sie hat sich der „Union der Kommunistischen Parteien – Kommunistische Partei der Sowjetunion“ (SKP-KPSS) angeschlossen und ist in der russischen Minderheit aktiv. Die kommunistischen Parteien der

[10] Dieses politische Bündnis wurde 2005 gebildet. Seine wichtigsten Mitgliedsparteien sind die „Partei der Volksharmonie“, die „Sozialistische Partei Lettlands“ und das „Neue Zentrum“. Seit Herbst 2005 hat der Journalist Nils Ušakovs den Vorsitzend inne.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) kommen dem orthodoxen Modell am nächsten. Sie alle eint auch der Wunsch, wieder einen sowjetischen Staat zu gründen. Elf kommunistische Parteien sind in mehreren Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion aktiv. Die mächtigste von ihnen ist die 1993 gegründete „Union der Kommunistischen Parteien – Kommunistische Partei der Sowjetunion“ (Soyuz Kommunisticheskih Partii - Kommunisticheskaya Partiya Sovetskogo Soyuza SKP-KPSS) mit ihrem Vorsitzenden Gennadi Sjuganow. Die 2001 gegründete „Kommunistische Partei der Sowjetunion“ (Kommunisticheskaya Partiya Sovetskogo Soyuza [Shenin] KPSS [Shenin]) ist ebenfalls in mehreren Republiken sehr aktiv. Neben trotzkistischen und maoistischen Gruppierungen gibt es mindestens 19 kommunistische Parteien, Gruppierungen oder Bewegungen in der Russischen Föderation. Sie alle bekämpfen Putins autoritäres System. Sie besitzen noch einen gewissen Einfluss in der Armee und bei den verarmten Bevölkerungsschichten, vor allem bei Rentnern. Aber ihre Bedeutung schwindet. Es besteht eine Tendenz zur Fragmentierung, die Abspaltungen der Parteien vervielfachen sich parallel zum Erstarken des Systems Putin.

Aktuell ist Sjuganows KPRF die zweitgrößte Partei Russlands und die größte Oppositionspartei.[11] Bei den russischen Parlamentswahlen von 2007 entfielen 11,6 Prozent der Stimmen auf sie. An zweiter Stelle der kommunistischen Parteien folgt die „Russische Kommunistische Arbeiterpartei – Revolutionäre Partei der Kommunisten“ (Rossiiskaja Kommunističeskaja Rabočaja Partija – Revolyutsionnaja Partija Kommunistov, RKRP-RPK), die eigenen Angaben zufolge im Jahr 2006 55.000 Mitglieder hatte. Gegründet wurde sie im Oktober 2001 als Zusammenschluss der „Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei“ und der „Russischen Partei der Kommunisten“. Ihr Vorsitzender ist Victor Tjulkin. Seine Formation hatte 1999 bei den Duma-Wahlen 2,2 Prozent (1.481.890 Stimmen) erreicht. Und obwohl die RKRP-RR die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) für reformistisch hielt, schlossen die beiden Parteien ein Wahlbündnis für die Duma-Wahlen von 2003, um die kommunistischen Stimmen zu konzen-

[11] Vgl. Galina Michaleva, The Communist Party of the Russian Federation (KPRF), in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 437-460.

trieren. Die anderen Gruppierungen treten bei Wahlen kaum an.[12] Häufig existieren sie nur in einer Stadt, etwa in St. Petersburg, oder sie sammeln sich im Umfeld einer Zeitschrift oder eines intellektuellen Zirkels.

In Belarus sind die Kommunisten in zwei Lager gespalten: Die einen sind für und die anderen gegen Präsident Aljaksandr Lukaschenka.[13] Bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus in Belarus am 13. und 17. Oktober 2004 erreichte die 1996 gegründete „Kommunistische Partei von Belarus“ (Kamunistychnaya Partyia Belarusi – KPB), deren Vorsitzende Tatjana Golubeva ist, 5,99 Prozent der Stimmen und 8 Sitze. Bei diesen durch massive Fälschungen geprägten Wahlen hatte der Hauptgegner der KPB, die reformorientierte Partei der Belarussischen Kommunisten (Partyja Kamunistau Bielaruskaja, PKB), in der „Volkskoalition 5 Plus“ (Narodnaja Kaalicyja Piaciorka Plus) teilgenommen, die keinen Sitz errang. Die tatsächliche Stärke dieser Partei kann nicht beurteilt werden. Es gibt noch weitere kommunistische Gruppierungen, die jedoch an Wahlen nicht teilnehmen. Lukaschenkas diktatorisches System kontrolliert die Aktivitäten aller politischen Formation. Nur die regimenahen Kommunisten können ihre Meinung äußern.

In der Ukraine sinkt die Zustimmung zur kommunistischen Bewegung bei Wahlen.[14] Die von Petro Symonenko geführte „Kommunistische Partei der Ukraine“ (Komunistychna Partiya Ukrayiny) wurde 1918 gegründet und 1993 wiedergegründet. 1998 errang sie 24,7 Prozent der Stimmen und 121 Sitze. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1999 erhielt sie 22,4 Prozent der Stimmen, bei den Abgeordnetenwahlen 2002 waren es 19,98 Prozent und 66 Mandate. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 stürzte die Partei ab und erhielt nur 4,97 Prozent der Stimmen. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 fiel ihre Stimmzahl auf 3,66 Prozent (21 Sitze). 2007 konnte sie ihren Stimmenanteil leicht steigern auf 5,39 Prozent und 27 Sitze. Ihr Hauptgegner ist die reformorientierte „Kommunistische Partei der Ukraine (erneuert)“

---

[12] Gelegentlich gehen sie auch Listenverbindungen mit Sjuganows Partei ein.

[13] Vgl. Rudolf A. Mark, Beetween Conformity and the Struggle for Political Survival. The Communist Parties in Belarus, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 403-436.

[14] Vgl. Abel Polese, Ukraine 1991-2006. Where Have All Communist gone?, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 371-402.

(Komunistyčna Partija Ukraïny (onovlena)), die sich im Jahr 2000 von der KPU abgespalten hat. Ihr Vorsitzender ist Mykhaylo Savenko. Bei den Parlamentswahlen vom 30. März 2002 erhielt die KPU(o) mit nur 1,4 Prozent der Stimmen keinen Sitz. Bei den Wahlen vom 30. September 2007 fiel sie auf 0,29 Prozent. Es gibt weitere orthodoxe Formationen, aber sie sind organisatorisch schwach und treten bei Wahlen nicht an.

In der ganzen Europäischen Union gibt es Regionen, in denen der orthodoxe Kommunismus weiter existiert, aber auch andere, in denen er praktisch vollständig verschwunden ist. Außer in der Tschechischen Republik und Bulgarien existiert der orthodoxe Kommunismus in den postkommunistischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kaum noch und ist bei Wahlen bedeutungslos. Die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens" jedoch ist noch immer eine starke orthodoxe Gruppierung.[15] Ihre Bedeutung spiegelt sich in ihren Wahlergebnissen wieder: Bei den Wahlen zum Tschechischen Parlament im Jahre 2002 erhielt sie 18,5 Prozent der Stimmen und stellte 41 Abgeordnete, 2006 fiel ihr Stimmanteil auf 12,8 Prozent (26 Mandate) zurück. Bei den Regionalwahlen und den Wahlen zum Senat erreichte sie im Oktober 2008 15,3 Prozent der Stimmen.

Die „Kommunistische Partei Bulgariens" (Komunisticeska Partija na Balgarija - CPB) wurde 1996 gegründet. Ihr Vorsitzender ist Alexander Paunov. Sie gehört der „Koalition für Bulgarien" (Koalicija za Balgarija) an, einem Bündnis aus acht Parteien unter Führung der Nachfolgepartei, der „Bulgarischen Sozialistischen Partei" (Balgarska Socialisticeska Partija). Bei den Wahlen von 2001 erreichte das Bündnis 17,1 Prozent der Stimmen und 48 von 240 Sitzen. Bei den Parlamentswahlen von 2005 steigerte es seinen Stimmenanteil auf 34,2 Prozent und 82 Sitze. Aber die Wahlen zum Europäischen Parlament endeten mit desaströsen 0,98 Prozent für die CPB. Die 1993 gegründete „Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei" (Magyar Kommunista Munkáspárt) wird von Gyula Thürmer geführt. Bei den

---

[15] Vgl. Dan Hough/William E. Paterson/James Sloam (Hrsg.), Learning from the West? Policy Transfer and Programmatic Change in the Communist Successor Parties of East Central Europe, London 2005; Miroslaw Mareš, Communist and Post-Communist Parties in the Czech Republik and in Slovakia, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 285-310.

Parlamentswahlen im April 2006 blieb sie mit 0,41 Prozent der Stimmen ohne Mandat. Bis 2009 war die Partei Mitglied der Europäischen Linken. Dies schien ein Indikator für ihre Entwicklung zu einer reformorientierten Kraft zu sein. Ihr Austritt aus der EL im Mai 2009 markiert zumindest vorläufig das Ende dieser Entwicklung. Im Polen profitieren trotzkistische und maoistische Gruppierungen vom Verschwinden des orthodoxen Kommunismus. Vorsitzender der 2002 gegründeten „Kommunistischen Partei Polens" ist Marcin Adam. Die Partei wird von Trotzkisten beherrscht, aber es gibt auch orthodox-kommunistische Mitglieder. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 kandidierte diese Splittergruppe auf einer gemeinsamen Liste mit der „Sozialdemokratischen Polnischen Arbeiterpartei" (Polska Partia Pracy – PPP). Die Liste erreichte 0,77 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die „Kommunistische Partei der Slowakei" wurde 1992 gegründet. Bei den Parlamentswahlen von 2002 gewann sie mit rund 6 Prozent der Stimmen 11 Sitze. Im Juni 2006 scheiterte sie mit 3,88 Prozent an der Fünfprozenthürde und ist nicht mehr im Parlament vertreten. Die KSS scheint sich zu einer reformorientierten Formation zu entwickeln. Bei der Partei der Europäischen Linke hat sie Beobachterstatus.

In den politischen Systemen in Westeuropa bestehen traditionelle Unterschiede: In Nordeuropa sind die Sozialdemokratischen Parteien sehr stark, während im Süden die linkeren Sozialistischen Parteien dominieren. Ähnliche Differenzierungen gibt es auch bei den kommunistischen Strömungen: In Nordeuropa haben postkommunistische oder rot-grüne Formationen[16] vom Verschwinden des orthodoxen Kommunismus profitiert. Im Süden dagegen sind einige traditionalistische kommunistische Parteien noch immer stark bei Wahlen.

Zu diesen gehören die Kommunistischen Parteien in Griechenland (KKE), Zypern (AKEL) und Portugal.[17] Ihre politische Stabilität und die Konstanz

[16] Siehe weiter unten zum Rot-Grün/Linken Modell.

[17] Vgl. Carlos Cunha, Few, but Pure and Good Members are Preferred to a Mass Party – The Portuguese Communist Party´s Continued Orthodoxy, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 193-214; Nikos Marantzidis, The Communist Party of Greece after the Collapse of Communisme (1989 – 2006), in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 245-258; Andreas Stergiou, The Communist Party of Cyprus - Akel, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 388

ihrer Wahlerfolge sind ein Erbe der Vergangenheit (z.B. Bürgerkrieg, Kampf gegen die Diktaturen Salazars und der Junta oder die Rolle der kommunistischen Parteien bei der Rückkehr zur Demokratie) sowie einer Wirtschaftslage, die noch immer stark von einer agrarischen Gesellschaft geprägt ist, und schließlich einem – im Vergleich mit dem Rest Europas – langsamen, aber zunehmenden wirtschaftlichen Fortschritt.

Die Situation in Spanien ist vergleichbar: Die „Kommunistische Partei Spaniens" (Partido Comunista de España) spielte eine wichtige Rolle im Kampf gegen das Franco-Regime und bei der Rückkehr zur Demokratie. Die PCE besteht aus 15 regionalen Parteien und hat 30.000 Mitglieder. Ihre gewerkschaftliche Basis ist nach wie vor solide. Mit anderen linken Gruppierungen bildet der PCE das Wahlbündnis Izquierda Unida IU mit rund 57.000 Mitgliedern im Jahre 2007. Bei den Wahlen im März 2004 errang IU 5,3 Prozent (1.359.190 Stimmen) und 5 Parlamentssitze. Im März 2008 erhielt IU 963.040 Stimmen (3,8 Prozent) und zwei Mandate. Die PCE hat nach und nach ihre traditionalistischen ideologischen Positionen aufgegeben und wandelt sich langsam zu einer reformorientierten Organisation.[18] Sie konkurriert mit etwa 15 orthodoxen Formationen und Splittergruppen sowie einer starken spanischen anarchistischen Strömung.

Die linksextremistischen Splittergruppen in Italien nehmen selten an Wahlen teil. Rifondazione Comunista (bis zu ihrer Wahlniederlage im April 2008) und Partito dei Comunisti Italiani sind reformkommunistische Parteien.[19] Der PRC scheint aktuell zu orthodoxen Positionen zurückgekehrt zu sein. In den Nordischen Ländern Finnland, Dänemark, Norwegen und Schweden sind sowohl Organisation als auch Wahlergebnisse der traditionalistischen KPen sehr schwach. Dies gilt auch für Großbritannien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg.

259-282.

[18] Die spanische IU ist Gründungsmitglied der Partei Europäische Linke. IU entsendet einen MdEP in das Europäische Parlament, Willy Meyer Pleite. Er ist Mitglieder der KVEL/NGL-Fraktion.

[19] Vgl. Simone Bertolino, The PRC – Emergence and Crisis of the Antagonistic Left, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 215 – 244.

In Finnland ähnelt die Situation derjenigen in Dänemark und Schweden.[20] Drei Organisationen stehen im Wettbewerb miteinander: Die Mitglieder der 1988 gegründeten „Für Frieden und Sozialismus – Kommunistische Arbeiterpartei“ (Rauhan ja Sosialismin Puolesta – Kommunistinen Työväenpuolue) sind treue Unterstützer Nordkoreas. Bei den Parlamentswahlen von 2007 erhielt die Partei 0,07 Prozent (2007 Stimmen), 2001 waren es 0,1 Prozent und 2.908 Stimmen.[21] Die „Kommunistische Partei Finnlands“ (Suomen kommunistinen Puolue) war bis 1989 prosowjetisch. Seither haben ihr die meisten Mitglieder den Rücken gekehrt. Mit anderen Mitgliedsorganisationen der „Demokratischen Volksliga“ gründeten sie die „Linke Allianz“. 2007 erreichte diese postkommunistische „Linke Allianz“ 8,82 Prozent der Stimmen und 17 Sitze im Parlament. Die KTP dagegen erhielt nur 18.277 Stimmen und 0,7 Prozent. 2002 spaltete sich die „Kommunistische Liga“ (Kommunistien Liitto) von der KTP ab. Diese Splittergruppe hat bisher nicht an Wahlen teilgenommen.

In den Beneluxländern wurde die „Partei der Arbeit Belgiens“ (Parti du travail de Belgique - Partij van de Arbeid van België PTB - PvdA) 1970 gegründet als „Alle Macht den Arbeitern (Alle Macht Aan De Arbeiders – AMADA-TPO)“. Sie ist eine marxistisch-leninistische, postmaoistische Partei. Ihr bestes Wahlergebnis erreichte sie bei den Parlamentswahlen von 1987 mit 0,74 Prozent. Bei den Wahlen von 2003 erhielten die PTB-Listen 0,57 Prozent der Stimmen. Im Juni 2007 errang sie 0,84 Prozent bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer und 0,82 Prozent bei den Senatswahlen. Die PTB hat nach eigenen Angaben (2008) 3.800 Mitglieder.[22] Sie hat eine Konkurrentin: die „Kommunistische Partei Belgiens“ (PCB/KPB) mit ihren beiden Regionalparteien „Kommunistische Partei – Flandern“ (Kommunistische Partij – Vlaanderen) und „Kommunistische Partei – Wallonien“ (Parti Communiste – Wallonie). Die KPB mit ihren einigen hundert meist recht

---

[20] Vgl. Swante Ersson, Post-Communism and Leftist Parties, in two Scandinavian Countries after 1989 – The cases of Denmark ans Schweden, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 141-166.

[21] Seit 2004 verfügt die Partei über ein Ratsmitglied.

[22] Die PTB stellte auf lokaler Ebene ab 2000 vier Ratsmitglieder, seit 2006 sind es 15.

alten Mitgliedern befindet sich im Wandel zu einer reformorientierten Formation. Sie ist Mitglied der Europäischen Linken. Bei den Wahlen im Jahre 2003 erhielt die KPB 0,17 Prozent der Stimmen. Die „Kommunistische Partei Luxemburgs“ (Kommunistesch Partei Lëtzebuerg) wurde am 2. Januar 1921 gegründet. Seit 1994 hat sie bei Wahlen keinen Sitz mehr gewonnen. 1999 gehörten viele ihrer Mitglieder zu den Gründungsmitgliedern der Partei „Die Linke“ (Déi Lénk). Bei den Wahlen von 1999 und 2000 kandidierten KPL-Mitglieder auf den Listen von „Déi Lénk“.[23] Nach einer Kontroverse zwischen der Mehrheit von „Déi Lénk“ und führenden KPL-Mitgliedern trat die KPL bei den Wahlen von 2004 mit einer eigenen Liste an und erhielt 0,9 Prozent der Stimmen. In der Folge schloss die traditionalistische KPL die Mitglieder von „Déi Lénk“ aus.

In Deutschland gelang der postkommunistischen Partei „Die Linke“ der Durchbruch in den alten Bundesländern bei den Landtagswahlen von 2007/2008 (Bremen 8,4 Prozent, Niedersachsen 7,1 Prozent, Hessen 5,1 Prozent, Hamburg 6,4 Prozent). Damit verlor die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) ihre politische und elektorale Bedeutung noch mehr.[24] Sie (2008 - 4.200 Mitglieder) ist nach wie vor eine orthodoxe Partei. Trotzdem gelingt es ihr immer wieder, Kandidaten auf Landtagswahllisten der Partei „Die Linke“ zu platzieren. 2008 wurde so z.B. das DKP-Mitglied Christel Wegner in den Niedersächsischen Landtag gewählt.[25]

Die „Kommunistische Partei Österreichs“ (KPÖ) hat sich seit 2003 politisch fortentwickelt. Inzwischen kann sie zu den reformorientierten Gruppierungen gezählt werden. Aktuell definiert sich die KPÖ als Teil der alter-mondialistischen Bewegung. Bei den Europawahlen 2004 trat sie als Mitglied der „Europäischen Linken“ an. Infolge dieses Wandels erfuhr die KPÖ eine

---

[23] Zu Déi Lénk siehe unten, die Ausführungen zu den reformorientierte Parteien.

[24] Bei der Bundestagswahl 2005 unterstützte die DKP die Linkspartei.PDS. Die Linkspartei.PDS platzierte im Gegenzug DKP-Mitglieder auf ihren Kandidatenlisten.

[25] Christel Wegner sprach sich für die Wiedereinführung des Ministeriums für Staatssicherheit aus. Vgl. Linksabgeordnete mit DKP-Positionen. Gysi und Pau distanzieren sich, in: Neues Deutschland vom 15. Februar 2008.

gewisse Renaissance bei den Wählern.[26] Lange Zeit war sie die reichste kommunistische Partei in West-Europa und verfügte über einen hauptamtlichen Apparat von außergewöhnlicher Größe. Derzeit ist die aktuelle finanzielle Lage der Partei offiziell schwierig. Die Gründe liegen im Verschwinden der DDR. Die KPÖ war über die Ostberliner Außenhandelsgesellschaft „Novum“ ein finanzieller und wirtschaftlicher Partner der SED. Nach dem Ende der DDR hatte die KPÖ behauptet, Besitzerin von „Novum“ zu sein, deren Wert sich auf rund 250 Mio. Euro belief. Im Jahr 2003 fiel die Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichtes, dass „Novum“ Eigentum der DDR-Staatspartei SED und nicht der KPÖ gewesen war. Die KPÖ musste nach der Gerichtsentscheidung 120 Mio. Euro „Novum“-Kapital an die Bundesrepublik Deutschland zurück erstatten. Deshalb war sie gezwungen, hauptamtliche Mitarbeiter zu entlassen, die Wochenzeitschrift „Volksstimme” einzustellen und ihre Parteizentrale in Wien zu verkaufen. Aktuell kann die Partei nur mit ihren geringen Eigeneinnahmen rechnen. Fast 14 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde die völlige Abhängigkeit der westlichen KPen von der Finanzierung durch die Sowjetunion oder die DDR erneut überdeutlich. Die KPÖ konkurriert mit mehreren orthodoxen Splittergruppen, die jedoch selten oder gar nicht an Wahlen teilnehmen.

Trotz der fundamentalen Unterschiede in den Wahlverfahren ist die Lage in Frankreich und Großbritannien ähnlich: Seit Beginn des neuen Jahrtausends hat sich der Niedergang der reformorientierten „Kommunistischen Partei Frankreichs“ (PCF) noch beschleunigt.[27] Sie konkurriert nicht nur mit reformorientierten oder orthodoxen Splittergruppen, sondern organisatorisch

---

[26] Wahlergebnisse der KPÖ: 2003: Landtag (LT) Tirol 0,70 Prozent; LT Niederösterreich 0,77 Prozent; LT Oberösterreich 0,80 Prozent; 2004: LT Kärnten 0,60 Prozent; Europawahlen 0,78 Prozent; 2005: LT Steiermark 6,34 Prozent; Stadtrat Wien 1,47 Prozent; 2006: Nationalrat 1,01 Prozent. Kommunalwahlen Graz 2003: 20,75 Prozent (12 Ratsmitglieder). Kommunsalwahl Graz, Januar 2008: 11,18 Prozent (6 Ratsmitglieder). 2008 : LT Niederösterreich 0,86 Prozent, LT Tirol 1,18 Prozent, Nationalrat 0,8 Prozent.

[27] Vgl. Courtois/Andolfatto, France, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 87 - 132.

und elektoral auch mit rund 30 trotzkistischen Organisationen.[28] Auch in Großbritannien stehen mehr als 30 trotzkistische Gruppen im Wettbewerb mit der noch immer sehr traditionalistischen „Kommunistischen Partei Britanniens“. Laut eigenen Angaben hatte sie am 1. Januar 2008 941 Mitglieder.[29] Bei den Parlamentswahlen im Jahre 2005 erhielt sie 1.124 Stimmen (0,55 Prozent).

2.2 Ideologische und organisatorische Rahmenbedingungen

In den Programmen der orthodoxen und traditionalistischen Parteien haben die „Arbeiterklasse“ und die antikapitalistische Aktion eine herausragende Bedeutung.[30] Die Parteien greifen auf die Marx' Unterscheidung zwischen dem “Proletariat” und der „Bourgeoisie“ im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 zurück. Das Proletariat ist seiner historischen revolutionären Mission der Vernichtung der Bourgeoisie verpflichtet, um danach den Kommunismus unter den Bedingungen der „Diktatur des Proletariats“ aufzubauen.[31] Die Oktoberrevolution gilt auch 2009 als Geburt einer neuen Epoche.[32] Die

---

[28] Wichtige trotzkistische Organisationen: Revolutionäre Kommunistische Liga (Ligue Communiste Révolutionnaire – LCR), Partei der Arbeiter (Parti des Travailleurs – PT), Kommunistische Union (Union Communiste), Arbeiterkampf (Lutte Ouvrière – LO).

[29] Vgl. http://www.cpgb.org.uk/worker/723/flushing.html

[30] Vgl. Conditions of a Communist project in the 21st century, www.lesCommunistes.org/spip.php?article630; PARTIPROGRAM FÖR SVERIGES KOMMUNISTISKA PARTI, www.skp.se/partiet/program.htm; The British Road to Socialism, www.Communist-party.org.uk/index.php?file=brs&brs=brs_ch4.txt.

[31] Vgl. OUR CONCEPT OF SOCIALISM (3-7 October 1990), www.akel.org.cy/English/kathodighsh.html: “Marxism as a theory helps in analyzing and understanding social development, while as a method it is a weapon in the hands of the working people in their daily economic and political struggle, in the struggle to change the unjust system of exploitation and build a new society.”

[32] Vgl. Russie: Octobre 1917, la révolution inachevée, www.partiCommuniste.be/politique-internationale/europe/russie-octobre-1917-la-revolution-inachevee.html. On the 90th anniversary of the Great October Socialist Revolution in Russia (1917), Statement of the Central Committee of the KKE, inter.kke.gr/News/2007news/2007-

Bolschewiken handelten im Namen der Arbeiterklasse. Letztere habe sich mit ganzer Kraft vollständig der UdSSR verschrieben, um die kommunistische Weltrevolution durchzusetzen. Diese Vorstellung inspiriert nach wie vor zahlreiche orthodoxe und traditionalistische Parteien.[33]

Die Bolschewistische Partei und ihre Organisationsprinzipien gelten immer noch als Zukunftsmodelle.[34] Die traditionalistischen Parteien sind trotz der Niederlage von 1989 und des Verschwindens der Sowjetunion überzeugt, dass eine politische Revolution möglich ist. Dem marxistischen Modell zufolge muss diese Revolution aus dem Bruch des Sozialkontrakts und der Schwächung der kapitalistischen Eliten entstehen, deren Politik ihre Legitimation verliert. Neue Ideen und neue Kräfte werden von dieser Situation profitieren, insbesondere die theoretische Avantgarde, die eine neue Gesellschaft anstrebt.[35] Der revolutionäre Akt ist die Mission von Führern, welche die Massen für ein alternatives politisches und gesellschaftliches Modell gewinnen können. Die revolutionäre Logik dieses Fahrplans zum Kommunismus wurde von Marx entwickelt. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft am Ende einer Revolution beruht auf zwei Grundvoraussetzungen: Die erste ist die Mobilisierung der Massen, die sich ihrer Mission bewusst geworden sind. Sie werden von einer revolutionären Elite unterstützt, die sie für ihre Sache gewinnen konnten. Die zweite Voraussetzung ist die kapitalistische Produktionsweise, die infolge immanenter Widersprüche an ihre Grenzen stößt.

07-90th-october; 90 years of the October Revolution. Speech by Jerónimo de Sousa, General Secretary of PCP, 05 December 2007, international.pcp.pt/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=202; 90 året for den russiske revolution. Tale af Betty Frydensbjerg Carlsson, formand Kommunistisk Parti i Danmark, www.kommunisterne.dk/talerevobetty.htm.

[33] Vgl. The Program of the Communist Party of Finland, www.skp.fi/english.php?juttu=243.

[34] Vgl. 23rd National Congress (November 2006). Program of the Communist Party of Ireland. 4. The role and tasks of the Communist Party, www.Communistpartyofireland.ie/caipeis-en.html.

[35] Vgl. Socio-economic crisis in Bosnia and Herzegovina and Communist proposals, www.rkp-bih.cjb.net; Manifest for kommunistisk fornyelse og enhed. Vedtaget på udvidet landsledelsesmøde i Danmarks Kommunistiske Parti den 24. september 2006, www.dkp.dk/?side=15&debatemne=6&debatid=29.

Marx zufolge schaufelt die Bourgeoisie nicht nur ökonomisch ihr eigenes Grab, sondern sie produziert auch die Arbeiter, die Akteure dieser künftigen Revolution. Die orthodoxen Parteien hängen diesem Denkmodell noch immer buchstabengetreu an.[36] Als Folge werden Myriaden von Grüppchen von Führern geleitet, von denen jeder sich für den künftigen Lenin hält. Daher rührt auch diese besondere Fixierung auf die Arbeiterklasse und das Konzept der Avantgarde. Der Mythos des Berufsrevolutionärs ist bei allen organisatorischen Überlegungen präsent. Seit seinem Tod ist "Che" zum Symbol dieser kämpfenden kommunistischen Avantgarde geworden.

Auch 2009 konzentrieren sich die orthodoxen Parteien auf die Frage der Parteiorganisation.[37] Lenins 1902 entstandenem Hauptwerk "Was tun?" bleibt die zentrale Referenz. Danach soll die Partei aus sorgfältig ausgewählten, rigoros disziplinierten professionellen Revolutionären gebildet werden, die innerhalb einer völlig zentralisierten Struktur agieren. An der Spitze der Führungsorgane steht das Politbüro. Sein Sekretariat bilden der Parteisekretär und seine Stellvertreter, die die Tagesgeschäfte führen. Das Organisationsbüro ist verantwortlich für die Mitglieder und die mittleren Kader. Das Zentralkomitee (ZK) legt die größeren ideologischen Linien fest. In vielen traditionellen kommunistischen Parteien hat dieses Modell bis heute überlebt. Dasselbe gilt auch für Strömungen innerhalb der KPen. 1921 verbot Lenin die Fraktionsbildung im ZK. Seitdem ist jeder Ausdruck organisierter Opposition unmöglich.

Stalin trieb die Zentralisierung und Personalisierung der Macht auf die Spitze. Bis 1989 war sein Modell das Muster für alle offiziellen Staatsparteien. Während heute reformorientierte und postkommunistische Parteien die Existenz verschiedener Plattformen und Strömungen akzeptieren, werden sie von orthodoxen KPen bekämpft. Dies führte besonders in Osteuropa zu zahlreichen Abspaltungen und Gründungen neuer orthodoxer Parteien.

Bis 1989 war die Basis jeder KP die Zelle, die die Arbeiterklasse als Zielobjekt ihrer Aktion bevorzugte. In der Theorie bestimmt diese Basis die

---

[36] Vgl. Cine suntem şi ce vrem, www.npcr.ro/despre.html.

[37] Vgl. Type de parti nécessaire pour répondre aux défis du 21ème siècle, www.lesCommunistes.org/spip.php?article1109.

nächst höhere Ebene. Den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus zufolge geschieht dies auf jeder Ebene bis hin zur Berufung der Führung.[38] In Wirklichkeit entschied die Führung der KPen über die Einsetzung verantwortlicher Kader. So erfolgten alle Auswahlverfahren in der gesamten Organisation. Heute sind die orthodoxen KPen fast alle zu schwach und ihre Mitglieder und Sympathisanten oft zu alt, um nach diesem Modell zu verfahren. Die Basisstrukturen der KPen sind lokal organisiert und decken sich fast immer mit den bestehenden Verwaltungsebenen auf lokaler, Kreis- oder Regionalebene. Betriebszellen existieren noch in Italien, Spanien, Portugal und Zypern. Aber sie sind eher Relikte der Vergangenheit als fest verwurzelte Parteistrukturen.[39]

Die von Lenin eingeleitete Bolschewisierung der Organisationsstrukturen führte zur Entwicklung einer Ebene professioneller Revolutionäre: Hauptamtliche, von der Partei eingesetzte Mitarbeiter bilden den Apparat. Dies wiederum führt zur Professionalisierung der Politik. Zwischen 1920 und 1989 konnten die KPen dank der großzügigen finanziellen Unterstützung durch die KPdSU von ihrer großen Zahl an hauptamtlichen Mitarbeitern profitieren, die sich der Parteiarbeit widmeten. Aktuell sind die KPen finanziell schwach. Ihre hauptamtlichen Mitarbeiter mussten sie meist auf einige Vorstandsmitglieder und ein Sekretariat reduzieren. Diejenigen KPen, die noch gute Wahlergebnisse erzielen und vor Ort präsent sind, haben noch einen hauptamtlichen Apparat. Aber ihre Zahl schrumpft, wie das Beispiel der KPÖ zeigt.

Auswahl und Aufstieg der Kader in der Partei werden durch die Kaderpolitik bestimmt. Sie wurde von der KPdSU eingeführt, auf alle KPen übertragen und hat mehr oder weniger bis heute überlebt.[40] Bis 1989 berief in allen

---

[38] Vgl. The Constitution of AKEL, www.akel.org.cy/English/kathodigisikat.html ARTICLE 6 and ARTICLE 7.

[39] Vgl. Our party. Communist Party of Bohemia and Moravia – CPBM. (KSCM), www.kscm.cz; PCP's National Meeting on the action and organization of the Party in the enterprises and workplaces, 19 October 2002, international.pcp.pt/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=98.

[40] Vgl. With New Party, with Unbroken Belief Against Capital! Resolution of the 22nd Congress of the Hungarian Communist Workers' Party, www.munkaspart.hu.

prosowjetischen KPen die Kaderabteilung die Kader in die ihr am geeignetsten scheinenden Positionen. Dank dieser Auswahl konnten die kommunistischen Parteien Krisen, etwa diejenige von Mai 1968, überwinden und sehr lange die Entstehung einer innerparteilichen Opposition verhindern. Aktuell ist der Mangel an jungen und gut ausgebildeten Kadern das größte Problem der traditionalistischen KPen. Da sie politisch ambitionierten jungen Menschen keine attraktiven sozialen Perspektiven bieten können, sind sie uninteressant geworden.

Alle orthodoxen KPen sind ideologisch sehr einheitlich. Ihre Wurzeln liegen im Marxismus und in der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit.[41] Dies sei anhand einiger Agitationsthemen veranschaulicht: Der antifaschistische Diskurs hat seinen Ursprung bei den italienischen Kommunisten. Von 1919 – 1924 waren sie mit dem Erstarken von Mussolinis Bewegung konfrontiert. Zunächst sahen sie im Faschismus eine Art Konterrevolution mit dem Ziel der Bekämpfung des revolutionären Elans in Europa, welcher die Folge der Oktoberrevolution in Europa gewesen wäre. Im Verlauf der 1920er Jahre wird der Faschismus als dem Kapitalismus inhärent dargestellt. Der Kampf gegen ihn erstreckte sich auch auf den Nationalsozialismus und die autoritären Regime und intensivierte den Antikapitalismus. Stalins Antwort auf das Erstarken der „Faschismen“ arbeitet Georgi Dimitrov 1935 zur Theorie aus und macht sie zur Politik der Volksfront. Faschismus wird definiert als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Kommunisten werden aufgefordert, eine antifaschistische Gegenmacht zu etablieren, die die Grenzen des Lagers der Kommunisten und ihrer Sympathisanten überwindet und Verbündete im kapitalistischen Lager sucht.

Wegen ihrer antifaschistischen Haltung gewannen die kommunistischen Parteien zwischen 1941 und 1945 in ihren jeweiligen Gesellschaften an Legitimität. Einige wurden in der Folge zu Massenparteien, für die Antifaschismus, ebenso wie der Kampf um den Frieden, ein Mittel zur Verstärkung ihres Einflusses war. Die UdSSR und ihre Satelliten wurden nie müde, in den kapitalistischen Gesellschaften faschistische, kriegstreibende Kräfte zu

[41] Vgl. A Living Theory, www.Communist-party.org.uk/index.php?file=theory.

lokalisieren, die dem real existierenden Sozialismus feindlich gegenüber standen.[42] Zum Schutz des real existierenden Sozialismus verfolgten die KPen bis 1989 die Strategie der Bündnisse mit fortschrittlichen Kräften, Gewerkschaften und linken Christen. Diese antifaschistische Strategie hat den Fall der Sowjetunion überlebt. Alle orthodoxen KPen, aber auch die postkommunistischen oder reformorientierten Formationen haben diese Linie beibehalten.[43]

Aktuelle orthodoxe Parteien charakterisieren sich selbst als „Friedensparteien".[44] Diese Strategie erinnert an Andrei Schdanows Zwei-Lager-Theorie aus dem Jahre 1947: Er benannte einerseits das Friedenslager unter Führung der UdSSR und andererseits das von den USA geführte Lager der Kriegstreiber. Für orthodoxe Kommunisten beweisen die Konflikte in Afghanistan und im Irak die kriegstreiberische Natur des gegenwärtigen amerikanischen Imperialismus. Die USA bleiben eine Gefahr wegen ihres Potenzials an Nuklearwaffen und ihrer aktuell wieder begonnenen Aufrüstung.[45]

Die Verurteilung von Atomwaffen geht bis in die 1950er Jahre zurück. Die Kommunisten hatten gegen das amerikanische Atomwaffenmonopol die Friedensbewegung gestartet, eine von den Sowjets stark beeinflusste, weltweite Massenbewegung. Am 19. März 1950 formulierte sie den „Stockholmer Appell", der „das absolute Verbot von Atomwaffen" forderte. Dieser

---

[42] Vgl. On the 60th Anniversary of the Victory over Nazi-Fascism. Statement of the Political Commission of the Central Committee of the PCP, 04 May 2005, international.pcp.pt/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=74.

[43] Vgl. Faschismus ist keine Meinung! www.kpoe.at/index.php?id=70&tx_ttnews [tt_news]=396&tx_ttnews[backPid]=6&cHash=b1c654b0bb.

[44] Vgl. On peace: Manifest Basics - Who we are, www.srp.hr; IMPERIALISTIC WARS AND THE WORKING-CLASS MOVEMENT. Document adopted at the 15th Congress (24.05.2003) of the Communist Workers' Party of Finland, www.kaapeli.fi/~ktp/english/wars.html; Prinsipprogram. I. FREDEN - DET VIKTIGSTE AV ALT, www.nkp.no; NKPs Arbeidsprogram Fredspolitikk, www.nkp.no.

[45] Vgl. Against imperialism and against war!, Article by Albano Nunes, member of the Secretariat of the CC and member of the Political Committee, international.pcp.pt/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=207.

Slogan ist bis heute erfolgreich. Nach Stalins Tod bedienten sich die meisten KPen des verschleiernden Konzepts der friedlichen Koexistenz. Der zweite Vietnam-Krieg (1963 – 1975) bot den Kommunisten erneut die Möglichkeit, große, äußerst antiamerikanische Bewegungen zusammenzuführen. Die ideologische Propagandaschlacht um den Vietnamkrieg gewannen die Kommunisten. Anders sah es aus bei den heftigen Nachrüstungsdebatten zwischen 1979 und 1984. Zwar konnten die Kommunisten besonders in Italien und Westdeutschland riesige Menschenmassen mobilisieren, aber es gelang ihnen nicht, die Stationierung von Pershing-II-Raketen zu verhindern. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Untergang der UdSSR hatten die Kommunisten nur noch eine Statistenrolle bei den Mobilisierungen gegen die NATO während des Kosovokrieges 1999 und 2003 gegen den Irakkrieg. Dennoch ist diese Thematik sehr präsent in der Propaganda der orthodoxen Parteien. Aber sie haben eine weitere Front eröffnet: Israel ist aktuell das zweithäufigste Angriffsziel des Anti-Kriegs-Lagers. Die Palästinenserfrage wird als antiimperialistischer Krieg interpretiert.[46]

Der Antiimperialismus hat in der kommunistischen Politik immer eine zentrale Rolle gespielt. In den 1950er und den frühen 1960er Jahren wurde der antiimperialistische Kampf neben dem Antifaschismus und dem Friedenskampf zu einem der drei Hauptstränge der kommunistischen Propaganda. Entlang dieser Linien kann die Sowjetunion auf zwei Ebenen aktiv werden: Durch die Unterstützung der Bewegung der Blockfreien Staaten wollte sie ihren ideologischen Einfluss auf nationalistische Bewegungen verstärken. Gleichzeitig versuchte sie, die Länder der Dritten Welt gegen die USA zu mobilisieren. Ideologisch entdeckte die KPdSU die bäuerliche Bevölkerung der Entwicklungsländer als revolutionäre Kraft von herausragender Bedeutung.

Auch heute noch halten die KPen den amerikanischen Imperialismus für eine

---

[46] Vgl. De Gaza à Beyrouth, un seul peuple contre l'occupation! www.lesCommunistes.org/spip.php?article968; Joint statement by Communist and workers' parties 20.7.2006: Solidarity with Palestinian and Lebanese people, www.skp.fi/english.php?juttu=241.

Hauptbedrohung.[47] Sie sind aber davon überzeugt, dass die antiimperialistischen Kräfte ihren Wiederaufbau begonnen haben und trotz ihrer Schwächung Boden gut machen.[48] Sicherlich haben die meisten nationalen Befreiungsbewegungen ihr Ziel nicht erreicht, und die marxistischen Guerillagruppen sind schwach. Kuba ist finanziell ausgeblutet und bietet dem antiimperialistischen Lager kaum noch materielle Unterstützung an.[49] Neue Akteure haben die politische Bühne betreten, z.B. Hugo Chavez. Er wird immer mehr zur Inkarnation des antiimperialistischen Ideals, geradezu zu einer zweiten Ikone wie Che.[50] Ideologisch wird der Imperialismus zunehmend mit der neoliberalen Globalisierung gleichgesetzt.[51] Neue Widerstandsgruppen wie die Zapatisten oder die "Bewegung der Landlosen" in Südamerika und Asien gelten als wichtige Kämpfer künftiger Schlachten. [52]

---

[47] Die orthodoxen Kommunisten brandmarken die Europäische Union als imperialistisch. Vgl. Reject the undemocratic and imperialistic EU, www.skp.se.

[48] Vgl. 23rd National Congress (November 2006) Programme of the Communist Party of Ireland. 1 Imperialism today, www.Communistpartyofireland.ie/caipeis-en.html.

[49] Dies tut der Solidarität mit Kuba keinen Abbruch. Vgl. Felicitación del PCE al Partido Comunista de Cuba por el 49 aniversario del triunfo de la Revolución Cubana. Secretaría de Relaciones Internacionales del PCE / 01 ene 08, www.pce.es/secretarias/secinternacional/pl.php?id=591. Declaration of solidarity with Cuba and the five Cuban patriots jailed in the USA. 15 October 2006, international.pcp.pt/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=175.

[50] Vgl. En el 40 Aniversario del asesinato de Ernesto Che Guevara. Secretaria Relaciones Internacionales del PCE / 08 Oct. 07, www.pce.es/secretarias/secinternacional/pl.php?id=1876.

[51] Vgl. PROGRAM KOMUNISTYCZNEJ PARTII POLSKI, On the nature of capitalism, 1. Charakter współczesnego kapitalizmu 2. Imperialistyczna globalizacja www.kompol.type.pl/test2/articles.php?lng=pl&pg=43; El PCE reivindica el "marxismo frente al neoliberalismo" Secretaría de Comunicación del PCE / 03 feb 08, www.pce.es/docpce/pl.php?id=2160; "Empire" or imperialism? Center for Marxist Research (KME) – Greece. Mumbai, January 18, 2004, inter.kke.gr/TheSocial/2004-01-kme; The Program of the Communist Party of Finland, www.skp.fi/english.php?juttu=243.

[52] Vgl. Dangers and potentials of the international situation. The imperialist strategy and the energy issue, the people's struggle and the experience of Latin America, the pros-

3. Das Rot-Grün/Linke Modell

Die Kategorie „rot-grün/links“ wird durch eine Reihe konvergenter Aspekte gerechtfertigt: Der wichtigste ist die von einigen dieser Parteien selbst definierte Identität. 2009 hat die „Nordisch grün-linke Allianz“ (NGLA) fünf Mitglieder: „Socialistisk Folkeparti“ (Dänemark), „Sosialistisk Venstreparti“ (Norwegen), „Vänsterpartiet“ (Schweden), „Vasemmistoliitto“ (Finnland) und „Vinstrihreyfingin - grænt framboð“ (Island). Neben diesem organisatorischen Bindeglied eint sie auch ihre gemeinsame ideologische und politische Grundlage.

Die „Nordisch grün-linke Allianz“ definiert sich selbst als linke Allianz, die die Demokratie fördert und die Menschenrechte verteidigt. Sie kämpft für „internationale Solidarität …, soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Verteilung des Reichtums, Geschlechtergerechtigkeit und Solidarität mit künftigen Generationen.“ Sie betont die Ökologie: „Wir sind eine grüne Allianz. Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung für die Welt und für Europa, um eine Balance zwischen Ökonomie, Bevölkerung und natürlicher Umgebung zu erreichen.“ Die NGLA „verurteilt das totalitäre, undemokratische System der Sowjetunion und anderer Staaten, die sich einst selbst sozialistisch genannt haben.“ [53]

Tabelle 2: Rot-Grüne/Linke Parteien

Dänemark	Socialistisk Folkeparti (Sozialistische Volkspartei)	www.sf.dk
Finnland	Vasemmistoliitto (Linke Allianz)	www.vasemmistoliitto.fi
Griechenland	Συνασπισμός της Αριστεράς, των Κινημάτων και της Οικολογίας Synaspismós tīs Aristerás tōn Kinīmátōn kai tīs Oikologías (Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie)	www.syn.gr

pect for Socialism, Contribution of Goran Markovic, President of the Main Board of the Workers' Communist Party of Bosnia and Herzegovina, 16.11.2006, www.rkp-bih.cjb.net; Socialisme - een fase in de strijd. Venezuela zoekt een weg naar een Socialistische toekomst. In: www.ncpn.nl/archief/2008/02/index.htm.

[53] www.nordic-green-left-alliance.org/en/platform.htm.

	ΔΗΚΚΙ, Δημοκρατικό Κοινωνικό Κίνημα, Dimokratiko Koinoniko Kinima (Demokratische Sozialbewegung)	www.dikki.org
	Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς, Synaspismós Rizospastikī́s Aristerás (Koalition der Radikalen Linken)	www.syriza.gr
Island	Vinstrihreyfingin - grænt framboð (Links-Grüne Bewegung)	www.vg.is/tungumal/english/
Niederlande	GroenLinks (Grüne Linke)[54]	start.groenlinks.nl
Norwegen	Sosialistisk Venstreparti (Sozialistische Linkspartei)	www.sv.no
Schweden	Vänsterpartiet (Linkspartei)[55]	www.vansterpartiet.se
Transnational	Nordisch grün-linke Allianz (NGLA) mit 5 Mitgliedern (2009): Socialistisk Folkeparti, Dänemark; Sosialistisk Venstreparti, Norwegen; Vänsterpartiet, Schweden; Vasemmistoliitto, Finnland; Vinstrihreyfingin - grænt framboð, Island	www.nordic-green-left-alliance.org
Transnational	Linkssozialistische grüne Gruppe im Nordischen Rat (Västersocialistiska gröna gruppen i Nordiska rådet(VSG))	http://www.norden.org/nr/partigrupper/vsg/sk/index.asp?lang=1&p_id=1003%20
Transnational	Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)	http://www.guengl.org

An der Peripherie der NGLA finden sich drei griechische Formationen: Die wichtigste ist „Synaspismós tīs Aristerás tōn Kinīmátōn kai tīs Oikologías“ (Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie), hinzu kommen „Synaspismós Rizospastikī́s Aristerás“ (Koalition der Radikalen Linken) und

[54] Vgl. Gerrit Voerman, The Disappearance of Communism in the Netherlands, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 15-38.

[55] Vgl. Ersson (Anm. 20), S. 141 – 166.

„Dimokratiko Koinoniko Kinima“ (Demokratische Sozialbewegung DIKKI).[56] Die politischen Positionen der Niederländischen „GroenLinks“ (Grüne Linke) decken sich weitgehend mit denen ihrer nordischen Nachbarn. Diese politische Strömung konnte sich über den nordischen Bereich hinaus ausdehnen, da ihre ideologischen Grundlagen sowie ihre politische Strategie und Taktik keineswegs nur Geltung für eine spezifische regionale Identität haben.[57]

3.1. Rot-grüne Parteien in ihren jeweiligen politischen Systemen

Fast alle rot-grünen Parteien des beschriebenen Typs (also im Unterschied zur Situation in Deutschland) lehnen die Europäische Union ab. Ihre programmatischen Schwerpunkte sind die Themen wirtschaftliche Gleichheit, Sozialstaatlichkeit und Ökologie. Dies gilt für alle nordischen wie für die niederländischen Parteien. [58]

Am norwegischen Beispiel zeigt sich deutlich, in welcher Weise die rot-grünen Strömungen mit dem orthodoxen Kommunismus gebrochen haben. Am 25. September 1972 siegte in Norwegen die “Nein”-Kampagne beim Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Nach diesem Erfolg wurde die „Sozialistische Wahlallianz“ (Sosialistisk Valgforbund) gegründet. In ihr schlossen sich die „Sozialistische Volkspartei“, die „Kommunistische Partei Norwegens“ und die „Demokratischen Sozialisten – AIK“ sowie unabhängige Sozialisten zusammen. Bei den

---

[56] Die Demokratische Soziabewegung (DIKKI) wurde 1995 gegründet. Bei den griechischen Parlamentswahlen 1996 Greek erhielt DIKKI 4,43% (9 Abg.). Bei den Europawahlen 1999 erreichte sie 6,85% (2 MdEPs). DIKKI wurde KVEL/NGL-Miglied. Bei den Parlamentswahlen 2000 erhielt DIKKI 2,69% und 2004 1,8% und blieb beides Mal ohne Mandat. 2007 trat DIKKI SY.RI.ZA bei.

[57] Die Allianz betont: “Wir sind eine nordische Allianz, aber wir das heißt nicht, dass wir Regionalisten sind. Im Gegenteil, Insternationalismus ist eine Grundlage unserer Parteien … Die europäische und weltweite Zusammenarbeit mit progressiven grünen und linken Kräften wird eine Priorität unserer Allianz sein.“

[58] Vgl. Gerrit Voerman, The Disappearance of Communism in the Netherlands, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 15-39; Ersson (Anm. 20), S. 167-190.

Parlamentswahlen im Jahr 1973 gewann dieses Bündnis 11,6 Prozent der Stimmen und 16 Sitze. 1975 wurde aus der Allianz eine Partei, die „Sosialistisk Venstreparti“ unter dem Vorsitz von Berit Ås. Die Kommunistische Partei entschied sich für die Eigenständigkeit und die Konkurrenz mit der neuen Partei. [59]

Von 1977 – 1985 blieben die Wahlergebnisse enttäuschend, die SV konnte sich bei Wahlen nicht verstärken. Aber Ende der 1980er Jahre führte die Krise des kommunistischen Systems zu einem Zustrom neuer Wähler aus dem kommunistischen und fortschrittlichen Lager. 1989 übersprang die Linkspartei die Zehnprozentmarke. Aber trotz ihrer erfolgreichen Kampagne gegen den EU-Beitritt Norwegens im Jahre 1994 verlor sie in den 1990er Jahren Stimmen. 1997 wurde Kristin Halvorsen[60] an die Spitze der Partei gewählt. Unter ihrem Vorsitz gelang der SV ihr größter Wahlerfolg. Halvorsen überzeugte die Partei, sich für altermondialistische Positionen zu öffnen und ihr ökologisches Profil zu schärfen. Bei den Wahlen von 2005 erlitt die SV einen schweren Rückschlag. Dennoch ging sie eine Koalition mit der Arbeits- und der Zentrumspartei ein und nominierte Halvorsen für die wichtige Position der Finanzministerin.

Die „Links-grüne Bewegung“ (Vinstrihreyfingin - grænt framboð) in Island wurde am 6. Februar 1999 gegründet. Unter ihrem Vorsitzenden Steingrímur J. Sigfússon erreichte die Partei mit rund 3.000 Mitgliedern bei den Wahlen von 2007 14,3 Prozent der Stimmen und 9 Sitze. Dieser Erfolg wiederholte sich 2009. Die Partei übernahm in einer Koalition mit den Sozialdemokraten Regierungsverantwortung. Die mobilisierenden Themen entsprechen denjenigen in den anderen nordischen Ländern: Gleichberechtigung, Feminismus, Ökologie und Demokratisierung. Die Partei hat ein ausgeprägt pazifistisches und multikulturelles Profil. Sie bekämpfte die Mitgliedschaft Islands in der NATO, aber sie unterstützt den isländischen Beitritt zur Europäischen Union.

---

[59] Beim Parteitag der Kommunistischen Partei 1975 stimmten 113 Delegierte für die Eigenständigkeit der Partei, 30 wollten sich der SV anschließen.

[60] Zur Biographie und Politik Kristin Halvorsens siehe: www.sv.no/oslo/personer/kristin.html.

Die „Linke Allianz“ (Vasemmistoliitto oder Vänsterförbundet) wurde im April 1990 als Zusammenschluss der „Demokratischen Union des Finnischen Volkes“ (Suomen kansan demokraattinen liitto, SKDL), dem „Demokratischen Bündnis der finnischen Frauen“ (Suomen naisten demokraattinen liitto, SNDL) und der „Kommunistischen Partei Finnlands“ (Suomen kommunistinen puolue, SKP) gegründet. Seitdem gibt es starke Spannungen zwischen modernistischen und traditionalistischen Strömungen. Es kam zu Abspaltungen und Austritten führender Kader, die sich den Sozialdemokraten oder der neugegründeten „Kommunistischen Partei Finnlands (Einheit)“[61] anschlossen. Seit ihrer Gründung hat die Linke Allianz immer Wahlergebnisse von 8 bis 10 Prozent erreicht (2003: 9,93%, 19 Abgeordnete; 2007: 8,82% 17 Abgeordnete).

Die „Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie“ (Συνασπισμός, Synaspismós, „Koalition“)[62] ist die direkte, erweiterte Nachfolgerin der Koalition zwischen den beiden griechischen kommunistischen Parteien, der prosowjetischen KKE und ihrer dissidenten Nachfolgepartei, der eurokommunistischen „KKE tou Esoterikoú“ (KP des Inlands), die die Integration Griechenlands in die Europäische Union anstrebte. 1989 erzielte Synaspismós gute Ergebnisse: Bei den Europawahlen errang sie 936.175 Stimmen (14.3 Prozent) und drei Mandate im Europäischen Parlament. Die Parlamentswahlen im Juni brachten der Koalition 13,1 Prozent und 28 Abgeordnete, im November 1989 11,0 Prozent (734.611 Stimmen) und 21 Abgeordnete. Bei den Wahlen im Jahre 1990 gewann sie 10,3 Prozent (677.059 Stimmen) und 19 Sitze.

Die Wahlen 1993 endeten für Synaspismós mit einer schweren Niederlage:

---

[61] Die „Kommunistische Partei Finnlands (Einheit)“ (Suomen kommunistinen puolue (yhtenäisyys), SKPy) wurde im August 1986 von früheren Mitgliedern der inneren Opposition der „Kommunistischen Partei Finnlands“ (Suomen kommunistinen puolue, SKP) gegründet. Ihre Bedeutung in der finnischen Politik ist verschwindend gering (2003 Parlamentswahlen: 21.079 Stimmen, 0,75 Prozent; 2007 Parlamentswahlen: 18.277 Stimmen, 0,65 Prozent).
Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Communist_Party_of_Finland_(Unity).

[62] Bis 2003 hieß sie “Koalition der Linken und des Fortschritts” (Συνασπισμός της Αριστεράς και της Προόδου, Synaspismós tīs Aristerás kai tīs Proódou).

Um 2.000 Stimmen verfehlte sie die Dreiprozenthürde und den Einzug ins nationale Parlament. Ein Jahr später, bei den Europawahlen von 1994, erzielte die Partei 6,26 Prozent der Stimmen und zwei Mandate. Bei den Parlamentswahlen 1996 und den Europawahlen 1999 erhielt sie rund 5 Prozent der Stimmen, verlor aber danach sie an Zustimmung (2000: 3,2 Prozent, 6 Abgeordnete; 2004 3,3 Prozent, 6 Abgeordnete).

Vor den Parlamentswahlen von 2004 versuchte Synapismos, politisch wieder in die Offensive zu gehen. Mit einer Reihe kleinerer Parteien bildete sie die „Koalition der Radikalen Linken“ (Synaspismós Rizospastikī́s Aristerás, SY.RI.ZA).[63] Ihr Wahlergebnis war enttäuschend. Bei den Europawahlen 2004 zerbrach sie nach der Wahl von Alékos Alavános[64] zum neuen Vorsitzenden. Ende 2005 wurde die Koalition erneuert, nachdem Alavános den äußerst populären Alexis Tsipras als Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Athen bei den Kommunalwahlen von 2006 vorgeschlagen hatte. Alavános wollte so “einer jüngeren Generation ein Angebot” machen. Im Mai 2006 organisierte SY.RI.ZA das Vierte Europäische Sozialforum in Athen. Dessen Erfolg trug zur Stabilisierung der Koalition bei. Bei den Parlamentswahlen vom 16. September 2007 war SY.RI.ZA einer der Gewinner: Unerwartet errang sie 5,04 Prozent (361,211 Stimmen) und 14 Mandate.

Die Zusammenarbeit mit der altermondialistischen Bewegung prägt den Parteialltag.[65] SYN ist auf Graswurzelart um diverse Plattformen und Arbeitskreise organisiert. Die von ihrer Beteiligung bedeutendsten Plattformen sind der „Linke Flügel“ (Mainstream-Marxisten – linker Parteiflügel), „Volute“ (radikale Sozialdemokraten – rechter Flügel), „Intervention“ (Zentrum) und die „Rot-Grünen“ (Öko-Marxisten – extrem linker Flügel). SYN ist Mitglied der KVEL/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament.

---

[63] Folgende Parteien bildeten im Januar 2004 die Koalition der Radikalen Linken: Synaspismos (SYN); Erneuernde Kommunistische und Ökologische Linke (AKOA); Internationalistische Arbeiterlinke (DEA); Bewegung für die in Aktion vereinte Linke (KEDA)- eine Abspaltung der KP Griechenlands; die von Manolis Glezos gegründete Wählervereinigung Aktive Bürger; und unabhägige linke Aktivisten.

[64] Biographie Alavanos siehe: www.syn.gr/en/cv/alavanos.htm

[65] SYN ist Mitglied des Europäischen Sozialforums.

SYN beschreibt sich selbst als „radikale linke Partei“, die für eine strategische Allianz der ökologischen Bewegung mit der Linken kämpft. Diese ideologische Kombination dominiert auch bei anderen grün-linken Parteien.

3.2 Der ideologische und organisatorische Rahmen

Das Programm der finnischen Linken Allianz zeigt beispielhaft die Unterschiede zwischen dem grün-linken Projekt, orthodoxen kommunistischen Parteien und reformkommunistischen Formationen. [66] Organisatorisch wie politisch definiert sich die Linke Allianz als eine Art Nichtregierungsorganisation (NRO), als eine „neue rot-grüne Art zu denken und zu handeln, die Parteigrenzen überwindet.“ [67] Ihre Wurzeln sieht sie in „der Arbeiterbewegung und ihrem Kampf um Gleichberechtigung und um die Freiheit der Unterdrückten.“ Ideologisch „identifiziert sich“ die Linke Allianz „mit sozialistischem Denken“, lehnt aber „den mit dem Sozialismus einhergehenden Totalitarismus“ ab. Sie definiert sich als offenes politisches Bündnis und als geistig offene Bürgerbewegung. Die Partei will ihre Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung und zu anderen NROs vertiefen und stärken. Die Linke Allianz will eine „breite dritte Linke“ aufbauen. Diese „dritte Linke“ definiert sich selbst durch eine libertäre Politik, die auf der Ablehnung des Neoliberalismus und der Rückbesinnung auf die Prinzipien feministischen Denkens und „ökologischen Bewusstseins“ beruht.[68] Gleichheit, Freiheit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie werden als gleich bedeutende zentrale Werte betrachtet.[69] Hier zeigt sich der erste Unterschied zu reformkommunistischen Parteien wie „Die Linke“ oder der PCF: Letztere bestehen auf dem Primat der Gleichheit und sehen erst nach deren wirtschaftlicher und sozialer Durchsetzung die Möglichkeit zum Aufbau einer gerechten (d.h. sozialistischen) Gesellschaft. Zwar ist der Wert Gleichheit auch der

---

[66] Vgl. The Left Road to a Just World, Left Alliance Party Program. Adopted by the 5th Party Congress 16 June 2007, www.vasemmistoliitto.fi/party_program/en_GB/program.

[67] Vgl. 5. Left Alliance – on open and open-minded NGO, in: ebd.

[68] Vgl. 1. The Renewing Left – A World Wide Movement, in: ebd.

[69] Vgl. 2. The Fundamental Values of Left Alliance, in: ebd.

Ausgangspunkt der rot-grünen Parteiprogramme. Aber soziale und politische Gleichheit müssen allmählich und mit Umsicht erreicht werden. Die Abschaffung des Privateigentums und des Rechts auf individuelle Bereicherung wird ebenso abgelehnt wie jede andere Form des politischen Zwangs.

Die Linke Allianz sieht im Antikapitalismus die einzige Strategie, um die Krise noch zu stoppen, welche die Menschheit durch den Klimawandel und die Begrenzung der natürlichen Ressourcen bedroht. Aber ihr Erfolg hänge von einer vitalen, lebendigen Demokratie ab. Diese Überzeugung teilen auch reformorientierte und postkommunistische Parteien. Sie haben eine Strategie der „Demokratisierung der Demokratie" entwickelt. Dennoch bleibt für sie das wichtigste Instrument des Wandels die Partei mit ihren Verbündeten. Rot-grüne Parteien dagegen träumen von einem „Schweizer Modell", wo Bürger aktiv werden, diskutieren und entscheiden. Menschen müssen zu „bürgerschaftlichem Engagement erzogen werden", dabei sollten stets „die Stimmen und Bedürfnisse von Minderheiten" Berücksichtigung finden. Auch hier sind die Unterschiede zu den reformkommunistischen Parteien deutlich: So wollen letztere keine bedingungslose Redefreiheit. Angebliche oder tatsächliche Faschisten, Sexisten und Militaristen, um nur einige zu nennen, sollen aus der politischen Gesellschaft ausgeschlossen bzw. müssen überzeugt und mit Argumenten gewonnen werden. Selbstverständlich verachten die rot-grünen Parteien diese Gruppierungen. Aber auch deren Bürgerrechte und Redefreiheit gelten als unveräußerlich.

Rot-grüne, postkommunistische, orthodoxe und reformkommunistische Parteien sind sich in ihrer Kritik des Kapitalismus einig. In ihrem Programm betont die Linke Allianz: „Demokratie muss stärker sein als die Macht des Kapitals."[70] Sie will „die Ausübung der Macht, die die Vormachtstellung des Kapitals begünstigt" ersetzen „durch die Kooperation aller Beteiligten und durch die gerechte Verteilung der Früchte der Arbeit." Intendiert ist die „Revitalisierung" der Ökonomie zur Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse. Dafür gilt die Marktwirtschaft als bestes Instrument. Selbstverständlich unterscheidet die Linke Allianz zwischen einer gesunden Marktwirtschaft

[70] Vgl. 3. Global Capitalism and the Left Alternative, in: ebd.

und der neoliberalen Globalisierung. Die „neoliberale Mainstream-Wirtschaftspolitik glaubt an die alleinige Überlegenheit der Märkte und an die Unklugheit jeder politischen Regulierung.“ Die Stärkung der „Macht der Stärkeren“ und die „Zentralisierung und Unterdrückung des freien Wettbewerbs“ gelten als aktuell dominierende Kontrollfaktoren. Der Linken Allianz gilt diese Hegemonie als „Bedrohung jedes Sozialstaates“.

Die EU wird kritisiert, weil sie sich zu einem Instrument dieser Dominanz des Kapitals verwandelt habe. Die Linke Allianz will die Europäischen Union reformieren: Europa brauche effektive gemeinsame und demokratische Regeln, die in der gesamten Union die Bürgerrechte, die Stellung der Arbeiter und faire Regeln im Arbeitsleben, soziale Sicherheit sowie ein ausreichendes Steueraufkommen garantierten, um den Sozialstaat und die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Dieses Urteil entspricht fast exakt demjenigen von altermondialistischen Gruppen wie ATTAC. Ferner sind die rot-grünen Parteien überzeugte Pazifisten. Sie wollen Militärbündnisse auflösen und weltweite Abrüstung, Weltfrieden und internationale Sicherheit auf der Grundlage der Achtung der Prinzipien der Vereinten Nationen fördern.

Ihr eschatologisches Ziel ist die “globale Demokratie” auf der Grundlage der weltweiten Achtung der Menschenrechte. Die Ausrottung von Hunger, Armut, eklatanter Ungleichheit und der Unterdrückung der Frauen hat Priorität. Auch die Solidarität mit Migranten ist ein Thema. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein bevorzugter Partner bei der Wiedergründung der Welt. Ihr sozialer und ökonomischer Kampf muss unterstützt werden.[71] Die Linke Allianz strebt die soziale Erneuerung der Gesellschaft auf der Grundlage eines langen Kataloges von Grundrechten an: Geschlechtergerechtigkeit, freier Ausdruck der Sexualität, Gleichberechtigung aller Menschen, gleichberechtigte Stellung in der Familie, soziale Sicherung, Recht auf Bildung, aber auch auf Wohnung und Arbeitsplatz. Besonders betont werden Multikulturalismus und die Achtung von Minderheitsrechten etwa bezüglich Lebensstilen, sozialer und sprachlicher Normen. Und schließlich fordert die Linke Allianz die ökologisch zwingend notwendige Intensivierung eines globalen Kurswechsels. Topprioritäten sind das Energiesparen, die Nutzung

[71] Vgl. 4. Into a Socially Just Finland, in: ebd.

erneuerbarer Energien und der Schutz der Biodiversität ebenso wie die Aufklärung der Verbraucher.

Die oben genannten Formationen stehen der altermondialistischen Bewegung näher als den reformkommunistischen Parteien. Alle rot-grünen Formationen teilen eine gemeinsame Identität mit klaren Profil: Zwar betrachten sie Wirtschaftswachstum als hochwichtiges Ziel, aber der Primat liegt bei den ökologischen Entscheidungen. Diese Hierarchie der Prioritäten ist unveränderlich. Sie bestehen ferner auf einer grundlegenden Reform des Kapitalismus und stimmen überein bei Fragen wie der gerechten Verteilung des Eigentums, der Notwendigkeit einer neuen Politik der Arbeitsteilung und der Akzeptanz von Immigration. Ihre Positionen in der Frage der zivilen Nutzung der Kernenergie divergieren. Aber sie alle eint die Überzeugung, dass eine radikale *Reform* der Gesellschaft zum Schutz der Natur essentiell ist. Die Einschätzungen des nötigen Grades an *Radikalität* des sozialen Wandels, der Bedeutung des Umweltschutzes und der sozialen Umverteilung unterscheiden sich. Aber viele Themen sind nicht strittig: Feminismus, Demokratisierung des politischen Lebens, Öffnung in Richtung oder Vereinigung mit den neuen sozialen Bewegungen, Pazifismus, nichtrevolutionärer und pro-Dritte-Welt Antiimperialismus, Verteidigung der öffentlichen Einrichtungen und der Errungenschaften des Sozialstaates. Die rot-grünen Parteien wissen, dass sie zur angestrebten Transformation der Gesellschaft Bündnispartner brauchen.

Die sozialdemokratischen Formationen an der Macht werden heftig kritisiert, gelten aber als die einzigen Partner, die in der Lage sind, einen Wandel mit herbei zu führen. Deshalb werden Regierungskoalitionen mit Sozialdemokraten als adäquat und angemessen angesehen. Die meisten rot-grünen Gruppierungen sind gegen das Projekt der Europäischen Union. Aus diesem Grund traten sie der Europäischen Linke nicht bei.

4. Das reformkommunistische und postkommunistische Modell

Die reformkommunistischen Gruppierungen erzielen in Westeuropa relativ starke Wahlergebnisse. Ihr Modell hat eine langsam steigende Zahl kommunistischer und postkommunistischer Parteien im Osten inspiriert.

Tabelle 3: Reformkommunistische Parteien

Österreich	Kommunistische Partei Österreich, KPÖ	www.kpoe.at
Tschechische Republik	Strana demokratického Socialismu, SDS Partei des Demokratischen Sozialismus	www.sds.cz
Estland	Eesti Vasakpartei / Levaya Partiya Estonii ELP Estnische Linkspartei	www.esdtp.ee
Frankreich	Parti Communiste Français, PCF Französische Kommunistische Partei	www.pcf.fr
Deutschland	Partei des Demokratischen Sozialismus, PDS	http://archiv2007.sozialisten.de/sozialisten/aktuell/index.htm
	(ab 2007) Die Linke	www.sozialisten.de
Großbritannien	New Politic Network, NPN Neues Politisches Netzwerk	www.unlockdemocracy.org.uk/
Italien	Partito della Rifondazione Comunista, PRC Partei der Kommunistischen Wiedergründung	home.rifondazione.it/xisttest
	Partito dei Comunisti Italiani, PdCI Partei der Italienischen Kommunisten	/www.comunisti-italiani.it/frames/index.htm
Luxemburg	Déi Lénk / La Gauche / Die Linke	www.dei-lenk.lu
Niederlande	Socialistische Partij, SP Sozialistische Partei	www.sp.nl
Portugal	Bloco de Esquerda, BE Linker Block	www.bloco.org

Rumänien	Partidul Alianta Socialista, PAS Sozialistische Allianzpartei	www.pasro.ro
Spanien	Iniciativa per Catalunya Verds, ICV Initiative für ein Grünes Katalonien	www.iniciativa.cat/
	Izquierda Unida, IU Vereinigte Linke	www1.izquierda-unida.es/
	Esquerra Unida i Alternativa, EuiA Vereinigte und Alternative Linke	www.euia.org/
San Marino	Rifondazione Comunista Sammarinese Partei der Kommunistischen Wiedergründung von San Marino	www.rifondazionecomunista-rsm.org
Türkei	Özgürlük ve Dayanisma Partisi, ÖDP Partei der Freiheit und Solidarität	www.odp.org.tr/index_en.php
Schweiz	Parti Suisse du Travail / Partei der Arbeit der Schweiz / Partito Svizzero del Lavoro - PdA/PST/PdL	www.pda.ch

4.1. Die reformkommunistischen und postkommunistischen Parteien in ihren politischen Systemen

Die Entscheidung für eine reformorientierte Strategie garantiert noch keinen Wahlerfolg. Aber einige reformorientierte Parteien sind zu starken Akteuren bei Wahlen geworden[72]: Die „Kommunistische Partei Frankreichs“ (PCF) gehört nicht dazu, denn sie steckt in einer Abwärtsspirale. Ihre Ergebnisse bei den Präsidentschafts- (2007: 1,93 Prozent; 2002: 3,37 Prozent) und Parlamentswahlen (2007: 4,29 Prozent) sowie der nachfolgende Verlust zahlreicher Mitglieder führten zu einer schweren Krise. Immer mehr PCF-Mitglieder lehnen die frühere Strategie eines Bündnisses und einer Regierungskoalition mit der Sozialistischen Partei ab. Sie denken über die Auflösung der Partei und der anschließenden Wiedergründung nach dem Modell der deutschen Partei „Die Linke“ nach. Diese Reorientierung scheint bei den Kommunalwahlen im März 2008 einen gewissen Erfolg gezeitigt zu haben. Im Februar 2006 hatte die Partei eigenen Angaben zufolge 134.000 Mit-

[72] Im Osten spielen die reformorientierten Parteien bei Wahlen kaum eine Rolle.

glieder, von denen 99.281 ihre Mitgliedsbeiträge zahlten. In Deutschland war die einstige PDS nach ihrer Vereinigung mit der WASG zur neuen Formation Die Linke bei Wahlen nicht nur in ihren Hochburgen in den neuen, sondern auch in den alten Bundesländern erfolgreich.[73] Mit 8,7 Prozent bei den Bundestagswahlen von 2005 errang ihre Vorläuferin, die Linkspartei.PDS, 54 MdBs. Im Westen gelang der Partei bei Landtagswahlen 2007 der Durchbruch in Bremen (8,4 Prozent, 7 MdBB), 2008 in Hessen (5,1 Prozent, 6 MdLs), Niedersachsen (7,1 Prozent, 11 MdLs) und Hamburg (6,4 Prozent, 8 MdHBs). Im Bundesland Berlin regiert sie in einer Koalition mit der SPD. Ende September 2008 hat die Linke nach eigenen Angaben 76.139 Mitglieder, die meisten in den neuen Bundesländern.

Die 1991 gegründete italienische „Partito della Rifondazione Comunista" sieht sich als Erbin der PCI. Seit 1992 hat die Partei bei Wahlen zwischen fünf und acht Prozent der Stimmen errungen (1992: 5,6 Prozent, 35 Abgeordnete; 1992: 6,0 Prozent, 39 Abg.; 1996: 8,5 Prozent, 35 Abg.; 2000: 5,0 Prozent 11 Abg.; 2006: 5,8 Prozent, 41 Abg.). Eigenen Angaben zufolge hatte sie 1991 112.278 Mitglieder, 2000 waren es 90.442 und 2006 93.126. Bis 1998 unterstützte der PRC die erste Regierung von Romano Prodi. Ab Oktober 2004 gehörte er der Mitte-Links-Opposition an. Im April 2006 gewann die Mitte-Links-Koalition die Parlamentswahlen mit hauchdünner Mehrheit. Der PRC-Vorsitzende Fausto Bertinotti wurde zum Präsidenten der Abgeordnetenkammer gewählt. Die Partei trug Romano Prodis zweite Regierung mit und stellte mit Paolo Ferrero den Minister für Soziale Solidarität.

Gegründet am 30. Januar 1999 sieht sich „Dei Lénk" (Die Linke) als Sammlungsbewegung, deren Mitglieder meist aus der kommunistischen Partei Luxemburgs (PCL), der „Neuen Linken" (Nei Lénk), der „Sozialistisch-

---

[73] Vgl. Patrick Moreau, The PDS/Linkspartei.PDS and the Extreme Left – Decline and Renaissance of Communism in Germany, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 39-86; Hubertus Knabe, Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE., Berlin 2009; Harald Bergsdorf, Die neue „Linke", Bonn 2009; Viola Neu, Die Linke: Eine Volkspartei?, in: Volker Kronenberg/Tilman Mayer (Hrsg.), Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg, Basel, Wien 2009, S. 190-227 .

Revolutionären Partei“ und der „Sozialistischen Arbeiterpartei Luxemburgs“ kommen. Bei den Parlamentswahlen von 1999 und erhielt „Die Linke“ 3,3 Prozent der Stimmen. Nach dem Ausscheiden der PCL scheiterte sie 2004 bei den Parlamentswahlen. Die „Niederländische Sozialistische Partei“ wurde am 22. Oktober 1972 gegründet und hat ihre Wurzeln in der maoistischen Bewegung. Bis 1989 waren ihre Wahlerfolge unbedeutend. Seit sie sich vom Maoismus abgewendet und den Marxismus-Leninismus aufgegeben hat, konnte sie ihre Wahlergebnisse ständig verbessern: 1994: 1,3 Prozent, 2 Abg.; 1998: 3,5 Prozent, 5 Abg.; 2002: 5,9 Prozent, 9 Abg.; 2003: 6,3 Prozent, 9 Abg.. 2006 errang die Partei einen triumphalen Erfolg mit 16,6 Prozent und 25 Sitzen. 2007 hat die Partei 50.740 Mitglieder und damit ihre Mitgliederzahl von 1998 (21.975) mehr als verdoppelt, diejenige von 1992 (15.122) sogar mehr als verdreifacht. Derzeit steht die SP in der Opposition gegen die 2007 gebildete Regierungskoalition aus der sozialdemokratischen PvdA und der „Christen Union“ (ChristenUnie).

In Portugal schlossen sich vier Gruppierungen anlässlich der Wahlen von 1999 zum „Bloco de Esquerda“ (BE) zusammen: die marxistisch-leninistische „União Democrática Popular“ (UDP), die trotzkistische „Partido Socialista Revolucionário“ (PSR), „Política XXI“, eine Gruppe von intellektuellen ehemaligen Mitgliedern oder Sympathisanten der PCP, und „FER-Ruptura“, eine weitere trotzkistische Formation. Seit 1999 hat die Partei bei Wahlen zunehmend Erfolg (Europa 1999: 1,8 Prozent, 0 MdEPs; Parlament 1999: 2,4 Prozent, 2 Abg.; Präsidentschaftswahlen 2001: 3,0 Prozent; Parlament 2002: 2,7 Prozent, 3 Abg.; Europa 2004: 4,9 Prozent, 1 MdEP; Parlament 2005: 6,5 Prozent, Abg.; Präsidentschaftswahlen 2006: 5,3 Prozent).

Das spanische sozialistische Parteienbündnis „Izquierda Unida“ (IU) wurde 1986 gegründet. Nach dem Einbruch der PCE (von 10 auf 3 Prozent) bei den Wahlen im Jahr 1982 verbesserte die IU allmählich ihre Resultate. Sie erreichte 1993 9 Prozent (1.800.000 Stimmen) und 1996 fast 11 Prozent (2.600.000 Stimmen). 2000 schloss sie ein Bündnis mit der Sozialistischen Partei (PSOE). Bei den Parlamentswahlen am 14. März 2004 erhielt die IU 4,96 Prozent der Stimmen (2000: 5,4 Prozent) und 5 (2000: 8) Sitze. Sie unterstützte die PSOE-Minderheitsregierung von José Luis Rodríguez

Zapatero. Bei den Parlamentswahlen von 2008 ging die IU ein Bündnis mit der Iniciativa per Catalunya ein und erzielte ihr historisch schlechtestes Ergebnis mit 963.000 Stimmen (3,8 Prozent) und 2 Mandaten. Offiziell hat IU rund 70.000 Mitglieder.

Die „Partei der Arbeit der Schweiz“ (PdA) wurde 1944 von der illegalen Kommunistischen Partei der Schweiz gegründet. Ihr bestes Ergebnis erreichte sie bei den Wahlen von 1947 mit 5,1 Prozent und 7 Abgeordneten. Seither waren ihre Wahlergebnisse immer marginal, wobei sie in den französischsprachigen Kantonen noch am erfolgreichsten ist. Ihr politischer Niedergang scheint sich noch zu beschleunigen (1995: 1,2 Prozent, 3 Abg.; 1999: 1,0 Prozent, 2 Abg.; 2003: 0,7 Prozent, 2 Abg.; 2007: 0.7 Prozent, 1 Abg.).[74]

4.2 Ideologische und organisatorische Rahmenbedingungen

Die intensive Zusammenarbeit “sozialistischer” oder “demokratisch sozialistischer“ Parteien mit Formationen, die sich immer noch „kommunistisch“ nennen, mag überraschen. Aber eine Analyse der Organisation und der Programmatik zeigt, dass der vermutete Widerspruch nur oberflächlich ist.

In ihren jeweiligen Systemen stehen die reformorientierten Gruppierungen im Wettbewerb mit vielen Akteuren. Seit 1990 waren die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ihre schärfsten Konkurrenten. Aber weitere politische und elektorale Akteure haben die politische Bühne (wieder) betreten: die extreme Rechte, die altermondialistische Bewegung und die extreme Linke. Ein Kernproblem der reform- und postkommunistischen KPen blieb ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu sozialistischen Parteien.

Fast alle in der Tabelle aufgeführten Parteien entwickelten ähnliche Strategien und Analysen, denn ihre Situation innerhalb ihrer jeweiligen politischen Systeme war mehr oder weniger identisch. Sie mussten mit der demokratischen Linken konkurrieren und Druck auf sie ausüben, gleichzeitig aber genau mit dieser demokratischen Linken Wahlbündnisse anstreben.

---

[74] Vgl. Dominik Kamber, Communist and Post-Communist Parties in Switzerland, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 133-138.

Dieses Ziel konnten sie manchmal durch die Tolerierung von Minderheitsregierungen oder durch Machtbeteiligungen auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene erreichen.

Der Preis für diese Kompatibilität war ein tiefgreifender Umbruch. Alle reform- und postkommunistischen KPen vollzogen einen ideologischen Wandel. Er bestand in der Hauptsache aus der Aufgabe des Marxismus-Leninismus und der neuen Lektüre von Marx im Lichte der politischen Lektionen des 20. Jahrhunderts.[75] Dieser Modernisierungsprozess vollzog sich in mehreren Schritten: Die Parteien wurden als heterogene Bewegungen reorganisiert, die innere Konflikte zuließen. Fraktionen, Richtungen, Plattformen, Strömungen und Sensibilitäten bieten eine Vielzahl einander manchmal widersprechender programmatischer Ansätze.[76] So müssen sich etwa orthodoxe Kommunisten mit linken Umweltschützern arrangieren oder Antiimperialisten mit gemäßigten Sozialisten. Die Reste des demokratischen Zentralismus wurden abgeschafft und mehr innerparteiliche Transparenz eingeführt. Ferner mussten die Parteien aufgrund des Mitgliederschwundes ihre Apparate umstrukturieren und verschlanken. Der zentrale Kern der Reform aber ist die Ausrichtung der Parteien sowohl als Wahlparteien wie auch als außerparlamentarische Bewegungen innerhalb der Gewerkschaften und auf den Straßen.

Die Schaffung einer neuen Form des Internationalismus war ein weiteres Element der Wiedergründung der Identität dieser reformkommunistischen und postkommunistischen Parteien. In den frühen 1990er Jahren koordinierten das „Neue Europäische Linke Forum“ (NELF) und die linke KVEL/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament diesen Prozess. Seit ihrer Gründung im Jahr 2004 ist es die „Europäische Linke“. Da sie ihren Mitgliedern ein utopisches Projekt anbieten müssen, pflegen die Reformparteien

---

[75] Vgl. Transformations et actualité, www.pcf.fr/spip.php?article64&var_recherche=stalinisme; Für ein Gesellschaftsmodell, das auf der internationalen Solidarität und auf den Grundsätzen des Sozialismus beruht, http://www.pda.ch/_wirwollen/wahlen07.php; b. Nutnost rehabilitovat Socialismus. In: Programový dokument SDS schválený VII. sjezdem SDSv Jihlavě 22. listopadu 2003, www.sds.cz/storage/mds.doc.

[76] Vgl. Pourquoi un parti Communiste?, in: www.pcf.fr/spip.php?article67&var_recherche=stalinisme.

ausgezeichnete Beziehungen mit antiimperialistischen und kommunistischen Bewegungen weltweit.[77] Die reformkommunistischen Parteien unterstützen den Aufbau eines vereinten Europas, fordern aber ein soziales und anti-liberales Modell. [78]

Ideologisch ähneln sich die Programme der kommunistischen und post-kommunistischen Parteien.[79] Ziel ist die Schaffung einer „gerechten Welt“[80] ohne Krieg, Unterdrückung, Mangel und Ungleichheit. Die Grundwerte dieses politischen Projekts sind die Prinzipien von Gleichheit, Freiheit, Soli-

---

[77] Vgl. Rudolf van Hüllen, Transnational Cooperation of Post-Communist Parties, in: Backes/Moreau (Anm. 1), S. 463 – 482.

[78] Vgl. CONSTRUIRE UNE AUTRE EUROPE, www.pcf.fr/spip.php?article1259; Agir pour une Europe sociale, www.pcf.fr/spip.php?article248.

[79] Vgl. KPÖ, Positionen, www.kpoe.at/index.php?id=6; SF, studieweb, www.sf.dk/index.php?menu=648; SF news and policies, www.sf.dk/index.php?article=8797; ELP, Programm, www.esdtp.ee/programm.htm; VL, Party Program, www.vasemmistoliitto.fi/party_program/en_GB/program/; PCF, Index thématique, http://www.pcf.fr/spip.php?mot242; PDS/Linkspartei.PDS, Das Programm, archiv2007.sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm; Die Linke, Positionen von A-Z, die-linke.de/politik/themen/positionen_a_z/; NPN, Who we are, www.unlockdemocracy.org.uk/?page_id=490; PRC, Fai una scelta di parte, home.rifondazione.it/xisttest/; PdCI, Argomenti su Partito dei Comunisti Italiani, www.comunisti-italiani.it/frames/index.htm; DL, Wahlprogramm von déi Lénk, www.dei-lenk.lu/sujet/article.asp?id=419&sub=68; SP, Dossiers van de SP, www.sp.nl/service/dossiers/; IC, Programes Electorals (2006), www.joansaura.org/continguts3/elPrograma/programa/programa_icv_euia_complert.zip; IU, Programa Electoral de IU 2008. In: www1.izquierda-unida.es/doc/1204807826212.pdf; EUiA, Valors, www.euia.org/noticia_final.jsp?id=21; PB, Socialismo 2007, http://www.bloco.org/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=23&Itemid=51; ÖDP, FREEDOM AND SOLİDARİTY PARTY, www.odp.org.tr/genel/bizden_detay_en.php?kod=556; PdA, Die Partei der Arbeit stellt sich vor, www.pda.ch/_wirwollen/visitenkarte.php; PAS, PROGRAMUL ELECTORAL, www.pasro.ro/paginacuamanuntdocument.php?ID=5; SDS, Manifest demokratického Socialismu, www.sds.cz/download.php?soubor=3.

[80] Vgl. Eine andere Welt ist dringend erforderlich, www.pda.ch/_wirwollen/visitenkarte.php#anderewelt.

darität[81] und nachhaltiger Entwicklung.[82] Da jedem das Recht auf ein gutes Leben und auf gesellschaftliche Teilhabe als aktiver Bürger garantiert werden muss, ist Gleichheit der Referenzwert.[83] Sie prägt jeden Aspekt des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Dies impliziert die Beseitigung von Unterschieden bei Einkommen und Besitz ebenso wie bei der Macht, die auf Eigentum beruht. Freiheit muss an soziale Verantwortung und Solidarität gebunden sein. Die beiden letzteren können sich nur entwickeln, wenn die Wirtschaft strikt kontrolliert wird.

Die reformorientierten Parteien unterscheiden zwischen Kapitalismus und Markwirtschaft. Sie wollen die Ausübung von Macht, die auf der Vorherrschaft des Kapitals beruht, durch die Kooperation aller Beteiligten und die gerechte Verteilung der Früchte der Arbeit ersetzen. Das effiziente Funktionieren der Wirtschaft setzt Märkte voraus, aber die Grenzen der Marktwirtschaft und gerechte Regeln müssen von nationalen und internationalen demokratischen Instanzen aufgestellt werden.[84] Marktwirtschaft muss ökologisch, sozial und menschlich nachhaltig sein.

Auf der globalen Ebene kämpfen die reformorientierten Kräfte für weltweite Solidarität, Gleichberechtigung und die Anerkennung der Menschenrechte. Eine ihrer Prioritäten lautet Frieden statt Krieg und Militarismus. Dies impliziert die Auflösung der Militärbündnisse, weltweite Abrüstung[85] und inter-

---

[81] Vgl. Ciutats i pobles per la pau, http://www.iniciativa.cat/.

[82] Vgl. Die Ökonomie in den Dienst des Gemeinwohls stellen, http://www.pda.ch/_wirwollen/wahlen07.php.

[83] Vgl. Radicalitat democràtica i participació ciutadana. in: Programa Marc Eleccions Municipals 2007, http://www.iniciativa.cat/.

[84] Vgl. Kapitál a demokracie, in: Programový dokument SDS schválený VII. sjezdem SDSv Jihlavě 22. listopadu 2003. Text souhlasí s návrhem po zapracování došlých připomínek od organizací SDS Milane Neubertem, 2. verze z 7.října 200, www.sds.cz/storage/mds.doc; Möglichkeiten der Demokratisierung des öffentlichen Eigentums, http://die-linke.de/politik/analysen_und_positionen/moeglichkeiten_der_demokratisierung_des_oeffentlichen_eigentums/; Betere democrazie, http://www.sp.nl/2006/programma/betere_democratie.shtml.

[85] Vgl. Nein zu militärischer Gewalt, http://www.pda.ch/_wirwollen/wahlen07.php.

nationale Sicherheit auf der Grundlage der Anerkennung der Prinzipien der Vereinten Nationen.[86] Eine neue Weltwirtschaft muss die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen in den ärmsten Ländern garantieren und Ungleichheit sowie die Unterdrückung der Frau beenden.[87] Als Sofortmaßnahme sollen die Entwicklungshilfe und die Aufnahmequoten für Flüchtlinge erhöht werden. Eine universelle Politik der Solidarität mit Immigranten und Flüchtlingen ist zu entwickeln. Grundlegende Arbeiterrechte, etwa das Organisations- und Streikrecht, werden als Menschenrechte präsentiert. Um diese weltweit durchzusetzen, werden die Gewerkschaften zur Intensivierung und Stärkung ihrer internationalen Zusammenarbeit aufgefordert.

Das Modell der reformorientierten Parteien ist dasjenige eines für das Wohlergehen eines jeden einzelnen verantwortlichen Sozialstaates. Regierungshandeln muss die neuen Bedürfnisse der Menschen befriedigen,[88] deshalb muss der öffentliche Sektor der Wirtschaft stark sein. Die Grundversorgung muss in von staatlichen Unternehmen geleistet werden. Staatsbesitz, Investitionen und Subventionen müssen in großem Maßstab entwickelt werden.[89] Reformorientierte Parteien unterstützen kleine, selbstständige Unternehmen wegen ihres Potenzials zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich behandelt werden, sind aktive antidiskriminatorische Anstrengungen unverzichtbar. Eine

---

[86] Vgl. Beter samenwerken. Internationale politiek, http://www.sp.nl/2006/programma/beter_samenwerken.shtml.

[87] Vgl. B) UNA POLÍTICA ECONÓMICA JUSTA Y REDISTRIBUTIVA, www1.izquierda-unida.es/#.

[88] Vgl. Direkte Demokratie - Politische und soziale Erneuerungsprozesse, http://archiv2007.sozialisten.de/politik/themen/positionspapiere/view_html?zid=35121&bs=1&n=2.

[89] Vgl. Tre milioni di impiegati e trecentomila precari, http://home.rifondazione.it/xisttest/tre-milioni-di-impiegati-e-trecentomila-precari-3a-altro-che-fannulloni-21; Contre-réformes annoncées, http://www.dei-lenk.lu/sujet/article.asp?id=730&sub=25; STATUL SOCIAL DE DREPT. PARTENERIATUL SOCIAL, http://www.pasro.ro/pagina.php?Categorie=Program; LA DEFENSA DE LOS DERECHOS CIUDADANOS, in: PROPUESTA DE EJES PROGRAMÁTICOS, www1.izquierda-unida.es/#.

grundlegende Voraussetzung ist die Geschlechtergerechtigkeit.[90] Reformer propagieren das Modell eines multikulturellen Staates, der jedem die bestmögliche Bildung, Ausbildung und Kultur angedeihen lässt.

Die reformorientierten Parteien teilen eine Reihe programmatischer Überzeugungen mit den orthodoxen Kommunisten und den rot-grünen Parteien: ein stark antiamerikanisch gefärbter Antiimperialismus, ein immer noch von Dimitrows Thesen geprägter Antifaschismus,[91] der Antirassismus und die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung als Widerstandsfaktor gegen die kapitalistische Globalisierung. Unübersehbare Unterschiede bestehen in der Frage der Gegnerschaft zur neoliberalen Orientierung der EU, aber auch bezüglich der Konstruktion des vereinten Europa, das die Reformer kritisch unterstützen.

Die reformorientierten Parteien wehren sich gegen die Ansicht, sie seinen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur eine Art „linker Stachel" im Fleisch der Regierung gewesen und betonen die dauerhafte Gültigkeit und Aktualität der marxistischen Analyse. Sie sind sich des Verlustes ihrer Bezugspunkte und Rollenmodelle aus der Vergangenheit bewusst. Das Sowjetsystem hat ebenso versagt, wie das in den 1950er Jahren propagierte sozialdemokratische Modell eines „Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Sozialismus.[92] Und die Reformer beobachten die Krise des Kapitalismus sehr genau, die derzeit die ultraliberalen Dogmen bedroht.[93]

Die reformorientierten Kommunisten betrachten es als Pflicht der Kommunisten und demokratischen Sozialisten, die Zukunft zurückzuerobern und theoretisch wie politisch den Weg für soziale und ökonomische Reformen zu

---

[90] Vgl. Gleichstellung, die-linke.de/politik/themen/positionen_a_z/gleichstellung/; 4.3. Feminitzar els pobles, in: Programa Marc Eleccions Municipals 2007, http://www.iniciativa.cat/.

[91] Vgl. Rechtsextremismus, die-linke.de/politik/themen/positionen_a_z/rechtsextremismus/.

[92] Vgl. Fausto Bertinotti, Le due sinister. Fausto Bertinotti con Alfonso Gianni, Mailand 1997.

[93] Vgl. Komunisté a sociální demokraté, in: Programový dokument SDS schválený VII. sjezdem SDSv Jihlavě 22. listopadu 2003, www.sds.cz/storage/mds.doc.

bereiten. 1999 unterstrich Robert Hue, der Generalsekretär des PCF: „Die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Realitäten in der aktuellen Phase der Entwicklung der Gesellschaft könnte sehr wohl der Schlüssel sein zu einer neuen Chance für ein modernes kommunistisches Projekt.“[94] Die „kommunistischen Reformer“ von heute sehen den Kapitalismus weder als Ende der Geschichte im Sinne Fukuyamas noch als unerreichbaren Horizont. Ihr Ideal bleibt voluntaristisch: Der Lauf der Dinge kann und muss geändert werden, denn dies ist die letzte Chance der Menschheit, Krieg, Ausbeutung, Rassismus und Armut zu stoppen und eine ökologische Katastrophe zu verhindern.[95] Aber dies ist die gemeinsame Aufgabe aller antikapitalistischen Akteure, von der revolutionären extremen Linken bis zu altermondialistischen Bewegungen wie ATTAC.

Die Reformer haben sich dem 21. Jahrhundert verschrieben. Sie haben nicht nur das sowjetische Modell aufgegeben, sondern auch eine bestimmte Form der „klassischen“ kommunistischen Kultur des 19. Jahrhunderts, etwa die Vorstellung, der „Sozialisierung der Produktionsmittel und des Handels“ müsse notwendigerweise eine Revolution vorangehen. Die „Reformer“ haben die Gegenwart als Zeitalter des Individuums und die Vergangenheit als dasjenige „der Massen“ entdeckt. Ferner leben diese Individuen heute unter neuen allgemeinen Bedingungen, nämlich im Sog der zunehmenden Globalisierung. Deshalb wollen die Reformer den Kommunismus / demokratischen Sozialismus neu erdenken – nicht denjenigen des 19. Jahrhunderts und der Industrialisierung, sondern den neuen der Informationsgesellschaft.[96]

Sie bieten eine Lösung für den ihnen bewussten Widerspruchs zwischen einem kollektivem „Transformationsprojekt“ und dem Individuum im Fokus und Zentrum unserer Gesellschaften: Das Individuum lebt mit anderen in einer solidarischen menschlichen Gesellschaft und bestimmt die Formen

---

[94] Robert Hue, Communisme, La Mutation, Paris 1995, S. 201.

[95] Vgl. Gregor Gysi, Ende der Geschichte? archiv2007.sozialisten.de/politik/themen/positionspapiere/view_html?zid=35235&bs=1&n=0.

[96] Vgl. Avançar en la Societat de la Informació i del Coneixement. In: Programa Marc Eleccions Municipals 2007, www.iniciativa.cat/.

seiner sozialen und gesellschaftlichen Kontakte selbst. Das Transformationsprojekt des 21. Jahrhunderts bietet jedem Menschen die Möglichkeit, politisch, moralisch und ökonomisch zu handeln. Jede und jeder kann jeden Aspekt seines/ihres Lebens selbst bestimmen: Arbeit, Wohnen, Sexualität, neue Rechte und Pflichten, usw. Mit dem Vorschlag der schrittweisen Transformation der Gesellschaft will der moderne Kommunismus/demokratische Sozialismus die Antwort auf die Wirklichkeit des Strebens nach Individualität sein. Die „neue" Politik der Reformer ist also im Wesentlichen eine Methode der (Wieder)Aneignung von Macht und Einfluss, derer der einzelne Bürger durch den Kapitalismus beraubt worden ist.

Reformorientierte Parteien sind zutiefst antikapitalistisch. Dies unterscheidet sie klar von der Sozialdemokratie, die nach Ansicht der Reformer innerhalb des kapitalistischen Systems handelt und versucht, seine Zerstörungen zu „begrenzen" und seine Exzesse „auszugleichen".[97] Deshalb lautet die Losung der Partei: Zuerst kommt der Mensch, dann das Kapital; menschliche Entwicklung statt finanzieller Profite. Die Sozialdemokratie, die stärkste linke Kraft, kann keine strikt antikapitalistische Linie mehr vertreten. Aber dank gemeinsamer Ideale und Werte handeln die Reformer innerhalb eines „konstruktiven Pluralismus" als Symbol der kritischen Solidarität innerhalb der linken Mehrheit. Die reformorientierten Parteien sind auch ökologisch ausgerichtet, denn sie sehen in der Ökologie einen Gegenpol zur Logik kapitalistischer Profite.[98] Deshalb verfolgen sie eine ergänzende Strategie der Kooperation mit ökologischen Bewegungen und Netzwerken in ihren jeweiligen politischen Systemen.

Die Reformer haben ihr Konzept der kritischen Solidarität mit offensiven Inhalten angefüllt, insbesondere mit der Strategie "Druck von links". Die

---

[97] Vgl. Michael Waller/Bruno Coppieters/Kris Deschouwer, Social Democracy in a Post- communist Europe, Ilford, Essex 1994.

[98] Vgl. Die Umwelt schützen statt den Kapitalismus, http://www.pda.ch/_wirwollen/wahlen07.php; 2. Beter delen, http://www.sp.nl/2006/programma/beter_delen.shtml; Agir pour préserver la planète, www.pcf.fr/spip.php?article253; Placer l'écologie au coeur du developpement, www.pcf.fr/spip.php?article1246; 7. Beter groen, http://www.sp.nl/2006/programma/beter_groen.shtml; C) Desarrollo Sostenible. In: Propuesta de ejes programáticos, www1.izquierda-unida.es/#.

reformorientierten Parteien sehen im Tempo der zu treffenden Maßnahmen kein grundlegendes Problem. Der Schlüssel ist vielmehr ihr Effekt, ihre „Radikalität“ im echten Sinn des Wortes: Die Parteien wollen an die Wurzel des Übels vordringen, also direkt an die Strukturen des Kapitalismus. Die „Reformer“ erinnern Sozialisten/Sozialdemokraten, dass sie Gefahr laufen, linke Wähler durch ihre aktuelle Politik zu enttäuschen. In der französischen Sozialistischen Partei, der SPD oder der SPÖ entdecken sie vom Liberalismus inspirierte Entwicklungen. Sie bestehen darauf, dass authentische linke Politik nicht machtlos gegenüber „Märkten“, „ökonomischen Notwendigkeiten und Zwängen“ oder der „Globalisierung“ sein darf.[99]

Aber selbst im Kontext des für die kapitalistischen Gesellschaften so charakteristischen kollektiven Individualismus müssen diese Parteien “Gemeinschaft” und Ersatzfamilie bleiben. Dies gilt insbesondere für die noch bestehenden linken oder kommunistischen Milieus. An anderer Stelle müssen sie einen kulturellen und kommunikativen Krieg gegen alle Seiten führen (Gramscismus). Und schließlich müssen sie möglichst unauffällig die Kontrolle über die sozialen Bewegungen gewinnen. Robert Hue schrieb: Es „ist die Aufgabe der Kommunisten …, dafür zu sorgen, dass die sozialen Bewegungen nicht nur ihre Unzufriedenheit und Ungeduld zum Ausdruck bringen …, sondern Lösungen anzubieten, für welche die Regierung verantwortlich ist.“[100] An diesem Punkt wird eines klar: Bündnisse, die Gruppen wie ATTAC oder ihnen nahestehenden Einzelpersonen offeriert werden, sollen nur den Interessen der Kommunisten und Postkommunisten dienen.

---

[99] Vgl. Globalizace a sociální hnutí. In: Programový dokument SDS schválený VII. sjezdem SDSv Jihlavě 22. listopadu 2003, www.sds.cz/storage/mds.doc.

[100] Robert Hue, Communisme. Un nouveau projet, Paris 1999, S. 37. (Übersetzung d. Verf.)

4.3 Das historische Erbe aus westlicher Sicht: "Lenins Leiche im Keller"

Das Verhältnis der KPen zur Geschichte im Allgemeinen und zu derjenigen der kommunistischen Bewegung und zum "real existierenden Sozialismus" im Besonderen ist ein fundamentales Element ihrer Identität.[101] Bei allen Unterschieden im Detail zwischen den Parteien kann man drei Ansätze unterscheiden: Die traditionalistischen/orthodoxen kommunistischen Parteien und die trotzkistischen und maoistischen Gruppierungen verteidigen die kommunistische Ideologie sowie die Rolle der Partei und ihrer Führer. Dabei bleibt Lenin der unumstrittene Gründungsvater. Abgesehen von den trotzkistischen Organisationen kritisieren sie zwar Stalin wegen seiner Exzesse, betrachten aber angesichts des Sieges über Nazi-Deutschland und der Modernisierung der Sowjetunion die Gesamtbilanz als „positiv". Der poststalinistische Aufbau des Sozialismus gilt zwar als durch Fehler beschädigt, bleibt aber dennoch das Referenzmodell für die Zukunft. Dagegen gehören die rotgrünen Formationen eindeutig zum antitotalitären Lager. Sie kritisieren Stalin und verurteilen den real existierenden Sozialismus als historischen Fehlschlag, und zwar ökonomisch wie sozial. Seine Niederlage hat ihre Wurzeln schon im leninistischen Konzept von Staat und Machtausübung.

Reformkommunistische und postkommunistische Formationen machen Anleihen bei beiden Denkschulen, so gegensätzlich sie auch sein mögen. Ihre komplexe historische Reflexion ist einer doppelten strategischen Notwendigkeit geschuldet: Nach dem Verschwinden der UdSSR mussten sie zunächst ihre Organisationen und ihr Elektorat stabilisieren. In der nächsten Phase war es die Vorstellung, sich (wieder) sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien so weit anzunähern, um politische und Wahlbündnisse (wieder) zu ermöglichen.[102] Der Prozess der Historisierung des Kommunismus begann vor der Veröffentlichung des „Schwarzbuches des Kommunismus". Aber

---

[101] Vgl. Entre aspiration humaine et tragédies de l'Histoire, www.pcf.fr/spip.php?article66&var_recherche=stalinisme.

[102] Vgl. Wie hält DIE LINKE es mit ihrer Geschichte? die-linke.de/partei/geschichte/fragen_und_antworten_zur_auseinandersetzung_mit_der_geschichte/2_wie_haelt_die_linke_es_mit_ihrer_geschichte/.

dieses Buch hat die Entwicklung beschleunigt.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte geht teilweise bis 1990 zurück. In der zerfallenden PCI hatte eine Debatte über die eurokommunistische Phase der 1970er Jahre begonnen. Die Gorbatschowsche Krise der späten 1980er Jahre hatte im PCF kommunistische und ex-kommunistische Historiker die Vergangenheit in Frage stellen lassen. Aber der wirkliche Bruch kam mit dem Ende der UdSSR und dem Verschwinden der Strukturen, die auf die Produktion der „Geschichte der Arbeiterklasse" spezialisiert waren. Die Zeugnisse über kommunistische Praktiken und die Öffnung der ersten Archive machten die Leugnung der Verbrechen des Sowjetkommunismus unmöglich. Jede kommunistische oder postkommunistische Partei musste sie eingestehen. Das Problem waren die starken Strömungen, die der „glorreichen Vergangenheit des Kommunismus" nachtrauerten – sowohl innerhalb der Parteien als auch bei ihren Wählern.

Je nach ihrer politischen Stärke in ihren jeweiligen Gesellschaften bedienen sich die Parteien unterschiedlicher semantischer Floskeln. 1990 ist die PDS schwach und isoliert, während der PCF bei Wahlen stark und von der demokratischen Linken als politischer Partner akzeptiert ist. Beide Parteien „brechen" mehr oder weniger öffentlich mit bestimmten Aspekten der Vergangenheit. Die Exekution von nach Moskau geflohenen Kadern, die Säuberungen und Stalins Verbrechen werden verurteilt; jede „Rückkehr zur stalinistischen Praxis" wird für unvereinbar mit der Identität der Parteien erklärt.[103] Dennoch lehnen PDS, PCF, Rifondazione und praktisch jede andere KP den Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" beispielsweise für die verheerende Hungersnot in der Ukraine ab. Diese gilt ihnen als Folge des Bürgerkriegs und keineswegs als geplante Vernichtung der Bauern. Die Ausmerzung der „bourgeoisen" Eliten bei der Durchsetzung der kommunistischen Macht im Osten wird als Akt der Selbstverteidigung zur Abwehr einer Konterrevolution oder als Liquidierung faschistischer „Kolla-

[103]Vgl. Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!
Rede von Prof. Dr. Michael Schumann,
http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html?zid=3375;
Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit,
http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html?zid=3340.

borateure“ dargestellt. Konzentrationslager wie Buchenwald, wo Sozialdemokraten nach 1945 inhaftiert wurden, werden bis heute als Lager voller Nazis präsentiert. Der „Große Vaterländische Krieg“ und der Sieg über den Nationalsozialismus gelten noch immer als eines der wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte.[104]

Andere intellektuelle Schlachten werden begonnen und bis heute geschlagen: die Verteidigung von Marx und die Rettung des Leninismus. Kritiker des Kommunismus werden des Revisionismus beschuldigt. In einer Erklärung zu einer Resolution des Europarates, die die Verbrechen der kommunistischen Regime verurteilt, stellt Mikis Theodorakis am 27. Dezember 2005 fest: „Der Europarat hat beschlossen, die Geschichte umzuschreiben. Sie zu entstellen durch Gleichsetzung der Opfer mit den Aggressoren, der Helden mit den Verbrechern, der Befreier mit den Eroberern und der Kommunisten mit den Nazis. … Im Namen meiner gefallenen kommunistischen Genossen, derer, die die Gestapo kennengelernt haben, die Todeslager und die Hinrichtungsplätze erduldet haben, um den Nazismus auszulöschen und die Freiheit zum Sieg zu führen, habe ich diesen ‚Herren’ lediglich ein Wort zu sagen: Schande!“[105]

Trotz des beschriebenen Widerstandes gegenüber der Auseinandersetzung der Kommunisten und Postkommunisten mit der Vergangenheit hat sich eine gemeinsame Position von KPen, Sozialisten und (teilweise) Sozialdemokraten entwickelt: Das sowjetische Lager wird der Perversion der kommunistischen Ideale beschuldigt.[106] Im westlichen demokratischen Lager dagegen gelten diese Ideale als grundlegende Prinzipen und Fundamente einer ehrenhaften Einstellung, als eine Art von radikalem Humanismus. Die kommunistische Utopie wurde von den kommunistischen Intellektuellen in den 1990er Jahren oft mit dem Christentum verglichen. Sie galt als

---

[104]Vgl. Československo za stalinismu (1948-1953), http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2007053001; The Bronze Soldier wears European values, www.esdtp.ee/inglise/statute.htm.

[105]Zitiert nach: http://www.kommunisten.ch/index.php?article_id=361

[106]Vgl. Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU, http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html?zid=31685.

Eschatologie, die das neue politische Projekt einer „zu erobernden Welt“ unterstützte. Sozialisten und Kommunisten eint angeblich das Ziel, eine neue Demokratie zu errichten, die den aktuellen Wandel berücksichtigen und eine neue kollektive Gerechtigkeit schaffen wird. Der marxistische Philosoph Alain Badiou schrieb 2007: “Kommunismus ist eine Idee, die im Platonischen Sinne unzerstörbar ist. Die bloße Tatsache des Verzichtes auf die Utopie einer gleichen und kollektiven Gesellschaft, die den Staat abschafft, ist unverstellbar, ohne zum Komplizen der ungleichen Gewalt des kapitalistischen Systems zu werden.”[107] Diese Friedensbotschaft der Kommunisten und Postkommunisten wurde von der demokratischen Linken schnell akzeptiert, die auf der Suche nach politischen Bündnispartnern zur Übernahme oder zum Erhalt der Macht, wie z.B. in Frankreich oder Italien, war.

5. Die Europawahlen 2009

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 reichen nicht für eine genaue Überprüfung der Stärke des Kommunismus in Europa aus, denn die Parteien aus den Nicht-EU-Mitgliedsländern erscheinen nicht auf der Liste der Wahlergebnisse:

Tabelle: Ergebnisse der Europawahlen 2009 (vereinfachte Tabelle)

	Parteien	%	Abg.
Belgien	Partij van de Arbeid	1,33	0
	Parti du travail de Belgique	0,61	0
Bulgarien	Партия на Българските комунисти : Partei der Bulgarischen Kommunisten	2,26	0
Tschechische Republik	Komunistická strana Čech a Moravy	14,18	4
Dänemark	Socialistisk Folkeparti	15,4	2
Deutschland	Die Linke	7,5	8
Estland	-		0
Irland	-		0

[107] Alain Badiou, De quoi Sarkozy a-t-il le nom?, Paris 2007, S. 123.

Griechenland	Communist Party of Greece / Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας	8,35	2
	SY.RIZ.A./ΣΥ.ΡΙΖ.Α. : Coalition of the Radical Left (Renewd Communist Ecological Left, Internationalistic Labor Left, Communist Organization of Greece, Coalition of the Left of the Movements and of the Ecology) / Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς (Ανανεωτική Κομμουνιστική και Οικολογική Αριστερά, Διεθνιστική Εργατική Αριστερά, Κομμουνιστική Οργάνωση Ελλάδας, Συνασπισμός της Αριστεράς των Κινημάτων και της Οικολογίας)	4,7	1
Spanien	Izquierda Unida-Iniciativa per Catalunya Verdes-Esquerra Unida i Alternativa-bloque por Asturies: la Izquierda	3,73	2
Frankreich	Nouveau Parti Anticapitaliste	4,9	
	Front de gauche pour changer d'Europe: PG, PCF, Gauche Unitaire, Gauche Alternative, ADS, GU	6,0	4
Italien	Partito della Rifondazione Comunista, Partito dei Comunisti Italiani, Socialismo 2000, Consumatori Uniti	3,37	0
Zypern	AKEL/ΑΚΕΛ : Anorthotikon Komma Ergazemenou Laou / ΑΚΕΛ - Αριστερά - Νέες Δυνάμεις	34,9	2
Lettland	Latvijas Socialdemokratiska Stradnieku Partija	3,8	0
Litauen	-		0
Luxemburg	Kommunistesch Partei Lëtzebuerg	1,54	0
	déi Lénk	3,41	0
Ungarn	Magyar Kommunista Munkáspárt	0,96	0
Malta	-		0

Niederlande	GroenLinks	8,9	3
Österreich	Kommunistische Partei Österreichs - Europäische Linke	0,66	0
Polen	-		0
Portugal	CDU - Coligacão Democrática Unitária - PCP - PEV	10,66	3
	BLOCO de ESQUERDA	10,73	2
Rumänien	-		0
Slowenien	-		0
Slowakei	Komunistická strana Slovenska	1,65	0
Finnland	Vasemmistoliitto r.p. / Vänsterförbundet r.p.	5,9	
Schweden	Vänsterpartiet	5,66	1
Vereinigtes Königreich	Sinn Féin (Nord-Irland)	26,4 (0,78)	1

Vorläufiges Ergebnis, Stand 1. Juli 2009

Allgemein bestätigen die vorstehenden Ergebnisse den bis 2008 in ganz Europa feststellbaren Trend. In einigen Ländern bleiben die KPen und postkommunistischen Gruppierungen stark: in Zypern und Tschechien, auf niedrigerem Niveau auch in Griechenland, Finnland, Schweden, den Niederlanden und Dänemark. In Frankreich ist es dem PCF im Rahmen der „Front de gauche“ (Linksfront) gelungen, seinen Niedergang zu stoppen, während in Italien das Bündnis aus PRC mit diversen Gruppierungen gescheitert ist.

Das Wahlergebnis schwächt auch die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke - KVEL/ NGL. Nach dem vorläufigen Ergebnis vom 9. Juni 2009 erhielt sie 4,3 Prozent der abgegebenen Stimmen in Europa und wird 32 Abgeordnete stellen (Tschechien 4; Dänemark 1; Deutschland 8; Griechenland 3; Spanien 1; Frankreich 4; Zypern 2; Niederlande 2; Portugal 5; Schweden 1; Großbritannien 1). Die extreme Rechte wird als eine der Hauptkonkurrentinnen der KPen und postkommunistischen Parteien und Gruppierungen in Europa bestätigt. Sie gewinnt in der „Unterschicht“ und bei den Arbeitern. Eher überraschend ist der Durchbruch der grünen Parteien. Es scheint, als hätten die Wähler sie mit

einer radikalen, aber nicht extremistischen Kritik des Kapitalismus betraut. So entstehen (neue) Hindernisse für die mögliche Verstärkung des (Post)Kommunismus in Europa.

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Markus "Mischa" Wolf war der Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, des Auslandsnachrichtendienstes des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Nach 1990 gehörte er zu den einflussreichsten Persönlichkeiten im Umfeld der PDS. Sein Ausspruch „Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen." zeigt, dass zumindest ein Teil der Kommunisten/Postkommunisten die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, den Lauf der Geschichte eines Tages zu ändern. Am Ende dieser Veröffentlichung muss diese Hypothese hinterfragt werden. Der zentrale Fokus muss auf der kommunistischen Idee im 21. Jahrhundert liegen.

Der Niedergang des "real existierenden Sozialismus" in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und ihrer Satelliten, die Krise des Sozialismus und sein Wandel in Asien, Afrika und Lateinamerika beeinträchtige die Entwicklung all derjenigen Parteien in Europa stark, die sich zumindest zeitweise an den unterschiedlichen „Zentren der Weltrevolution" ausgerichtet hatten. Aber dies implizierte keineswegs das unausweichliche historische Ende einer Idee, deren „politisch-religiöser" Kern[108] auch künftig Menschen faszinieren mag. Sie könnten von der Idee der „Erlösung" der Menschheit in dieser Welt durch diverse Formen gemeinschaftlichen Eigentums und Besitzes angezogen werden.

Die Programme der kommunistischen und postkommunistischen Parteien

---

[108]Zum Konzept der politischen Religionen vgl. Gerhard Besier/Hermann Lübbe (Hrsg.), Politische Religion und Religionskritik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit, Göttingen 2005; David Bosshart, Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik, Berlin 1992, S. 112-126; Hans Maier, ‚Politische Religionen' – Möglichkeiten und Grenzen eines Begriffs, in: Hans Maier/Michael Schäfer (Hrsg.), Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Band 2, Paderborn 1997, S. 299-310; Jean-Pierre Sironneau, Sécularisation et religions politiques, Den Haag 1982.

und die Äußerungen eines Teils der altermondialistischen Strömung zeigen, dass kein Mangel herrscht an Anstrengungen zur Wiedererschaffung einer neuen intellektuellen Grundlage des Kommunismus. Sie greifen zurück auf marxistische und vormarxistische Traditionen und versuchen, aus den „Irrtümern" des von Moskau geprägten Marxismus-Leninismus zu lernen. Neomarxisten interpretieren die Hauptdoktrin neu und beziehen sich teilweise auf Theoretiker wie Pierre-Joseph Proudhon, den „jungen Marx", Rosa Luxemburg, Michel Foucault oder Gilles Deleuze. So wollen sie den Historischen Materialismus retten und gleichzeitig mit der Ideologie der revolutionären Gewalt und des revolutionären Terrors brechen.[109] Für viele von ihnen sind die sozialen Bewegungen noch immer das bevorzugte Subjekt revolutionären Wandels. Andere jedoch hängen dem marxistischen Philosophen Antonio Negri und seiner innovativen Theorie der Revolution an. Negri hat eine neue Triebkraft des Wandels entdeckt, die „Multitude" der ausgeschlossenen, besitzlosen und entrechteten Massen, hervorgebracht von der globalen Migration.[110] Dazu haben die Erscheinung der unipolaren Welt und die „imperiale" Haltung der USA den überholt und abgenutzt scheinenden „antiimperialistischen" Argumenten neue Glaubwürdigkeit verliehen.

Sie werden unterstützt von jenen, die anarchistische und sowjetkommunistische Ideen aufnehmen und die Auflösung aller "repressiven" Strukturen durch die Spontaneität der revoltierenden Massen propagieren. Wie der Engländer John Holloway oder der Franzose José Bové lassen sie sich von dem ländlichen Widerstand der neozapatistischen Guerilla und ihres Subkommandanten Marco in Mexiko inspirieren.[111] Viele von ihnen hoffen auf die „Bolivarische Revolution" von Hugo Chavez, autoritär-populistischer venezolanischer Präsident seit 1990, und auf den von ihm propagierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts". In den Medien wird er von Fidel Castro unterstützt, dem schwer kranken kubanischen Revolutionsführer.

---

[109]Vgl. Yolène Dilas-Rocherieux, NéoCommunisme, in: Stéphane Courtois (Hrsg.), Dictionnaire du Communisme, Paris 2007, S. 406-408.

[110]Vgl. Michael Hardt/Antonio Negri, Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Franfurt a.M. u.a. 2004.

[111]Vgl. REDaktion (Hrsg.): Chiapas und die Internationale der Hoffnung, Köln 1997.

Neben der Vitalität des Marxismus[112] müssen weitere Parameter berücksichtigt werden. Tatsächlich hängt der mögliche Fortschritt der Befürworter neokommunistischer radikaler Lösungen in Europa von der Fähigkeit der demokratisch gewählten Regierungen ab, die Herausforderungen einer globalisierten Ökonomie zu bewältigen und die sozialen Sicherungssysteme so zu modernisieren, dass sie sowohl die Anforderungen an ihre wirtschaftliche Effizienz als auch an die Solidarität mit den Schwachen und Bedürftigen in der Gesellschaft erfüllen.

Die Bedingungen unterscheiden sich zwischen den politischen Systemen. Die Lage der postkommunistischen und reformorientierten Parteien in Europa zeigt, dass die Strategie des „Drucks von links“ völlig verschiedene Wahlergebnisse zeitigen kann.

Wie wir analysiert haben, ist der PCF dabei, sich aufzulösen. Er hofft auf Rettung durch die „Front de gauche“ („Linksfront“), einer nach dem Modell der deutschen Partei „Die Linke“ konzipierten Bewegung. „Rifondazione Comunista“ hat mit seiner Strategie eines Bündnisses mit den Grünen eine historische Niederlage erlitten. Viele Industriearbeiter in Norditalien wandten sich der „Lega Nord“ zu. Dieser Trend hat sich bei den Europawahlen 2009 bestätigt. In den Niederlanden ist die Situation völlig anders. Die aus der niederländischen kommunistischen Bewegung hervorgegangene „Socialistische Partij“ eilt von Erfolg zu Erfolg. 2003 hatte sie 6,3 Prozent der Stimmen erhalten, 2006 steigerte sie ihren Anteil auf 16,6 Prozent. Auch Die Linke in Deutschland ist bei Landtagswahlen immer erfolgreicher.[113]

Die Programme aller Formationen (PCF, PRC-Regenbogen, SP, Die Linke) sind in vieler Hinsicht gleich: Den Kern ihrer Identität bilden Gleichheit, Antikapitalismus und die Ablehnung der neoliberalen Globalisierung, Antiimperialismus, Antirassismus und Antifaschismus. Mit denselben ideologischen Elementen kann man Wähler überzeugen – oder auch nicht. Das gilt fast überall in Europa, nur Russland und Belarus verharren in der Phase des Aufbaus eines autoritären Systems, das sehr wenig mit konstitutionellen

---

[112] Vgl. Martin, Randy, On your Marx. Relinking socialism and the Left, Linneapolis, London 2002.

[113] Vgl. Moreau (Anm. 74).

demokratischen Modellen gemein hat.

Kann man eine Prognose wagen? Die Zukunft des europäischen Kommunismus/Postkommunismus ist alles andere als sicher. Seine politischen Strömungen werden möglicherweise verstärkt durch eine Reihe wichtiger Parteien aus neuen EU-Mitgliedern. Sie werden zweifellos eine Rolle beim Aufbau Europas spielen, sowohl im Europäischen Parlament, als auch in anderen europäischen Institutionen. Die sich stetig verbessernde Struktur der internationalen Zusammenarbeit und Kommunikation (die KVEL/NGL-Fraktion, die Europäische Linke) ist ein wichtiger Aktivposten. Die Europawahlen 2009 haben auch gezeigt, dass dem Europäischen Kommunismus/Postkommunismus zunehmende Konkurrenz erwächst durch rechtsextreme und rechtspopulistische sowie grüne Parteien.

Den positiven Faktoren stehen nicht wenige negative Aspekte gegenüber: Die Parteien sind überaltert. Sie sind nicht attraktiv für junge Leute, die in Strukturen wie ATTAC viel geeignetere Instrumente sehen, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die traditionellen Milieus, welche die kommunistische Identität lange geprägt haben, lösen sich immer schneller auf. Die Arbeiterklasse ist nur noch ein soziologischer Mythos. Ihre Wähler wenden sich von den kommunistischen Parteien ab und hin zu anderen Protestformationen. Die populistische extreme Rechte hat inzwischen einen proletarischen Charakter; Anarchisten, Anarchokommunisten und Trotzkisten sind auf die politische Bühne zurückgekehrt und verzeichnen in manchen Ländern einen gewissen Wahlerfolg.

Soziologisch gesehen, gehören die altermondialistischen Bewegungen zu den neuen sozialen Bewegungen. Ihre wachsende Konkurrenz behindert auch die Erholung der kommunistischen/postkommunistischen Parteien. Die meisten von ihnen genesen nur sehr langsam von dem Niedergang und Ruin des real existierenden Sozialismus.

In den Parteien, ob reformorientiert oder nicht, tobt der Kampf zwischen Traditionalisten und Reformern. Die Traditionalisten sehen im leninistischen Modell die einzige Zukunft des Kommunismus. Die Reformer wissen, dass das Bündnis mit Sozialdemokraten absolut notwendig ist, um die Glaubwürdigkeit der Partei zu erhöhen und ihr den Status und die Position einer „Regierungspartei“ zu geben. Für beide Strategien müssen die KPen einen

hohen Preis zahlen: Der Leninismus mit seiner Fixierung auf eine neue Oktoberrevolution inspiriert die Menschen nicht mehr zu Träumen. Die Politik des Konsenses mit dem „sozialdemokratischen und sozialistischen Feind“ dagegen lässt die auf Reform gerichtete kommunistische Identität unscharf werden.[114] Andere Akteure – extreme Linke, extreme Rechte und die altermondialistische Bewegung - haben von der Strategie der “Pole der Radikalität” profitiert. Es gibt keinen Königsweg für die kommunistischen/ postkommunistischen Parteien in Europa. Sie sind nur eine Gruppe von vielen in einer sich wandelnden pluralistischen Linken. Auf den Punkt gebracht: „Das letzte Wort“ – der nicht mehr aufhaltbare Niedergang der kommunistischen Bewegung - könnte durchaus gesprochen sein. Voraussetzung hierfür ist, dass die demokratischen Kräfte in Europa den Wettbewerb der Ideen gewinnen und die Probleme des sozioökonomischen Wandels, der Globalisierung, sowie der demographischen und klimatischen Herausforderungen mit Reformen überwinden.

[114]Vgl. Dubravka Juraga/Keith M. Booker, Socialist Cultures East and West. A Post-Cold War Reassessment, Westport, Conn. 2002.

Antisemitismus im Islamismus

Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen

Olaf Farschid

1. Einleitung und Fragestellung

1.1 Die Debatte um den „neuen Antisemitismus“

Im Januar 2003 untersagte der Bundesminister des Innern der islamistischen „Hizb al-Tahrir al-islami“ („Partei der islamischen Befreiung, HuT) wegen der Verneinung des Existenzrechts Israels sowie massiver judenfeindlicher Hetze jegliche politische Betätigung. 2002 und 2003 häuften sich Berichte über eine Zunahme antisemitischer Äußerungen und Straftaten von „Muslimen“ in einigen europäischen Ländern.[1] Spätestens seit diesem Zeitpunkt gibt es in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine Debatte um die Existenz eines „neuen Antisemitismus“, der nicht mehr vorwiegend dem rechtsextremistischen Spektrum entspringt, sondern auf „muslimische“ Akteure zurückgeht und den man deshalb als „muslimischen Antisemitismus“[2] oder „islamischen Antisemitismus“[3] bezeichnet. Diskutiert wird unter anderem, ob Antisemitismus nicht ein Wesensmerkmal des Islam sei, ob „die Muslime“ nicht generell antisemitisch geprägt seien und ob ihr Denken und politisches Handeln nicht vor allem auf Antisemitismus zurückgingen. In der äußerst vielschichtigen und kontroversen Debatte um den „neuen Antisemitismus“ lassen sich drei, teilweise überlagernde Themenstränge identifizieren:

Erstens geht es um die Frage, inwieweit die in der muslimischen Welt verortete und auch unter muslimischen Migranten in einigen europäischen Staaten festgestellte Antisemitismus-Form auf den Islam zurückgeht oder ob

---

[1] Zu den vorliegenden Studien und zur Frage der Empirie der Identifikation von „neuen Trägerschichten“, vgl. Werner Bergmann, Alter Hass in neuen Kleidern, in: Der Tagesspiegel vom 23. Mai 2005.

[2] Vgl. Robert S. Wistrich, Muslim Anti-Semitism. A Clear and Present Danger, New York 2002.

[3] Vgl. Matthias Küntzel, Islamischer Antisemitismus und deutsche Politik, Münster 2008.

es sich um eine europäischen Antisemitismus-Diskursen entlehnte und in der Neuzeit „islamisierte“ Variante handelt. In dieser Frage differieren die Meinungen deutlich: So sieht ein Teil der Autoren das Phänomen des Antisemitismus vor allem in der Religion des Islam und dessen Frühphase begründet, identifiziert etwa bereits im Koran Grundzüge für Antisemitismus [4] oder führt die Verbreitung antisemitischer Denkmuster in der muslimischen Welt vor allem auf die historische Verbindung von Nationalsozialismus und frühen Islamisten zurück.[5]

Andere favorisieren die These des aus europäischen Diskursen in die muslimische Welt importierten Antisemitismus.[6] Hierauf würden zum einen der Gebrauch identischer antisemitischer Stereotype (etwa die vom zaristischen Geheimdienst gefälschten und ab 1897 systematisch verbreiteten „Protokolle der Weisen von Zion“)[7] ebenso hinweisen wie der Umstand, dass diese – lange vor Virulenz des Islamismus in den 1970er Jahren – bereits im säkular orientierten pan-arabischen Nationalismus der 1950er Jahre eine Rolle spielten und dies bis heute tun.[8] Daher werden Begriffe wie „muslimischer Antisemitismus“ oder „islamischer Antisemitismus“ als unzutreffend abgelehnt und die heutzutage in muslimisch geprägten Gesellschaften, aber auch in einigen europäischen Ländern vorzufindenden Antisemitismus-

---

[4] Vgl. Hans-Peter Raddatz, Allah und die Juden. Die islamische Renaissance des Antisemitismus, Berlin 2007.

[5] Vgl. Matthias Küntzel, Von Hitler zu bin Laden, in: Der Tagesspiegel vom 25. November 2007; ders., Dschihad und Judenhaß, in: Jüdische Allgemeine vom 2. Januar 2003.

[6] Vgl. Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002.

[7] Vgl. Michael Kiefer, Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus?, in: Die Welt des Islams (2006) Nr. 3, S. 277-306, hier S. 285. Zu den ersten Übersetzungen, zur massenwirksamen Verbreitung sowie zur Kombination der „Protokolle der Weisen von Zion“ mit religiösen Quellen des Islam, vgl. ebenda, S. 294f. und 301f.

[8] Hierfür steht exemplarisch die – etwa den jüdischen Ritualmordvorwurf bemühende – Hetzschrift von Mustafa Tlas, 1972-2004 Verteidigungsminister des säkularen Ba’ath-Regimes in Syrien, vgl. Wistrich (Anm. 2), S. 13f.

Formen als „islamisierter Antisemitismus“ bezeichnet.[9]

In einem zweiten Themenstrang diskutiert man darüber hinaus, ob dieser „neue Antisemitismus“ in Struktur und Inhalt tatsächlich eine neuartige Antisemitismus-Form darstellt. Diesbezüglich vertritt ein Teil der Autoren die Auffassung, dass das Auftauchen neuer, als „Muslime“ identifizierter Träger von Antisemitismus sowie die Zunahme antisemitischer Äußerungen und Straftaten die Bezeichnung „neuer Antisemitismus“ rechtfertigt.[10] Andere weisen die Existenz eines „neuen Antisemitismus“ mit der Begründung zurück, dass dessen Strukturen nicht neuartig sind, sondern in weiten Teilen Reproduktionen europäischer Diskurse darstellen, die in den 1950er Jahren in muslimisch geprägten Staaten massenwirksam verbreitet und ab den 1970er Jahren teilweise in einen neuen – sich nun islamisch legitimierenden – Kontext gestellt wurden.[11] Dies gelte insbesondere für den „eliminatorischen Antisemitismus“ und den als Antizionismus verbrämten Antisemitismus („kaschierter Antisemitismus“), die – wie etwa das Merkmal der Täter-Opfer-Umkehr – bereits von der stalinistischen Sowjetunion gezielt verbreitet worden waren.[12] Insofern sei der sowohl von arabischen Nationalisten in den 1950er Jahren als auch von neuzeitlichen islamistischen Gruppen vorzufindende „islamisierte Antisemitismus“ fast ausnahmslos eine Reproduktion des in Europa vorherrschenden Antisemitismus. Hauptmerkmal des „islamisierten Antisemitismus“, insbesondere des „islamistischen Antisemitismus“ sei im übrigen nicht dessen (pseudo-) religiöse Legitimation, sondern der Umstand, dass der imaginierten „’jüdischen Gefahr’ nicht alleine durch Gebet und rechten Glauben begegnet werden“ soll, „sondern durch politische

---

[9] Vgl. Klaus Holz, Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin 2005, S. 30-53, hier S. 33ff.; vgl. auch Kiefer (Anm. 7), S. 298, 306.

[10] Vgl. etwa Thomas Schmid, Der neue Antisemitismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Februar 2004.

[11] Vgl. Kiefer (Anm. 7), S. 298-300.

[12] Vgl. Holz (Anm. 9), S. 34.

Organisation und militärische Macht“.[13]

Ein dritter Debattenstrang schließlich betrifft die Verbreitung antisemitischer Vorstellungen unter Muslimen. Auch hier gehen die Auffassungen deutlich auseinander. Ein Teil der Autoren wertet den Umstand, dass etwa seit dem Ausbruch der so genannten al-Aqsa-Intifada 2000 antisemitische Äußerungen und Propaganda in einigen muslimisch geprägten Staaten zunahmen und antisemitische Straftaten in Frankreich, Schweden und den Niederlanden zu einem erheblichen Teil von muslimischen bzw. arabischen Migranten begangen wurden,[14] als Hinweis auf neue, tatsächlich aber altbekannte Formen von Antisemitismus.[15] Diesbezüglich wird konstatiert, dass antisemitische Stereotypenbildung und Propaganda zentralen Einfluss auf muslimische Zuwanderungsgesellschaften ausübten, denen gegenüber arabischstämmige Muslime affiner seien als Muslime türkischer Herkunft.[16] Andere Autoren bemängeln dagegen die schwachen empirischen Belege der Aussagen sowie deren Entkontextualisierung von politischen Konflikten[17] und ihren Kulminationspunkten.[18]

---

[13] Ebenda, S. 42.

[14] Vgl. Werner Bergmann/Juliane Wetzel, Manifestations of Anti-Semitism in the European Union. Synthesis Report On Behalf Of the EUMC, Wien 2003, S. 20 ff.

[15] Vgl. Werner Bergmann/Juliane Wetzel, Alter-neuer Antisemitismus, in: Die Welt 18. November 2003.

[16] Vgl. Juliane Wetzel: Antisemitismus und Holocaustleugnung als Denkmuster radikaler islamistischer Gruppierungen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland, 2004, S. 253-272, hier S. 253-255.

[17] Vgl. Alexander Flores, Judeophobia in Context: Anti-Semitism among Modern Palestinians, in: Die Welt des Islams 46 (2006), Nr. 3, S. 309-330.

[18] Vgl. Gudrun Krämer, Anti-Semitism in the Muslim World. A Critical Review, in: Die Welt des Islams 46, 2006, 3, S. 243-276, hier S. 245f.; vgl. Stefan Wild, Wie antisemitisch ist der Islam?, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-145/i.html (gelesen am 15. Mai 2008).

1.2 Die Definition von Antisemitismus und seiner Unterformen

Skeptiker des Begriffs „neuer Antisemitismus“ betonen, dass die Debatte vor allem die Immunisierung israelischer Politik gegen Kritik zum Ziel habe.[19] Andere bemängeln vor allem das Vorherrschen von Pauschalisierungen und mangelnden Differenzierungen sowie die Absenz klarer Definitionen der unterschiedlichen Antisemitismus-Formen, ein Umstand, der eine detaillierte Typologie dringend mache.[20] Einschlägige Definitionen[21] bestimmen Antisemitismus „als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit in diffamierender und diskriminierender Weise negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen ... Ihnen allen ist das pauschalisierende und stereotype Negativ-Bild von ‚dem Juden’ oder ‚der Juden’ eigen und handlungsleitend.“[22] Kurzgefasst steht Antisemitismus für Feindschaft gegenüber Juden, weil sie Juden sind.[23]

---

[19] Vgl. etwa Judith Butler, Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kritik, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/M. 2004., S. 60-92; vgl. auch Brian Klug, Antisemitisch oder Bösartig?, in: Die Welt vom 3. Mai 2005.

[20] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31/2007, S. 4-11.

[21] „Antisemitism is a persisting latent structure of hostile beliefs towards Jews as a collective manifested in individuals as attitudes, and in culture as myth, ideology, folklore and imagery, and in actions – social or legal discrimination, political mobilisation against the Jews, and collective or state violence – which results in and/or is designed to distance, displace, or destroy Jews as Jews.”; so Helen Fein, Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations and Actions, in: Dies. (Hrsg.), The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism, New York 1987, S. 67.

[22] Armin Pfahl-Traughber, Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung, in: Aufklärung und Kritik 14 (2007), Nr. 1, S. 49-58, hier S. 49.

[23] „Hostility towards Jews as Jews“, vgl. Brian Klug, The Collective Jew: Israel and the New Antisemitism, in: Patterns of Prejudice 37 (2003), Nr. 2, S. 5.

Typologisch lassen sich sechs unterschiedliche Formen von Antisemitismus identifizieren. Hierzu gehören erstens der religiöse Antisemitismus (z.B. Vorwürfe des „Gottesmords“ und „jüdischer Ritualmorde“), zweitens der soziale Antisemitismus (Vorwürfe des „Zinswuchers“ und der „Kontrolle der Finanzmärkte“) sowie drittens der politische Antisemitismus (Vorwürfe der „jüdischen Weltherrschaft“ bzw. „Weltverschwörung“). Zu nennen sind viertens der rassistische Antisemitismus (Zuschreibung rassenbiologischer Negativmerkmale), fünftens der sekundäre Antisemitismus (Holocaustleugnung aus Schuldabwehr oder wegen der Delegitimierung des Staates Israel) sowie sechstens der antizionistische Antisemitismus (Negierung des Existenzrechts Israels auf Basis antisemitischer Stereotype). Diese Ausformungen sind – mit Abstrichen für die rassistische Variante – sämtlich auch im so genannten „islamisierten Antisemitismus“ nachweisbar.[24]

Das Hauptmerkmal, das den „neuen Antisemitismus“ von älteren Formen des Antisemitismus unterscheidet, ist der Bezug auf die Rolle Israels im Nahostkonflikt, dessen Kern die Anfang des 20. Jahrhunderts entstandene Auseinandersetzung um das geographische Gebiet „Palästina“ bildet. So gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass der Ablehnung der Innen- und Außenpolitik Israels häufig antisemitische Stereotype zugrunde liegen, weshalb pauschalisierende Diffamierungen wie auch die Ablehnung des Existenzrechts des jüdischen Staates eindeutig als – lediglich als Antizionismus verbrämter – Antisemitismus zu werten sind.[25] Basiert Antizionismus auf antisemitischen Stereotypen, kann folglich von „antisemitisch konnotiertem Antizionismus“ gesprochen werden. Wird explizit die Vernichtung des Staates Israel propagiert, ist die Bezeichnung „eliminatorischer Antizionismus“ gerechtfertigt.[26] Kommt zusätzlich das Merkmal der Befürwortung einer weltweiten Tötung von Juden hinzu, handelt es sich um „eliminatorischen Antisemitismus“. Ein Teil der Autoren betont in diesem Zusammenhang, dass es auch eine von antisemitischen Motiven freie Israelkritik gibt, der keine pauschale Juden-

[24] Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 20), S. 4-11.

[25] Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 22), S. 50ff.

[26] Vgl. Klug (Anm. 23), S. 12.

feindschaft zugrunde liegt.[27]

Für die folgende Untersuchung sollen jene als „klassischer Antisemitismus“[28] bezeichneten Formen von Antisemitismus wie der religiöse, der soziale und der politische Antisemitismus sowie der sekundäre Antisemitismus auch auf Formen des „islamisierten“ – in diesem Falle sogar des „islamistisch“ motivierten – Antisemitismus angewandt werden. Da es hier weder um eine historische Rekonstruktion der Übernahme antisemitischer Stereotype in die muslimische Welt geht noch um eine Analyse antisemitischer Ideologiebildung bei Islamisten, sondern um die Identifikation und Bewertung von Antisemitismus-Formen, wie sie heutzutage islamistische Gruppen aufweisen, wird grundsätzlich von „islamistischem Antisemitismus“ die Rede sein. Als eine wichtige Unterform des Antisemitismus findet darüber hinaus der Begriff des Antizionismus Verwendung. Diesbezüglich wird untersucht, inwieweit islamistische Gruppen Formen eines antisemitisch konnotierten Antizionismus oder – im Falle der Propagierung der Vernichtung des Staates Israel – des „eliminatorischen Antizionismus“ bzw. des „eliminatorischen Antisemitismus“ aufweisen.

Hierzu werden vier Fragenstränge verfolgt: Erstens die Frage, welche Träger von Antisemitismus sich im Spektrum islamistischer Gruppen finden und was deren politische Agenden kennzeichnet. Zweitens geht es um aktuelle antisemitische Propaganda. Welche zentralen Themen lassen sich anhand von Originalaussagen bzw. -literatur identifizieren und inwiefern lassen sich diese bekannten Antisemitismus-Formen zuordnen? Drittens wird nach dem Verhältnis zwischen den festgestellten Antisemitismus-Formen und den Agenden der islamistischen Gruppen sowie deren Gewaltstrategien gefragt. Viertens geht es um eine Bewertung der Gefährlichkeit jener Antisemitismus-Formen, mittels derer einschlägige islamistische Gruppen die Vernichtung Israels und „der Juden“ nicht allein propagieren, sondern hierzu auch militärische und terroristische Mittel einsetzen.

---

[27] Vgl. ebenda, S. 11; Holz (Anm. 12), S. 43f.; Pfahl-Traughber (Anm. 22), S. 49, 52-54, 55-57; Avi Primor, Wie antisemitisch ist Europa?, in: Die Welt vom 4. Dezember 2003.

[28] Vgl. Klug (Anm. 23), S. 121.

2. Islamistischer Antisemitismus

2.1 Islamismus und Antisemitismus

Anders als im manchmal stark verallgemeinernden Diskurs zur Verbreitung von Antisemitismus unter „Muslimen“, lässt sich Antisemitismus bei islamistischen Gruppen eindeutig nachweisen. So verdeutlicht bereits ein oberflächlicher Blick auf die Agenden, dass Antisemitismus bei sämtlichen islamistischen Gruppen zum festen Bestandteil ihrer Ideologie gehört. Dies ist auch Gegenstand mehrerer detaillierter Untersuchungen.[29]

Diesbezüglich soll Islamismus als der Versuch politischer Bewegungen des 20. Jahrhunderts verstanden werden, den Islam zu ideologisieren und dort, wo dies möglich ist, eine islamistische Herrschaftsordnung zu errichten oder die Gesellschaft zu islamisieren. Islamisten begreifen den Islam insofern nicht allein als eine Religion, sondern als eine Herrschaftsideologie und als ein Gesellschaftssystem und versuchen ihre – erst seit den späten 1970er Jahren als Ideologie virulenten – Vorstellungen auf unterschiedliche Weise durchzusetzen.

Das wichtigste Kennzeichen islamistischer Ideologie[30] ist die Behauptung, dass der Islam nicht allein „Religion und Welt“ verkörpere, sondern darüber hinaus eine unteilbare Einheit von „Religion“ und „Politik“ bilde. Dem hier-

---

[29] Vgl. etwa Tania Puschnerat, Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 42-73; Armin Pfahl-Traughber, Der Ideologiebildungsprozess beim Judenhass der Islamisten. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des „Neuen Antisemitismus“, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, S.189-208; Claudia Dantschke, Islamistischer Antisemitismus, in: Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.), Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland, Bulletin Nr. 5, Berlin 2004, S. 24-34.

[30] Eine ausführliche Definition islamistischer Ideologie findet sich in: Olaf Farschid/Ekkehard Rudolph, Zeitgenössische Akteure der Muslimbruderschaft: Eine extremismustheoretische Analyse des legalistischen Islamismus, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.) Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung 1, 2008, S. 403-463, hier S. 406-409.

aus abgeleiteten politischen Anspruch, in Bilddarstellungen häufig mit Koran (für Religion) und Schwert (für Politik) symbolisiert, versuchen Islamisten mit dem – allerdings maximal 100 Jahre alten – Slogan, der Islam sei „Religion und Staat“ (Arabisch „al-islam din wa daula“), Nachdruck zu geben.

Typisch für den Islamismus ist ferner die Favorisierung frühislamischer und mittelalterlicher Herrschaftskonzepte – etwa ein Kalifat, verkörpert durch eine weltliche und zugleich religiöse Führungsperson. Darüber hinaus begreifen Islamisten die Scharia, die islamische Rechts- und Werteordnung, nicht allein als ein Recht, sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip und plädieren mit dem Schlagwort der „Anwendung der Scharia“ für eine vollständige Umsetzung der Bestimmungen des islamischen Rechts. Schließlich sind insbesondere gewaltorientierte Gruppen durch ein vorrangig militantes Verständnis des Jihad geprägt, indem Gewalt durch Bezüge auf den Jihad pseudoreligiös legitimiert und vorrangig auf die Bedeutung von Kampf und kriegerischer Handlung reduziert wird. Dies betrifft auch die Tendenz, den Jihad nicht wie im islamischen Recht fixiert – als eine vorrangig zum Zwecke der Verteidigung muslimischen Territoriums zulässige Methode aufzufassen.[31]

Trotz gemeinsamer ideologischer Merkmale folgen die islamistischen Gruppen keinem einheitlichen Konzept. Der Islamismus verkörpert vielmehr unterschiedliche Vorstellungen, die meist von den differierenden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Herkunftsländer bestimmt werden. Diese Bedingungen wie auch die – unterschiedliche bis konkurrierende Interessen widerspiegelnden – Agenden der islamistischen Gruppen erklären, warum Einige etwa Demokratie als vermeintlich unislamisch verketzern, während Andere am demokratischen Prozess teilnehmen und dies in Form der Ausübung des aktiven wie des passiven Wahlrechts bereits seit längerem unter Beweis stellen. Insofern lässt sich schwerlich von einem „Einheits-Islamismus“ sprechen. Abgesehen von den Netzwerken um „al-Qa’ida“

[31] Zum Jihad bei Islamisten vgl. Olaf Farschid, Islam als System. Grundzüge islamistischer Ideologie, in: Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens. Berlin 2005. S. 14-32, hier S. 28ff.

existiert auch nicht so etwas wie eine „islamistische Internationale“.[32]

2.2 Klassifizierung islamistischer Gruppen

Das wichtigste Merkmal der Unterscheidung der in Deutschland als verfassungsfeindlich eingestuften islamistischen Gruppen ist die Frage des Einsatzes von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Hier bestehen zwischen den Organisationen erhebliche Unterschiede. Das Spektrum reicht von der Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung bis zur pseudoreligiösen Legitimation von Terrorismus.

Zwei Hauptgruppen mit deutlich unterschiedlichen Agenden sind zu unterscheiden: Die erste und von der Anzahl her größte Kategorie bilden in Deutschland die nicht-gewaltorientierten Islamisten. Hierzu gehören Gruppen, die entweder nie gewaltorientiert waren (etwa die türkische „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş”, IGMG) oder die – häufig nach langen Phasen des Terrorismus – der Gewalt inzwischen abgeschworen haben (etwa die pan-arabische „Muslimbruderschaft“, MB). Diese nicht-gewaltorientierte Islamismus-Kategorie wird auch als „legalistischer Islamismus“ bezeichnet.

Die zweite Kategorie konstituieren die gewaltorientierten Islamisten, die sich wiederum in drei Unterkategorien einteilen lassen. Zur ersten Unterkategorie gehören Gruppen, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele zwar befürworten, selbst aber vorrangig nicht gewaltausübend agieren. Dies betrifft die in Deutschland seit Januar 2003 mit einem Betätigungsverbot belegte „Hizb al-Tahrir al-islami“ („Partei der islamischen Befreiung“, HuT) sowie die 2001 verbotene türkische Organisation „Kalifatsstaat“ (ICCB).[33]

Die zweite Unterkategorie bilden Gruppen, die terroristisch agieren, sich aber vorrangig auf den Nahen Osten beschränken.[34] Dies gilt etwa für die liba-

---

[32] Vgl. ebenda, S. 17.

[33] Die stark antisemitisch geprägte Organisation „Kalifatsstaat“ (ICCB) wird im Folgenden nicht behandelt.

[34] Eine Ausnahme bilden die der „Hizb Allah“ zugeschriebenen Anschläge vom 17. März 1993 auf die israelische Botschaft sowie am 18. Juli 1994 auf ein jüdisches Gemeindezentrum in Buenos Aires.

nesische „Hizb Allah“ (Partei Gottes“) und die palästinensische „Bewegung des Islamischen Widerstands“ (HAMAS). Die dritte Unterkategorie gewaltorientierter Islamisten konstituieren schließlich transnational agierende Terrornetzwerke. Hierzu gehört in erster Linie das Netzwerk „al-Qa’ida“ („die Basis“) unter der Führung von Usama Bin Ladin und seines Stellvertreters Aiman al-Zawahiri, von dem inzwischen regionale Zweige wie „al-Qa’ida im Irak“ oder „al-Qa’ida im islamischen Maghreb“ (AQM) existieren. Zu den transnational operierenden terroristischen Netzwerken, die sich die weltweite Bekämpfung von Juden zum Ziel gesetzt haben, gehören auch die kurdischen „Ansar al-Islam“ bzw. „Ansar al-Sunna“ (AAI bzw. AAS).[35]

3. Akteure des islamistischen Antisemitismus

3.1. Nicht-gewaltorientierte Gruppen

3.1.1 Die türkische „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG)

Die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.“ (IGMG) ist Teil der in den 1970er Jahren von Necmettin Erbakan in der Türkei gegründeten „Millî Görüş“-Bewegung („Nationale Sicht“). Sie steht in direkter Nachfolge der 1985 in Köln geschaffenen „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V.“ („Avrupa Millî Görüş Teşkilatları“, AMGT), führt seit 1995 die Bezeichnung „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V. und ist die mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland.

Ideologisch orientiert sich die IGMG weitgehend an Erbakan, dem frühen Protagonisten des türkischen Islamismus. Dessen Vorstellungen sind in seinem gleichnamigen Buch „Millî Görüş“ („Nationale Sicht“) von 1973 enthalten, in welchem er die Vereinigung der Türken unter dem Dach von Nationalismus und Islamismus sowie die Errichtung eines – als „islamischer Staat“ bezeichneten – islamistischen Staatswesens in der Türkei propagierte. Hierin lehnte Erbakan wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien wie Volkssouveränität oder Parteienpluralismus als unvereinbar mit der von ihm geforderten, auf absoluter „Wahrheit“ („hak“) basierenden „gerechten Ordnung“

[35] Die „Anhänger des Islam“ (AAI) bzw. „Anhänger der Sunna“ (AAS) werden im Folgenden nicht berücksichtigt.

(„adil düzen“) ab und postulierte, dass sich politisches Handeln vorrangig an Koran und Prophetentradition (Sunna) orientieren solle. Ferner rief er zum Systemwechsel in der Türkei, später auch in Deutschland auf.

Erbakans 1991 unter dem Titel „Adil Düzen“ erschienenes Buch „Gerechte (Wirtschafts-) Ordnung“ trägt bereits deutlich antisemitische Züge. Hierin kritisierte er vor allem die materielle und geistige Ordnung der modernen Türkei und diffamierte sie als „Sklavenordnung“ sowie als eine unislamische, auf Willkürherrschaft basierende „nichtige Ordnung“ („batıl düzen“). Diese „Sklavenordnung“ habe ihren Ursprung im „Neo-Kolonialismus“ bzw. „Imperialismus“, dessen eigentliche Drahtzieher die „Zionisten“ seien, die mittels internationaler Organisationen und diverser Wirtschaftsinstrumente den Imperialismus steuerten und andere Länder beherrschten.[36] So zitiert ihn 2006 die – als Bestandteil der „Millî Görüş“-Bewegung“ in der Türkei und als inoffizielles Sprachrohr der IGMG geltende – türkische Tageszeitung „Millî Gazete“ in der für Erbakan typischen Vermengung von Elementen des politischen und des sozialen Antisemitismus, die er durchgängig mittels Verwendung des Begriffs „Zionismus“ als antizionistische Haltung zu verbrämen sucht: „Nichts ist zufällig. Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Vereinten Nationen und die EU, sie alle verfolgen das gleiche Ziel. Ihre einzige Agenda, ihr einziges Streben ist: ‚Wie können wir die Welt versklaven, wie können wir sie ausbeuten‘... Wir sprechen hier über den Weltzionismus und sein Zerstörungs- und Unheilstiftungsinstrumentarium. Eine weitere Untergrabungsmethode des Zionismus besteht darin, die Nation mittels Waffen und Mord, Terror und Krieg, kollaborierender Regierungen, Medien und Unternehmer zu strangulieren ... Die Medien sind ohnehin in den Händen der Zionisten.“[37]

Entsprechend kombiniert auch folgende Aussage Erbakans Elemente des politischen und sozialen Antisemitismus: „Der Zionismus ist ein Glaube und eine Ideologie, dessen Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wall Street befindet. Die Zionisten glauben, dass sie die tatsächlichen und auser-

---

[36] Vgl. Necmettin Erbakan, Gerechte Ordnung, Ankara, 1991, S. 4.

[37] Vgl. Nevzat Özpeltitoğlu, Schämt euch eures Zustands (Türkisch), in: Millî Gazete vom 1. August 2006, S. 1 u. 11.

wählten Diener Gottes sind. Ferner sind sie davon überzeugt, dass die anderen Menschen als ihre Sklaven geschaffen wurden. Sie gehen davon aus, dass es ihre Aufgabe ist, die Welt zu beherrschen. Sie verstehen die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt."[38]

Ein weiteres antisemitisches Stereotyp, das trotz antizionistischer Terminologie eindeutig als Ausdruck von politischem Antisemitismus zu werten ist, ist das des „geheimen Weltstaats der Juden". Ziel der Juden, denen unterstellt wird, dass sie vor allem Christen gegen Muslime aufhetzen, sei es, eine „neue Weltordnung", die ohnehin als ein zionistisches Projekt gelte,[39] zu schaffen und sich hierin die Herrschaft zu sichern. So schreibt die „Millî Gazete" 2003 in bekannter – auf die Anschläge des 11. September 2001 bezogener – verschwörungstheoretischer Manier: „Die von den Zionisten geplante Neue Weltordnung macht zunehmend von sich Reden ... Der Angriff auf die Zwillingstürme in New York wurde geplant, um einen Streit zwischen Christen und Muslimen zu schüren ... Das eigentliche Ziel stellt jedoch die Neue Weltordnung der Zionisten dar. Unter dem Vorwand und der Angst vor dem Terror, will man eine Basis für die zionistische Ordnung schaffen. Die Zionisten wollen drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. 1. Sie wollen einen geheimen Weltstaat errichten. 2. Dieses Gebilde soll im Zentrum der Globalisierung entstehen. 3. Gleichzeitig will man sich die Erdölreserven im Nahen Osten aneignen. Der Plan der USA und der Zionisten umfasst sämtliche muslimische Staaten."[40]

Das Stereotyp der jüdischen Weltverschwörung bemüht wiederholt auch Erbakan, indem er behauptet, dass der zionistisch gelenkte Weltimperialismus vor allem wirtschaftliche Mechanismen benutze, um die Türkei wie auch andere muslimische Länder und Dritte-Welt-Staaten auszubeuten. So führt er die wirtschaftlichen Probleme der Türkei vor allem auf ihre hohe Verschuldung bei jüdischen Gläubigern zurück, die ihre Kreditzinsen wie-

---

[38] Vgl. Erbakan (Anm. 36), S. 4.

[39] Vgl. Mete Gündoğan, Eine neue Welt wird gegründet (Türkisch), in: Millî Gazete vom 12./13. August 2006, S. 7.

[40] Vgl. Süleyman Arif Emre, Schritt für Schritt in Richtung neue Weltordnung (Türkisch), in: Millî Gazete vom 20. Januar 2003.

derum an Israel abführten, das damit Waffen kaufe.[41] Juden resp. Zionisten seien letztendlich für den Großteil der internationalen Konflikte verantwortlich. Dies gelte in historischer Perspektive etwa für den Ausbruch des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie für die Zerschlagung des Osmanischen Reiches durch die damaligen Großmächte Großbritannien und Frankreich. So heisst es in der „Millî Gazete“ 2006: „Warum und von wem wurde der Erste Weltkrieg angezettelt? Von den zionistischen Juden. Warum wurde der Erste Weltkrieg angezettelt? Damit das größte Hindernis für Israel, das Osmanische Reich, ausgelöscht wird. Warum wurde der Zweite Weltkrieg angezettelt? Damit Israel gegründet wird und die Juden dorthin auswandern können.“[42]

Juden gelten in der „Millî Gazete“ als „von Gott verflucht“ und als „die bedeutendsten Feinde der Gläubigen“[43] und werden zusammen mit den Freimaurern für sämtliche Übel der Welt verantwortlich gemacht. In der Türkei gilt dies insbesondere für die so genannten „Sabatayisten“ (türk. sabataycılar), ein im 17. Jahrhundert unter den Osmanen zum Islam konvertierter mystischer jüdischer Orden. So beschuldigte Mehmet Şevket Eygi,[44] einer der Chefideologen des türkischen Islamismus, diese auch als Krypto-Juden bezeichnete Gruppe, den Islam zu unterwandern und von innen heraus zerstören zu wollen. Er verband dies mit dem Vorwurf, „dass die Juden in diesem Jahrhundert zwei Staaten gegründet haben – die Türkei und Israel“.[45]

Zum antisemitischen Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ gehört darüber hinaus das Israel unterstellte Ziel, ein vom Nil bis zum Euphrat reichendes Groß-Israel errichten zu wollen. So bezieht sich Erbakan 2003 auf

---

[41] Vgl. die Artikelserie zu Erbakans Rede in: Millî Gazete vom 10.-14. August 2006.

[42] Vgl. Reşat Nuri Erol, Israel und die ‚gläubigen Muslime‘ (Türkisch), in: Millî Gazete vom 5./6.August 2006, S. 6.

[43] Vgl. Millî Gazete – Onlineausgabe vom 14. Juli 2004.

[44] Eygi schreibt vor allem in der Millî Gazete. Seine Publikationen – etwa sein antisemitisches „Yahudi Türkler yahut Sabataycılar“ („Jüdische Türken oder Sabatayisten“) – lagen auf der Buchmesse im Hof einer der IGMG zuzurechnenden Einrichtung in Berlin-Kreuzberg aus, vgl. Dantschke, (Anm. 29), S. 28.

[45] Eygi zitiert nach ebenda, S. 29f.

diesen auch von anderen Islamisten vielfach bemühten Topos: „Die arbeiten daran, Groß-Israel zu gründen und die Welt zu beherrschen, den Salomon Tempel wieder zu errichten und sich ihr gelobtes Land zwischen Nil und Euphrat zu verwirklichen. Zur Realisierung dieses Aberglaubens plant Israel die gewaltsame Unterdrückung“.[46] 2006 heisst es bei ihm, als er die politische und militärische Kooperation zwischen der Türkei und Israel kritisiert: „Lasst die Türkei hungern. Lasst sie ohne Arbeit. Lasst sie die Sklavin ihrer Schulden sein. Führt sie weg vom Glauben. Macht sie zu einem weichen Bissen und damit zu einem Teil von Groß-Israel. So stellt ihr die Sicherheit Groß-Israels her.“[47]

Die „Millî Gazete“ beschränkt sich allerdings nicht darauf, Israel allein das Projekt eines Groß-Israel zu unterstellen. Vielmehr wird der israelische Staat als ein hauptsächlich durch Krieg zustande gekommener und ausschließlich auf künftige militärische Auseinandersetzungen ausgerichteter „Kriegsstaat“[48] diffamiert. Hierzu gehört auch die Bezichtigung Israels als „Terrororganisation“, eine Bezeichnung, die mit dessen Bekämpfung der palästinensischen HAMAS und der libanesischen „Hizb Allah“ gerechtfertigt wird.[49] Andere Ausführungen belegen darüber hinaus die Delegitimierung des Existenzrechts Israels, wenn dem Land der Begriff „Staat“ verweigert und lediglich von einer „Terrorgruppe Israel“ gesprochen wird. So heisst es 2006 in der „Millî Gazete“: „Von nun an werde ich nicht mehr von Israel als Terrorstaat, geschweige denn als Staat, sondern nur noch von der ‚Terrorgruppe Israel‘ sprechen. An welches internationale Recht oder an welche Regeln hat es sich bisher denn gehalten?“[50] Diese Titulierung wird nicht allein mit dem Libanonkrieg 2006 begründet, sondern mit der Unterstellung, Israel verübe gezielt Kindermorde,[51] um den Opfern Organe zu entnehmen

---

[46] Erbakan zitiert nach ebenda, S. 28

[47] Rede von Erbakan in Millî Gazete vom 10.-14. August 2006.

[48] Reşat Nuri Erol (Anm. 42).

[49] Vgl. Ali Cura, Stelle unsere Geduld nicht auf die Probe (Türkisch), in: Millî Gazete vom 24. Juli 2006, S. 1 u. 6.

[50] Afet Ilgaz, Terrorgruppe Israel (Türkisch), in: Millî Gazete vom 25. Juli 2006, S. 4.

[51] „Dies ist das, was Israel im Laufe der Geschichte immer gemacht hat ... Damit sie in

und damit Handel zu treiben.[52]

Darüber hinaus finden sich Belege für den so genannten sekundären Antisemitismus, insbesondere für die Relativierung und Leugnung des Holocaust sowie für das Merkmal der Täter-Opfer-Umkehr. So werden Juden bzw. Zionisten beschuldigt, Hitler selbst an die Macht gebracht zu haben – mit dem Ziel, im historischen Palästina den Staat Israel zu gründen: „Die Konferenzteilnehmer betonten, der Zweite Weltkrieg habe geheime Ziele verfolgt, und es sei notwendig, die Gründe und das wahre Gesicht des ‚Völkermords an den Juden', der geradezu eine Religion geworden sei, aufzudecken. Sie forderten, anhand wissenschaftlicher Fakten müsse neu belegt werden, wie die Zionisten Hitler an die Macht gebracht und unterstützt hätten, damit auf palästinensischem Boden der rassistische und aggressive Staat Israel gegründet werden konnte."[53]

An anderer Stelle wird der Holocaust offen geleugnet und als „Lüge" und „Legende" diffamiert, die vor allem an Palästinensern begangenes Unrecht Israels verschleiern sollen: „Und die große Lüge. Diese Lüge ist die Legende, dass 6 Millionen Juden ermordet worden seien. Diese Legende, die zu einem Dogma und (wie es das Wort Holocaust auch als Bedeutung beinhaltet) in eine heilige Legende verwandelt wurde, wird dafür missbraucht, um das Unrecht von Israel in Palästina, im ganzen Mittleren Osten, in den USA und mit Hilfe der USA in der gesamten Weltpolitik ... zu rechtfertigen."[54]

Kennzeichnend ist auch die Verbreitung antisemitischer Propaganda in schriftlicher und elektronischer Form. Dies gilt insbesondere für den Verkauf einschlägigen Materials auf „islamischen Buchmessen" in Deutschland. Hier

---

Israel einen Meter Boden stehlen, beflecken sie sich mit dem Blut Tausender unschuldiger Kinder", vgl. Mehmut Toptaş, Ein Land, das nichts von Politik versteht (Türkisch), in: Millî Gazete vom 26. Juli 2006, S. 5.

[52] „Wir töten keine Kinder, um den Bedarf mörderischer Kommandanten an Organen zu decken. Wir betreiben keinen internationalen Organhandel.", Mehmut Toptaş, Wir werden nie so sein wie Israel (Türkisch), in: Millî Gazete vom 25. Juli 2006, S. 5.

[53] Vgl. „Die Geschichte wird neu geschrieben" (Türkisch), Teil 1 und 2, vgl. Millî Gazete - Onlineausgabe vom 15. und 16. Dezember 2006.

[54] Vgl. Millî Gazete - Onlineausgabe vom 22. August 2006.

wie an anderen Orten fanden sich Publikationen wie „Der internationale Jude“ von Henry Ford, „Das Dossier des Zionismus“ („Siyonizm Dosyası“) des Holocaust-Leugners Roger Garaudy[55] sowie „Die Holocaust Lüge“ („Soykırım Yalanı“) des „Millî Gazete“-Autors und Holocaust-Leugners Harun Yahya.[56] Daneben war 2005 und 2006 in einer Hamburger IGMG-Moschee eine mit „Die Kinder der al-Aksa-Moschee“ betitelte antisemitische Kinderzeichentrickserie auf VCD erhältlich.

In Berlin wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung nach § 130 StGB eingeleitet, nachdem 2006 auf einer Buchmesse im Hof der der IGMG zuzurechnenden „Mevlana Moschee e. V.“ zwei Bücher sowie eine VCD-Produktion mit dem Titel „Zahras blaue Augen“[57] auslagen. Die vom Iran produzierte VCD, die 2006 auch im belgischen Hasselt auf einer europaweiten IGMG-Großveranstaltung zum Kauf angeboten wurde, stellt ein typisches Beispiel für islamistischen Antisemitismus dar. Hierin geht es um ein palästinensisches Mädchen, dem die Augen herausoperiert werden, um sie dem blinden Sohn eines israelischen Generals zu transplantieren. Diese Operation dient diesem allerdings nur als Probe für sein Vorhaben, Palästinenser künftig als Organspender zu missbrauchen. Sein Handeln sieht der General dadurch legitimiert, dass Palästinenser schließlich auf jüdischem Boden wohnten, auf welchem Juden das alleinige Recht auf alles darauf Befindliche besäßen. Der Film endet damit, dass Zehras Bruder aus Rache einen Autobombenanschlag auf das Haus des Generals verübt.[58]

---

[55] Garaudy, ein früherer Chefideologe der Kommunistischen Partei Frankreichs, wurde 1998 für sein Buch „Die grundlegenden Mythen der israelischen Politik“ wegen Leugnung des Holocaust verurteilt, vgl. Dantschke (Anm. 29), S. 31.

[56] Vgl. ebenda, S. 28f.

[57] Türkisch „Filistinli Zehra‘nın Gözleri“ („Die Augen der Palästinenserin Zehra“). Es handelt sich um eine ursprünglich mehrteilige Filmproduktion des staatlichen iranischen TV-Kanals Sahar-1 in türkischer Synchronisation mit englischen Untertiteln.

[58] Vgl. Kiefer (Anm. 7), S. 303f.

3.1.2 Die pan-arabische „Muslimbruderschaft“ (MB)

Die 1928 in Ägypten gegründete „Muslimbruderschaft“ (MB) ist die älteste und zugleich bedeutendste arabische islamistische Gruppierung. Die pan-islamistische Organisation ist heute, teils unter anderem Namen, in fast allen Staaten des Vorderen Orients vertreten und unterhält auch Zweige in westeuropäischen Ländern. In den meisten nahöstlichen Staaten ist sie in der Rolle einer halb- bis illegalen Opposition.

Die ägyptische MB durchlief verschiedene historische Phasen: In ihrer Frühphase in den 1920er und 1930er Jahren hatte für sie die Lehre und Erziehung der Gläubigen Vorrang. In den 1940er, 1950er und 1960er Jahren agierte sie militant und verübte zahlreiche politische Attentate auf Repräsentanten des ägyptischen Staates. Kulminationspunkt der langjährigen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen MB und dem Staat war die Verurteilung und Hinrichtung des den militanten Flügel der MB repräsentierenden Sayyid Qutb 1966. Als nicht mehr gewaltorientiert gilt die ägyptische MB erst nach Abspaltung ihrer militanten Flügel in den späten 1970er Jahren, auf die eine Phase der Integrationsbereitschaft in das politische System Ägyptens folgte. Der bereits 1984 umgesetzte Entschluss der MB, sich dort etwa an Wahlen zu beteiligen, wird teilweise als ein „Marsch durch die Institutionen“ gewertet.

Ideologisch verkörpert die MB heutzutage ein breites Spektrum, das bis zur Schaffung einer so genannten „islamischen Demokratie“ reicht. Aus den 1930er Jahren stammt der Anspruch der MB, dass es eine „Ordnung des Islams“ gebe. Dieser relativ unkonkrete Anspruch definiert die islamische Religion als ein „System“, das „zu jeder Zeit und an jedem Ort“ anwendbar sein soll und das den Koran und die Prophetentradition (Sunna) zur Richtschnur politischen Handelns erhebt. Zeitgenössische Vorstellungen zu Staat und Gesellschaft vertritt die MB mit der Forderung nach „Anwendung der Scharia“ sowie nach Schaffung eines islamistischen Staatswesens.[59]

Antisemitische Propaganda sowohl in schriftlicher als auch bildlicher Form verbreitete die MB vor allem während ihrer terroristischen Phase. Dies gilt insbesondere für Sayyid Qutb (1906-1966), den ideologischen Wegbereiter

[59] Vgl. Farschid/Rudolph (Anm. 30), S. 403-463.

des modernen antisemitisch geprägten Islamismus wie auch des zeitgenössischen militanten Islamismus. Hauptkennzeichen von Qutbs Ideologie war die Weiterentwicklung des Konzepts der so genannten Gottesherrschaft, mit dem er die ausschließliche Souveränität Gottes (hakimiyyat Allah) auch für den politischen Bereich postulierte, die zeitgenössischen muslimischen Gesellschaften durch Exkommunikation (takfir) für ungläubig erklärte und im Namen des Jihad zur Bekämpfung von Tyrannei und „Leugnung des Islam" (jahiliyya) aufrief. So erweiterte Qutb den Begriff des militanten Jihad und forderte dessen Anwendung gegen nicht-linientreue Muslime sowie gegen als vermeintliche „Ungläubige" diffamierte Juden und Christen. Ideologiebildend war Qutb daneben für den modernen „islamistischen Antisemitismus". So hatte er in seiner bereits in Auszügen in den frühen 1950er Jahren veröffentlichten Schrift „Unser Kampf mit den Juden"[60] ein – seit dem siebten Jahrhundert vermeintlich existierendes – subversives Wirken der Juden historisch zu rekonstruieren versucht und sie im 20. Jahrhundert vor allem der Auflösung des Kalifats sowie der Abschaffung der Scharia in der 1923 gegründeten Türkei bezichtigt. Entsprechend warf er Juden vor, später gegen die – seinerzeit als „islamisches Erwachen" (al-sahwa al-islamiya) bezeichneten – islamistischen Bewegungen zu agieren. Darüber hinaus setzte Qutb ein von ihm identifiziertes „Weltjudentum" (al-yahudiya al-'alamiya) mit einem „Welt-Kreuzzüglertum" (al-salibiya al-'alamiya) gleich[61] und schuf damit einen Topos, auf den sich Usama Bin Ladin in seinem Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler" 1998 explizit bezog.[62]

Daneben existieren zahlreiche Beispiele für spätere antisemitische Propaganda der MB. Größere Bekanntheit erzielte eine deutlich am Stil des nationalsozialistischen „Stürmer" orientierte Darstellung auf einem Buchcover des

---

[60] Vgl. Sabine Damir-Geilsdorf, Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption, Würzburg 2003, S. 385f.

[61] Vgl. Sayyid Qutb, Ma'arakatuna ma' al-yahud („Unser Kampf mit den Juden"), Beirut/Kairo 1973, S. 30ff.

[62] Vgl. hierzu nachstehend Kapitel 3.2.3.1 „al-Qa'ida".

MB-eigenen Verlages „Dar al-I'tisam" von 1989.[63] Abgebildet wird ein „teuflisches Wesen" namens „Dajjal", das einen hakennasigen armierten Soldaten in Drohgebärde zeigt, der eine Kette mit Davidstern sowie die Insignien der UdSSR und der USA trägt.[64]

Über Erscheinungsformen des „klassischen Antisemitismus" hinaus weist die MB heutzutage eine deutlich eliminatorisch antizionistische Prägung auf. Zwar lehnt die Organisation seit den 1970er Jahren Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele weitgehend ab. Dies gilt aber nicht für den israelisch-palästinensischen Konflikt, für den sie den militanten Jihad für vermeintlich legitim erklärt und mit einer Verteidigungssituation der Palästinenser rechtfertigt. So verneinen führende MB-Vertreter das Existenzrecht Israels ausdrücklich, rufen wiederholt zum Kampf gegen den jüdischen Staat auf und begründen Jihad und Selbstmordanschläge mit dem militärischen Charakter der israelischen Gesellschaft und der militärischen Unterlegenheit der Palästinenser. Dies gilt etwa für Muhammad Mahdi Akif, den seit 2004 amtierenden „Obersten Führer" (al-murshid al-'amm) der ägyptischen MB, der „für Israels Existenz in der Region keinen Grund" sieht. Akif kündigte ferner an, dass die MB nach Machtübernahme in Ägypten als erstes den Friedensvertrag mit Israel annullieren werde.[65]

Als exemplarisch für den eliminatorischen Antizionismus der MB können auch die Auffassungen von Yusuf al-Qaradawi gelten, einem früheren Mitglied der ägyptischen MB und inoffiziellem geistlichem Oberhaupt der Organisation, das mehreren internationalen Organisationen, darunter dem ECFR,[66] vorsteht. Als ein an der Azhar-Universität ausgebildeter Rechtsgelehrter und gleichzeitig einer der wichtigsten Ideologen des zeitgenössischen legalistischen Islamismus bestimmt er maßgeblich die islamrechtliche

---

[63] Vgl. Sa'id Ayyub, Der Dajjal-Messias. Eine politische Bewertung der Ursprünge der großen Religionen (Arabisch), Kairo 1989.

[64] Eine Replik der Abbildung des jüdisch-amerikanisch-sowjetischen „Dajjal" findet sich etwa bei Wistrich (Anm. 2).

[65] Vgl. „al-Hayat" vom 6. Oktober 2006.

[66] „Europäischer Rat für Fatwas und Studien" (ECFR), vgl. Farschid/Rudolph (Anm. 30), S. 454f.

Legitimierung von Gewalt wie sie etwa die HAMAS ausübt.

Die eliminatorisch antizionistisch geprägte Haltung Qaradawis zu Israel sieht wie folgt aus: Ausgangspunkt seiner Argumentation ist der von sämtlichen islamistischen Gruppen bemühte Topos vom „Raub Palästinas" („ightisab filastin").[67] Dieser von ihm als „Landraub" titulierte Konflikt um Land, nicht das jüdisch-Sein der Israelis,[68] delegitimiert für Qaradawi das Existenzrecht des jüdischen Staates – mit weitreichenden Konsequenzen: So befürwortet er die Terrorisierung und Vertreibung von Israelis aus ihrem eigenen Staat[69] und erklärt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel,[70] jeglichen Umgang mit seinen Staatsbürgern, die Einreise nach Israel sowie den Konsum seiner Waren islamrechtlich für verboten.[71]

Für die Palästinenser bedeutet diese Argumentation, dass sie als Opfer einer militärischen Besatzung zu Recht einen Verteidigungs-Jihad[72] gegen Israel führten. Diesen Jihad betrachtet Qaradawi insofern als legitim, als Palästinenser aus Notwehr gegen einen militärisch überlegenen Gegner[73] und gegen eine – von ihm ausnahmslos als militärisch charakterisierte – Gesellschaft[74] handeln würden. Die militärische Unterlegenheit der Palästinenser rechtfertige auch die von ihm als Waffe der Machtlosen bezeichneten

---

[67] Vgl. Palestine Times August 1999 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[68] Vgl. www.islamfortoday.com/qaradawi02.htm (gelesen am 15. November 2004).

[69] Vgl. al-Jazeera-TV 11. April 2001, Webseite des israelischen Außenministeriums, nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[70] Vgl. Palestine Times August 1999 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[71] Vgl. Nida al-Ulama (Ruf der Gelehrten) Nr. 1, 2. Jg., 1996.

[72] Vgl. IslamOnline 7. Februar 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004); vgl. auch ash-Sharq al-Ausat vom 17. April 2002.

[73] Vgl. al-Sharq al-Ausat vom 19. Juli 2003.

[74] Vgl. AFP 4. Dezember 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html

Selbstmordanschläge,[75] die weder Terrorismus[76] noch Selbstmord seien, sondern islamrechtlich legitime „Märtyer-Operationen“[77] von Mujahidin (Kämpfern).[78] Insofern gälten die – in einer um das Land, die Ehre und die Religion geführten Auseinandersetzung – Getöteten für Qaradawi als „Märtyrer“.[79] Dies betreffe auch weibliche Selbstmordattentäter, denen er hierfür sogar das Ablegen des Kopftuchs gestattet.[80]

3.2 Gewaltorientierte Gruppen

3.2.1 Gewaltbefürwortende Gruppen

3.2.1.1 Die pan-arabische „Hizb al-Tahrir al-islami“ („Partei der islamischen Befreiung“) (HuT)

Die 1953 in Jordanien von Taqi ad-Din an-Nabhani (1909-1977) gegründete „Hizb al-Tahrir al-islami“ (HuT) ist eine pan-islamistische Bewegung, die eine – auf Herrschaftskonzepten des Frühislam und Mittelalters basierende – universelle Staats- und Gesellschaftsdoktrin verfolgt. Ideologisch kennzeichnet sie die Behauptung der Existenz einer weltumspannenden islamischen Gemeinde („Umma“), als deren Fürsprecher sie auftritt, die Forderung nach Errichtung einer weltweiten Kalifatsherrschaft als einzig legitimem politischen System sowie die Einführung der Scharia als politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Hierzu gehört auch die

---

[75] Vgl. IslamOnline 7. Februar 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[76] Vgl. al-Sharq al-Ausat vom 19. Juli .2003.

[77] Los Angeles Times vom 27. Mai 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[78] Vgl. http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle _east/3059365.htm; AFP 4. Dezember 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[79] Vgl. AFP vom 2. Juni 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html

[80] Vgl. IslamOnline 22. März 2004 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

Befürwortung der vollen Anwendung des koranischen Strafrechts bei Unzucht, Alkoholgenuss und Diebstahl sowie der Todesstrafe bei Apostasie.[81] Erklärte Ziele der sich weniger als Partei denn als „politischer Block“[82] verstehenden Organisation[83] sind der Sturz sämtlicher als „unislamisch“ verketzerter Regierungen in den muslimischen Ländern, der Aufruf zur Bekämpfung so genannter Länder des „Unglaubens“ („kufr-Staaten“) – neben Israel insbesondere die als „Feinde des Islam“[84] gebrandmarkten USA und Großbritannien[85] – sowie die Auslöschung des Staates Israel.

In den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens wurde die HuT aufgrund ihrer gewaltbefürwortenden Ausrichtung – insbesondere wegen ihrer Aufrufe zum gewaltsamen Umsturz – unmittelbar nach ihrer Gründung verboten. Seitdem operiert sie weitgehend im Geheimen,[86] ihre Anhänger sind strenger

---

[81] Vgl. die HuT-Publikation von Abd ar-Rahman al-Maliki, „Nizam al-uqubat“ („Das Strafssystem“), Umma Verlag, o.O., o.J.

[82] Vgl. www.hizb-ut-tahrir.org/deutsch/deutsch.html. vom 28. November 2002 (gelesen am 5. Dezember 2002).

[83] Die HuT entspricht weder hinsichtlich ihrer Zielsetzung noch ihrer Struktur einer Partei. Hierzu führt die Verbotsverfügung von 2003 aus: „Die HuT ist keine politische Partei im Sinne von Artikel 21 des Grundgesetzes. Sie unterfällt als ausländische Organisation nicht dem Parteibegriff gem. § 2 Abs. 3 Parteiengesetz. ... Es handelt sich bei der Organisation auch nicht um eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft. ... Für die Hut steht nicht die allseitige Erfüllung der durch eine gemeinsames religiöses Bekenntnis gestellten Aufgaben im Zentrum ihrer Tätigkeit, sondern politische Agitation.“ Vgl. Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 10. Januar 2003 mit Wirkung vom 15. Januar 2003 (Bundesanzeiger 15. Januar 2003).

[84] Vgl. „Erklärung von Hizb-ut-Tahrir. Die USA und Britannien erklären dem Islam und den Muslimen den Krieg“,
vgl. www.hizb-ut-tahrir.org/deutsch/leaflets/HTlflts/ht091001.htm (gelesen am 15. Januar 2003).

[85] Dies gilt insbesondere für die politischen Führer der USA und GB, die mittels des bei Islamisten gebräuchlichen „Pharaogleichnisses“ als „Pharaonen“ diffamiert werden, zu deren gewaltsamer Beseitigung die HuT mehrfach öffentlich, so auch 2005 in Deutschland, aufrief.

[86] Dies bedingt das weitgehende Fehlen von Orts- und Jahresangaben ihrer Publikationen.

Verfolgung ausgesetzt. Begründet werden die Maßnahmen mit der Beteiligung der HuT an Staatsstreichen – etwa in Jordanien (1968), Irak (1969), Ägypten (1974) sowie Syrien (1976). Nach eigener Darstellung ist die HuT in diesen Ländern wie auch in Kuwait aber weiter aktiv. Darüber hinaus agiert sie im zentralasiatischen Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan.

Das Verhältnis der HuT zu Juden und zu Israel ist von einer hochgradig aggressiven Haltung gekennzeichnet, die bis zur unzweideutigen Aufforderung zur Tötung von Juden und zur Zerstörung des Staates Israel reicht. So weist ihre Polemik sämtliche Elemente des klassischen, insbesondere des religiösen, politischen und antizionistischen Antisemitismus auf: Die „dreckigen Juden“[87] stellten die „niedrigste Schöpfung Gottes auf der Erde“ dar.[88] Sie seien die Brüder „von Affen und Schweinen“[89] sowie eine „Sippe, die Schrecken verbreitet, grausam ist, die ihr Wort nicht hält, Vereinbarungen bricht sowie Lügen und Verleumdungen verbreitet“.[90] Diese teilweise auch in anderen Extremismusbereichen vorzufindenden Antisemitismus-Stereotype verbrämt die HuT zudem pseudoreligiös, konstruiert eine bei Juden vorhandene historische Feindschaft gegenüber dem Islam und verbietet Muslimen den Kontakt zu Juden: „Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen. Allah (t.) untersagte uns, sie zum Freund zu nehmen.“[91]

---

[87] Vgl. „Die Kooperation mit Amerika ist eine große Sünde, die der Islam verbietet“, Flugblatt der HuT vom 18. September 2001.

[88] Vgl. „Offener Brief der HuT an die arabischen Herrscher, die am Gipfelkongress in Kairo teilnehmen“, Flugblatt der HuT vom 19. Oktober 2000.

[89] Vgl. Flugblatt der HuT vom 28. Februar 2002. Zur Verankerung dieses Musters in islamischen Quellen, vgl. Aluma Solnick, Based on Koranic Verses, Interpretations, and Traditions, Muslim Clerics State: The Jews Are the Descendants of Apes, Pigs and Other Animals, in Memri Special Report Nr. 9, Washington 2002.

[90] Vgl. „Eine Deklaration der HuT-Indonesien an die Botschaften der arabischen Länder“, Flugblatt der HuT vom 2. April 2002.

[91] Vgl. „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben.“,

Die Methode der Organisation, ihre antisemitische Grundhaltung pseudoreligiös zu begründen, kennzeichnet auch die Delegitimierung des Existenzrechts des israelischen Staates, dessen Vernichtung sie unaufhörlich fordert: „Als Muslime muss uns klar sein, dass das Problem ‚Israel' für uns keine Grenzfrage, sondern eine Existenzfrage ist. Dieser zionistische Fremdkörper im Herzen der islamischen Welt darf unter keinen Umständen bestehen bleiben. Der gesamte Boden Palästinas ist ... Eigentum der islamischen Umma".[92] An anderer Stelle heisst es: „Nun, der Staat Israel ist ein Verbrechen an der Menschheit. ... Er besitzt keine Legitimationsgrundlage. ... Jeder, der den Staat akzeptiert, wendet sich gegen den Befehl Allahs und begeht somit eine schwere Sünde."[93] Die mehrfach verwendete und auch von anderen islamistischen Organisationen vorgebrachte Begründung, Palästina sei unveräußerliches und unteilbares „muslimisches Land", welches das gesamte historische Palästina,[94] d.h. auch Israel in den Grenzen von 1948 bis 1967, umfasse, verbindet die HuT mit unzweideutigen Aufrufen zur Zerstörung Israels: „Ihr sollt das hässliche Judengebilde vernichten und den Ruhm des Islam und seine Geschichte der großen Führer wiederaufleben lassen. Tut ihr dies, werden eure Taten sowohl im Diesseits als auch im Jenseits in leuchtenden Buchstaben verzeichnet werden ...".[95] Diese Aufrufe verbrämt sie wiederum pseudoreligiös und deklariert sie als religiöse Verpflichtung zum militanten Jihad: „Aufs neue wiederholen wir die unabdingbare islamische Pflicht: Auf die zionistische Aggression in Palästina kann es nur eine Antwort geben: den Jihad. Allah der Erhabene befiehlt."[96] In diesem Zusam-

---

unter www.hizb-ut-tahrir.org/deutsch/leaflets/HTlflts/ht310302_die_juden.htm, (gelesen am 22. November 2002).

[92] Vgl. „Wie lange noch?", in: Explizit 30, März-Juni 2002, S. 4, 6.

[93] Vgl. „50 Jahre – Happy Birthday Israel", in: Explizit 5, April-Juni 1998, S. 2-5.

[94] „Ganz Palästina ... ist islamisches Territorium. Die Muslime sind dazu verpflichtet, es aus der Herrschaft der Juden zu befreien, selbst wenn es Millionen von Märtyrern kosten sollte.", vgl. „Die arabischen Gipfelkonferenzen sind Konferenzen der Verschwörung und des Verrats", Flugblatt der HuT vom 29. März 2001.

[95] Vgl. „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben." (Anm. 91).

[96] Vgl. „Wie lange noch?" (Anm. 92), S. 6.

menhang zitiert die HuT – wie an anderen Stellen – Vers 191 der Koransure 2, den sie wörtlich genommen und als eine aktuelle Aufforderung zum Kampf verstanden wissen will: „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben!“.[97]

Den militanten Jihad definiert die Organisation in diesem Zusammenhang nicht, wie im islamischen Recht fixiert, als eine vorrangig zum Zwecke der Verteidigung zulässige Methode,[98] sondern als eine offensive Kampfform,[99] die eine vermeintlich individuelle Pflicht eines jeden Muslims bilde und zur Tötung von Juden und zum Zwecke des Offensivkrieges gegen Israel angewendet werden müsse: „Diejenigen, die sagen, der Islam sei eine friedliche Religion, verleugnen den aktiven Jihad. Sie bestätigen den Kampf für den Fall der Verteidigung und lehnen den Kampf, d.h. die Erklärung des Angriffs ab. Dies steht im Widerspruch zu den Texten des Buches“ (des Koran, O.F.) „und dem Konsens der Prophetengenossen. All diese Quellen schreiben vor, sie zuerst anzugreifen, auch wenn sie uns nicht angegriffen haben.“[100] Wie andere islamistische Gruppen auch erklärt die HuT zudem Selbstmordanschläge für legitim[101] und verbrämt sie als „Märtyreraktionen“:[102] „Heute stellen die Mujahidun in Palästina das höchste Maß an Vorbildlichkeit dar: Die jungen Männer wetteifern miteinander um den Märtyrertod, und auch die jungen Mädchen konkurrieren nun mit den Männern um den Tod als Märtyrerinnen. Die Mütter treiben ihre Kinder zum Märtyrertod an und fallen aus Dankbarkeit vor Allah nieder, wenn sie die Nachricht von ihrem Mär-

---

[97] Vgl. ebenda, S. 4-6.

[98] Vgl. Farschid (Anm. 31), S. 28ff.

[99] Vgl. hierzu nachstehendes Kapitel 3.2.3.1 zu „al-Qa’ida“.

[100] Vgl. „Die Unausweichlichkeit des Kampfes der Kulturen - Hatmiyyat Sira‘ al-hadarat“, o.O. u. o.J., S. 59.

[101] „Die Märtyreraktionen, die gegenwärtig in Palästina gegen die Juden verübt werden, sind islamisch legitim.“, vgl. „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben.“ (Anm. 91).

[102] Zu den auch als „Märtyreroperationen“ bezeichneten Selbstmordanschlägen vgl. nachstehend Kapitel 3.2.2.1 zur HAMAS.

tyrertod erhalten.“[103] Ferner rechtfertigt die Organisation „Millionen von Märtyrern“ zum Zwecke der Tötung von Juden[104] und fordert von den von ihr als apostatisch gebrandmarkten Regierungen muslimischer Staaten, denen sie vorwirft, Muslime an der Ausübung des offensiven Jihad zu hindern,[105] die Aufrüstung ihrer Armeen und den Kampf gegen Israel.[106]

In Deutschland agiert die Organisation seit 1990, wo sie vor allem neue Mitglieder anwirbt und Propagandamaterial mit durchgängig antisemitischen Positionen vertreibt. Ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet die HuT 2002 durch zwei Veranstaltungen an Einrichtungen der Technischen Universität Berlin.[107] Aufgrund der dort verbreiteten antiisraelischen und antisemitischen Hetze erließ der Bundesminister des Innern am 10. Januar 2003 ein Betätigungsverbot,[108] welches das Bundesverwaltungsgericht (BVG) am 25. Januar 2006 bestätigte. Das Urteil wurde damit begründet, dass die HuT mehrfach „zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Menschen aufgefordert“ und auf diese Weise „der friedlichen Lösung der israelisch-palästinensischen Interessengegensätze entgegengewirkt“ habe.[109] Das BVG verwies diesbezüglich auf Art. 9 Abs. 2 GG, wonach Organisationen zu verbieten sind, deren Bestrebungen sich gegen den Gedanken der Völker-

---

[103]Vgl. „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben.“ (Anm. 91).

[104]Vgl. „Die arabischen Gipfelkonferenzen sind Konferenzen der Verschwörung und des Verrats“, Flugblatt der HuT vom 29 März 2001.

[105]„Sie hindern euch an der Erfüllung eurer Pflicht, die Allah euch auferlegt hat, nämlich den Jihad und die Entfernung der Wurzeln der Juden aus Palästina“, vgl. „Der Verrat der Regenten der Araber und Muslime an der Sache Palästinas und seiner Bewohner“, Flugblatt der HuT vom 21. Mai 2001.

[106]Vgl. „Wie lange noch?“ (Anm. 92), S. 4, 7.

[107]Dies waren eine Veranstaltung am 31. Mai 2002 unter dem Titel „Blutiges Palästina – Das heilige Land unter Aggression“. Eine zweite Veranstaltung am 27. Oktober 2002, an der der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und Horst Mahler teilnahmen, trug den Titel „Der Irak – ein neuer Krieg und seine Folgen“, vgl. Dantschke (Anm. 29), S. 26.

[108]Vgl. Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 10. Januar 2003 mit Wirkung vom 15. Januar 2003 (Anm. 83).

[109]Vgl. BVerwG 6A 6.05, S. 9.

verständigung oder gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Darüber hinaus wies es die Argumentation des Klägers Shaker Assem zurück. Der ehemalige Deutschlandsprecher und derzeitige Medien-sprecher der HuT im deutschsprachigen Raum hatte behauptet, dass für ihn die Bekämpfung und die gewaltsame Beseitigung des Staates Israel eine bindende „religiöse Pflicht" darstelle. Diesbezüglich urteilte das BVG, dass die Zielsetzungen des Klägers „in erster Linie politischer Natur" seien[110] und dass „das Propagieren der entsprechenden politischen Ziele nicht ohne ein vollständiges Betätigungsverbot wirksam verhindert werden" könne.[111] Den Aufrufen der HuT zur „gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Menschen" komme ferner „ein solches Gewicht zu, dass es auch der religiösen und weltanschaulichen Vereinigungen grundsätzlich zustehende verfassungsrechtliche Schutz nicht gebieten würde, von einem Verbot abzusehen, weil den Äußerungen bisher keine entsprechenden Taten gefolgt" seien.[112] Dies gelte insbesondere dann, wenn „sich die Verneinung des Existenzrechts Israels für den Kläger als identitätsstiftend" erweise.[113]

3.2.2 Regional gewaltausübende Gruppen

3.2.2.1 Die palästinensische „Bewegung des islamischen Widerstands" (HAMAS)

Die mit dem Akronym HAMAS[114] bezeichnete „Bewegung des Islamischen Widerstands" wurde 1987 im Gaza-Streifen von Ahmad Yassin als regionale Vertretung der „Muslimbruderschaft" (MB) gegründet. Die Organisation negiert das Existenzrecht Israels und strebt die „Befreiung ganz Palästinas" durch bewaffneten Kampf sowie die Gründung eines islamistischen Staats-

---

[110]Ebenda, S. 4.

[111]Ebenda, S. 9

[112]Ebenda, S. 9f.

[113]Ebenda, S. 9.

[114]Arabisch „Harakat al-Muqawama al-islamiya". Der Begriff „Hamas" stellt zugleich ein – bereits im Koran enthaltenes – arabisches Wort dar, das „Begeisterung", „Eifer" und „Leidenschaft" bedeutet. Islamisten interpretieren den Begriff als „Tapferkeit".

wesens an. Den 1993 begonnenen Oslo-Friedensprozess lehnt die HAMAS als „Ausverkauf palästinensischer Interessen“ ab und konkurriert gleichzeitig mit der von der laizistischen Fatah dominierten Palästinensischen Autonomiebehörde um die Führung der Palästinenser.

Durch ihre Kritik an den Friedensverhandlungen der Autonomiebehörde mit Israel sowie durch den kontinuierlichen Ausbau ihrer Basis im sozialen Bereich entwickelte sie sich im innerpalästinensischen Machtgefüge zu einem bedeutenden politischen Faktor. In der Folge verzeichnete die HAMAS bei den Kommunalwahlen 2004 und 2005 deutliche Erfolge und siegte überraschend auch bei den Parlamentswahlen Anfang 2006. Damit etablierte sich der Islamismus in den palästinensischen Gebieten als zweite bedeutende Herrschaftsideologie neben dem Nationalismus. Dies gilt insbesondere für den Gaza-Streifen, wo die HAMAS seit ihrem Putsch im Juni 2007 die alleinige Macht ausübt.

Im antisemitischen Spektrum weist die Organisation zwei dominante, häufig miteinander kombinierte Formen auf. Für eher „klassische“ Formen von Antisemitismus steht ihre 1988 veröffentlichte Charta, die – trotz Elementen antizionistischer Rhetorik – fast sämtliche antisemitische Stereotype wie den religiösen, den politischen und den sozialen Antisemitismus transportiert. Dies gilt im besonderen für den Mythos der jüdischen Weltverschwörung, der einen massiven jüdischen Einfluss in Politik, Wirtschaft und Medien unterstellt und Juden für Revolutionen der Vergangenheit sowie für politische Großereignisse wie den Ausbruch des Ersten oder Zweiten Weltkriegs verantwortlich macht.[115] So heißt es in Artikel 22 der Charta: „Die Feinde ... strebten danach, gewaltige und mächtige materielle Reichtümer anzuhäufen und sich ihrer zur Verwirklichung ihres Traumes zu bedienen. So erlangten sie durch das Vermögen die Kontrolle über die internationalen Medien ... Durch das Vermögen lösten sie Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt aus, um ihre Interessen zu verwirklichen und Gewinne zu erzielen. Sie standen hinter der französischen Revolution, den kommunistischen Revolutionen und den meisten Revolutionen hier und da ... Mit

[115]Vgl. Lutz Rogler, Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas, in: Helga Baumgarten, Hamas. Der politische Islam in Palästina, München 2006, S. 207-226.

dem Vermögen bildeten sie die Geheimorganisationen, die in verschiedenen Teilen der Welt verbreitet sind, um die Gesellschaften zu zerstören und die Interessen des Zionismus zu verwirklichen, wie die Freimaurerei, die ‚Rotary' und ‚Lions Clubs', die ‚Söhne des Bundes' und andere ... Sie standen hinter dem Ersten Weltkrieg, wo sie es schafften, den Staat des islamischen Kalifats zu beseitigen, und wo sie materielle Gewinne erzielten, die Kontrolle über viele Quellen des Reichtums erlangten, die Balfour-Erklärung erhielten und den Völkerbund schufen, um die Welt mittels dieser Organisationen zu beherrschen. Und sie standen hinter dem Zweiten Weltkrieg, wo sie gewaltige Profite aus ihrem Handel mit Kriegsgütern erzielten, die Errichtung ihres Staates anbahnten und die Bildung der Organisationen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates anstelle des Völkerbundes anregten, um damit die Welt zu beherrschen."[116]

Wichtiger Bestandteil der bis heute nicht revidierten[117] HAMAS-Charta ist ferner der Vorwurf einer – von Juden von der Frühzeit des Islam betriebenen – „Verschwörung gegen den Islam".[118] Diesbezüglich kombiniert die Charta koranische Aussagen über Konflikte zwischen Juden und Muslimen in der Frühzeit des Islam mit der politischen Bewertung des Staates Israel und der Situation der Palästinenser in der Gegenwart.[119] Hierzu verwendet die Charta in austauschbarer Form die Begriffe „Juden", „Zionisten" oder einfach „Feinde". Unter Bezug auf die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion" unterstellt die Charta „den Juden" zudem, ein Reich vom Nil bis zum Euphrat zu schaffen: „Das zionistische Vorhaben ist grenzenlos, und nach Palästina streben sie nach der Expansion vom Nil bis zum Euphrat. Wenn sie das

---

[116]Ebenda, S. 218f.

[117]Diesbezüglich behauptet der Leiter des Londoner „Institute of Islamic Political Thought" Azzam Tamimi 2002, dass die HAMAS-Führung sich von der Charta inzwischen distanziert habe und einen mit „Hamas: This is what we struggle for" betitelten Alternativentwurf vorgelegt habe, vgl. Azzam Tamimi, Hamas and Anti-Sematism, in: www.ii-pt.com/web/articles/Hamas%20and%20Anti-Sematism.htm (gelesen am 27. Februar 2004). Zur Person Tamimi vgl. Farschid/Rudolph (Anm. 30), S. 451.

[118]So in Artikel 7 der Charta, vgl. Rogler (Anm. 115), S. 211.

[119]Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 29), S. 192f.

Gebiet völlig verschlungen haben, zu dem sie vorgedrungen sind, trachten sie nach einer weiteren Expansion und so fort. Ihr Vorhaben steht in den ‚Protokollen der Weisen von Zion', und ihr gegenwärtiges Tun ist der beste Beleg für das, was wir sagen."[120]

Als Ausdruck von Antisemitismus mit klar eliminatorischen Zügen sind darüber hinaus Kindersendungen des auch in Deutschland zu empfangenden HAMAS-Senders „al-Aqsa-TV" zu werten. So rief eine der Disney-Maus ähnelnde Figur namens Farfur 2007 zur Tötung von Juden auf. Zentrale Aussagen des Hauptdarstellers der Serie „Pioniere von Morgen" waren „Wir werden die Juden vernichten"[121] oder „Wir werden niemals aufgeben im Kampf gegen den Feind – Kinder, Männer, Frauen und alte Menschen. Wir werden siegen, Bush! Wir werden siegen, Sharon – oh, Sharon ist tot! Wir werden siegen, Olmert! Wir werden siegen, Condolezza!"[122] In einer späteren Folge wurde die Maus von einem „israelischen Agenten" getötet, als sie sich weigerte, ihren Grundbesitz zu verkaufen.[123] Nach ihrem „Märtyrertod" präsentierte die Serie eine Biene namens Nahoul, die ankündigte, den Kampf der Maus fortzuführen.[124]

Neben eher klassischen Formen von Antisemitismus weist die HAMAS mehrheitlich Formen von Antizionismus auf, der allerdings ausgewiesen eliminatorische Züge trägt. Hierfür steht vor allem die von der Organisation spätestens seit 1994 verfolgte Gewaltstrategie, zu der hauptsächlich Selbstmordanschläge gehörten. Mit dem Ausbruch der „al-Aqsa-Intifada" im September 2000 und der Verschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts hatten die Selbstmordanschläge ihres militärischen Flügels, der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden", gegen israelische Ziele erheblich zugenommen. Diese

---

[120]So Artikel 32 der Charta, vgl. Rogler (Anm. 115), S. 224.

[121]Vgl. „Pioniere von Morgen" (ruwwad al-ghad), ausgestrahlt auf al-Aqsa-TV am 6. April 2007.

[122]Ebenda, Folge vom 24. April 2007.

[123]Ebenda, Folge vom 29. Juni 2007.

[124]Ebenda, Folge vom 13. Juli 2007.

als „Märtyrer-Operationen“[125] bezeichneten Anschläge hatte die HAMAS dabei nicht auf die Gebiete des Westjordanlands und Gaza-Streifens begrenzt, sondern vor allem im israelischen Kernland ausgeführt. Die Anschläge zielten zudem nicht allein auf Militärpersonal, sondern auch auf die israelische Zivilbevölkerung.[126] Dieses seit Errichten des Grenzzauns erschwerte und von Waffenstillstandsabkommen zeitweise unterbrochene terroristische Vorgehen begründet die HAMAS durchgängig mit einem „Recht auf Selbstverteidigung“.[127] Gewalt, die sich explizit gegen Israel richtet, wird von sämtlichen Führungspersonen der HAMAS nicht nur gerechtfertigt, sondern als eine „strategische Option“ verstanden. So betonte der Führer der Auslandssektion Khalid Mash’al mehrfach, dass es sich die HAMAS trotz Waffenstillstandsvereinbarungen mit Israel vorbehalte, Gewalt gegen israelische Interessen zu den von ihr bestimmten Zeitpunkten und Anschlagsorten auszuüben.[128]

Theoretische Basis für die gegen israelische Militärs wie Zivilisten gerichteten Selbstmordanschläge ist der Begriff des Märtyrers, den die HAMAS-Ideologen uminterpretieren. Galten Märtyrer im Islam bisher hauptsächlich als Menschen, die durch Außeneinwirkung unschuldig zu Tode kamen, verwenden sie den Begriff auch für Personen, die Selbstmordanschläge verüben. So erhebt die HAMAS jemanden zum Märtyrer, „der sein Martyrium aktiv herbeiführt“ und popularisiert hierfür den Begriff des Istishhadi (wörtlich „derjenige, der zum Märtyrertod bereit ist“).[129] Da im Islam sowohl Mord als auch Selbstmord verboten sind, bezeichnet sie jene Selbstmordanschläge, die ihr als politisch opportun erscheinen, als so genannte „Märtyrer-Operationen“

---

[125]Zur islamrechtlichen Legitimation von Anschlägen der HAMAS auf Zivilisten, vgl. Joseph Croitoru, Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats, München 2003, S. 193ff.

[126]Vgl. Baumgarten (Anm. 115), S. 86.

[127]Vgl. Joseph Croitoru, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007, S. 128ff.

[128]Vgl. etwa „al-Hayat“ vom 9. Februar 2006

[129]Hierfür existiert auch die Bezeichnung „der lebende Märtyrer“ (Arabisch „al-shahid al-hai“), vgl. Croitoru (Anm. 125), S. 181.

(Arabisch „amaliyat istishhadiya“).[130] Dies betrifft hauptsächlich Selbstmordanschläge des israelisch-palästinensischen Konflikts, die von der HAMAS, vom „Palästinensischen Islamischen Jihad“ (PIJ) oder von den laizistischen „al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden“ der Fatah verübt werden.[131]

3.2.2.2 Die libanesische „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Wie die palästinensische HAMAS ist auch die libanesische Gruppierung „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) neben „klassischen“ Formen von Antisemitismus vor allem durch eine Form von Antizionismus geprägt, die sowohl verbal als auch auf der Handlungsebene die Vernichtung des Staates Israel zum Inhalt hat und deshalb als eliminatorischer Antizionismus zu werten ist. Bedingt durch ihr längeres Bestehen, durch ihren Erfahrungsvorsprung in der militärischen Auseinandersetzung mit Israel[132] sowie durch ihre größeren finanziellen Ressourcen verfügt die „Hizb Allah“ gegenüber den palästinensischen Gruppen HAMAS und PIJ über eine Führungsrolle. Diese Funktion als Ideologie und Kampfpraktiken[133] vorgebender Impulsgeber insbesondere mit Blick ihre ausgewiesen anti-israelische Agenda belegt unter anderem die Propaganda ihres Fernsehsenders „al-Manar“ („der Leuchtturm“), über den sie in hochprofessioneller Weise ihren antisemitisch konnotierten Antizionismus – auch nach Deutschland – verbreitet. Hierzu gehört vor allem die Popularisierung einer Ideologie des „Widerstands“[134] (Arabisch

---

[130]Vgl. ebenda, S. 193ff.

[131]Vgl. ebenda, S. 200ff.

[132]Es war vor allem die „Hizb Allah“, die auf Selbstmordanschläge im arabischen Raum setzte und diese Attentatsform ab 1983 gegen die seinerzeit im Libanon stationierten Multinationalen Truppen und später gegen das israelische Militär praktizierte, vgl. Farschid (Anm. 31), S. 31f.

[133]So sorgte die „Hizb Allah“ neben der PFLP-GC auch unter Palästinensern für die Verbreitung von Selbstmordanschlägen, als sie 1992/1993 ins israelisch-libanesische Grenzgebiet abgeschobenen palästinensischen Islamisten Techniken dieser Attentatsform vermittelte, vgl. ebenda, S. 32.

[134]Vgl. Amal Saad-Ghorayeb, Hizbu’llah. Politics and Religion, London 2002, S. 142ff.

„muqawama“),[135] die politischen Aktivismus und eine spezifisch schiitische Leidensmythologie miteinander kombiniert und selbst bei Angriffen auf Israel als legitim gilt.[136]

Gegründet wurde die „Hizb Allah“ 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon, wo sie während des libanesischen Bürgerkriegs (1976-1989) zusammen mit der säkularen Amal-Miliz als eine der beiden schiitischen Milizen agierte. Aus ideologischen, regionalpolitischen und konfessionellen Motiven wird die streng hierarchische Organisation vom Iran und von Syrien unterstützt, die sie als militärisches Druckmittel einsetzen und hierüber Stellvertreterkriege gegen Israel führen. Deren militärische und finanzielle Unterstützung bedingt auch die Sonderstellung der „Hizb Allah“ im Libanon, die als einzige ehemalige Bürgerkriegsmiliz eine mittlerweile schwer bewaffnete Armee, den so genannten „Islamischen Widerstand“ („al-Muqawama al-islamiya“), unterhält. Innenpolitisch hat sich die „Hizb Allah“ dagegen als parteiähnliche politische Bewegung konstituiert, die wegen ihrer sozialen Aktivitäten vor allem unter der ärmeren schiitischen Bevölkerung des Libanon Ansehen genießt. In Südbeirut wie auch im südlichen Libanon verfügt sie über quasistaatliche Strukturen. Im libanesischen Parlament ist die „Hizb Allah“ seit 1992 vertreten; Minister der Organisation gehörten auch mehreren Kabinetten an.[137]

Seit ihrem Bestehen negiert die „Hizb Allah“ das Existenzrecht Israels und propagiert den bewaffneten Kampf gegen den jüdischen Staat. Das Ziel der Vernichtung Israels ist fester Bestandteil der Strategie der Organisation, die sich an dem 1979 vom „Revolutionsführer“ Khumaini propagierten anti-israelischen Kurs der „Islamischen Republik Iran“ orientiert.[138] In einem

---

[135]Zur islamrechtlichen Legitimation dieser „Widerstands“-Ideologie durch einen der hochrangigsten schiitischen Geistlichen, vgl. Najib Nur al-Din (Hrsg.), Der Wille zur Stärke. Der Widerstands-Jihad in den Reden des Groß-Ayatallahs Sayyid Muhammad Husain Fadl Allah (Arabisch), Beirut 2000.

[136]Vgl. Stephan Rosiny, Islamismus bei den Schiiten im Libanon, Berlin 1996, S. 235-240.

[137]Vgl. Saad-Ghorayeb (Anm. 134), S. 46ff.

[138]Vgl. Esther Webman, Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas, 468

frühen Programmpapier der „Hizb Allah“ von 1985 heißt es dazu unmissverständlich: „Unser Kampf endet erst, wenn dieses Wesen ausgelöscht ist.“[139] Die Vernichtung Israels steht seitdem auch im Mittelpunkt der über das Internet, Videoclips und Poster verbreiteten Propaganda der „Hizb Allah“, die vor allem die Popularisierung von Selbstmordanschlägen sowie – auf die Herabwürdigung des Feindes zielende – Bilddarstellungen von israelischen Attentatsopfern umfasst. Die mit Textzeilen wie „Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren“ versehenen Propagandafilme verbreitet die „Hizb Allah“ vor allem über ihren parteieigenen, weltweit zu empfangenden Fernsehsender. Ziel der aggressiven Propaganda von „al-Manar“, dem 2004 wegen antisemitischer Propaganda sowie gegen Israel gerichteter Aufrufe zu Hass und Gewalt von den USA und Frankreich die Sendelizenz entzogen und die Ausstrahlung über Eutelsat unterbunden wurde,[140] ist die Werbung für den bewaffneten Kampf gegen Israel sowie der unzweideutige Aufruf zur Befreiung „ganz Palästinas“.[141]

Zentrale Bedeutung kommt hierbei martialischen Darstellungen der Kampfbereitschaft der Palästinenser und Libanesen sowie der Verherrlichung der – seitens der „Hizb Allah“ als „Märtyrer-Operationen“ verklärten – Selbstmordanschläge zu. So werben die Filme mit den „erfolgreichen“ Anschlägen der libanesischen „Hizb Allah“ sowie der beiden palästinensischen Terrorgruppen HAMAS und PIJ. Die Glorifizierung betrifft vorrangig Selbstmordattentäter ihrer militärischen Flügel „Islamischer Widerstand“ („Hizb Allah“), „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“ (HAMAS) sowie „Jerusalem-Kompanien“ (PIJ).[142]

July 9, 1998, in: www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=51 (gelesen am 7. Februar 2003).

[139]Vgl. The Hizballah Programme, in: www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=409 (gelesen am 2. Februar 2003).

[140]Der Sender ist in Deutschland allerdings weiter über andere Satelliten zu empfangen. Gegen den Sender erließ der Bundesminister des Innern am 11. November 2008 ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot.

[141]Vgl. die al-Manar-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ vom 22. Januar 2003.

[142]Vgl. Croitoru (Anm. 125), S. 152ff.

Die eliminatorisch antizionistische Grundhaltung der „Hizb Allah“ belegen zudem einschlägige Äußerungen ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah, dessen Reden und Aufrufe häufig im Zentrum der Propagandafilme stehen. So richtete Nasrallah 2003, umrahmt von bildlichen Darstellungen der Topoi „der Raub Palästinas“, der jüdischen Besiedlung sowie der arabisch-israelischen Kriegshandlungen 1948, folgende Botschaft an seine Anhänger: „O Ihr Menschen! O Ihr Regime! O Ihr Völker! Dieses Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren!“.[143] Auf diese Aussage folgen Bild- und Tonsequenzen mit Bombenexplosionen, diversen Anschlagsorten sowie Bildern toter israelischer Attentatsopfer. Die Szenen sind zudem mit dem Schriftzug unterlegt „Das nicht-mehr-Existieren Israels“.[144] In den Propagandafilmen wird ferner ein explodierender Davidstern dargestellt und die Szene mit der Textzeile „Es wird unweigerlich aufhören zu existieren“ versehen.[145]

Die mehrfachen Äußerungen der „Hizb Allah“ und ihres Generalsekretärs Nasrallah zur Vernichtung Israels und der Juden stehen den 2005 getätigten und später mehrfach wiederholten Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad, dass der Staat Israel im Nahen Osten keinerlei Existenzberechtigung habe und aus den Geschichtsbüchern getilgt werden solle,[146] in nichts nach. Die „Hizb Allah“ fordert unzweideutig zur Vernichtung Israels auf und stellt ihren Anhängern bei erfolgreichem Kampf die Nichtexistenz des israelischen Staates in Aussicht. So heißt es in einem Kampflied der von „al-Manar“ 2003 ausgestrahlten mehrmonatigen Sendereihe „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“, die auf die Anwerbung von Selbstmordattentätern sowie auf die nachträgliche Rechtfertigung von Anschlägen abzielt, unmissverständlich: „O Schwester, dein Ring ist der

---

[143]Vgl. die al-Manar-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ vom 22. Januar 2003.

[144]Ebenda.

[145]Diese Filmszene findet sich auch auf Propagandapostern der HAMAS wieder. Dies gilt v.a. für das in „dieses Israel wir mit Gottes Hilfe aufhören zu existieren“ abgewandelte Orginalzitat Hassan Nasrallas, dessen Verwendung die Funktion des Ideologie und Ziele vorgebenden Impulsgebers der „Hizb Allah“ untermauert.

[146]Vgl. The Middle East Media Research Institute (MEMRI) (2005): Special Dispatch (2. November 2005).

Sprenggürtel! Wir treffen uns in der Ewigkeit des Himmels. Ihnen“ (den Juden, O.F.) „gebührt die Verachtung in der Hölle. Ihr“ (der Schwester, O.F.) „Herz wird immer für den Jihad schlagen! Ich bin nicht tot, ich werde stets (alle) Grenzen durchbrechen. Mit menschlichen Bomben, die die Juden auslöschen! Und (werde) den Herzen der Aggressoren den Schrecken einpflanzen! Israel wird in seiner ganzen Existenz vergehen! Vernichtet die jüdischen Soldaten auf jedem Fußbreit Boden!“[147]

Obwohl „Hizb Allah“, wie diese Beispiele verdeutlichen, überwiegend von einem eliminatorischen Antizionismus geprägt ist,[148] bemüht sie auch klassische antisemitische Stereotype. Hierzu gehört etwa die 2003 ausgestrahlte Sendereihe „al-Shatat“ („Diaspora“), in der die Existenz einer seit Jahrhunderten bestehenden geheimen jüdischen Weltregierung unterstellt wird. Darüber hinaus führt die Sendung das vermeintlich subversive Wirken von Juden auf die beiden religiösen Quellen des Judentums (Thorah und Talmud) zurück und stellt einen jüdischen Ritualmord an Kindern – eine dem christlichen Antisemitismus entlehnte Vorstellung – sowie ein talmudisches Strafgericht szenisch dar.[149]

3.2.3 Transnationale terroristische Netzwerke

3.2.3.1 „al-Qa’ida“

Ein Beispiel für die Kombination von Antizionismus und Antisemitismus mit ausgeprägt eliminatorischen Zügen gibt ferner die von Usama Bin Ladin Ende der 1980er Jahre gegründete sunnitische „al-Qa’ida“ („Die Basis“), die sich Mitte der 1990er Jahre mit Teilen der ägyptischen Terrorgruppen „al-Jihad al-islami“ („Der islamische Kampf“) und „al-Jama’a al-islamiya“ („Die islamische Gruppe“) zu einem transnationalen Netzwerk zusammengeschlossen und 2001 in „Qa’idat al-Jihad“ („Die Basis für den Jihad“) umbenannt

[147]Vgl. die al-Manar-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ vom 22. Januar 2003.

[148]Vgl. Webman (Anm. 138).

[149]Vgl. Kiefer (Anm. 7), S. 301f.

hatte.[150]

Im Spektrum islamistischer Ideologie ist „al-Qa'ida" dem Jihad-Salafismus zuzuordnen.[151] Dieser Begriff bezeichnet Anhänger frühislamischer Herrschafts- und Rechtsformen, die mittels Terrorismus durchgesetzt werden sollen. Hierzu gehört die explizite Verketzerung von Demokratie und säkularem Recht sowie die Ablehnung jeglicher nationalstaatlicher Strukturen und deren Ersatz durch ein großislamisches Reich mit einem Kalifen an der Spitze.[152] Hauptkennzeichen der Ideologie von „al-Qa'ida" ist die Uminterpretation des militanten Jihad zu einer offensiven Kampfform und die Legitimation seiner Anwendung auf den so genannten „Nahen Feind", i.e. die als unislamisch gebrandmarkten Regime in den muslimischen Ländern, sowie auf den „Fernen Feind", i.e. die USA, Russland sowie Israel. Markantestes Beispiel für dieses extrem militante Verständnis des Jihad-Begriffs ist der von Usama Bin Ladin und seinem Stellvertreter Aiman al-Zawahiri 1998 mitunterzeichnete Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler". Wörtlich heisst es in dem als ein religiöses Rechtsgutachten (fatwa) deklarierten Aufruf: „Es ist eine individuelle Glaubenspflicht jedes Muslims, der dies kann und in jedem Land, in dem dies möglich ist, diese Anordnung in die Tat umzusetzen, indem er die Amerikaner und ihre Verbündeten, Zivilisten und Militärs, tötet. Dies gilt, bis die al-Aqsa-Moschee in Jerusalem und die Große Moschee von Mekka aus ihrer Gewalt befreit sind und bis sich alle ihre Armeen aus der islamischen Welt zurückgezogen haben, besiegt und unfähig, irgendeinen Muslim zu bedrohen."[153] Hauptkennzeichen des Aufrufs sind die Erhebung der Tötung von Amerikanern zu einer vermeintlichen individuellen Pflicht eines jeden Muslims, die Delegitimierung der Stationierung

---

[150]Vgl. Stéphane Lacroix, Ayman al-Zawahiri, der Veteran des Dschihads, in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006, S. 271-296, hier S. 287.

[151]Zum Salafismus vgl. den Beitrag von Ekkehard Rudolph in diesem Band.

[152]Zur Agenda der Jihadisten vgl. Olaf Farschid, Jihadismus – Ideologie, Kommunikationsstrategien, Wirkung, in: SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis 3 (2006), S. 3-13.

[153]Zit. nach Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005, S. 63.

von US-Truppen in Saudi-Arabien sowie das Ziel der Verdrängung der USA von der Arabischen Halbinsel. Hierzu sollten die USA als Schutzmacht Saudi-Arabiens angegriffen und – wie bereits die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Tansania und Daressalam im August 1998 und auf das Marineschiff USS Cole im Oktober 2000 zeigten – möglichst viele Menschen, vor allem US-Bürger, getötet werden. Der Aufruf bezieht sich allerdings nicht allein auf die USA. Unter dem Vorwurf der israelischen „Besetzung Jerusalems" sowie seitens des „Kleinstaats der Juden" verübte „Morde an Muslimen" propagiert und rechtfertigt er ausdrücklich Angriffe auf Juden weltweit.[154]

Die mit dem Schlagwort der „Befreiung Palästinas" propagierte Zerstörung Israels wurde bei „al-Qa'ida" wahrscheinlich erst nach den Anschlägen des 11. September 2001, d.h. nach Zunahme des Einflusses palästinensisch-stämmiger Jordanier, zu einem ihrer zentralen Ziele.[155] Durchgängiges Element des von prominenten „al-Qa'ida"-Führern – in Buchform, aber vor allem über Audio-, Video- und Internetbotschaften – verbreiteten Antisemitismus ist der Vorwurf eines „jüdisch-christlichen" bzw. „jüdisch-amerikanischen Kreuzzugs"[156] gegen die muslimische Welt. So begründet Zawahiri seine Anschlagsdrohungen damit, dass der „Militärapparat der Juden und Kreuzritter ... Jerusalem besetzt" halte[157] und fordert, die „Hauptverbrecher USA, Russland und Israel in den Kampf zu zwingen und den Jihad „auf den Boden des Feindes" zu tragen.[158] Zwar solle, wie auch 2008 betont wurde,[159] die Zerstörung Israels erst nach der „Befreiung des Irak" von amerikanischer Besatzung sowie von der – von Schiiten und Kurden domi-

---

[154]Vgl. ebenda, S. 62f.

[155]Vgl. ebenda, S. 25, 77.

[156]Vgl. Aiman al-Zawahiri, Die Treue und der Bruch, in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006, S. 386f.

[157]Ebenda, S. 416.

[158]Vgl. Aiman al-Zawahiri, Ritter unter dem Banner des Propheten, in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006, S. 363f.

[159]Vgl. Videobotschaft Aiman al-Zawahiri, „In Erinnerung an die Katastrophe ... beendet die Blockade von Gaza" vom 5. Juni 2008.

nierten – neuen irakischen Regierung erfolgen. Andererseits, so Zawahiri in seinem 2001 veröffentlichten Buch „Ritter unter dem Banner des Propheten", dulde auch der Kampf gegen den „Fernen Feind", die als „Allianz der Juden und Kreuzritter" identifizierten USA, Russland sowie Israel, keinen Aufschub.[160] Da der militante Jihad nach Auslegung von „al-Qa'ida" als eine individuelle religiöse Pflicht für einen jeden Muslim zu gelten habe, bedürften junge Muslime auch niemandes Erlaubnis, um diesen gegen „die Amerikaner, die Juden und ihre Verbündeten" anzuwenden.[161] Wer diesen Jihad nicht führe, mache sich bei Zawahiri sogar des Versäumnisses der Ausübung einer religiösen Pflicht schuldig.[162]

Fernab der Frage, auf welchen Zeitpunkt sich das Ziel der Bekämpfung Israels exakt datieren lässt, stellte die Vernichtung Israels für „Kern-al-Qa'ida" und für zunächst verbündete, später eingegliederte Netzwerke (etwa für das im Irak mit wechselnden Bezeichnungen operierende Zarqawi-Netzwerk) ein wichtiges Fernziel dar. Hierfür stehen insbesondere die Aktivitäten der derzeit als „Islamischer Staat Irak" (ISI) operierenden „al-Qa'ida im Irak",[163] die dort seit 2003 einen Bürgerkrieg zu entfesseln und das Land zu einer Ausgangsbasis für den Regimesturz in den umliegenden arabischen Staaten und im Anschluss hieran zum Kampf an Israels Grenzen zu machen sucht.[164] Wie der 2004 vereitelte Giftgasanschlag auf die Zentrale des jordanischen Nachrichtendienstes GID zeigte, begrenzen insbesondere dem Zarqawi-Netzwerk zuzuordnende „al-Qa'ida"-Anhänger ihre Operationen nicht auf Anschläge im Irak, sondern agieren auch in den Nachbarregionen. Dies belegen im August 2005 aufgedeckte Pläne für Anschläge auf israelische Kreuzfahrtschiffe an der türkischen Südküste. Im gleichen Zuge

---

[160]Vgl. Zawahiri (Anm. 158), S. 364.

[161]Vgl. Zawahiri (Anm. 156), S. 416f.

[162]Vgl. ebenda, S. 407.

[163]Vgl. Farschid (Anm. 152), S. 10-12, 7f.

[164]Auch der geistliche Mentor Zarqawis, Abu Muhammad al-Maqdisi, rief mehrfach zum Kampf gegen Israel und der Juden auf. So kritisierte er u.a., dass die an Israel grenzenden arabischen Staaten Israel nicht bekriegten und eine Pufferzone zu den transnationalen Jihadisten bildeten, vgl. Steinberg (Anm. 153), S. 136.

hatte Zarqawi geäußert, dass er für die „Befreiung Jerusalems“ nicht zögern würde, Chemiewaffen gegen Tel Aviv und andere israelische Städte einzusetzen.[165]

Auch auf der Handlungsebene sind einschlägige Aktivitäten „al-Qa’ida“s bzw. mit „al-Qa’ida“ verbündeter Gruppierungen gegen Juden bzw. Israelis festzustellen. Zu den nach 2001 spektakulärsten Angriffen auf Juden außerhalb Israels zählen der Anschlag auf ein Hotel sowie der fehlgeschlagene Abschuss eines israelischen Verkehrsflugzeuges in Mombasa 2002, die Anschläge auf verschiedene jüdische Einrichtungen in Casablanca im Mai 2003, die Anschläge auf zwei Synagogen in Istanbul im November 2003, die Anschläge auf dem Sinai 2004 (Taba, Ra’s Shaitan und Nuwaiba) sowie die 2002 durch den frühen Zugriff deutscher Sicherheitsbehörden vereitelten Anschläge der Zarqawi-nahen „Tawhid-Gruppe“[166] auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf.[167]

Mit Blick auf die Propaganda- und terroristischen Aktivitäten „al-Qa’ida“s gegen Juden und gegen den Staat Israel ist darüber hinaus interessant zu beobachten, wie führende Protagonisten des Netzwerks die beiden regional gewaltausübenden Gruppen HAMAS und „Hizb Allah“ adressieren. Diese als deutlicher Einflussnahmeversuch zu wertenden Adressierungen, die ein beständig wiederkehrendes Element der jährlich mehr als ein Dutzend von Bin Ladin und Zawahiri verbreiteten Audio- und Videobotschaften sind, markieren zum einen den Stellenwert, den das Ziel der Zerstörung Israels als einer der wichtigsten Begründungszusammenhänge auch für das Spektrum des transnationalen Jihadismus besitzt. Zum anderen offenbaren sie trotz des für HAMAS und „Hizb Allah“ wie für „al-Qa’ida“ identischen Ziels der Zerstörung Israels, wie wenig homogen die Agenden gewaltausübender bzw.

---

[165]Ebenda S. 142.

[166]„Tawhid“ ist eine am Englischen ausgerichtete Schreibweise, im Deutschen heisst es korrekt „Tauhid“. Der Begriff (siehe auch Anm. 171) lehnt deutlich an Zarqawis Netzwerk „Jama’at al-tauhid wa’l-jihad“ („Gruppe für das Einheitsbekenntnis und den Jihad“) an, das bis 2004 unter dieser Bezeichnung firmierte, vgl. Farschid (Anm. 152), S. 10.

[167]Vgl. Steinberg (Anm. 153), S. 85, 85f., 82f., 128f., 222.

terroristischer islamistischer Gruppen sind.

Hauptadressat ist vor allem die palästinensische HAMAS. Dieser wirft Zawahiri die Teilnahme an den Kommunalwahlen 2004 und 2005 wie auch an den – von der HAMAS überraschend gewonnenen – Parlamentswahlen 2006 vor, womit sie eine „unislamische", „säkulare Verfassung" akzeptiert habe und von „islamfeindlichen" und „konfessionslosen" Kräften wie der palästinensischen Autonomiebehörde in das politische System integriert zu werden drohe.[168]

Wie die zahlreichen an die HAMAS wie auch an den „Palästinensischen Islamischen Jihad" (PIJ) gerichteten Botschaften zeigen, warnt „al-Qa'ida" vor dem Aufgeben ihrer Gewaltorientierung,[169] und fordert die bedingungslose Fortsetzung des militanten Jihads gegen Israel.[170] Zawahri versucht seine Haltung damit zu begründen, dass Waffenstillstands- und ein Friedensabkommen mit Israel gegen die Scharia sowie gegen das Prinzip des Tauhid[171] verstoßen würden. Eine Anerkennung des jüdischen Staates durch die HAMAS, wie von Israel, der UNO, der EU, den USA und Russland gefordert, käme sogar der „Preisgabe des Islam" gleich.[172]

Deutliche Kritik übt „al-Qa'ida" auch nach dem erfolgreichen Putsch der HAMAS gegen die rivalisierende Fatah und nach Übernahme der Macht im Gazastreifen im Juni 2007. Bereits zuvor hatte ihr Zawahiri ein unzureichendes und falsches Jihad-Verständnis sowie einen „Kapitulationskurs" gegenüber den Forderungen westlicher Staaten nach Anerkennung Israels

---

[168]Vgl. Videobotschaften Zawahiri vom 17. Juni 2005; 6. Januar 2006; 4. März 2006.

[169]Vgl. Videobotschaft Zawahiri vom 19. September 2005.

[170]Vgl. Videobotschaften Zawahiri vom 4. März 2006, 14. Dezember 2007 und 21. März 2008.

[171]Der Begriff „Tauhid", der eigentlich nur den Monotheismus bezeichnet, steht bei einem Großteil der Jihadisten für die unbedingte Befolgung salafistischer Ideologie. Hierzu gehört die Verketzerung von Demokratie und säkularem Recht und die Gleichsetzung mit vermeintlichem Polytheismus (shirk).

[172]Vgl. Videobotschaft Zawahiri vom 4. März 2006.

vorgeworfen.[173] Im gleichen Zuge warnte er vor der Nichtanwendung der Scharia, der Preisgabe muslimischen Bodens in Verhandlungen und – unter Anspielung auf die von der HAMAS regierte staatsähnliche Entität im Gazastreifen – der Schaffung eines palästinensischen Nationalstaats anstelle eines weltumspannenden islamischen Großkalifats.[174]

Auch 2007 und 2008 belegen einschlägige Audio- und Videobotschaften den eliminatorisch geprägten Antizionismus bzw. Antisemitismus des Netzwerks. Bezugspunkt war zum einen der 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels, zum anderen die unter Jihadisten zunehmende Kritik am mangelnden Engagement „al-Qaida"s für die Palästinenser, der Bin Ladin und Zawahiri in verschiedenen Botschaften entgegenzuwirken versuchten. Auch diesbezüglich wurde der gegen die „Feinde des Islam" zu führende militante Jihad als unabdingbar bezeichnet.[175] Da Palästina, so Bin Ladin in einer mit „Der Weg zur Befreiung Palästinas" betitelten Botschaft vom 21. März 2008, den Muslimen von den Christen und den Juden mit Waffengewalt entrissen worden sei, sei der militante Jihad „der einzige Weg, auf dem wir es zurückerlangen können".[176] Darüber hinaus gab es massive Kritik seitens des Anführers des selbsternannten „Islamischen Staates Irak" (ISI), Abu Umar al-Baghdadi. Dieser beschuldigte die HAMAS, den salafistisch orientierten transnationalen Jihadisten feindlich gegenüber zu stehen und die Gründung einer jihadistisch-salafistischen Gruppierung vor Ort zu verhindern. Allein diese seien dazu in der Lage, Israel zu zerstören und Palästina zu befreien.[177]

Anders verhält es sich mit den Bezugnahmen von „al-Qa'ida" auf die schiitische „Hizb Allah", die weitgehend von Ignoranz und deutlicher Ab-

---

[173]Vgl. Audiobotschaft Zawahiri: „Palästina betrifft uns und jeden Muslim" vom 11. März 2007.

[174]Vgl. Audiobotschaft Zawahiri: „Vierzig Jahre nach dem Fall von al-Quds (Jerusalem)" vom 25. Juni 2007.

[175]Vgl. Audiobotschaft Zawahiri: „Annapolis ... der Verrat" vom 14. Dezember 2007.

[176]Vgl. Videobotschaft Bin Ladin: „Der Weg zur Befreiung Palästinas" vom 21. März 2008.

[177]Vgl. Audiobotschaft Abu Umar al-Baghdadi: „Die Religion ist der Ratgeber" vom 13. Februar 2008.

grenzung geprägt ist. Während des Krieges zwischen Israel und der libanesischen „Hizb Allah“ 2006 sah sich Zawahiri allerdings erstmals gezwungen, zumindest indirekt auf die „Hizb Allah“ Bezug zu nehmen. So bezeichnete er die Auseinandersetzung als einen „kreuzzüglerisch-zionistischen Krieg“ und forderte darüber hinaus, die ganze Welt als ein „Schlachtfeld“ zur Bekämpfung von „Zionisten und Kreuzzüglern“ zu betrachten: „Muslime überall, ich fordere Euch auf, zu kämpfen und Märtyrer im Krieg gegen die Zionisten und die Kreuzzügler zu werden.“ [178] Auffällig war, dass Zawahiri sich trotz massiver ideologischer Differenzen zwischen der sunnitischen „al-Qa’ida“ und der schiitischen „Hizb Allah“ mit seinem Appell an die „Entrechteten und Unterdrückten auf Erden“ („al-mustad‘afin fi‘l-ard“) einen von Khumaini geprägten Begriff[179] verwandte, den bisher nur schiitische Organisationen benutzten.

Auch nach Beendigung des Libanonkriegs bezeichnete Zawahiri in einem Video anlässlich des fünften Jahrestags der Anschläge vom 11. September 2001 die Bekämpfung Israels wiederholt als eines der wichtigsten strategischen Ziele von „al-Qa’ida“. Diesbezüglich prophezeite er, dass die Jihadisten den „Zionisten und den Kreuzzüglern“ nicht allein im Irak und in Afghanistan, sondern auch in Israel eine baldige Niederlage bereiten würden.[180] Zuvor hatte er den Kampf gegen Israel als eine vorgebliche legitime Jihad-Form bezeichnet, die vor allem dem Zwecke des Sieges des Islam diene: „Der Krieg gegen Israel hängt nicht von Waffenstillständen ab ... Es ist ein Jihad auf dem Wege Gottes und er wird so lange dauern, bis unsere Religion gesiegt haben wird.“[181] Bin Ladin wiederum brandmarkte die „Hizb Allah“ 2007 als Verräterin an der palästinensischen Sache und griff das Quasi-Gewaltmonopol der Organisation in der Bekämpfung Israels scharf an. So behauptete Bin Ladin, dass die schiitische Organisation sowie deren Schutzmacht Iran nicht primär Israel bekämpften, sondern den Einfluss der

---

[178]Videobotschaft Zawahiri vom 27. Juli 2006.

[179]Vgl. Saad-Ghorayeb (Anm. 134), S. 16ff.

[180]Vgl. Videobotschaft Zawahiri vom 11. September 2006.

[181]Vgl. Videobotschaft Zawahiri vom 27. Juli 2006.

transnationalen sunnitischen Jihadisten einschränkten und diese an der Ausübung des militanten Jihad an den israelischen Grenzen hinderten.[182]

4. Zusammenfassung und Bewertung

4.1 Die dominantesten Antisemitismus-Formen im Spektrum islamistischer Gruppen

Antisemitismus ist bei sämtlichen islamistischen Gruppen, d.h. bei Gruppen, die den Islam nicht allein als eine Religion, sondern als ein Herrschaftssystem und als eine Gesellschaftsordnung verstehen, konstitutiver Bestandteil ihrer Ideologie. Dies gilt insbesondere für Formen, die sich unter „klassischem Antisemitismus" subsumieren lassen wie den religiösen, den politischen und den sozialen Antisemitismus sowie für den sekundären Antisemitismus. Mit Ausnahme der rassistischen Variante sind diese mehrheitlich europäischen Antisemitismus-Mustern entstammenden Unterformen bei sämtlichen islamistischen Gruppen – trotz deren unterschiedlicher Agenden – belegbar.

Der Nachweis des Antisemitismus gilt vor allem für den religiösen Antisemitismus. Dies betrifft Vorwürfe wie den Ritualmord („Hizb Allah") oder des Kindermords zum Zwecke des Organraubs und -handels („Millî Görüş"-Bewegung). Kennzeichnend ist hier eine „Rückbindung der Antisemitismen an das koranische Judenbild"[183] in Form der Anführung von Versen, die gemeinhin den Konflikt des Propheten Muhammad mit jüdischen Stämmen auf der Arabischen Halbinsel im siebten Jahrhundert beschreiben. Unter Verweis auf die hierin erhobenen Anschuldigungen der Prophetentötung, des Vertragsbruchs wie des Verrats,[184] versuchen islamistische Gruppen ihren Antisemitismus durch den Bezug auf religiöse Quellen zu legitimieren und Gewaltanwendung gegen Juden zu rechtfertigen („al-Qa'ida", HuT). Dies betrifft Diffamierungen von Juden als von Gott verflucht („Millî Görüş") und

---

[182]Vgl. Audiobotschaft Bin Ladin: „Der Weg zur Vereitelung von Verschwörungen" vom 29. Dezember 2007.

[183]Kiefer (Anm. 7), S. 298.

[184]Ebenda, S. 299.

als die größten Feinde der Gläubigen (HuT) sowie den Vorwurf, dass sie Propheten töten (HuT), lügen und andere verraten würden (HuT).

Die bei islamistischen Gruppen dominierende Antisemitismus-Form ist der politische Antisemitismus, der teilweise mit sozialem Antisemitismus vermengt ist. Hierzu gehört v.a. der Vorwurf der jüdischen Weltverschwörung in all seinen Varianten – etwa der Unterstellung eines geheimen Weltstaats der Juden („Millî Görüş“; „Hizb Allah“), deren Streben nach Weltherrschaft („Millî Görüş“), der Zuschreibung der Verantwortung für Großereignisse wie Revolutionen und Weltkriegen (MB; HAMAS) oder der Zerschlagung von Staaten („Millî Görüş“). Explizit – wie in der HAMAS-Charta – oder durch inhaltliche Übereinstimmung wird hierbei häufig auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ rekurriert, die – als das deutlichste Zeugnis der Übernahme europäisch geprägter Antisemitismus-Formen – in einen „islamischen Kontext“ gestellt und islamisiert werden. Dies gilt etwa für den Vorwurf, Juden gründeten und manipulierten internationale politische und wirtschaftliche Institutionen wie die UNO, die Weltbank oder den IWF („Millî Görüş“; HAMAS). Das antisemitische Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ beinhaltet darüber hinaus die Unterstellung, Israel errichte einen Großstaat vom Nil bis zum Euphrat (HAMAS; „Millî Görüş“; HuT).

Zum Stereotyp der jüdischen Weltverschwörung gehört auch die Behauptung einer spezifisch gegen den Islam gerichteten Verschwörung, ein Vorwurf, den Sayyid Qutb bereits in einem Frühstadium des Islamismus erhob und der später von vielen islamistischen Gruppen übernommen wurde. Hierzu gehört das Konstrukt einer auf die Frühzeit des Islam zurückgehenden Gegnerschaft von Juden gegenüber Muslimen sowie die Anschuldigung, im 20. Jahrhundert die Auflösung des Kalifats und die Abschaffung der Scharia in der 1923 gegründeten Türkei betrieben zu haben (MB). Darüber hinaus finden sich bei mehr oder weniger allen islamistischen Gruppen Formen des aus der Holocaust-Leugnung oder -Relativierung sowie dem Merkmal der Täter-Opfer-Umkehr bestehenden sekundären Antisemitismus.

Eine Antisemitismus-Form, die – mit Ausnahme der türkischen „Millî Görüş“ – bei sämtlichen, insbesondere den arabischen islamistischen Gruppen vorherrscht, ist darüber hinaus der antizionistische Antisemitismus, welcher aufgrund der vielfachen und expliziten Formulierung des Ziels der

Vernichtung Israels eindeutig als „eliminatorischer Antizionismus“ zu bewerten ist. Dieser „eliminatorische Antizionismus“ überwiegt bei den regional gewaltausübenden Gruppen HAMAS und „Hizb Allah“ gegenüber dem „klassischen Antisemitismus“, obwohl beide Gruppen zu bestimmten Zeitpunkten auf Muster des „klassischen Antisemitismus“ zurückgreifen. „Eliminatorischer Antizionismus“ findet sich auch bei der HuT und „al-Qa’ida“. Aufgrund der Tatsache, dass diese stärker als andere Gruppen Elemente des „klassischen Antisemitismus“ bemühen, um ihre auf die weltweite Tötung von Juden und die Auslöschung Israels gerichtete Agenda religiös zu verbrämen, stehen HuT und „al-Qa’ida“ eher für „eliminatorischen Antisemitismus“.

4.2 Das Verhältnis zwischen den Antisemitismus-Formen und den Gewaltstrategien islamistischer Gruppen

Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den von islamistischen Gruppen verkörperten Antisemitismus-Formen und deren politischen Agenden und Gewaltstrategien lässt sich eine weitgehende Korrespondierung in aufsteigender Richtung feststellen. Dies bedeutet, dass sich innerhalb des Spektrums islamistischer Gruppen, das von Nicht-Gewaltorientierung („Millî Görüş“ und IGMG; MB) über die Befürwortung von Gewalt (HuT) bis zur vorwiegend im Nahen Osten ausgeübten Gewalt (HAMAS; „Hizb Allah) und zu transnationalem Terrorismus („al-Qa’ida“) reicht, bei zunehmender Gewaltorientierung auch eine Veränderung der Antisemitismus-Formen von „klassischem Antisemitismus“ zu „eliminatorischem Antisemitismus“ zeigt. Das Spannungsverhältnis bewegt sich diesbezüglich einerseits zwischen der „Millî Görüş“, die das Existenzrecht Israels teilweise negiert, aber noch nicht zur Gewalt gegen Israel oder Juden aufruft, und andererseits dem Netzwerk „al-Qa’ida“, das die wohl exzessivste Form eines sowohl gegen Israel wie weltweit gegen Juden gerichteten Antisemitismus verkörpert.

So weist die nicht-gewaltorientierte türkische „Millî Görüş“, die mit dem Ziel der Schaffung eines islamistischen Staatswesens und der Islamisierung der Gesellschaft gemeinhin den „klassischen“ Islamismus repräsentiert, in der Mehrzahl Formen des „klassischen Antisemitismus“ auf, dem im Gegensatz zu den anderen Gruppen Aufrufe zur Gewalt gegen Israel oder Juden weit-

gehend fehlen. Bei politischen Kulminationspunkten wie dem Libanonkrieg 2006 zeigte sich allerdings auch in der „Millî Görüş“ eine Zunahme gegen Israel gerichteter antisemitischer Rhetorik, die bis zur Delegitimierung des Existenzrechts Israels und der Verbreitung von Antisemitismus-Sterotypen wie dem Vorwurf der gezielten Kindstötung zum Zwecke des Organhandels reichen.

Anders verhält es sich bei der hinsichtlich ihrer islamistischen Agenda nicht nur vergleichbaren, sondern als ideologisches Vorbild fungierenden panarabischen „Muslimbruderschaft“ (MB), die als eine – hinsichtlich der Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele – inzwischen nicht mehr gewaltorientierte Gruppe gilt. Neben dem „klassischen Antisemitismus“ ist für diese Organisation – wie für alle anderen arabischen islamistischen Gruppen – der sogenannte „Raub Palästinas“ durch „die Juden“ der zentrale Bezugspunkt. Unter Verweis auf diesen wichtigsten Topos innerhalb der konstruierten Mythen um eine jüdische Weltverschwörung negiert die MB das Existenzrecht Israels und rechtfertigt, obwohl sie hinsichtlich ihrer politischen Ziele als nicht-gewaltorientiert gilt, ausdrücklich Gewalt von Palästinensern an Israelis. Diese eliminatorisch antizionistische Haltung der MB schließt die Befürwortung von Selbstmordanschlägen und deren islamrechtliche Legitimation ausdrücklich ein. Die Gewaltorientierung der MB ist daher als ambivalent zu bewerten.

Der „Raub Palästinas“ ist auch zentraler Bezugspunkt für die gewaltbefürwortende HuT. Mit ihrer Agenda, sowohl Demokratie und säkulares Recht als auch sämtliche Regierungen in den muslimischen Ländern und westlichen Staaten als „ungläubig“ zu verketzern und deren gewaltsame Bekämpfung zu propagieren, steht sie den salafistisch orientierten Jihadisten des „al-Qa’ida“-Netzwerks ideologisch näher als die regional gewaltausübenden Gruppen HAMAS und „Hizb Allah“. Dies gilt auch für die von ihr verkörperten Antisemitismus-Formen, zu denen vor allem Versuche der historischen Begründung und höchst extensiven islamrechtlichen Legitimation der unterschiedslosen Tötung von Juden sowie Aufrufe zur Auslöschung des Staates Israel gehören. Der von der HuT verkörperte Antisemitismus ist daher als Ausdruck von „eliminatorischem Antisemitismus“ zu bewerten.

Ideologisch vergleichbar sind – trotz unterschiedlicher Bedingungsfaktoren – die beiden regional gewaltausübend agierenden Gruppen HAMAS (sunnitisch) und „Hizb Allah“ (schiitisch). Beide verkörpern so genannte „klassische“ islamistische Gruppen, die Wahlerfolge erzielen und in Teilen ihrer Bevölkerung Unterstützung genießen. Für sie bildet darüber hinaus der bewaffnete Kampf gegen Israel die wichtigste Legitimationsgrundlage – teilweise, wie die Weigerung der „Hizb Allah“ nach Auflösung ihrer schwer bewaffneten Miliz im Libanon nach dem Abzug der israelischen Armee 2000 verdeutlicht – unabhängig von Situationen militärischer Besatzung. Diesbezüglich weisen beide Gruppen weniger Elemente von „klassischem Antisemitismus“ auf, obwohl gerade die HAMAS-Charta hiervon ein deutliches Zeugnis ablegt, als eine antizionistische Prägung mit ausgewiesen eliminatorischen Zügen. Dieser eliminatorische Antizionismus basiert auf der von beiden Gruppen propagierten Ideologie des „Widerstands“ (Arabisch „muqawama“), deren eliminatorischer Charakter weit über Formen des „klassischen Antisemitismus“ hinausreicht. Dies gilt vor allem für die massive antiisraelische Militärpropaganda des „Hizb Allah“-Senders „al-Manar“, der Anschläge und Selbstmordattentate ihrer militärischen Flügel offensiv bewirbt und unmissverständlich die Auslöschung Israels propagiert.[185]

Die bei weitem exzessivste Form eines sowohl gegen Israel wie weltweit gegen Juden gerichteten Antisemitismus verkörpert das Netzwerk „al-Qa’ida“, das die Bekämpfung von Juden wie auch die Vernichtung Israels erst relativ spät in ihre Agenda aufnahm. Nichtsdestotrotz verdeutlicht der Bezug auf den „Palästina“-Konflikt, welchen Stellenwert das Ziel der Zerstörung Israels auch im transnationalen Jihadismus inzwischen besitzt. Dessen Akteure, fast sämtlich takfiristisch[186] orientierte Kämpfer des globa-

---

[185]Interessanterweise wurde dem „Hizb Allah“-Sender „al-Manar“ die Ausstrahlung über Eutelsat aufgrund der Verbreitung des klassischen Stereotyps des Ritualmords an Kindern untersagt, nicht wegen der Verbreitung antiisraelischer Militärpropaganda oder der zahlreichen Aufrufe zur Auslöschung Israels, vgl. auch Peter Philipp, Antisemitismus in nahöstlichen Medien, in: www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=H71UMA.

[186]Takfirismus (von Arabisch „takfir“, „Exkommunizierung“) steht für die Praxis, nicht nur Juden und Christen als „Ungläubige“ zu verketzern, sondern auch jene Muslime,

len Jihad, sind sowohl eliminatorisch antizionistisch als auch eliminatorisch antisemitisch ausgerichtet. Dies zeigen nicht allein die Versuche der islamrechtlichen Begründung der Zerstörung Israels und der Tötung von Juden weltweit, was über die von der HAMAS und „Hizb Allah“ verfochtene Agenda hinausgeht. Vielmehr belegen die transnationalen Jihadisten ihren massiv eliminatorischen Antisemitismus nicht nur programmamatisch in Form unzähliger Aufrufe zur unterschiedslosen Tötung von Juden, sondern vor allem durch weltweite Anschläge auf jüdische Einrichtungen.

4.3 Gefährdungsbewertung der Antisemitismus-Formen im Islamismus

Wie gezeigt, ist die Delegimierung des Existenzrechts Israels fester Bestandteil der Agenden islamistischer Gruppen. Entsprechend propagieren diese – mit einer Ausnahme – Gewaltanwendung gegen Israel und seine Staatsbürger und verlangen die Zerstörung des jüdischen Staates. Zwei Gruppen fordern darüber hinaus, Juden weltweit zu bekämpfen und zu töten.

Differenzierter stellt sich die Situation im Bereich der Gewaltanwendung dar, wo Unterschiede in den Begründungszusammenhängen wie auch hinsichtlich der Antisemitismus-Formen deutlich werden. So variieren die Begründungen für antisemitisch motivierte Gewalt zwischen eher nationalen Motiven – wie bei HAMAS und mit Abstrichen auch bei der „Hizb Allah“ der Fall – und der Agenda der transnationalen Jihadisten. Beide islamistische Strömungen scheint das Ziel, Juden zu bekämpfen und Israel zu vernichten, auf den ersten Blick zu einen.[187] Eine genauere Betrachtung verdeutlicht hingegen die Konkurrenzsituation, die zwischen den eher national motivierten gewaltausübenden Islamisten von HAMAS und „Hizb Allah“ und den transnationalen Jihadisten vorherrscht. Konkurrenz prägt in besonderem Maße die Haltung von „al-Qa’ida“, die mittels Audio- und Videobotschaften massiv auf HAMAS und „Hizb Allah“ einzuwirken versucht und diesen vor allem

---

die im Sinne salafistischer Ideologen als nicht-linientreu gelten.

[187] Dies gilt im besonderen Maße für die extrem anti-schiitische „al-Qa’ida“ und die schitische „Hizb Allah“, die ideologisch gegeneinander gerichtet sind und deren Anhänger sich etwa im Irak auf das heftigste bekämpfen.

Behinderung der Gewaltausübung gegen Israel vorwirft.

Dabei erweisen sich beide Antisemitismus-Formen als effektive und schwer zu bekämpfende Instrumente der Mobilisierung. Dies gilt v.a. für den „eliminatorischen Antizionismus“ von HAMAS und „Hizb Allah“, deren „Widerstands“-Ideologie nicht nur über „klassische Antisemitismus“-Muster hinausreicht, sondern sich insbesondere bei militärischen Auseinandersetzungen mit Israel mehrfach als hochgradig mobilisierend erwiesen hat. Ähnlich verhält es sich mit dem „eliminatorischen Antisemitismus“ wie ihn das Netzwerk „al-Qa’ida“ verkörpert. Wie die internationalen Anschläge auf jüdische Einrichtungen zeigen, verfehlen die Aufrufe von „al-Qa’ida“ zur weltweiten Tötung von Juden ihre Wirkung nicht. Der Umstand, dass sowohl der „eliminatorische Antizionismus“ von HAMAS und „Hizb Allah“ als auch der von „al-Qa’ida“ verkörperte „eliminatorische Antisemitismus“ derartige Mobilisierungseffekte erzielen, stellt die Antisemitismus-Prävention vor neue Herausforderungen.

Salafistische Propaganda im Internet

Eine Analyse von Argumentationsmustern im Spannungsfeld von missionarischem Aktivismus, Islamismus und Gewaltlegitimation

Ekkehard Rudolph

1. Einleitung und Fragestellung

In der islamischen Welt wie unter Muslimen westlicher Länder ist das Gesellschaftsmodell des Salafismus (arab. Salafiya) in den letzten Jahren zunehmend attraktiv geworden. Durch den als Abweichung von der islamischen Lehre empfundenen Glaubens- und Werteverlust, den ein Teil von Muslimen als charakteristisch für die islamische Gemeinschaft (umma) insgesamt reklamiert, werden von den geistigen Wortführern der Bewegung Analogien zur historischen Vergangenheit des Islam und zu seinem universal gültigen Glaubens- und Rechtssystem konstruiert.

Als Leitbild dafür dient das Beispiel der sogenannten „frommen Vorfahren“ (al-salaf al-salih) der frühen muslimischen Gemeinde von Medina, die nach islamischer Lehre das „Zeitalter der Glückseligkeit“ (asr al-sa’ada), d.h. die Herrschaft des Islam in Abgrenzung von einer als „unwissend“ wahrgenommenen heidnischen Stammeskultur begründeten. Aus dem Ideal dieser heldenhaft verklärten Tradition bezieht der Salafismus seine Legitimation und Wirkungskraft bis heute.

Indem sie Geist und Buchstaben der prophetischen Tradition (Sunna) kongenial wiederzubeleben suchen und die vermeintlich regressiven gesellschaftlichen Entwicklungen der islamischen Welt – Salafiten bezeichnen diese als „unerlaubte Neuerungen“ (bid’a) - als Quelle aller politischen und sozialen Probleme betrachten, begeben sie sich in einen unauflösbaren (Identitäts-)Konflikt mit den sie umgebenden Gesellschaften islamischer Länder wie den demokratischen Systemen des Westens.

Abweichend von den meisten islamistischen Bewegungen der Vergangenheit, die einen politischen Geltungsanspruch ihrer Ideologie und die Beeinflussung gesellschaftlicher Strukturen und Entwicklungen als extremistischen Gegenentwurf zu demokratischen Systemen offen vertreten, argumentieren viele

salafistische Gelehrte und Prediger zunächst in einem religiös-theologischen Begriffsrahmen, der auf ein streng islamkonformes Regelverhalten des einzelnen Gläubigen zielt. In der Konsequenz allerdings hat das Islam-Verständnis salafistischer Akteure und deren buchstabengetreue Auslegung der offenbarten Texte „eine Befürwortung frühislamischer Herrschafts- und Gesellschaftsformen zur Folge, die unvereinbar mit den wesentlichen Verfassungsgrundsätzen des Grundgesetzes sind."[1]

In religiöser Hinsicht ist das Bekenntnis zur Einheit Gottes (tauhid) für alle Salafisten von zentraler Bedeutung. Bei Fragen der Rechtsauslegung folgen sie fast ausschließlich der Schule der Hanbaliten[2], die sich in der religiösen Praxis und der sozialen Verhaltensregeln allein auf Aussagen in Koran und Sunna stützen und eine davon unabhängige Urteilsfindung in der islamischen Rechtslehre rigoros ablehnen.

Die ursprüngliche salafistische Ideologie zeigt sich insbesondere in der Lehre der Wahhabiten - ihr Begründer war der Religionsgelehrte Muhammad ibn Abd al-Wahhab (1703-1791) -, die sich in Saudiarabien als religiöse Staatsdoktrin nachhaltig ausgebreitet hat.[3]

Gefördert durch die mediale Verbreitung religiöser Rechtsgutachten (Fatwas), durch Publikationen und Finanzhilfen von Organisationen und Stiftungen, die in erster Linie der staatlichen Missionspolitik Saudiarabiens verpflichtet sind, finden salafistische Deutungsangebote weite Verbreitung auch und gerade in der muslimischen Diaspora in Europa. Während die ältere Generation wahhabitischer Gelehrter eine vermeintlich politisch loyale, „puristische" Form des Salafismus nach außen vertritt, haben Teile der jüngeren Generation – angeregt u.a. durch die Lage in Afghanistan seit den 1980er Jahren – eine militante Ausdrucksform des Salafismus theoretisch begründet und eingefordert.

---

[1] Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 30.

[2] Diese geht auf den islamischen Rechtsgelehrten Ahmad ibn Hanbal (gest. 855) zurück.

[3] Vgl. Guido Steinberg, Saudiarabien. in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart. München 2005, S. 537ff.; Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Ideologische Hintergründe der Al-Qaida, Düsseldorf 2002, abgerufen unter http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz

In Ägypten wurde die Muslimbruderschaft und die später gegründeten terroristischen Organisationen wie „Takfir wa'l-Hidjra" und „al-Jihad" vom wahhabitischen Salafismus nachhaltig inspiriert.[4]

In der Frage der offenen Legitimierung von Gewalt zur praktischen Durchsetzung islamischer Staatsvorstellungen ist die Bewegung bis heute gespalten. Während viele Salafisten den offensiven gewaltsamen Jihad oder auch Selbstmordattentate als Verstoß gegen die Lehren des Islam ablehnen, wird die salafistische Bewegung seit den 1990er Jahren durch die Theorie zur Verteidigungspflicht der islamischen Länder gegen nichtislamische Besatzungsmächte und den Aufruf zum globalen Jihad massiv beeinflusst. Hier sind zahlreiche Schnittmengen mit Ideologen wie Akteuren des islamistischen Terrorismus erkennbar.[5]

In der Forschung wird der Salafismus deshalb als divergierendes Phänomen zwischen einer apolitischen „puristischen" Strömung, einer breiten missionarischen Strömung („Mainstream"- oder auch Da'wa-Salafismus) und einer auf den gewaltsamen Jihad rekurrierenden Ideologie (Salafiya Jihadiya) analysiert. Diese hat sich im Lauf der Entwicklung von den verschiedenen politischen Bewegungen im Islamismus wie beispielsweise der Muslimbruderschaft abgekoppelt. Im Zuge der dynamischen Entwicklung der salafistischen Denkschulen, die der Soziologe Olivier Roy auch als „Neofundamentalismus" bezeichnet[6], werden teilweise extrem kontroverse Positionen sichtbar, die von der dogmatischen Ablehnung jeglicher Teilhabe an einer „unislamischen" Gesellschaft (puristischer Salafismus) bis zur militanten Ideologie der Al-Qaida reichen.[7]

---

[4] Vgl. Johannes Grundmann, Islamische Internationalisten: Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der Islamischen Weltliga. Wiesbaden 2005; Ahmad Mousalli, Wahhabism, Salafism and Islamism. Conflicts Forum Monograph, January 2009, in: http://www.conflictsforum.org (gelesen am 23. April 2009).

[5] Vgl. Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind – Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005, S. 20ff.

[6] Vgl. Olivier Roy, Der islamische Weg nach Westen – Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung. München 2006, 243ff.

[7] Vgl. Quintan Wiktorowicz, Anatomy of the Salafi Movement. Studies in Conflict & Terrorism 29, 2006, S. 207-239

Die theologische und rechtliche Basis, auf die sich die verschiedenen salafistischen Strömungen zurückleiten, weist jedoch – ungeachtet abweichender Auslegungen – viele Gemeinsamkeiten auf.[8]

Im Folgenden sollen verschiedene Muster religiös-extremistischer Argumentation in ihren Übergängen zu politischen und schließlich gewaltaffinen Ausdrucksformen an Beispielen erhellt werden. Vor allem im Internet kann gezeigt werden, wie effektiv salafistische Propaganda „funktioniert" und damit teilweise Argumentation und Einflusspotential der traditionellen islamistischen Organisationen verdrängt oder überlagert.

2. Salafistische Ideologie und Propaganda im Internet

Unter muslimischen Gemeinschaften in Deutschland findet die salafistische Ideologie in ihren verschiedenen Ausprägungen seit Jahren wachsende Anhängerzahlen.[9] Eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung spielt dabei das Medium Internet. Hier zeigt sich eine neue Kommunikationsstrategie, die das missionarische Ziel der Verbreitung salafistischer Ideologie insbesondere unter Jugendlichen mit den Bedürfnissen der modernen Mediengesellschaft verbindet.

So werden seit ca. 2002 auf deutschsprachigen Internetseiten in sprunghaft ansteigender Zahl Fatwas, Predigten und religiöse Abhandlungen auf Deutsch bzw. in deutscher Übersetzung bereitgestellt. Diese Entwicklung korrespondiert mit der weltweiten Zunahme salafistischer Webseiten mit Online-Predigten und sogenannter „e-Fatwas" insbesondere saudisch-wahhabitischer Herkunft ca. seit dem Jahr 2000.[10]

---

[8] Vgl. Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida - Texte des Terrors. München; Zürich 2006, Rüdiger Lohlker, Dschihadismus – Materialien. Wien 2009, S. 56ff.

[9] Die Verfassungsschutzberichte 2008 der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Berlin widmen salafistischen Strömungen und ihren Anhängern eigene Abschnitte. Für Bayern wird eine Zahl von 100 Personen genannt, die salafistischen Netzwerken zugerechnet werden können. Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, München 2009, S. 36.

[10] Vgl. The National Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Jihadis and the Internet, Den Haag 2007, S. 58 (abgerufen unter http://english.nctb.nl); Dominique Thomas: Le role d'Internet dans la diffusion de la doctrine salafiste, in: Bernard Rougier (Hrsg.),

Die absolute Mehrheit der Internetaufritte sind dem „Mainstream“-Salafismus zuzuordnen. Inhaltlich richten sich diese Seiten auf die Vermittlung einer „authentischen“ sunnitisch-islamischen Lehre und der darauf basierenden religiösen Orthopraxie in den unterschiedlichen Alltagssituationen von Muslimen.[11] Heterodoxe islamische Sekten und Bewegungen (Schiiten, Ahmadiyya u.a.) werden entsprechend ausgegrenzt.

Inhaltlich vermitteln sie - im Unterschied zu Internetpräsenzen muslimischer Vereine, die beispielsweise den islamischen Dachorganisationen in Deutschland nahe stehen, ein „geschlossenes“ islamisches Weltbild, das vor allem jungen Muslimen mit Migrationshintergrund wie auch deutschen Konvertiten Immunität gegenüber dem gewaltbereiten Spektrum auf der einen Seite wie gegen Identitätsverlust und „Verwestlichung“ auf der anderen Seite verspricht. Als probates Mittel dagegen fordern sie das rigorose Einhalten islamischer Pflichten.

In Texten und Predigten argumentiert man zugleich, dass die „richtig“ gelebte salafitische Lehre den einzigen Schutz gegen Extremismus und Terrorismus biete. Das Ziel der Betreiber und Protagonisten dieser Seiten ist in erster Instanz „Mission“, d.h. nach diesem Selbstverständnis die „Einladung zum Islam“ (da’wa), die zum einen auf die Bekehrung von „Nicht-Muslimen“, darunter Christen und Juden, die oft als „Ungläubige“ (kuffar), apostrophiert werden, und zum anderen auf die Rückgewinnung „abtrünniger“ Muslime auf der anderen Seite, gerichtet ist.

Auf der Internetseite www.salaf.de wird die geistige Zielrichtung im Sinne dieser umfassenden, missionarisch ausgerichteten Salafiya beschrieben: „Die Salafi Da’wah (Einladung, Aufruf) ist die des Islam in seiner Gesamtheit, die die ganze Menschheit anspricht, unabhängig von Kultur, Rasse oder Hautfarbe. Sie ist die vollkommene und vollendete Methode des Verständnisses des Islam und Handlung entsprechend seiner Lehren...“[12]

Qu’est-ce que le salafisme? Paris 2008, S. 87ff.

[11] Carmen Becker, Zurück zum Quellcode – Salafistische Wissenspraktiken im Internet, in: inamo – Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten, 15 (2009), Nr. 57, S. 37-42.

[12] Die Definition war in der Vergangenheit auf der Startseite der Domain www.salaf.de (gelesen am 16. Mai 2006) eingestellt und ist inzwischen nicht mehr abrufbar.

Traktate und Predigten prominenter wahhabitischer Gelehrter bilden auf vielen „Mainstream"-Seiten das Hauptreservoir der Islamexegese.[13] Typisch ist dabei die Ablehnung religiöser „Neuerungen" und Abweichungen vom „wahren Islam". Immanent wird die Wiederherstellung der ursprünglichen Ordnung des Islam in den muslimischen Ländern als einzig möglicher „Heilsweg" propagiert. So füge etwa der Dialog der Religionen dem Islam großen Schaden zu. In einer seit Jahren im Internet kursierenden, als „historisch" bezeichneten Predigt des Imam der Prophetenmoschee von Medina (Saudiarabien) aus dem Jahre 1998 wird diese Position, bei der zugleich antijüdische und antichristliche Klischees bedient werden, wie folgt ausgeführt: „Der Feldzug, welcher begonnen wurde, unterschiedliche Religionen zu vereinen, ist nicht nur gegen den Geist des Islam. Vielmehr wird er die Muslime schrecklichen Problemen und Katastrophen aussetzen. Die verhängnisvollen Ergebnisse solch einer Bewegung wird grausam sein: Schwächung des Iman (d.h. des islamischen Glaubens), Verfälschung des Glaubens und Freundschaft mit den Feinden Allahs…"[14]

Inhalte vieler salafistischer Webseiten zeigen die Nähe zur Ideologie des „Takfir" („Zum Ungläubigen erklären") und in Fortführung dieser Argumentationslinie zur Legitimation des gewaltsamen Jihad. Dies wird insbesondere durch abrufbare Texte oder durch Verlinkung deutlich. Auch wenn auf der Mehrzahl salafistischer Internetseiten keine unmittelbare Gewaltideologie propagiert wird, so ist festzustellen, dass hier eine islamistische, an einer „dualistischen" Weltordnung orientierte Propaganda verbreitet wird, die dazu angelegt ist, desintegrative Tendenzen innerhalb der Gesellschaft zu fördern. In dieser Propaganda bringt man zum einen extreme Intoleranz gegenüber „unislamischen" Verhaltensweisen sowie gegenüber anderen Religionen und Glaubenslehren zum Ausdruck. Zum anderen wird die Orientierung auf das Weiterleben der - wahrhaft - Gläubigen im „Jenseits" als vorrangige Glaubensnorm vertreten. Hier sind teilweise fließende Übergänge zur Ideologie

[13] Zu den im „Mainstream"-Salafismus anerkannten Autoritäten gehören vor allem die Hadith-Gelehrten Nasir al-Din al-Albani (1914-1999), Scheich Abd al-Aziz ibn Baz (gest. 1999) und Muhammad ibn al-Uthaimin (1926-2001).

[14] Eine ergreifende Botschaft an die muslimische Umma, Chutba (Predigt) von Scheich `Ali Abdur-Rahman al-Hudhaifi, Medina 13. März 1998. Aus dem Englischen übersetzt von Abu Imran, abrufbar unter www.salaf.de (gelesen am 15. Juni 2009)

des Jihad zu erkennen.[15]

Aktuell verbreiten deutschsprachige Prediger, darunter zum Islam konvertierte „Jugendimame“, die Botschaft der „Salafi Da’wa“ lokal und bundesweit über Vortrags- und Seminarveranstaltungen. Das Angebot des deutschsprachigen Wochenendseminars „Lerne den Islam“, seit 2002 im Internet beworben und an Moscheegemeinden u.a. in Nordrhein-Westfalen und Berlin abgehalten, wird mittlerweile durch eine Vielzahl von Tagesveranstaltungen mit salafistischen Predigern im gesamten Bundesgebiet ergänzt. Die Teilnehmerzahlen zeigen den Sogeffekt des Angebots. Video-Mitschnitte auch von regionalen Veranstaltungen sind mittlerweile in zunehmender Zahl über Internetportale wie YouTube, über eigene Videoportale[16] oder über Weblogs abrufbar.

Unter der stetig steigenden Zahl der Internetauftritte sind Unterweisungen zur religiösen Praxis, Ratgeber in Alltagsfragen, Abgrenzungen von der Mehrheitsgesellschaft und Warnungen vor dem „Jenseits“ nach strenger Auslegung von Koran und Sunna maßgebend.[17] Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen bilden auf vielen salafistischen Internetseiten die Ausnahme.

Zunehmend verbreitet werden multimediale und mehrsprachige Webseiten und Foren, die durch Weblinks ihre Zuordnung zu bestimmten Predigern oder Strömungen erkennen lassen. Dabei wird auch eine wachsende internationale Vernetzung salafistischer Strukturen erkennbar.[18]

---

[15] Siehe dazu Punkt 3.3.

[16] Vgl. als Beispiel www.sunnatv.de (gelesen am 15. März 2009)

[17] In einem Internetforum wurden 2008 von einem Teilnehmer 31 deutschsprachige Internetseiten als maßgeblich für „korrekte“ Informationen über den Islam angegeben (www.diewahrheitimherzen.de/forum/, gelesen am 10. September 2008). Hinzu kommt eine unüberschaubare Zahl u.a. aus Saudiarabien und den Golfstaaten betriebener mehrsprachiger Webseiten mit Texten, Predigten und Rechtsgutachten.

[18] International betriebene salafistisch beeinflusste Webseiten wie www.islamhouse.com www.al-islam.com und www.islamweb.net setzen in den letzten Jahren gezielt auf Übersetzungen und suchen dafür auch in Deutschland nach Mitarbeitern. Zugleich werden Video- und Audiopredigten teilweise prominenter englischsprachiger Salafistenvertreter wie z.B. Khalid Yasin, Zakir Naik, Yusuf Estes und Bilal Philips auf deutschsprachigen Seiten verlinkt.

3. Argumentationsmuster

Die folgenden Beispiele salafistischer Propaganda im Internet beleuchten die fließenden Grenzen in der Theoriebildung zwischen missionarischem Aktivismus, Gewaltradikalisierung und Rekrutierung für den militanten Jihad.

3.1. Islamische Rechtsordnung

Unter der Internetadresse www.al-iman.net wird die Schrift „Das Herrschen mit von Menschen erfundenen Gesetzen" verbreitet. Autor ist Abu Hamza Al-Masri, medienbekannter militant-salafistischer Prediger aus Ägypten, der über Jahre hinweg junge Muslime im Londoner Stadtteil Finsbury Park radikalisierte. Er wurde 2006 von einem Gericht in London wegen Volksverhetzung zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.[19] In dem seit 1999 in Englisch und weiteren Sprachen verbreiteten Traktat erteilt man einer freiheitlichen und säkularen Ordnung im Namen einer universal und zeitlos gültigen islamischen Rechtsordnung eine klare Absage: [20] „Es ist also bewiesen, dass diejenigen, die daran scheitern mit Allahs Shari'ah zu regieren, Kufar (d.h. Ungläubige) sind, nicht nur diejenigen, welche die Shari'ah ersetzen…"[21] Schließlich folgt aus dem Verdikt die Legitimation zur Bekämpfung „unislamischer" Herrschaftsformen: „Wir rufen hiermit jeden ehrlichen Muslim dazu auf, dass, wenn er auch nicht gegen die Herrscher und ihre Armeen kämpfen und sie von der Macht entfernen kann, sollte er wenigstens nicht diejenigen daran hindern, die es tun…"[22] In einer sicherheitspolitischen Studie aus den Niederlanden wird die Bedeutung von Traktaten wie der von al-Masri gerade für die Indoktrinierung muslimischer Jugendlicher in euro-

[19] Vgl. Jürgen Krönig, Auch Hassprediger dürfen hinter Gitter, in: Die Zeit vom 19.01.2006, abgerufen unter http://www.zeit.de/online/2006/04/hamza (gelesen am 5. Juni 2008).

[20] James Brandon, Virtual Caliphate – Islamic Extremists and their Websites, Veröffentlichung des Centre for Social Cohesion, London 2008, S. 4; abrufbar unter www.socialcohesion.co.uk (gelesen am 23. April 2009).

[21] Abu Hamza al-Masri: Das Herrschen mit von Menschen erfundenen Gesetzen, S. 24, abgerufen unter www.al-iman.net (gelesen am 2. Juni 2008).

[22] Ebenda, S. 26.

päischen Metropolen als unverändert hoch eingeschätzt.[23]

Unter der o.g. Internetadresse wird auch ein anonymer Text unter dem Titel „Walah und Barah“ zum download angeboten. Das aus dem Koran stammende Begriffspaar – sinngemäß übersetzt „Loyalität zum islamischen Glauben und Lossagung vom Unglauben“ - dient konservativen islamischen Rechtsgelehrten wie modernen islamistischen Theoretikern, darunter auch Aiman al-Zawahiri aus dem engsten Führungszirkel der Al-Qa’ida, als Rechtfertigung für den bewaffneten Jihad. Das Traktat enthält rigide Empfehlungen zum Verhalten von Muslimen gegenüber Ungläubigen, die schließlich auch den bewaffneten Kampf einschließen: „Barah entspringt dem Hassen um der Religion willen… Hierzu gehört,… dass man Dschihad macht mit dem Geld, der Zunge und mit Waffen und dass man die Länder der Kufar (d.h. der Ungläubigen) verlässt und zu den Ländern der Muslimin geht…“[24] Auf der Internetseite www.unserislam.de sind detaillierte Ausführungen zum Umgang mit Nicht-Muslimen und „Abtrünnigen“, zum Jihad und zum islamischen Strafrecht enthalten. Insbesondere die Erläuterungen zur Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes der Anhänger des Propheten im frühen Islam können wegen ihres aktuellen Geltungsanspruchs als Legitimationsbasis für militant-islamistische Gruppierungen bewertet werden: „Heutzutage, wo die imperialistischen Kuffar (d.h. Ungläubige) die islamischen Länder besetzt halten, ist der Djihad für jeden Gläubigen, der es vermag, eine ´ibadat im Range von Fard ´Ayn (d.h. unbedingte Glaubenspflicht).“[25] Es handelt sich hier um eine rigoros-salafistische Auslegung islamischer Quellen, die eine klare Ableitung auf das Verhalten des Gläubigen in der Gegenwart enthält.

---

[23] The National Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.): Salafism in the Netherlands: A passing phenomenon or a factor of significance? Den Haag 2008, S. 58, abrufbar unter http://english.nctb.nl (gelesen am 21. Juli 2008).

[24] Walah und Barah, S. 2, abgerufen unter www.al-iman.net (gelesen am 2. Juni 2008).

[25] Vgl. Textauszug unter link „In Medina wurde der bewaffnete Widerstand zur Pflicht erklärt“, abgerufen unter www.unserislam.de (gelesen am 2. Juni 2008).

3.2. Unglaube und Abfall vom Glauben

Auf vielen salafistischen Internetseiten finden sich Texte über die Pflicht zur Ablehnung „nichtislamischer" Rechtsordnungen. Ein Beispiel ist der aus dem Arabischen übersetzte Vortrag „Die Ablehnung des Taghuts". Unter Zitierung des Koran, des Hadith und wahhabitischen Rechtsgelehrter wird davor gewarnt, „ungläubige" Rechtsordnungen, Demokratie, Volksvertretungen etc. zu akzeptieren. Diese werden als „Taghut" (wörtlich: Götzen, d.h. dem Unglauben dienend) bezeichnet. Falls der Gläubige sich dennoch dem „Taghut" unterwerfe, falle er vom Islam ab, wobei Sanktionen für den „Abfall vom Islam" nicht ausdrücklich benannt werden: „So ist dieser Säkularismus, der die Shari'a außer Kraft setzt, und das erlaubt, was Allah … verboten hat und das verbietet, was Allah … erlaubt hat, so muss man Kufr gegen ihn machen, denn er ist ein Taghut…"[26]

In einem anderen Traktat zum gleichen Thema wird über demokratische Systeme Folgendes ausgesagt: „Die Demokratie ist ein Taghut und bildet das Fundament der Taghut, die außer Allah angebetet werden. Destotrotz zögern und scheuen sich die Menschen nicht, in diesen Din (d.h. Religion) einzutreten. Sie lassen sich vor ihr richten und loben ihn, ohne sich zu scheuen…"[27]

Auf der bereits genannten Internetseite www.unserislam.de werden die Folgen des Übertritts vom Islam unter islamrechtlichen Kriterien wie folgt wiedergegeben:„Die hanafitischen Ulama sind sich darüber einig, dass ein Mann, der sich vom Islam abgewendet hat (nachdem er Muslim war) getötet werden muss, eine Frau hingegen muss eingesperrt werden…" [28]

Diese Rechtsauffassung wird auch in der Schrift „Die Glaubenslehre der sunnitischen Gemeinschaft" des im salafistischen „Mainstream" als besondere Autorität geltenden saudiarabischen Rechtsgelehrten Muhammad ibn al-

[26] Bishr ibn Fahd al-Bishr, Die Ablehnung des Taghut, Deutsche Übersetzung einer Vortragsreihe, erschienen im At-Taqwah Verlag, Riad, S. 42, abgerufen unter www.al-iman.net (gelesen am 2. Juni 2008).

[27] Die Erklärung des Begriffes Taghut, S. 22, abgerufen unter www.tawhed.de (gelesen am 2. Juni 2008).

[28] Vgl. Textauszug unter link „Die Aqida /Der Unterschied zwischen einem Murtadd (Abtrünnigen) und einem Kafir", abgerufen unter www.unserislam.de (gelesen am 2.Juni 2008)

Uthaimin verbreitet.[29] Die Haltung gilt wegen ihrer Rückführung auf den Koran zwar als rechtstheoretisch kaum auszuhebeln. Ihre Sanktionierung sollte allerdings nach vorherrschender Meinung einem Rechtsgelehrten vorbehalten bleiben.[30] Inwieweit die Umsetzung der Bestrafung eines „Abtrünnigen" durch eine lokal erlassene Fatwa möglich wäre, ist nicht abschätzbar. Die Ereignisse in Zusammenhang mit dem Mord an dem niederländischen Filmregisseur Theo van Gogh im November 2004 zeigen allerdings, dass es keiner breiten islamrechtlichen Zustimmung bedarf, um individuelle Täter zu mobilisieren.

3.3. Jenseitsorientierung

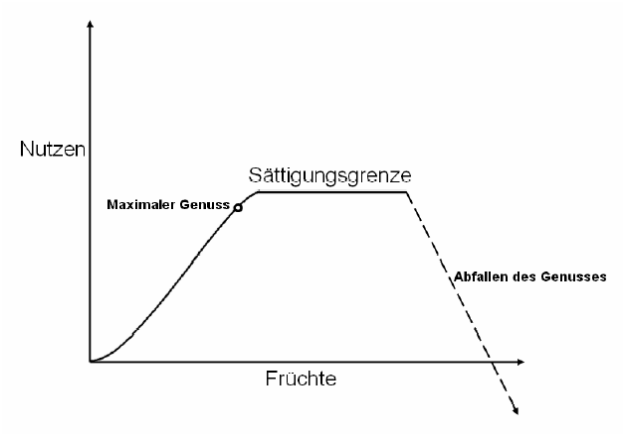
Beispielhaft für die Orientierung salafistischer Lehren auf die Erwartung des „Jenseits" ist der Lehrtext „Die Früchte der Investition".[31] Es handelt sich hier um eine sehr detailreiche und mit umfangreichen Koranzitaten versehene Beschreibung des Paradieses, verbunden mit der Aufforderung an den Gläubigen, das Betreten des Paradieses als höchstes Ziel zu betrachten. Die auch graphisch zum Ausdruck gelangende Abwertung des diesseitigen Lebens in starkem Kontrast zum „unendlichen Nutzen" des Jenseits (siehe Graphik) entspricht kongenial der Argumentationslinie im militant-islamistischen Spektrum.

---

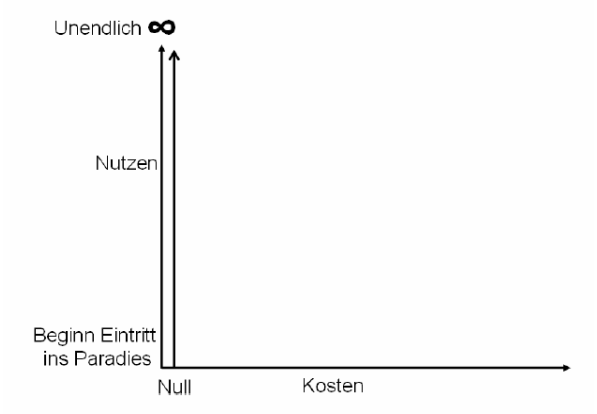
[29] In der Begründung zur Schließung des Multikulturhaus (MKH) in Neu-Ulm wird die Position zur Apostasie, die in den vor Ort vorgefundenen Exemplaren der Broschüre ablesbar war, als Verbotskriterium aufgeführt (Vgl. Pressemeldung des Bayrischen StMI vom 28. Dezember 2005).

[30] So wird auf der Internetseite www.at-tamhid.net, auf der die deutsche Übersetzung der Schrift von Ibn al-Uthaimin ursprünglich eingestellt war, vermerkt, dass die „Darstellung solcher Inhalte keinesfalls als Aufruf zur Umsetzung, sondern als Aufklärung über die islamische Sichtweise zu verstehen" sei.

[31] Abdullah Muhammed Behdschat Iman Abdullatif Kurdi: Die Früchte der Investition, Teil II, aus dem Arabischen übersetzt, abrufbar unter www.way-to-allah.com und www.al-iman.net



Genuss des Diesseits



Genuss des Paradieses

Auf einer anderen Internetseite ist ein Vortrag unter dem Titel „Der jüngste Tag“ abrufbar. Dieser beschreibt den Zustand der Gläubigen im Jenseits.[32] Der Inhalt des Vortrages besteht aus einer extrem kontrastierenden Beschreibung des Paradieses und der Hölle als dem für die Gläubigen bzw. Ungläubigen jeweils zu erwartendem Schicksal. Die teilweise drastische Beschreibung des „Jüngsten Gerichts“ und der Selektion zwischen Gläubigen, Ungläubigen, Heuchlern und Sündern wird auf koranische und prophetische Überlieferungen zurückgeführt. Auffallend ist die extrem einseitige Beschreibung des „Diesseits“, das als pauschal verkommen und wertlos erscheint und das dem Paradies als Ziel des „wahren Gläubigen“ gegenübergestellt wird. Vergleichbare dualistische Weltbilder findet man auch in der Argumentation islamistisch-terroristischer Gruppierungen.

3.4. Jihad

Viele Traktate, die typische salafistische Argumentationslinien verfolgen, sind auf unterschiedlichen Internetseiten mit einer mehr oder weniger transparenten Anbindung an Netzwerke des Mainstreams bzw. des Jihad-Salafismus verteilt. Eine repräsentative Bündelung dieser Angebote ist auf deutschsprachigen Internetseiten eher selten vertreten.

Beispielhaft für den Versuch, umfassendes authoritatives Wissen der „wahren Rechtgeleiteten“ (Ahl as-Sunna wa’l-Jama’a) zu verbreiten, ist jedoch ein

[32] Ibrahim Abou-Nagie, Der jüngste Tag, abgerufen unter www.diewahrereligion.de (gelesen am 18. August 2006).

Projekt im Kontext des militanten islamistischen Spektrums. Hier wird der Versuch unternommen, einen „Kanon“ salafistisch-jihadistischer Ideologie in deutscher Sprache zu etablieren. Dieses reicht vom Begründer des salafistischen Wahhabismus, Muhammad ibn Abd al-Wahhab, über Theoretiker islamistischer Bewegungen wie Sayyid Qutb bis zum „Partisanen“ der frühen Al-Qa’ida, Abdallah Azzam und dem spirituellen Mentor der Mujahidin im Irak, Abu Muhammad al-Maqdisi.[33] In einem Forum werden schließlich die zentralen Argumentationslinien der Takfir- bzw. Jihad-Ideologie an die Klientel vermittelt. [34]

In einer Art „Manifest“ rufen die Betreiber zum bewaffneten Kampf gegen den Westen und seine Verbündeten auf: „Und wir rufen zum ernsthaften I'dād (Ausbildung und Vorbereitung) auf allen Ebenen und Arten (Rüstung, physisch, finanziell, mental und in Taqwā [d.h. Gottesfurcht]) für den Jihād auf dem Wege Allāhs und zur größtmöglichen Anstrengung in der fortwährenden Konfrontation gegen die Tawāghīt (d.h. Götzen) und ihrer Helfer - gegen die Yahūd (d.h. Juden) und ihre Verbündeten, um die Muslime und ihre Ländereien von den Fesseln der Demut und Besatzung zu befreien… “

4. Multimediale Missionstätigkeit (da’wa)

Jüngste Internetseiten popularisieren salafitisches Gedankengut im Sinne einer jugendangepassten umfassenden islamischen Lebensordnung. Typisch sind hier die bundesweiten Vortragsaktivitäten des im Jahre 2000 zum Islam konvertierten Ex-Boxers Pierre Vogel (Abu Hamza).[35] Das multiplikatorische

---

[33] Hier wurden u.a. deutsche Übersetzungen des Kitab al-Tauhid (Buch des Monotheismus) von Ibn Abd al-Wahhab, Ma´alim al-Tariq (Zeichen auf dem Weg) von Sayyid Qutb, Al-Difa’ an’ aradi al-Muslimin (Die Verteidung der muslimischen Länder) von Abdallah Azzam und Ad-Dimuqratiyya Din (Die Religion der Demokratie) von al-Maqdisi zum download angeboten , abgerufen unter www.aazara.net (gelesen am 2. September 2008).

[34] Die Inhalte sind mittlerweile auch in anderen salafistischen Foren bzw. Weblogs abrufbar, die von Akteuren aus der jihad-salafistischen Szene betrieben werden. In diesem Zusammenhang sind strafrechtliche Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes in Karlsruhe anhängig.

[35] Vgl. Julia Gerlach, Die lässigen Gehirnwäscher, in: Die Zeit vom 04.10.2007, abruf-

Ziel entsprechender Webangebote wird durch die Kombination von Veranstaltungswerbung und Download-Möglichkeiten von Text-, Audio- und Videodateien deutlich. Typisch ist, dass inzwischen auf bestimmten Seiten religiöse Schnellkurse und visualisierte Konversionen Jugendlicher zum Islam mehr Raum einnehmen als Äußerungen zu konkreten gesellschaftlichen Fragen und Problemen.[36] Diese finden wenn, dann eher auf Internetforen Behandlung, in denen salafistische Deutungsangebote wie die des Pierre Vogel teilweise auch kontrovers diskutiert werden.

Schließlich sind auf salafitischen Internetseiten auch kommerzielle Angebote einschließlich eines auf die Bedürfnisse der Klientel angelegten Warenangebots zu erkennen. Auf einigen Internetseiten können beispielsweise neben Büchern, Bild- und Tonträgern auch islamisch korrekte Kleidung und Ritualgegenstände erworben werden.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Die veröffentlichten Angaben der spanischen Generalstaatsanwaltschaft über die durch die Madrid-Attentäter vom März 2003 konsultierten Internetseiten zeigen, dass ca. 75 Prozent davon religiös-theologische Inhalte, aber lediglich 25 Prozent militant-islamistische Propaganda, Anleitungen zum Waffengebrauch o.ä. umfassten.[37] Offenbar ist demnach der Einfluss extremistischer Islamauslegung auf potentielle islamistische Attentäter überdurchschnittlich hoch. Auch wenn die These nicht belegbar ist, dass salafitische Überzeugungen linear zum Terrorismus führen, kann im Umkehrschluss konstatiert werden, dass islamistische Terroristen ihre Legitimation primär aus dem Reservoir salafistischer Deutungen ziehen.[38] Die Beschäftigung mit extremis-

---

bar unter http://www.zeit.de/2007/41/Islam-Prediger (gelesen am 13. August 2008).

[36] Vgl. Wolf Schmidt, Allah statt Playstation: Salafismus in Deutschland, in: Tageszeitung vom 27. Juli 2009, abrufbar unter http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/allah-statt-playstation/?type=98 (gelesen am 29. Juli 2009).

[37] Vgl. The Files downloaded by the Madrid Bombers. Posting 04 January 2008, abgerufen unter www.sofir.org/sarchives/006276.php (gelesen am 9. Januar 2008).

[38] Der Islamwissenschaftler Guido Steinberg (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) schätzte in einem Beitrag für das ARD-Magazin „Fakt“ im Oktober 2008, „dass die Ideologie der Salafisten zu 95 Prozent identisch mit der von al-Qaida ist”; vgl.

tischen Interpretationen islamischer Texte ist deshalb für das Verständnis der Mobilisierungsmethoden unerlässlich.

Vor allem das Internet trägt zum schnellen und passgenauen Transfer von salafistischer Ideologie bei. Dadurch entstanden neue virtuelle Gemeinschaften mit überregionalen islamischen Rechtsautoritäten wie Laienpredigern oder Jugendimamen. Diese sind häufig in internationale salafistische Netzwerke eingebunden. Trotz theoretischer Abgrenzungen zwischen Da'wa-Salafismus und Jihad-Salafismus bestehen häufig enge Verlinkungen in Doktrin und Rechtsauffassung zwischen den Strömungen, deren differenzierte Analyse eine wichtige Zukunftsaufgabe von Sicherheitsbehörden insgesamt darstellt.[39] So meint ein niederländischer Experte: „Dawa und Jihad sind als äußerste Pole eines Radikalisierungsspektrums zu sehen, die miteinander – unter Umständen auf symbiotische Weise – verbunden sind".[40] Daraus folgt, dass die Art und Weise der Indoktrinierung beachtlicher Teile muslimischer Gemeinden durch salafistische Argumentation konsequent aufgehellt werden muss.

Während strafrechtliche und verfassungsschutzrelevante Tatbestände bei Internetauftritten im Fokus der Sicherheitsbehörden angekommen sind[41], entziehen sich die vielfältigen Formen salafistischer Indoktrinierung häufig der wissenschaftlichen Beobachtung und Bewertung. Im Rahmen sicherheitspolitischer Analysen ist es geboten, die „Trichterfunktion" des Salafismus für die mögliche Radikalisierung im Bereich des islamistischen Terrorismus zu priorisieren. Dabei sollte ein Schwerpunkt auf die Forschung zu dem medial

---

Gotteskrieger radikalisieren deutsche Muslime, www.welt.de/politik/article2569806/-Gotteskrieger-radikalisieren-deutsche-Muslime.html (gelesen am 24. Juni 2009)

[39] Vgl. Salafism in the Netherlands (Anm. 23), S. 67ff.; Yassin Musharbash: Gekaperte Moscheen, in: Spiegel online vom 18.07.2008 (abgerufen unter www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,566457,00.html)

[40] Michael Kowalski, Dawa und Jihad als Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaates. in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus. Beiträge des BfV-Symposium, 4. Oktober 2004, Köln 2004, S. 78.

[41] Vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg.): Tatort Internet – eine globale Herausforderung für die Innere Sicherheit. Herbsttagung des BKA, 20.-22. November 2007 (abrufbar unter www.bka.de)

gesteuerten islamistischen Ideologietransfer über lokale, nationale und internationale Netzwerkstrukturen gelegt werden, da bedenkliche salafistische „Botschaften“ immer stärker auf diese Weise an die jeweiligen Zielgruppen gelangen.[42] Diese Erkenntnisse sind auch für neue präventive Ansätze im Umgang mit Jugendlichen, die in Kontakt zu salafistischen Milieus stehen, von erheblicher Bedeutung.[43]

[42] In einer neuen unveröffentlichten wissenschaftlichen Bewertung wird die „Gefahrenperspektive des Salafismus in Deutschland“ vor dem Hintergrund des polizeilichen Umgangs mit dem Phänomen konzise beschrieben (Stand: Juni 2009; Kontakt: klaus.hummel@polizei.sachsen.de).

[43] Vgl. dazu die lesenswerten Informationen und Analysen zur salafistischen Medienstrategie auf der Internetseite www.ufuq.de, einem u.a. von der Bundesregierung geförderten Medienprojekt zu jugendkulturellen Phänomenen und Trends

Jung, weiblich, explosiv: Terroristinnen im Dschihad

Gründe für den Weg der Frauen in den Terrorismus

Kai Hirschmann

1. Einleitung und Fragestellung

Seit de 1980er Jahren hat sich als neues terroristisches Phänomen die Gewaltideologie des „Dschihadismus“ stark ausgebreitet, die ihre Wurzeln und Inspirationsquellen in der fundamentalistischen Bewegung des Islamismus hat. Die Ideologieansätze z.B. von Sayyid Qutb und Abdullah Azzam bilden den Kern eines Universalmodell des Dschihad, das inhaltlich als „3-2-1-Modell“ beschrieben werden kann. Zunächst soll eine als negativ empfundene politische, soziale und gesellschaftlichen Lage überwunden werden. Danach soll in einer Bewegung „Zurück zu den Wurzeln“ eine Herrschaft des „wahren Islam“ erreichtet werden. Auf diesem Weg müssen drei Feinde („Kreuzfahrerstaaten“, Israel und muslimische „Handlangerregierungen“), die Muslime auf zwei Arten angreifen (körperlich und spirituell), in einer gemeinsamen Verteidigungsanstrengung (Dschihad) überwunden werden.[1]

Traditionell kämpfen hauptsächlich Männer im Dschihad. Im streng konservativen Denken dieser Ideologierichtung kommt Frauen häufig allenfalls eine unterstützende Funktion zu. Dennoch haben sich immer wieder auch Frauen als aktive Kämpferinnen engagiert; in den letzten Jahren mit stark zunehmender Tendenz. Die Geschichte von Frauen im ideologischen Glaubenskampf (Dschihad) begann 1985 mit der 17 Jahre alten Sina al-Muhaydal*i* im Süd-Libanon, die an einem Selbmordattentat gegen israelische Soldaten

[1] Zur Ideologie des Dschihad siehe detailliert Wilhelm Dietl / Kai Hirschmann / Rolf Tophoven, Das Terrorismus-Lexikon – Täter, Opfer, Hintergründe, Frankfurt a.M. 2006, sowie Kai Hirschmann: Internationaler Terrorismus; in: Bundeszentrale für politische Bildung, Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert, Informationen zur politischen Bildung Nr. 291/2006, Bonn; ders., Der »Dschihadismus«: Gewaltideologie einer politischen Sekte; in: Sicherheit + Frieden, 3/2006, ders., Der Dschihadismus: Ideologie, Organisation und Bekämpfungsmöglichkeiten; in: Kurt Graulich / Dieter Simon (2007), Terrorismus und Rechtsstaatlichkeit, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, und ders. (2008), Internationaler Terrorismus; in: Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 11. Aufl., Opladen 2008.

teilnahm. Seither wurden für verschiedene Dschihads weltweit immer wieder auch Frauen rekrutiert, so z.B. für die Dschihads im Nahen und Mittleren Osten, in Tschetschenien und an mehreren Stellen im asiatischen Raum.

Täterprofile existieren nur für männliche Dschihadies, was aber heute nicht mehr ausreicht.[2] Die Teilnahme von Frauen an Terroranschlägen und Selbstmordattentaten wirft eine Reihe teilweise neuer Fragen auf, die von Motivation und Rekrutierung über die Entwicklung des Terrorismus bis hin zu Bekämpfungsaspekten handeln.

2. Frauen im Dschihad

Das terroristische Gewalt auch von Frauen ausgeführt wird, ist nicht neu. Schätzungen zufolge wurden im Zeitraum von 1985 bis 2005 ca. 34 Prozent der Terroranschläge weltweit von Frauen ausgeführt. Allerdings vermutet die Öffentlichkeit häufig solche Täterinnen eher in ethno-nationalen (wie z.B. den Tamil Tigers auf Sri Lanka oder der PKK in der Türkei) oder linksorientierten Terrorbewegungen (wie z.B. der deutschen „Rote Armee Fraktion“ in den 1970er und 1980er Jahren) als in religiös-fundamentalistischen muslimischen Gruppen. So wurden bisher ca. zwei Drittel der Selbstmordattentate der kurdischen PKK von Frauen ausgeführt.[3]

Doch dieser Eindruck täuscht. In den letzten zwanzig Jahren nahm die Zahl weiblicher Kämpferinnen und Märtyrerinnen in Dschihad-Bewegungen weltweit erheblich zu.[4] Von 1985 bis 2006 beendeten 225 Frauen weltweit ihr Leben in Selbstmordattentaten und Märtyreroperationen.[5] Im Irak waren im

---

[2] Vgl. Jessica Stern, When Bombers are Women; in: The Washington Post, 18. Dezember 2003, S. 35.

[3] Vgl. Marina Eleftheriadou, Women and militant Islamism - The misunderstanding behind 'the woman and the gun'; in: Middle East Bulletin, March 2008, Issue 10: Kids, Jihad and the Ballot box - Women in the Middle East, Center for Mediterreanian and Middle Eastern Studies, Athen, S. 9.

[4] Vgl. Medea Group, Female Suicide Bombers - Practical Implications, Briefing Series 'Strategic Security and Analysis - Islamic Terrorist Field Training and Tactics, Briefing Vol. 2, Issue 2, 15. August 2007, www.medeagrp.com, S. 1.

[5] Vgl. ebenda, S. 1.

Zeitraum 2003-2008 43 der Selbstmordattentäter Frauen.[6] Allein im Jahr 2008 ist die Zahl der weiblichen Dschihad-Selbstmordattentäterinnen im Nahen und Mittleren Osten auf 35 gestiegen. 2007 waren es noch sieben.[7]

"While conventional wisdom tends to ignore the role of women as central actors, there is little dispute that women play supportive roles for terrorist groups".[8] Auf den ersten Blick scheinen Frauen als Dschihad-Selbstmordattentäterinnen den traditionellen sozialen und religiösen Verhaltenskodizes der muslimischen Gesellschaften grundlegend zu widersprechen, da die Vorbereitungen für einen Dschihad-Terroranschlag auch zahlreiche Kontakte mit Männern bedeuten, mit denen diese Frauen häufig weder verwandt noch verheiratet sind. "Whether by free will or social pressure, they are mostly confined to the private realm, home, and family; to serving and satisfying their husbands' needs; and to childbirth and childrearing. They are thus associated with the myth of the gift of life rather than that of death".[9] Die islamistische Interpretation der Rolle der Frauen im Dschihad ist historisch abgeleitet[10]: Sie umfasst nicht den Kampf, sondern besteht aus indirekten Beiträgen. Sie beschränkt sich auf logistische Unterstützung wie die Versorgung von Verletzten und die emotionale Unterstützung der männlichen Familienangehörigen, Verwandten und Bekannten. Passend zu dieser Interpretation hatte zum Beispiel Osama bin Laden hat in der „Kriegserklärung gegen die Amerikaner, die das Land der zwei Heiligen Stätten besetzen 1996 erklärt, dass Frauen eine große Bedeutung im Dschihad hätten: "Unsere

---

6 Vgl. Alissa J. Rubin, Despair Drives Suicide Attacks by Iraqi Women, in: The New York Times vom 5. Juli 2008.

7 Vgl. Tuty Raihanah Mostarom, Al Qaeda's Female Jihadists - The Islamist Ideological View, RSIS Commentaries, S. Rajaratmam School of International Studies, Nanyang Technological University, 6. Februar 2009, Singapur, S. 1.

8 Susan N. Herman, Women and Terrorism - Keynote Adress, Rutgers Law School, Women's Rights Law Reporter 40th Anniversary Symposium, The Gender Dimensions of Terrorism: How Terrorism Impacts the Lives of Women, 6. März 2009, S. 4.

9 Rivka Yadlin, Female Martyrdom - The Ultimate Embodiment of Islamic Existence?; in: Yoram Schweitzer (Hrsg.), Female Suicide Bombers - Dying for Equality?, Memorandum No. 84/2006, Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University, S. 51.

10 Vgl. Mostarom (Anm. 7)

Frauen motivieren und ermutigen ihre Söhne, Brüder und Ehemänner, um für Allahs Sache in Afghanistan, Bosnien-Herzegovina, Tschetschenien und in anderen Ländern zu kämpfen″, heißt es dort.

Für die internationale Dschihad-Bewegung ist der Einsatz von Frauen eine Abweichung von ihren patriarchalischen Grundsätzen. So erklärte einer der Attentäter des 11. September 2001, Mohammed Atta, in seinem „Testament", dass Frauen nicht an seiner Beisetzung teilnehmen oder später sein Grab besuchen sollen. Inzwischen hat allerdings ein Meinungsumschwung stattgefunden. Die sich ändernde Rolle von Frauen in den Dschihad-Bewegungen ist besonders in westlichen Ländern auffällig, wo junge muslimische Frauen eher dazu erzogen wurden, ihre Rechte einzufordern.[11] Doch auch anderswo fallen Barrieren: 2004 sagte Scheich Achmed Jassin, der mittlerweile ermordete Führer der Dschihad-Organisation Hamas, es habe sich eine "signifikante Entwicklung im Kampf gegen den Feind" ergeben, die gezeigt habe "dass der Dschihad ein Imperativ für alle muslimischen Männer und Frauen ist".[12] "Ein Etappensieg für ein perverses Gleichberechtigungsverständnis"?[13]

Westliche Analysten suchen häufig nach rational nachvollziehbaren Anhaltspunkten für das scheinbar doppelt Unerklärliche: Selbstmordattentate an sich entziehen sich bereits jeglicher Logik und weibliche Täter sind noch unbegreiflicher als männliche. In manchen arabischen Kommentaren hingegen findet sich eine andere Argumentationslinie, nämlich die der nationalen Heldin, die sich ins Jenseits transzendieren lässt, um von dort Vorbildfunktion auszuüben.[14]

---

[11] Vgl. Elaine Sciolinino / Souad Mekhennet, Al Qaeda Warrior Uses Internet to Rally Women, in: The New York Times vom 28. Mai 2008.

[12] Vgl. Alfred Hackensberger, Explosives Martyrium - Unter den muslimischen Selbstmordattentätern gibt es immer mehr Frauen; in, Telepolis vom 29. Januar 2006 (www.telepolis.de).

[13] Vgl. Solmaz Khorsand, Bestie Frau, in: DATUM – Seiten der Zeit, Nr. 10, 2005.

[14] Vgl. Claudia Brunner, Female Suicide Bombers; in: Politixx, Ausgabe 14/2003, S. 38.

3. Gründe für weibliche Terroristen

Frauen wird häufig unterstellt, hauptsächlich aus emotionalen Gründen dem militanten Dschihad beizutreten: Familienbande, der Tod des Mannes oder einfach Naivität. Doch dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Frauen können auch maßgebliche Akteure innerhalb von Terrornetzwerken und in ihrem Fanatismus radikaler als Männer sein.[15] "Today, there is no one set of conditions or factors to determine which women are likely to join jihadist networks".[16]

Die sich verändernden strategischen und operationalen Rollen von Frauen werden häufig auf zwei grundlegende Entwicklungen zurückgeführt[17]: Zum einen operieren Terrorgruppen heute unter einem besondern hohen Verfolgungsdruck seitens der Sicherheitsbehörden, so dass sie zu Innovationen gezwungen sind, um weiterhin strategische Vorteile zu haben. Zum anderen hat mit den sich intensivierenden regionalen Konflikten weltweit auch die Bereitschaft von Frauen zugenommen, sich daran aktiv zu beteiligen.

3.1 Die persönlichen Motive der Frauen

Die Jacques-Taylor-Studie[18] an der Liverpooler Universität analysierte Unterschiede in der Motivation und der Rekrutierung bei 30 männlichen und 30 weiblichen Selbstmordattentätern. Hierzu wurden biografische Daten über den persönlichen Werdegang sowie religiöse Überzeugungen der 60 Selbstmordattentäter aus offenen Quellen wie Büchern, Artikeln, Internet und Erklärungen der Täterinnen und Täter gesammelt.

---

[15] Vgl. Alexander Ritzmann, Bin Ladens Heilige Kriegerinnen; in: Die Welt vom 13. Februar 2008.

[16] Farhana Ali, Ready to Detonate: The Diverse Profiles of Female Bombers; in: National Memorial Institute for the Prevention of Terrorism (MIPT) (Hrsg.), The MIPT Terrorism Annual 2006, Oklahoma City, 2006, S. 44.

[17] Vgl. Karla J. Cunningham, Cross-Regional Trends in Female Terrorism, in: Studies in Conflict & Terrorism 26 (3), May - June 2003, S. 181f.

[18] Vgl. Karen Jacques / Paul J. Taylor, Male and Female Suicide Bombers: Different Sexes, Different Reasons?; in: Studies in Conflict & Terrorism, Volume 31, Issue 4, April 2008, S. 304-326.

Im Ergebnis stellte man signifikante Motivationsunterschiede zwischen Männern und Frauen fest. Die Männer berichteten häufiger über religiöse Motivation als Frauen, während für Frauen häufiger Schlüsselereignisse (wie z.B. Tote in der Familie), Rache oder persönliche Gründe eine Rolle spielten als für Männer. Starke religiöse Gründe für die Tat gaben 43 Prozent der Männer, aber nur 13 Prozent der Frauen an. Anders sieht es bei den persönlichen Gründen aus: 30 Prozent der Frauen nannten familiäre Gründe und 27 Prozent soziale Probleme (Männer jeweils 0 Prozent). Erfahrungen aus dem Nahen Osten belegen die Erkenntnisse der Studie: Bei der Rekrutierung von Frauen durchleuchten die lokalen Dschihad-Gruppen wie z.B. die Hamas die persönlichen Lebensumstände der Frauen und empfehlen dabei auch das Selbstmordattentat als Lösung für private Konfliktsituationen.

Für 53 Prozent der Männer wiederum spielte die Mitgliedschaft und Gruppendynamik in einer extremistischen Organisation eine wichtige Rolle für die Tat; bei den Frauen lag dieser Wert nur bei 17%. Die Frauen sind mithin weniger in radikalen Gruppen organisiert, sondern treten als individualisierte Einzelkämpferinnen auf den Plan.[19] Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Rekrutierung konnten kaum festgestellt werden.[20]

Die Frage nach unterschiedlichen Begründungen bei unterschiedlichen Geschlechtern beantwortete die Jacques-Taylor-Studie eindeutig positiv. Geschlechtsaspekte und unterschiedliche Motivlagen bei Männern und Frauen müssen mithin auch in Präventions- und Bekämpfungsüberlegungen mit einbezogen werden.

In einem islamistisch geprägten Umfeld werden Selbstmordattentäterinnen zu Heldinnen. Die soziale Stellung der Familie verbessert sich; in manchen Fällen wird auch Geld gezahlt. Frauen sind in der männlichen Domäne plötzlich gleichgestellt; für sie handelt es sich um eine Form von Emanzipation. Zudem werden damit auch Frauen „Märtyrer“ für die vermeintliche Sache der Bevölkerung.[21]

---

[19] So auch Claudia Brunner, Female Suicide Bombers; in: Politixx, Ausgabe 14/2003, S. 38.

[20] Siehe auch www.lancaster.ac.uk/staff/taylorpj/LISN/papers/ConfIP2006.pdf

[21] Vgl. Alfred Hackensberger, Explosives Martyrium - Unter den muslimischen Selbstmordattentätern gibt es immer mehr Frauen, in: Telepolis vom 29. Januar 2006

Die Medea-Group nennt in ihrer Studie[22] fünf Motivationen für Selbstmordattentäterinnen, die den empirischen Ergebnissen der „Jacques-Taylor-Studie“ nahekommen:

- Historische Vorbilder: Frauen haben bereits im frühen Islam auch als Kämpferinnen eine wichtige Rolle gespielt. Zum einen hatte Aischa bint Abi Bakr, die jüngste Frau des Propheten Mohammed, eine führende Rolle in der 'Kamelschlacht'.[23] In der 'Kamelschlacht' oder 'Schlacht von Basra' standen sich am 9. Dezember 656 bei Basra im heutigen Irak die Anhänger des vierten Kalifen und Schwiegersohns Mohammeds, Ali ibn Abi Talib, und dessen Gegnern, die seinen Anspruch auf das Kalifat bestritten, gegenüber. Die Gegner Alis siegten. Zum anderen kämpfte die Enkelin des Propheten, Zainab bint Ali, am 10. Oktober 680 in der Schlacht von Kerbala[24], in deren Verlauf der Prophetenenkel Hussein gegen eine erdrückende Übermacht von Gegnern kämpfte (72 zu 10.000) und getötet wurde. Schiiten und Aleviten gedenken dieser Schlacht während des jährlichen Aschura-Festes.
- Familiäre Gründe: Da im Dschihad überwiegend Männer kämpfen, in Gefangenschaft geraten oder getötet werden, sind die Frauen in ihren jeweiligen Familien direkt davon betroffen. Sie stehen dann am Rande der Gesellschaft und sind oft ohne finanzielle Unterstützung. Auch Rache für den Verlust des Mannes oder eines Familienangehörigen kann ein starkes Stimulans sein.[25] Darüber hinaus spielen auch die „Bänder der Ehe“ eine Rolle. Es kommt vor, dass Ehemänner ihre Frauen direkt motivieren, aktiv mit ihnen in den Kampf zu ziehen.
- Gesellschaftliche Stellung: Frauen, die zum Beispiel keine Kinder gebären können (wie die palästinensische Selbstmordattentäterin Wafa Idris)

(www.telepolis.de).

[22] Vgl. Medea Group (Anm. 4)

[23] Siehe hierzu die „Enzyklopädie des Islam“ (http://www.eslam.de/begriffe/k/kamelschlacht.htm).

[24] Vgl. ebd. (http://www.eslam.de/begriffe/z/zainab_bint_ali.htm).

[25] Siehe insbesondere für die „Schwarzen Witwen“ in Tschetschenien auch Jabin T. Jacob, Female Suicide Bombers - A Political Perspective, in: I-POST Quarterly, No 2, April-June 2005, Institute of Peace and Conflict Studies, New Delhi, S. 5.

oder beschuldigt werden, partnerschaftliche Beziehungen außerhalb der Ehe zu unterhalten (wobei hierzu meist auch Vergewaltigung zählt), sehen häufig eine Chance auf Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung bzw. der ihrer Familien, indem sie als 'Märtyrerinnen im Dschihad' auftreten.

- Gleichberechtigung: In einer von Männern dominierten muslimischen Welt (Patriachat) ist die Rolle der Frauen oft sehr restriktiv und einengend festgelegt. Frauen leben häufig nicht gleichberechtigt oder in extremen Unterordnungsverhältnissen. Daher kann die aktive Beteiligung am Dschihad auch eine Form von Feminismus und Ausdruck eines Gleichberechtigungsanspruches sein.[26] Dabei gilt es aber zu berücksichtigen: "Interviews with women activists in both Hizbollah and the Muslim Brotherhood revealed rejection and even contempt for the concept of Western feminism, which they interpret not as a struggle for the recognition of the rights of women, but as a movement to free women from all social constraints and obligations to family and community, leading to excessive individualism and even licentiousness".[27]
- Religiös-ideologische Überzeugungen: "The perceived threat against Islam is another powerful motivator that sanctions the use of violence as an effective means of communication".[28] Ebenso wie Männer lassen sich auch einige Frauen von der religiös-politischen Ideologie des Dschihad überzeugen und hängen dann fanatisch dieser sektiererischen Heilslehre an.

Hinzu kommen noch lokale Konflikte als wichtige Motivationen.[29] Aber trotz unterschiedlicher Motivlagen haben Selbstmordattentäterinnen eine Gemein-

[26] Siehe hierzu auch Barbara Victor, Equality in Death; in: The Observer vom 25. April 2004 und Joyce Davis, Women Suicide Bombers – Equality in Terror? in: The Globalist vom 21. Oktober 2004.

[27] Omayma Abdellatif / Marina Ottaway (2007): Women in Islamist Movements: Toward an Islamist Model of Women's Activism, Carnegie Endowment for International Peace, Middle East Center, Carnegie Paper No. 2, Juni 2007, Washington D.C., S. 7.

[28] Ali, Farhana (2005): Muslim Female Fighters: An Emerging Trend; in: Terrorism Monitor, Jamestown Foundation, Volume III, Issue 21, November 3, 2005, S. 9.

[29] Vgl. ebd.

samkeit: Sie sind jung. Das Durchschnittsalter schwankt zwischen 21 und 24 Jahren.[30]

3.2 Die Interessen der Terrorgruppen

Für Terrororganisationen gibt es vier Gründe, Frauen anzuwerben und einzusetzen[31]:

- Taktische Vorteile: Frauen sind eine deutliche bessere Tarnung als Männer, bieten ein stärkeres Überraschungselement und sind im Vorfeld schwieriger zu entdecken (z.B. Durchsuchungen in arabischen Ländern nur eingeschränkt möglich). Zudem erfüllen Frauen Stereotype, die helfen, Anschläge erfolgreich durchzuführen (Klischees von Sanftmut und Gewaltlosigkeit).[32]
- Frauen erhöhen die Anzahl und das Reservoir an Kämpfern (quantitativer Aspekt).
- Frauen als Terroristinnen schaffen eine höhere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien als Männer.
- Psychologische Effekte mit der Haltung: Wenn schon Frauen zu den Waffen greifen (müssen), dann ist die Situation ernst und das Ziel gerechtfertigt.

Ebenso wie Kinder erwecken Frauen weniger Verdachtsmomente.[33] "The willingness of fundamentalist terrorist organizations to use women despite the dilemma posed by religion and tradition stems from their understanding of the tactical advantages conferred by their seemingly innocent outward appearance and the universal perception of their non-violent character".[34]

---

[30] Vgl. Debra D. Zedalis, Female Suicide Bombers, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, 2004, S. 8.

[31] Vgl. ebd., S. 7.

[32] Siehe auch Brigitte L. Nacos, The Portrayal of Female Terrorists in the Media - Similar Framing Patterns in the News Coverage of Women in Politics and in Terrorism; in: Studies in Conflict and Terrorism, Vol. 28, 2005, S. 435.

[33] Vgl. Rubin (Anm. 6)

[34] Yoram Schweitzer, Female Suicide Bombers For God, Tel Aviv Notes, Update on

Zudem ist ihre Kontrolle schwieriger, da sie nicht so einfach zur Überprüfung ihrer Kleidung entledigt werden können. Bei muslimischen Frauen lassen sich derartige Sicherheitsüberprüfungen kaum vollziehen. "If covered in Muslim dress, a female bomber could evade detection and escape arrest, enabling her to conduct an attack without raising prior suspicions from authorities".[35]

Die Öffentlichkeit erwartet gerade von Frauen keine so "menschenverachtende" Taten, denn es gelten häufig Klischees von der weiblichen Sanftmut oder der fürsorglichen Mutterrolle. Frauen werden eher als Opfer von Gewalt gesehen denn als diejenigen, die Gewalt ausüben.[36] "The point that is made is however that, women are by society, portrayed as less likely offenders", and as such more innocent. This makes her, according to strategic terrorist planning an interesting weapon in both recognisance and execution".[37] Außerdem: "Given the hurdles of social and gender expectation, women are often more committed to the cause than their male counterparts".[38]

In zeitgenössichen Terroristenkreisen weiß man sich mittlerweile derartiger Klischees auch aus Gründen der Öffentlichkeitswirksamkeit des vermeintlich schwachen Geschlechts zu bedienen. Weiblich, unschuldig und hoch explosiv – ein Garant für einen medienwirksamen Auftritt.[39] Dabei schieben dann auch konservatische Gruppen kulturelle Bedenken beiseite, wenn es die Tak-

---

Political and Strategic Development in the Middle East, No. 88 vom 9. Oktober 2003, S. 2.

[35] Ali (Anm. 16), S. 44.

[36] Vgl. Hackensberger (Anm. 12)

[37] Vgl. OSCE Technical Expert Workshop on Suicide Terrorism, Female Suicide Terrorism - Consequences for Counter-terrorism, Background-Paper, Warschau, Mai 2005, S. 7.

[38] Jessica Davis, Women and Terrorism in Radical Islam: Planners, perpetrators, patrons?, Revolution or Evolution?, Emerging Threats to Security in the 21st Century, Paper First Annual Graduate Symposium, Dalhousie University, Halifax, N.S. Canada, 2006, S. 11; siehe auch Gunhild Hoogensen, Gender, Identity and Human Security - Can We Learn Anything From the Case of Women Terrorists?; in: Canadian Foreign Policy, Spring 2005, S. 132.

[39] Vgl. Khorsand, (Anm. 13).

tik erfordert oder die Zahl der männlichen Kämpfer nicht ausreicht.[40] In Sachen Popularität stehen sie männlichen Terroristen nicht nach, denn auch ihre Bilder säumen die Straßen und auch ihre Beisetzungen sind rauschende Feiern. Aus dieser Sicht sind sie nicht tot, sondern auf Grund ihrer gottgefälligen Tat im Paradies, und genießen dort ein Leben, das ihnen auf Erden verwehrt war.[41]

Terroristische Aktionen von Frauen schaffen ein wesentlich größeres öffentliches Interesse durch eine intensive Medienberichterstattung. Damit erhalten Terrorgruppen eine höhe Aufmerksamkeit als beim Einsatz von Männern.[42] "Terrorist attacks by women have unique propaganda value".[43] In einigen Fällen haben die Selbstmordattentäterinnen sogar geholfen, mehr Hass und Desillusion in der Bevölkerung zu erzeugen und weiteren Frauen als positives Vorbild gedient.[44]

Eine breite mediale Auseinandersetzung mit Selbstmordattentäterinnen findet schließlich auch deshalb statt, weil damit dichotome Geschlechterbilder von der friedliebenden Frau und dem gewalttätigen Mann in Frage gestellt werden. Frauen dienen daher auch eher als Sympathieträger für die Medien. Diese sind mehr an ihrer Motivation, ihrer persönlichen und familiären Situation interessiert.[45] Damit wird auch das Ziel, Angst und Schrecken zu verbreiten und auf die politischen Ziele der Gruppe hinzuweisen, besser erreicht.[46] Unabhängig vom Wahrheitsgehalt senden Frauen als Terroristinnen über die Medien eine starke Botschaft an die Öffentlichkeit: "Symbolically, their participation sends a powerful message, blurring the distinction between perpetrator and victim. Even among progressive Westerners, the notion that women are the 'weaker sex' and that their inclination is to create and protect life rather than destroy it, remains widespread. If women decide

---

[40] Vgl. Alisa Stack-O'Conjor, Women and Terrorism, in: Joint Forces Quarterly, Issue 44, 1st Quarter 2007, S. 96.
[41] Vgl. Khorsand, (Anm. 13).
[42] Vgl. Mia Bloom, Mother. Daughter. Sister. Bomber, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 61, Issue 6, November/Dezember 2005, S. 54-62.
[43] Stack-O'Conjor (Anm. 40).
[44] Vgl. Ali, (Anm. 16), S. 48.
[45] Vgl. Ritzmann, (Anm. 15).
[46] Vgl ebd.

to violate all established norms about the sanctity of human life, they do so only as a last resort".[47]

4. Die Rolle des Internets

Bisher galt auch die dschihadistische „Internet-Community“ als männerdominiert. Zunehmend wird aber auf einschlägigen dschihadistischen Internetseiten auch die Rolle der Frau in Zusammenhang mit dem bewaffneten Dschihad thematisiert. So finden sich seit etwa vier Jahren Aufrufe, die sich speziell an Frauen richteten, wobei diese dazu aufgerufen werden, eine aktivere Rolle im Dschihad einzunehmen.[48] Außerdem werden in Internet-Foren inzwischen eigene Themen- und Diskussionsbereiche für weibliche Nutzer angeboten, so z.B. der Download einer Broschüre mit dem Titel „Die Rolle der Frau bei der Bekämpfung des Feindes“. Zudem veröffentlichen spezielle Chat-Rooms regelmäßig für kurze Zeit Links, die Informationen über den Dschihad für Frauen, Anleitungen zur Erziehung ihrer Kinder als Nachwuchs-Kämpfer und Trainingsanweisungen für den Kampf geben. Den Sicherheitsbehörden bekannt ist z.B. eine in Brüssel lebende Dschihadistin marokkanischer Abstammung, die bereits in der Schweiz für das Betreiben dschihadistischer Internetseiten strafrechtlich belangt wurde, aber ihre Onlineaktivitäten weiter fortsetzt. In einem französischsprachigen Dschihad-Internetforum wirbt sie für die Unterstützung des gewaltsamen Dschihad und verbreitet Übersetzungen von Dschihad-Botschaften.[49] Doch auch die Haltung der Internet-Community ist nicht eindeutig: So wird der Beitrag von Frauen zum bewaffneten Dschihad als Thema innerhalb der 'virtuellen Gemeinde' in unterschiedlichen Foren lebhaft diskutiert.[50]

Die Deutsche Sonja B. etwa hatte 2006 über das Internet Interesse bekundet, gemeinsam mit ihrem zweijährigen Sohn einen Selbstmordanschlag im Irak

---

[47] Alexis B.Delaney / Peter R. Neumann, Another failure of imagination? The spectacular rise of the female terrorist, in: The New York Times vom 6. September 2004.

[48] Matthias Gebauer / Yassin Musharbash, Internet-Foren: Tummelplatz der Möchtegern-Märtyrerinnen; in: Spiegel-Online, 1. Juni 2006.

[49] Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2008, Düsseldorf, 2009, S. 118.

[50] Vgl. ebd., S. 119.

zu verüben. Über eine türkischsprachige Homepage sollten bis zu 47 muslimische Frauen für Anschläge geworben werden. Etwa zwei Drittel der Frauen stammten wie Sonja B. aus Deutschland, die anderen kamen aus Belgien und Dänemark.[51] Auch die Belgierin Muriel Degauque, die 2005 einen Selbstmordanschlag im Irak verübte, war in diesem Chatroom aktiv gewesen.[52] Frau Degauque aus der Industriestadt Charleroi war die erste europäische Frau als Selbstmordattentäterin. "Mit 38 Jahren und nachdem sie zum Islam konvertiert war, zog sie sich immer mehr aus ihrem alten Leben zurück. Im Internet las die mit einem streng gläubigen Muslim verheiratete Frau über den Heiligen Krieg und das Märtyrertum. Irgendwann im Herbst 2005 verschwand sie".[53] Nach ihrem Selbstmord in Bagdad am 9. November 2005 führte die belgische Polizei in Charleroi, Antwerpen, Tongres und Brüssel Razzien in der Dschihad-Szene durch. Dabei wurden mehrere Frauen verhaftet, die ebenfalls als Selbstmordattentäterinnen sterben wollten.[54]

Mittlerweile lässt sich in hunderten arabischen, aber auch türkischen und sogar deutschen Internet-Diskussionsforen nachlesen, wie viele Islamistinnen es gibt, die die Ideologie radikaler Islamisten zu ihrer eigenen gemacht haben.[55]

---

[51] Vgl. Frank Jansen, 47 Frauen für Anschläge geworben?; in: Der Tagesspiegel vom 1. Juni 2006.
[52] Vgl. Ritzmann (Anm. 15).
[53] Vgl. Matthias Gebauer / Holger Stark, Mit dem Kleinkind in den Dschihad; in: Spiegel Online, 30. Mai 2006.
[54] Vgl. Hackensberger, (Anm. 12).
[55] Vgl. Gebauer / Musharbash, (Anm. 48).

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Alle verfügbaren Quellen zeigen, dass sich eine steigende Zahl von Frauen dem radikalen Islam zuwendet.[56] Ebenso drängen Frauen auf Veränderungen in islamistischen Bewegungen, so dass sie verstärkt ihren Platz finden können.[57] Denn auch wenn Frauen Dschihad-Terroranschläge verüben, sind jedoch die meisten anderen Akteure solcher Anschläge immer noch männlich. Planung, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit bleiben überwiegend in Männerhand.[58] Dennoch gibt es bereits auch Ausbilderinnen für weibliche Dschihadis. Anfang Oktober 2008 wurde in einem Dorf 60 Kilometer nordöstlich von Bagdad die 38-jährige Ibitissma Odwan festgenommen; besser bekannt als "Mutter Fatima". Sie bildete als Trainerin zahlreiche Dschihad-Selbstmordattentäterinnen aus.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Bedeutung und die Anzahl von Frauen als Dschihad-Terroristinnen in Zukunft zunehmen wird. Bei der Analyse von Bedrohungsszenarien sowie bei entsprechenden Präventions- und Abwehrstrategien werden die Sicherheitsbehörden auch in Deutschland bzw. in Europa diese Entwicklungen stärker beachten müssen.

---

[56] Siehe hierzu auch David Cook, Women Fighting in Jihad? in: Studies in Conflict and Terrorism. Vol.28, 2005, S. 376.

[57] Vgl. Abdellatif / Ottaway, (Anm. 27), S. 11.

[58] Vgl. Brunner (Anm. 14), S. 38.

Dezentraler, führerloser Jihad im Sinne Abu Musab al-Suri?

Eine Analyse der neuen Strategien des Jihadi-Salafismus anhand vergangener Terroranschläge und Anschlagsversuche in Europa und Nordamerika

Dirk Baehr

1. Einleitung und Fragestellung

In der Jihadismus-Forschung wird in den letzten Jahren immer wieder die Frage erörtert, ob sich Al-Qaida von einer hierarchischen Organisation zu dezentral-agierenden Bewegungen entwickelt hat. Einige Wissenschaftler beantworten die Frage positiv[1], weil aufgrund der neuen amerikanischen Sicherheitspolitik seit den Anschlägen vom 11. September 2001 die Führung der Al-Qaida nur noch stark eingeschränkt als Terrororganisation agieren könne. Sie behaupten, dass sich ihre Funktion innerhalb der jihadi-salafistischen Bewegungen zunehmend auf die Verbreitung der Ideologie und die Propagandaarbeit im Internet beschränkt.[2]

In Zukunft könnten daher nur autonom agierende Terrorzellen, die in den Medien oft als „homegrown terrorists“[3] bezeichnet werden, den jihadistischen Kampf gegen den Westen aufnehmen, weil die Al-Qaida-Führung dazu nicht mehr in der Lage wäre. Diese These führte zu einer heftigen Debatte,

---

[1] Vgl. Marc Sageman, Leaderless Jihad. Terror Networks in the Twenty-first Century, Philadelphia 2008; Andrew Black: Al-Suri’s Adaption of Fourth Generation Warfare, Terrorism Monitor, Volume 4, Issue 18, 21. September 2006, unter: http://www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370137 (gelesen am 1. September 2009); Mark E. Stout/Jessica M Huckabey/John R. Schindler (Hrsg), The Terrorist Perspectives Project. Strategic and Operational Views of Al Qaeda and Associated Movements, Annapolis 2007.

[2] Vgl. Devin Springer/James Regens/Edger,David: Islamic Radicalism and Global Jihad, Washington 2009, S. 102.

[3] Mit dem Begriff „homegrown“ wird zum Ausdruck gebracht, dass die terroristische Gefahr nicht mehr von Jihadisten außerhalb Europas kommt, sondern dass es sich um in Europa aufgewachsene Jugendliche handelt, die in kleinen jihadistischen Terrorzellen agieren und operieren; vgl. u.a. Peter Waldmann, Radikalisierung in der Diaspora. Wie Islamisten im Westen zu Terroristen werden, Hamburg 2009, S.83ff.

in der erörtert wurde, in wieweit „homegrown terrorists“ gefährlicher sein können als die führenden Al-Qaida-Terroristen. Außerdem hinterfragten Terroranalysten, ob es faktisch möglich sei, in dezentralen und autonomen Zellen, ohne jegliche Kontakte zur Al-Qaida-Führung im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, eigenständig Terroranschläge zu organisieren. Für eine solche dezentralisierte Strategie spielt die Selbstradikalisierung von Sympathisanten sowie die eigenständige Organisation von Trainingslagern eine entscheidende Rolle, um ohne Hilfe der Al-Qaida Terroranschläge durchzuführen. Kann eine solche terroristische Strategie überhaupt funktionieren?

Die neue Strategie, in dezentralen, autonomen Zellen gegen den Westen zu agieren, resultiert u.a. aus der Theorie des globalen islamistischen Widerstands von Abu Musab al-Suri. In seinem 1600 Seiten umfassenden Buch “The Global Islamic Resistance Call” begründet er sie aufgrund der sich wandelnden Sicherheitslage nach der Niederlage gegen die USA in Afghanistan, die dazu führte, dass der jihadi-salafistischen Bewegung in der alten hierarchischen Organisationsform, die er *tanzim* nennt, eine Zerschlagung drohte. Al-Suri versucht mit seinem Buch, eine theoretische Grundlage zu geben, durch die die Bewegung eine neue Organisationstruktur annehmen soll, die er als *nizam, la tanzim* (System, nicht geheime, hierarchische Organisation) bezeichnet. Er entwickelt ein organisatorisches und ein ideologisches System, mit dem eine Umstrukturierung zu einer dezentralen Bewegung vollzogen werden kann, um sich vor den Angriffen der USA und seiner westlichen Verbündeten einigermaßen verteidigen zu können.[4] Gleichzeitig konzipiert al-Suri ein operationelles System für dezentral-agierende Terrorzellen, die zukünftig selbstständig Anschläge gegen den Westen durchführen sollen.

Durch die Veröffentlichung des Buches im Jahre 2004 wurde er zu einem der bedeutendsten Strategen der Al-Qaida-Bewegung. So schreiben Paul Cruickshank und Mohannad Hage Ali in ihrem Aufsatz für die Fachzeitschrift

[4] Vgl. nähere Informationen zum organisatorischen und ideologischen System von Abu Musab al-Suri Dirk Baehr, Kontinuität und Wandel in der Ideologie des Jihadi-Salafismus. Eine ideentheoretische Analyse der Schriften von Abu Mus’ab Al-Suri, Abu Mohammad Al-Maqdisi und Abu Bakr Naji, Bonn 2009.

Studies on Conflict and Terrorism: „Die terroristischen Anschläge von Bali, Casablanca, Istanbul, Madrid und London wurden alle initiiert von exakt der Gruppe von kleinen, lokal-rekrutierten Zellen, nach denen Sethmariam (al-Suri) aufgerufen hat."[5]

Aber hier stellt sich nun die Frage, ob die Terroranschläge der vergangenen Jahre wirklich meistens in dezentral-agierenden Zellen organisiert wurden. Hat Abu Musab al-Suri wirklich so viel Einfluss auf die jihadi-salafistischen Attentäter von London oder Madrid gehabt?

Einige Wissenschaftler griffen al-Suris Theorie auf und bestätigen, dass es einen Wandel zu dezentral-organisierten Bewegungen gegeben hat. Der bekannteste Vertreter dieser These ist der ehemalige CIA-Angestellte und Psychologe Marc Sageman, der u.a. aus al-Suris Strategiekonzept die Doktrin des „Leaderless Jihad" ableitete.[6] Für Sageman kommt die Hauptgefahr nicht mehr aus den Führungskadern der Al-Qaida im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Vielmehr bestehe die Gefahr aus sich selbst radikalisierenden Individuen oder Kleingruppen, die im Westen leben und unabhängig von Al-Qaida Terroranschläge mit Bombenanleitungen aus dem Internet planen und durchführen.[7] Sageman nennt diese neue Form des Terrorismus „Leaderless Jihad", weil dessen Rekrutierung „von unten" (bottom-up) geschieht, in dem sich Einzelne eigenständig und freiwillig entscheiden, in eine Terrorzelle einzusteigen. Al-Qaida hat dem entsprechend gar keinen Einfluss auf diese Individuen und Gruppen und rekrutiert einen Großteil der jüngsten Generation von Jihadisten nicht mehr „von oben" (top-down).[8]

Dem Standpunkt der Rekrutierung „von unten" widerspricht der Terrorismusexperte Bruce Hoffman. Er sieht in Al-Qaida eine langfristig agierende Organisation, die weiterhin aktiv und zentral die globalen jihadi-salafistischen Netzwerke instruiere. Er hält Sagemans These von einer Gefahr durch jihadi-salafistische Graswurzel-Bewegungen für falsch, weil diese niemals in

---

[5] Paul Cruichshank/Mohannad Hage Ali, Abu Musab Al-Suri. Architect of the new al-Qaeda, in: Studies in Conflict and Terrorism 30 (2007), Issue 1, S. 1-14, hier S. 9.

[6] Vgl. Sageman (Anm. 1), S. 144.

[7] Vgl. Sciolino, Elaine/Schmitt, Eric, A not very private feud over terrorism, in: New York Times vom 8. Juni 2008, S. 5.

[8] Vgl. Waldmann (Anm. 3), S.88 f.

der Lage wären, ähnlich große Anschläge wie die Flugzeugattentate auf das World Trade Center in New York umzusetzen. Eine Gefahr gehe daher nur von der Führung des Al-Qaida-Netzwerkes aus, die einzig und allein zu solch großen Anschlägen fähig sei. Um zukünftig Terroranschläge zu verhindern, muss weiterhin die Organisation der Al-Qaida beseitigt werden, fordert Hoffman.[9]

Nun stellt sich hingegen die Frage, wer von den beiden Terrorismusexperten hat Recht? Sind in Zukunft nur noch autonome Terrorzellen gefährlich oder bleibt Al-Qaida weiterhin eine ernst zu nehmende Gefahr?

Die beste Vorgehensweise, um eine Antwort auf diese Frage zu finden, ergibt sich durch die Analyse der Terroranschläge und Anschlagsversuche, die in den vergangenen Jahren in Europa und Nordamerika geplant, umgesetzt bzw. vereitelt wurden. Anhand dieser Anschläge und Anschlagsversuche gibt es Informationen „über die Täter und ihre Vorgeschichte, ihr engeres und weiteres Umfeld, ihre religiöse Haltung, logistische Schritte bei der Planung und Vorbereitung“.[10] Die Informationen liefern ebenfalls Erkenntnisse, ob die jihadi-salafistischen Terroristen vermehrt autonom und dezentral agierten.

Vorab bedarf es allerdings noch einer detaillierteren Analyse von Abu Musab al-Suris Theorie des globalen islamistischen Widerstands, die entscheidend ist, um den dezentral-agierenden, führerlosen Jihad zu verstehen.

2. Die Theorie des globalen islamistischen Widerstands von Abu Musab al-Suri

2.1. Biographisches Kurzportrait von Abu Musab al-Suri

Abu Musab al-Suri heißt mit bürgerlichem Namen Mustafa Sethmariam Nasar. Er ist 1959 in der syrischen Stadt Aleppo geboren und besitzt seit seiner Heirat mit der Spanierin Elena Moreno in den späten 1980er Jahren auch die spanische Staatsbürgerschaft. Die Zeitung „El Pais“ schrieb, er sei bis zu seiner Verhaftung im November 2005 in Quetta/Pakistan die Nummer

[9] Vgl. Bruce Hoffman, The Myth of Grass-Roots Terrorism. Why Osama bin Laden still matters, in: Foreign Affairs 3 (2008), Issue 3, S. 133-138, hier S. 133f.

[10] Vgl. Waldmann (Anm. 3), S.81.

Vier der Al-Qaida gewesen.[11]

Abu Musab al-Suri gilt als einer der wichtigsten Vordenker der Al-Qaida und dies, obwohl er lange Zeit kein großes Ansehen innerhalb der jihadistischen Bewegung genoss. Der wesentliche Grund für die Skepsis gegenüber al-Suri liegt darin begründet, dass er ein Intellektueller und kein Prediger ist. Viele jihadi-salafistische Denker sind Religionsgelehrte, die ein Theologiestudium absolviert haben. Al-Suri gehört hingegen zu denjenigen, die kein Islamstudium durchlaufen haben und eher militärstrategisch und nachrichtendienstlich geschult wurden.[12] Ab den 1980er Jahren verfasste er historische Analysen, die sich u.a. mit der islamistischen Bewegung in Syrien beschäftigten. Zudem verfügt al-Suri über ein westliches und säkulares Wissen, was unter den jihadi-salafistischen Ideologen teilweise verpönt ist. Unter den Ideologen genießt al-Suri daher bis heute nicht die Stellung, wie sie Abu Muhammad al-Maqdisi, Abu Qatada al-Filistini oder Hamid bin Abdallah al-Ali innerhalb der Bewegung haben.[13]

Trotz aller Kritik von Seiten der Ideologen entwickelte sich al-Suri zu einem der führenden Strategen der Al-Qaida, weil er Ideen entwarf, die einige Jahre später von der Führung der Al-Qaida übernommen wurden. So veröffentlichte al-Suri im Frühjahr 1991 einen 35seitigen Text mit dem Titel „Communique to the Islamic Nation in Order to Establish a Global Islamic Resistance Call“, in dem er den Fokus vom Kampf gegen den „nahen“ arabischen Feind abwendete und auf den „fernen Feind“ in Gestalt der westlichen Staaten richtete, die er als die größten Widersacher der jihadistischen Bewegungen ansah.[14] Al-Suri war der erste Stratege, der eine „global terrorist campaign“ propagierte, in dem der Kampf nicht auf regionale Ziele gerichtet werden sollte, sondern der Jihad global geführt werden müsse. Erst sieben

[11] Vgl. Jose Yoldi: Garzón ordena buscar al español Setmarian, 'número 4' de Al Qaeda, in: El-Pais vom 14. April 2009, unter: http://www.elpais.com/articulo/espana/Garzon/ordena/buscar/espanol/Setmarian/numero/Qaeda/elpepiesp/20090414elpepinac_10/Tes (gelesen am 10. Juli 2009).

[12] Vgl. al-Suris Ausbildung im „Spezial-Apparat“ der Muslimbruderschaft in Brynjar Lia: Architect of Global Jihad, The Life of al-Qaida Strategist Abu Mus’ab al-Suri, London 2007, S. 40ff.

[13] Vgl. ebenda, S. 9.

[14] Vgl. ebenda, S.102.

Jahre später übernahm Osama bin Laden die Idee von al-Suri und erklärte im Februar 1998 mit seiner Schrift „The World Islamic Front for Jihad against Jews and Crusaders“ den Westen als den größten Feind der Al-Qaida.[15]

Bekannt wurde al-Suri in Europa erst mit dem in den Medien verbreiteten Verdacht, dass er an den Anschlägen von Madrid (2004) und London (2005) beteiligt gewesen wäre. Hierbei handelte es sich jedoch um eine falsche Information. Auf jihadistische Webseiten veröffentlichte Al-Suri eine Nachricht, aus der hervorging, er sei nicht an den Anschlägen von Madrid beteiligt gewesen.[16] Der Auslöser für die Spekulationen lag wahrscheinlich an der organisatorischen Umsetzung der Anschläge in autonomen Zellen. Diese Herangehensweise hatte Ähnlichkeit mit al-Suris Theorie des globalen islamistischen Widerstands. Beide Terroranschläge führten „homegrown terrorists“ durch. Es handelte sich jedoch bei den Anschlägen von London um junge Terroristen, die weiterhin Kontakte zur Al-Qaida hatten und Instruktionen für die Anschläge von einem Kommandeur der Al-Qaida erhielten. Daraus ist ersichtlich, dass es zwei verschiedene Formen der „homegrown terrorists“ gibt. Al-Suri empfiehlt ein operationelles System, „in dem verschiedene kleine Gruppen von gleich gesinnten Individuen autonom operieren, ohne dabei Verbindungen zu anderen Netzwerken zu entwickeln.”[17] Es gibt aber auch „homegrown terrorists“, die mit jihadistischen Bewegungen aus Pakistan, Afghanistan oder dem Maghreb zusammen arbeiten und von denen sie die Befehle und Anweisungen für Anschläge erhalten.

Mit dem Buch “The Global Islamic Resistance Call”, welches erstmalig 2004 im Internet verbreitet wurde, stieg al-Suri zu dem führenden Strategen der Al-Qaida auf, weil er maßgeblich die zukünftige Entwicklung der jihadistischen Bewegungen und der besonderen Rolle von Al-Qaida vorgab. Ein Jahr nach der Veröffentlichung seines Manifests verhafteten pakistanische

---

[15] Vgl. ebenda, S. 6.

[16] Vgl. Craig Whitlock: Architect of New War on the West, in: Washington Post vom 23. Mai 2006, unter: www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/05/22/AR2006052201627.html (gelesen am 20. September 2009).

[17] Lorenzo Vidino, Orgins and Characteristics of Homegrown Jihadist Networks in Europe, in: Franz Eder/Martin Senn (Hrsg.), Europe and transnational Terrorism. Assessing Threats and Countermeasures, Baden-Baden 2009, S. 35–58, hier S. 42.

Sicherheitskräfte al-Suri in der Taliban-Hochburg Quetta. Der pakistanische Nachrichtendienst ISI nahm ihn sowie zwei weitere Jihadisten in dem Stadtteil Goualmandi fest. Angeblich soll der ISI die Nummer Vier der Al-Qaida dem amerikanischen Geheimdienst CIA übergeben haben. Der amerikanische Nachrichtendienst bestätigt hingegen nicht diese Aussagen. Folglich ist der heutige Aufenthalt von al-Suri schwer zu ergründen. Der Journalist Andy Worthington vermutet, dass sich al-Suri in einem geheimen US-Militärgefängnis auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean befindet.[18]

2.2. Al-Suris System der autonomen Terrorzellen

Seit der US-Operation „Enduring Freedom" in Afghanistan änderte sich die Sicherheitslage für die Al-Qaida dramatisch. Der Verlust der afghanischen „safe havens"[19] sowie der Tod zahlreicher wichtiger und führender Al-Qaida-Kommandeure erschwerte die Planung von weiteren terroristischen Operationen gegen den Westen. Laut al-Suri sind in den ersten zwei Jahren bei den Kämpfen in Afghanistan 80 Prozent der arabischen Mujaheddin ums Leben gekommen.[20] Das International Center for Political Violence and Terrorism Research in Singapur vermutet in seinem Report „Global Pathfinder" vom Jahre 2005, dass vor 2001 ca. 3000 bis 4000 jihadistische Mitglieder aktiv für die Al-Qaida in Afghanistan gekämpft oder gearbeitet haben. Seit 2002 leben nur noch 500 Mitglieder im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet.[21] Der

[18] Vgl. unter dem Artikel von Andy Worthington die Liste aller Häftlinge, die auf der Insel Diego Garcia sein sollen: Andy Worthington, Secret "War on Terror" Prison on Diego Garcia Confirmed, in: Anti-War Blog, 1. August 2008, unter: http://www.antiwar.com/orig/worthington.php?articleid=13244 (gelesen am 23. September 2009).

[19] Die US-Wissenschaft versteht unter „safe havens" Schutzgebiete und Zufluchtsorte von Jihadisten, die besondere Charakteristika aufweisen, vgl. Michael A. Innes, Cracks in the System: Sanctuary and Terrorism after 9/11, in: Michael A. Innes (Hrsg.), Denial of Sanctuary. Understanding Terrorists Safe Havens, Westport 2007, S. 1–20, hier S. 10.

[20] Vgl. Lia (Anm. 12), S. 315 f.

[21] Vgl. ICPVTR Terrorism Database – Global Pathfinder, Singapore, August 2005, unter: http://www.pvtr.org/pdf/other/Interquest%204.1%20User%20Guide.pdf (gelesen am 19. September 2009).

Erfolg der westlichen Militärs in der Zerschlagung einiger jihadi-salafistischer Netzwerke in Afghanistan zwang die Führung der Al-Qaida dazu, neue Strategien zu erarbeiten, um vor den anti-terroristischen Maßnahmen des Westens sicher zu sein.[22]

Eines der wichtigsten Konzepte entwickelte Abu Musab al-Suri in seinem erwähnten Buch "The Global Islamic Resistance Call", in dem er eine neue Organisationsform entwickelte, um zukünftige Operationen der jihadi-salafistischen Bewegung wieder erfolgreicher gegen den Westen durchführen zu können. So schreibt er, dass die jihadistischen Organisationen in den alten hierarchischen Strukturen scheitern mussten, „weil sie unfähig waren, gegen die globale Transformation vorzubeugen, die aufgrund der neuen Weltordnung erfolgte, und weil sie diese neuen politischen und sicherheits-politischen Dimensionen und deren Auswirkungen nicht verstanden hatten."[23]

Da bei der bisherigen hierarchischen Organisationsstruktur der Al-Qaida westliche Sicherheitskräfte viele Terrorzellen zerschlagen hatten, wollte al-Suri nun Zellen organisieren, die einerseits global agieren und nicht auf regionale oder lokale Netzwerke angewiesen sind. Anderseits sollten auch keine Verbindungen zwischen den terroristischen Zellen und der Al-Qaida-Führung bestehen, da dies oft dazu geführt hatte, dass Nachrichtendienste komplette Netzwerke zerschlagen konnten. Erfahrungsgemäß zeigten sich die Schwächen in den hierarchischen Systemen besonders dadurch, dass wenn ein Terrorist von der Polizei erfolgreich aufgespürt und verhaftet worden war, meistens weitere Verhaftungen folgten, weil der Inhaftierte in den Verhören weitere Mitglieder der jihadi-salafistischen Bewegung verriet.[24]

Um weitere aufeinander folgende Verhaftungen zu vermeiden, entwickelte al-Suri seine Theorie des globalen Widerstands. Es handelt sich dabei um eine Reaktion auf die erfolgreiche Terrorismusbekämpfung, die künftig eine offene Konfrontation gegen die USA nicht mehr ermöglicht, weil der amerikanische Sicherheitsapparat zu erfolgreich gegen die jihadi-salafistischen

[22] Vgl. Brynjar Lia, Al-Suri's Doctrines for Decentralized Jihadi Training - Part 1-2, 1. Februar 2007, unter: http://jamestown.org/news_details.php?news_id=217#, (gelesen am 20. September 2009).
[23] Springer/Regens/Edger (Anm. 2), S. 108.
[24] Vgl. Lia (Anm. 12), S. 449 f.

Bewegungen vorgegangen ist. Zudem war es für die Bewegungen schwer, Anschläge gegen arabische oder westliche Staaten zu verüben, weil die von den Amerikanern initiierte Etablierung eines globalen Sicherheitsnetzwerkes äußerst effizient gegen die Jihadi-Salafisten handelte. Dadurch kam al-Suri zu der Schlussfolgerung, dass ein globaler Widerstand nur noch in geheimen, dezentralen Zellen organisiert werden kann, die keine Kontakte untereinander haben.[25] Für al-Suri liegt in der Dezentralisierung der jihadi-salafistischen Bewegung ein Vorteil, weil es für bürokratische Nachrichtendienste problematisch ist, getrennte Zellen ausfindig zu machen. So hält al-Suri fest: „Spontane Operationen, die von Individuen oder Zellen hier und da auf der Welt ausgeführt werden, ohne dabei Kontakte zu Anderen zu besitzen, versetzen die lokalen und internationalen Nachrichtendienste in einen Zustand der Verwirrung und Unordnung, weil die Verhaftungen von Mitgliedern der aufgeflogenen Zellen kein Gewicht für die operationellen Aktivitäten der Anderen hat, da sie nicht mit ihnen verbunden waren."[26]

Es ist unmöglich für die Nachrichtendienste, ein dezentralisiertes Netzwerk komplett aufzuspüren.[27] Deswegen bezeichnet der Politikwissenschaftler Javier Jordan die Autonomie der Terrorzellen als eine der wesentlichen Stärken der Graswurzel-Netzwerke. Sie können ihre Netzwerke bedeutend flexibler, effizienter, selbständiger und spontaner aufbauen und organisieren. Gerade die Flexibilität und Spontanität macht es für die Nachrichtendienste schwer, solche Zellen aufzufinden.[28]

Mit den dezentralen Organisationsstrukturen veränderten sich zudem die Ziele der jihadi-salafistischen Bewegung, da es nicht mehr vordergründig um den Sturz eines ungläubigen Regimes und die Errichtung eines Scharia-Staates geht, sondern um die Errichtung global agierender Widerstandskräfte,

---

[25] Jim Lacey (Hrsg), A Terrorist's Call to Global Jihad. Deciphering Abu Musab Al-Suri's Islamic Jihad Manifesto, Annapolis 2008, S. 28.

[26] Lia (Anm. 12), S. 366.

[27] Vgl. Daveed Gardenstein-Ross/Kyle Dabruzzi, Is Al-Qaeda's Central Leadership still relevant?, in: Middle East Quarterly, Spring 2008, S. 27 – 36, hier S. 27, unter: http://www.meforum.org/article/1875 (gelesen am 23. September 2009).

[28] Vgl. Javier Jordan, Strengths and Weakness of Grassroot Jihadist Networks: The Madrid Bombings, in: Studies in Conflict and Terrorism 31 (2008), Issue 1, S. 17 - 38, hier S. 29 f.

die primär gegen den westlichen Feind gerichtet sind. Eine dezentrale Bewegung soll ihre Treue, Loyalität und Gefolgschaft (*bay'ah*) nicht mehr an einen Führer wie Osama bin Laden ausrichten. Diese Verpflichtung gibt es nur noch zwischen Gott und den individuellen Jihadi-Salafisten. Für Al-Qaida war die Untertanentreue ein wesentliches Element in der Organisationsstruktur, weil hiermit Kontrolle über die Bewegung ausgeübt wurde. Zur Neuausrichtung der Al-Qaida bedarf es für al-Suri hingegen einer neuen Treuepflicht, die nicht an Personen fixiert ist, damit die dezentrale Bewegung unabhängiger von den Führungskadern sein kann. Die jihadi-salafistischen Bewegungen sind dadurch belastbarer sowie weniger anfällig vor Zerschlagungen, falls eine führende Figur einer Zelle gefangen oder getötet wird.[29]

Zusätzlich versucht al-Suri den jihadistischen Widerstand stärker auszudehnen. Ihm ist bewusst, dass ein individuell geführter Terrorismus zusätzlich ein ideologisches System erfordert, welches die Sympathisanten indoktriniert, radikalisiert und mobilisiert. Um einen globalen dezentralen Widerstand gegen den Westen aufzubauen, benötigt die jihadistische Bewegung genügend Sympathisanten, die durch ideologische und strategische Anweisungen eigenständig und unabhängig kämpfen sollen. Eine Instruktion in den globalen Kampf ist für al-Suri jedoch nur über die Verbreitung von Schriften und Videos im Internet möglich, weil die westliche Terrorabwehr direkte Kontakte zwischen Sympathisanten und der Al-Qaida-Führung regelmäßig registrieren würde und Maßnahmen gegen diese unternehmen könnte. Deswegen schlussfolgert al-Suri: „Wenn die Muslime nicht mehr in die Trainingslager kommen können, dann müssen die jihadistischen Bewegungen die Lager zu den Menschen schicken."[30]

Das bedeutet, die jihadi-salafistische Führung muss die Ideologie und Strategie über das Internet vermitteln. Erst durch die Internet-Propaganda stoßen neue Sympathisanten zur Bewegung, die wiederum den Aufbau und die Organisation von autonomen Zellen umsetzen. Ohne direkte Kontakte zur Führung der Al-Qaida herzustellen, sollen Sympathisanten über das Internet ideologisch indoktriniert werden und Informationen erhalten, um mit Gleichge-

[29] Vgl. Springer/Regens/Edger (Anm. 2), S. 111.

[30] Zitiert nach Jarret M. Brachman, Global Jihadism, Theory and Practice, London/New York 2008, S. 116.

sinnten autonome Zellen zu gründen, mit denen sie Anschläge gegen die USA und ihre Verbündeten ausüben können.[31]

Dieses neue Strategiekonzept von Abu Musab al-Suri zeigt die Verschiebung der Zielsetzung der jihadi-salafistischen Bewegung. Während es in der früheren Ausrichtung der Al-Qaida um die Etablierung eines Kalifats ging, wandelt sich die Zielsetzung bei al-Suri zu einer dezentralen Bewegung. In ihr soll primär die Zerschlagung der Al-Qaida vermieden werden. Zum anderen sollen die neuen dezentral-agierende Terroristengruppen durch die Forcierung der jihadi-salafistischen Propaganda im Internet mobilisiert werden.[32]

2.3. Drei Typen von autonomen Terrorzellen

In al-Suris Theorie gibt es drei Typen von geheimen, dezentralen Widerstandsgruppen, die in Zelleinheiten organisiert sind. Sie heißen: Bau-, Organisations- und Propagandaeinheit. Alle werden in strikt voneinander separierten Zellen organisiert:

Für jede Widerstandsgruppe gibt es einen Befehlshaber, der das gemeinsame Ziel der Gruppe erklärt. Er gründet die wichtigste Zelle, die al-Suri als die Baueinheit bezeichnet. Unter den verschiedenen Zelleinheiten übernimmt die Baueinheit die Führung, weil sie das operationelle System zum Widerstand vorgibt und dies an die anderen Zellen weiter vermittelt. So ist der Befehlshaber der Baueinheit für die Indoktrinierung von Sympathisanten zuständig. Er soll insbesondere Jugendliche ideologisch dazu animieren, am globalen islamistischen Widerstand teilzunehmen. Falls der Befehlshaber neue Rekruten für den Jihad gewinnt, fordert er diese auf, eine Organisationseinheit zu gründen. Die Baueinheit bereitet die Rekruten der Organisationseinheit auf ihre Aufgaben in ihren Zellen vor. Von dieser Einheit erhalten die Rekruten Pläne und Entwürfe für mögliche terroristische Operationen.[33] Zusätzlich

---

[31] Spencer Ackerman, Al Qaeda goes viral. `Architect of Global Jihad` presents a Blueprint for the Next Wave of the Jihadist Movement, in: The Washington Independent vom 30. Juni 2008, unter: www.washingtonindependent.com/view/al-qaeda-goes-viral/ (gelesen am 15. September 2009).

[32] Vgl. Springer/Regens/Edger (Anm. 2), S. 111.

[33] Vgl. Raffaello Pantucci, Operation Praline: The Realisation of Al-Suri's Nizam, la

unterweist der Befehlshaber die neuen Zellenmitglieder über wichtige Ziele, die von den Jihadisten angegriffen werden sollen. Als Hauptziel gelten alle westlichen Einrichtungen im Mittleren Osten. Al-Suri listet zahlreiche Anschlagsziele auf, unter denen Standorte von globalen Wirtschaftsunternehmen, Botschaften, militärischen Stützpunkten und westlichen Regierungseinrichtungen über touristische Zielobjekte wie Hotels, Bahnhöfen, Flughäfen bis zu wichtigen weltwirtschaftlichen Einrichtungen wie Ölraffinerien oder Pipelines aufgeführt sind. Insbesondere Ziele, die die Weltwirtschaft destabilisieren können, finden großes Interesse bei Abu Musab al-Suri. Ähnlich wie Abu Bakr Naji[34] hält er Anschläge auf Ölpipelines in Saudi-Arabien für ein effizientes Mittel, um den Ölpreis in die Höhe zu treiben und somit die westlich-dominierte Weltwirtschaft zu schädigen.[35]

Für den Befehlshaber der Baueinheit sind solche strategischen Zielvorgaben von besonderer Bedeutung, weil er mit geringem Aufwand Anschläge auf die Schwachstellen des Westens umsetzen kann, die zu enormen Schäden führen dürften. Entscheidend ist in al-Suris Konzept, dass der Befehlshaber eigenständig die Anschlagsziele auswählt und nicht von „außen“ instruiert wird.

Je mehr Rekruten der Befehlshaber der Baueinheit für den individuellen Jihad anzieht, desto mehr dezentrale Organisationseinheiten werden weltweit gegründet, die dann unabhängig voneinander Anschläge organisieren und ausüben. In jeder Zelle sollen höchstens zehn Mitglieder sein. Unmittelbar nachdem der Befehlshaber die Mitglieder für die Gründung einer Organisationseinheit mobilisiert hat, kümmert er sich zusätzlich um deren Finanzierung.[36] Sobald die Führung der Baueinheit alle wichtigen Instruktionen

---

Tanzim, in: Perspectives on Terrorism 2 (2008), Issue 12, S. 1–11, hier S. 3, unter: http://www.terrorismanalysts.com/pt/index.php?option=com_rokzine&view=article&id=67 (gelesen am 16. September 2009).

[34] Abu Bakr Naji ist ein Pseudonym von einem wichtigen Strategen der Al-Qaida. Vgl. Abu Bakr Naji, The Management of Savagery: The Most Critical Stage Through Which the Umma Will Pass, übersetzt von William McCants, Combating Terrorism Center, West Point 23. Mai 2006, unter: http://ctc.usma.edu/publications/pdf/Management_of_Savagery.pdf. (gelesen am 21. November 2008).

[35] Vgl. Lia (Anm. 12), S. 399 f.

[36] Vgl. ebenda, S. 348 f.

den neuen Rekruten vermittelt hat, findet der Kontakt lediglich über das Internet statt.

Im dritten Typ der Widerstandsgruppe ist die Propagandaeinheit organisiert. Al-Suri nennt sie auch „Da'wah circle".[37] Hier sollten höchstens drei Personen zusammenarbeiten. Ihre Aufgabe besteht darin, die jihadi-salafistische Ideologie im Internet zu verbreiten. Sie sind die zentrale Basis für al-Suris globalen islamistischen Widerstand, denn sie haben die Aufgabe, junge Muslime mit propagandistischen Internetauftritten zum Jihad zu bewegen. Gerade mit der Propagandaeinheit versucht al-Suri einen jihadi-salafistischen Widerstand zu organisieren, der nicht auf direkte Kontakte zur Al-Qaida-Führung angewiesen ist.

Die Mitglieder der Propagandaeinheit benötigen spezifische Kenntnisse über das Internet und andere Kommunikationssysteme. Denn sie veröffentlichen Kommuniqués, Bücher, Videos und andere Nachrichten der globalen jihadistischen Bewegungen im Internet. Um die Ideologie in mehreren Sprachen verbreiten zu können, besteht seitens der Führung zusätzlich das Interesse, Jihadisten mit umfangreichen Sprachkenntnissen für diese Einheit zu gewinnen.[38] Am bekanntesten sind die Internet-Anweisungen der Al-Qaida-Führung, die regelmäßig Videobotschaften in mehreren Sprachen über die jihadi-salafistischen Webforen verbreiten, in denen sie für die globale jihadistischen Bewegungen neue Zielsetzungen vorgeben.

3. Terroranschläge und Anschlagsversuche mit autonomen, dezentral-operierenden Zellen

In den letzten beiden Kapiteln wurde gezeigt, was Abu Musab al-Suri unter autonomen, dezentral-agierenden Zellen versteht und wie diese organisiert sein sollen. Nun muss allerdings noch dargelegt werden, wie die heutigen Wissenschaftler diese neue Form des Terrorismus bezeichnen und was sie von den ursprünglichen jihadi-salafistischen Organisationen unterscheidet.

Für Marc Sageman heißt diese neue Form des Terrorismus „leaderless jihad",

[37] Vgl. ebenda, S. 444.
[38] Vgl. Pantucci (Anm. 33), S. 3.

weil die Terrorzellen unabhängig von der Al-Qaida-Führung agieren.[39] Diese Bezeichnung hat sich allerdings in der Wissenschaft und in den Medien nicht durchgesetzt. Am bekanntesten sind die Formulierungen „homegrown terrorists“ und „grass-roots jihadists networks“. Erstere Bezeichnung wird oft von den Medien verwendet.[40] Letzteren Begriff verwenden Wissenschaftler wie Bruce Hoffman und Javier Jordan.[41] Jordan gilt als einer der wenigen Wissenschaftler, die sich detailliert mit dem Phänomen der „grass-roots jihadists networks“ auseinandersetzen. Dies resultiert u.a. aus seinen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Madrider Terroranschläge, die von unabhängig agierenden Jihadi-Salafisten durchgeführt wurden.

Der spanische Politikwissenschaftler Jordan trennt die jihadistische Bewegung zwischen größeren terroristischen Organisationen und autonomen Graswurzel-Netzwerken. In den großen Terrororganisationen à la Al-Qaida gibt es zwei wesentliche Merkmale, die sie von Graswurzel-Netzwerken unterscheidet: Erstens haben die terroristischen Zellen regelmäßig Kontakte zur Hauptorganisation und zweitens werden die Instruktionen für Anschläge und andere Operationen nur von der Hauptorganisation vorgegeben.[42]

Die jihadi-salafistischen Graswurzel-Netzwerke bestehen hingegen meistens aus kleinen, autonomen Gruppen, welche die Ziele der Al-Qaida zwar unterstützen, aber sie nur eigenständig in ihrem jeweiligen Heimatland umsetzen. Bei den Zellenmitgliedern handelt es sich meistens um im Westen geborene oder schon lange im Westen lebende, selbst-radikalisierte, militante Jugendliche, welche die Ideologie der Al-Qaida als eine Inspiration ansehen. Sie gehören oft der zweiten oder dritten Generation von Migranten an. Daher sind die meisten „homegrown terrorists“ nicht illegal in das Land eingewan-

[39] Vgl. Sageman (Anm. 1), S. 143 ff.

[40] Vgl. Bernd Dörries/Annette Ramelsberger, Die Terror-Verwandlung, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. Oktober 2007, unter: http://www.sueddeutsche.de/politik/297/423057/text/ (gelesen am 23. September 2009), oder „Rekruten für den Dschihad“, Interview mit Ernst Uhrlau, in: Spiegel-Online, 25. März 2008, unter: http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-56323085.html (gelesen am 23. September 2009).

[41] Vgl. Jordan (Anm. 28), S. 17; Hoffman (Anm. 9), S. 45 ff.

[42] Vgl. Javier Jordan, Anatomy of Spain’s 28 disrupted Jihadist Networks, in: Sentinel 1 (2008), Issue 11, S. 10 -11, hier S. 10.

dert.[43] Kernproblem ist aber, dass sie sich mit dem Land, in dem sie leben, nicht identifizieren können. Gerade für junge Muslime kann die westliche Welt zu Desorientierungen und Entfremdungsgefühlen führen. Sie fühlen sich zur islamischen Welt ihrer Eltern nicht hingezogen. Aber die westliche Welt birgt für die jungen Menschen auch schlechte Erfahrungen, weil sie oft nicht von der Mehrheitsgesellschaft als gleichwertiges Mitglied akzeptiert werden. Ihre Identitätsprobleme machen sie anfällig für die jihadi-salafistische Ideologie. Die Identitätskrise dieser Jugendlichen führt unweigerlich dazu, „sich autoritären Gruppen und Bewegungen anzuschließen, die ihnen feste Normen und Werte vorschreiben."[44] Dort entwickelt sich bei den Jugendlichen eine Widerstandsidentität, die daraus resultiert, dass ihre eigene Position „durch die Logik der herrschenden Gesellschaft entwertet und/oder stigmatisiert wird. Sie errichten Barrikaden des Widerstands … auf der Grundlage von Prinzipien, die sich von denjenigen unterscheiden, die die Institutionen der Gesellschaft durchdrungen haben."[45]

Hier liegen die Wurzeln für die Radikalisierung unter Jugendlichen, die entweder von Predigern in „Islam-Seminaren" oder durch Internet-Propaganda zum Widerstand animiert und ideologisch beeinflusst werden. Im Gegensatz zur ersten und zweiten Generation der Jihadi-Salafisten haben die Mitglieder von Graswurzel-Netzwerken meistens keine Kampferfahrungen in Afghanistan, Tschetschenien oder Bosnien gemacht. Selbst die Führungsfiguren der Terrorzellen besitzen in der Regel keine Kontakte zu Organisationen der Al-Qaida.[46] Falls sie Kontakte zu Mitgliedern anderer Terrornetzwerke pflegen, haben diese hingegen keinen Einfluss auf die Umsetzung von Anschlägen. Die Anschläge werden ohne Hilfe „von außen" in kleinen Zellen organisiert.[47] Es gibt keine Instruktionen von einer übergeordneten jihadi-salafis-

[43] Vgl. Jordan (Anm. 28), S. 20 f.

[44] Marwan Abou-Taam, Deutsche Sicherheit im Spannungsfeld des internationalen Terrorismus und der Weltordnungspolitik, Hamburg 2007, S. 186.

[45] Manuel Castells, Die Macht der Identität, Das Informationszeitalter II, Opladen 2003, S. 10.

[46] Vgl. Jordan (Anm. 28), S. 18.

[47] Vgl. Lorenzo Vidino, Homegrown Jihadist Terrorism in the United States: A new and occasional Phenomenon?, in: Studies in Conflict and Terrorism 32 (2009), Issue 1, S. 1-17, hier S. 2.

tischen Bewegung. Eine Besonderheit dieser autonomen Terrorzellen sind die so genannten „lone wolfs“, die als Einzeltäter terroristische Anschläge ohne jegliche Kooperationen mit anderen Zellenmitgliedern ausüben.[48]

3.1. Terroranschläge mit autonomen Zellen

Zwei der drei Hauptanschläge von jihadi-salafistischen Terroristen in Europa wurde von Graswurzel-Netzwerken ausgeführt. Dabei handelt es sich um die Anschläge in Madrid (2004) und die Ermordung von Theo van Gogh durch die Hofstad Gruppe (2004), die sogar weitere Anschläge geplant hatte.

Beide Netzwerke verfügten über keine Kontakte zu einer übergeordneten Bewegung, die ihnen den Befehl für die Ausführung der Taten hätte geben können. Von dem Madrider Netzwerk, die zehn Bomben in vier Nahverkehrszügen zur Explosion brachten und dabei 191 Menschen töteten[49], besaßen nur wenige Kontakte zu anderen islamistischen Organisationen. Diejenigen, die über Kontakte zu Organisationen verfügten, erhielten aber keine Anweisungen für mögliche Anschlagsziele.[50] Oder die Organisationen übten keinen Einfluss mehr auf die Gruppe aus, weil die Polizei sie wie das so genannte Abu Dahdah Netzwerk vorher zerschlug.[51] Das Abu Dahdah Netzwerk war schon in den 1990er Jahren eine der wichtigsten jihadi-salafistischen Terrororganisationen in Spanien.

Ursprünglich gehörten einige der 29 Mitglieder, die für die Madrider An-

---

[48] Die jihadistischen “lone wolfs“ stützen sich aber eher auf einen Text von Khalil al-Hakaymah mit dem Titel „How to Kill Alone“; vgl. Springer/Regens/Edger (Anm. 2), S 112.

[49] Vgl. Fernando Reinares, Terrorismus Global. Aktionsfeld Europa, Hamburg 2005, S. 98.

[50] Petter Nesser ist der einzige Wissenschaftler, der vermutet, dass die M-11 Zelle Kontakte zur al-Qaida hatte, weil die Bomben sehr professionell gebaut wurden, vgl. Petter Nesser, How did Europes Global Jihadis Obtain Training for their Militant Causes, in: Studies in Conflict and Terrorism 20 (2008), Issue 2, S. 234–256, hier S. 245.

[51] Von 2001 bis 2004 wurden allein in Spanien 40 Terroristen wegen mutmaßlicher Verbindungen zu islamistischen Organisationen festgenommen, vgl. Reinares (Anm. 49), S. 102.

schläge verantwortlich waren, dem Abu Dahdah Netzwerk an. Nach Einschätzung der spanischen Polizei galten sie zum damaligen Zeitpunkt aber als ungefährlich, weil sie im Abu Dahdah-Netzwerk nur ein „low-key involvement“ ausübten. Sie wurden lediglich als Mitläufer oder Sympathisanten von mehreren jihadi-salafistischen Netzwerken eingeschätzt.[52] Da das Abu Dahdah-Netzwerk eines der wichtigsten unter den jihadistischen Netzwerken in Spanien war und Kontakte zu Al-Qaida besaß, verhaftete die spanische Polizei 2001 ein Großteil der Jihadisten dieses Netzwerkes.

Zwei der drei Führungsfiguren der Madrider Anschläge hatten schon seit 1996 Kontakte zu Abu Dahdah. Sie wurden nicht festgenommen, weil die spanische Polizei sie unterschätzte. Kurz nach der Zerschlagung der Abu Dahdah Netzwerkes gründete Sarhane Fakhet ein eigenes jihadistische Netzwerk. Aus diesem Netzwerk entwickelten sich die so genannten M-11 Terrorzellen.[53]

Von enormer Bedeutung ist, dass Abu Musab al-Suri Kontakte zum Abu Dahdah Netzwerk hatte. Der norwegische Islamwissenschaftler Brynjar Lia deutet in seinem Buch „Architect of Global Jihad” daraufhin, dass der führende Kopf der Madrider Anschläge, Sarhane Fakhet, al-Suri sowie Abu Dahdah kannte.[54] Überdies kannte al-Suri Amer Azizi, einen der wenigen aus dem Abu Dahdah Netzwerk, der sich der Verhaftung entziehen und aus Spanien fliehen konnte.[55] Azizi wurde von al-Suri im Al-Ghuraba Trainingscamp ausgebildet. Die Ermittlungen der spanischen Polizei nach den Madrider Anschlägen bewiesen, dass Azizi in E-Mail Kontakt mit Sarhane Fakhet und Moutaz Allmalah Dabah stand.[56] Beide waren die entscheidenden Organisatoren der M-11-Zelle. Vor diesem Hintergrund lässt sich die intellektuelle

---

[52] Vgl. Petter Nesser, Profiles of Jihadist Terrorists in Europe, in: Bernhard, Cheryl (Hrsg.), A Future for the Young, Options for helping Middle Eastern Youth Escape the Trap of Radicalisation, Rand Working Paper, Washington 2006, S. 31-49, hier S. 44, unter: http://www.rand.org/pubs/working_papers/WR354/ (gelesen am: 28. September 2009).

[53] Die Bezeichnung M-11 Zelle resultiert aus dem Treffpunkt der Jihadisten in einer Moschee, die an der Autobahn M-11 liegt.

[54] Vgl. Lia (Anm. 12), S. 335.

[55] Vgl. Jordan (Anm. 28), S. 25.

[56] Vgl. Cruichshank/Ali (Anm. 5), S. 9.

Komplizenschaft an den Madrider Anschlägen definitiv al-Suri zuschreiben. Die Wahrscheinlichkeit, dass al-Suri sowie Azizi die Attentäter strategisch entscheidend beeinflusst haben, ist sehr hoch. Der jordanische Journalist und Jihadismus-Experte Fuad Hussein sagt: „Es ist sehr gut möglich, dass die *Jihadisten*, die in die Anschläge von Madrid und London involviert waren, die Texte (von Abu Musab al-Suri) gelesen haben."[57] Dies bedeutet jedoch nicht, dass er ihnen direkte Instruktionen gegeben haben muss.

Die 29 Mitglieder der Madrider Anschläge organisierten die Bombenattentate eigenständig. Auffällig ist die ausgeprägte Nutzung von ideologischen und strategischen Texten aus dem Internet. So hat die Polizei in den Computern der drei führenden Terroristen Texte von Osama bin Laden, Ayman al-Zawahiri, Abu Qatada al-Filistini und Mohamed Fizazi sowie diverse Bombenanleitungen gefunden. Sie besaßen jihadistische Handbücher wie die „Series of Preparation for Struggle", anhand derer sie Bomben bauten, die sie in der Nähe einer kleineren Stadt außerhalb von Madrid testeten.[58] Diese Gegend wurde auch als Trainingscamp genutzt, wie es westliche Beobachter eigentlich nur in Pakistan oder Afghanistan für möglich gehalten hatten. Die Finanzierung für die Planung und die Anschläge erfolgte primär durch Drogengelder, die von Jamal Ahmidan kamen, der Chef eines Haschisch- und EcstacyDrogenringes war.[59] Folglich handelte die M-11-Zelle unabhängig von anderen jihadistischen Organisationen und setzte die Terroranschläge selbstständig um.

Bei dem Attentat von Mohamed Bouyieri an Theo van Gogh gab es auch keine engen Verbindungen zu einer jihadistischen Bewegung nach Nordafrika oder in den Mittleren Osten. Die sogenannte Hofstad-Gruppe um Bouyeri und Samir Azzouz bestand primär aus Migrantenkindern der zweiten oder dritten Generation, die in Europa geboren waren. Die Gruppe entstand eher spontan aus freundschaftlichen Verbindungen, die schon in der Kindheit existierten.[60] Sie trafen sich in Internet-Cafes. Dort stießen sie auf extre-

[57] Ebenda, S. 10.
[58] Vgl. Nesser (Anm. 50), S. 245.
[59] Vgl. Jordan (Anm. 28), S. 21 f.; Nesser (Anm. 50), S. 244.
[60] Vgl. Lorenzo Vidino, The Hofstad Group: The new Face of Terrorist Networks in Europe, in: Studies in Conflict and Terrorism 30 (2008), Issue 7, S. 579-592, hier S. 581.

mistisches Gedankengut von jihadistischen Internetseiten, die zu einer Selbst-Radikalisierung unter den Jugendlichen führte.[61] Durch Online-Chats und andere Kontakte etablierte sich ab 2003 eine Gruppe von 15 bis 20 Mitgliedern, die sich regelmäßig in Bouyeris Wohnung in Amsterdam trafen und dort islamistische Vorträge referierten.

Einige Mitglieder der Gruppe kannten sich aus den *Jeugdbendes* (Jugendbanden), die in den ärmeren Stadtteilen von Amsterdam oder Rotterdam ihr kleinkriminelles Unwesen treiben. Lorenzo Vidino behauptet, dass die Hofstad-Gruppe eher einer Jugendbande als einer Terrorgruppe ähnelte, weil es keine übergeordneten Ziele gab und jeder machen konnte, was er wollte. In der Hofstad-Gruppe gab es keinen richtigen Anführer, der den anderen Befehle gab. „Im Fehlen jeglicher formalen Struktur fühlte sich jedes Mitglied frei, so zu handeln wie es ihm Recht war, ohne in der Erwartung zu sein, von Übergeordneten Anweisungen zu erhalten."[62]

So vermutet die Polizei, dass die Attentate von Bouyeri sowie die Pläne von Azzouz ohne Absprache mit den anderen Mitgliedern geschahen. Es gab zwar untereinander Absprachen, gegen wen sie Attentate ausüben wollten. Der 19-jährige Jason Walters veröffentlichte eine „hitlist", in der holländische Politiker wie Ayaan Hirsi Ali umgebracht werden sollten. Samir Azzouz entwickelte im Oktober 2003 eine Liste von Anschlagszielen wie dem holländischen Parlament, den Amsterdamer Flughafen oder einem Atomkraftwerk.[63] Diese Ziele waren aber scheinbar zu hoch gesteckt und ließen sich in einem sehr losen Netzwerk nicht realisieren. Deswegen neigten einzelne Gruppenmitglieder dazu, eigenständig Attentate zu planen, die auch alleine umgesetzt werden konnten. Hierbei handelt es sich um eine sehr autonome Herangehensweise, da sogar Gruppenmitglieder scheinbar nichts von gewissen Plänen wussten. Insofern kann die Hofstad-Gruppe als ein stark autonomes und lokales Netzwerk angesehen werden, das äußerst spontan agierte und „ihre Mitglieder anscheinend mehr von einer nihilistischen

---

[61] Vgl. Marc Sageman, The Homegrown Young Radicals of Next-Gen Jihad, in: Washington Post vom 8. Juni 2008, S. 5.

[62] Vidino (Anm. 60), S. 587.

[63] Vgl. New York City Police Department (Hrsg.), Radicalization in the West: The Homegrown Threat, New York 2007, S. 47.

Anziehungskraft der Gewalt beeinflusst waren als von einem konkreten politischen Ziel."[64] Dies unterscheidet die Hofstad-Gruppe indessen von al-Suris Theorie des globalen „Widerstands", da es in seinem Konzept ein übergeordnetes Ziel gibt. Der „Widerstand" der Hofstad-Gruppe war dagegen unkoordiniert und unprofessionell. Daher kann man eher von einem anarchischen Zustand der Gruppe ausgehen.

In den Analysen zu den Bombenanschlägen in London (2006) kommen die Wissenschaftler zu unterschiedlichen Ergebnissen, da die britische Terrorzelle Kontakte und Instruktionen aus Pakistan erhalten haben soll. Für Lorenzo Vidino sind die Kontakte ein Beweis, dass der Führer der Terrorzelle, Mohammed Siddique Khan, nicht autonom gehandelt hat und Anweisungen zu den Terroranschlägen in Pakistan erhielt. Infolgedessen nennt er diese Gruppe nicht „homegrown terrorists", weil sie sich zwar im Westen autonom zu einer Terrorzelle geformt haben, aber hinterher auf Anweisungen von al-Qaida gehandelt hat.[65] Andere Wissenschaftler behaupten dagegen, es handele sich trotzdem um „homegrown terrorists", weil sie in Eigeninitiative die Anschläge umsetzten.[66] Der Spiegel-Journalist Yassin Musharbash schreibt sogar, dass es eine direkte Beziehung zwischen den Attentäter von London und Al-Qaida nie gegeben hätte.[67] Und in Medienberichten wurde meistens von britischen „homegrown terrorists" geschrieben.[68] Dennoch hat die Wissenschaft bis jetzt nicht schlüssig beurteilt, in wie weit sich Graswurzel-Netzwerke von übergeordneten globalen jihadistischen Bewegungen „beraten" lassen können. Handelt es sich dann immer noch um führerlose Netz-

---

[64] Vidino (Anm. 60), S. 587.

[65] Vgl. Vidino (Anm. 47), S. 3.

[66] Vgl. Aidan Kirby, The London Bombers as "Self-Starters": A Case Study in Indigenous Radicalization and the Emergence of Autonomous Cliques, in: Studies in Conflict and Terrorism 30 (2008), Issue 5, S. 415 - 428, hier S.415 ff.; Cruichshank/Ali (Anm. 5), S. 10.

[67] Vgl. Yassin Musharbash, Die neue Al-Qaida. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerk, Köln 2006, S. 263.

[68] Vgl. u.a. Matthew Chance, Britain's Homegrown Terrorists, in: CNN vom 14. Juli 2005, unter: http://www.cnn.com/2005/WORLD/europe/07/14/homegrown.terror/ (gelesen am 27. September 2009)

werke? Bislang galt nur das Internet als Inspirationsquelle für autonome Zellen.

Ausschlaggebend ist jedoch, dass es zwei verschiedene Formen des „homegrown terrorism“ gibt. Einerseits existieren Terrorzellen, die zwar Kontakte und Instruktionen von Al-Qaida erhalten haben, aber trotzdem „hausgemacht“ sind, weil die Terroristen im Westen aufgewachsen sind und die Radikalisierung primär dort stattfand. Diese westlichen Netzwerke haben meistens eine internationale Orientierung, weil sie Kontakte zu Gleichgesinnten im Mittleren Osten oder in Afghanistan sowie Pakistan suchen.

Zum anderen existieren auch „homegrown terrorists“ die definitiv keine Instruktionen von „außen“ bekommen und ihre Anschläge unabhängig ausüben. Sie sind meistens lokal organisiert und besitzen nur wenige Kontakte zu anderen jihadi-salafistischen Gruppen im Ausland. Diese Netzwerke können daher nur als „grass-roots jihadists networks“ bezeichnet werden.

Bei der deutschen „Sauerland-Gruppe“ handelt es sich deswegen um die erste Variante des „homegrown terrorism“, die nicht zu einem autonomen Graswurzel-Netzwerk gehören, da sie Instruktionen von der Islamischen Jihad Union in Waziristan/Pakistan erhielten. Die beiden Rädelsführer, Fritz Gelowicz und Adem Yilmaz, deuteten in ihren Aussagen vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht daraufhin, dass sie selber keine Anschläge in Deutschland ausüben wollten und eher als Krieger in Afghanistan gegen die Nato-Truppen kämpfen wollten. Erst die Aufforderung des Führers der Islamischen Jihad Union, Nadschmeddin Schalolow[69], veranlasste sie nach Deutschland zurück zu reisen und die Anschläge im Sauerland vorzubereiten.[70]

---

[69] Nähere Informationen zu Nadschmeddin Schalolow, vgl. Yassin Musharbash: Auftraggeber der Sauerland-Gruppe von US-Drohne getötet, in: Spiegel-Online, 17. September 2009, unter: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,649703,00.html (gelesen am 24. September 2009).

[70] Yassin Musharbash/Marcel Rosenbach: Explosionen in Sand, in: Spiegel-Online vom 10. August 2009, unter: http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,641410,00.html (gelesen am 24. September 2009).

3.2. Anschlagsversuche von „hausgemachten“ Terroristen

Die Liste von vereitelten Anschlägen, in denen „homegrown terrorists“ verwickelt waren, ist bedeutend größer als die bei den Terroranschlägen der vergangenen Jahre. Die bekanntesten Anschlagsversuche sind:

- das Paintball Jihad Netzwerk aus North Virginia/ USA (2003),
- der Herald Square Plot in New York/ USA (2004),
- die Operation Pendennis in Australien (2006),[71]
- die Kofferbomber in Deutschland (2006),
- die Terrorzelle Al Muhajiroun 2 in New York/USA (2006),
- die Operation Praline mit den „Toronto 17“ (2006),[72]
- die Sauerland-Gruppe (2007),
- und mehrere neue Vorfälle in den USA (2009).[73]

Einer der ersten Fälle von „homegrown terrorism“ ist das 2000 gegründete amerikanische Paintball Jihad Netzwerk, dem zwischen neun und elf Mitglieder angehörten, die in den Wäldern von North Virginia ihr paramilitärisches Training ausübten.[74] Vier Jihadisten waren US-Bürger, die in den 1990er Jahren zum Islam konvertierten. Zudem dienten vier Mitglieder des Netzwerks im amerikanischen Militär. Die anderen Mitglieder lebten zwar schon länger in den USA, stammten jedoch aus Südkorea, Jemen und Pakistan.

In allen Fällen dieses Netzwerkes kam der erste Einfluss durch den Aufenthalt in der Dar al-Arqam Moschee in Falls Church/Virginia, in der ein

---

[71] Vgl. New York City Police Department (Anm. 60), S. 5; Vidino (Anm. 47), S 7 ff.

[72] Vgl. Pantucci (Anm. 33), S. 1 – 11.

[73] Vgl. folgende Links, die auf die letzten Festnahmen von jihadistischen Grasswurzel-Netzwerken in den USA verweisen, siehe Zelle aus North Carolina unter: http://www.adl.org/main_Terrorism/north_carolina_jihad_plot.htm und http://charlotte.fbi.gov/dojpressrel/2009/ce072709.htm, siehe Zelle aus New York unter: http://www.adl.org/main_Terrorism/ny_synagogue_plot_arrests.htm, die Zelle von Najibullah Zazi aus Aurora/Colorado, die am 19. September 2009 verhaftet wurde, scheint Kontakte zur Al-Qaida gehabt zu haben, http://www.nytimes.com/2009/09/25/us/25zazi.html?_r=2 (alle gelesen am 24. September 2009).

[74] Vgl. Vidino (Anm. 47), S. 7.

salafistischer Islam gepredigt wurde.[75] Erste Radikalisierungstendenzen resultierten aus den Predigten des in den USA populären Predigers Ali al-Timimi, der regelmäßig salafistische Vorträge in der Moschee hielt. Der 40-jährige Doktorand der George Mason Universität galt als der Anführer des Netzwerkes. Al-Timimi hatte Charisma und genoss ein hohes Ansehen unter den jungen Konvertiten. Er beeinflusste die jungen Männer mit dem radikalen salafistischen Gedankengut, welches zu einem extremen dualistischen Weltbild führte, in dem es nur Gut und Böse gibt. Alle Ungläubigen gelten in dieser Weltsicht als das Böse, das es zu bekämpfen gilt.[76]

Ab 2000 traf sich das Netzwerk vermehrt in Privatwohnungen, wo sich durch ungestörte Diskussionen eine weitere Radikalisierung vollzog. Bei diesen Treffen hielt regelmäßig der US-Konvertit Randall Todd Royer Vorträge über die Pflicht eines jeden gläubigen Muslims, den Islam in Kaschmir, Tschetschenien und in anderen Regionen zu verteidigen. In den 1990er Jahren kämpfte Royer mit anderen Jihadisten in Bosnien. Er berichtete von seinen damaligen Erfahrungen sowie von seinen Aufenthalten in den Trainingscamps der Lashkar-e-Taiba, einer Al-Qaida nahestehenden pakistanischen Organisation. Dies führte unweigerlich dazu, dass einige aus dem Netzwerk nach Pakistan reisten und sich von der Lashkar-e-Taiba in militärischen und terroristischen Kampftechniken ausbilden ließen.[77]

Fünf Tage nach 9/11 unterwies al-Timimi sein Netzwerk, dass die Zeit gekommen wäre, in den Jihad zu ziehen. Vier Mitglieder folgten dem Aufruf und flogen am 20. September 2001 nach Pakistan, um in Lashkar-e-Taibas Lagern für den Jihad zu trainieren. Aufgrund dieser Verbindungen zur Lashkar-e-Taiba und dem Verdacht der Planung von Anschlägen wurden acht „homegrown terrorists“ nach ihrer Rückkehr im Juni 2003 festgenommen.[78] Al-Timimi verurteilte man erst 2005 zu einer lebenslangen Haftstrafe.[79]

---

[75] Vgl. New York City Police Department (Anm. 60), S. 58ff.
[76] Vgl. Abou-Taam (Anm. 44), S. 123f.
[77] Vgl. Vidino (Anm. 47), S. 7.
[78] Vgl. New York City Police Department (Anm. 60), S 61ff.
[79] Vgl. Jerry Markon, Muslim Lecturer Sentenced to Life, in: Washington Post vom 14. Juli 2005, S. 2.

Die Mitglieder eines weiteren amerikanischen „homegrown terrorist“ Netzwerks, die als „al-Muhajiroun 2“ in den Medien bekannt wurden, hatten ebenfalls Kontakte zur Lashkar-e-Taiba. Im Gegensatz zur vorigen Terrorzellen besaßen sie allerdings auch lose Kontakte zur Al-Qaida. Bei den al-Muhajiroun 2 handelt es sich um den 26-jährigen in Pakistan geborenen, aber seit seiner Kindheit in den USA lebenden Syed Hashmi und den 29-jährigen Mohammad Junaid Babar, die Ende der 1990er Jahre Mitglieder der Organisation al-Muhajiroun[80] in New York wurden. Die Hauptaktivitäten von al-Muhajiroun lagen jedoch in London/Großbritannien.

Ihre Radikalisierung begann in den frühen 1990er Jahren durch die virtuellen Kontakte zu extremistischen Internetseiten, die salafistisches Gedankengut verbreiteten. Durch diese virtuelle Indoktrinierung veränderte sich ihr Leben grundlegend. Beide entdeckten die Internetseiten der jihadistischen Organisation al-Muhajiroun von Omar Bakri Mohammed. Babar erklärte nach seiner Verhaftung: „Ich war imstande, sie im Internet zu treffen. Wir telefonierten häufig miteinander und es gab eine Vielzahl von (jihadistischer) Literatur im Internet, welche wir anschauen konnten.“[81]

Aufgrund dieser Internet-Kontakte und den vielen Gesprächen wurde er extrem politisiert und identifizierte sich immer mehr mit dem radikalen Gedankengut der Jihadisten. Babar brach sein Pharmazie-Studium ab und lernte bereits nach kurzer Zeit aktive Mitglieder der al-Muhajiroun in New York kennen. Einer von ihnen war Hashmi, der im Brooklyn College auf die amerikanische Gruppenmitglieder von al-Muhajiroun gestoßen war, die dort Seminare hielten. Für Hashmi ermöglichten die Kontakte im College den raschen Einstieg in al-Muhajiroun. Er übernahm vermehrt die Rekrutierung

[80] Al-Muhajiroun wurde von dem Syrer Omar Bakri Mohammed gegründet, der ursprünglich Mitglied einer lokalen Gruppe der Hizb ut-Tahrir-Bewegung war. Er stieg in den 1990er Jahren bei der Hizb ut-Tahrir aus und gründete eine radikalere Gruppierung, die insbesondere in London aber auch in anderen westlichen Städten zu einem Sammelbecken von Radikalen wurde; vgl. Zambelis, Chris: Arrest of American Islamist Highlights Homegrown Terrorists Threat, in: Terrorism Focus 3 (2006), Issue 25, unter: http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=816 (gelesen am 24. September 2009).

[81] New York City Police Department (Anm. 60), S 70.

von neuen jungen Sympathisanten in den USA.[82] Und er stieß so auf Babar. Aufgrund Hashmis Kontakte zur britischen Mutterorganisation al-Muhajiroun flogen sie ab 2002 mehrere Male nach Großbritannien und Pakistan, um sich mit anderen Mitgliedern zu treffen. Sie absolvierten mehrere Trainingscamps in Pakistan. Kurze Zeit später arbeiteten Hashmi und Babar für eine Dependance der al-Muhajiroun in Lahore. Dieses Büro galt als Treffpunkt für britische „homegrown terrroists", die nach Pakistan reisten, um in Trainingslagern für Terroranschläge und andere Aktivitäten ausgebildet zu werden. So äußerte sich Babar in seinen späteren Vernehmungen: „Wenn sie militärisches Training brauchten, wiesen wir sie auf die richtigen Lager hin. Wenn sie Geld brauchten, gaben wir ihnen Geld. Wenn sie Kleidung benötigten, gaben wir ihnen Kleidung."[83]

Durch diese Äußerungen wird deutlich, dass Hashmi und Babar als Koordinatoren für die nach Pakistan einreisenden jungen Jihadisten zuständig waren. In Lahore lernte Babar daher auch mehrere junge Briten kennen, die in Großbritannien Terroranschläge verüben wollten. Unter ihnen war Omar Khyam, den Babar im Juni 2003 kennenlernte. Mit ihm plante Babar eine Anschlagsserie in Großbritannien, die später als „fertiliser bomb plotters" in den britischen Medien bekannt wurde. Die britische Polizei nannte die Operation gegen die Terrorzelle „Crevice". Khyam wurde der Chef dieser britischen Zelle. Mit dem terroristischen Netzwerk wollten Khyam und Babar Anschläge auf „Londons größtem Nachtclub, dem Ministry of Sound, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Synagogen, Züge, Flugzeuge und dem Bluewater Shoppingcenter"[84] ausüben. Die Anschlagspläne wurden in Babars Wohnung in Lahore mit Khyam und Hassan Butt vorbereitet.[85] Nach der Rückkehr aus Pakistan begannen Khyam, Babar und vier weitere Mitglieder die Operation in Großbritannien einzuleiten. Die sechs Männer wurden noch

[82] Vgl. ebenda, S. 69.

[83] Duncan Gardham, Bombers met through extremist group, in: Telegraph vom 30. April 2007, unter: http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/1550103/Bombers-met-through-extremist-group.html (gelesen am 24. September 2009).

[84] Philippe Naughton: Five given life for fertilizer bomb terror plot, in: The Times vom 30. April 2007, unter: http://www.timesonline.co.uk/tol/news/uk/article1725608.ece (gelesen am 24. September 2009).

[85] Vgl. Vidino (Anm. 47), S. 8.

vor ihrer Tat im März 2004 verhaftet. Die britische Polizei entdeckte eine halbe Tonne Kunstdünger in einer Garage in West London, mit dem der Anschlag umgesetzt werden sollte.[86] Mohammad Babar wurde an die USA ausgeliefert, wo man ihn vor Gericht stellte und zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilte. Da Syed Hashmi schon 2003 in die USA zurückkehrte, konnte er wegen dem „fertiliser bomb plot" nicht verurteilt werden. Anhand dieses Netzwerks aus „homegrown terrorists" ist die internationale Orientierung der westlichen Jihadisten sehr deutlich darzulegen. Die zwei amerikanischen Mitglieder der al-Muhajiroun besaßen viele Kontakte zu Gleichgesinnten in Großbritannien und in Pakistan, mit denen sie eine Kooperation aufbauten, um mit einer gewissen Professionalität Terroranschläge gegen den Westen zu organisieren.

3.3. Die Besonderheit des Praline-Netzwerks

Die „al-Muhajiroun 2" hatten innerhalb weniger Jahre ein britisches Netzwerk im Ausland aufgebaut, um Terroranschläge vorzubereiten. Aber eines der spektakulärsten transnationalen Netzwerke des „homegrown terrorism" war das Praline Netzwerk, das sich innerhalb von zwei Jahren etablierte. Junge Online-Jihadisten gründeten und organisierten ein globales Graswurzel-Netzwerk mit mehreren Zellen, welches sich primär über das Internet bildete. Das Netzwerk besaß Kontakte zu führenden Jihadisten im Irak sowie anderen jihadistischen Organisationen in Afghanistan und Pakistan. Dessen zentrale Köpfe waren Aabid Khan und Younis Tsouli. Khan galt als der entscheidende Befehlshaber, weil er mehrere Initiativen ergriff, um Anschläge durchzuführen. Tsouli etablierte sich in der Gruppe zum wichtigsten Organisator des Online-Netzwerkes.[87] Sie betreuten eigenständig mehrere Terrorzellen in drei Ländern. Anhand dieses Praline-Netzwerkes, das von Großbritannien aus geleitet wurde, kann al-Suris organisatorisches System anschaulich in der Praxis dargestellt werden. Die Grundstruktur des Praline-Netz-

[86] Vgl. Naughton (Anm. 84).

[87] Vgl. Irhaby 007's American Connections, in: Report #6, NEFA Series "Target: America", A NEFA Analysis of U.S. v. Ahmed, July 2007 (Update January 2008), S. 8, unter:http://www.nefafoundation.org/miscellaneous/irhabi007AmericanConnections.pdf (gelesen am 20. September 2009).

werks ähnelt sehr dem theoretischen System der drei Typen von dezentralen Zellen:

Im Oktober 2005 tauchten erstmalig Informationen über das Praline-Netzwerk auf, als bosnische Sicherheitskräfte zwei Männer wegen der Planung von Selbstmordanschlägen verhafteten. Einer der Männer war Mirsad Bektasevic, ein schwedischer Staatsbürger, der in Bosnien eine Schlüsselfigur der jihadistischen Szene war und gute Kontakte zu führende Personen der Al-Qaida im Irak besaß.[88] Auf Bektasevics Handy entdeckte die bosnische Polizei die Telefonnummer des in London lebenden marokkanischen Diplomatensohns Younis Tsouli, woraufhin die britische Polizei Ende Oktober 2005 die Wohnung von Tsouli durchsuchte. Erst nach der Beschlagnahmung und Auswertung der Computer registrierte die Polizei, dass Tsouli der bekannte Online-Jihadists Irhabi 007[89] (übersetzt: Terrorist 007) war. So schreibt der Journalist Steve Swann von der BBC, "dass sie keine Ahnung hatten, einen der bedeutendsten Gestalten des wachsenden Netzwerks von Cyber-Terroristen zu verhaften."[90]

Younis Tsouli war mit seinem Pseudonym im Internet als einer der aktivsten Unterstützer der jihadi-salafistischen Szene bekannt. Er entwarf eigene Internet-Seiten, wie die der jihadistischen Produktionsfirmen as-Sahab und at-Tibyan.[91] Auf diesen Internetseiten wurden immer die aktuellsten Nachrichten und Videobotschaften der Al-Qaida sowie jihadi-salafistische E-Bücher veröffentlicht. Außerdem unterstützte Tsoulis die irakische Al-Qaida von Abu Musab al-Zarqawi, indem er Videos aus dem Irak auf diversen Internetseiten verbreitete und dadurch einem größeren Publikum zugänglich

---

[88] Vgl. David Leppard, MI5 probes suicide attack plots on Washington, in: The Times vom 6. November 2005, unter: http://www.timesonline.co.uk/tol/news/uk/article587135.ece (gelesen am 24. September 2009).

[89] Vgl. die Informationen zu „Terrorist 007" bei Musharbash (Anm. 67), S.153–156.

[90] Steve Swann, Aabid Khan and his global jihad, in: BBC News vom 18 August 2008, unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/7549447.stm (gelesen am 20. Oktober 2008).

[91] Vgl. Hanna Rogan, Al-Qaeda's online media strategy: From Abu Reuters to Irhabi 007, Norwegian Defence Research Establishment (FFI), 01.12.2007, S. 49, unter: http://rapporter.ffi.no/rapporter/2007/02729.pdf (gelesen am 10. September 2009).

machte.[92] Das bekannteste irakische Video, welches Tsouli veröffentlichte, dürfte die Ermordung von Nicolas Berg sein, der von al-Zarqawi geköpft wurde.[93]

Aufgrund seiner Internetaktivitäten kann Tsouli als Chef einer geheimen Propagandaeinheit, wie sie sich al-Suri in der Theorie vorstellte, bezeichnet werden. Tsouli organisierte mit zwei weiteren Zellenmitgliedern, Tariq al-Daour und Mohammed Atif Siddique, eine globale Medienzelle. Alle drei kannten sich nur virtuell. Erst vor Gericht sahen sie sich das erste Mal in der „realen" Welt. Bei den Gerichtsverhandlungen wurden weitere Propagandatätigkeiten von Mohammed Atif Siddique bekannt. Er betrieb eine weitere Propagandazelle, die von ebenfalls großer Bedeutung für die jihadi-salafistische Bewegung war. In dieser Zelle entwickelte und betrieb der aus Texas/USA stammende Webentwickler Sarfaraz Jamal (Pseudonym: Sas Jamal) Internetseiten wie ClearGuidance.com, IslamicNetworks.com und diverse Chatrooms, die in der jihadi-salafistischen Internet-Szene sehr populär waren.[94]

Durch die Auswertung von Tsoulis Computern erhielt die Polizei wertvolle Informationen über weitere Personen des jihadistischen Widerstandsnetzwerks. Zahlreiche Verhaftungen folgten. Die Bewegung umfasste die Zellen des Befehlshabers Aabid Khan aus Bradford/England und führte vom schottischen Online-Jihadisten Mohammed Atif Siddique bis nach Kanada, wo eine Zelle von 17 Jugendlichen festgenommen wurde.[95] In den USA verhaftete man zwei Männer im März 2006, die in E-Mail Kontakt mit Tsouli und Khan standen. Beide filmten in Khans Auftrag Anschlagsziele in Washington DC. Außerdem besaß Khan wichtige Kontakte nach Pakistan,

---

[92] Vgl. Pantucci (Anm. 33), S. 4.

[93] Nikolas Berg war ein amerikanischer Geschäftsmann, der im April 2004 von der Al-Qaida im Irak entführt und bestialisch von Abu Mus'ab al-Zarqawi umgebracht wurde. Am 11. Mai entdeckten Ermittler ein Video von der Hinrichtung von Nikolas Berg im Internet. Al-Zarqawi schnitt Berg mit einem Säubel den Kopf ab.

[94] Evan F. Kohlman, Anatomy of a Modern Homegrown Terror Cell: Aabid Khan et al. (Operation Praline), NEFA, September 2008, S. 3, unter: www.nefafoundation.org/miscellaneous/nefaaabidkhan0908.pdf (gelesen am 15. September 2009).

[95] Siehe die Zellenstrukturen des Praline Netzwerkes in der Grafik 1 im Anhang.

wohin er Mitglieder der Operationszellen zum „Terrorismus-Training“ schickte.[96]

Der 23-jährige Aabid Kahn stellte sich als die entscheidende Führungsfigur in dem Praline-Netzwerk heraus. Das Zentrum des Netzwerkes lag in Bradford/England, von wo Khan ein weltweites Netz von autonomen Zellen gründete, die er als Chef der Aufbaueinheit instruierte.[97] Er forderte die neuen Mitglieder aus Kanada und den USA auf, in Pakistan eine Ausbildung zu machen, und organisierte die Reisen zu den Trainingslagern in Pakistan. Die Organisationseinheit aus Kanada unterwies er in für Al-Qaida relevante Anschlagsziele. Fünf der siebzehn kanadischen Terroristen, welche die Presse „Toronto 17“ nannte, sollten 2006 einen Anschlag auf das Parlamentsgebäude in Ottawa verüben und eine Autobombe am CN-Tower in Toronto detonieren lassen. Um die Anschläge vorzubereiten, reisten sie im Oktober 2005 nach Pakistan. In den Trainingslagern der Terrorgruppe Lashkar-e-Taiba wurden die fünf Kanadier für die geplanten Anschläge ausgebildet.

Interessant ist, dass nach den Anschlägen von Mumbai im November 2008 die Geheimdienste feststellten, dass Aabid Khan und die „Toronto 17“ Kontakte zu Terroristen des „Mumbai massacre“ hatten. Sie erhielten ihre Ausbildung scheinbar in denselben Trainingslagern wie die Attentäter von Mumbai.[98]

Die Parallelen zu Abu Musab al-Suris Theorie des globalen Widerstands sind evident. Alle organisatorischen Aufgaben führte Aabid Khan als Befehlshaber aus. Younis Tsouli und Mohammed Atif Siddique leiteten jeweils eine Propagandaeinheit. Die Organisationseinheiten befanden sich in Kanada und den USA. Beide Zellen wurden wesentlich von Khan gesteuert.

Ein entscheidender Unterschied zu al-Suris organisatorischem System besteht jedoch darin, dass Khan Kontakte nach Pakistan pflegte und seine Mitglieder sogar ins Trainingslager nach Pakistan schickte. Dies wäre nicht im Interesse

[96] Vgl. Swann (Anm. 90).
[97] Vgl. Pantucci (Anm. 33), S. 6.
[98] Canada: Militant group accused of Mumbai attacks has Toronto link, PTI News, 4. Dezember 2008, unter: http://worldanalysis.net/postnuke/html/index.php?name=News&file=article&sid=1685 (gelesen am 23. Oktober 2008).

al-Suris gewesen, weil die Mitglieder der Organisationseinheiten eigenständig Anschläge umsetzen sollten. In al-Suris Theorie ist es gerade zwingend notwendig, dass die Zellenmitglieder keine Kontakte zur Al-Qaida oder ihr nahestehenden Bewegungen in Afghanistan oder Pakistan besitzen sollten. Dadurch wären die Zellen von den westlichen Sicherheitsbehörden schwieriger zu ermitteln gewesen. Und es ist fraglich, ob das Praline-Netzwerk von Sicherheitsbehörden entdeckt worden wäre, wenn sie autonomer gehandelt hätten.

4. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich bei einigen jihadi-salafistischen Netzwerken die Umsetzung al-Suris Theorie nachweisen. Dies heißt zwar nicht, dass al-Suri an Terroranschlägen beteiligt war, aber dass er als Stratege entscheidend an der neuen Kriegsführung der Al-Qaida-Bewegungen mitgewirkt hat. Er schuf mit seiner Theorie des globalen Widerstands ein funktionsfähiges System, welches eine jüngere Generation von Jihadisten in ihren im Westen gegründeten Netzwerken umsetzte. Dies zeigen die Analysen der Anschläge und Anschlagsversuche der vergangenen Jahre.

Zwei der drei größten Anschläge in Europa sind von Graswurzel-Netzwerken umgesetzt worden. Bedeutend mehr Anschlagsversuche wurden in den letzten Jahren von aus dem Westen agierenden Zellen organisiert. Zwar zeigt Javier Jordan in seinen Analysen, dass die meisten Anschlagsversuche zwischen 2004 und 2008, die man in Spanien plante, nicht von autonomen Zellen organisiert wurden. Von 28 Netzwerken, welche die Polizei zerschlagen konnte, waren nur fünf Zellen in autonomen Graswurzel-Netzwerken aktiv.[99]

Aber der Trend zum neuen Terrorismus à la al-Suri hat in der jüngsten Vergangenheit permanent zugenommen. So schreiben die meistens Wissenschaftler, dass eine wachsende Gefahr von den kleinen Terrorzellen, die von im Westen geborenen Jihadisten gegründet wurden, ausgeht.[100] Dies liegt im Wesentlichen an der expansiven Propagandaarbeit der Al-Qaida im Internet. Die jihadi-salafistische Agitation dient den jungen Sympathisanten im Wes-

[99] Vgl. Jordan (Anm. 42), S. 11.
[100] Vgl. Vidino (Anm. 47), S. 2; vgl. Jordan (Anm.) S. 11.

ten als wichtige Inspirationsquelle, um dann eigenständig zu agieren. Das Internet ist für die Führung der Jihadi-Salafisten ein ideales Medium, um den „homegrown terrorists“ genaueste Informationen zur Planung und Organisation von Anschlägen bereitzustellen, ohne direkte Kontakte mit ihnen aufzunehmen.[101]

Daher gibt es eine Zunahme von europäischen jihadi-salafistischen Netzwerken, die im Westen Terroranschläge umsetzen wollen. Jedoch gibt es in dieser Entwicklung den Trend, dass die jungen westlichen Jihadisten - trotz Internet - eher mit transnationalen jihadi-salafistischen Gruppen Kontakt aufnehmen, um mit diesen zu kooperieren. Schwachpunkt von rein lokal organisierten Jihadisten ist nämlich die ineffiziente Umsetzung von Terroranschlägen. Oft scheitern sie, weil sie eigenständig nicht in der Lage sind, sich eine richtige Ausbildung für den Bombenbau zu unterziehen. Deswegen neigen europäische sowie amerikanische Jihadisten scheinbar vermehrt dazu, mit transnationalen Gruppen zusammenzuarbeiten, um eine bessere Ausbildung für die geplanten Terroranschläge zu erhalten. Der Trend geht daher nicht zu vollständig dezentral-agierenden Netzwerken. Diese autonomen Graswurzel-Netzwerke scheinen zu ineffizient zu sein. Deshalb entstehen immer mehr Netzwerke, in denen es spontane Kooperationen zwischen „homegrown terrorists“ und Al-Qaida nahestehenden Bewegungen wie der Lashkar-e-Taiba gibt.

Aber gerade mit den Anschlagsplänen des Praline-Netzwerks wird deutlich, wie stark der Einfluss von al-Suri auf junge Jihadisten war. Im Praline-Netzwerk wurden viele organisatorische Elemente von al-Suris System übernommen. Aabid Khan gründete Terrorzellen in mehreren Ländern und führte als Befehlshaber dieser Zellen Teile des organisatorischen Systems aus. Younis Tsouli und Mohammed Atif Siddique setzten al-Suris Mission im Internet um. Das Internet diente ihnen als Werkzeug zur Verbreitung der Ideologie und zur Mobilisierung von Sympathisanten. Beide Mitglieder der Propagandaeinheit handelten äußerst effizient, um die Ideologie der Al-Qaida über das Internet zu verbreiten. Tsouli gründete mehrere neue Webseiten unter denen at-Tibyan eine der wichtigsten Internetseiten war.[102] Siddique

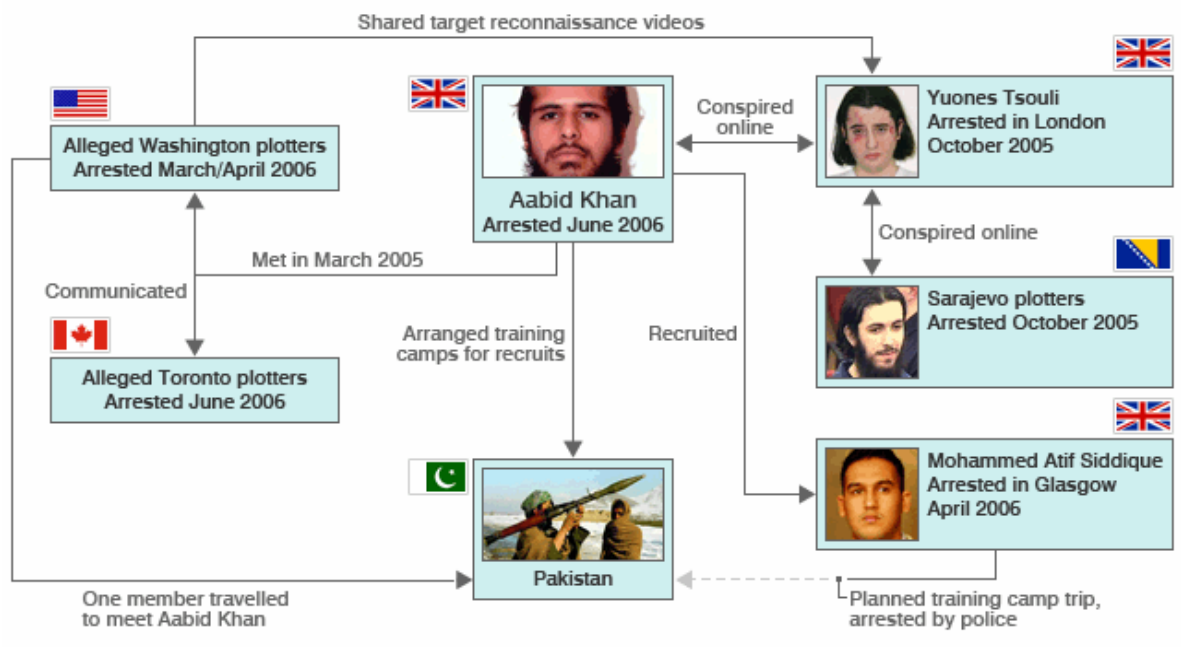
[101] Vgl. Pantucci (Anm. 33), S. 9.
[102] Vgl. Swann (Anm. 90).

betrieb mehrere Webseiten mit Sarfaraz Jamal, die in den USA sehr populär waren. Auf den Internetseiten standen neue Schriften und Videos zum Download zur Verfügung. Das Ziel, vermehrt Jugendliche durch die Propaganda für den jihadi-salafistischen Kampf gegen den Westen zu mobilisieren, gelang Tsouli und Siddique besonders gut, denn sie kamen über das Internet mit Jugendlichen aus Kanada und den USA in Kontakt, die sich vollkommen mit der Ideologie identifizierten und sich scheinbar bedingungslos der Widerstandsgruppe aus Großbritannien anschlossen.

Letztendlich kann man Sherifa Zuhur nur zustimmen, wenn er behauptet, dass „al-Suri mit seinem Buch viele Hunderte Osamas beeinflusst hat.“[103] Mit seinem Buch “The Global Islamic Resistance Call” wird vielen neuen hausgemachten „Osamas“ eine Strategie vermittelt, wie in global agierenden Zellen der Kampf gegen den Westen umgesetzt werden kann. Die Zellen mögen zwar nicht so autonom agieren, wie es sich al-Suri erhofft hat, aber wesentliche Elemente der Theorie des globalen islamistischen Widerstands werden übernommen.

[103] Sherifa Zuhur, A Hundred Osamas. Islamist Threads and the Future of Counter-insurgency, in: Edward V. Linden (Hrsg.), Focus on Terrorism 7 (2007), Issue 1, S. 1–54, hier S. 32.

Grafik 1: Zellenstruktur des Praline-Netzwerks von Aabid Khan



Quelle: BBC, http://news.bbc.co.uk/1/shared/spl/hi/pop_ups/08/uk_enl_1219065351/html/1.stm .

Zwischen Totgeburt und Kopfgeburt: Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus in Deutschland

Alexander Straßner

1. Einleitung und Fragestellung

Seit dem 11. September 2001 ist die Terrorismusforschung zu einem festen und öffentlich rezipierten Bestandteil der Sozialwissenschaften geworden. Innerhalb der von der Wissenschaft heute weitgehend akzeptierten idealtypischen Trennung von ethnisch-separatistischem (IRA, ETA), sozialrevolutionärem (RAF, „Brigate Rosse“) und religiös motiviertem Terrorismus ist es aber zu einer merklichen Akzentverschiebung gekommen. Sowohl in der medialen Berichterstattung als auch hinsichtlich der Publikationsdichte hat der religiös motivierte Terrorismus ein deutliches Übergewicht erlangt.[1] Dazu gesellen sich realpolitische Konsequenzen: Angesichts einer perhorreszierten Bedrohungslage auch für die Bundesrepublik sind die deutschen Strafverfolgungsbehörden dazu übergegangen, Neueinstellungen von Beamten auch von Kenntnissen in Arabistik, modernem Netzwerkterrorismus und Informatik abhängig zu machen, nutzt „Al Qaida“ das Internet doch vornehmlich als Plattform für die eigene Propagandamaschinerie.[2] Sozialrevolutionärer Terrorismus ist dagegen das Stiefkind der Terrorismusforschung ebenso wie der behördlichen Aufklärungsarbeit geworden. In der Wissenschaft wird auf das Phänomen mit einer Ausnahme[3] nur anlässlich wirkmächtiger Jahrestage rekurriert, dazu treten Stellungnahmen anhand von essayistischen Standpunkten in Tageszeitungen sowie Reportagen im Fernsehen. Neben zahlreichen kleineren monographischen Abhandlungen und autobiographischen Skizzen

---

[1] Siehe dazu etwa Mark Juergensmeyer, Terror im Namen Gottes, Freiburg im Breisgau 2004.

[2] Neben einer Vielzahl von journalistischen und wenig brauchbaren Veröffentlichungen ist unter den wenigen verlässlichen und systematischen vor allem eine Publikation hervorzuheben, die sowohl Vorgehensweise als auch Struktur von „Al Qaida“ in einen sinnvollen analytischen Zusammenhang setzt. Siehe dazu Ulrich Schneckener, Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des „neuen“ Terrorismus, Frankfurt am Main 2006.

[3] Vgl. Alexander Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden 2008.

gab es anlässlich des Jahrestages des Deutschen Herbstes 1977 eine voluminöse Publikation, welche die Komplexität der Thematik zu umfassen versuchte.[4] In der internationalen und nicht zuletzt der englischsprachigen Literatur sucht man aktuelle Publikationen zum sozialrevolutionären Motiv hingegen vergeblich, die letzte systematische Publikation stammt aus den beginnenden 1990er Jahren.[5] Über diese schmalbrüstige wissenschaftliche Basis hinaus wird der sozialrevolutionäre Terrorismus in übergreifenden monographischen Darstellungen zum terroristischen Phänomen allgemein sowie in den einschlägigen Periodika kurz vorgestellt.[6]

Grund für die zunehmende Bedeutungslosigkeit ist das frühzeitige Ableben der meisten sozialrevolutionären Organisationen, in der Regel im Gefolge des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Osteuropa, der den westeuropäischen Organisationen zwar nicht immer als argumentative Grundlage, aber doch als subkutaner Referenzpunkt diente. Mit der Diskreditierung der marxistisch-leninistischen Ideologie verschwanden im Verlauf der 19990er Jahre auch die bekanntesten sozialrevolutionären Organisationen. War die französische „Action Directe“ bereits 1987 bei einer Verhaftungsaktion der Polizei komplett zerschlagen worden[7], so versandeten auch die Aktivitäten der belgischen „Cellules Communistes Combattantes“ zu Ende der Dekade.[8] Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) führe ihren Aktivismus in bester ideologischer Immunisierung weiter, bis sie in völliger Isolation gelandet das eigene Scheitern dokumentierte.[9] Nur wenige Organisationen

---

4 Vgl. Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bände, Hamburg 2006.

5 Vgl. Yonah Alexander/Dennis Pluchinsky, Europe`s Red Terrorists. The Fighting Communist Organizations, Portland 1992.

6 Siehe etwa Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 26.

7 Vgl. Michael Dartnell, Action Directe. Ultra-Left Terrorism in France 1979-1987, London 1995.

8 Vgl. Barbara Fendt/Susanne Schäfer, Orthodoxer Marxismus und Antiimperialismus. Die Belgischen Kommunistischen Zellen, in: Straßner (Hrsg.), (Anm. 3), S. 205-206.

9 Die Auflösungserklärung aus dem Jahr 1998 ist nachzulesen in IG Rote Fabrik (Hrsg.), Zwischenberichte. Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz, Berlin 1998, S. 217-237.

scheinen auch heute noch handlungsfähig zu sein wie die „Brigate Rosse“ Italiens, deren Langlebigkeit allerdings das Ergebnis politisch-kultureller Spezifika Italiens sowie der zahlreichen Spaltprozesse innerhalb der Organisation sind. Angesichts der soziostrukturellen Zusammensetzung der kürzlich verhafteten Mitglieder scheint es fraglich, ob bei ihnen überhaupt noch von „Rotbrigadisten“ gesprochen werden kann.[10]

Es stellt sich daher die Frage, ob der sozialrevolutionäre Terrorismus damit tatsächlich zu einem Auslaufmodell geworden ist oder ob es spezifische soziale wie ökonomische Rahmenbedingungen gibt, welche die Entstehung terroristischer Gruppierungen sozialrevolutionärer Provenienz begünstigen.

2. Rahmenbedingungen und Akteure

Als sich ab Mitte 2008 das tatsächliche Ausmaß der durch Immobilienspekulationen ausgelösten Finanzkrise offenbarte, kam es, wie nicht selten angesichts ökonomischer Probleme in Gesellschaften, zu einer Renaissance der Marx-Literatur. Wie der Berliner Dietz-Verlag mitteilte, stiegen die Verkaufszahlen für „Das Kapital“ im Zeitraum von 2006 bis 2008 um mehrere hundert Prozent.[11] Dazu gesellten sich Mutmaßungen von Seiten der Journaille, dass in den weltweiten Verschiebungen auch ein erhebliches Potential zur Radikalisierung, wenn nicht gar zum offenen Extremismus liegen könnte.[12] Auch wenn die in der Gesellschaft verbreitete Lektüre kapitalismuskritischer Literatur kein Gradmesser für die Wahrscheinlichkeit sozialrevolutionären Aktivismus sein kann, so entspringt die Wiederentdeckung klassischer sozialistischer Positionen einer tief empfundenen Ungerechtigkeit angesichts der Exzesse kapitalistischer Natur, wie sie sich besonders in der

---

Analytisch hierzu Alexander Straßner, Die dritte Generation der Roten Armee Fraktion. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2005, S. 256-265.

[10] Siehe dazu besonders Carolin Holzmeier/Natalie Mayer, Erdung durch Arbeiternähe? Die Roten Brigaden Italiens, in: Straßner (Hrsg.) (Anm. 3), S. 301-303.

[11] Siehe dazu Barbara Supp, „Kapital is` alle“, in: Der Spiegel Nr. 13 vom 23.03.2009, S. 118.

[12] Siehe dazu „Anstiftung zum Extremismus“, in: Der Spiegel Nr. 7 vom 09.02.2009, S. 90-93.

Finanzkrise und ihrer Bewältigung manifestierte. Dazu gesellt sich die in der Öffentlichkeit verbreitete und von den politischen Eliten beförderte Erwartungshaltung, dass zur Lösung ökonomischer Krisen die Politik verpflichtet sei. Bei langfristigen oder tief greifenden Krisenszenarien kristallisiert sich so eine problematische Verbindung heraus. Da die Politik nicht umgehend in der Lage ist, die Krise abzufedern oder zu beseitigen, wird die Krise des Wirtschafts- und Finanzsystems zur Sinnkrise des politischen Systems.

Damit ist der grundlegende Nährboden bereitet, der für extremistische Persönlichkeiten neben anderen Motiven ein Handlungsanreiz sein kann, um mit Waffengewalt die strukturellen Ungleichgewichte im System zu beseitigen. In der Folge wird daher die Breite und Tiefe der Legitimitätskrise des kapitalistischen Systems zu umreißen versucht. Im Anschluss daran wird analysiert, inwieweit bereits Akteure vorhanden sind, die als Träger einer neu aufgelegten und abermals selbstmandatierten Befreiungsbewegung fungieren könnten.

2.1. Rahmenbedingungen

2.1.1. Prekariat – ein neues Proletariat?

Ein gewichtiges Argument gegen den sozialrevolutionären Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre war die Anmaßung der Statthalterschaft, die Tatsache, dass die „objektiv ungerechten Verhältnisse“ zwar von den Aktivisten stets prognostiziert, jedoch nur in ihrem eigenen Bewusstsein in dieser Dringlichkeit empfunden wurden. Das „Proletariat“ hingegen, für das sie zu kämpfen vorgaben, konnte die Notwendigkeit dazu überhaupt nicht oder nur in geringerem Maße nachvollziehen.

Vor dem Hintergrund marktfreundlicher Gesetzgebung und der sukzessiven Zurückdrängung sozialer Errungenschaften (z. B. „Hartz IV“-Gesetzgebung) hat sich in der soziologischen Milieuforschung ein neuer Ansatz herausgebildet. Er impliziert, dass zwar ein Proletariat mit absoluter Armut in Industriestaaten nicht oder kaum zu verorten ist, jedoch eine Vorstufe dazu, die sich vor allem durch disqualifizierende Armut kennzeichnet: das Prekariat.[13]

[13] Siehe generell zur Differenzierung Michael Bauer/Alexander Endreß (Hrsg.), Armut. Aspekte sozialer und ökonomischer Unterprivilegierung, Aschaffenburg 2009.

Die Angehörigen dieses Milieus gehören zu den Verlierern der beschleunigten kapitalistischen Entwicklung, repräsentieren die gesellschaftlich Abgehängten und Aussichtslosen, sind ohne verwertbare Bildungsabschlüsse und gefestigte soziale Beziehungen und entsprechen nicht den Erwartungen der sie beobachtenden Mittelklasse.[14] Wie in einschlägigen Publikationen daher konstatiert wird, steht die soziale Frage „wieder auf der Tagesordnung“[15]. In der Tat ist es auch das Ergebnis der neuesten soziologischen Milieuforschung, dass die Segmentierung der Gesellschaft in Klassen und Schichten wieder an Relevanz zunimmt. Von einem Proletariat zu sprechen verbietet sich aber angesichts der klassenkämpferischen Konnotation, die dem Begriff zugrunde liegt.[16] Der Armutsbericht der Bundesregierung ebenso wie die arrivierten Milieustudien werden aber jedes Jahr mit größerer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.[17] Das beobachtbare Ergebnis, dass die soziale Schere, die Kluft zwischen Arm und Reich stets größer wird, scheint jedoch über ein gewisses Maß an Grundempörung nicht hinauszugehen. Dabei steigt der Anteil derjenigen, die sowohl von der Grundsicherung durch den Staat abhängig sind oder aber gleichzeitig sozial gering angesehene Arbeiten verrichten. Ein Effekt, der die Rückkehr sozialer Unsicherheit deutlich macht, und der in seiner Bedeutung auch über die Grenzen der sozialen Randschichten hinausreicht.[18] Deutlich wird dies nicht zuletzt daran, dass die Grundunsicherheiten über berufliche Zukunft nicht mehr nur in der gesellschaftlichen Unterschicht verbleiben, sondern auch in der gesellschaftlichen Mitte angekommen sind.[19]

---

[14] Siehe dazu ausführlicher Berthold Vogel, Prekarität und Prekariat. Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34/2008, S. 14.

[15] So Klaus Dörre, Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34/2008, S. 3.

[16] So Vogel (Anm. 14), S. 13.

[17] Siehe dazu stellvertretend die Sinus-Milieustudie aus dem Herbst 2006 in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gesellschaft im Reformprozess. Eine Studie von TNS-Infratest, Berlin 2006.

[18] Siehe dazu grundlegend Robert Castel/Klaus Dörre (Hrsg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York 2008.

[19] Vgl. Berthold Vogel, Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen, Hamburg 2009.

Bis heute hat sich trotz der Krise des Finanz- und Wirtschaftssystems sowie des teilweise problematischen Umgangs der Wirtschaftseliten mit ihrer Verantwortung[20] keine Gruppierung oder gar Bewegung herausgebildet, die stellvertretend für die „Verlierer" der Finanzkrise bewaffnet und mit terroristischer Logik Forderungen gestellt hätte. Auch auf Seiten des Prekariats selbst ist eher eine resignative Grundhaltung beobachtbar denn ein militantes Aufbegehren.[21] Der Grund hierfür ist der Tatsache geschuldet, dass der entscheidende Unterschied zwischen Prekariat und Proletariat darin besteht, dass das Prekariat sich als politisch nicht aufladbar erweist. Wurden dem Proletariat als sozialer Klasse stets philosophisch reflektierte „Verbesserungsphantasien"[22] zuteil, stellt das Prekariat den Ort politischer und ökonomischer Resignation dar.

Dies als negative Voraussetzung für die neuerliche Entstehung sozialrevolutionärer Gruppierungen zu begreifen, wäre jedoch verfehlt. Gerade der Gedanke der Statthalterschaft benötigt kein Proletariat und keine politische Aufladbarkeit eines gesellschaftlichen Milieus. Allein die Perzeption einer unterprivilegierten und exkludierten Schicht und die gefühlte Notwendigkeit zur militanten Stellvertretung deren Interessen unter Intellektuellen und im Bürgertum ist nötig, um ein Wiederaufleben des sozialrevolutionären Terrorismus zu ermöglichen.

2.1.2. Kapitalismuskritik reloaded – die intellektuelle Unterfütterung

Begleitend zur Studentenbewegung der 1960er Jahre trat einem Katalysator gleich eine parallele intellektuelle Subkultur, die von den nachfolgenden militanten Gruppierungen (RAF, „Bewegung 2. Juni", „Revolutionäre Zellen") verkürzt rezipiert und für den eigenen Aktionismus legitimierend heran-

[20] Das Verhalten von Finanzeliten während der Demonstrationen zum G 20-Gipfel in London, die aus oberen Stockwerken ihrer Gebäude den Demonstranten mit Geldscheinen zuwinkten, ist nur ein Hinweis auf eine Loslösung von der gesellschaftlichen Realität. Siehe dazu Kenneth Rogoff et alii, Gipfel am Abgrund", in: Der Spiegel Nr. 14 vom 30. März 2009, S. 46-56.

[21] Vgl. Sylvia Terpe, Ungerechtigkeit und Duldung. Die Deutung sozialer Ungleichheit und das Ausbleiben von Protest, Konstanz 2009.

[22] Vogel (Anm. 14), S. 14.

gezogen wurde.[23]

Auch wenn es an vergleichbaren philosophischen oder gesellschaftswissenschaftlichen Galionsfiguren fehlt, die sich argumentativ oder persönlich einspannen lassen würden, ist dennoch deutlich erkennbar, dass kapitalismuskritische Literatur nicht nur von Seiten einschlägiger Parteieliten[24] oder von in dieser Hinsicht bekannten zivilgesellschaftlichen Akteuren wie ATTAC[25] wieder Konjunktur hat. Neben diesen meist unterkomplex und plakativ gehaltenen Publikationen haben sich in den letzten Monaten auch Veröffentlichungen gezeigt, die differenzierter, aber dennoch eindringlich die Krise des kapitalistischen Systems mit alternativen Systementwürfen koppeln. Im theoretischen Anschluss an die Kommunitarismusdebatte der 1980er und 1990er Jahre haben sich verschiedene Autoren erneut mit einer Forderung nach Neuentdeckung solidarischer Gesellschaftsmodelle befasst[26], uneingedenk der Tatsache, dass soziale Marktwirtschaft in ihrem Kerngedanken ein solidarisches Konstrukt ist. Das Gros der Literatur aber versucht, die vermeintlich abzusehende Entwicklung des Kapitalismus zu prognostizieren, Ausgangspunkt dieser Literatur ist aber stets die Krise selbst.[27] Noch dringlicher, gleichzeitig aber auch meist unbefriedigend ist der literarische Versuch, das System der Marktwirtschaft nicht nur einer Modifikation, sondern

---

[23] In der Regel sind es neben anderen die Schriften von Herbert Marcuse, die in diesem Zusammenhang stets erneut genannt werden. Siehe dazu Philip Gursch, Gewalt als Widerstandsrecht? Herbert Marcuse, in: Straßner (Hrsg.) (Anm. 3), S. 105-124.

[24] Vgl. dazu etwa Franziska Drohsel, Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft, Frankfurt am Main/New York 2009.

[25] Vgl. Peter Wahl, Entwaffnet die Märkte! Der Finanzcrash. Ursachen, Hintergründe, Alternativen, Hamburg 2009; Daniela Setton/Jürgen Knirsch/Daniel Mittler/Alexis Passadakis, WTO-IWF-Weltbank. Die „Unheilige Dreifaltigkeit“ in der Krise, Hamburg 2008.

[26] Vgl. Franz Groll, Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen einer neuen Wirtschaftsordnung für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden, Hamburg 2009 oder Silke Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, München 2009.

[27] Vgl. Dieter Klein (Hrsg.), Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht, Berlin 2008 oder Mario Candeias/Rainer Rilling (Hrsg.), Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, Berlin 2009.

einer Generalkritik zu unterstellen[28], zu einem vollständigen Systemwechsel aufzurufen[29] oder Oppositionspotentiale deutlich zu machen[30]. Nur vereinzelt wird in der aktuellen literarischen Abhandlung auch eine vorsichtige Reform und differenziertere Betrachtungsweise an den Tag gelegt.[31] Dies ist auch der entscheidende Kritikpunkt an der kapitalismuskritischen Literatur: Je radikaler sie das bestehende System in Frage stellt, umso dünner wird die argumentative Grundlage, umso plakativer die Forderungen und Lösungsansätze. Je differenzierter die Auseinandersetzung mit Ursachen der und Lösungsansätzen für die Krise wird, desto weniger bildet sie eine Plattform und Argumentationsgrundlage für offene Militanz. Von dieser Warte aus kann der reflektierende Grundtenor der Literatur auf die Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nur als mangelhaft bezeichnet werden.

2.2. Akteure

Der entscheidende Faktor für das Wiederaufleben des sozialrevolutionären Terrorismus sind jenseits von rezeptionsfähigen schriftlichen Grundlagen aber zweifelsohne die Akteure selbst, die zu einer dauerhaften Struktur und zielgerichteter, konstanter Gewaltausübung logistisch und personell in der Lage sind. Wie die Verfassungsschutzberichte nicht müde werden zu betonen, gestalten sich die Grenzen zwischen den autonomen und terroristischen Ansätzen als fließend.[32] Als fester Bestandteil der behördlichen Beobachtungstätigkeit in Deutschland gelten im linksextremen militanten Bereich die so genannten Autonomen und in ihnen die in den letzten Jahren besonders aktive „militante gruppe“ (mg).

---

[28] Vgl. Manfred Sohn, Hat das System einen Fehler oder ist es der Fehler? Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von links, Bonn 2009.

[29] Siehe dazu etwa Klaus Woltron, Die Perestroika des Kapitalismus. Ein Aufruf zum Systemwechsel, St. Pölten 2009.

[30] Siehe dazu Michael Opoczynski, Die oder ich. Wie wir uns gegen die Übergriffe von Staat und Wirtschaft wehren können, München 2009.

[31] Siehe dazu besonders Hubert Hieke (Hrsg.), Kapitalismus. Kritische Betrachtungen und Reformansätze, Marburg 2009.

[32] So stellvertretend für alle anderen Berichte Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 145.

2.2.1. Autonome

Ihre ideologischen Wurzeln hat die autonome Bewegung im anarchistischen Teil der studentischen Protestbewegung sowie in der Autonomiebewegung von Fließbandarbeitern in norditalienischen Industrierevieren. Dem kapitalistischen Ordnungssystem wie dem marxistisch-leninistischen Organisationsverständnis erteilen die Autonomen ebenso eine klare Absage wie jedem anderen Herrschaftsmuster und favorisieren dem gegenüber die Selbstgestaltung des menschlichen Zusammenlebens nach freiem Ermessen des Einzelnen, der sich keinem Machtanspruch anderer Menschen zu beugen braucht.[33] Dabei verfügen die Autonomen über kein einheitliches ideologisches Weltbild, auch wenn sie einen auffallenden Bezug zum anarchistischen oder anarcho-kommunistischen Gedankengut nicht abstreiten können. Im Februar 1983 begannen sich die Autonomen, nach ersten Vorläufern in der „Sponti-Bewegung“ mit ihrem Höhepunkt 1978, durch einen Kongress auch in der Bundesrepublik zu sammeln. Bezeichnenderweise war die Formierung der Autonomen in Deutschland nicht zuletzt durch jene mit angestoßen worden, welche ohnehin bereits eine tragende Rolle im Linksextremismus und -terrorismus gespielt hatten. So organisierte der Stuttgarter Rechtsanwalt Arndt Müller, dem wegen seiner Verstrickung in den Stammheim-Prozess und die Selbsttötung der Häftlinge 1977 die Approbation entzogen wurde, den Konvent gemeinsam mit Karl-Heinz Dellwo, Aktivist der zweiten RAF-Generation, der eine Broschüre die Autonomen betreffend herausgab. Die Versammlung hatte eine ähnliche Zielabsicht wie der RAF-Kongress des Jahres 1985, nämlich die Internationalisierung der bestehenden autonomen Kräfte in Europa. Wie der Versuch der RAF scheiterten aber auch die Bemühungen der Autonomen an unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten. Als gemeinsames Positivum konnte lediglich die Anwendung von Gewalt als Prinzip hervorgehoben werden.[34]

---

[33] Deutlich wird diese im Anarchismus verhaftete Ablehnung menschlicher Herrschaftsstrukturen über andere Menschen besonders in zwar populären, jedoch deshalb nicht minder semantisch sinnwidrigen Parolen wie „Keine Macht für Niemand!“. Vgl. dazu Patrick Moreau/Jürgen Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 368-373.

[34] Vgl. ebd., S. 365.

Ersten Niederschlag fand der abermalige Ideologieimport dabei in der Hausbesetzerszene im Frankfurter „Westend“, Berlin-Kreuzberg und der Hamburger Hafenstraße. Ihren Schwerpunkt legten die Autonomen im Gegensatz zur RAF nicht etwa auf die „revolutionäre Aktion“, sondern auf den „subversiven Alltag“ und eine „Strategie der Nadelstiche“ gegen den „staatlichen Gewaltapparat“, dem sie sich in unversöhnlichem Hass gegenüber sehen. Allgemein aber konnten sie sich in der Friedensbewegung ebenso wie bei den Grünen, der DKP oder der linken Sozialdemokratie nicht verankern, lediglich unter den Hausbesetzern oder in der Anti-Atomkraft-Bewegung zeigten sich zunehmend Integrationseffekte.[35] Ihren ersten kriminellen Höhepunkt erreichte die autonome Bewegung 1987 mit der Erschießung zweier Polizisten im Rahmen des Protestes gegen die Frankfurter Startbahn-West. Zwar erwies sich der Tod der Beamten nachträglich als kriminelle Einzeltat, wurde fortan jedoch stets mit den „Autonomen“ in Verbindung gebracht.

Für die Autonomen ist ihre fundamentale Gegnerschaft zum „System“ und ihre pauschalisierte Ausrichtung „gegen den Staat“ kennzeichnend, den sie durch „permanente Revolte“ zerstören wollen. Trotz aller individueller Autarkie ist das öffentliche Erscheinungsbild der Autonomen bei Straßenkrawallen aber eher uniform: Als „schwarzer Block“, wie anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, treten sie in einheitlichem Outfit, nicht selten mit „Hasskappen“ vermummt, auf, um so ihre Unversöhnlichkeit mit dem „System“ und den es repräsentierenden Polizisten („Bullen“) zu demonstrieren.[36] Die Autonomen finden sich dabei meist spontan in Kleingruppen zusammen und zeigen dann eine zum Teil erhebliche Gewaltbereitschaft, die in den letzten Jahren besonders in der Gruppe F.e.l.S. („Für eine linke Strömung“) ihren Höhepunkt fand.[37] Nach der Zerschlagung des

[35] Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Interaktionen im politischen Extremismus Deutschlands. Vergleich zwischen den organisierten, nicht gewalttätigen und den gewalttätigen, nicht-organisierten Kräften, in: Dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 1999, Baden-Baden 1999, S. 13-32, hier S. 25.

[36] Siehe dazu Hans-Josef Horchem, Die Grenzen „autonomer“ Gewalt. Eine Bilanz nach der Wiedervereinigung, in: Konrad Löw (Hrsg.), Terror und Extremismus in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen, Wege zur Überwindung, Bonn 1994, S. 113.

[37] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1998, Berlin 1999, S. 93-94.

verhassten Systems soll in einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ die Autonomie des Individuums sichergestellt werden. Ein besonderes Hemmnis bezüglich einer tief reichenden Verankerung und schlagkräftigen Kooperation war für die Autonomen dabei bisher ihre weitgehend unorganisierte Struktur, die der effektiven Verfolgung von Zielen nahezu konträr entgegen steht. In dem Versuch, sich Mitte der 1990er Jahre stärker am Erfolg und der Wirksamkeit der eigenen Aktionen auszurichten, entdeckten die Autonomen daher kurzfristig die klassische Praxis des Leninschen Untergrundkämpfers.[38] Ihre spontaneistische Tradition steht dabei im Gegensatz zu einer streng militärischen Organisation terroristischer Gruppierungen. Ihre bisherigen Versuche, verbindliche Strukturen untereinander aufzubauen, um zu einer effektiveren Bekämpfung des „Systems“ übergehen zu können, waren bereits einmal Ende der 1980er Jahre gescheitert.[39] Und auch die Tendenz zur organisatorischen Effektivierung Mitte der 1990er Jahre wurde begleitet von einer langen und breit angelegten Debatte um die Vereinbarkeit von erhöhtem Organisationsgrad und autonomem Dogma. Eine Aufspaltung der Autonomen in unterschiedliche Gruppierungen war vor diesem Hintergrund nur folgelogisch. Unter den zahlreichen Spaltprodukten sind besonders die „Antifaschistische Aktion“ ebenso wie die Gruppe F.e.l.S., die mit dem traditionellen, systematisch unorganisierten Aktionismus brach und einen Rückgriff auf marxistisch-leninistische Ideologiefragmente vornahm, zu nennen.[40]

Die darin zum Ausdruck kommende heterogene Phänomenologie der Autonomen verbietet es daher, von „den Autonomen“ an sich zu sprechen. Ähnlich den „Revolutionären Zellen“[41] (RZ) bestehen sie auch heute noch aus

---

[38] Vgl. Moreau/Lang, (Anm. 33), S. 377.

[39] Landesministerium des Innern Hessen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1988, Wiesbaden 1989, S. 46.

[40] In der Tat erwies sich die von der Gruppe vorgenommene Verquickung von militanten und friedlichen Strategien deckungsgleich mit der modifizierten RAF-Strategie Anfang der 1990er Jahre, auch wenn F.e.l.S. betonte, die eigenen Ideen seien derjenigen der RAF vorausgegangen. Siehe dazu Moreau/Lang (Anm. 33), S. 390-392.

[41] Siehe zu den revolutionären Zellen als lange Zeit weitgehend unbekannter terroristischer Gruppierung in der Bundesrepublik Johannes Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? Revolutionäre Zellen in Deutschland, in: Straßner (Hrsg.), (Anm. 3), S. 257-274.

einem lediglich losen Verbund eigenständig handelnder Gruppen, die zudem ein uneinheitliches Weltbild an den Tag legen. Allein in der jüngsten Vergangenheit ist es der „Autonomen Antifa M“ gelungen, die stark fragmentierte Szene wieder etwas zu bündeln.[42] Darüber hinaus ist die Hilflosigkeit in punkto Bündelung der militanten Kräfte in den einschlägigen Zeitschriften mit Händen zu greifen: „Wir werden uns weiterhin mit Mitteln einmischen, die wir für richtig halten (…). Das kann nicht nur, aber auch durch militante Aktionen geschehen. Wir würden uns freuen, wenn sich wieder mehr Gruppen an militanten Aktionen beteiligen oder eigenständig aktiv werden.“[43]

Die Autonomen scheinen daher nur vordergründig, gratwandernd auf der ohnehin nur schwer auszumachenden Scheidelinie zwischen Extremismus und Terrorismus, den Linksterrorismus der RAF auf anderer Ebene weiterzuführen. Nicht zuletzt die zahlreichen Diskrepanzen und Zerwürfnisse zwischen Autonomen und RAF waren es aber, die auch heute noch die vielfach unterstellte Stabübergabe der RAF an die Autonomen unwahrscheinlich erscheinen lassen. Im Gegensatz zur Kommandostruktur der RAF tauchen Autonome nicht in die Illegalität ab, die sie aus ideologischen Gründen stets ablehnten. Vor allem kritisierten sie darüber hinaus den Elitismus der RAF, der sich der Akzeptanz der Massen und des Bewusstseins der Notwendigkeit einer Umwälzung durch die Theorie des „foquismo“ entzogen hatte. Allein in ihrer Imperialismus- und Kapitalismuskritik, die sich gegen die weltweite Ausbeutung richtete und in ihrer Frontstellung gegen die Unterwerfung der Frauen in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen des kapitalistischen Patriarchats zeigten sich noch frappierende Parallelen zum Trikont-Prinzip der dritten Generation wie zur „sozialen Gegenmacht“. Themenkomplexe wie die betriebene Agitation gegen die „staatliche Repression“, Kampf gegen die „Umstrukturierung“ meist städtischer Lebensräume sowie der „Häuserkampf“ (Hafenstraße etc.) komplettierten neben den Aktionsschwerpunkten „Antirassismus“ und „Solidarität für Kurdistan“ das Konglomerat autonomer Feindbilder und deckten sich dabei nur scheinbar mit RAF-Schwerpunkten der 1990er Jahre. Heute erschöpft sich der Aktivismus der Autonomen sowohl in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten als

[42] Vgl. Backes/Jesse (Anm. 35), S. 25.
[43] Interim Nr. 611 vom 10. Februar 2005, S. 4.

auch anlässlich größerer Ereignisse wie der G8-Gipfel oder NATO-Tagungen[44] oder traditioneller Militanzereignisse wie den Demonstrationen zum 1. Mai.[45]

Die Bestandsaufnahme durch die Behörden ist für die Autonomen heute ernüchternd. Zwar stellen sie das mit 5.800 Personen quantitativ größte Bedrohungspotenzial, wenn es um gewalttätigen Linksextremismus geht.[46] Doch auch wenn sie in der Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt miteinander einig sind, so ist es doch auch die Heterogenität der einzelnen Gruppierungen, die eine effektive und schlagkräftige Organisation bis heute verhindert.[47] So geraten die autonomen Hochburgen in den Ballungszentren Berlin, Dresden oder Leipzig sowie den kleineren Universitätsstädten Göttingen, Freiburg[48] und Passau zu versprengten Inseln eines unkanalisierten Aktivismus, der sich allein in der spontanen Militanz erschöpft.

2.2.2. Die „militante gruppe“

Im Gegensatz dazu schien sich jahrelang eine Gruppierung, die von den Behörden auch heute noch als Bestandteil der autonomen Szene geführt wird, zu einer größeren Bedrohung auszuwachsen, was Organisationsfähigkeit und Militanz betrifft. Am 14. Juni 2001 erhielt Otto Graf Lambsdorff, damals der Regierungsbeauftragte zur Entschädigung der Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg, einen Drohbrief. Darin forderte eine bis dahin unbekannte „militante gruppe“ (mg) 180 Milliarden DM Entschädigung. Dem Schreiben war

---

[44] Im April 2009 kam es anlässlich des NATO-Gipfels in Baden-Baden und Kehl ebenso wie anlässlich der G8-Tagung im Juni 2007 in Heiligendamm zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Polizei, in deren Verlauf die Autonomen, und im Speziellen der in ihnen aktive „Schwarze Block“, größeren Sachschaden an Gebäuden anzurichten vermochten. Siehe dazu Anonymus, http://www.sueddeutsche.de/politik/328/463933/text/ (gelesen am 10. April 2009).

[45] Bundesministeriums des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 142.

[46] Ebda., S. 137.

[47] Ebda., S. 138.

[48] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 101.

eine Patrone beigelegt, den Verfassern des Schreibens zufolge zu verstehen als „Diskussionsanregung“, da „auch Kugeln einen Schlussstrich markieren“ könnten.[49] Nach weiteren Drohbriefen und einem ersten Brandanschlag wurde die Gruppierung durch das Bundeskriminalamt (BKA) als terroristisch eingestuft.[50] In den Jahren nach 2001 gingen mehr und mehr Brandanschläge auf das Konto der Gruppe, nach eigenem Bekunden 25, das BKA hingegen ordnete der mg zeitweise bis zu 39 Anschläge zu.[51] Ziele waren Fahrzeuge oder Gebäude sowohl der Bundeswehr und der Polizei sowie verschiedener Ordnungsämter oder der Deutschen Telekom, dazu kamen Anschläge auf Gerichte und Landesministerien, Autohäuser, eine Abfallrecyclingfirma, die italienische Handelskammer und auf den türkischen Industriellen- und Unternehmerverband. Mitunter gab es randständige Ziele wie die Garage eines Berliner Neurologen oder einen Lidl-Supermarkt. Bedeutsam schien, dass durch die Aktionen der Gruppierung bis heute niemals Personen zu Schaden gekommen sind. Ob dies den Absichten der mg entspringt oder aber glücklichen Umständen zu verdanken ist, sei dahingestellt, schließlich waren bei allein acht Anschlägen der mg im Jahre 2006 auch Aktionen wie diejenigen gegen die Lidl-Supermarktkette oder das Polizeipräsidium Berlin-Tempelhof, wo sich zur Tatzeit auch Personen aufhielten.[52] Der Versuch, personellen Schaden zu vermeiden, war dabei eine bewusste Strategie der Aktivisten selbst. Offensichtlich hatten die Mitglieder der mg aus den Fehlern der revolutionären Vorgänger gelernt und nicht wie etwa die RAF den Fehler begangen, sich durch einen nicht nachzuvollziehenden Aktionismus innerhalb der Szene sukzessive zu isolieren. In der Szenezeitschrift Interim, in welcher die Berliner linksextremistischen Gruppierungen seit Jahren eine konspirative Diskussion um die Zukunftsfähigkeit revolutionärer Gewalt

[49] Siehe dazu besonders Ingo Arzt, Militante Gruppe, zündelndes Phantom, nachzulesen unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,498095,00.html (gelesen am 26. März 2009). Literatur zur „militanten gruppe“ existiert bis heute nicht. Insofern wird in der Folge vermehrt auf Internetquellen wie auf behördliche Verlautbarungen zu rekurrieren sein.

[50] Vgl. Ingo Arzt, www.bpb.de/themen/LOKEHZ.html (gelesen am 26. März 2009).

[51] Vgl. Anonymus, www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/der-verfassungs schuetzer-schweigt&src=PR (gelesen am 24. März 2009).

[52] Vgl. Anonymus, www.welt.de/politik/article1074552 (gelesen am 25. März 2009).

führen, äußerten sich die mg dahingehend, dass personenbezogene Anschläge stets nur das Ergebnis einer Diskussion innerhalb der militanten Szene sein könnten, um die Akzeptanz im eigenen Milieu nicht zu verlieren.[53]

Wie es dem sozialrevolutionären Gedankengut eigen ist, begleiteten auch den Aktivismus der mg stets Bekennerschreiben. Rhetorisch versiert und offensichtlich mit akademischem Hintergrund und in der typischen Sprache des Klassenkampfes verfasst, ist es das erklärte Ziel der mg, das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik zu stürzen und durch eine kommunistische Ordnung zu ersetzen. Anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens veröffentlichte die mg daher ein Schreiben, in welchem sie die Notwendigkeit des Versuchs, militante Politik organisatorisch zu bündeln, einmal mehr unterstrich:

„Wir kämpfen auf der Basis eines sozialrevolutionären und antiimperialistischen Ansatzes perspektivisch für eine klassen- und staatenlose kommunistische Gesellschaftsform. (…) Allerdings muss unsere Rolle über diesen Organisierungsversuch militanter Strukturen hinausreichen. (…) Ziel ist es, einen gesamtorganisatorischen Rahmen der revolutionären Linken in der BRD zu etablieren.“[54]

Im Gegenzug zur RAF etwa finden sich in den Schreiben der mg aber auch konkrete Forderungen. Waren die revolutionären Altkader in nebulösen Forderungen nach Gerechtigkeit und Freiheit verblieben, rückten die mg-Mitglieder die Abschaffung der „Hartz IV“-Gesetze in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Vor diesem Hintergrund konnten die mg zumindest auf teilweise Unterstützung in der linksautonomen Szene zurückgreifen, bei der es aber nur bei Lippenbekenntnissen blieb.[55]

Im Juli 2007 konnten die Behörden vier Männer verhaften, die bereits seit längerem unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz standen. Es handelte sich vornehmlich um Soziologen aus Berlin und Leipzig mit dem

[53] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 147.
[54] Interim Nr. 631 vom 23. Februar 2006, S. 33-35.
[55] Siehe dazu die Ausführungen in Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003, S. 128.

Schwerpunkt Stadtumstrukturierung, die festgenommen wurden, nachdem sie spezielle Brandsätze („Nobelkarossentod“) unter mehreren Kraftfahrzeugen in Brandenburg an der Havel gelegt hatten. Der Anschlag konnte verhindert werden, wurde jedoch der mg zugerechnet. Grund für die Verdachtsmomente der Behörden waren die Textvergleiche von wissenschaftlichen Publikationen der mutmaßlichen Mitglieder mit Schriften der mg. Angesichts der festgestellten Ähnlichkeit in Phraseologie und der Übereinstimmung von Schlüsselbegriffen schien die Mitgliedschaft bestätigt.[56]

Wegen des dringenden Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wurden die vier Beschuldigten in Haft genommen, die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hatte die Ermittlungen an sich gezogen. Innerhalb des gegen die vier mutmaßlichen Mitglieder angestrengten Verfahrens, das sowohl innenpolitisch als auch von Akademikerverbänden außerhalb Deutschlands erheblich kritisiert wurde, konnte gegen die vier mutmaßlichen Mitglieder allein die Aussage eines V-Mannes vorgebracht werden, deren Verifikation jedoch aus operativen Gründen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz unter Berufung auf das Zeugnisverweigerungsrecht abgelehnt wurde.[57] Der Bundesgerichtshof hob den Haftbefehl im Oktober 2007 wieder auf[58], im März entschied er, dass die mg keine terroristische Vereinigung sei, da das an den Tag gelegte Militanzniveau nicht ausreiche, „die Bundesrepublik erheblich zu schädigen“.[59]

Im Widerspruch dazu zeigten sich die Verlautbarungen der Gruppierung.

---

[56] Unter anderem wurden Begriffsgleichheiten aus der Sprache der Soziologen („Gentrifikation“) entdeckt und als ausreichende Verdachtsmomente identifiziert. Siehe dazu besonders Anonymus, „Militante Gruppe“. Ab wann ist man ein Terrorist?, in: www.stern.de/politik/deutschland/600888.html (gelesen am 26. März 2009)

[57] www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/der-verfassungsschuetzer-schweigt&src=PR (gelesen am 24. März 2009).

[58] Anonymus, „Militante Gruppe“ keine terroristische Vereinigung“, in: www.tagesschau.de/inland/militantegruppe2.html gelesen am 26. März 2009).

[59] Beschluss des Bundesgerichtshofs, nachzulesen unter http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document (gelesen am 25. März 2009), S. 6-8. Der dringende Tatverdacht aber blieb aufgrund erdrückender Indizien bestehen, weshalb das Gericht eine Kaution von 30.000 € sowie die Aushändigung der Passunterlagen festsetzte. Siehe dazu ebenda, S. 2.

Noch im Mai 2007 hatte die mg in der Berliner Postille Interim verkündet: „Man kann uns nicht ernsthaft vorwerfen, eine auf Gewaltverhältnissen beruhende Sozialordnung umwerfen zu wollen. Dem Klassenkampf von oben kann nur der Klassenkampf von unten als Antwort folgen. Und dies kann nur bedeuten, den repressiven und ideologischen Apparaten des Klassenstaates in jeder Hinsicht die Akzeptanz aufzukündigen und sie in letzter Konsequenz politisch-militärisch in die Schranken zu weisen. Billiger wird erfahrungsgemäß die Perspektive des Kommunismus nicht am Horizont aufscheinen.“[60]

Neben ihrem Kampf gegen die „Sozialtechnokratie“ erhielt die mg besondere Bedeutung in breiterem Rahmen durch ihren Versuch, ab 2001 eine „Militanzdebatte“, die Diskussion um die Wiederaufnahme revolutionärer Gewalt in der linksextremistischen Szene, neu zu beleben.[61] In den ersten Jahren wurden diese Gehversuche auch in der linksextremen Milieu abgetan, die mg aufgrund ihrer ausschweifenden Bekennerschreiben und ihren kurzen Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen auch als „Kommunikationsguerilla“[62] bezeichnet. Seit der Verhaftung der vier mutmaßlichen mg-Mitglieder verebbten die Stellungnahmen und Publikationen der mg auch in der Interim, eine Parallele zu Aufstieg und Fall der Gruppierung „Antiimperialistische Zellen“ (AIZ) in den 1990er Jahren.[63] Die Militanzdebatte war nach eigenem Bekunden bereits 2006 weitgehend abgeklungen, auch 2007 war eine Stagnation zu beobachten.[64]

---

[60] Interim Nr. 657 vom 21. Juni 2007, S. 8.

[61] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003, S. 127.

[62] Nowak, Peter, Angeblicher Schlag gegen Militante Gruppe, in: www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25876/1.html (gelesen am 25. März 2009).

[63] Nach dem Gewaltverzicht der RAF 1992 hatte eine Splittergruppe die Fortführung von tödlichen Anschlägen propagiert und vorbereitet. Nach der raschen Verhaftung zweier mutmaßlicher Mitglieder wurde deutlich, dass der Gruppierung keine weitere personelle Basis zur Verfügung stand. Siehe dazu Straßner, (Anm. 9), S. 250-253.

[64] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 147.

Neben der mg existieren kleinere, versprengte Gruppierungen, wie die „Fight 4 revolution crews“ oder die „autonome[n] gruppen/militant people“, die in ihrem Militanzniveau allerdings hinter der mg noch weit zurückblieben.[65]

3. Schlusswort und Zusammenfassung

Auch wenn sich der Charakter des sozialrevolutionären Terrorismus in Struktur und Gefährdungsradius verändert hat, so sind die Inhalte doch gleich geblieben und nicht etwa mit dem epochalen Bruch der Jahre 1989/1990 verschwunden. Auch wenn der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus die meisten sozialistisch oder kommunistisch inspirierten Parteien und Organisationen vor erhebliche legitimatorische und auch organisatorische Probleme stellte, so haben sich die Rahmenbedingungen für sozialrevolutionäre Militanz damit keineswegs in Luft aufgelöst.[66]

Bereits 1992, als die RAF ihren Gewaltverzicht erklärte, formulierten die Verfasser des relativ selbstkritisch gehaltenen Schreibens:

„Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der seine Ursache wesentlich in den im Innern ungelösten Widersprüchen hatte, hat katastrophale Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit und hat alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen. Aber dadurch hat sich für alle die Notwendigkeit noch mal deutliche gezeigt, dass die Kämpfe um Befreiung nur aus dem Selbstbewusstsein der eigenen, speziellen Geschichte der Völker, den authentischen Bedingungen und Zielen entwickelt werden können.“[67]

---

[65] Vgl. Ingo Arzt, Militante Gruppe, zündelndes Phantom, nachzulesen unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,498095,00.html (gelesen am 26. März 2009).

[66] Wenig hilfreich ist jedoch der Versuch besonders der konservativen Literatur, den Linksextremismus zum staatsgefährdenden Moloch zu stilisieren, der nur kurzfristig in einer Nische ein Schattendasein fristet. Zu den wenig ertragreichen Darstellungen diesbezüglich siehe exemplarisch Rudolf van Hüllen / Kurt J. Klein / Gerd Langguth / Reinhard Rupprecht (Hrsg.), Linksextremismus. Eine vernachlässigte Gefahr, Sankt Augustin 1997.

[67] Siehe dazu die Erklärung von Anonymus, „An alle, die auf der Suche nach Wegen

Nur wenige Jahre später, in der Auflösungserklärung des Jahres 1998, sprachen die Urheber des Schreibens die zuvor noch nebulös angesprochenen Brüche in modernen Gesellschaften weitaus direkter an und formulierten daraus die Hoffnung auf neu entstehende Protestbewegungen:

„Die RAF ist die Antwort für die Befreiung noch nicht gewesen – vielleicht ein Aspekt von ihr. (…) Das Befreiungskonzept der Zukunft kennt viele Subjekte und eine Vielfalt von Aspekten und Inhalten (…).“[68]

Werden klassische Formen der Immunisierung und Mechanismen der Rechtfertigung für den bewaffneten Kampf, und mithin der eigenen Existenz, ausgeklammert, so schält sich doch der selbstkritische Gedanke heraus, dass nur die militante, leninistisch-avantgardistische Variante des sozialrevolutionären Terrorismus irreführend war. Die Hauptwidersprüche im Kapitalismus und die systematische Ausgrenzung von Menschen, die dem kapitalistischen Leistungs- und Verwertungsprozess nicht zur Verfügung stehen, hätten aber weiterhin Bestand und böten einen entsprechenden Nährboden für neuerliche, alternative Formen der militanten Opposition gegen Staat, Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus.

Wirft man einen Blick auf moderne sozialrevolutionäre Organisationsformen, so ist durchaus erkennbar, dass die Gewaltbereitschaft auf einer niedrigeren Eskalationsstufe durchaus noch vorhanden ist. Gleichzeitig aber ist das Dogma RAF und die Verbindung von hierarchischer Organisation und Unbeirrbarkeit heute aber weitgehend negativ konnotiert, kann also auch in der Szene nicht für neuerliche Integrationsschübe sorgen.

Dennoch sind in der Bundesrepublik erste terroristische Ansatzpunkte von linksextremer Provenienz bereits wieder erkennbar. Als die RAF sich nach ihrem Gewaltverzicht besonders in der linksextremistischen Szene erheblicher Kritik ausgesetzt sah, entstand parallel mit den „Antiimperialistischen Zellen“ (AIZ) eine Gruppierung, die zwar extrem kurzlebig war, jedoch einen

---

sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann“, in: ID-Archiv (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialen zur Geschichte der RAF, Berlin 1996, S. 410.

[68] Anonymus, Auflösungserklärung, in: IG Rote Fabrik (Hrsg.), Zwischenberichte. Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz, Berlin 1998, S. 233.

Vorgeschmack auf die Diffusion sozialrevolutionärer Militanz in den Folgejahren bieten sollte. Nach dem propagierten Ende mehrerer Revolutionärer Zellen Anfang der 1990er Jahre und der Selbstauflösung der RAF 1998 schien der sozialrevolutionäre Terrorismus tatsächlich an seinem Ende angelangt. Doch auf dem Nährboden der vorangegangenen Organisationen entwickelte sich eine neuerliche Form autonomer Militanz, die heute von den Behörden unter der Rubrik „no-name-terrorism“[69] subsumiert wird. Akronyme wie RAF sind zu negativ konnotiert, um sie mit neuem Personal ausgestattet abermals zum Leben zu erwecken. Vielmehr scheint man aus der relativen Isolation der hierarchisch ausgerichteten Organisationen die Lehre gezogen zu haben, sein Heil wieder in netzwerkartigen Strukturen und der Klandestinität zu suchen. Im Vordergrund steht dabei nicht mehr das Abtauchen der Aktivisten in den Untergrund, sondern vielmehr das Betätigen als „Feierabendterroristen“. Aus diesem Grund haben sich die Autonomen zur augenblicklich größten Bedrohung von sozialrevolutionärer Seite entwickelt. In ihrem Selbstverständnis ist jede Form von Organisation mit Hierarchie gleichzusetzen, was ihrer ideologisch geprägten Vorstellung von der Selbstbestimmtheit und Freiheit des Individuums diametral entgegensteht. Eine schlagkräftige, dogmatisch definierte Organisation ist von dieser Seite nicht zu erwarten, was potentielle Epigonen der mg zur augenblicklich größten Bedrohung avancieren lässt.[70] Erschwerend kommt hinzu, dass innerhalb der Szene zumindest ansatzweise eine Debatte über Sinn und Zielerfolg von Militanz geführt wird, ein Reflex auf die dogmatisch geprägten Zeiten der RAF, die keinerlei Diskussionen oder Kritik an ihrer Vorgehensweise zu akzeptieren bereit war. Da die Militanzdebatte seit 2004 aber nach eigenem Bekunden aus der Szene in einer Sackgasse steckt, ist auch von dieser Seite augenblicklich kaum mit gesteigerten terroristischen Aktionen zu rechnen. Von der personellen Warte aus muss die Aussicht auf eine baldige Neuauflage sozialrevolutionär motivierter terroristischer Aktionen, zumindest in der Bundesrepublik, negativ bewertet werden. Dass die vorhandenen sozialrevolutionären Organisationen nicht in der Lage sind, die kritische Masse auf

[69] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 138.

[70] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 151.

dem Weg zu einer terroristischen Gruppierung zu leisten, liegt einerseits an ihrer mangelhaften Organisierung, andererseits aber besonders an der Klandestinität der Vorgehensweise selbst: Ohne charismatische oder zumindest Wiedererkennungswert beanspruchende Führungsfiguren lässt sich eine politische Botschaft kaum noch dauerhaft verankern.

So findet sich der sozialrevolutionäre Terrorismus augenblicklich in einem Dilemma: Zwar gibt es sozialrevolutionäres Gedankengut, probate Akteure ebenso wie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen, meist in Gestalt diffus empfundener Strukturen von ökonomischer Deprivation ebenso wie ein instrumentalisierbares, gesellschaftlich unterprivilegiertes Milieu in Ansätzen. Alle diese Vorbedingungen sind jedoch in einem rudimentären Stadium verfangen und verfügen noch nicht über die „kritische Masse", eine bewaffnete Gruppierung zur Folge zu haben. Ein Grund dafür liegt auch in den sozialrevolutionären Erfahrungen. Alte, leninistisch und damit hierarchisch organisierte Kaderorganisationen mit nicht hinterfragbarem Wahrheits- und Führungsanspruch sind als gesellschaftliches Kunstprodukt in der Szene ebenso wie in der Öffentlichkeit diskreditiert. Eine Einsicht, die auch unter ehemaligen Aktivisten vorherrscht:

„Aus dem Scheitern der RAF – stellvertretend für jeden revolutionären Kampf – aber ein Bekenntnis zu machen zu einem System, das Gleichheit nur in der Objektstellung aller Menschen herstellt, kommt in der Regel von denen, die, wie Marx sagt, zwar auch entfremdet sind, auf Grund ihrer privilegierten gesellschaftlichen und ökonomischen Lage diese Entfremdung als Scheinsubjekte aber noch genießen können. Sie sind unlauter."[71]

Integration von potentiellen Sympathisanten geschweige denn gesellschaftliche Mobilisierung ist von diesem Blickwinkel aus nicht zu erwarten. Andererseits zeigt der spontaneistische Aktionismus der Autonomen die Problematik, dass eine dauerhaft schlagkräftige Gruppierung ohne ein Mindestmaß an Organisierung weder Wiedererkennungswert noch Existenzgrundlage hat. Organisationen wie die mg in der Bundesrepublik haben offenbart, dass sie mit ihrem Mittelweg sowohl die Ideale der autonomen Bewegung erschüttern

[71] So Karl-Heinz Dellwo, Das Projektil sind wir. Der Aufbruch einer Generation, die RAF und die Kritik der Waffen. Gespräche mit Tina Petersen und Christoph Twickel, Hamburg 2007, S. 195.

als auch trotz allem nicht zu einem konstanten Aktivismus auf hohem Niveau in der Lage sind und mit ihren Brandanschlägen eine Randerscheinung bleiben müssen. Von einer tatsächlichen Bedrohung im Sinne einer dauerhaften terroristischen Gewaltstruktur kann daher nicht gesprochen werden.[72]

Die Grundkonstanten der Motive für bewaffneten Widerstand gegen das System von sozialrevolutionärer Seite aber sind keinesfalls verschwunden. So wird der Kampf gegen Unterdrückung in kapitalistischen Systemen, gegen die Ausbeutung von Frauen durch Männer, gegen Rassismus und Imperialismus auch weiterhin Bezugsrahmen für Individuen sein, die sich empfänglich für entsprechende Variablen zeigen. Inwiefern Globalisierungsprozesse ein neues Fundament und Folie für die Entstehung neuer sozialrevolutionärer Bewegungen sein können, lässt sich derzeit nur erahnen. Mit Struktur- und Sinnkrisen, die aus der ökonomischen Sphäre auf die Ebene der politischen Eliten transportiert werden, steigt jedoch die Wahrscheinlichkeit eines kollektiven Ressentiments, dessen Ausfluss eine auf dem Gedanken der Statthalterschaft basierende Gruppierung militanter Natur stets sein kann. Insofern wird der präventiven Bekämpfung des sozialrevolutionären Terrorismus besondere Bedeutung zukommen, wobei die Weltformel der Terrorismusbekämpfung[73] hier genau die gleiche Gültigkeit besitzt wie bei anderen Spielarten: Das Problem Terrorismus ist langfristig nicht durch überzogene sicherheitspolitische und Überwachungsmaßnahmen oder akribische Polizeiarbeit zu lösen. Der Schlüssel zur Terrorismusbekämpfung liegt im Vorfeld der Bildung terroristischer Organisationen, also langfristig in der Bewältigung nationaler wie internationaler sozialer und ökonomischer Schieflagen. Diese sind zwar nicht unmittelbarer Auslöser für Terrorismus, bilden aber doch stets das Fundament zur Entstehung und latenten Unterstützung terroristischer Organisationen.

---

[72] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 151.

[73] Siehe zu stellvertretend für die national verschieden angelegten Methoden der Terrorismusbekämpfung Wilhelm Knelangen, Terrorismusbekämpfung in Deutschland, in: Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2006, S. 183-198.

Demokratie und neuer politischer Extremismus. Eine extremismustheoretische Einschätzung der Ideologie der Scientology-Organisation[1]

Andreas Klump

1. Einleitung und Fragestellung

Die Erscheinungsformen antidemokratischer Bewegungen sind vielfältig und in ihrer Zielsetzung dennoch gleichgesinnt.[2] Neben „klassischen" Formen – wie rechts- und linksextremistische Strömungen[3] – existieren islamistische Bestrebungen[4] (und diese nicht erst seit dem 11. September 2001), die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen und bedrohen. Hinzugetreten sind umstrittene Organisationen, die in der wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskussion mit Blick auf die üblichen Begrifflichkeiten als eher untypisch angesehen wurden.

Eine Gruppierung hat seit Anfang der 1990er Jahre unter diesem Blickwinkel in Deutschland für besonderes Aufsehen gesorgt: die aus den USA stammende und häufig als (neureligiöse) Psycho-Sekte bezeichnete Scientology-

---

[1] Der Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors aus politikwissenschaftlicher Sicht dar. Die Abhandlung basiert auf - teilweise fortgeschriebenen - Erkenntnissen einer Dissertation (vgl. Andreas Klump, Neuer politischer Extremismus? Eine politikwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Scientology-Organisation, Baden-Baden 2003).

[2] Vgl. Eckhard Jesse, Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 7-24.

[3] Vgl. beispielsweise Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999; Uwe Backes/Stéphane Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa." Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002; Sena Ceylanoglu, Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 136-162.

[4] Vgl. z.B. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 13-26.

Organisation (SO). Auf Grundlage eines Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 5./6. Juni 1997 wird sie z.B. vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beobachtet, da gemäß Bundesverfassungsschutzgesetz tatsächliche Anhaltpunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen.[5] Die Rechtmäßigkeit der Beobachtung wurde in einem Berufungsverfahren des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen in Münster am 12. Februar 2008 bestätigt. Das Gericht hat die Berufung der SO gegen eine erstinstanzlichen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln aus dem Jahre 2004 zurückgewiesen, mit der die Organisation eine Untersagung der Beobachtung durch das BfV erreichen wollte.[6] Nach juristischer Lesart sind damit offenkundig hinreichende Belege für eine politisch-extremistische Ausrichtung der SO vorhanden, die überdies sogar die Verbotsmöglichkeit als „verfassungsfeindliche Bekenntnisgemeinschaft" begründen.[7] Hieraus ergibt sich jedoch eine weit reichende Problemstellung: Wie sieht dies aus dem Blickwinkel der politikwissenschaftlichen Extremismus-

---

[5] Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Abschlußbericht der Arbeitsgruppe SC der Verfassungsschutzbehörden „Zur Frage der Beobachtung der Scientology-Organisation durch die Verfassungsschutzbehörden" gemäß Auftrag der Innenministerkonferenz vom 22.11.1996, Düsseldorf 1997. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2003, Berlin 2004, S. 240-245. Vgl. ferner Jaqueline Engelmann, Ist die Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz zulässig?, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 12/1998, S. 358-363.

[6] Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) NRW vom 12. Februar 2008 (Az.: 5 A 130/05). Der 5. Senat des OVG hat die Revision nicht zugelassen. Dagegen ist die Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesverwaltungsgericht möglich. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008 (Vorabfassung), Berlin 2009, S. 302-303.

[7] Vgl. Arnd Diringer, Scientology. Verbotsmöglichkeit einer verfassungsfeindlichen Bekenntnisgemeinschaft, Frankfurt/Main 2003. Mit Blick auf entsprechende Maßnahmen kam die Innenministerkonferenz auf ihrer 187. Tagung am 20./21. November 2008 in Potsdam zu folgendem Schluss: „Die Konferenz nahm den Prüfbericht zur Möglichkeit eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen die Scientology Organisation zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, dass die verfassungsfeindliche Zielrichtung der SO eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz in Deutschland – zumindest in deren Zentren – erforderlich macht" (Pressemitteilung Nr. 197/2008 des Innenministeriums Brandenburg vom 21.11.2008).

forschung aus? Ist die formal-juristische[8] Sichtweise hinreichend geeignet, das Phänomen SO (für die gesellschaftliche Auseinandersetzung) angemessen zu erfassen? Was versteht man z.B. unter dem Begriff Extremismus? Wo liegt zudem das spezifisch politische Wesen der SO, und wie lässt sie sich letztlich einschätzen? Von besonderem Interesse: Ist sie eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat? Wie soll eine offene Gesellschaft angemessen mit diesem Phänomen umgehen?

Diese und daraus resultierende Fragen stehen im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung. Zunächst soll um der begrifflichen und definitorischen Klarheit willen eine Darstellung wesentlicher Termini erfolgen, um dann kurz den ideologisch-doktrinären Kern der SO zu beschreiben. Eine Analyse unter dem Blickwinkel demokratie- und extremismustheoretischer Prämissen schließt sich an. Um die Untersuchung abzurunden, wird - im Kontext einer Risikoanalyse – versucht, u.a. vor dem Hintergrund demokratie- und wissenschaftstheoretischer Ansprüche allgemeine Empfehlungen für den Umgang mit der SO zu geben.

2. Konzeptionalisierung: Demokratie und Extremismus-Definition

Das Verhältnis zwischen Demokratie und Extremismus ist empirisch gesehen ein Konzept in einem weiten Feld, das die Grenzen von Staat und Gesellschaft in ihren wechselnden Beziehungen ebenso umfasst wie interkulturelle Prozesse und die Frage nach Werten und Wertersatz in der Gesellschaft. Um diese Relationen angemessen erfassen zu können, bedarf es methodologisch

[8] Vgl. etwa Raik Werner, Scientology im Spiegel des Rechts. Strukturen einer subkulturellen Ordnung zwischen Konformität und Konflikt mit den staatlichen Normen, München 2002. Der Autor kommt nach seiner Analyse in der Summe zu dem doch sehr eindimensionalen und wenig aussagekräftigen Befund, „Scientology ist ein Wirtschaftsunternehmen, dass bei seinen Kunden Begeisterung für seine Produkte weckt und das die gleiche Begeisterung seiner Mitarbeiter ausnützt, um sie schonungslos zur Leistung anzutreiben“ (ebd., S. 428). Unverständlicherweise werden in der Studie zudem verfassungsschutzrechtliche Aspekte nahezu völlig vernachlässigt, die vom Autor durchgeführte - durchaus instruktive - „Bewertung als verfassungswidriger Verein“ kann dies nur unzureichend kompensieren.

einer demokratietheoretischen Prämisse, die als funktionale Basis den konzeptionell-analytischen Interpretationsrahmen setzt und als Darstellungsmittel eine entsprechende (begriffliche) Sichtfelddimensionierung vornimmt.[9] Unter *Demokratie* soll demnach das historische Projekt des liberalen demokratischen Verfassungsstaates, der offenen Gesellschaft[10], verstanden werden.

In enger Anlehnung an den Rechts- und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel gilt, dass Demokratie neben einem kontroversen Sektor des politischen und gesellschaftlichen Handelns auch einen nicht-kontroversen Sektor besitzt (und besitzen muss), der die unabänderlichen Werte und Spielregeln des gesellschaftlichen Lebens bestimmt. Funktionsfähig ist die Demokratie nur, wenn alle Beteiligten auch einen nicht-kontroversen Sektor anerkennen: „Pluralismus darf nicht mit einem laissez-faire auf kollektiver Ebene gleichgesetzt werden. Ein richtig verstandener Pluralismus schließt die Erkenntnis ein, dass auch in der heterogensten Gesellschaft stets neben dem kontroversen auch ein nicht-kontroverser Sektor des gesellschaftlichen Lebens besteht. Ein richtig verstandener Pluralismus ist sich der Tatsache bewusst, dass das Mit- und Nebeneinander der Gruppen nur dann zur Begründung eines a posteriori-Gemeinwohls zu führen vermag, wenn die Spielregeln des politischen Wettbewerbs mit Fairness gehandhabt werden, wenn die Rechtsnormen, die den politischen Willensbildungsprozess regeln, unverbrüchlich eingehalten werden, und wenn die Grundprinzipien gesitteten menschlichen Zusammenlebens uneingeschränkt respektiert werden, die als regulative Ideen den Anspruch auf universale Geltung zu erheben vermögen.“[11]

Demokratie ist in diesem Kontext ebenfalls zu verstehen als sozialwissenschaftliches und politiktheoretisches Konzept einer liberalen Philosophie der offenen Gesellschaft im Sinne des Wissenschaftstheoretikers und Philo-

---

[9] Vgl. Karl Acham, Philosophie der Sozialwissenschaften, Freiburg/München 1983, S. 147f.

[10] Vgl. zur näheren Charakterisierung und Genese des Begriffs Hans-Joachim Niemann, Lexikon des Kritischen Rationalismus, Tübingen 2004, S. 249f.

[11] Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien (erweiterte Ausgabe), Frankfurt am Main 1991, S. 274-275.

sophen Karl R. Popper.[12]

Die hier gesetzte theoretische Prämisse der pluralistischen Demokratie und offenen Gesellschaft ist weltanschaulich neutral, aber eben nicht wertneutral.[13] Darin steckt vornehmlich der nicht-relativistische Kern eines poli-

[12] Vgl. Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (2 Bände, 5. Auflage), Tübingen 1977 sowie Reinhold Zippelius, Geschichte der Staatsideen (10. Auflage), München 2003, S. 194-198. Vgl. zudem Eberhard Döring, Karl R. Popper: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde." Ein einführender Kommentar, Paderborn u.a. 1996. Vgl. zur Demokratietheorie bei Popper ausführlich Arno Waschkuhn, Kritischer Rationalismus. Sozialwissenschaftliche und politiktheoretische Konzepte einer liberalen Philosophie der offenen Gesellschaft, München/Wien 1999, insbes. S. 129-150 sowie Fred Eidlin, Popper und die demokratische Theorie, in: Kurt Salamun (Hrsg.), Moral und Politik aus der Sicht des Kritischen Rationalismus, Amsterdam/Atlanta 1991, S. 203-224.

[13] Somit wird auch jeglicher demokratischer Relativismus, wie ihn beispielsweise in einer radikalen Form der Wissenschaftstheoretiker Paul Feyerabend vorschlägt, verworfen (vgl. etwa Paul Feyerabend, Erkenntnis für freie Menschen, Frankfurt am Main 1980). Nach Feyerabend wird in einer „freien Gesellschaft" allen sozialen, politischen (demokratischen wie antidemokratischen), rationalen und irrationalen Anschauungen in ihren jeweiligen Traditionen vollständige Ermessensfreiheit bis zur politischen Entscheidungs- und Machtkompetenz eingeräumt (vgl. ebd., S. 72-74), was jedoch letztlich zu erkenntnistheoretischer Beliebigkeit führt und zudem politische Willkür befördern würde („in einer freien Gesellschaft verwendet ein Bürger die Maßstäbe der Tradition, der er angehört; er verwendet … faschistische Maßstäbe, wenn ihm der Faschismus näher liegt …" (vgl. ebd., S. 12-13)). Im Übrigen ging es Feyerabend nicht primär um gesellschaftlichen Pluralismus, sondern vielmehr um die Aufhebung der Grenzen von Wissenschaft und Nichtwissenschaft und die Kultivierung einer „Anti-Wissenschaft" (vgl. Karl Acham, Philosophie der Sozialwissenschaften, Freiburg/München 1983, S. 344f.). Mit seiner „anarchistischen Erkenntnistheorie" und den daraus gezogenen politischen Konsequenzen („prinzipienlose Gesellschaft") sollten auch nicht-rationale Formen des Erkennens und Handelns wie Astrologie oder Magie gesellschaftlich etabliert werden; zudem tritt Feyerabend für eine Re-Mythologisierung der Gesellschaft ein. So provokant bzw. einfältig und demokratietheoretisch abwegig (und daher letztlich abzulehnen) Feyerabends Ideen auch sind, so dienlich sind sie gleichfalls einer kritisch-emotionalen Selbstreflexion wissenschaftlichen Handelns (vgl. hierzu Arno Waschkuhn, Kritischer Rationalismus. Sozialwissenschaftliche und politiktheoretische Konzepte einer liberalen Philosophie der offenen Gesellschaft, München/Wien 1999, S. 233-254).

tischen Verständnisses von gesellschaftlicher Ordnung, „dass Freiheit im Staat nur optimiert, aber nicht radikalisiert werden kann, dass sie also Grenzen haben muss, wenn auf Dauer möglichst viel Freiheit für möglichst viele erhalten bleiben soll“[14] (dieser Kontext wird im Wesentlichen begründet durch: das Paradox der Demokratie, das Paradox der Freiheit sowie das Paradox der Toleranz)[15].

Die Gegner demokratischer Werte und Ordnungsprinzipien müssen sich demnach nominal-definitorisch (und empirisch) außerhalb der pluralismustheoretischen Bestimmung des „nicht-kontroversen Sektors“ bewegen. *Politischer Extremismus* lässt sich folglich - unter Bezugnahme auf die demokratietheoretische Prämisse der offenen Gesellschaft und pluralistischen Demokratie - bestimmen „als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen ..., die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen ....“[16] Neben dieser (negativen) Abgrenzungsdefinition lässt sich zusätzlich eine (positive) Definition hinsichtlich gemeinsamer Strukturmerkmale aller Spielarten des Extremismus ausweisen. Als dementsprechend allen politischen Extremen gemeinsame Strukturmerkmale können aufgeführt werden: offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischer Utopieverzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus.[17] Diese

---

[14] Reinhold Zippelius, Allgemeine Staatslehre. Politikwissenschaft (11. Auflage), München 1991, S. 224.

[15] Vgl. Hans-Joachim Niemann, Lexikon des Kritischen Rationalismus, Tübingen 2004, S. 254f.

[16] Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (4. Auflage), Bonn 1996, S. 45; vgl. auch dies., Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29. Vgl. zudem Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 15-30.

[17] Vgl. die Grundlagenarbeit von Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, insbes. S. 298-311. Auch ein (formal-autoritäres) antipluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis wäre in diesem Zusammenhang noch zu nennen, das „den“ Staat, „das“ Volk oder „eine“ gesellschaftliche Weltsicht einseitig dominierend

extremismustheoretischen Kriterien bilden die wesentliche Grundlage der Bestimmung und Analyse antidemokratischer Strömungen.[18]

3. Erkennungszeichen der Weltanschauung: Ideologische Merkmale der SO

Wie sehen die wesentlichen SO-ideologischen Kerne vor dem entworfenen analytisch-konzeptionellen Hintergrund aus?

Für die SO sind die zentralen Kernelemente der Lehre untrennbar mit dem Organisationsgründer L. Ron Hubbard (1911-1986) verbunden. Selbst bei einer lediglich groben Sichtung der SO-Primärliteratur fällt bereits auf, dass es nur einen Bezugspunkt für alle die SO betreffenden Umstände gibt: Hubbard. Ohne ihn wäre auch heute die Organisation in ihrer aktuellen Form nicht denkbar. Die Schriften, die in der Nach-Hubbard-Ära (nach 1986) verfasst wurden, geben inhaltlich immer unter dem Verweis auf frühere Schriften ausschließlich Hubbard an. Eine in welcher Form auch immer vorgenommene Diskussion oder gar „reformerische" Interpretation der Schriften findet nicht statt, da in jedem Fall auf Hubbard-Zitate in unterschiedlichsten Zusammenhängen verwiesen wird. Insofern stellt die Lehre und Arbeit Hubbards eine absolute und unveränderliche Größe im Selbstverständnis der SO dar.[19]

Die programmatische Basis der Lehre von Hubbard bildet die „Dianetik". Das Kunstwort wird im SO-eigenen Sprachgebrauch übersetzt und abgeleitet aus dem griechischen: „DIA (griech.): durch; NOUS (griech.): Seele; beschäftigt sich mit einem System geistiger Vorstellungsbilder in Zusammenhang mit psychischem (seelischem) Trauma".[20] Hierbei zeigt sich, dass die

---

z.B. über die Menschenrechte stellt.

[18] Diese extremismustheoretischen Kriterien und Merkmale wurden an der Realität in Gestalt einer speziellen Skala empirisch überprüft und haben sich entsprechend bewährt (vgl. Viola Neu, Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004, S. 217-253).

[19] Vgl. zur Organisationshistorie und -struktur ausführlich Klump (Anm. 1), S. 69-86.

[20] L. Ron Hubbard, Fachwortsammlung für Dianetics und Scientology, Kopenhagen 1985, S. 20.

Wurzeln der Hubbard-Lehre nicht in religiösen Anschauungen, sondern im „Psychotherapeutischen“ liegen.

Erster Schlüsselbegriff in der Lehre der SO ist der „Mind“ (Verstand). Dieser wird bei Hubbard „binär“ definiert. In dieser Sichtweise ist der Verstand in zwei Teile aufgespaltet: der analytische und der reaktive Verstand. Dabei stellt der analytische Verstand das wahre „Ich“ dar. Dieser Verstand arbeitet gleichsam wie ein rationaler, fehlerfreier „Prozessor“, der keine psychosomatischen Störungen erzeugt. Der reaktive Verstand ist eine Art alter ego, aber in schädlicher Weise. Das für Hubbard fehlerhafte Verhalten der Menschen, Gruppen oder Gesellschaften (aberriertes Verhalten genannt - „aberriert“ heißt hierbei „vom richtigen Weg abgekommen“) ist im reaktiven Verstand begründet. Dieser speichert so genannte Engramme, dies sind Wahrnehmungen schmerzhafter Art, und diese behindern das geistige „Gesunden“ und das völlig „fehlerfreie“ Dasein des analytischen Verstands.

Eng verzahnt mit der „dianetischen“ Sicht des Menschen ist das Verfahren zum Loslösen des reaktiven Verstands und der Engramme: das „Auditing“. Hierbei soll es nach Hubbard darum gehen, alle Geschehnisse des Lebens und der angeblichen Leben davor auf einer Zeitspur („Time-track“) zurückzuholen, um die schädlichen Engramme zu „löschen“ und somit den reaktiven Verstand „auszuschalten“. Dieses Auslöschen führt dann (in einem komplex zu belegenden „Kurssystem“) zum ersten Erleuchtungszustand „Clear“. Die jeweiligen Fortschritte über alle scientologisch definierten Bewusstseinszustände lassen sich auf einer so genannten „Emotionsskala“ messen. Technisches Hilfsinstrument des Auditings ist das „E-Meter“. Dieses Gerät ist eine Art Lügendetektor, welches die Variable „Körperwiderstand“ misst.[21] Auf Grund dieser Daten wird ein interpretativer Rückschluss auf die

[21] Diejenigen Geräte, die z.B. bei Gerichtsverfahren in den USA eingesetzt werden (Polygraphen), messen generell vier Variablen: Hautwiderstand, Puls, Atmung und Herzfrequenz (Quelle: Originäre Beobachtung des Verfassers). Eine Problematik ergibt sich aus dem Umstand, dass Störvariablen nicht auszuschließen sind (vgl. näher zur Funktionsweise des E-Meters Jana Jacobi, Scientology. Ein Blick hinter die Kulissen, Kevelaer 1999, S. 33-36). Diese zu kontrollieren, ist äußerst schwierig. Das Ergebnis kann sich als Scheinkorrelation erweisen. Besonders eine methodische Drittvariablenkontrolle ist bei dem E-Meter Verfahren nicht gewährleistet. Valide und reliable Messungen z.B. im Sinne der empirischen Psychologie und Sozialforschung

jeweiligen Zustände im scientologischen Sinne getroffen.

Die politische Zielrichtung der „Dianetik“ steht für Hubbard außer Frage: „Es gibt die politische Dianetik, die das Gebiet der Gruppenaktivität und Organisation umfasst, mit der Zielsetzung, die optimalen Bedingungen und Verfahren für die Führung von Gruppen und deren Beziehungen untereinander festzustellen. ... Im sozialen Bereich würde man aus der Gesellschaft die Ursachen der Aberration tilgen ….“[22]

Die Herkunft und das Verfahren der „Dianetik“ weist eindeutig auf psychologische Implikationen hin. Religiöse Bezüge sind in den von Hubbard geschaffenen Grundlagen nicht auszumachen. Erst im Laufe der Zeit (aufgrund verschiedener „Schwierigkeiten“ mit der Umwelt) nimmt der transzendente Rahmen der „Dianetik“ Formen an und wird zur Scientology fortgeschrieben. Im Stil eines Baukastensystems werden nunmehr „spirituelle“ Elemente eingesetzt. Schlüsselbegriff hierfür ist der „Thetan“.

Nach Hubbards Ansichten, vermittelt auf den höchsten Kenntnisstufen (OT-Stufen - Operierender Thetan), sind die Menschen in Wahrheit „Thetane“, die mit der scientologischen „Technologie“ befreit werden müssen. Dabei ist der Begriff „Technologie“ (oder auch in scientologischen Sprachgebrauch „Tech“) die Bezeichnung für das gesamte Verfahren (Auditing, Kurse etc.) in der SO.[23] Diese Erkenntnis ist mit der umfassenden gesellschaftsbildenden und gesellschaftserklärenden scientologischen Ideologie zu vermitteln, die weiterhin nur in einer „scientologyfreundlichen“ Umwelt voll zur Geltung gelangen kann (dies wird begrifflich mit „theta“ umschrieben). Die „Thetane“, eine Art unsterbliches Geistwesen, sind laut Hubbard vor 75 Millionen Jahren auf die Erde in Vulkane verbracht worden.[24] Diese wurden mit Wasserstoffbomben gesprengt, um die „Thetane“ zu zerreißen und zu ver-

---

können nicht erzielt werden.

[22] L. Ron Hubbard, Dianetik. Der Leitfaden für den menschlichen Verstand, Kopenhagen 1992, S. 195 und 197.

[23] Vgl. zum „technizistischen“ Menschenbild der SO eingehend Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Das System Scientology. Wie Scientology funktioniert. 25 Fragen mit Antworten, München 1998, S. 16-17.

[24] Vgl. Stephen A. Kent, The Creation of „Religious“ Scientology, in: Religious Study and Theology, 18 (1999), Nr. 2, S. 102-104.

nichten. Urheber dieser Aktion war ein gewisser Fürst Xenu (oder auch Xenn) der „Galaktischen Konföderation“. Dieser Fürst regelte mit der Entfernung der „Thetane“ aus seinem Herrschaftsbereich in die Verbannung ein „Überbevölkerungsproblem“. Hubbard ist der erste „Thetan“ gewesen, der sich dieser Existenz bewusst wurde und sich ohne zu sterben aus den Vulkanen befreit hat, um nun dieses Wissen um die tatsächliche Herkunft der Menschen - die ja nur Körper für die tatsächlichen Wesen, die „Thetane“, sind - in Form der Scientology-Lehre weiterzugeben. Damit verbunden ist auch die unumstößliche Ansicht, alle auf der Erde existierenden sozialen und politischen Ideen seien falsch und feindlich, da sie der Befreiung der „Thetane“ zuwiderlaufen. Alle religiösen, sozialen und politischen Ideen sind von Fürst Xenu in die „Thetane“ „eingepflanzte“ Implantierungen[25], die ausschließlich durch die Kurse und besonders die OT-Stufen schrittweise entfernt werden müssen, um „völlig befreite Wesen“ zu schaffen.

Zur Erreichung dieses Ziels wird auf der bislang höchsten OT-Stufe (OT VIII) u.a. gelehrt, Hubbard werde unter politischen Vorzeichen wiederkommen: „I will not return as a religious leader but a political one.“[26]

Diese transzendenten „Entdeckungen“ nannte Hubbard „Scientology“ (=“Lehre vom Wissen“). Den Unterschied zur „Dianetik“ beschreibt Hubbard 1954 wie folgt: „Scientology could be called a study of life; Dianetics could be called a study of man.“[27] Das gesamte System wird als „Scientology“ bezeichnet, „Dianetik“ ist die Grundlage. Alles, was über die „anthropologische“ Sicht der „Dianetik“ hinausgeht, trägt formal nach Hubbard einen „metaphysischen“ Charakter.[28] Heute spricht die Organisation auch von einer

---

[25] Vgl. ebd., S. 105-107.

[26] L. Ron Hubbard: HCO Bulletin of 5 May 1980, Issue I, OT Series 1, Confidential, Student Briefing.

[27] L. Ron Hubbard, Professional Auditors Bulletin, Book 2, hier: „Six Basic Process“, 24th December 1954, S. 61.

[28] Vgl. zum “anthropologischen Gehalt” der Hubbard-Lehre Hans Michael Baumgartner, Das Menschenbild von Scientology, in: Friederike Valentin/Horand Knaup, Scientology – der Griff nach Macht und Geld, Freiburg 1992, S. 133-143, der dabei zum Gesamturteil kommt, „nicht von ungefähr ist man daher angesichts der geschilderten Praktiken der Scientology geneigt, von totalitären Zügen und gelegentlich faschistoidem Gedankengut zu sprechen“ (ebd.), S. 143.

„religiösen Philosophie“[29] und zugleich von einer Wissenschaft.[30]

Das scientologische Ethikkonzept beinhaltet ein umfassendes theoretisches und praktisches Instrumentarium zur Einteilung und Konkretisierung des Menschen- und Gesellschaftsbildes von Hubbard.[31] Die „Ethik der Scientology“ (Hubbard) stellt somit das Fundament scientologischer Expansionsansichten dar: „Ethik muß zuerst vorhanden sein, ehe die Technologie Fuß fassen kann. Ist sie also nicht vorhanden oder verschwindet sie, so kann keine Technologie angewandt werden, Unterdrückung setzt ein, und der Tod folgt.“[32]

Der Ethikbegriff wird von Hubbard in eine bestimmte Richtung definiert, die der Sicherung und Verbreitung sowie der (gesellschaftlichen) Klassifizierung dient: „Der Zweck der Ethik ist: Gegenabsichten aus der Umwelt zu entfernen. Nachdem das erreicht worden ist, hat sie zum Zweck, Fremdabsichten aus der Umwelt zu entfernen.“[33] Um diese Zweckbestimmung mit Leben füllen zu können, entwickelte Hubbard einen umfangreichen theoretischen Rahmen, aus dem dann diverse Handlungsanweisungen abgeleitet werden. Zunächst erstellt er eine dualistische Einteilung des Menschen. Zum einen existiert dabei die „antisoziale Persönlichkeit, der Anti-Scientologe“. Zum anderen gibt es die „soziale Persönlichkeit“.

---

[29] Vgl. z.B. L. Ron Hubbard, Fachwortsammlung für Dianetics und Scientology, Kopenhagen 1985, S. 87.

[30] Der Erziehungswissenschaftler Rüdiger Gollnick stellt im Hinblick auf diese Selbsteinschätzung der SO zahlreiche Fragen und deckt dabei verschiedene Widersprüche auf, die den uneinheitlichen Charakter des SO-Lehrgebäudes wiedergeben (vgl. Rüdiger Gollnick, Studien zur Ethik und Pädagogik der Scientology, Sankt Augustin 1998, S. 62-63).

[31] Vgl. Werner Billing/Michael Sauer, Opus Dei und Scientology. Die staats- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Kollision oder Übereinstimmung mit dem Grundgesetz?, Opladen 2000, S. 95-99.

[32] L. Ron Hubbard, Das Handbuch für den ehrenamtlichen Geistlichen, Kopenhagen 1983, S. 358.

[33] Ebd., S. 355. Und noch weiter ausdifferenziert: „Gegenabsicht: eine Entschlossenheit, ein Ziel zu verfolgen, das in direktem Widerspruch zu denjenigen Zielen steht, die als Ziel der Gruppe bekannt sind.“ … „Fremdabsicht: ein Geisteszustand, in dem man ein anderes Ziel verfolgen will als jene Ziele, die als die Ziele der Gruppe bekannt sind (sei es ein großes oder ein kleines Ziel)“ (ebd.).

Die dichotome und binäre Einteilung des Menschen bedingt ein Gegenmodell zur antisozialen Persönlichkeit, nämlich konsequenterweise die bereits erwähnte „Soziale Persönlichkeit“. Per definitionem ist hiermit schlussendlich der Scientologe an sich gemeint: „Da die Gesellschaft ausschließlich aufgrund der Bemühungen von sozialen Persönlichkeiten funktioniert, gedeiht und lebt, muss man diese erkennen, da sie, nicht die antisozialen Personen, die wertvollen Menschen sind.“[34]

Die „wertvollen Menschen“ (Scientologen) haben in gesamter Lesart der Hubbard-Lehre alle Privilegien einer (scientologischen) Zivilisation zu erwarten. Die Ethik Hubbards dient im Ergebnis der Herstellung, Sicherung und Verbreitung der scientologischen „Technologie“ (der Tech). Das „philosophische“ und theoretische Konstrukt mit der Bezeichnung „Ethik“ hat einen eminent praktischen und unverzichtbaren Nutzen für die SO.

Der Anspruch und die Reichweite der „Ethik“ ist unbegrenzt, denn „mit der Ethik“, so Hubbard, „könnte man eine ganze Nation säubern und zum blühen bringen, wenn man ihre Technologie richtig anwendet.“[35] Im Ergebnis ist das scientologische „Ethikkonzept“ ein theoretisches Instrumentarium zur Bestimmung des Menschen und seiner Umwelt in „Gut und Böse“, eine „philosophische“ Bestandsaufnahme im Sinne eines Krisenszenarios, wonach die Menschheit ohne Hubbards „Ethik“ und letztlich ohne die scientologische Tech dem Untergang geweiht ist. Praktisch ist das Konzept ein komplexes und doch zugleich simplifizierendes (da auf Freund-Feind-Bestimmung basierendes) System, mit dem Hubbard insbesondere Rechtsprechung und Justiz verbindet: „Ohne ein Verständnis des menschlichen ‚Mind‘ kann es niemals Gerechtigkeit geben. Niemals. Sie kriegen nichts als Patzer. Nun, das macht nicht unbedingt jemanden, der ein Experte im Hinblick auf den menschlichen ‚Mind‘ ist, wie z.B. ein Scientologe, zur einzigen Person, die irgendwas mit der Rechtsprechung auf dem Planeten zu tun haben sollte. Oder doch??? Aber ich würde sie nicht für einen Augenblick in einen Bereich hoher Spezialisierung auf dem Gebiet der Justiz hinüberleiten, denn die ‚Ethik‘ existiert einfach, um die ‚Tech‘ reinzubringen. Sobald sie die ‚Tech‘

[34] Ebd., S. 12.

[35] L. Ron Hubbard, Das Handbuch für den ehrenamtlichen Geistlichen, Kopenhagen 1983, S. 378.

drin haben, brauchen sie keine Justiz mehr. Wir sind der einzige Weg, der künstliche Maßnahmen von Recht und Ordnung hinter sich lässt."[36]

Nach diesen Ausführungen dürfte das vorhandene demokratische Rechtssystem nach scientologischen Vorstellungen nicht länger existent sein. Diese Aussage steht exemplarisch für ähnliche Äußerungen und theoretische Erörterungen, die sich wie ein roter Faden durch das gesamte Werk von Hubbard ziehen.

Ist die SO eine politische Organisation? Von dieser Frage hängt im Wesentlichen ab, wie mit der Organisation umgegangen werden sollte. Die Antwort kann aus der gängigen Fundamentalismus- und Extremismusforschung evident abgeleitet werden. „Wie die anderen Psychosekten weist Scientology eine Reihe von organisatorischen, psychologischen und ideologischen Kennzeichen auf", so der Politikwissenschaftler Thomas Meyer, „die aufs Haar denen gleichen, die für die großen politischen Fundamentalismen erkannt und beschrieben wurden."[37] Neben Parteien sind auch „Verlage, intellektuelle Zirkel, mehr oder weniger strukturierte politisch-weltanschauliche Vereinigungen … die dominierenden Organisationsformen des politischen Extremismus. Sie verstehen sich selbst als politisch im engeren Sinn oder auch im weiteren - z.B. als kulturkämpferische Vereinigung ... Die Parteien unter ihnen nehmen an Wahlen teil, die Vereinigungen betreiben Traditionspflege, intellektuelle oder auf Gewalt gerichtete Diskurse, teilweise auch kommerziellen Handel mit Symboliken, Devotionalien oder Medien vielfältiger Art."[38] Auftreten und Wirken der SO wären unter Bezug auf einige dieser Formen des Extremismus als kulturkämpferisch zu begreifen, wobei unter Zuhilfenahme kommerzieller Strukturen versucht wird, die gesellschaftlichen Ideen, Vorhaben und Ziele durchzusetzen. Ihr dabei ausgedrücktes ideologisches Selbstverständnis entspricht einer politischen Ideologie[39], an deren

[36] L. Ron Hubbard, PTS/SP – Vortragscassetten – Unterdrücker und schwere Auditierfehler, Golden Era Productions 1990.

[37] Thomas Meyer, Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt am Main 2002, S. 79.

[38] Hans-Gerd Jaschke, Die „Scientology-Kirche" (SC), in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 10, Baden-Baden 1998, S. 101.

[39] Vgl. Klump (Anm. 1), S. 87-94.

Endpunkt eine Weltregierung in Gestalt einer konkreten gesellschaftlichen Utopie steht: das Modell „International City“[40].

4. Extremismustheoretische Einschätzung

Zunächst zu den wesentlichen ideologischen Elementen der SO, die sich *gegen* den demokratischen Verfassungsstaat wenden. Es sei nochmals daran erinnert, dass politischer Extremismus politikwissenschaftlich-konzeptionell einerseits über die Ablehnung fundamentaler Werte und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten bestimmt wird, andererseits über einzelne Strukturmerkmale, die im folgenden Gegenstand der extremismustheoretischen Betrachtung sind.

In der Summe sind folgende Bereiche des demokratischen Verfassungsstaates durch die SO verfassungsrechtlich und -politisch negativ berührt:

- *Menschenrechte nur für Scientologen:* Die u.a. oben exemplarisch genannten Punkte bedeuten insgesamt in der von der SO formulierten Absolutheit die Abschaffung aller Menschenrechte für die nicht-scientologischen Individuen in der Gesellschaft. Dies ist ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG und die Menschenwürde des Art. 1 Abs. 1 GG. Die Anweisung, „Gegenabsichten“ und „Fremdabsichten“ aus der Umwelt entfernen zu wollen („Ethik“-Definition) lässt erwarten, dass in einer scientologischen Gesellschaft insbesondere auch die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) abgeschafft sein wird. Das menschliche Individuum wird generell erst dann als (formal) wertvoll angesehen, sobald es sich dem scientologischen Kollektiv unterwirft und in diesem Zusammenhang uneingeschränkt dessen Ziele verfolgt.

- *Keine Volkssouveränität:* In der scientologischen Gesellschaft, in der nur „Nichtaberrierte“ das Recht haben sollen „vernünftige Maßnahmen (der Regierung) zuzustimmen“, kann nicht das gesamte Volk in Wahlen und Abstimmungen die Staatsgewalt ausüben, wie es das Grundgesetz in den Artikeln 20

[40] Vgl. ebd., S. 94-98. Zu den ausgewiesenen staatspolitischen Zielsetzungen der SO vgl. zudem Werner Billing/Michael Sauer, Opus Dei und Scientology. Die staats- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Kollision oder Übereinstimmung mit dem Grundgesetz?, Opladen 2000, S. 105-119.

Abs. 2, 28 Abs.1 und 38 vorsieht.

- *Keine politischen Parteien, keine parlamentarische Opposition, kein Pluralismus:* Der Absolutheitsanspruch der SO, der auch darin zum Ausdruck kommt, „Gegenabsichten“ und „Fremdabsichten“ entfernen zu wollen, lässt in einer scientologischen Gesellschaft keinen Raum für politische Parteien, eine parlamentarische Opposition und Pluralismus.

- *Nur noch weisungsabhängige Gerichte, keine Unabhängigkeit der Justiz:* Rechtsprechung erfolgt in der scientologischen Gesellschaft nicht - wie im Grundgesetz vorgesehen - durch unabhängige Gerichte, sondern z.B. nur durch ein „Ethikgericht“, ein Untersuchungsausschuss“, ein „Kaplansgericht“ und ein „Komitee der Beweisaufnahme“ (leitend hierfür ist die „Ethik“-Konzeption).

- *Abschaffung der Gewaltenteilung*: In einer scientologischen Gesellschaft ist kein Raum für das Prinzip der Gewaltenteilung. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung liegen in den Händen von führenden Funktionären der SO und nicht bei den vom Grundgesetz vorgesehenen voneinander getrennten Einrichtungen.

Diese - mit der juristischen Betrachtungsweise durchaus konform gehenden - Aspekte einer Negativ-Definition bedürfen jedoch wesentlicher Ergänzungen, um das Phänomen SO angemessen erfassen zu können. Hierfür stehen entsprechende Kriterien der sozial- und politikwissenschaftlichen Extremismustheorie zur Verfügung:

Die SO zeichnet sich durch einen ausgeprägten *Absolutheitsanspruch* aus. Ausschließlich die Organisation besitzt privilegierten Zugang zur Erkenntnis des Wahren und Guten. Damit einher geht die Behauptung „objektiver Wahrheiten“ (u.a. bezogen auf einen (ingenieur-)wissenschaftlichen Ursprung der Dianetik) sowie der Anspruch auf totale Welterklärung.

Hubbards „technizistische“ Sicht des Menschen geht auf Gedanken zurück, die er schon bei vielen Philosophen gefunden haben will. Den Durchbruch zu einer umfassenden Erkenntnis und die Zusammenführung der wesentlichen Elemente der Philosophie sei aber nur ihm gelungen. Bereits in der „Dianetik“ verweist Hubbard auf für ihn bedeutende Forscher, wie Herbert Spencer, Francis Bacon und Charles Darwin. Spencer übertrug als erster die

Erkenntnisse Darwins auf die Gesellschaft und schuf damit die Grundlagen des „Sozialdarwinismus“. Er sah die menschliche Existenz als steten Kampf ums Überleben. Bereits 1938 will Hubbard die Vorläufer der „Dianetik“ verfasst haben in einem Buch mit dem Titel „Excalibur“, welches heute bei den Scientologen laut entsprechenden Postwurfsendungen und Flyer offenbar mythische Vorstellungen auslöst. Hubbard verweist in bestimmten Zusammenhängen auf dieses Werk, was allerdings bis heute als verschwunden gilt bzw. nur in Bruchstücken vorhanden ist. Der Grund dafür soll in einer bereits in den 1930er Jahren angesetzten Verschwörung gegen Hubbard liegen.

Die Behauptung einer wissenschaftlichen Herkunft der „Dianetik“ steht heute noch im Mittelpunkt der SO-Propaganda. Letztlich kommen die ideologischen Ansprüche Hubbards einer Forderung nach einer für alle verbindlichen Weltanschauung gleich, die das Neben- und Gegeneinander gesellschaftlicher Orientierung zugunsten der einzig wahren Lehre auflöst, da ansonsten in eigener Lesart die Erde zum Untergang verurteilt ist. Es existiert schlussendlich Einheit statt Vielfalt.

Ein auf *axiomatische Setzungen* beruhendes, in sich selbst kreisendes Denksystem qualifiziert die SO-Ideologie (die „Axiome“ der „Dianetik“). Die Folge ist eine Immunisierung gegenüber Fakten und Argumenten, die sich nicht in das dogmatische Denksystem einfügen lassen. Dies verwundert umsomehr, da Hubbard die „Dianetik“ ausgewiesenermaßen als Wissenschaft präsentiert hat. Wissenschaft lebt aber von Kritik und Gegenkritik; wesentliches Merkmal nach Karl R. Popper ist die erkenntnistheoretische Akzeptanz der Vorläufigkeit des Wissens: „Wissenschaft ist Wahrheitssuche; und es ist durchaus möglich, dass manche unserer Theorien in der Tat wahr sind. Aber auch wenn sie wahr sind, so können wir dies niemals sicher wissen.“[41]

Der Dogmatismus der SO steht diesem Prinzip entgegen; insoweit ist die „wissenschaftliche“ Selbstqualifizierung als interner Sprachcode einzuschätzen, der eine gewisse unumstößliche Seriosität und Höherwertigkeit suggerieren soll. Dies wird durch die Einfügung „religiöser“ Elemente noch ver-

[41] Karl R. Popper, Über Wissen und Nichtwissen, in: ders., Auf der Suche nach einer besseren Welt, 11. Auflage, München 2002, S. 41-54, hier: S. 50; vgl. zudem ders., Wissenschaftslehre in entwicklungstheoretischer und in logischer Sicht, in: ders., Alles Leben ist Problemlösen, 6. Auflage, München 2001, S. 15-45.

stärkt.

Die Vision einer konfliktfreien (da nur auf scientologischen Interessen beruhenden) Ordnung der Zukunft zeichnet den *Utopismus*[42] bei Hubbard aus. Das Schlagwort einer „Zivilisation ohne Geisteskrankheit, Verbrechen und Krieg“ sagt im internen Code der Sprache aus, dass alle der SO entgegenstehenden Ideen und Gesellschaftsvorstellungen aus dem Weg geräumt sind („Ethik“-Definition). Innerhalb dieser Ordnung können ja nur „ehrliche Wesen Rechte“ haben (die Scientologen), „wobei hier noch weiter bemerkt wird“, so zu Recht der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber, „dass diese Rechte haben können, nicht wie alle Individuen naturrechtlich haben müssen, wie im Menschenrechtsverständnis der demokratischen Verfassungsstaaten begründet.“[43] Das Ziel ist also offensichtlich nicht die persönliche oder individuelle Verbesserung oder „Erlösung“ der Anhänger per se, sondern Ziel ist vielmehr, die Welt und die Gesellschaft so zu verändern, dass ein Scientologe als Scientologe dort leben kann. Das wird auch durch eine Aussage einer hohen SO-Funktionärin deutlich: „Sorgen wir nicht nur für die Verteidigung von Scientology, sondern eine Welt, in der wir schließlich keine Verteidigung mehr brauchen.“[44]

Besonders auffällig und ausgeprägt ist die *Freund-Feind-Stereotype*.[45] Die dualistische Weltsicht der „sozialen-„ versus der „anti-Sozialen Persönlichkeit“ ist als Folge des Absolutheitsanspruches und des Dogmatismus zu sehen. Dabei vollzieht sich eine Projektion aller negativen Charakterzüge in den „Feind“ (der „Anti-Scientologe“), umgekehrt findet eine Identifikation

---

[42] Vgl. zur problemzentrierten Bedeutung des Begriffs Hans-Joachim Niemann, Lexikon des Kritischen Rationalismus, Tübingen 2004, S. 372f.

[43] Armin Pfahl-Traughber, Antidemokratisch und extremistisch. Scientology in Selbstzeugnissen und Analysen, in: liberal 40 (1998), Nr. 2, S. 26-32, hier S. 31f.

[44] So z.B. Karen Hollander, LRH Public Relations Officer, auf einer Jahrestagung der „International Association of Scientologists“ (IAS) zum „Kreuzzug auf der 4. Dynamik“ (Menschheitsdynamik); vgl. International Scientology News, Ausgabe 8, 1998, S. 29.

[45] Vgl. hierzu auch Hans-Gerd Jaschke, Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg 1998, S. 235-242.

aller positiven Merkmale mit der eigenen Organisation und Ideologie statt.[46]

Parallel dazu existiert eine ausgeprägte und umfangreiche *Verschwörungstheorie* bzw. *Verschwörungsideologie*.[47] Diese nimmt eine innere Feindbestimmung in Form von Konspirateuren („Squirrels") vor, die als Sündenböcke für das mangelnde Vorankommen oder Verfälschen der „wahren Lehre" gelten. Gleichzeitig sind „geheime Mächte" und „Drahtzieher" am Werk, die von außen die SO behindern (Psychiater, Regierungen, Behörden, Nazis und dabei dahinter stehend die Ur-Feinde der „Thetane" unter der Führung des Fürsten Xenu).[48] Die Verschwörungsideologie dient hierbei als Behelfskonstruktion zur Überbrückung von Erklärungsdefiziten und steht in einem direkten Wechselverhältnis zu Kernbereichen der SO-Ideologie bzw. ist ein Teil von ihr.

Die SO zeigt in ihrem Wirken einen deutlichen Hang zum *Fanatismus*. Hierin liegt das Selbstverständnis einer leidenschaftlichen, kompromisslosen und alle Energien mobilisierenden Verfolgung der eigenen Mission begründet. Dabei wird der unerschütterliche Glaube an die Überlegenheit und absolute Richtigkeit zur Triebfeder des Handelns. Der Fanatismus ist auch als

---

[46] Vgl. Eckhard Jesse, Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Feindbilder im politischen Extremismus. Gegensätze, Gemeinsamkeiten und ihre Auswirkungen auf die Innere Sicherheit, Köln 2004, S. 3-18.

[47] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Bausteine" zu einer Theorie über „Verschwörungstheorien": Definitionen, Erscheinungsformen, Funktionen und Ursachen, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), Verschwörungstheorien, Innsbruck 2002, S. 30-44; vgl. auch Daniel Pipes, Verschwörung. Faszination und Macht des Geheimen, München 1998. Zur zweifelhaften inhaltlichen Substanz von Verschwörungstheorien siehe Hans-Joachim Niemann, Lexikon des Kritischen Rationalismus, Tübingen 2004, S. 380-381.

[48] Vgl. hierzu Ortrun Schätzle/Andreas Klump, Sogenannte Sekten und Psychogruppen und wehrhafte Demokratie: Einige Aspekte unter Berücksichtigung der Diskussion um die Scientology-Organisation, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutz: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Halle 1998, S. 284-311, hier S. 293 – Fußnote 26 – zur „Nazi-Verschwörung", die auch eine Rolle bei der in den 1970er-Jahren entwickelten „Operation Snow-White" gespielt hat. Dabei war Zielstellung, sich in geheimdienstlicher Manier gegen Einzelpersonen, Kritikern und sogar Staaten zu wenden, um diese zu „handhaben"; vgl. ebd. S. 299-305.

Quelle der Intoleranz zu sehen.[49]

Auch ein *anthropologischer Radikalismus* lässt sich bei der SO ausmachen. Hierbei ist insbesondere die Sichtweise der „ursprünglichen Menschengüte“ (der Mensch = „Thetan“ ist von Natur aus gut) zu nennen, die durch „historische“ Abläufe zerstört wurde (ideologische Genese der SO - „Vertreibung“ der „Thetane“ und Einpflanzung von Implantaten zur Zerstörung des wahren und guten Bewusstseins durch die Ur-Feinde).

Schließlich ist noch der ausgeprägte *Autoritarismus* bei der SO zu erwähnen. Es herrscht ein striktes Gefälle der „Befehlsstruktur“ vor, dass sich auch in autoritäres Führungsgebaren äußert, wobei die hochspezialisierte Orderstruktur teilweise in der Praxis auch hinderlich oder widersprüchlich sein kann. Dies ist auch ein Strukturmerkmal totaler sozialer Einheiten, denen häufig eine amorphe Führungsstruktur zu Eigen ist („autoritäre Anarchie“).[50] Auch treten bestimmte Teile der SO in einem gleichsam „militärischen“ Phänotypus auf, wie das bei der elitären Sea-Org der Fall ist.

Ist Scientology eine Religion? Formal-phänotypische Merkmale mögen dafür[51], entwicklungsgeschichtliche, in der Person Hubbard begründete sozial-

[49] Vgl. Günter Hole, Fanatismus. Der Drang zum Extrem und seine psychologischen Wurzeln, Freiburg im Breisgau 1995.

[50] Diese Sichtweise ist analog aus der Forschung zum Nationalsozialismus entlehnt, wo es um die Erfassung von Autoritätsstrukturen sozialer Einheiten geht, vgl. Ulrich von Hehl, Nationalsozialistische Herrschaft, München 1996, S. 10.

[51] Der Politikwissenschaftler Stefan Braun fächert den Religionsbegriff insoweit auf und ordnet die SO als „religiös und weltanschaulich minoritäre Kultusgemeinde der Moderne“ ein, vgl. Stefan Braun, Scientology – Eine extremistische Religion. Vergleich der Auseinandersetzung mit einer umstrittenen Organisation in Deutschland und den USA, Baden-Baden 2004, S. 80-84; zur Selbstdarstellung Scientologys als Religion vgl. ebd., S. 118-123. An anderer Stelle bezeichnet Braun die SO differenzierter als „Bewegung, die religiöse Wesensmerkmale - ausgerichtet an den Charakteristika einer modernen, leistungsorientierten und individualisierten Wettbewerbsgesellschaft - in strenger Ausrichtung nach den Bedürfnissen ihrer Kunden profitorientiert missionierend vertreibt, ohne Akzeptanz der in der westlichen Welt geltenden Trennung von Staat und Religionsgemeinschaft und ohne der Vorstellung der die Gesellschaft ethisch und moralisch positiv prägenden traditionellen Religion zu entsprechen“, ebd., S. 316. Am extremistischen Charakter der SO hat Braun gleichwohl keinen Zweifel(vgl. ebd. S. 126-167).

psychologische Dispositionen sowie interaktionstheoretische Spezifika eher dagegen sprechen[52]. So oder so: Eine formal-analytische Akzentuierung scientologisch-religiöser Folklore ist wenig hilfreich, um zu einer validen Einschätzung der SO zu gelangen. Im Übrigen ist die Religionsfrage[53] unter extremismustheoretischen Gesichtspunkten weit weniger bedeutsam, als es zunächst erscheinen mag, denn auch religiös ausgerichtete Weltanschauungen können bekanntermaßen fundamentalistische bzw. extremistische Formen annehmen. Die SO ist nach den gängigen und historisch begründeten politischen Richtungsbegriffen weder dem Rechts- noch Linksextremismus zuzuordnen, gleichwohl ist sie analytisch als extremistische Variante fundamentalistischer Weltsicht zu bewerten.[54] Typologisch ist sie als totale Organisation[55] und politische Sekte[56] zu begreifen, die ihr Produkt, ihre spezifische Ideologie und religiös verstandene Weltanschauung, auf einem kommerziellen Lebenshilfemarkt[57] anbietet und damit zugleich gesellschaftliche und politische Ansprüche zu verbinden versteht.

5. Risikoanalyse: Die SO als Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat

Die Momentaufnahme zeigt, dass die SO insgesamt noch weit von ihrem Vorhaben entfernt ist, die Bundesrepublik nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Verschiedene Indikatoren beschreiben ein differenziertes Bild[58]:

---

[52] Vgl. Klump (Anm. 1), S. 69-81 und S. 135-139.

[53] Vgl. zur grundlegenden Debatte unter juristischen Gesichtspunkten Arnd Diringer, Der grundrechtliche Schutz von sog. Jugendreligionen – Zur Diskussion um den Begriff der Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft, bezogen auf neue religiöse und parareligiöse Bewegungen, in: Bayerische Verwaltungsblätter 4/2005, S. 97-106.

[54] Vgl. Klump (Anm. 1), S. 107-126.

[55] Vgl. ebd., S. 129-131.

[56] Vgl. ebd., S. 127-129. Stefan Braun lehnt die Anwendung des Sektenbegriffs hinsichtlich der SO mit dem Hinweis auf den ursprünglich theologisch-christlichen Bedeutungsrahmen ab, zudem werde dieser häufig pejorativ verwendet (vgl. Anm. 51, S. 53-64). Eine sozialwissenschaftliche Tauglichkeits- und Verwendungsrelevanz wird bei dieser eingeschränkten Betrachtungsweise jedoch vernachlässigt.

[57] Vgl. Hartmut Zinser, Der Markt der Religionen, München 1997.

[58] Vgl. Andreas Klump, Die Scientology-Organisation – eine Einschätzung des Gefah-

Unter Vernachlässigung des Faktors Wahlen (da die SO keine Partei ist) zeigt der Indikator „Organisation“ dabei eine Gruppierung, die auf Grund ihrer internationalen Struktur durchaus in der Lage ist, internationale politische Diskurse zu bestimmen und somit einen gewissen politischen Einfluss geltend zu machen. Der Handlungsstil ist nicht im klassischen Sinne als „militant“ anzusehen; gleichwohl lässt sich eine besondere Form eines Freund-Feind-Schemas im Sinne einer interaktiven Handlung im Umgang mit eigenen Anhängern wie mit Personen von außen feststellen. Die empirisch gemessenen Einstellungen bieten im Großen und Ganzen zwar ein gewisses günstiges „esoterisches Klima“[59]; ob sich dieses Einstellungspotential für die SO mobilisieren lässt, erscheint allerdings unklar. Der esoterische Bereich tritt nicht als monolithischer Block in Erscheinung, sondern ist in sich aufgespalten in die unterschiedlichsten Bereiche, so dass aus diesem Gemenge ein explizites Potenzial für die SO nur schwer herauszuinterpretieren ist.

Der Infiltrationsgrad der SO ist, was das Eindringen in die Mehrheitskultur angeht, äußerst gering. Im Gegensatz zu den USA ist die SO in der Bundesrepublik eher eine stigmatisierte Organisation. Allerdings stellen SO-ähnliche Denkansätze des Weckens und Konditionierens eines „übermenschlichen“ Leistungspotentials im Management-Training- und Lebenshilfemarkt wie bei

---

renpotentials aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 13, Baden-Baden 2001, S. 31-47.

[59] Der Begriff Esoterik soll hier als Sammelbezeichnung für weltanschauliche Richtungen und Praktiken verstanden werden, die sich mit dem „geheimnisvollen“, „unsichtbaren“, „inneren“ und „dunklen“ Wissen über Geist, Natur, Umwelt und Gesellschaft beschäftigen - und dabei eine irrationale und schwer übersichtliche Mischung aus „Spiritismus, Magie, Mythos, neuem Heidentum, Astrologie, Ufologie, fernöstliche Weisheitslehren und pseudomedizinischen Heilmethoden“ darstellen, vgl. Thomas Ewald, Esoterik – eine historische Betrachtung, in: Esoterik und New Age, hrsg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Polis, Ausgabe 20, Wiesbaden 1996, S. 4-18; Armin Pfahl-Traughber, Germanische Götter, reichsdeutsche Flugscheiben und die innere Welt. Über den Zusammenhang von Esoterik, Neo-Heidentum und Rechtsextremismus, in: humanismus aktuell Nr. 3/1999, S. 76-85**.** Empirische Studien weisen regelmäßig relativ hohe entsprechende Einstellungspotenziale der Bevölkerung in Bezug auf einzelne Felder auf (z.B. Astrologie, UFO-Glauben, Wünschelruten, parapsychologische Phänomene etc.).

so genannten Strukturvertrieben einen nicht zu unterschätzenden Anteil dar.[60] Auch aus diesem Grund kann daher - mit Blick auf die noch zu erörternden potenziellen Gefährdungen - keine Entwarnung gegeben werden: „Die beobachtete Stagnation, die eine Momentaufnahme darstellt, ist im Wesentlichen auf die Ablehnung der SO in der Bevölkerung zurückzuführen, die nicht zuletzt in dem hohen Konfliktpotential der Organisation und der jahrelangen Aufklärungsarbeit durch Staat und Gesellschaft begründet ist.“[61]

Zur Frage, inwieweit Bemühungen um den ideologisch vorgegebenen konspirativen Einstieg in die gesellschaftlichen Institutionen erfolgreich verlaufen, kann hier kein abschließendes Votum gegeben werden. Insofern muss dieser Punkt offen bleiben.

Der antiextremistische Grundkonsens im politischen Bereich in Bezug auf die SO ist als hoch zu bezeichnen. Die Schutzmechanismen haben auf der administrativen Seite gegriffen und bieten ein vielfältiges Umgangsprofil mit der SO (z.B. die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden; die Einrichtung von Bund-Länder-Gremien in Sachen „Sekten“ etc.). Reale Systemschwächen spielen für die SO kaum eine Rolle, da für Hubbard das demokratische politische System jenseits einer möglichen „wahren“ Schwäche sowieso falsch ist. Auch die äußere Sicherheit im Sinne der internationalen Politik ist kein aussagekräftiger analytischer Faktor für die Einschätzung der SO. Die Bedrohungslinien verlaufen selbstgesteckt innerhalb der ideologischen Freund-Feind-„Ethik“-Konzeption und weniger in globalen tatsächlichen politischen Sicherheitslagen.

Die Frage, in welchem übergeordneten Kontext von Chancenstrukturen die SO erfolgreich sein könnte, rückt mehrere Aspekte in den Mittelpunkt: ökonomische, politische, soziale und kulturelle.[62]

---

[60] Vgl. Endbericht der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“, BT-Drs. 13/10950 vom 9. Juni 1998, S. 98-105 und S. 158f.

[61] So zutreffend und immer noch gültig Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2000, Stuttgart 2001, S. 191.

[62] Vgl. Jürgen Eiben, „Neue Religiosität“ in der Bundesrepublik Deutschland. Soziologische Anmerkungen zu den gesellschaftlichen Hintergründen, zur Entfaltung von „neuer Religiosität“ und zu den gesellschaftlichen Konflikten um „neue Religiosität“, Gutachten im Auftrage des Bundesverwaltungsamtes, Köln/Düsseldorf 1996.

Die SO besitzt eine unternehmensähnliche Organisationsform. Ihr Auftreten ist nach außen hin durch das Angebot von „Dienstleistungen“ gekennzeichnet. Was die Anpassung an das formale ökonomische Postulat moderner Industriestaaten angeht, ist die SO nahezu perfekt eingebunden: Sie stimmt nicht nur mit den speziellen gesellschaftlichen Werten überein, sie rückt diese sogar in ihr Zentrum, wie z.B. das Leistungsdenken und das zu erreichende „Übermenschenpotential“. Hierbei wird allerdings das ökonomische Paradigma pervertiert und zu einer speziellen - eben scientologischen – Gesellschaftsform uminterpretiert. Die allgemeinen politischen Chancen stehen für die SO eher schlecht. Auf Grund des hohen Devianzverdachts und des negativen öffentlichen Images ist ein breites Einsickern der SO-Ideologie in den politischen Raum mit offenem Visier eher unwahrscheinlich. Anders mag dies unter dem Gesichtspunkt der konspirativen Infiltrationsvorgaben sein. Hierzu kann aber von dieser Stelle aus keine ausreichende Einschätzung gegeben werden.

Die sozialen Kosten einer umfassenden Zugehörigkeit zur SO sind sehr hoch. Die Übernahme des vollständig neuen Weltbildes setzt strenge (sozialpsychologische) Mechanismen in Gang. Hierbei kann es zu Gegenreaktionen der Individuen kommen. Die SO hat dagegen wiederum eine Contrastruktur gesetzt (z.B. die „Ethik“-Konzeption).

Wie bereits skizziert, kann es auf Grund der exklusiven Lehr- und Ideologiestruktur kaum zu einer - allerdings immer wieder propagandistisch verkündeten - Massenbewegung kommen. Trotzdem sind die sozialen Chancen nicht völlig aussichtslos. Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, dass die SO nach Widerstandsphasen in verschiedenen Ländern (Großbritannien, Australien, Neuseeland, Südafrika) immer wieder strategisch anknüpfen konnte, neue Mitglieder rekrutierte und ihre Chancen damit in diesem Bereich erneut und wiederholt sicherstellte.

Die kulturellen Chancenstrukturen sind ambivalent einzuschätzen. Die Präsenz der SO im kulturellen-medialen Raum ist (in konjunkturellen Wellen) nahezu ungebrochen. Zwar in den etablierten Medien eher mit negativen Seiten vertreten, versteht die Organisation es aber, mit eigenverantwortlichen Public-Relations-Mechanismen professionell auf die Öffentlichkeit einzuwirken. Postwurfsendungen, persönliche Ansprachen, Vortragsveranstaltungen,

Ausstellungen und auch rechtliche Auseinandersetzungen sind mit hohem und mobilisierendem Aufwand nahezu fortwährend vorhanden. Was die Aspekte der Vermittlung von nominell erreichten Zielen der SO betrifft, gehen die Versprechen der Werbemaßnahmen mit den tatsächlichen Gegebenheiten weit auseinander. Die Glaubwürdigkeit nach innen und außen konnte nur um den „Preis der konsequenten Immunisierung" der SO gegenüber der Kritik geleistet werden: „Die Fehlschläge führten dazu, dass die hochrangigen scientologischen Entwicklungsstufen (Clear und OT) immer mehr normativ, durch gruppeninterne Erwartungen und nicht kognitiv, durch klare überprüfbare Erfolgskriterien gestützt werden."[63] Dadurch wird die Möglichkeit, als eine bestimmte kulturelle Form im Wettstreit mit anderen „Kulturen" sich zu etablieren, geringer, zumindest mit Blick auf die tatsächliche empirische Validität der versprochenen individuellen Erfolge.

Auf Grund mangelnder Überprüfbarkeit und Funktionalität dürfte im Großen und Ganzen die SO-Lehre in der kritischen Öffentlichkeit eher auf Zurückhaltung stoßen, jedoch nicht bei Personen, die bereits in der Organisation sind oder sich trotz alledem, warum auch immer, von den Weltbildern Hubbards angesprochen fühlen. Utopische Weltbilder bedürfen gerade nicht einer empirischen Überprüfung, sondern beziehen genau aus dieser irrationalen Sichtweise ihre Faszination.

Mangelnde Überprüfbarkeit wird durch den Effekt der „selbsterfüllenden Prophezeiung" ersetzt. Das Unmögliche ist möglich, weil sich eine ganze Reihe von wenig zu durchschauenden geheimnisvollen Variablen ineinander fügen, die ideologische Erwartungshaltung sich damit erfüllt und ein Gebilde offenbart, das gerade wegen seiner anti-rationalistischen Gestalt faszinierend wirkt. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, indem man das ideologische Gebäude zur Wissenschaft erklärt bzw. die „Königswissenschaft" ausruft, was wiederum mit einem Absolutheitsdenken einhergeht. Der Stein der Weisen bzw. die alleinige Antwort auf alle Fragen des Menschen und der Gesellschaft fasziniert offenbar mehr als differenzierte und vorläufige Antworten, die weitaus weniger emotional zu berühren vermögen. Insofern sind die kulturellen Chancen - zumindest theoretisch - langfristig gegeben.

[63] Ebd., S. 40.

Die insgesamt prägende kulturell-politische Janusköpfigkeit der SO, ihre potenzielle Zwischenstellung zwischen religiösem Anspruch und politischer Ausstrahlung ist von schlagender Evidenz und, „wegen ihres trügerischen Doppelgesichts, eine über alle bekannten Formen des politischen Extremismus hinaus ernsthafte Bedrohung für die Demokratie."[64]

6. „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde": Wie mit der SO umgehen?

Eine Politikwissenschaft, die „Politik als praktische Wissenschaft"[65] begreift, fühlt sich ebenso verpflichtet, neben der „Einsicht in die politisch-soziale Wirklichkeit"[66] auch „unter Aufdeckung der Sachzusammenhänge und Motive ein bestimmtes politisches Urteil"[67] zu formulieren. In diesem Kontext bemerkt der Rechtswissenschaftler Klaus Stern nicht zu Unrecht: „Politikwissenschaft ist ... nicht bloß Wirklichkeitsanalyse, empirische Forschung (who gets what, when, how), sondern als politische Selbstreflexion zugleich eine Lehre von der richtigen politischen Ordnung. ... Aus diesem Grund muss die Politikwissenschaft ihren Gegenstand nicht nur erklären und beschreiben, sondern zugleich eine Orientierungshilfe bieten und die Legitimitätskriterien der Politik prüfen."[68] Vor diesem wissenschaftstheoretischen Hintergrund sind die nachfolgenden generellen Empfehlungen und Wertungen zu sehen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der SO - ob in Deutschland oder anderswo - kann allgemein durch folgende These charakterisiert wer-

---

[64] Thomas Meyer, Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt am Main 2002, S. 85.

[65] Vgl. Dieter Oberndörfer, Politik als praktische Wissenschaft, in: ders. (Hrsg.), Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie (2. Auflage), Freiburg im Breisgau 1966, S. 9-58.

[66] Ebd., S. 20.

[67] Ebd.

[68] Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band I: Grundbegriffe und Grundlagen des Staatsrechts, Strukturprinzipien der Verfassung (2., völlig neubearbeitete Auflage), München 1984, S. 53. Vgl. auch Hans Herbert von Arnim, Zur normativen Politikwissenschaft. Versuch einer Rehabilitierung, in: Der Staat 26 (1987), S. 477-496.

den: „Die Bewertung Scientologys ist geprägt von der nationalen politischen Kultur. Dies beeinflusst die Auseinandersetzung mit der Organisation.“[69] Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich - wie bereits erwähnt - als streitbare bzw. wehrhafte Demokratie.[70] Dieses Prinzip hat nicht nur rechtliche, sondern weit darüber hinaus verfassungspolitische und sozialphilosophische Dimensionen. Insbesondere die beiden letztgenannten Kategorien sind für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit antidemokratischen Ideen von hoher Relevanz. Der bereits genannte Philosoph Karl. R. Popper, Begründer des Kritischen Rationalismus und der Konzeption einer offenen Gesellschaft[71], gibt etwa mit seiner praktischen und antitotalitär ausgerichteten Philosophie[72] wertvolle Anhaltspunkte und Kriterien zum Erkennen von und Umgang mit

---

[69] Braun (Anm. 51), S. 341.

[70] Vgl. Andreas Klump, Freiheit den Feinden der Freiheit? Die Konzeption der streitbaren Demokratie in Deutschland – demokratietheoretische Grundlagen, Praxis, Kritik und Gegenkritik, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 338-389 sowie Eckhard Jesse, Demokratieschutz, in: ders./Roland Sturm (Hrsg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich, Opladen 2003, S. 449-474. Vgl. zudem Karl Dietrich Bracher, Das Ethos der Demokratie, in: ders. Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays, München 1995, S. 259-271.

[71] Vgl. Kurt Salamun (Hrsg.), Was ist Philosophie? (4. Auflage), Tübingen 2001, S. 203-217 sowie Armin Pfahl-Traughber, „Kritischer Rationalismus“ und „offene Gesellschaft“, in: liberal 44 (2002), Nr. 2, S. 20-25. Vgl. ferner Herbert Keuth, Die Philosophie Karl Poppers, Tübingen 2000, S. 244-296; Ingo Pies, Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Karl Poppers , in: ders./Martin Leschke (Hrsg.), Karl Poppers kritischer Rationalismus, Tübingen 1999, S. 1-38.

[72] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Ideologische Strukturmerkmale der geschlossenen Gesellschaft. Karl R. Popper als Totalitarismustheoretiker, in: Aufklärung und Kritik 10 (2003), Nr. 1, S. 106-125. Vgl. zu den verschiedenen Ansätzen einer wissenschaftlichen Totalitarismusanalyse Eckhard Jesse, Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/1998, S. 3-18; vgl. zudem Wolfgang Rudzio, Die Aufarbeitung des Totalitarismus – Eine politikwissenschaftliche Kontroverse, in: Paul Kevenhörster/Dietrich Thränhardt (Hrsg.), Demokratische Ordnungen nach den Erfahrungen von Totalitarismus und Diktatur. Eine international vergleichende Bilanz, Münster u.a. 2003, S. 47-61.

fundamentalistischen bzw. extremistischen Ideologien, die in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Ideologien generell zu berücksichtigen sind.[73]

Lokalisiert man die SO einerseits in einer Grauzone von kommerzieller „Lebenshilfe“ und esoterischen Fundamentalismus, andererseits von totaler Organisation und politisch-extremistischer Sekte mit ausgewiesenen potenziellen Gefährdungen, wirft dieses komplexe Beziehungsgeflecht das Problem auf, wie Staat und Gesellschaft mit einer Organisation umgehen sollen, die auf Grund ihres hermetisch abgeschlossenen Weltbildes und ihrer prägenden Freund-Feind-Stereotype Konflikte förmlich herausfordert und herausgefordert hat. Auf diese Konfliktkonstante haben Staat und Gesellschaft bislang unterschiedlich reagiert. Zwischen (wohlmeinender, weil scheinbar konfliktvermeidender) Zurückhaltung oder positive Bezugnahme auf die vermeintliche „Verteidigung der Religionsfreiheit“ und Überreaktionen im Sinne von „hysterischer Wahrnehmung“ bzw. „Panikmache“ ist offenkundig ein weites Feld.

Zwei Formen verbieten sich daher im Umgang mit der SO: Dramatisierung und Verharmlosung. Dazwischen gilt es, im öffentlichen Diskurs und unter Einbeziehung der Organisation - soweit diese sich einem rationalen Diskurs öffnet - alle kritischen Punkte offen und vor dem Hintergrund der Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates zu erörtern und, falls staatlicherseits geboten, geeignete Handlungsoptionen zu initiieren. Die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden als wesentliche administrative Instrumente der wehrhaften Demokratie gehört in jedem Fall dazu. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, offenbart in dieser Hinsicht eine differenzierte – gleichwohl kritik-

[73] Als unvereinbare Gegensätze mit Blick auf fundamentalistische bzw. extremistische Ideologien und Poppers Philosophie können aufgeführt werden (Kriterienraster): Absoluter, ausschließlicher Wahrheitsanspruch versus relativer, hypothetischer Wahrheitsanspruch; elitär-autoritäres Erkenntnisideal versus demokratisches Erkenntnisideal; Gleichförmigkeit, Ganzheit, Geschlossenheit versus Pluralität, Individualität, Offenheit; Entweder-Oder, Für-mich oder Gegen-mich, Freund-Feind-Schema versus Differenziertheit und Gradualismus; vgl. auch Kurt Salamun, Ist mit dem Verfall der Großideologien auch die Ideologiekritik zu Ende?, in: ders. (Hrsg.), Ideologien und Ideologiekritik. Ideologiekritische Reflexionen, Darmstadt 1992, S. 31-49.

würdige – Position: „Da sich herausgestellt hat, dass Scientology zwar ihre Thesen unvermindert weiter vertritt, politisch aber weder ernst genommen wird noch eine aktuelle Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat darstellt, ist eine Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln entbehrlich. Ganz aus dem Visier des Verfassungsschutzes sollte sie aber nicht verschwinden – Bürger und Staat müssen schon wissen, ob die Bedeutungslosigkeit anhält oder ob sich eine Verstärkung ihres Einflusses zeigt.“[74] Die zweifellos feststellbare mangelnde aktuelle Gefährdung sollte jedoch eben nicht dazu verleiten, die notwendige Beobachtung lediglich mit offenen Mitteln fortzusetzen. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist schon deshalb angezeigt und verhältnismäßig, da es sich bei der SO in Teilen um eine äußerst konspirative und klandestine Organisation handelt. Hinreichende Belege für ein entsprechendes Vorgehen („Verdeckte Informationsgewinnung“) sind offenkundig vorhanden.[75]

Ohne Frage darf eine der offenen Gesellschaft angemessene Maßnahme nicht alleine auf dieser Ebene administrativen Handelns stehen bleiben.[76] Das Konzept der streitbaren bzw. wehrhaften Demokratie beinhaltet noch darüber hinaus die zentrale Kategorie des „Verfassungsschutzes durch Aufklärung“, der durch die Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden gleichsam zentral fundiert wird. Unter dieser Schwerpunktsetzung ist die Beobachtung der SO durch die Verfassungsschutzämter angemessen und zweckmäßig. Sie erfolgt auf klarer gesetzlicher Grundlage und sollte – auf Grund der bislang

---

[74] Peter Frisch, Beitrag, in: Forum „Herausforderungen und Zukunft der ‚streitbaren Demokratie’“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 95-114 hier S. 99.

[75] Vgl. etwa Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Scientology Organisation, Stuttgart 2008, S. 66-73; vgl. zudem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Kampf der „Scientology-Organisation“ um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit in den USA und seine Auswirkungen auf Deutschland, Stuttgart 2004.

[76] Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Die Zukunft der „streitbaren Demokratie“, in: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 109-123; vgl. zudem Ralf Altenhof, Die Entwicklung der streitbaren Demokratie. Über die Krise einer Konzeption, in: Eckhard Jesse/Konrad Löw (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 165-180.

(inter)national gewonnenen (historischen) Erfahrungen[77] - auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden. Zur Aufklärung können dabei insbesondere auch die Verfassungsschutzberichte oder andere Informationsmaterialien erheblich beitragen. Der Staat hilft somit seinen Bürgern, sich mit Informationen, die an den Merkmalen der Verfassung ausgerichtet sind, zu versehen, um dann in eigener Entscheidung eine Meinung zu bilden. Die SO wiederum wird in einen offenen Diskurs gebracht, in dem sie sich klar und deutlich anhand verfassungspolitischer und -rechtlicher Deutungsmuster erklären muss. Unter Umständen gelingt es sogar, innerhalb der Organisation kritische Diskussionen auszulösen, die u.a. eine Veränderung der Freund-Feind-Stereotype zur Folge hätte. Allerdings handelt es sich hierbei - nimmt man die historisch gewachsene „Kritik-Immunität" der SO zum Maßstab - um eine reichlich optimistische Einschätzung.

Ein Problem, nämlich das angeblich eingeschränkter Grundrechte (insbes. Religionsfreiheit), muss in diesem Zusammenhang kurz angesprochen werden. Wird die offene Gesellschaft um ihre Pluralität beraubt, weil beispielsweise so genannte Sekten Gegenstand des kritischen - und in liberalen Demokratien ja erwünschten - Diskurses werden?[78] Die Antwort darauf ist relativ einfach. Alle gesellschaftlichen Gruppen (also auch Sekten), die für sich legitimerweise Rechte einfordern, sind Mitwirkende einer kritischen Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit wiederum mag in der (stets im Fluss befindlichen) Meinungsbildung obendrein zu den jeweiligen Gruppen zu wenig schmeichelhaften Einschätzungen kommen und das Auftreten umstrittener Organisationen beanstanden. Die Religionsfreiheit ist dabei mitnichten tangiert. Die kritische Auseinandersetzung gehört zum Alltag einer liberalen Demokratie, die auch (pseudo-religiöse) sektiererische Vereinigungen nicht ausklammert, sondern zum Gegenstand von Öffentlichkeit und demokratischer Transparenz, von freier Meinungsäußerung und Diskussion macht.

Es ist im Übrigen nicht vernünftig, in diesem Zusammenhang von vorn herein die Option eines verfassungsrechtlich möglichen Verbots der SO auszu-

[77] Vgl. zur international-gefahrenanalytischen Perspektive Klump (Anm.1) , S. 165-171.

[78] Vgl. etwa Joachim Süss, Der Sektenkomplex. Zur Delegitimierung religiöser Alternativen durch einen pluralisierungskritischen Diskurs, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 17 (2004), Nr. 4, S. 78-85.

schließen. Voraussetzung für diese schwerwiegende Maßnahme der Exekutive ist allerdings eine umfassende öffentliche Diskussion um die Verhältnismäßigkeit dieses staatlichen Eingriffs in ein demokratisches Grundrecht (nämlich das der Vereinigungsfreiheit). Dabei geht es nicht vorrangig um die Frage der Legalität, sondern der Legitimität. Bevor ein solches Vorgehen eingeleitet wird, müssen alle Vor- und Nachteile des Verbotsproblems mit Blick auf eine Gewichtung aktueller und potenzieller Gefährdungen im Zusammenhang einer - weiter oben durchgeführten - Risikoanalyse hinreichend reflektiert und sorgfältig abgewogen werden. Demokratietheoretisch ist ein solcher Eingriff dann zu verantworten, wenn die Einschränkungen von Freiheitsrechten nur soweit gehen, wie es zum Schutz der Freiheit eines jedes Einzelnen nötig ist. Um dies jedoch hinterfragen zu können, ist eine gründliche und transparente Debatte zwischen allen für die Angelegenheit relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen unter Berücksichtigung der kritisch-rationalen Problemlösungsmethode[79] erforderlich.

Generell gilt: Kritik und Gegenkritik einerseits, Abgeklärtheit und kritische Vernunft[80] sowie Bekämpfung der Intoleranz mittels der Prinzipien einer streitbaren bzw. wehrhaften Demokratie[81] andererseits sind Teile des Funda-

---

[79] Vgl. zu diesem methodischen Vorgehen näher Hans-Joachim Niemann, Lexikon des Kritischen Rationalismus, Tübingen 2004, S. 282. Die Mehrebenenperspektive der Extremismusforschung ist zudem wichtiger inhaltlicher Maßstab zur Analyse des Problems, vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 31-34.

[80] In Anlehnung an den Erkenntnistheoretiker und Soziologen Hans Albert soll hierunter die „Idee der rationalen Politik“ verstanden werden. Demnach gilt es, allen (politischen) Auffassungen entgegenzutreten, die sich auf dogmatische Positionen zurückziehen und blinde Parteilichkeit, gehorsamen Glauben und unkorrigierbares Engagement fordern. Dagegen wird methodisch ein entschiedener Kritizismus im Sinne „experimenteller Politik“ gesetzt: Alle politischen Problemlösungen sind als Hypothesen zu betrachten, die der „kritischen Prüfung“ anhand gesellschaftlicher Realität und wissenschaftlicher Erkenntnisse ausgesetzt werden müssen. Bei feststellbaren Irrtümern und Schwächen sind diese zu korrigieren (vgl. Hans Albert, Traktat über kritische Vernunft [5. Auflage], Tübingen 1991, S. 207-218). Vgl. zudem Armin Pfahl-Traughber, Kritische Prüfung und pluralistische Demokratietheorie. Hans Albert zu seinem 80. Geburtstag, in: liberal 43 (2001), Nr. 3, S. 15-20.

[81] Der Bezug auf eine demokratietheoretisch-begründete und verfassungspolitisch-wert-

ments einer offenen Gesellschaft, die den gesellschaftlichen Pluralismus als konstitutiv versteht. Eine untrügliche Leidenschaftlichkeit für das Eintreten demokratischer Werte ist naturgemäß immanent. Gefordert ist eine offensive, von rhetorischer und inhaltlicher Nachdrücklichkeit getragene geistig-politische Auseinandersetzung[82] mit fundamentalistischen bzw. extremistischen Bestrebungen. Ausdrücklich ist in diesem Kontext jedoch zu betonen, dass sich die normative Idee demokratischer Gesellschafts- und Regierungsform inklusive der Verpflichtung des Leitmotivs der Menschenrechte *erfahrungsgemäß* nicht zwingend auf Grund von Rationalität und Logik durchgesetzt hat. Der demokratische Verfassungsstaat und die offene Gesellschaft sind vielmehr *normative Entwicklungsprodukte* eines historischen Ringens mit vielfältigen Formen und Strukturen der Fremdbestimmung, des Machtmissbrauchs und der Willkürherrschaft. Daher muss leider auch die Ambivalenz des dialogischen Konzepts deutlich gemacht werden. Es ist schwer bis unmöglich mit einer Gruppierung zu kommunizieren, die sich – gekennzeichnet durch „postmodernen Identitätswahn“ (Thomas Meyer) - gemäß ihrer absolut-dogmatischen und verschwörungsideologisch-fundierten Freund-Feind-Stereotype aggressive und völlig ungeeignete Vorgehensweisen im Umgang mit ihren Kritikern erlaubt. Ein solches Verhalten wirkt unter fanatisierten Bedingungen letztlich identitätsstiftend, denn „eine Anerkennung oder gar das offene Austragen von Konflikten, das Sinnzentrum der politischen Kultur der Demokratie, würde ebenjene Identitätsrisiken ins Leben der Sektenmitglieder und ihrer Gemeinschaft zurückbringen, deren Vermeidung gerade ihr entscheidendes Beitrittsmotiv war“[83]. Das scientologische OSA - der organisationseigene Geheimdienst - konnte vom Hamburger

---

gebundene Kultur ist ausschließlich vor dem Hintergrund der europäischen Wertegemeinschaft im Sinne aufklärerisch-antifundamentalistischer Philosophie zu sehen (vgl. etwa Karl. R. Popper, Woran glaubt der Westen? in: des., Auf der Suche nach einer besseren Welt (11. Auflage), München 2002, S. 231-253).

[82] Vgl. etwa Hubert Schleichert, Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren. Anleitung zum subversiven Denken, München 1997. Vgl. auch zu theoretischen Hintergründen Andreas Klump, Erkenntnis, kritische Rationalität und Verteidigung der Demokratie, o.J., (www.giordanobrunostiftung.de/Archiv/KlumpOG.pdf).

[83] Thomas Meyer, Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt am Main 2002, S. 82.

Landesamt für Verfassungsschutz beispielsweise bei einer Maßnahme auf deutschem Boden beobachtet werden, die völlig inakzeptabel ist und einen kritischen Dialog mit der Organisation nachhaltig in Frage stellt: „Im Oktober 2000 observierte ein Agent Kritiker der SO bereits auf ihrem Flug von den USA nach Hamburg. Hier wurde dann die Observation mit der Unterstützung von Hamburger Scientologen und OSA-Angehörigen fortgesetzt. Zu dieser operativen Maßnahme des scientologischen Geheimdienstes gehörten:

- äußerst konspirative Observationen,
- verdecktes Mithören von Gesprächen,
- der Einsatz technischer Mittel wie Foto/Video-Technik.

Diese für eine ‚Kirche' erstaunlichen Aktivitäten der SO sind von bemerkenswerter Unverfrorenheit und belegen ein gefährliches Handlungsrepertoire."[84]

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Erweitert man abschließend den Blickwinkel von der ideologietheoretischen auf die interaktionstheoretische Ebene, so zeigt sich deutlich, dass die SO ihre Gestalt und ihren „Inhalt" nicht offen im politischen Streit platziert. Die Organisation ist nach außen abgeschottet, die Ideologie ist auch innerhalb erst durch das Durchlaufen unterschiedlicher Stufen und Hierarchien zugänglich. Es findet im wahrsten Sinne ein „Verkauf der Ideologie" statt, die ihre Exklusivität zusätzlich dadurch erhält, dass sie gerade nicht oder kaum zur Tagespolitik Stellung nimmt sondern vielmehr den „Stein der Weisen" als Prinzip propagiert. Die etablierte Politik wird ideologisch begründet ignoriert und damit interaktionstechnisch gemieden. Der Raum, wo sich etablierte Politik in Form des politischen Wettbewerbs über Parteien und Vereine austauscht, ist von der SO kaum berührt. Ihr Ort und ihre Sphäre des Wirkens ist ein kommerzieller „Psycho"- oder „Lebenshilfemarkt", auf dem die Ideo-

[84] Behörde für Inneres (Hrsg.),Verfassungsschutzbericht Hamburg 2000, S. 201f. Nur am Rande sei erwähnt, dass ein solches Vorgehen ohne die Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden wohl kaum der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre.

logie sich anbietet. Auf Grund einer zusammengeführten ideologietheoretischen und interaktionstheoretischen Betrachtung scheint der Befund einer „neuartigen Form des politischen Extremismus“[85], insbesondere bezogen auf eine „räumliche“ Komponente, zutreffend.

Die extremismustheoretische Betrachtung vermag dies nun wiederum zu konkretisieren: Wenn sich nach der klassischen links-rechts-Typologie kein einheitliches Bild ergibt, so ist jedoch der extremismustheoretische Befund eindeutig. Dieser Ansatz fragt zunächst weniger nach der rechten oder linken Gestalt, sondern konzentriert sich auf einer übergeordneten demokratietheoretischen Ebene auf den Problemhorizont „extremistisch oder demokratisch?“. Diese Parameter sind somit die zweckmäßigere analytische Grundlage und belegen nachhaltig die Praktikabilität des - normativ geprägten - Extremismusbegriffs.

Ob und inwieweit die hier dargestellten (theoretischen) Ziele und die aus der extremismustheoretischen Analyse herausgefilterten politischen Elemente der SO auch tatsächlich in der Praxis im Sinne einer durchsetzungsfähigen Handlung zum Tragen kommen, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Tatsache ist, dass sich ein gesellschaftliches Modell übergreifend ableiten lässt, welches extremistische und im Endeffekt systemisch-totalitäre Züge trägt. Auch „herkömmliche“ rechts- und linksextremistische bzw. fundamentalistische Gruppierungen haben mitunter ein in der Praxis eingeschränktes Instrumentarium - sei es finanziell, strukturell oder quantitativ in Bezug auf Mitglieder und Anhänger - zur Durchsetzung ihrer Ziele, wenngleich diese mit durchaus umfassenden und weit reichenden gesellschafts- oder gar „welt“-politischen Ansprüchen ausgestattet sein können. Utopismus ist eben auch *ein* Strukturmerkmal des politischen Extremismus. Die SO repräsentiert in diesem Sinn unbestreitbar eine besondere Erscheinung eines neuen politischen Extremismus.

[85] So Hans-Gerd Jaschke, Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg 1998, S. 264.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und „Islamophobie“

Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das „Antimuslimismus“-Konzept

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 durch islamistische Terroristen kam es in der westlichen Welt zum Anstieg von Ängsten, Feindschaft, Ressentiments und Vorurteilen gegenüber dem Islam und den Muslimen. Mitunter sah man sogar Gemeinsamkeiten mit dem Antisemitismus als einer Diskriminierungsideologie und –praxis gegenüber Juden. Der bekannte britische Historiker und Hitler-Biograph Ian Kershaw meinte etwa 2007, den Muslimen könnte in Europa das Schicksal der Juden im Dritten Reich drohen. Bereits ein Jahr zuvor hatte die „Türkisch-Islamische Anstalt für Religion“ zusammen mit dem „Zentralrat der Juden in Deutschland“ eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Antisemitismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit“ durchgeführt. Und 2008 löste eine Konferenz des „Zentrums für Antisemitismusforschung“ mit dem Thema „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“ heftigen Ummut aus, warf man den Veranstalter doch eine Ignoranz und Verharmlosung des Antisemitismus von Islamisten und Muslimen vor.

Derartige Behauptungen ignorieren in ihrer Aufgeregtheit und Voreingenommenheit den Unterschied von Gleichsetzungen als Ergebnis und Vergleichen als Methode einer Analyse. Gleichwohl kann kritisch nach Angemessenheit und Erkenntnisgewinn von Erörterungen zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Feindbildern über Juden und Muslime gefragt werden. In der bisherigen Diskussion firmieren diese unter den Begriffen „Antisemitismus“ und „Islamophobie“, woraus sich die zentralen Fragestellungen für diese Abhandlung ergeben: Handelt es sich um ähnliche oder unterschiedliche Formen von Diskriminierung? Worin bestehen die Gemeinsamkeiten, worin bestehen die Unterschiede? Hierbei wäre bezüglich Form und Inhalt der ideologischen Begründung und Folgen und Intensitätsgrad der gesellschaftlichen Praxis zu differenzieren. Gleichzeitig soll dabei die Ange-

messenheit des Konzepts „Islamophobie“ problematisiert und für das Konzept „Antimuslimismus“ als angemessene Kategorie für einen Vergleich plädiert werden.

Dazu bedarf es zunächst einer Definition von „Antisemitismus“ (2.) und „Islamophobie“ (3.), wonach deren Vergleichbarkeit problematisiert wird (4.). Dem folgen Ausführungen zur Kritik an möglichen Alternativbezeichnungen für den unangemessenen Begriff „Islamophobie“ (5.), kann doch im „Antimuslimismus“-Konzept eine treffendere Kategorie für den Vergleich (6.) gesehen werden. Danach geht es um Antimuslimismus und Antisemitismus als Diskriminierungsideologien (7.), deren dabei auszumachenden Elemente und Strukturen (8.) sowie Gemeinsamkeiten im Konspirationsdenken und Religionsessentialismus (9.). Unterschiede in Realitätsgehalt und Wirklichkeitswahrnehmung (10.) sowie Diskriminierungspraxis und Geltungsanspruch (11.) stehen danach im Focus. Und schließlich geht es um Antimuslimismus und Antisemitismus als Einstellungen in der Gesellschaft (12.) und Agitationsfeld von Rechtsextremisten (13.) sowie das Verhältnis der Objektgruppen von Antimuslimismus und Antisemitismus zueinander (14.).

2. Definition zentraler Arbeitsbegriffe I: „Antisemitismus“

Um Kommunikationsprobleme und Missverständnisse bei der Wahrnehmung der vorliegenden Abhandlung zu vermeiden, sollen die beiden zentralen Arbeitsbegriffe zunächst definiert werden. „Antisemitismus“ steht hier als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen.[1] Vereinfachter könnte man auch sagen: Antisemitismus ist Feindschaft gegen Juden als Juden.[2] Es geht demnach bei der Verwendung des Begriffs „Anti-

[1] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Berlin 2002, S. 9.

[2] Vgl. Brian Klug, The collective Jew: Israel and the new antisemitism, in: Christiana von Braun/Eva-Maria Ziege (Hrsg.), “Das ‘bewegliche Vorurteil’“. Aspekte des

semitismus“ nicht darum, jede Kritik an einzelnen Juden, der jüdischen Religion oder gar am Staat Israel mit dieser Bezeichnung zu belegen. Vielmehr soll mit dem Terminus die wesentliche Motivation damit verbundener Auffassungen und Handlungen erfasst werden: die Abneigung und Feindschaft gegen das angebliche oder tatsächliche „Jüdische“.

Insofern kann „Antisemitismus“ als Synonym für „Judenfeindschaft“ gelten. Die Bezeichnung „Semiten“ bezieht sich aber im ursprünglichen Sinne auf eine ganze Sprachfamilie (Akkadisch, Arabisch, Aramäisch, Kanaanäisch, etc.). Daher war und ist der Begriff für das konkret Gemeinte inhaltlich falsch oder zumindest ungenau. Sein Ursprung geht auf die judenfeindliche Bewegung Ende der 1870er Jahre zurück, wollte man sich doch mit dieser Bezeichnung in der Öffentlichkeit einen wissenschaftlichen Charakter anmaßen.[3] Insofern sprechen gute Gründe für den Verzicht auf den Begriff „Antisemitismus“. Gleichwohl hat er sich weltweit im öffentlichen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch als Bezeichnung für Judenfeindschaft etabliert. Gerade bei dem hier zu erörternden Thema bedarf es einer besonderen Beachtung damit verbundener Aspekte: Entgegen einer mitunter auszumachenden Argumentation können etwa Araber als Semiten (auf die Sprachgruppe bezogen) sehr wohl auch Antisemiten (im Sinne von Judenfeinden) sein.

„Antisemitismus“ steht mehrfach für eine Sammelbezeichnung: Sie umfasst unterschiedliche Diskriminierungsformen von der persönlichen Einstellung über gesellschaftliche Forderungen bis zur existentiellen Vernichtung, ohne damit eine Gleichsetzung derartiger Handlungsformen zu verbinden. Ähnlich verhält es sich mit den Ideologieformen des Antisemitismus, die sich idealtypisch wie folgt unterscheiden lassen: erstens, die religiöse Form, die sich auf die Religion der Juden bezieht, zweitens, die soziale Form, welche vor allem auf die angebliche oder tatsächliche soziale Rolle von Juden im Finanzwesen abstellt, drittens, die politische Form, die verschwörerisches Wirken von Juden hinter den Kulissen der Politik behauptet, viertens, die

---

internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 221-239, hier S. 224.

[3] Vgl. Thomas Nipperdey/Reinhard Rürup, Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs, in: Reinhard Rürup, Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, S. 95-114.

rassistische Form, welche in Juden biologisch bedingt die Inkarnation des Schlechten sieht, fünftens, die sekundäre Form, die in der Erinnerung an den Holocaust ihren Anknüpfungspunkt hat, und sechstens, die antizionistische Form, welche sich diffamierend und pauschalisierend auf die Politik des Staates Israel bezieht.[4]

3. Definition zentraler Arbeitsbegriffe II: „Islamophobie"

Während über die vorstehende Definition von „Antisemitismus" ein weitgehender Konsens besteht und die Einengung des Begriffs auf die rassistische Judenfeindschaft als überholt gilt, kann von einer allgemeinen Übereinstimmung zum Verständnis von „Islamophobie" nicht ausgegangen werden. Als erste Annäherung an eine trennscharfe Definition bietet sich ein Blick auf die ursprüngliche Wortbedeutung an: Inhaltlich bringt der Terminus den Islam als Religion mit einer Phobie als Ausdruck von Angst in Verbindung. Demnach würde „Islamophobie" als Begriff mit einer negativen Wertung für eine Auffassung stehen, welche durch eine übertriebene oder unangemessene Angst vor dem Islam gekennzeichnet ist. Es handelte sich demnach um ein irrationales Gefühl gegenüber einer Religion und deren Anhängern. Damit würde es sich um die Einstellung von einzelnen Personen oder größeren Gruppen im Sinne einer Mentalität oder Orientierung handeln. Ob so „Islamophobie" auf der gleichen Ebene wie „Antisemitismus" angesiedelt ist, soll später noch erörtert werden.

Eine andere Annäherung zur Definition bezöge sich auf erste Begriffsbestimmungen aus dem wissenschaftlichen Kontext: Der britische „Runnymede Trust" nutzte den Begriff 1997 als Bezeichnung für Angst und Furcht vor dem Islam und den Muslimen, wobei hier von einem antiwestlichen, fremdartigen und gewaltbereiten homogenen Block ausgegangen werde.[5] Im deutschsprachigen Kontext prägte 2003 eine Wissenschaftler-Gruppe am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung den Terminus als

---

[4] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 31 vom 30. Juli 2007, S. 4-11.

[5] Vgl. Runnymede Trust (Hrsg.), Islamophobia: A Challenge for Us All, London 1997.

Ausdruck von generell ablehnenden Einstellungen gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Praktiken und Symbolen des Islam.[6] In der erstgenannten Begriffsbestimmung findet eine leichte, in der letztgenannten Definition eine stärkere Ausweitung der Auffassung von „Islamophobie“ als Angstgefühl statt. Denn es geht dabei um eine normative Einschätzung des Islam und der Muslime, werden beidem doch in diesem Verständnis pauschal negative Eigenschaften in einem stark abwertenden Sinne zugeschrieben.

Gegenüber diesen Auffassungen wurde auch eine Reihe von Einwänden vorgebracht: Erstens nutzten „Islamophobie“ auch islamistische Gruppierungen als politischen Kampfbegriff, um jegliche Kritik an ihnen als Ausdruck eines menschenfeindlichen Vorurteils zu diffamieren. Die politische Instrumentalisierung eines Begriffs muss aber nicht notwendigerweise gegen dessen wissenschaftlichen Gebrauch sprechen. Andere Einwände methodischer Art dürften demgegenüber tragfähiger sein: Es fehlt zweitens an klaren Kriterien zur Unterscheidung von einer gerechtfertigten und einer unangemessenen Angst vor dem Islam. Und drittens mangelt es auch an einer Differenzierung von Angst vor dem Islam und vor dem Islamismus.[7] Außerdem steht „Islamophobie“ vom Wortgebrauch her für ein Angstgefühl, wovon konkrete Einstellungen über oder Handlungen gegen Personen zu unterscheiden wären. Somit soll der Terminus hier nur als diffuse Kategorie im Sinne eines solchen Angstgefühls gegenüber dem Islam und den Muslimen gelten.

4. Problematik der methodischen Angemessenheit des Vergleichs

Grundsätzlich kann man in den Wissenschaften alles miteinander vergleichen, was aber nur unter Berücksichtigung eines bestimmten Gesichtspunktes erkenntnisfördernd wirken dürfte: Die jeweiligen Phänomene sollten

---

[6] Vgl. Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamphobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen, Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände Folge 2, Frankfurt/M. 2003, S. 100-119.

[7] Vgl. Daniel Pipes, Islamophobie?, in: http://de.danielpipes.org/3081/islamphobie (gelesen am 19. August 2009).

auf einer gleichen Ebene angesiedelt sein, nimmt doch sonst eine komparative Betrachtung eine falsche oder schiefe Perspektive ein.[8] Es macht etwa wenig Sinn, Bewegungen und Parteien miteinander zu vergleichen, angemessener wäre es Bewegungen mit Bewegungen und Parteien mit Parteien zu vergleichen. Erst dann können mit formalen Kriterien, die auf beide Untersuchungsobjekte zutreffen, auch systematische Untersuchungen mit Fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden vorgenommen werden. Bei den genannten Beispielen gehörten dazu etwa Demonstrationszahlen oder Mobilisierungspotentiale für die Bewegungen und Mitgliederzahlen oder Wahlergebnisse für die Parteien. Die hier zu behandelnden „Antisemitismus“ und „Islamophobie“ liegen denn auch nicht auf gleicher Ebene, sondern auf unterschiedlichen Ebenen:

Worum handelt es sich bei dem erstgenannten Phänomen in einem allgemeinen und formalen Sinne? „Antisemitismus“ steht für eine Diskriminierungsideologie und –praxis, die sich gegen Menschen mit einer besonderen religiösen Zugehörigkeit richten. Es geht also nicht um die Ablehnung des angesprochenen Glaubens, es geht nicht um eine Kritik des Sozialverhaltens der gemeinten Gruppe, es geht nicht um die Verurteilung einer bestimmten Teilmenge. Es geht um die in der Darstellung inhaltlich verzerrte Diffamierung von Angehörigen einer besonderen Gruppe von Menschen allein aufgrund dieser spezifischen Eigenschaften der Zugehörigkeit. Und es geht um unterschiedliche Formen und Grade der Diskriminierung, die sich aus dieser Einstellung ergeben. Sie können im Sinne einer Eskalationssteigerung in abwertender Verbalisierung, sozialer Ausgrenzung, direkten Drohungen, gewalttätigen Handlungen oder gezielten Tötungen zum Ausdruck kommen. Demgemäss geht es um weitaus mehr als ein diffuses Angstempfinden gegenüber Angehörigen von Minderheiten.

Genau dies meint aber der Begriff „Islamophobie“ in seinem eigentlichen Sinne, stellt er doch einen Bezug zu einer diffusen Furcht vor den Anhängern der gemeinten Religion her. So artikuliert sich das damit Gemeinte primär in der individuellen Einstellung der Person, die über Ängste und Furcht vor den Muslimen verfügt. Daher hätte dieses emotionale Ressentiment aber gar kei-

[8] Vgl. Klaus von Beyme, Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München 1987.

ne gesellschaftliche Bedeutung. Die in den oben erwähnten Definitionen von „Islamophobie“ vorgenommene Erweiterung des Verständnisses, hier im Sinne einer generellen Ablehnung gegenüber muslimischen Personen, wird aber mit dem auf ein Angstgefühl hinweisenden Terminus inhaltlich gar nicht einbezogen. Insofern taugt die Bezeichnung auch nicht für die komparative Betrachtung mit dem Antisemitismus, der als Ausdruck einer gegen Juden gerichteten Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit[9] gelten kann. Demgemäss muss nach einem entsprechenden Begriff für eine gegen Muslime gerichtete Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gesucht werden.

5. Kritik von unangemessenen Alternativbezeichnungen

Hierfür bieten sich einige Begriffe an, welche in der Diskussion um die angesprochenen Fragen immer wieder genannt werden. Inwieweit handelt es sich dabei um angemessene Alternativbezeichnungen? Die nun folgenden Erörterungen zur Angemessenheit bestimmter Formulierungen verstehen sich nicht als selbstgenügsames intellektuelles Spiel mit Begriffen. Die Klarheit und Trennschärfe der Definition des Gemeinten erlaubt - gerade bei einem emotional, moralisch und politisch hochgradig aufgeladenen Thema - erst die Vermeidung von Kommunikationsproblemen und Missverständnissen. Daher sollten Bezeichnungen wie „Antiislamismus“, „Islamfeindlichkeit“, „Islamkritik“ und „Islamophobie“ nicht synonym genutzt[10], sondern inhaltlich klar unterschieden werden: Es geht darum, zum einen zwischen einer rationalen Kritik an Islam und Muslimen und irrationalen Zerrbildern gegenüber beidem zu unterscheiden und zum anderen nach einem angemessenen Begriff bzw.

---

[9] Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände Folge 1, Frankfurt/M. 2002, S. 15-35. Heitmeyer nutzt aber selbst den Begriff bzw. das Konzept „Islamphobie“.

[10] Vgl. Dirk Halm/Marina Leokova/Zeliha Yetik, Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur sozio-kulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland, in: Siegfried Jäger/Dirk Halm (Hrsg.), Mediale Barrieren? Rassismus als Integrationshindernis, Münster 2007, S. 11-49, hier S. 14f.

Konzept zum Vergleich mit dem Antisemitismus zu suchen.

Die Bezeichnung „Antiislamismus“ beinhaltet eine rigorose Gegenposition zum Islamismus, also einer politischen Bewegung, welche im Namen des Islam die säkulare Demokratie beseitigen und eine theokratische Diktatur etablieren möchte.[11] Die ablehnende Auffassung solchen Bestrebungen gegenüber teilt selbst die Mehrzahl der Muslime, sind doch allenfalls Minderheiten der Gläubigen in einschlägigen Gruppen organisiert. Außerdem stellt ein so verstandener „Antiislamismus“ eine Grundposition eines jeden Anhängers von Demokratie und Menschenrechten dar. Der Begriff eignet sich demnach nicht für das gemeinte Phänomen, eine allgemeine Feindschaft gegenüber allen Muslimen. Dazu dient auch nicht die Bezeichnung „Islamfeindschaft“, da sie sich in der Wortwahl nicht auf die Gläubigen, sondern auf die Religion bezieht. Zwar mag eine Feindschaft gegenüber dem Islam häufig mit einer Feindschaft gegenüber den Muslimen einhergehen. Die jeweiligen Bezüge – zum einen ein Glaube, zum anderen eine Menschengruppe – sind gleichwohl verschieden.

Insofern taugt auch dieser Begriff ebenso wenig wie „Islamkritik“ zur inhaltlichen Erfassung der Feindschaft gegenüber allen Muslimen. Mit dem letztgenannten Begriff geht es nur um inhaltliche Einwände gegen Grundlagen und Praxis dieser Religion, bei einer Feindschaft wird der genannte Glaube grundlegend bekämpft. Dies kann auch mit Gewalt und Unterdrückung der Muslime erfolgen; dies kann aber auch mit Argumenten und Belegen in einem öffentlichen Diskurs geschehen. Eine solche Form der „Islamfeindschaft“ würde sich ebenso wenig wie die „Islamkritik“ gegen die Gläubigen, sondern nur gegen ihre Religion richten. Noch deutlicher wird dieser entscheidende Gesichtspunkt in der vergleichenden Betrachtung: Auch die „Neuen Atheisten“, die sich polemisch und wortgewaltig gegen das Christentum wenden, fordern keineswegs die Ausgrenzung, Diskriminierung oder Verfolgung der Anhänger dieser Religion.[12] Schließlich sei zu den even-

---

[11] Vgl. Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002.

[12] Vgl. Humanistische Akademie (Hrsg.), Humanismus und „neuer Atheismus“ (Humanismus aktuell, Heft 23), Berlin 2009.

tuellen Alternativbezeichnungen noch auf die obigen Ausführungen zur „Islamophobie“ verwiesen.

6. „Antimuslimismus“ als angemessene Kategorie für den Vergleich

Gegenüber den vorgenannten Alternativbezeichnungen soll hier für das „Antimuslimismus“-Konzept als geeignete Kategorie zur Erfassung von Feindschaft gegen Muslime und als inhaltlich angemessene Vergleichsdimension zum Antisemitismus plädiert werden. Im Unterschied zu „Antiislamismus“ geht es nicht nur um die Ablehnung einer extremistischen Deutung des Islam, die aus demokratischer und menschenrechtlicher Sicht sogar wünschenswert ist, sondern um die Feindschaft gegenüber allen Muslimen. Im Zentrum stehen Einstellungen und Handlungen gegen Menschen, nicht Einwände und Kritik gegen eine Religion. Dies stellt den Unterschied zu „Islamfeindlichkeit“ und „Islamkritik“ dar. Demnach kann „Antimuslimismus“ in Anlehnung an die obige Antisemitismus-Definition als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen gelten, welche den Muslimen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit negative Eigenschaften zur Rechtfertigung von Abwertung, Benachteiligung oder Verfolgung unterstellen.

„Antimuslimismus“ steht demnach für eine Feindschaft gegen Muslime als Muslime. Dies schließt andere Motive von Einwänden aus der Definition aus, und entzieht einer politischen Instrumentalisierung des Begriffs durch islamistische Gruppen den Boden: So richten sich etwa kritische Stimmen gegen die Diskriminierung von Frauen unter Muslimen nicht gegen die Muslime als solche, sondern gegen die in ihrer Gemeinschaft vorherrschenden Geschlechterauffassungen. Demnach kann auch nicht behauptet werden, solche Einwände seien gegen den Islam oder die Religionsfreiheit. Gerade dies ist eine beliebe Unterstellung von Islamisten, die über die Verwendung des Begriffs „Islamophobie“ auch menschenrechtlich motivierte Kritik als Ausdruck einer Feindschaft gegenüber dem Islam und den Muslimen hinstellen. Das skizzierte trennscharfe Verständnis richtet sich somit ebenso gegen die Verwendung der Bezeichnung „Antimuslimismus“ als politischem Kampf-

begriff. Gleichzeitig stellt es analytische Anforderungen an die jeweiligen Einordnungen:

Die so zu bezeichnenden Einstellungen und Handlungen müssen auf die Feindschaft gegen Muslime als Muslime zurückführbar und mit abwertenden und diffamierenden Pauschalisierungen und Verallgemeinerungen verbunden sein. Aussagen wie die folgenden Einstellungsstatements aus empirischen Untersuchungen stehen dafür: „Es sollte besser gar keine Muslime in Deutschland geben“ oder „Muslimen sollte jede Form der Religionsausübung in Deutschland untersagt werden“. Mit der Erhebung entsprechender Zustimmungswerte lässt sich eine generelle Ablehnung von Muslimen erfassen. Als weniger geeignet können demgegenüber Items wie „Die Mehrheit der Muslime hält große Distanz zur restlichen Bevölkerung“ oder „Viele Muslime in Deutschland wollen lieber unter sich bleiben“ gelten.[13] Die damit unterstellte Segregationsneigung lässt sich durchaus in größeren Städten ausmachen.[14] Eine entsprechende Kritik am Verhalten hat nicht notwendigerweise etwas mit der pauschalen Abwertung von Muslimen zu tun.

7. Antimuslimismus und Antisemitismus als Formen von Diskriminierungsideologien

Nachdem mit dem „Antimuslimismus“-Konzept eine formal und inhaltlich angemessene Kategorie für den Vergleich mit dem Antisemitismus gefunden wurde, kann hier wieder das eigentliche und zentrale Thema der vorliegenden Abhandlung im Zentrum stehen. Zunächst wäre die Frage zu stellen: Führt ein Vergleich von Antimuslimismus und Antisemitismus zu einem Erkenntnisgewinn? Nachdem hier eine formal gleiche Ebene, nämlich die Diskriminierungsideologie und –praxis gegenüber einer Personengruppe, welche sich durch religiöse Zugehörigkeit definiert, gefunden wurde, kann diese Frage

---

[13] Vg. Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamophobie. Differenzierung tut not, in: Willhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände Folge 4, Frankfurt/M. 2005, S. 135-155, hier S. 142f.

[14] Vgl. Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, herausgegeben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2009, S. 207-301.

bejaht werden. Für die komparative Perspektive muss – angesichts der Einseitigkeit und Emotionalität der bisherigen Debatte zum Thema – noch einmal daran erinnert werden, dass es hier nicht um eine Gleichsetzung geht. Ein Vergleich als offenes Analyseverfahren fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden und kommt erst nach einer darauf bezogenen Abwägung zu einem Ergebnis. Dies kann sowohl auf Differenzen wie auf Identitäten abstellen.

Für die Analyse des Antimuslimismus machen solche Reflexionen Sinn, weil diese Form einer Diskriminierungsideologie und –praxis bislang in der Vorurteilsforschung noch keine ausführlichere und gesonderte Aufmerksamkeit fand. Demgegenüber ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus weiter, besteht doch in den unterschiedlichen Fachdisziplinen ein weitaus höheres Wissen um die Funktionen, Inhalte, Ursachen und Wirkungen von judenfeindlicher Agitation.[15] Genau dieser Erkenntnisvorsprung macht eine vergleichende Betrachtung von Antimuslimismus und Antisemitismus zu einem nützlichen Unternehmen, kann doch der Antimuslimismus als noch relativ unerforschter Bereich mit dem Instrumentarium der Antisemitismusforschung analysiert werden. Dabei geht die komparative Perspektive weder für die Erscheinungsformen noch für die Folgen von Gemeinsamkeiten oder Gleichsetzungen aus. So etwas kann allenfalls das Ergebnis einer entsprechenden Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden auf diesen Ebenen sein.

Ganz in diesem Sinne erläuterte auch der Historiker Wolfgang Benz als Leiter des „Zentrums für Antisemitismusforschung“ gegenüber der Kritik an der durchgeführten Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“ deren Anliegen: Man wolle die Erkenntnisse der Antisemitismusforschung nutzen, um Mechanik, Wesen und Wirkung des Vorurteils gegen Minderheiten wie Asylbewerber, Homosexuelle, Sinti und eben auch Muslime zu ergründen. Aus der Perspektive der Vorurteilsforschung ist der Antimuslimismus für Benz deshalb interessant, weil weithin mit Stereotypen argumentiert werde, die aus der Antisemitismusforschung bekannt seien, etwa der Behauptung,

---

[15] Vgl. Werner Bergmann/Mona Körte (Hrsg.), Antisemitismusforschung in den Wissenschaften, Berlin 2004.

die jüdische bzw. die islamische Religion sei bösartig oder inhuman und verlange von ihren Anhängern aggressive oder unmoralische Verhaltensweisen gegenüber Andersgläubigen.[16] Der Vorwurf einer Gleichsetzung beider Diskriminierungsideologien kann demnach ebenso wenig erhoben werden wie der Vorwurf einer Verharmlosung des Antisemitismus von Muslimen.

8. Elemente und Strukturen von Antimuslimismus und Antisemitismus

Allenfalls verdient Kritik, dass während der Konferenz lediglich separate Vorträge jeweils zu Antimuslimismus und Antisemitismus in besonderen Kontexten gehalten wurden und eine vergleichende Betrachtung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Sinne einer bilanzierenden Einschätzung nicht erfolgte.[17] Dafür sollen hier einige Ansätze formuliert werden.[18] Zunächst geht es um die formalen Gemeinsamkeiten beider Ideologien von Diskriminierung als Vorurteile: Darunter können nach einer schon als klassisch geltenden Definition des Sozialwissenschaftlers Earl E. Davis ablehnende oder negative Einstellungen den Angehörigen einer Menschengruppe gegenüber gelten. Hierbei werden dieser Gruppe infolge stereotyper Vorstellungen bestimmte negative Eigenschaften von vornherein unterstellt, welche aufgrund ihrer emotionalen Aufladung und inhaltlichen Starrheit auch bei wi

---

[16] Vgl. Wolfgang Benz, Einführung zur Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“, Berlin 2009, S. 9-20, hier S. 10f.

[17] Die Themen (vgl. ebenda) lauteten „Feindbild Islam“, „Judenfeindschaft unter Muslimen in Europa“, „Islamfeindschaft im World Wide Web“ und „Rechte Dogmen für die Mitte“; ein Vergleich des Feindbildes Jude“ mit dem Feindbild Muslim wurde nicht vorgenommen.

[18] Vgl. Sabine Schiffer/Constantin Wagner, Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich, Wassertrüdingen 2009 als bislang einzige deutschssprachige Monographie zum Thema mit komparativer Perspektive. Es mangelt ihr aber an inhaltlichem Differenzierungsvermögen und formaler Stringenz.

dersprechender Erfahrung nur schwer korrigierbar und veränderbar sind.[19] Als Objektgruppen von Vorurteilen gelten meist Minderheiten mit besonderen Merkmalen.

Hierzu gehören auch religiöse Herkünfte und Zugehörigkeiten, welche sich von der religiösen Ausrichtung der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Juden und Muslime bilden solche Minderheiten und wurden bzw. werden auch mit Vorurteilen im oben definierten Sinne konfrontiert. Daher besteht hier eine formale Gemeinsamkeit, können doch Antimuslimismus und Antisemitismus als zwei besondere Erscheinungsformen von Vorurteilen gelten. Bestätigung erfährt diese Einschätzung noch durch die Einbettung entsprechender Bewertungen und Vorstellungen über die beiden Minderheiten durch die Entgegensetzung mit der mehrheitlichen Wir-Gruppe. Dabei artikuliert sich ein Dualismus von „Wir“ und „Die“ in Gestalt von Christen und Juden bzw. Muslimen oder Deutschen und Juden bzw. Muslimen. Diese Perspektive nimmt im öffentlichen Diskurs zumindest verbal, mitunter aber auch real eine Ausgrenzung vor. Gleichzeitig verbindet sich damit eine Abwertung der Minderheiten und eine Höherwertung der Mehrheitsangehörigen.

Bei der Propagierung von Vorurteilen im genannten Sinne erfolgt in der Regel auch der Versuch einer Begründung, wobei für die Zuschreibung von negativen Merkmalen eine scheinbare Legitimation genannt wird. Handelt es sich um religiöse Minderheiten, so leitet man deren angeblich negative Eigenschaften aus deren Religion ab. Eine hierbei beliebte Manipulationstechnik besteht darin, aus den jeweiligen theologischen Grundlagenwerken einseitig und selektiv Aussagen und Zitate zu entnehmen. Mit dem Verweis darauf sollen die angeblich negativen Eigenschaften und das behauptete schlechte Handeln der Angehörigen dieser Minderheit begründet werden. Für den Antisemitismus lässt sich eine solche Agitation bereits im 18. und 19. Jahrhundert belegen, sollten doch seinerzeit Verweise auf das Alte Testament oder den Talmud die angebliche Bösartigkeit der Juden belegen.[20] Gegen-

---

[19] Vgl. Earl E. Davis, Zum gegenwärtigen Stand der Vorurteilsforschung, in: Kurt Aurin (Hrsg.), Vorurteile, ihre Erforschung und ihre Bekämpfung. Politische Psychologie, Bd. 3, Frankfurt/M. 1964, S. 51-72, hier S. 53.

[20] Vgl. Jacob Katz, Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700-1933, 616

wärtig dienen Koran und Sunna als Quellen dazu, die unterstellte Gefährlichkeit der Muslime anhand von einzelnen Zitaten aus den „Heiligen Schriften“ des Islam zu beweisen.[21]

9. Konspirationsdenken und Religionsessentialismus in Antimuslimismus und Antisemitismus

Auch in dieser Hinsicht bestehen demnach formale Gemeinsamkeiten von Antimuslimismus und Antisemitismus. Darüber hinaus gibt es noch einen weiteren Gesichtspunkt: Bei der angesprochenen Agitation dient der Verweis auf eine eventuell auch durchaus korrekte Darstellung einschlägiger Äußerungen in Altem Testament und Talmud bzw. Koran und Sunna dazu, in diesen Zitaten das zentrale Motiv für die angeblich schlechten Handlungen einzelner Juden und Muslime zu sehen. Da aber nun alle Angehörigen beider Religionen an die Inhalte der jeweiligen „Heiligen Schriften“ glauben, leitet sich daraus auch eine Verallgemeinerung der negativen Werturteile auf alle Juden und Muslime ab. Somit sieht man in dem Geist der erwähnten Zitate das eigentliche, essentielle und wahre Wesen aller Angehörigen beider Religionen enthalten: Sie müssen sich danach im Sinne der angeblich unmoralischen Gebote in ihrer theologischen Grundlage ebenso unmoralisch in der Realität verhalten – und wären daher auch kollektiv ebenso unmoralisch einzuschätzen.

Diese Annahme verhindert einen differenzierten Blick auf die Angehörigen der Minderheit, aber auch die Korrektur von Vorurteilen anhand von Erfahrungen aus der Realität. Vielmehr erfolgt dann aus der Wahrnehmung realer Ereignisse immer wieder eine ideologisch verzerrte Umdeutung in Gestalt eines fiktiven Konstrukts, das im „Feindbild Jude“ oder „Feindbild Muslim“ mündet und eben auch für die stereotype Dimension des Vorurteils steht. Beide Objektgruppen wurden und werden in dieser Perspektive als äußere

---

München 1989, S. 21-29.

[21] Vgl. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) (Hrsg.), Bedrohte Freiheit: Der Koran in Spannung zu den Grund- und Freiheitsrechten in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu internationalen Rechtsnormen und Verträgen, Frankfurt/M. 2002.

wie innere Bedrohung empfunden: Innergesellschaftlich galten Juden zumindest bis Mitte des 20. Jahrhunderts und gelten Muslime in der Gegenwart als „Fremdkörper", konstatierte man doch einen Gegensatz zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit. Gleichzeitig gelten sie auch als äußere Bedrohung, die bei den Juden mit dem angeblichen Wirken des „internationalen jüdischen Finanzkapitals" oder „Weltjudentums" zusammenhing und bei den Muslimen mit der Ausbreitung von „Fundamentalismus" und „Terrorismus" in Verbindung gebracht wurde.

In diesem Kontext besteht auch eine weitere formale Gemeinsamkeit, die mit dem Konspirationsdenken zusammenhängt. Zwar spricht kein antimuslimischer Diskurs vom Bestehen einer „islamischen Verschwörung" oder der Existenz „der Weisen von Mekka", wie dies gegenüber den Juden geschah und geschieht. In den Muslimen sieht man keine geheime Macht hinter den Kulissen der Politik, welche alle bedeutenden Fäden in der Hand hält und die wichtigen Geschicke der Welt steuert. Gleichwohl arbeitet auch der Antimuslimismus mit Konspirationsvorstellungen, wird doch immer wieder die Gefahr einer geplanten „Islamisierung" Europas beschworen: Sie soll in dieser Perspektive zum einen durch einen immer stärkeren gesellschaftlichen Einflussgewinn und zum anderen durch die höhere Geburtenrate von Muslimen erfolgen. Während das Konspirationsdenken im Antisemitismus eine angebliche verschwörerische Gruppe benennen will, bleibt der behauptete verschwörerische Akteur im Antimuslimismus allerdings diffus und schemenhaft.[22]

10. Realitätsgehalt und Wirklichkeitswahrnehmung im Antimuslimismus und Antisemitismus

Neben den Gemeinsamkeiten von Antimuslimismus und Antisemitismus bestehen aber auch Unterschiede, wobei der jeweilige Realitätsgehalt in den beiden Diskriminierungsideologien zunächst näheres Interesse verdient: Oben wurden Vorurteile in einem wertenden Sinne definiert. Rein formal lassen sich darunter auch vorläufige Annahmen verstehen, welche im alltäg-

[22] Vgl. Angelika Königseder, Feindbild Islam, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 17, Berlin 2008, S. 17-44.

lichen wie politischen Leben um der einfacheren Bewältigung von Komplexität willen akzeptabel sind. So definiert handelt es sich eigentlich um vorläufige Hypothesen, die dann aber jeweiligen Erfahrungswerten ausgesetzt und bei gegenteiligen Erkenntnissen korrigiert werden. Letzteres wäre im Falle des wertenden Verständnisses von Vorurteilen kaum bis gar nicht möglich, da man dann die Negativbilder als Stereotype unabhängig von der Realität beibehält. Um hier nicht zu Irritationen und Verwirrung zu führen, arbeitet die vorliegende Erörterung denn auch mit dem Arbeitsbegriff „Diskriminierungsideologie“ und nicht mit der aus diesen Gründen eventuell missverständlichen Bezeichnung „Vorurteil“.

Bei den damit angesprochenen Auffassungen, hier in Gestalt von Antimuslimismus und Antisemitismus, handelt es sich keineswegs um reine Fiktionen. Diskriminierungsideologien können nur dann mit Akzeptanz rechnen, wenn sie sich zumindest ansatzweise auf einen wahren Kern berufen können. Insofern handelt es sich jeweils um eine ideologisch verzerrte Wahrnehmung sozialer Realität. Letztere ist allerdings in der vergleichenden Betrachtung im Antimuslimismus weitaus höher ausgeprägt als im Antisemitismus. Dieser verweist etwa auf einzelne Juden im Finanzwesen und leitet daraus die verallgemeinernde Auffassung vom „jüdischen Finanzkapital“ ab. Selbst wenn in bestimmten Berufsgruppen Personen, die aus jüdischen Familien stammen, überrepräsentiert sind, ergibt sich daraus weder eine Bedeutung des jüdischen Hintergrundes noch die Dominanz des jüdischen Einflusses. Insofern arbeitete der antisemitische Diskurs früher wie heute meist mit realitätsfremden Verallgemeinerungen zur angeblichen Bedeutung von Angehörigen der gemeinten Objektgruppen.

Diesbezüglich verhält es sich beim Antimuslimismus anders, können sich einschlägige Behauptungen doch auf reale Besonderheiten und Probleme stützen. So belegen empirische Untersuchungen zu den Einstellungen von Muslimen in Deutschland, dass diese in bestimmten Fragen sehr wohl von den Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft abweichen. In dieser Minderheit spielt die Orientierung an der Religion eine bedeutend größere Rolle, darüber hinaus gibt es einen weitaus höheren Anteil von fundamentalistischen Tendenzen. Bezüglich des Bildes von der Frau kann man eher abwertende und traditionalistische Einstellungen ausmachen, welche sich

auch im geringeren Freiraum für Mädchen gegenüber Jungen artikulieren.[23] Und es besteht ein höherer Organisationsgrad von Muslimen in islamistischen Personenzusammenschlüssen denn von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft in links- und rechtsextremistischen Organisationen.[24] Diese Besonderheiten rechtfertigen keine Diskriminierungsideologien, sie erklären aber mit ihre stärkere Akzeptanz.

11. Diskriminierungspraxis und Geltungsanspruch im Antimuslimismus und Antisemitismus

Darüber hinaus bestehen auf den verschiedensten Ebenen noch andere Unterschiede zwischen Antimuslimismus und Antisemitismus: Hierzu gehört der Verweis auf den inhaltlichen Erklärungsanspruch, der sich zumindest historisch betrachtet, mitunter aber noch gegenwärtig mit der letztgenannten Diskriminierungsideologie verband. Es handelte sich nicht nur um eine Ablehnung gegenüber einer Minderheit, daraus erwuchs auch eine hochgradig ideologisch aufgeladene Weltanschauung. Der Antisemitismus diente dazu, alle nur möglichen politischen Entwicklungstendenzen und Strömungen in das „Feindbild Jude“ zu integrieren. So galten etwa Kapitalismus und Sozialismus gleichzeitig als jüdisch geprägte Auffassungen, obwohl sie sich grundlegend unterschieden. Aus der Perspektive einer Frontstellung gegen die Moderne machte es aber immanent durchaus Sinn, konnte daraus doch eine ideologisch verzerrte Wahrnehmung von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen abgeleitet werden. Mit dem Antisemitismus ließ sich scheinbar alles erklären.

Der Antimuslimismus erschöpft sich demgegenüber meist im Ressentiment gegen die Anhänger des Islam, ohne daraus eine inhaltlich näher entwickelte Diskriminierungsideologie abzuleiten. In den Dimensionen seines Geltungs-

---

[23] Vgl. Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen, Hamburg 2007.

[24] Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009.

anspruchs besteht auch kaum ein Unterschied zur allgemeinen Fremdenfeindlichkeit. Diese richtete sich vor den Anschlägen vom 11. September 2001 auch gegen Muslime, inhaltliche Bezüge auf den Islam spielten aber erst danach eine bedeutendere Rolle. In diesem Kontext zeigen sich noch zwei weitere Unterschiede von Antimuslimismus und Antisemitismus: In erstgenanntem Fall wird im Namen der Moderne gegen die angeblich rückständigen Muslime agitiert, beim Antisemitismus sehen sich dessen Anhänger selbst von den Folgen der Moderne bedroht. Und der Antimuslimismus argumentiert „von oben nach unten", fühlen sich dessen Anhänger doch den Muslimen überlegen. Demgegenüber argumentiert der Antisemitismus „von unten nach oben", meint man doch ein ohnmächtiges Opfer übermächtiger jüdischer Kreise zu sein.[25]

Und schließlich sei noch auf die unterschiedlichen Dimensionen von „Antimuslimismus" und „Antisemitismus" als Diskriminierungspraktiken verwiesen. Der antisemitische Diskurs schloss nicht nur in der Vergangenheit die gezielte Ermordung von Juden ein, wie sie sich im Holocaust während des Zweiten Weltkriegs historisch vollzog. Auch der gegenwärtige antisemitische Diskurs in der arabischen Welt formuliert eine klare eliminatorische Zielsetzung, tritt er doch offen für die Auflösung und Zerschlagung des Staates Israel ein. Dies geht in der islamistischen Propaganda auch mit Tötungsforderungen einher. Derartige Vernichtungsaufrufe kennt der antimuslimische Diskurs nicht: Er will die Einwanderung von Anhängern des Islam einschränken, deren gesellschaftlichen Einfluss minimieren oder sie perspektivisch zur Rückkehr in ihre Heimatländer zwingen. Zwar kam es auch schon zu gezielten Morden aufgrund einer antimuslimischen Position, dabei handelte es sich aber um Ausnahmen von Einzeltätern ohne organisatorische Vernetzung.[26]

---

[25] Vgl. Jochen Müller, Anmerkungen zum Vergleich von Islamophobie und Antisemitismus vom 6. Dezember 2008, in: www.ufuq.de/newsblog/262 (gelesen am 19. August 2009).

[26] Vgl. Daniel Schulz, Muslime fordern mehr Anteilnahme, in: taz vom 18./19. Juli 2009, S. 5.

12. Antimuslimismus und Antisemitismus als Einstellungen in der Gesellschaft

Wie steht es nun um die aktuelle Verbreitung von Einstellungen im Sinne des Antimuslimismus und Antisemitismus in der Bevölkerung? Darüber lassen sich bislang noch keine detaillierteren Erkenntnisse ermitteln. Zwar gibt es eine ganze Reihe von empirischen Untersuchungen über die Akzeptanz von antisemitischen Einstellungen in der Gesellschaft[27], ähnliche Forschungen bezüglich der Verbreitung von antimuslimischen Einstellungen liegen noch nicht vor. Hinzu kommt das methodische Problem der direkten Vergleichbarkeit von Studien, die mit unterschiedlichen Einstellungsstatements und Methoden arbeiten. Es gibt allerdings eine Ausnahme: die Forschungen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, die seit 2002 jährlich die Verbreitung von Erscheinungsformen „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ untersuchen. Darunter verstehen die Sozialwissenschaftler ein Syndrom, welches das Verhältnis zu spezifischen Gruppen - und hierbei eben auch zu Juden und Muslimen - untersuchen will.

Dabei bedient man sich allerdings auch Einstellungsstatements, die derartige Vorurteile erfassen sollen, denen aber nicht immer die dafür nötige Trennschärfe eigen ist. Berücksichtigt man diesen Sachverhalt und relativiert dabei die Prozentangaben, so können die gewonnenen Daten und Informationen im Sinne von Trendaussagen auch Auskunft über die Verbreitung von Antimuslimismus und Antisemitismus geben. Letzterer wurde über die Items „Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss“ bzw. „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“ erhoben. Voll und ganz zustimmend äußerten sich (dahinter in Klammen die Werte für eine eher zustimmende Antwort) 2002 6,9 (14,7) bzw. 4,5 (12,1) Prozent, 2004 10,6 (10,9) bzw. 6,2 (11,1) Prozent und 2006 7,6 (6,5) bzw. 3,9 (6,1) Prozent. Demnach kann für den letztgenannten Zeitraum von einer leicht abnehmenden Tendenz bei Werten für eine voll und ganze Zustimmung unter 10 Pro

[27] Vgl. Werner Bergmann/Raine Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen 1991.

zent (bei eher zustimmenden Antworten unter 15 Prozent) ausgegangen werden.

Antimuslimismus, den die Sozialwissenschaftler allerdings mit dem oben problematisierten Arbeitsbegriff „Islamophobie“ erfassten, wurde über folgende beiden Einstellungsstatements (erst ab 2004) erhoben: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ bzw. „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Voll und ganz zustimmend äußerten sich (dahinter in Klammern die Werte für eine eher zustimmende Antwort) 2004 11,9 (12,1) bzw. 17,9 (17,2) Prozent und 2006 11,8 (16,7) bzw. 20,0 (19,2) Prozent.[28] Im Vergleich mit den Werten zum Antisemitismus lassen sich hier zum einen höhere Zustimmungswerte konstatieren, zum anderen aber auch ein gegenläufiger Trend. Während die Antisemitismus-Einstellungen leicht sanken, stiegen die Werte für den Antimuslimismus stärker an. Demnach führten die Ereignisse vom 11. September 2001 nicht zu einem unmittelbaren Anstieg der Einstellungen, erst längerfristig bewirkte die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema wohl diesen Wandel.[29]

13. Antimuslimismus und Antisemitismus als Agitationsfelder im Rechtsextremismus

Fragt man nach den politischen Trägern des Antimuslimismus und Antisemitismus, so wären hier primär die unterschiedlichen Organisationen und Parteien des Rechtsextremismus zu nennen.[30] Juden und Muslime stellten

---

[28] Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normale Dauerzustand?, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände Folge 5, Frankfurt/M. 2006, S. 15-36, hier S. 24 und 26.

[29] Vgl. Steffen Kühnel/Jürgen Leibold, Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2003 bis 2005, in: Monika Wohlrab-Sahr/Levent Tezcan (Hrsg.), Konfliktfeld Islam in Europa, Baden-Baden 2007, S. 135-154.

[30] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, München 2006.

schon traditionell Feindbilder in diesem politischen Lager dar. Hierbei gilt es aber folgende Besonderheiten zu berücksichtigen: Die Ablehnung von Muslimen bezog sich lange Zeit nicht primär auf deren Glauben, sondern auf deren Fremdsein. Bei der propagierten Ausländerfeindlichkeit spielte die Frage, ob es sich um Christen oder Muslime handelte, zunächst keine besondere Rolle. Erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und einem allgemeinen Stimmungswandel in der Bevölkerung in Richtung einer stärkeren Distanz und Kritik gegenüber Islam und Muslimen änderte sich dies. Bezogen auf den Antisemitismus wäre darauf zu verweisen, dass derartige Agitation auch für Rechtsextremisten nicht ganz unproblematisch ist, gehen damit doch aufgrund der „Volksverhetzung“ unter Umständen auch strafrechtliche Konsequenzen einher.

Letzteres erklärt wohl mit, warum die meisten Rechtsextremisten antisemitisch ausgerichtet sind, sie dies aber nicht immer offen artikulieren. Die Parteien, die stärker in die Gesellschaft hineinwirken und Wählerstimmen mobilisieren wollen, bedienen sich meist Anspielungen und Chiffren, um bei den judenfeindlich Eingestellten auf entsprechende Ressentiments setzen zu können. Demgegenüber halten sich die stärker am historischen Nationalsozialismus ausgerichteten Teile des Rechtsextremismus wie die Neonazi- und Skinhead-Szene allenfalls aus Rücksicht auf strafrechtliche Folgen etwas zurück. Ihre in der Illegalität hergestellten Publikationen und Tonträger propagieren den altbekannten Judenhass mitunter verbunden mit der direkten Aufforderung zur Gewaltanwendung.[31] In der Gesamtschau kann von einem tendenziellen Rückgang der Bedeutung antisemitischer Agitation ausgegangen werden, konzentrieren sich die Rechtsextremisten doch gegenwärtig stärker auf aktuellere Feindbilder, wozu vorrangig eben insbesondere die Muslime gehören.

Der diesbezügliche Trend stellt ein europaweites Phänomen dar, konzentriert sich die einschlägige Propaganda doch bei den Parteien in den unter-

---

[31] Vgl. Rainer Erb/Michael Kohlstruck, Die Funktion von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung, in: Stephan Braun / Alexander Geisler / Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 419-439.

schiedlichen Ländern eben auf dieses Themenfeld.[32] Dafür stehen Wahlplakate wie „Abendland in Christenhand“ bzw. „Daham statt Islam“ der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ oder „Düsseldorf darf nicht Istanbul werden“ bzw. „Wir lassen die Kirche im Dorf und die Moschee in Istanbul“ der Partei „Die Republikaner“ in Deutschland. In beiden Fällen erfolgt in der Agitation eine Vermischung von Antimuslimismus und Fremdenfeindlichkeit. Das erstgenannte Themenfeld findet sich auch bei der internationalen Kooperation, wofür die Kampagne der regionalen Wählergruppe „Pro Köln“ zur Verhinderung des Baus einer Moschee steht. Sie bemühte sich darum, Protagonisten der „Freiheitlichen Partei Österreichs“, des „Front National“ Frankreichs, der „Lega Nord“ Italiens und des „Vlaams Belang“ Belgiens als Referenten und Teilnehmer ihres Anti-Islamisierungskongresses zu gewinnen.[33]

14. Verhältnis der Objektgruppen von Antimuslimismus und Antisemitismus zueinander

Abschließend soll noch das Verhältnis der beiden Objektgruppen von Antimuslimismus und Antisemitismus zueinander thematisiert werden, könnte man doch angesichts der beiderseitigen Betroffenheit von Diskriminierung von Solidarität und Übereinstimmung bei Juden und Muslimen ausgehen. Eine solche Erwartungshaltung verkennt indessen, dass die Benachteiligung von Menschen bei diesen nicht notwendigerweise zu einem moralisch edleren Verhalten führen muss. Ebenso wenig führt die Erfahrung von Diskriminierung zwingend auch zu einem Verzicht auf Diskriminierung im eigenen Verhalten. Insofern bedarf es auch eines differenzierten Blickes auf das Verhältnis von Juden und Muslimen zueinander. Dabei konzentriert sich die folgende Erörterung auf die Situation in Europa und blendet den Nahen Osten bewusst aus. Zum einen würde dies zu einer auch inhaltlich zu starken

---

[32] Vgl. Alexander Häusler, Antiislamischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 155-169.

[33] Vgl. Lenz Jacobsen, Internationale der Nationalen, in: Der Spiegel, Nr. 37 vom 8. September 2008, S. 33.

Ausweitung des Untersuchungsfeldes führen, zum anderen spielen dabei im Alltagsleben erfahrbare reale Konflikte um Palästina eine herausragende Rolle.

In Europa stehen beide Objektgruppen von Antimuslimismus und Antisemitismus denn auch Minderheiten in den jeweiligen Mehrheitsgesellschaften dar. Dabei wäre zunächst einmal darauf zu verweisen, dass von unterschiedlichen Größenverhältnissen ausgegangen werden muss. In Deutschland beträgt die Zahl der Juden um die 100.000 und die Zahl der Muslime zwischen drei und vier Millionen. Genauere Daten über die soziale Zusammensetzung der Juden liegen nicht vor. Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der bereits längere Zeit in Deutschland lebenden Juden dem gehobenen Mittelstand angehören. Die in den letzten Jahren verstärkt eingewanderten Juden aus den osteuropäischen Ländern lassen sich wohl mehr in unteren sozialen Schichten finden. Dies gilt auch für größere Teile der Muslime, wovon nur eine Minderheit höheren sozialen Schichten zugerechnet werden kann. Unabhängig von der konkreten sozialen Verortung lässt sich darüber hinaus sagen, dass die Angehörigen beider Gruppen keine näheren Berührungspunkte in der Gesellschaft haben.

Insofern kann weniger von einem gemeinsamen und mehr von einem parallelen Leben von Juden und Muslimen gesprochen werden. Über Ressentiments und Vorurteile von Juden gegenüber den Muslimen liegen keine empirische Studien vor. Es kann aber eine diffuse Angst vermutet werden, stieg doch in einigen europäischen Ländern die Gewalt gegen einzelne Juden durch einzelne Muslime.[34] Damit deutet sich schon an, dass das Verhältnis der beiden Gruppen umgekehrt zueinander anders eingeschätzt werden muss. Bei nicht wenigen Muslimen führt die ablehnende Haltung gegenüber dem Staat Israel zu einem negativen Bild von den Juden in ihrer Umgebung in Deutschland. Dabei konstruiert man objektiv, also möglicherweise auch unabhängig von näheren individuellen Reflexionen, die Vorstellung von einem allgemeinen Israeli bzw. Juden. Insofern besteht hier eine Reihe von Ressen-

[34] Vgl. Werner Bergmann/Juliane Wetzel, Manifestations of Antisemitism in the European Union – First Semester 2002, Wien 2002.

timents und Vorurteilen[35], die dringend der näheren Erforschung bedürfen. Hinzu kommt, dass islamistische Organisationen sich massiv des Antisemitismus zur Agitation bedienen.[36]

15. Schlusswort und Zusammenfassung

Bilanzierend lassen sich die vorstehenden Erörterungen wie folgt zusammenfassen: „Antimuslimismus“ und „Antisemitismus“ stellen Formen von Diskriminierungsideologien und –praktiken dar. Insofern stehen beide auch für Vorurteile – hier in einem negativ wertenden Sinne gemeint – gegen Minderheiten im Kontrast zur Mehrheitsgesellschaft. Eine weitere Gemeinsamkeit ergibt sich aus der Identifizierung der beiden Minderheiten über die religiöse Zugehörigkeit, welche in der Diskriminierungsideologie auch als Ursache für das behauptete unmoralische und verwerfliche Handeln der Juden und Muslime gilt. Ebenfalls für Gemeinsamkeiten von „Antimuslimismus“ und „Antisemitismus“ spricht, dass derartige Einstellungen als Ausdrucksformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit überwiegend von den gleichen Teilen der Gesellschaft vertreten werden. Ähnliches gilt für die politischen Träger solcher Ressentiments und Vorurteile, agitieren doch Rechtsextremisten sowohl mit dem „Feindbild Jude“ wie mit dem „Feindbild Muslim“.

Diesen Gemeinsamkeiten stehen aber auch Unterschiede gegenüber: Sie können vor allem beim Realitätsgehalt ausgemacht werden. Während die Behauptungen im Antisemitismus allenfalls mit der Verallgemeinerung von Einzelfällen arbeiten, bezieht sich der Antimuslimismus häufig auf reale Konflikte und Probleme in der Gesellschaft oder tatsächliche Vorkommnisse in der islamischen Welt. Der Antimuslimismus argumentiert außerdem aus der Perspektive „von oben nach unten“ im Namen von Fortschritt und Moderne, während der Antisemitismus aus der Wahrnehmung „von unten nach

---

[35] Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), „Die Juden sind schuld“. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus. Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit, Berlin 2009.

[36] Vgl. Olaf Farschid, Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen, im vorliegenden Band.

oben“ gegen die Ideen von Fortschritt und Moderne gerichtet ist. Weitere Unterschiede ergeben sich bei der Diskriminierungspraxis, also hinsichtlich Ausmaß und Intensität der Benachteiligung in der Gesellschaft. Darüber hinaus beinhaltet der Antisemitismus unter Muslimen die Forderung nach einer Zerstörung des Staates Israel, während der Antimuslimismus unter Juden allenfalls in Ängsten vor entsprechenden Gewalttaten zum Ausdruck kommt.

Demnach bestehen bezüglich des Antimuslimismus und Antisemitismus Gemeinsamkeiten als Erscheinungsformen von Vorurteilen, wobei sich die inhaltlichen Begründungen, konkreten Intensitätsstufen und sozialen Wirkungen sehr wohl unterscheiden können. Insofern bedeutet der Hinweis auf Gemeinsamkeiten keine Ignoranz gegenüber den Unterschieden. Die vergleichende Betrachtung leugnet oder relativiert demnach auch nicht den Antisemitismus von Muslimen, liegen doch damit einhergehende Erörterungen thematisch auf einer anderen Ebene. Und ganz allgemein dienen die Hinweise auf „Antisemitismus“ und „Antimuslimismus“ nicht zur Immunisierung vor kritischen Einwänden gegenüber bestimmten Aspekten der Objektgruppen oder deren Kontexte. Eine menschenrechtlich motivierte Kritik an der Politik des Staates Israel hat ebenso wenig etwas mit Antisemitismus zu tun wie eine menschenrechtlich motivierte Kritik an der Benachteiligung von Frauen in muslimischen Gesellschaften etwas mit Antimuslimismus zu tun hat.

Zusammenfassungen

Armin Pfahl-Traughber: Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine

Der linke, rechte und religiöse Extremismus weisen hinsichtlich des ideologischen Selbstverständnisses erhebliche Unterschiede auf. Gleichwohl lassen sie sich unter einer gemeinsamen Sammelbezeichnung fassen, welche zum einen durch die Frontstellung gegen die Normen und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaat und zum anderen durch gemeinsame Strukturmerkmale ihrer Ideologien begründet werden kann. Zu letzteren gehören exklusiver Erkenntnisanspruch und dogmatischer Absolutheitsanspruch, essentialistisches Deutungsmonopol und holistische Steuerungsabsichten, deterministisches Geschichtsbild und identitäre Gesellschaftskonzeption, dualistischer Rigorismus und fundamentale Verwerfung. Die vorgenannten Kriterien lassen sich aus der Ideologiekritik des Kritischen Rationalismus gut ableiten und liefern so einen Beitrag zur positiven Definition des politischen Extremismus.

Christoph Butterwegge: Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen

Vor allem die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse versuchen seit Jahrzehnten, die Extremismus- und die damit eng verbundene Totalitarismustheorie populär zu machen. Neuerdings folgen auch Populismus-, Fundamentalismus- und Terrorismustheorien demselben Argumentationsmuster. In dem Beitrag wird ihnen jeglicher wissenschaftliche Gehalt mit der Begründung abgesprochen, dass sie bloße Ideologien seien und zwar alles klassifizierten, aber nichts erklärten. Wenn die genannten Ansätze den Extremismus bzw. den Totalitarismus auf den Begriff zu bringen suchten, kommt statt einer Definition meist nur eine Addition von Merkmalen heraus,

die zusammengenommen sein Wesen ausmachen sollen. Politikwissenschaft reduziert sich damit auf bloße Deskription. Das eigentliche Dilemma der Totalitarismus- wie der Extremismustheorie besteht darin, um der Akzentuierung partieller Gemeinsamkeiten zwischen zwei Vergleichsgegenständen – Kommunismus einerseits und Faschismus/Nationalsozialismus andererseits – willen deren Wesensunterschiede eskamotieren zu müssen. Zwangsläufig kommen die zentralen Inhalte von Rechtsextremismus und Linksradikalismus gegenüber ihrer Wirkung, ihrem Absolutheitsanspruch und ihrer Allgegenwart viel zu kurz.

Armin Pfahl-Traughber: Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge

Die Abhandlung versteht sich als kritische Auseinandersetzung mit dem vorherigen Beitrag von Christoph Butterwegge „Extremismus- Totalitarismus- und Populismustheorien zur Diskreditierung der Linken.“ Eine ganze Reihe von Einwänden beruht auf Fehlschlüssen und Missverständnissen: Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bilden die zentralen Bezugspunkte der Extremismustheorie und nicht die Institution des Staates. Sie richtet sich nicht gegen Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen, sondern gegen die Ablehnung der Basisnormen und -regeln eines demokratischen Verfassungsstaates. Eine inhaltliche Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus wird nicht vorgenommen, geht es doch um formale Gemeinsamkeiten bei der Negierung der grundlegenden Prinzipien und Spielregeln einer offenen Gesellschaft. Demgegenüber können jene Aussagen der Kritik konstruktiv aufgegriffen werden, welche sich auf die begrenzte analytische Reichweite der Extremismustheorie und die Notwendigkeit zur stärkeren Beachtung gesellschaftlicher Ursachen für den Extremismus beziehen.

Martin H. W. Möllers: Extremisten vor dem Bundesverfassungsgericht. Ist die deutsche Demokratie gegen Verfassungsfeinde wehrhaft?

Für Verfassungsfeinde, die aktive Bestrebungen gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ betreiben, sieht das Grundgesetz als „schärfste Waffen“ vor allem die Möglichkeit des Parteienverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG, das Verbot von Vereinigungen nach Art. 9 Abs. 2 GG und die Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG vor. Während das Vereinsverbot von der Exekutive durchgeführt wird, verhandelt Parteiverbotsverfahren und Grundrechtsverwirkungen das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“. Ablauf und Rechtsfolgen solcher Verfahren in der bisherigen Praxis werden untersucht und aufgezeigt, ob von einer „Wehrhaftigkeit“ der Demokratie gesprochen werden kann. Die Untersuchung zeigt, dass die größere Gefahr faktisch von der exekutiven Staatsmacht ausgeht, die in ihrem Streben nach immer mehr Sicherheit die Verfassungsgrenzen nicht immer einhält. Während die Parteiverbots- und Grundrechtsverwirkungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in den letzten 50 Jahren immer zugunsten der Betroffenen entschieden wurden, hat die Exekutive in Bund und den Ländern über 100 Vereinsverbote ausgesprochen. Die jüngeren Entscheidungen des BVerfG zum „Lauschangriff“, zu Online-Durchsuchungen privater Computer, zur automatisierten Erfassung von Kfz-Kennzeichen, zur Vorratsspeicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten oder zum „neuen“ Versammlungsgesetz Bayerns zeigen, dass das Monopol des BVerfG für Fälle des Art. 21 Abs. 2 GG und Art. 18 GG den Bürger letztlich auch schützt und in diesem Sinne als „wehrhafte Demokratie“ zu verstehen ist.

Christian Menhorn: Die Erosion der Skinhead-Bewegung als eigenständiger Subkultur. Eine Analyse des Wandels elementarer Stilmerkmale

Lange Jahre prägte das typisierte Bild der Skinheads die Berichterstattung über den gewaltbereiten Rechtsextremismus. Doch seit den späten 1990er Jahren konnte einem aufmerksamen Beobachter der Subkultur ein tiefgreifender Wandel des „Kultes“ nicht verborgen bleiben. Der Beitrag beleuchtet

die Veränderungen in der Szene anhand einer Untersuchung vier fundamentaler Pfeiler der Skinhead-Bewegung: Musik, Kleidung bzw. Habitus, Selbstverständnis sowie szeneinterne Strukturierungsversuche. Dabei versucht er, die aktuellen Trends der historischen Entwicklung gegenüberzustellen, um das Ausmaß des Wandels deutlich zu machen. Die Prognose für ein Fortbestehen des Kultes gerät in seinem 40. Lebensjahr zwiespältig: zumindest im rechtsextremistischen Part der Szene scheint ein Primat der Politik über die Subkultur eingekehrt zu sein und der Wandel hin zu einer heterogenen Jugendbewegung damit unumkehrbar.

Elmar Vieregge: „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ). Eine Analyse zur Rolle eines militärorientierten Magazins in der rechtsextremistischen Publizistik

Aufgrund der Überzeugung, dass der Kampf ein positiver Aspekt des Lebens ist, an dem sich Individuen wie auch Völker zu messen haben, beschäftigen sich Rechtsextremisten intensiv mit dem Militärwesen. Entsprechende Publizisten bemühen sich darum, nicht nur ihre Gesinnungsgenossen zu erreichen, sondern auch demokratisch eingestellte Leser zu gewinnen. Ansatzweise gelang dies dem Betreiber des rechtextremistischen „Arndt-Verlags“, Dietmar Munier, mit der Übernahme der „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ). Das Magazin legte seine Schwerpunkte auf die Berichterstattung über die Streitkräfte des Dritten Reichs sowie über die Bundeswehr. Dabei äußerte es sich derart moderat, dass es auf den ersten Blick nicht als rechtsextremistisch erschien und dadurch auch ehemalige Verteidigungsminister als Interviewpartner gewann. Die DMZ bedient heute einerseits die Bedürfnisse von an der jüngeren deutschen Militärgeschichte interessierten Personen und bietet sich andererseits Bundeswehr-Angehörigen als vermeintliche Verfechterin ihrer Belange an. Tatsächlich verbreitet sie aber ein das Dritte Reich beschönigendes Geschichtsbild und versucht, unter aktiven Soldaten sowie am Militär interessierten Zivilisten Zweifel an der Wertordnung der Bundesrepublik Deutschland zu erzeugen.

Rudolf van Hüllen: „Autonome Nationalisten“ zwischen politischer Produktpiraterie und „Nähe zum Gegner“. Eine Analyse zu Sprachcodes, Widerstandsverständnis und Gewaltrituale als Brücken zu den linksextremistischen Autonomen

Seit einigen Jahren beschäftigt das Phänomen der „Autonomen Nationalisten“ (AN) die Rechtsextremismusforschung, Präventionsspezialisten und Sicherheitsbehörden. Sie bedienen sich an linksextremistischen Outfits, Stilmitteln und Handlungsmustern, kehren Parolen und Symbole der Konkurrenz spiegelverkehrt um. Vielfach wird hinter diesem Verhalten eine Taktik vermutet, die Rechtsextremismus an junge Menschen und ihre Lebensstile „anschlussfähig“ machen soll. Reine „politische Produktpiraterie“ anzunehmen, verkennt aber offensichtlich, dass extremistische Bestrebungen ideengeleitet sind und sie auf Dauer einen (taktisch motivierten) Widerspruch zwischen ihrem Handeln und Denken nicht aushalten könnten.

Die AN – so die Hauptthese – müssen dies auch nicht. Der Fundus der linksextremistischen Autonomen hält nämlich genügend Elemente bereit, an denen sich auch Rechtsextremisten mental und intellektuell nähren können. Dazu zählen Sprachcodes und politische Symbolik, das Konfrontations- und Widerstandsverständnis gegenüber der demokratischen Ordnung, schließlich die Ästhetisierung der Gewalt und der Mythos des steten „Kampfes“. Reflektiert man diese Elemente von der Geschichte und Entwicklung der linksextremistischen Autonomen ausgehend, wird deutlich, dass die AN möglicherweise keine Eintagsfliege sind, weil die „Nähe zum Gegner“ nicht taktisch gewählt, sondern ideologisch bedingt ist. Daraus wiederum ergeben sich neue Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden, die auf veränderte Formen rechtsextremistischer Militanz angemessen reagieren müssen.

Torsten Kriskofski: Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus. Eine Analyse zur Entwicklung am Beispiel der NPD und ihrer Umfeldorganisationen

Der Beitrag will einen Überblick über die aktuelle Situation des intellektuellen Rechtsextremismus geben. Gleichzeitig soll gezeigt werden, ob und inwieweit Theorien der „Neuen Rechten“ – einem fast mythisch verklärten

Synonym für intellektuellen Rechtsextremismus – auch von Organisationen adaptiert werden, die nicht in diesem Bereich verortet werden können. Die Betrachtung fokussiert sich dabei auf die NPD und ihr weiteres Umfeld sowie formal unabhängige Organisationen, die ebenfalls in der Vergangenheit an ihrer Intellektualisierung mitgewirkt haben. Deutlich zeigt sich, dass der Schwerpunkt im Bereich Bildung bei der NPD auf der Schulung von Elementen praktischer Parteiarbeit liegt. Dies äußert sich etwa in der Realisierung von Rechtsschulungen oder Seminaren für kommunale Mandatsträger. Deutlich vernachlässigt wird die Vermittlung ideologischer Inhalte. Auch den organisationsunabhängigen Gruppierungen ist es nicht gelungen, dieses Defizit aufzufangen. Eher lässt sich das Gegenteil konstatieren. Aktuell sind sie kaum noch in der Lage, eigene Impulse in den Rechtsextremismus einzubringen, geschweige denn, sich erfolgreich an der Intellektualisierung der Partei zu beteiligen.

Thomas Pfeiffer: Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Analyse und Konsequenzen auf Basis autobiografischer Berichte

Der Beitrag geht den Ein- und Ausstiegsprozessen von Rechtsextremisten auf der Basis autobiografischer Berichte einer Aussteigerin und von zehn Aussteigern nach. Die leitfadengestützte Analyse der Einstiegsmotive, der Attraktivitätsmomente, der beginnenden Distanzierung und der Ausstiegskonstellationen geschieht auch mit dem Ziel, Schlussfolgerungen für die pädagogische Praxis zu ziehen: für die Prävention des Rechtsextremismus, die Förderung der Ablösung und für Hilfen beim Ausstieg aus der Szene. Die Versprechen von Gemeinschaft und Orientierung – in Verbindung mit einer vielfältigen und im Laufe der Zeit modernisierten Erlebniswelt – erweisen sich als stärkste Reize. Erste Zweifel löst die Diskrepanz zwischen der idealisierten „Kameradschaft“ und der realen Gemeinschaftspraxis der Szene aus. Außenstehende können die Distanzierung fördern, wenn sie durch Gespräche auf Augenhöhe Vertrauen gewinnen, zur Irritation scheinbarer ideologischer Gewissheiten beigetragen und Impulse setzen, die mitunter erst deutlich später in einen erklärten Ausstieg münden. Der Ausstieg ist angstbesetzt und steht zunächst für drohenden Verlust: der „Kameraden“, der Erlebniswelt, der

Identität und Gewissheiten, auch der körperlichen Sicherheit. Personen, die Schutz und Hilfe anbieten, sind eine entscheidende Stütze des Ausstiegsprozesses.

Armin Pfahl-Traughber: Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs

Im Namen des Antifaschismus wandten sich Linksextremisten unterschiedlichster Ausrichtung zu verschiedenen Zeiten gegen die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates: Bereits die KPD in der Wiemarer Republik richtete ihrem Antifaschismus nicht auf die Bekämpfung des Nationalsozialismus, sondern der Sozialdemokratie. Die DDR-Diktatur nutzte den Antifaschismus zur Legitimation der eigenen Politik nach außen und der Unterdrückung nach innen. Die DKP wiederum übernahm diese Begriffsverwendung, um damit ihre Ablehnung einer parlamentarischen Demokratie und gleichzeitige Bejahung einer sozialistischen Diktatur zu legitimieren. Die VVN/BdA diente ihr dazu, Bündnispolitik auch und gerade gegenüber linken Demokraten zur Aufwertung der eigenen politischen Rolle zu betreiben. Und die Linksterroristen der 1970er bis 1990er Jahre wähnten sich als Teil einer antifaschistischen Bewegung, die mit diesem Selbstverständnis auch ihr von brutalen Anschlägen und Morden geprägtes Handeln legitimierten. Gegenwärtig bedient sich auch die PDS bzw. „Die Linke“ des Antifaschismus, womit einerseits politische Entwicklungsprozesse in der DDR nachträglich noch legitimiert werden sollen und andererseits die strategisch bedingte Absicht zur Anerkennung als demokratische und fortschrittliche Kraft verbunden ist. Und die Autonomen nutzen das Themenfeld Antifaschismus, um agitatorisch und gewalttätig gegen angebliche und tatsächliche Rechtsextremisten vorzugehen, aber auch um ebensolches Verhalten gegenüber staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen zu legitimieren. So unterschiedlich in der Gesamtschau die behandelten linksextremistischen Akteure und deren Wirken im Namen des Antifaschismus sind, so unverkennbar sind aber auch die inhaltlichen Gemeinsamkeiten und politischen Funktionen. Zu Letzteren gehören die Akzeptanz- und Legitimationsfunktion, die Erosions- und

Bündnisfunktion, die Mobilisierungs- und Integrationsfunktion, die Verschiebungs- und Diffamierungsfunktion.

Thomas Grumke: „DIE LINKE“ zwischen Demokratie und Extremismus. Eine Analyse zum Spannungsverhältnis der Partei zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

„DIE LINKE“ des Jahres 2009 ist eine ernstzunehmende politische und gesellschaftliche Kraft. Sie ist dabei immer noch eine ideologisch wie organisatorisch sehr heterogene Partei, in der es sowohl Reformer als auch Traditionalisten gibt. Diese Heterogenität in der Partei ist ausdrücklich von ihr gewollt und so muss sich „DIE LINKE“ folgerichtig auch die Aussagen und Positionen aller ihrer Gliederungen und Repräsentanten zurechnen lassen. Hier ergeben sich eine Vielzahl von Anhaltspunkten, die zumindest den Verdacht einer extremistischen Bestrebung mit dem Ziel der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung begründen. Aus diesem Grund, kann die Partei „DIE LINKE“ gegenwärtig nicht schlicht als eine linke Partei innerhalb des demokratischen Verfassungsbogens gesehen werden, da bei ihr weiterhin von einem rein instrumentellen Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgegangen werden muss.

Helmut Müller-Enbergs: Die MLPD und die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. Ein politisches Portrait der Partei und eine empirische Auswertung der Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern

Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) orientiert sich in ihrer über vierzigjährigen Geschichte am marxistisch-leninistischen Weltbild maoistischer Provenienz will die Bundesrepublik Deutschland auf revolutionärem Wege umzugestalten. Sie ist die letzte größere Organisation aus der Ära der K-Gruppen aus den 1970er Jahren. Die Anzahl der Mitglieder stagniert seit fünf Jahren bei rund 2.000, wobei die ohnehin bemerkenswert hohe Mitglieder- und Funktionärsrotation weiter anhält. Sie liegt gegenwärtig bei 60 Prozent. Das stellte sie bei der Reorganisation der Partei

in sieben Landesverbände vor erhebliche Herausforderungen, da neue Leitungskader auszubilden waren. In dieser Verfassung nahm die MLPD mit von ihr dominierten Wahlbündnissen an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen sowie als Partei an den Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag teil, um dadurch in die Offensive für einen „echten Sozialismus“ zu gelangen. Einerseits wollte die Partei dadurch bekannter und mitgliederstärker werden, andererseits en passant den Grad revolutionärer Reife in der bundesdeutschen Gesellschaft ermitteln. Das Ergebnis ist ein Desaster für die Partei. Bei den Kommunalwahlen verlor sie einige ihrer ohnehin wenigen Sitze und bald ein Drittel der Stimmen. Bei dem mit erheblichem Aufwand gestalteten, bald einjährigen Werben für die Bundestagswahlen blieb sie weit hinter den noch 2005 erzielten 45.000 Zweitstimmen zurück.

Patrick Moreau: Der Scheintod des Kommunismus in Europa. Ein systematischer und typologischer Überblick zu den traditionalistischen, Rot-Grün/Linken und postkommunistischen Modellen

Der Zusammenbruch des sowjetischen Machtsystems hat dem europäischen Kommunismus einen schweren Schlag versetzt. Seitdem haben die KPen unterschiedliche Anpassungsstrategien entwickelt mit dem Ziel, wieder Einfluss auf die politische Entwicklung in ihren jeweiligen politischen Systemen und in der Europäischen Union zu nehmen. Dabei entwickelten sich drei Strömungen: Der traditionalistische Flügel ist „archetypisch“: Die KPen sehen sich als revolutionäre und internationalistische Arbeiterparteien und als Avantgarde im leninistischen Sinne. In den meisten von ihnen gilt nach wie vor das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Für die „rot-grünen“ Parteien ist Wirtschaftswachstum ein bedeutendes Ziel, allerdings im Rahmen eines „gezähmten“ Kapitalismus“, der den Primat der Ökologie anerkennt. Ihr Projekt impliziert eine radikale Reform der Gesellschaften. Die reformkommunistischen Gruppierungen stehen in scharfem Wettbewerb mit der demokratischen Linken. Auf diese Weise üben sie durch ihre Taktik der Wahlbündnisse, der Tolerierung von Minderheitsregierungen oder der Beteiligung an der Macht auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene Druck aus. Alle reformkommunistischen Parteien vollzogen einen ideologischen Wandel.

Olaf Farschid: Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen

Der Beitrag untersucht das Spektrum des Islamismus auf seine dominantesten Antisemitismus-Formen und verknüpft diese mit den Gewaltstrategien islamistischer Gruppen. Im Ergebnis zeigt sich, dass Antisemitismus bei sämtlichen Organisationen konstitutiver Bestandteil ihrer keineswegs homogenen Agenden ist. Dies gilt insbesondere für den religiösen, den politischen, den sozialen, den sekundären sowie den antizionistischen Antisemitismus. Es wurde ferner deutlich, dass in dem Maße wie die Gewaltorientierung von Gruppen zunimmt, sich auch die Antisemitismus-Formen von „klassischem Antisemitismus“ zu „eliminatorischem Antisemitismus“ verändern. Fast sämtliche Organisationen propagieren Gewalt gegen Israel und seine Staatsbürger und fordern die Zerstörung des jüdischen Staates, zwei sogar die weltweite Bekämpfung und Tötung von Juden. Im Bereich der Gewaltanwendung gegen Israelis und Juden besteht ferner eine Konkurrenz zwischen dem „eliminatorischen Antizionismus“ von HAMAS und „Hizb Allah“ und dem „eliminatorischen Antisemitismus“ der Jihadisten um „al-Qa’ida“. Dessen ungeachtet vermag jede dieser beiden zweifellos exzessivsten Formen des Judenhasses hochgradig zu mobilisieren.

Ekkehard Rudolph: Salafistische Propaganda im Internet. Eine Analyse von Argumentationsmustern im Spannungsfeld von missionarischem Aktivismus, Islamismus und Gewaltlegitimation

Der auf der wahhabitischen Ideologie basierende Salafismus gehört zu den global am schnellsten wachsenden islamistischen Bewegungen. Streng ausgerichtet an den Normen des Koran und der Sunna und ausgestattet mit einem exklusiven Wahrheitsanspruch gegenüber anderen Denkschulen im Islam hat sich das Einflusspotential der unterschiedlichen salafistischen Strömungen auch unter den Muslimen westlicher Länder in den letzten Jahren stetig vergrößert. An der Präsenz salafistischer Akteure und Netzwerke auf deutschsprachigen Internetseiten kann gezeigt werden, wie das Interpretationsmonopol traditioneller islamistischer Organisationen durch die neue Medienoffensive teilweise überlagert oder marginalisiert wird. In dem Beitrag werden verschiedene Muster religiös-extremistischer Argumentation

in ihren Übergängen zu politischen und schließlich Militanz fördernden Ausdrucksformen an Textbeispielen erhellt. Trotz theoretischer Abgrenzungen zwischen salafistischem Mainstream und Jihad-Salafismus bestehen zwischen diesen Strömungen häufig enge Verzahnungen in Doktrin und Rechtsauffassung. Deren differenzierte Analyse stellt eine wichtige Zukunftsaufgabe von Wissenschaft und Sicherheitsbehörden insgesamt dar.

Kai Hirschmann: Jung, weiblich, explosiv: Terroristinnen im Dschihad. Gründe für den Weg der Frauen in den Terrorismus

Alle verfügbaren Quellen zeigen, dass sich eine steigende Zahl von Frauen dem radikalen Islam zuwendet. Ebenso drängen Frauen auf Veränderungen in islamistischen Bewegungen, so dass sie verstärkt ihren Platz finden können. Denn auch wenn Frauen Dschihad-Terroranschläge verüben, sind jedoch die meisten anderen Akteure solcher Anschläge immer noch männlich. Planung, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit bleiben überwiegend in Männerhand. Dennoch gibt es bereits auch Ausbilderinnen für weibliche Dschihadis. Anfang Oktober 2008 wurde in einem Dorf 60 Kilometer nordöstlich von Bagdad die 38-jährige Ibitissma Odwan festgenommen; besser bekannt als "Mutter Fatima". Sie bildete als Trainerin zahlreiche Dschihad-Selbstmordattentäterinnen aus.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Bedeutung und die Anzahl von Frauen als Dschihad-Terroristinnen in Zukunft zunehmen wird. Bei der Analyse von Bedrohungsszenarien sowie bei entsprechenden Präventions- und Abwehrstrategien werden die Sicherheitsbehörden auch in Deutschland bzw. in Europa diese Entwicklungen stärker beachten müssen.

Dirk Baehr: Dezentraler, führerloser Jihad im Sinne Abu Musab al-Suri? – Eine Analyse der neuen Strategien des Jihadi-Salafismus anhand vergangener Terroranschläge und Anschlagsversuche in Europa und Nordamerika

Der Beitrag erörtert, ob nur noch autonom agierende Terrorzellen den jihadi-salafistischen Kampf gegen den Westen aufnehmen können, weil die Al-Qaida-Führung aufgrund der neuen amerikanischen Sicherheitspolitik seit

den Anschlägen vom 11. September 2001 nicht mehr in der Lage ist, aktiv terroristische Anschläge vorzubereiten. In den Ausführungen wird daher die Frage behandelt, ob es faktisch möglich ist, in dezentralen und autonomen Zellen, ohne jegliche Hilfe von der Al-Qaida-Führung im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, eigenständig Anschläge zu organisieren. Dies wird durch die Analyse der Terroranschläge und Anschlagsversuche ermöglicht, die in den vergangenen Jahren in Europa und Nordamerika geplant, umgesetzt bzw. vereitelt wurden. Anhand dieser Anschläge und Anschlagsversuche gibt es Informationen über die Täter und ihre Vorgeschichte, ihr engeres und weiteres Umfeld, ihre religiöse Haltung, logistische Schritte bei der Planung und Vorbereitung. Die Informationen liefern ebenfalls Erkenntnisse darüber, ob die jihadi-salafistischen Terroristen vermehrt autonom und dezentral agierten.

Alexander Straßner: Zwischen Totgeburt und Kopfgeburt: Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus in Deutschland

Nach dem Epochenwechsel 1989/90 und dem Niedergang des real existierenden Sozialismus schienen auch die Tage des sozialrevolutionären Terrorismus in Westeuropa gezählt. So hat sich die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit, Medien und Strafverfolgungsbehörden heute hauptsächlich der Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus zugewandt. Im Beitrag wird die Ausgangshypothese analysiert, inwieweit die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zur neuerlichen Bildung sozialrevolutionärer Organisationen beitragen kann. Neben aktuellem kapitalismuskritischem Schrifttum wird die gesellschaftliche Milieustruktur ebenso untersucht wie die relevanten Akteure, welche am ehesten dazu prädestiniert sind, neuerliches Aktionspotential zu entfalten.

Andreas Klump: Demokratie und neuer politischer Extremismus. Eine extremismustheoretische Einschätzung der Ideologie der Scientology-Organisation

Der Beitrag thematisiert aus extremismustheoretischer Perspektive ideologiekritische Aspekte des politischen und anti-demokratischen Charakters der

Scientology-Organisation (SO). Lange Zeit wurde die Organisation vorwiegend als (pseudo-)religiöse Sekte mit wirtschaftlich-kommerzieller Ausrichtung wahrgenommen, ihre weltanschaulichen Konstrukte wurden in der Vergangenheit häufig nur unzureichend analytisch unter dem Blickwinkel einer politischen Organisation untersucht. Historisch-phänomenologische, organisationssoziologische und demokratietheoretische Betrachtungen ergeben bei systematischem Hinsehen den Befund, dass es sich bei der SO auf Grund ihres normativen Selbstverständnisses um eine politisch-gesellschaftliche Organisation handelt, die jedoch nicht als ein typischer Akteur auf dem Markt des tages-politischen Wettbewerbs agiert. Sie stellt insoweit ideologie- und interaktiontheoretisch eine neue Form des politischen Extremismus dar.

Armin Pfahl-Traughber: Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und „Islamophobie". Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das „Antimuslimismus"-Konzept

„Antimuslimismus" und „Antisemitismus" stehen beide für Vorurteile gegen Minderheiten im Kontrast zur Mehrheitsgesellschaft. Eine weitere Gemeinsamkeit ergibt sich aus der Identifizierung der beiden Minderheiten über die religiöse Zugehörigkeit, welche auch als Ursache für das unmoralische Handeln der Juden und Muslime gilt. Ebenfalls für Gemeinsamkeiten von „Antimuslimismus" und „Antisemitismus" spricht, dass derartige Einstellungen als Ausdrucksformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit überwiegend von den gleichen Teilen der Gesellschaft vertreten werden. Dem gegenüber können folgende Unterschiede ausgemacht werden: Während die Behauptungen im Antisemitismus allenfalls auf die Verallgemeinerung von Einzelfällen Bezug nehmen können, bezieht sich der Antimuslimismus häufig auf reale Konflikte und Probleme in der Gesellschaft oder tatsächliche Vorkommnisse in der islamischen Welt. Der Antimuslimismus argumentiert außerdem aus der Perspektive „von oben nach unten" im Namen von Fortschritt und Moderne, während der Antisemitismus aus der Wahrnehmung „von unten nach oben" gegen die Ideen von Fortschritt und Moderne gerichtet ist. Weitere Unterschiede ergeben sich bei der Diskriminierungspraxis, also hinsichtlich Ausmaß und Intensität der Benachteiligung in der Gesellschaft.

Autorenverzeichnis

Dirk Baehr, Jahrgang 1971, ist Politikwissenschaftler und schreibt derzeit seine Dissertation über die De-Legitimierung der Geschichts- und Weltdeutung des politischen und jihadistischen Salafismus. Er betreibt den Blog http://jihadisalafismus.wordpress.com/.

Dr. Christoph Butterwegge, Jahrgang 1951, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln**.**

Dr. Olaf Farschid, Jahrgang 1959, ist Islamwissenschaftler und arbeitet in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin.

Dr. Thomas Grumke, Jahrgang 1970, ist Wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus in der Abt. Verfassungsschutz des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Dr. Kai Hirschmann, Jahrgang 1965, ist stellvertretender Direktor des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik (IFTUS) in Essen und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Dr. Rudolf van Hüllen, Jahrgang 1957, Politikwissenschaftler, ist als Autor und Dozent für Fragen der Extremismusanalyse und –prävention tätig.

Dr. Andreas Klump, Jahrgang 1967, Diplom-Politologe, ist Referent im Bundesministerium des Innern, Berlin (Abteilung Grundsatzfragen; internationale Entwicklungen).

Torsten Kriskofski, M.A., Jahrgang 1972, ist Historiker und arbeitet zu Themen des Links- und Rechtsextremismus

Christian Menhorn, Jahrgang 1972, ist freier Autor und beschäftigt sich hauptsächlich mit Themen aus dem Bereich des Rechtsextremismus.

Dr. Martin H. W. Möllers, Jahrgang 1951, ist Jurist, Politikwissenschaftler und Pädagoge und arbeitet als Professor an der Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, in Lübeck.

Dr. Patrick Moreau, Jahrgang 1951, ist Politikwissenschaftler und Professor am Centre National de la Recherche Scientique, Paris.

Dr. Helmut Müller-Enbergs, Jahrgang 1960, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Dr. Armin Pfahl-Traughber, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Soziologe und arbeitet als Professor an der Fachhochschule des Bundes in Brühl sowie als Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Thomas Pfeiffer, Jahrgang 1970, ist Diplom-Journalist, Wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus in der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Dr. Ekkehard Rudolph, Jahrgang 1957, ist Islamwissenschaftler und arbeitet im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Dr. Alexander Straßner, Jahrgang 1974, ist Politikwissenschaftler und Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg sowie Lehrbeauftragter an der Fachhochschule des Berufsförderungsinstitutes (bfi) in Wien.

Elmar Vieregge, M. A., Jahrgang 1968, ist Historiker und arbeitet insbesondere zu rechtsextremistischen Deutungen der Geschichte sowie subkulturellen Aspekten des Rechtsextremismus.

Einladung zur Mitarbeit

Spielregeln für Beiträge für das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET)

1. Das JET veröffentlicht nur Beiträge mit wissenschaftlichem Anspruch, d. h. ihnen soll eine klare Frage- und Problemstellung eigen sein und alle Aussagen müssen über Angaben in Fußnoten offen belegbar sein. Rein beschreibende Texte mit einer Aneinanderreihung von Informationen und Zahlen erfüllen diesen Anspruch ebenso wenig wie umgearbeitete Vortragsmanuskripte mit allgemeinen Aussagen und nicht näher belegten Angaben.

2. Stichtag für die Einreichung von Themenvorschlägen ist jeweils der 15. September eines Jahres. Die Texte sollen spätestens am 1. März des folgenden Jahres vorliegen. Die inhaltlichen Schwerpunkte wären zuvor mit der Redaktion abzustimmen, besteht doch ansonsten die Gefahr der Dopplung von „Mode“-Themen (Kontakt: Armin.Pfahl-Traughber@fhbund.de). Grundsätzlich sollten die Beiträge eine bundesweite oder internationale Dimension aufweisen. Gleichwohl wären Analysen zur Situation in den einzelnen Bundesländern möglich, allerdings nur im Sinne von Fallstudien.

3. Um eine möglichst einfache und schnelle Weiterverarbeitung der Texte zu ermöglichen, sollten die Beiträge mit 2,5 cm Rändern links und rechts und oben und unten versehen sein und im Blocksatz mit einer 16 p-Schrift und einfachem Zeilenabstand in Times New Roman und ohne automatische oder mechanische Trennung erstellt werden. Wenn sich Bilder und Tabellen vermeiden lassen, sollten sie vermieden werden.

4. Die Texte sollen mit Zwischenüberschriften untergliedert werden. Darüber hinaus hat am Beginn der Punkt „1. Einleitung und Fragestellung“ und am Ende der Punkt „?. Schlussfolgerung und Zusammenfassung“ zu stehen. Im Anhang soll eine halbseitige Zusammenfassung des Textes und eine Angabe zum Autor gedruckt werden. Die einzelnen Aufsätze dürfen einen Rahmen von 15 bis 35 Seiten nicht unter- oder überschreiten und sollen der Zitierweise der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“) folgen.

5. Die Aufsätze sollten von den genannten Autoren stammen. Die Unterzeichnung eines Textes von einem Untergebenen durch einen Vorgesetzten mag in Behörden üblich sein, für den hier benannten wissenschaftlichen Publikationskontext gilt dies nicht.

6. Autoren, die aus Behörden stammen, müssen evtl. ihr Publikationsvorhaben mit Vorgesetzten abstimmen. Dies wäre direkt in den entsprechenden Arbeitskontexten abzuklären. Es können aber auch Texte mit dem Zusatz „Der vorliegende Beitrag gibt lediglich die persönliche Auffassung des Autors wieder“ versehen werden. Im Vorwort jeder Ausgabe wird darüber hinaus regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Autoren in Form und Inhalt allein für ihre Beiträge verantwortlich sind.

7. Die Erstellung eines Jahrbuchs wie des JET ist überaus arbeitsintensiv, daher die ausdrückliche Bitte, sich auch an die hier formulierten „Spielregeln“ zu halten. Gegebenenfalls müssen auch Beiträge mit dem Wunsch nach formaler oder inhaltlicher Überarbeitung im genannten Sinne zurückgeschickt werden.